



ERKLÄRUNG REDDITI 2023

Steuerzeitraum 2022

ANLEITUNGEN ZUR ABFASSUNG

HEFT 1

PERSONENANGABEN Fertigstellung der Titelseite
MITVERSICHERTE FAMILIENANGEHÖRIGE
ÜBERSICHT RA - Einkünfte aus Grundbesitz
ÜBERSICHT RB - Einkünfte aus Gebäudebesitz und sonstige Angaben
ÜBERSICHT RC - Einkünfte aus nicht Selbständiger und dieser gleichgestellten Arbeit

ÜBERSICHT CR - Steuerguthaben
ÜBERSICHT RP - Aufwendungen und Ausgaben
ÜBERSICHT LC - Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen
ÜBERSICHT RN - Bestimmung von IRPEF
ÜBERSICHT RV - Regionaler und kommunaler IRPEF-Zuschlag
ÜBERSICHT DI - Ergänzender Erklärung
ÜBERSICHT RX - Verrechnungen und Rückerstattungen

HEFT 2

ÜBERSICHT RH - Einkünfte aus Beteiligung an Personengesellschaften und an gleichgestellten Organisationen
ÜBERSICHT RL - Sonstige Einkünfte
ÜBERSICHT RM - Der getrennten Besteuerung und der Ersatzsteuer unterzogene Einkommen
ÜBERSICHT RT - Mehrerlöse Finanzieller Natur
ÜBERSICHT RR - Versicherungsbeiträge
ÜBERSICHT RW - Investitionen und Finanzvermögen im Ausland, Meldepflicht - IVIE/IVAFE
ÜBERSICHT AC - Mitteilung des Kondominiumverwalters
NATÜRLICHE PERSONEN Leitfaden zur Abfassung
NICHT ANSÄSSIGE des Vordruckes REDDITI 2023

HEFT 3

Allgemeine Anleitungen für die Übersichten RE - RF - RG - RD - RS
Neuerungen bei der Regelung des Betriebseinkommens und des Einkommens aus selbstständiger Arbeit
ÜBERSICHT RE - Selbständige Arbeit, Einkünfte aus der Ausübung von künstlerischen und freiberuflichen Tätigkeiten
ÜBERSICHT RF - Unternehmen mit ordentlicher Buchhaltung
ÜBERSICHT RG - Unternehmen mit vereinfachter Buchhaltung
ÜBERSICHT LM - Jungunternehmer und Arbeitnehmer in Mobilität - pauschales Besteuerungssystem
ÜBERSICHT RD - Tierzucht, Pflanzenzucht und sonstige landwirtschaftliche Tätigkeiten
ÜBERSICHT RS - Allgemeine Aufstellungen der Übersichten RA, RD, RE, RF, RG, RH und LM
ÜBERSICHT RQ - Ersatzsteuern und Irpef-Zusatzsteuern
ÜBERSICHT FC - Einkünfte der beherrschten Subjekte, die in Staaten oder Gebieten mit begünstigter
ÜBERSICHT NR - Neue Bewohner
ÜBERSICHT CE - Steuerguthaben auf im Ausland erzielte Einkünfte
ÜBERSICHT TR - Erlegung des Wohnsitzes ins Ausland
ÜBERSICHT RU - Zugunsten von Unternehmen gewährte Steuerguthaben

DIE DIENSTE FÜR DEN STEUERBEISTAND

Für weitere Informationen wird auf den Punkt „Dienste für den Steuerzahler“ im Anhang verwiesen



Beistand bei den Ämtern

Bei den Ämtern erhalten Sie Informationen allgemeiner Art über die Steuerregelungen und die Abfassung der Erklärung REDDITI für natürliche Personen. Mithilfe des Dienstes „Trova l'Ufficio“ auf der Internetseite www.agenziaentrate.gov.it finden Sie das nächstgelegene zuständige Amt der Agentur der Einnahmen.



Telefonischer Beistand

Wenn Sie eine der folgenden Telefonnummern anrufen und den vom System gegebenen Anweisungen folgen, werden Sie mit einem **Mitarbeiter des Call Centers** oder mit dem **automatischen Anrufdienst** verbunden.

Anrufe aus dem Festnetz 800.909.696 – Kosten des Telefongesprächs: Ortstarif nach Zeit.

Anrufe aus dem Mobilfunknetz 06.96668907 – Die Kosten des Telefongesprächs trägt der Anrufer, dessen Höhe vom Tarifplan des eigenen Anbieters abhängt.

Anrufe aus dem Ausland 0039.06.96668933 – Die Kosten des Telefongesprächs trägt der Anrufer.

Ferner ist es durch die Zusendung einer SMS an die Nummer 339.99.42.645 möglich, einfache Steuerinformationen zu erhalten, die an das Mobiltelefon gesendet werden.

■ CALL CENTER MIT MITARBEITER

Das Call Center ist von montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr und samstags von 9 bis 13 Uhr besetzt. Das Call Center erbringt folgende Dienste:

- Allgemeine Steuerinformationen;
- einen Dienst für befähigte Vermittler ausschließlich für die „telematischen Benachrichtigungen“ über Mitteilungen bezüglich der Steuererklärungen;
- Informationen über die telematische Übermittlung der Erklärungen;
- Informationen über Rückerstattungen;
- Assistenz bei Mitteilungen und Zahlungsbescheiden, die nach automatisierten Kontrollen ausgestellt werden.

■ AUTOMATISCHER ANRUFDIENST

Mit dem automatischen Anrufdienst ist Folgendes möglich:

- Sie können die Ust-IdNr. der Wirtschaftsbeteiligten in der Gemeinschaft prüfen;
- Sie können einen Termin vereinbaren.

■ TERMINVEREINBARUNG

Der Dienst ermöglicht es den Steuerzahlern, die sich ins Amt begeben müssen, mit einem Beamten einen Termin zu vereinbaren, um unnötige Wartezeiten an den Schaltern zu vermeiden. Der Termin kann rund um die Uhr vereinbart werden. Zudem kann der Steuerzahler den Tag und die Uhrzeit, das Amt, in das er sich begeben möchte, und die gewünschte Serviceleistung auswählen.

Der Termin kann folgendermaßen vereinbart werden:

- Über das Internet;
- durch einen Anruf unter den o. g. Telefonnummern.

INHALTSVERZEICHNIS ■ REDDITI Natürliche Personen 2023 ■ HEFT 1

I. ALLGEMEINE ANLEITUNGEN	3	8. Übersicht CR – Steuerguthaben	50
1. Was ist der Vordruck REDDITI und für wen ist er	3	9. Übersicht RP – Aufwendungen und Ausgaben	55
2. Wie setzt sich der Vordruck REDDITI Natürliche Personen zusammen und wie wird er verwendet	3	10. Übersicht LC – Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen	102
3. Wer ist von der Einreichung der Erklärung befreit	3	11. Übersicht RN – Ermittlung der IRPEF	104
4. Wer ist zur Einreichung der Erklärung verpflichtet	5	12. Übersicht RV – Regionaler und kommunaler IRPEF-Zuschlag	124
5. Fristen und Modalitäten zur Einreichung der Erklärung	5	13. Übersicht DI – Ergänzende Erklärung	130
6. Zahlungsmodalitäten und -Fristen	7	14. Übersicht RX – Ergebnis der Erklärung	130
7. Der Ausgleich	9		
II. LEITFADEN ZUR ABFASSUNG DER ERKLÄRUNG	10	ANHANG	134
1. Die Neuheiten in diesem Jahr	10	AUFSTELLUNG DER STAATEN UND LÄNDER IM AUSLAND	146
2. Vorinformationen	11	TABELLE DER STEUERSÄTZE DER REGIONALEN IRPEF-ZUSATZ-STEUER FÜR DAS STEUERJAHR 2022	149
3. Abfassung der Titelseite	13	FÜR DIE FREIWILLIGE ZUWENDUNG VON 2 PROMILLE DER IRPEF ALS BEGÜNSTIGTE ZUGELASSENE POLITISCHE PARTEIEN	151
4. Familienangehörige zu Lasten	21		
5. Übersicht RA – Einkünfte aus Grundbesitz	23		
6. Übersicht RB – Einkünfte aus Gebäudebesitz und sonstige Angaben	27		
7. Übersicht RC – Einkünfte aus nicht Selbständiger und dieser gleichgestellten Arbeit	38		

TEIL I: ALLGEMEINE ANLEITUNGEN

1. Was ist der Vordruck REDDITI und für wen ist er

Der Vordruck REDDITI ist ein Vordruck mit dem die Steuererklärung eingereicht werden kann.

In den einzelnen Vordrucken werden die Kürzel hervorgehoben, die die verschiedenen Gruppen von Steuerpflichtigen ausmachen, die zur Verwendung des Erklärungs-vordrucks gehalten sind: PF für die natürlichen Personen, ENC für die nicht gewerblichen Körperschaften und gleichgestellten, SC für die Kapitalgesellschaften, gewerblichen Körperschaften und gleichgestellte, SP für die Personengesellschaften und gleichgestellte.

Der 2023 vorzulegende Vordruck wurde in blauer Farbe vorbereitet. Es ist jedoch auch der einfarbige Ausdruck in schwarzer Farbe zulässig.

2. Wie setzt sich der Vordruck REDDITI Natürliche Personen zusammen und wie wird er verwendet

Der Vordruck REDDITI für die Einkommensteuererklärung besteht aus:

■ HEFT 1 (für alle Steuerpflichtigen obligatorisch) unterteilt in:

- TITELSEITE bestehend aus drei Seiten: Die erste mit den Angaben, die den Erklärenden identifizieren und das Informationsblatt über den Datenschutz, die zweite und die dritte, die Informationen bezüglich des Erklärenden und der Erklärung enthalten;
- Die Aufstellung der unterhaltsberechtigten Familienmitglieder, die Übersichten RA (Einkünfte aus Grundbesitz), RB (Einkünfte aus Gebäudebesitz), RC (Einkünfte aus nicht selbständiger und dieser gleichgestellter Arbeit), RP (Aufwendungen und Ausgaben), LC (Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen), RN (Berechnung der IRPEF), RV (Irpef-Zuschläge), CR (Steuer Guthaben), DI (Ergänzende Erklärung) und RX (Ergebnis der Erklärung);

■ HEFT 2, das Folgendes enthält:

- Die Übersichten für die Erklärung der Versicherungsbeiträge und andere Einkünfte der Steuerzahler, die nicht zur Buchhaltung verpflichtet sind; die Übersicht RW (Investitionen im Ausland) sowie die Übersicht AC (Kondominiumsverwalter);
- die Anleitungen zur Abfassung der Erklärung, die den nicht ansässigen Subjekten vorbehalten ist;

■ HEFT 3, das Folgendes enthält:

- Die Übersichten für die Erklärung anderer Einkünfte seitens der Steuerzahler, die zur Buchhaltung verpflichtet sind.

Die Steuerpflichtigen, die nur **Einkommen aus unselbständiger Arbeit, Grundstücken oder Gebäuden** bezogen haben, fassen das Heft 1 des Vordrucks REDDITI. Zum Beispiel: Ein Arbeitnehmer, der auch über Mieterträge verfügt, verwendet neben der Titelseite auch die Übersicht RC zur Angabe des Einkommens aus unselbständiger Arbeit; die Übersicht RB zur Angabe der Mieterträge und die Übersichten RN und RV zur Berechnung der Einkommensteuer IRPEF und der regionalen und kommunalen Zusatzsteuer.

Die **Inhaber einer USt-ID-Nr.** müssen das Heft 1 und die eventuellen zusätzlichen in den Heften 2 und 3 enthaltenen Übersichten abfassen.

Die Steuerpflichtigen, die zur Erklärung der **Investitionen im Ausland und der Übertragungen in das und aus dem Ausland** gehalten sind, müssen den im Heft 2 enthaltenen Vordruck RW abfassen. Wer zu den Mitteilungen als **Verwalter der Hausgemeinschaft** gehalten ist, muss die im Heft 2 enthaltene Übersicht AC abfassen.

Bei Befreiung von der Vorlage der Einkommensteuererklärung müssen die Übersicht RW und die Übersicht AC zusammen mit der Titelseite des Vordrucks REDDITI 2023 mit den Modalitäten und zu den Fristen, die für die Vorlage dieses Vordrucks vorgesehen sind, vorgelegt werden.

Die Steuerpflichtigen, die den **Vordruck 730/2023** vorlegen, müssen in einigen **Sonderfällen** wie zum Beispiel jene, die die Subjekte betreffen, die einige Einkommen aus Auslandsquelle, Kapitalzuwachs und/oder Investitionen im Ausland erklären müssen, auch die Übersichten RM, RT und RW zusammen mit der Titelseite des Vordrucks REDDITI vorlegen. Landwirte, die unter die Freistellungsregelung (Artikel 34, Absatz 6, Präsidialerlass 633/1972) fallen und normalerweise nicht zur Einreichung des Vordrucks REDDITI Natürliche Personen verpflichtet sind, aber dennoch die Tabelle "Staatliche Beihilfen" in Abschnitt RS des genannten Formulars ausfüllen müssen, weil sie im Jahr 2022 nicht rückzahlbare Beiträge erhalten haben, die von der Steuerbehörde zur Bewältigung der Folgen der Pandemie COVID-19 gewährt wurden, können dieser Verpflichtung ebenfalls nachkommen, indem sie Abschnitt RS zusammen mit dem Deckblatt einreichen. Dozenten mit Professuren an Schulen aller Stufen, die Gebühren aus Privatunterricht und Nachhilfeunterricht erhalten haben und die, durch Einreichen der Übersicht RM in Verbindung mit der Titelseite, die Ersatzbesteuerung in Anspruch nehmen wollen. Als Alternative zu den oben beschriebenen Modalitäten können die Steuerpflichtigen gänzlich den Vordruck REDDITI verwenden. Für weitere Informationen und Vertiefungen siehe Anhang unter dem Eintrag "Vordruck 730 und Afassen einiger Übersichten des Vordrucks REDDITI PF" sowie die im Vordruck 730 und im Heft 2 des Vordrucks REDDITI mit Bezugnahme auf die entsprechenden Übersichten zur Verfügung gestellte Anleitung.

Für die Mitteilung der Angaben bezüglich der Anwendungszwecke der **synthetischen Indikatoren der steuerlichen Zuverlässigkeit** muss der Steuerpflichtige die getrennt genehmigten Vordrucke verwenden.

3. Wer ist von der Einreichung der Erklärung befreit

Der Steuerpflichtige muss zunächst kontrollieren, ob er zur Vorlage der Erklärung verpflichtet ist oder ob er unter die in den nachstehenden Tabellen aufgeführten Befreiungsfälle fällt (als Hauptwohnung und Zubehör gelten diejenigen, für die im Jahr 2021 keine IMU fällig ist).

Die Erklärung muss auch dann eingereicht werden, wenn die IRPEF-Zuschläge nicht oder in geringerer Höhe als der geschuldete Betrag einbehalten wurden. Die Erklärung muss auch dann eingereicht werden, wenn nur Einkünfte aus der Vermietung von Gebäuden erzielt wurden, für die Sie sich für die definitive Ertragsteuer auf Mieteinnahmen entschieden haben. Die Erklärung kann auch im Falle einer Steuerbefreiung eingereicht werden, um getätigte Ausgaben oder Abzüge zu erklären oder um Erstattungen für Gutschriften oder Überzahlungen zu beantragen, die sich aus Erklärungen früherer Jahre oder aus für 2022 geleisteten Vorauszahlungen ergeben.

BEFREIUNGSFÄLLE

Der Steuerpflichtige, der ausschließlich die in der ersten Spalte angegebenen Einkommen bei Eintritt der in der zweiten Spalte beschriebenen Bedingungen besitzt, ist von der Vorlage der Erklärung befreit.

Die Steuerbefreiung wird nicht angewandt, wenn der Steuerpflichtige die Zulage zur Gänze oder zum Teil zurückzuerstatten muss.

ART DES EINKOMMENS	BEDINGUNGEN
Hauptwohnung, entsprechendes Zubehör und andere unvermietete Gebäude (*)	
Unselbstständige Arbeit oder Rente	1. Von einem einzigen Steuersubstitut, das verpflichtet ist, die Steuervorauszahlungen vorzunehmen, gezahlte Einkommen oder die von mehreren Substituten gezahlt werden, vorausgesetzt, dass sie vom Letzten, der den Ausgleich vorgenommen hat, zertifiziert werden 2. Die Abzüge für den Ehegatten und unterhaltsberechtigte Familienangehörige stehen zu und die regionalen und kommunalen Zusatzsteuern sind nicht zu entrichten
Unselbstständige Arbeit oder Rente + Hauptwohnung, entsprechendes Zubehör und andere unvermietete Gebäude (*)	
Arbeitsverhältnisse der geregelten und fortwährenden Zusammenarbeit einschließlich der Projektarbeiten. <i>Davon ausgeschlossen sind Zusammenarbeiten mit nicht professionellem administrativen Verwaltungscharakter, die zugunsten von Amateursportvereinen und -vereinigungen erbracht werden</i>	
Befreite Einkommen. <i>Beispiele: ausschließlich für dauerhafte Invalidität oder für Tod von Inail gezahlte Erträge, einige Stipendien, Kriegsrenten, ordentliche Vorzugsrenten, die Wehrpflichtigen gezahlt werden, Renten, Entschädigungen einschließlich Begleitungsentschädigungen und vom Innenministerium für Zivilblinde, Taube und Zivilinvaliden ausgezahlte Zuwendungen, Unterstützungszahlungen zugunsten der Leprakranken, Sozialrenten</i>	
Einkommen, die der Ersatzsteuer unterliegen (unterscheiden sich von den Einkommen, die der Ersatzbesteuerung auf Mieteinnahmen unterliegen). <i>Beispiele: Zinsen auf BOT oder auf sonstige Titel der Staatsschuld</i>	
Einkommen, die dem Quellenabzug als Steuer unterliegen. <i>Beispiele: Zinsen auf Bank- oder Postscheckkonto; Einkommen aus gemeinnützlichen Arbeiten</i>	
(*) Die Befreiung wird nicht angewendet, wenn das unvermietete Gebäude in derselben Gemeinde der Hauptwohnung liegt.	

BEFREIUNGSFÄLLE MIT EINKOMMENSRENZE

Der Steuerpflichtige, der ausschließlich die in der ersten Spalte angegebenen Einkommen mit den in der zweiten Spalte vorgesehenen Einkommensgrenzen bei Eintritt der in der dritten Spalte beschriebenen Bedingungen besitzt, ist von der Vorlage der Erklärung befreit.
Die Steuerbefreiung wird nicht angewandt, wenn der Steuerpflichtige die Zulage zur Gänze oder zum Teil zurückzuerstatten muss.

ART DES EINKOMMENS	EINKOMMENSRENZE (gleich oder unter)	BEDINGUNGEN
Grundstücke und/oder Gebäude (einschließlich Hauptwohnung und Zubehör)	500	
Unselbstständige oder gleichgestellte Arbeit + andere Einkommensstypologien (*)	8.176	Arbeitszeitraum nicht unter 365 Tagen Rentenzeitraum nicht unter 365 Tagen. <i>Die Abzüge für den Ehegatten und unterhaltsberechtigte Familienangehörige stehen zu und die regionalen und kommunalen Zusatzsteuern sind nicht zu entrichten. Wenn das Steuersubstitut die Einbehalte vorgenommen hat, kann der Steuerpflichtige das Guthaben durch Vorlage der Erklärung zurückgewinnen.</i>
Rente + andere Einkommensstypologien (*)	8.500	
Rente + Grundstücke + Hauptwohnung und Zubehör (Garage, Keller usw.)	7.500 (Rente) 185,92 (Grundstücke)	
Vom Ehegatten regelmäßig gezahlte Unterstützungszahlung+ andere Einkommensstypologien (*) <i>Davon ausgenommen die regelmäßige Unterstützungszahlung für den Unterhalt der Kinder</i>	8.500	
Der unselbstständigen Arbeit gleichgestellte Einkommen und sonstige Einkommen, für die der vorgesehene Abzug nicht auf den Arbeitszeitraum bezogen wird. <i>Beispiel: für die im Gebäude freiberufliche Tätigkeit von den Beschäftigten des nationalen Gesundheitsdienstes bezogene Vergütungen, Einkommen aus gelegentlichen Handelstätigkeiten, Einkommen aus gelegentlicher selbstständiger Arbeit</i>	5.500	
Vergütungen aus Amateursporttätigkeit	30.658,28	
(*) das Gesamteinkommen muss berechnet werden, ohne die Einkünfte in Bezug auf die Hauptwohnung und ihr Zubehör zu berücksichtigen.		

ALLGEMEINE BEFREIUNGSBEDINGUNG

Generell ist der Steuerpflichtige, der nicht zur Haltung der Buchführung gehalten ist und der über Einkommen verfügt, für die eine Steuer von maximal Euro 10,33 gemäß der Darlegung des folgenden Schemas fällig wird, von der Vorlage der Erklärung befreit:

Steuerpflichtige, die nicht zur Haltung der Buchführung gehalten sind und sich in der folgenden Bedingung befinden:	
Bruttosteuer (*)	–
Familienabzüge	–
Abzüge für Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, Rente und/oder sonstige Einkommen	–
Einbehalte	=
Betrag höchstens Euro 10,33	
(*) Die Bruttosteuer wird auf das Gesamteinkommen nach dem Abzug für die Hauptwohnung und ihr Zubehör berechnet.	

4. Wer ist zur Einreichung der Erklärung verpflichtet

Zur Vorlage der Einkommensteuererklärung sind die Steuerpflichtigen verpflichtet, die:

- im Jahre 2022 Einkommen bezogen haben und nicht unter die in den vorstehenden Tabellen aufgeführten Befreiungsfälle fallen;
- die zur Haltung einer Buchführung verpflichtet sind (wie im Allgemeinen die Inhaber einer USt-ID-Nr.), auch wenn sie kein Einkommen bezogen haben.

Insbesondere sind zur Vorlage der Steuererklärung verpflichtet:

- Die Arbeitnehmer, die den Arbeitgeber gewechselt haben und im Besitz mehrerer Bescheinigungen über nicht selbstständige und dieser gleichgestellter Arbeit (einheitliche Bescheinigung 2023) sind, wenn die Steuer in Bezug auf das Gesamteinkommen die Gesamtsumme der vorgenommenen Steuereinbehalte um mehr als 10,33 Euro übersteigt;
- die unselbstständigen Erwerbspersonen, die direkt von dem INPS oder von anderen Körperschaften Entschädigungen und Beträge als Lohnergänzung oder anderem Titel bezogen haben, wenn fälschlicherweise nicht die Einbehalte vorgenommen wurden oder wenn nicht die in den vorstehenden Tabellen aufgeführte Befreiungsbedingungen zutreffen;
- die unselbstständigen Erwerbspersonen, denen das Steuersubstitut nicht oder nur teilweise zustehende Absetzungen vom Einkommen und/oder Steuerabzüge anerkannt hat (auch wenn sie nur eine einzige einheitliche Bescheinigung 2023 besitzen);
- die unselbstständigen Erwerbspersonen, die Entlohnungen und/oder Einkommen von Privatpersonen bezogen haben, die von Gesetzes wegen nicht zur Vornahme der Akontoabgaben verpflichtet sind (zum Beispiel Hausangestellte, Fahrer und andere Hausbeauftragte);
- die Steuerpflichtigen, die Einkommen erzielt haben, auf die die Steuer getrennt angewandt wird (mit Ausschluss der Einkommen, die nicht in der Erklärung angegeben werden müssen – wie die Dienstaltersentschädigungen und gleichwertige, die Entschädigungen für die Beendigung der Beziehungen der geregelten und fortwährenden Zusammenarbeit, auch wenn sie als Erben bezogen werden –, wenn sie von Subjekten ausgezahlt werden, die zu Vornahme von Quellenabzügen verpflichtet sind);
- die unselbstständigen Erwerbspersonen und/oder Empfänger von diesen gleichgestellten Einkommen, von denen nicht oder nicht im fälligen Umfang die kommunale und regionale Zusatzsteuer zur IRPEF einbehalten wurde. In diesem Fall besteht nur die Pflicht, wenn der für jede Zusatzsteuer fällige Betrag Euro 10,33 übersteigt;
- die Steuerpflichtigen, die Veräußerungsgewinne und Kapitaleinkommen erzielt haben, die der Ersatzsteuer zu unterziehen und in den Übersichten RT und RM anzugeben sind;
- Dozenten mit Lehraufträgen an Schulen aller Stufen, die Gebühren aus Privatunterricht und Nachhilfeunterricht erhalten haben und die die Ersatzbesteuerung in Anspruch nehmen wollen, reichen zudem auch Übersicht RM des Vordrucks REDDITI Natürliche Personen 2023 ein.



Auch falls Sie nicht verpflichtet sind, können sie trotzdem die Einkommenserklärung einreichen, damit getragene Aufwendungen, nicht zugesprochene bzw. im niedrigen als im zustehenden Ausmaß zugesprochene Abzüge und/oder Absetzungen geltend gemacht werden können bzw. damit die Rückerstattung von Überschüssen, die aus der für das Jahr 2022 eingereichten Einkommenserklärung oder aus Akontozahlungen hervorgehen, die im selben Jahr eingezahlt wurden, beantragt werden können.

5. Fristen und Modalitäten zur Einreichung der Erklärung

Wann wird die Erklärung vorgelegt

Aufgrund der Bestimmungen des D.P.R. Nr. 322 von 1998 in der jeweils gültigen Fassung muss der Vordruck REDDITI Natürliche Personen 2023 innerhalb der folgenden Fristen eingereicht werden:

- vom 2. Mai 2023 bis zum 20. Juni 2023, wenn die Vorlage des Papiervordrucks **bei einem Postamt erfolgt**;
- bis zum 30. November 2023, wenn die Einreichung **auf telematischem Weg** direkt vom Steuerzahler vorgenommen wird oder von einem zur Übermittlung der Daten berechtigten Vermittler übermittelt wird.

Die Fristen, die auf einen Samstag oder einen Sonn-/Feiertag fallen, sind bis zum ersten darauffolgenden Werktag verlängert.

Wie wird die Erklärung eingereicht

Mit Ausnahme der unten beschriebenen Fälle **müssen die Steuerpflichtigen die Erklärung Vordruck REDDITI 2023 ausschließlich auf telematischem Wege** direkt oder durch ermächtigten Vermittler einreichen.

Von dieser Verpflichtung befreite Steuerzahler können den Vordruck REDDITI 2023 in Papierform in einem beliebigen Postamt einreichen. Es handelt sich um folgende Steuerzahler:

- obwohl Sie Einkommen haben, die mit dem Vodr. 730 erklärt werden können, können Sie den Vodr. 730 nicht einreichen;
- um jene, die zwar berechtigt sind den Vodr. 730 einzureichen, jedoch die entsprechenden Übersichten des Vordruckes REDDITI (RM, RS, RT, RW) verwenden müssen, um einige Einkünfte erklären oder Daten mitteilen zu können;
- um jene, die die Erklärung für verstorbene Steuerzahler einreichen müssen.

Verfügbarkeit der Vordrucke

Ab 2020 sind der Vordruck REDDITI und die diesbezügliche Anleitung auf der Website der Agentur der Einnahmen zu finden: **www.agenziaentrate.gov.it**

Es ist auch möglich die Erklärungen verfassen, indem die mit Informatikmitteln vorbereiteten Vordrucke verwendet werden, vorausgesetzt, dass diese mit den von der Agentur der Einnahmen genehmigten Vordrucken übereinstimmen (Vordrucke mit durchgehendem Streifen, die mit Laser-Drucker gedruckt werden). Die oben genannten Vordrucke können in Schwarz und Weiß gedruckt werden. Auf derselben Internetseite steht ebenfalls ein elektronisches Sonderformat für diejenigen zur Verfügung, die Drucksysteme für die nachfolgende Vervielfältigung verwenden.

Modalitäten der Einreichung

Die Erklärung REDDITI Natürliche Personen kann auf folgendem Weg eingereicht werden:

- a) Auf telematischem Weg, direkt von dem Erklärenden;
- b) Auf telematischem Weg, durch einen zugelassenen Vermittler im Sinne des Artikels 3, Abs. 3 des D.P.R. vom 22. Juli 1998, Nr. 322 und nachfolgende Änderungen;
- c) durch Vorlage einer schriftlichen Kopie in einem Postamt in den vorgesehenen Fällen.

Im Fall einer telematischen Einreichung gilt der Tag als Einreichungsdatum, an dem der Empfang der Daten seitens der Agentur der Einnahmen abgeschlossen wird. Die Einreichung der Erklärung wird durch die elektronische zugesandte Mitteilung bescheinigt, die den erfolgten Empfang der Daten bestätigt.



Durch den telematischen Dienst wird sofort nach der Einsendung eine Nachricht zugesandt, die allerdings nur den erfolgten Empfang der Datei bestätigt. Erst im Nachhinein wird dem Nutzer eine weitere Mitteilung zugestellt, die das Ergebnis der durchgeführten Bearbeitung der empfangenen Daten bestätigt, und die bei Nichtvorliegen von Unregelmäßigkeiten die erfolgte Einreichung der Mitteilung bestätigt.

a) Direkte Übermittlung von Seite des Steuerzahlers

Die Subjekte, die die Wahl treffen die eigene Erklärung direkt zu übermitteln, müssen die Telematikdienste Entratel oder Fisconline auf der Grundlage der entsprechenden Vorbedingungen für die Zulassung benutzen. Für die Modalitäten zur Zulassung besuchen Sie den entsprechenden Bereich der Internetseite der Agentur der Einnahmen www.agenziaentrate.gov.it.

b) Einreichung durch einen befugten Vermittler

Die gemäß Art. 3, Absatz 3 des D.P.R. vom 22. Juli 1998, Nr. 322 und nachfolgende Änderungen zugelassenen Vermittler sind dazu verpflichtet, auf telematischem Weg an die Agentur der Einnahmen sowohl die von ihnen im Namen des Erklärenden erstellten Erklärungen zu übermitteln, als auch die, die vom Erklärenden selbst erstellt wurden, und für die sie die Aufgabe zur telematischen Einreichung übernommen haben.

Zur telematischen Einreichung der von ihnen erstellten Erklärungen sind zugelassene Vermittler der folgenden Kategorien verpflichtet:

- Steuerberater, Rechnungsführer und Sachverständige im Handelswesen sowie Unternehmensberater im Personalwesen, sowie Abschlussprüfer die in die jeweiligen Berufsregister eingetragen sind;
- die Personen, die ab dem 30. September 1993 in die Berufsverzeichnisse der Sachverständigen und Experten eingetragen sind, die bei den Handelskammern für die Unterkategorie der Abgaben geführt werden, und die im Besitz eines Hochschulabschlusses in Rechtswissenschaften oder in Wirtschaft und Betriebsführung sind oder einen gleichgestellten Abschluss oder ein Diplom im Rechnungswesen besitzen;
- Personen, die im Berufsregister der Rechtsanwälte eingetragen sind;
- Steueranwälte – Anwaltskanzleien;
- Steueranwälte - Personengesellschaften;
- Gewerkschaftsverbände für Unternehmenskategorien gemäß Art. 32, Absatz 1, Buchstaben a), b) und c), des G.v.D. N. 241 von 1997;
- Vereinigungen, die vorwiegend Subjekte vereinigen, die den ethnisch-sprachlichen Minderheiten angehören;
- CAF für Angestellte;
- CAF Unternehmen;
- die Notare, die im Verzeichnis laut Art. 24 des Gesetzes Nr. 89 vom 16. Februar 1913 eingetragen sind;
- Subjekte, die gewohnheitsmäßig Steuerberatungstätigkeiten ausüben;
- die in den Berufsregistern eingetragenen Agronomen und Doktoren in Forstwirtschaft, die diplomierten Agrarbetriebswirte und Agrartechniker;
- die Berufsgenossenschaften, die in dem Register der Wirtschaftsprüfer und der Steuerberater eingeschrieben sind;
- die Berufsgenossenschaften, die in dem Register der Sozialrechtsberater.

Überdies sind zur telematischen Einreichung der von Ihnen erstellten Erklärungen Berufskanzleien und Dienstleistungsgesellschaften verpflichtet, in denen mindestens die Hälfte der Gesellschafter oder mehr als die Hälfte des Gesellschaftskapitals von in bestimmten Verzeichnissen, Kollegien oder Registern eingetragenen Subjekten gehalten wird, wie im Unternehmensdekret vom 18. Februar 1999 und alle nachfolgenden Dekrete im Sinn des Artikels 3, Absatz 3, Buchst e) des D.P.R. Nr. 322 vom 22. Juli 1998 und nachfolgende Abänderungen und Ergänzungen ausgeführt ist. Diese Subjekte können der Pflicht zur telematischen Übermittlung der Erklärungen nachkommen, indem sie auch beteiligte Gesellschaften in Anspruch nehmen, die von den in den besagten Dekreten aufgeführten nationalen Räten, Berufskammern, Kollegien und Berufsverzeichnissen sowie von den eingetragenen Mitgliedern, den Vereinigungen, die diese vertreten, von den entsprechenden nationalen Fürsorgekassen und von den einzelnen Mitgliedern der genannten Vereinigungen unterstützt werden.

c) Einreichung bei den Postämtern

Für die Einreichung der Erklärung bei den Postämtern, deren Service für den Steuerpflichtigen kostenlos ist, muss die Erklärung in einen Umschlag, der die in Anlage B zum auf der Seite der Agentur der Einnahmen veröffentlichten Beschlusses des Direktors der der Agentur der Einnahmen n. 34746 vom 13. März 2008, beschriebenen Eigenschaften aufweist, gesteckt werden. Die oben links auf der Titelseite befindliche Ecke muss mit der auf der Vorderseite des Umschlags übereinstimmen, sodass durch das Fenster im Umschlag der Vordrucktyp, das Einreichungsdatum und die Erkennungsdaten des Steuerpflichtigen klar erkennbar sind. Andernfalls nehmen die Postämter die Erklärung nicht entgegen. Die einzelnen Erklärungen bzw. die einzelnen Übersichten, aus denen sich der Vordruck REDDITI zusammensetzt, müssen ohne Klammern und Heftungen in den Umschlag gesteckt werden.

Die Kopie für den Steuerpflichtigen muss neben den persönlichen Unterlagen zur Festsetzung des Betrags der eventuellen im Jahre 2023 zu zahlenden Steuerakontozahlungen aufbewahrt werden.



Die von den Steuerzahlern, die zur Einreichung auf telematischem Wege verpflichtet sind, mittels Postamt eingereichten Erklärungen sind als nicht gemäß dem genehmigten Vordruck erstellt anzusehen und demzufolge wird die Auferlegung einer Geldbuße im Sinne des Art. 8, Absatz 1 des GvD Nr. 471 vom 18. Dezember 1997 erforderlich.

Im Ausland eingereichte Erklärung

Im Ausland ansässige Italienische Staatsbürger und Subjekte, die vorübergehend nicht in Italien wohnen, und die keine Möglichkeit zur telematischen Einreichung besitzen, können die Erklärung aus dem Auslands auch in Papierform übermitteln.

Im Falle einer Übermittlung durch die Post muss die Erklärung in einen normalen Umschlag gesteckt werden, der so groß ist, dass die Erklärung ohne zusammengefaltet werden zu müssen, darin Platz findet.

Der Umschlag muss an die Agenzia delle Entrate - Centro Operativo di Venezia, via Giuseppe De Marchi n. 16, 30175 Marghera (VE) – Italien adressiert werden und Folgendes deutlich darauf geschrieben sein:

- Nachname, Vorname und Steuernummer des Steuerpflichtigen;
- der Satz "Contiene dichiarazione Modello REDDITI 2023 Persone fisiche" ("enthält die Erklärung Vordruck REDDITI Natürliche Personen 2023").

Dokumente, die dem Erklärenden als Beleg für die Einreichung der Erklärung auszustellen sind

Basierend auf den enthaltenen Bestimmungen im D.P.R. vom 22. Juli 1998, Nr. 322 und nachfolgende Änderungen sind zugelassene Vermittler zu Folgendem verpflichtet:

- Sie müssen dem erklärenden Subjekt beim Empfang der Erklärung oder bei Übernahme des Auftrags zu deren Abfassung die Verpflichtung zur telematischen Übermittlung der darin enthaltenen Daten an die Agentur der Einnahmen ausstellen. Dabei ist anzugeben, ob die Erklärung bereits ausgefüllt übergeben wurde, oder ob sie durch den Vermittler abgefasst wird. Diese Verpflichtung muss mit Datum versehen sein unterzeichnet werden, auch wenn sie in freier Form ausgestellt wird. Wenn der Steuerzahler die Erstellung von mehr als einer Erklärung oder Mitteilung in Auftrag gegeben hat, muss der Beauftragte dem Erklärenden, auch wenn er nicht darum gebeten hat, eine kumulative Verpflichtung zur elektronischen Übermittlung an die Agentur der Einnahmen der in den Erklärungen oder Mitteilungen enthaltenen Daten ausstellen.

Das Datum dieser Verpflichtung muss zusammen mit der persönlichen Unterschrift und der Angabe der eigenen Steueridentifikationsnummer in der Folge im Feld „Verpflichtung zur telematischen Einreichung“ auf der Titelseite der Erklärung für die telematische Aufnahme in das zentrale Datensystem angegeben werden. Die kumulative Verpflichtung kann in dem vom Steuerzahler unterzeichneten Auftragschreiben enthalten sein, sofern diese auch die Erklärungen und Mittelungen enthalten, bezüglich derer sich der Beauftragte verpflichtet, die darin enthaltenen Daten elektronisch an das Finanzamt zu übermitteln. Die Verpflichtung gilt für die in der Verpflichtungserklärung selbst oder im Auftragschreiben angegebene Dauer und in jedem Fall bis zum 31. Dezember des dritten Jahres nach dem Jahr, in dem diese erteilt wurde, es sei denn, der Steuerzahler widerruft sie ausdrücklich;

- Ebenso müssen sie dem erklärenden Subjekt innerhalb von 30 Tagen nach der Frist zur telematischen Einreichung der Erklärung das Original der Erklärung übergeben, deren Daten auf telematischem Weg übermittelt wurden, und die auf einem Vordruck in Übereinstimmung mit dem von der Agentur der Einnahmen zugelassenen Vordruck erstellt und vom Steuerpflichtigen ordnungsgemäß unterschrieben wurde, zusammen mit der Kopie der Mitteilung des Eingangs der Erklärung. Besagte Mitteilung stellt für den Erklärenden den Nachweis der erfolgten telematischen Einreichung der Erklärung dar und muss von ihm gemeinsam mit der Originalerklärung und den restlichen Unterlagen für den in Art. 43 des D.P.R. vom 29. September 1973, Nr. 600 für eventuelle Kontrollen aufbewahrt werden;
- Er muss eine Kopie der übermittelten Erklärungen, auch auf Datenträgern, für denselben Zeitraum, in Art. 43 des D.P.R. vom 29. September 1973, Nr. 600 für eine eventuelle Vorlage bei einer Kontrolle aufbewahren. Der Steuerzahler hat die ordnungsgemäße Einhaltung der oben erwähnten Verpflichtungen seitens der Vermittlers zu überprüfen, eventuelle Nichterfüllungen bei jeder Außenstelle der Region zu melden, in der sein Steuerwohnsitz liegt, und sich eventuell an einen anderen Vermittler für die telematische Übermittlung der Erklärung zu wenden, um einen Verstoß wegen unterlassener Einreichung der Erklärung zu vermeiden.

Mitteilung über die erfolgte Übermittlung der Erklärung

Die Mitteilung der Agentur der Einnahmen, die die erfolgte telematische Übermittlung der Erklärung bestätigt, wird auf dem selben Weg an den Subjekt gesendet, der die Erklärung übermittelt hat.

Diese Erklärung kann im Bereich „Belege“ der Internetseite der Agentur der Einnahmen, die den registrierten Nutzern der Telematikdienste vorbehalten ist, eingesehen werden.

Auf jeden Fall kann die Mitteilung über den Empfang ohne zeitliche Begrenzung (sowohl vom Steuerzahler als auch vom Vermittler) bei jeder Außenstelle der Agentur der Einnahmen verlangt werden.

Was die Überprüfung der Rechtzeitigkeit der auf telematischem Weg eingereichten Erklärungen betrifft, so gelten die Erklärungen als rechtzeitig, die innerhalb der vom D.P.R. N. 322 vom 22. Juli 1998 und nachfolgende Änderungen vorgesehenen Fristen übermittelt, vom Telematikdienst jedoch aussortiert wurden, vorausgesetzt, sie werden innerhalb von fünf Tagen ab dem Datum der Mitteilung der Agentur der Einnahmen, die den Grund der Aussortierung angibt, neu übermittelt (vgl. Rundschreiben des Ministeriums für Finanzen – Abteilung der Einnahmen Nr. 195/E vom 24. September 1999).

Verantwortung des befähigten Vermittlers

Im Fall einer verspäteten oder unterlassenen telematischen Übermittlung der Erklärungen durch zugelassene Vermittler wird diesen die von Art. 7-bis des Gesetzesvertretenden Dekrets N. 241 vom 9. Juli 1997 vorgesehene Sanktion auferlegt.

Außerdem ist der Widerruf der Zulassung vorgesehen, wenn bei der Ausübung der Tätigkeit der Einreichung der Erklärungen schwerwiegende oder wiederholte Unregelmäßigkeiten begangen werden, oder beim Vorliegen eines Suspendierungsverfahrens durch die jeweilige berufliche Vereinigung oder im Fall eines Widerrufs der Genehmigung zur Ausübung der Tätigkeit von Seiten der Steuerbeistandszentren.

6. Zahlungsmodalitäten und -Fristen

Zahlungsfristen

Alle aus der Erklärung resultierenden Saldozahlungen einschließlich der ersten Akontozahlung müssen **bis zum 30. Juni 2023** bzw. **bis zum 30. Juli 2023** geleistet werden.



Steuerzahler, welche die geschuldeten Steuern (die Saldozahlung für das Jahr 2022 und die erste Akontozahlung für das Jahr 2023) zwischen 1. Juli und 30. Juli 2023 einzahlen, müssen auf die geschuldeten Beträge einen Aufschlag von 0,40 Prozent für die Verzugszinsen dazurechnen.

Die Beträge der Steuern aus der Erklärung, so wie diese in der Erklärung festgesetzt sind, müssen für die Einzahlung auf die nächste Euroeinheit auf- bzw. abgerundet werden. Muss der Gesamtbetrag aus der Erklärung noch verrechnet werden, bevor die Einzahlung durchgeführt wird (Rateneinteilungen), wird die allgemeine Regelung der Auf- bzw. Abrundung der Eurocents angewandt (z.B.: 10.000,75 Euro abgerundet ergeben 10.000,75 Euro; 10.000,755 Euro aufgerundet ergeben 10.000,76 Euro; 10.000,758 Euro aufgerundet ergeben 10.000,76 Euro). Es handelt sich dabei um Beträge, die nicht in der Erklärung sondern direkt im Einzahlungsvordruck F24 anzugeben sind.



Für die aus der Steuererklärung resultierenden Steuern, die nicht über dem Betrag von 12,00 Euro liegen, werden weder Zahlungen noch der Ausgleich der einzelnen Steuern (IRPEF und Zusatzabgaben) geleistet.

Akontozahlungen

Akontozahlungen IRPEF und definitive Ertragsteuer für das Jahr 2023

Im Vordruck REDDITI ist der ggf. fällige Betrag der IRPEF-Akontozahlung und der Anzahlung der definitiven Ertragsteuer für das Jahr 2023 anzugeben. Zur Festlegung der Akontozahlungen wird auf die Anleitungen zu den Zeilen RN61 und LC2 verwiesen.

Für das Jahr 2023 fällige Akontozahlung des kommunalen IRPEF-Zuschlags

Für das Steuerjahr 2023 muss eine Akontozahlung des kommunalen IRPEF-Zuschlags vorgenommen werden. Zur Berechnung der fälligen Akontozahlung wird auf die für Zeile RV17 angeführten Anleitungen verwiesen.

Wie werden die Zahlungen geleistet

Alle Steuerpflichtigen müssen für die Zahlung der Steuern den Zahlungsvordruck F24 verwenden.

Die Steuerpflichtigen mit USt-ID-Nr. sind zur Leistung der Zahlungen auf telematischen Wege zu den folgenden Modalitäten verpflichtet:

1) Direkt:

mittels der von der Agentur der Einnahmen zur Verfügung gestellten Telematikdienste ("F24 web" und "F24 online") mittels der Kanäle Entratel oder Fi-sconline, mittels des Online Banking Service, der von die Agentur der Einnahmen durch Partnerunternehmen im Bereich der Zahlun-

gsdienstleistung (Banken, Poste Italiane und Inkassostellen, Zahlungsdienstleister) zur Verfügung gestellt wird

2) Durch Vermittler, die:

- berechtigt sind, den Telematikkanal Entratel der Agentur der Einnahmen zu nutzen und eine spezifische Partnerschaftvereinbarung mit der Agentur der Einnahmen haben (Dienstleistung "F24 kumulativ")
- berechtigt sind, den Telematikkanal Entratel der Agentur der Einnahmen zu nutzen und die Dienstleistung "F24 Einzelabbuchung" zu nutzen (Bestimmung des Direktors der Agentur der Einnahmen vom 21. Juni 2007)
- den Online Banking Service, der von Partnerunternehmen im Bereich der Zahlungsdienstleistung der Agentur der Einnahmen zur Verfügung gestellt wird.

Die Steuerpflichtigen ohne USt-ID-Nr. können die Zahlungen mit dem Papiervordruck leisten bzw. die telematischen Zahlungsmodalitäten unter Verwendung der Online-Serviceleistungen der Agentur der Einnahmen oder des Bank- und Postwesens anwenden.

Auf dem Vordruck F24 müssen die Steuernummer, die meldeamtlichen Daten, der Steuerwohnsitz, die Steuerperiode, für die der Saldo oder die Anzahlung geleistet wird sowie die Abgabecodes angegeben werden, die auf der Internetseite der Agentur auffindbar und für die korrekte Berechnung der gezahlten Beträge erforderlich sind.

Die Zahlung kann in bar oder mit Lastschrift auf das Bank- oder Postkonto vorgenommen werden:

- Mit Pago Bancomat-Karten an den ermächtigten Schaltern;
- mit Postamat-Karte, Postschecks, Bankschecks am Platz, Barschecks und Postanweisungen;
- bei den Postämtern;
- mit Bank- und Barschecks in den Banken;
- mit Barschecks und Eigenwechseln bei den Beitreibungsagenturen.

Die Beträge müssen stets mit den beiden ersten Dezimalstellen angegeben werden, auch wenn diese Zahlen Null sind. Für den Fall, dass der Scheck auch nur teilweise nicht gedeckt oder auf jeden Fall nicht zahlbar sein sollte, gilt die Zahlung als unterlassen.

Bei der Abfassung des Vordr. F24 ist Folgendes zu berücksichtigen:

- Die Zinsen für die geschuldeten, in Raten eingeteilten Beträge aus jedem einzelnen Teil sind insgesamt in einer einzigen Zeile dieses Teiles anzuführen, wobei der entsprechende Abgabecode zu verwenden ist;
- In jeder Zeile kann nur eine der zwei Spalten für die Schulden und Guthaben abgefasst werden. In einer Zeile des Vordruckes kann nur ein einziger Betrag aufscheinen;
- der Mindestbetrag, der im Vordruck für jeden einzelnen Abgabecode anzugeben ist, entspricht 1,03 Euro. Es ist jedoch keine Zahlung zu leisten, wenn der aus der Erklärung hervorgehende Betrag bezüglich der einzelnen Steuer oder Zusatzabgabe unter 12 Euro für die für die Steuer auf Einkommen natürlicher Personen (IRPEF) und regionalen und kommunalen Zusatzabgaben fälligen Beträge liegen sollten.

Weitere Bestimmungen bezüglich der Modalitäten zur Einreichung des Vordrucks F24 im Fall von Verwendung von Guthaben im Ausgleich (Anwendbar auf alle Steuerzahler und Steuersubstitute, egal ob diese Inhaber einer Umsatzsteuer-Identifikationsnummer sind oder nicht)

Gemäß Artikel 37, Absatz 49-bis, der Gesetzesverordnung Nr. 223 vom 4. Juli 2006, geändert durch Artikel 3, Absatz 2 der Gesetzesverordnung Nr. 124 vom 26. Oktober 2019, müssen diejenigen, die beabsichtigen, Steuerguthaben in Zusammenhang mit dem Mehrwertsteuerguthaben, den Einkommenssteuern und den damit verbundenen Zusatzsteuern, der Einkommenssteuerersatzsteuern, der IRAP (Regionale Zusatzgewerbesteuer), der als Steuersubstitut erzielten Guthaben sowie der in Übersicht RU der Steuererklärung anzugebenden Steuerguthaben als Ausgleich in Anspruch zu nehmen, den Vordruck F24 ausschließlich über die von der Agentur der Einnahmen zur Verfügung gestellten Telematikiendienste einreichen.

Unabhängig von der Art des Ausgleichs bleibt die Verpflichtung zur Einreichung des Vordrucks F24 "Nullsaldo" ausschließlich über die von der Finanzverwaltung zur Verfügung gestellten Telematikiendienste gemäß Artikel 11 Absatz 2 Buchstabe a) des Gesetzesdekrets Nr. 66 vom 24. April 2014 in jedem Fall unverändert. Bitte beachten Sie, dass beim Modell F24 "Nullsaldo" der Gesamtbetrag der ausgeglichenen Guthaben dem Gesamtbetrag der gezahlten Verbindlichkeiten entspricht und daher der Endsaldo des Vordrucks F24, der sich aus der Differenz dieser Beträge ergibt, Null ist.

Für weitere Einzelheiten zu diesem Thema siehe Beschluss Nr. 110/E vom 31. Dezember 2019 - pdf.

Die wichtigsten Abgabe-codes

- 4001: Irpef-Saldozahlung
- 4033: Irpef-Akontozahlung – erste Rate
- 4034: Irpef-Akontozahlung – zweite Rate bzw. Akontozahlung in einmaliger Zahlung
- 1668: Zinsen für Zahlungsaufschub. In Raten aufteilbar – Abteilung Staatsfinanzen
- 3801: Regionaler Zuschlag
- 3844: Kommunaler Zuschlag - Saldozahlung
- 3843: Kommunaler Zuschlag - Akontozahlung
- 1792: Ersatzsteuer Pauschalsteuersystem – Saldozahlung
- 1790: Ersatzsteuer Pauschalsteuersystem – Anzahlung erste Rate
- 1791: Ersatzsteuer Pauschalsteuersystem – Anzahlung zweite Rate oder einzige Zahlung
- 1842: Definitive Ertragsteuer für Vermietungen – Saldo
- 1840: Definitive Ertragsteuer für Vermietungen – Akontozahlung erste Rate
- 1841: Definitive Ertragsteuer für Vermietungen – Akontozahlung zweite Rate oder einmalige Zahlung

Rateneinteilung

Alle Steuerpflichtigen können die für den Saldo und die Steueranzahlung fälligen Beträge in Monatsraten zahlen (einschließlich der, aus der Übersicht RR bezüglich des den Mindestsatz überschreitenden Anteils resultierenden Beiträge), mit Ausnahme der Anzahlung von November, die auf einmal gezahlt werden muss. Auf jeden Fall muss die Ratenzahlung innerhalb des Monats November abgeschlossen sein.

Die Rateneinteilung muss notwendigerweise nicht alle Beträge betreffen. Es kann zum Beispiel die erste Anzahlung der Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen (IRPEF) in Raten eingeteilt werden und der Saldo auf einmal gezahlt werden, oder umgekehrt. Die Angaben der Rateneinteilung sind im Feld "Rateneinteilung/Region/Provinz" des Einzahlungsvordruckes F24 angeführt. Auf in Raten aufgeteilte Beträge, sind Zinsen im Ausmaß von 4 Prozent im Jahr geschuldet, die laut der handelsüblichen Methode berechnet werden müssen, wobei der Zeitraum ab dem Tag nach Fälligkeit der ersten Rate bis zum Fälligkeitsdatum der zweiten Rate berücksichtigt werden muss.

Es wird daran erinnert, dass die Zinsen aus der Rateneinteilung nicht mit der Steuer kumuliert, sondern getrennt gezahlt werden müssen. Die Steuerpflichtigen, **die nicht im Besitz einer USt-ID-Nummer sind**, können die erste Rate bis zum **30. Juni 2023** oder - unter Erhöhung des fälligen Betrags um 0,40 % als Zinszahlung - bis zum 30. Juli 2023 zahlen. Da der **30. Juli 2022** auf einen Sonntag fällt, wird die Frist auf den 31. Juli 2023 verschoben. Für die folgenden Raten werden die in der folgenden Tabelle angegebenen Zinsen angewandt:

RATEN	EINZAHLUNG	ZINSEN %	EINZAHLUNG (*)	ZINSEN %
1 ^a	30. Juni	0,00	31. Juli	0,00
2 ^a	31. Juli	0,33	31. Juli	0,00
3 ^a	31. August	0,66	30. August	0,33
4 ^a	2. Oktober	0,99	2. Oktober	0,66
5 ^a	31. Oktober	1,32	31. Oktober	0,99
6 ^a	30. November	1,65	30. November	1,32

(*) In diesem Fall muss der Betrag der Ratenzahlung um 0,40% erhöht werden.

Steuerzahler, **die Inhaber einer MwSt.-Nummer sind**, sind ebenfalls berechtigt, die Zahlung der ersten Rate bis spätestens **30. Juni 2023** bzw. bis zum **31. Juli 2023** vorzunehmen, wobei der geschuldete Betrag um 0,40 Prozent für die Zinsen zu erhöhen ist. Für die folgenden Raten werden die in der folgenden Tabelle angegebenen Zinsen angewandt:

RATEN	EINZAHLUNG	ZINSEN %	EINZAHLUNG (*)	ZINSEN %
1 ^a	30. Juni	0,00	31. Juli	0,00
2 ^a	17. Juli	0,18	21. August	0,18
3 ^a	21. August	0,51	18. September	0,51
4 ^a	18. September	0,84	16. Oktober	0,84
5 ^a	16. Oktober	1,17	16. November	1,17
6 ^a	16. November	1,50		

(*) In diesem Fall muss der Betrag der Ratenzahlung um 0,40% erhöht werden.

7. Der Ausgleich

Der Steuerzahler **hat für die aus der Erklärung** und den periodischen Beitragsmeldungen hervorgehenden **Steuerguthaben und Steuerschulden** gegenüber den verschiedenen Besteuerungsbehörden (Staat, NISF / INPS, lokale Körperschaften, INAIL, ENPALS) die Möglichkeit, **den Ausgleich vorzunehmen**.

Man verwendet den vereinheitlichten Zahlungsvordruck F24, in dem sowohl die verwendeten Guthaben als auch die geschuldeten Beträge in den dafür vorgesehenen Abschnitten eingetragen werden können. Einzuzahlen ist der Differenzbetrag zwischen den Schulden und Guthaben.



Der Vordruck F24 muss jedenfalls von demjenigen, der den Ausgleich tätigt eingereicht werden, auch wenn der Endsaldo kraft des Ausgleichs Null ergibt. Diese Tätigkeit ermöglicht allen Körperschaften von den vorgenommenen Ausgleichen Kenntnis zu erhalten, um so die gegenseitigen Debet- und Kreditposten regeln zu können.

Den Ausgleich können alle Steuerzahler in Anspruch genommen werden, für die sich in der Erklärung bzw. in den periodischen Erklärungen, ein Steuerguthaben ergeben hat. Insbesondere können zum Beispiel Beiträge, die dem NISF / INPS von den Arbeitgebern, von den Auftraggebern projektbezogener Tätigkeiten und Gewährnden sowie von den bei speziellen Rentenversicherungen für Handwerker und Kaufleute eingeschrieben und von den bei getrennten Rentenversicherungen des NISF / INPS eingeschriebenen geschuldet sind, als Ausgleich der genannten Guthaben einheitlich eingezahlt werden. Ausgleichbar ist auch die MwSt., welche in Bezug auf die anderen positiven zum Zweck der synthetischen Indikatoren der steuerlichen Zuverlässigkeit erklärten Komponenten (und auf das folgende größere Volumen der Geschäfte).

Guthaben aus dem Vordruck REDDITI 2023, können am Tag nach Abschluss des Steuerjahres, für welches die Erklärung einzureichen war für den Ausgleich in Anspruch genommen werden. Im Allgemeinen können die genannten Guthaben ab Januar für den Ausgleich verwendet werden, vorausgesetzt, dass nachstehende Bedingungen gegeben sind:

- Der Steuerzahler ist in der Lage, die entsprechenden Berechnungen durchzuführen;
- das für den Ausgleich in Anspruch genommene Guthabensteht auf Grund der nachfolgenden Erklärungen tatsächlich zu.

Gemäß Art. 3 Absatz 1 des Gesetzesdekrets Nr. 124 von 2019 kann der Ausgleich des Guthabens über einen Betrag von mehr als 5.000 € pro Jahr ab dem zehnten Tag nach dem Tag der Einreichung der Erklärung, aus der das Guthaben hervorgeht, erfolgen (siehe Beschluss Nr. 110/E vom 31. Dezember 2019).

Zur Verwendung eines Guthabens im Ausgleich, dessen Betrag 5.000 Euro überschreitet (Art. 3 des G. D. Nr. 50 von 2017), muss man die Anbringung eines Konformitätszeichnens beantragen (Art. 1, Abs. 574 des Stabilitätsgesetzes 2014).

Die Konformitätsbescheinigung ist in Bezug auf Steuerguthaben aufgrund von Steuererleichterungen nicht erforderlich, außer für jene, deren Voraussetzung auf Einkommensteuern und die entsprechenden Zusatzsteuern zurückzuführen ist (siehe in dieser Hinsicht das Rundschreiben Nr. 28 von 2014). Dennoch ist hinsichtlich dieser letzten Art von Steuerguthaben die Konformitätsbescheinigung für die Verwendung des restlichen Guthabens aus der vorhergehenden Erklärung nicht erforderlich, vorausgesetzt, es gibt keine neuen gereiften und verwendeten Guthaben zu einem Betrag über der Obergrenze, ab der die Konformitätsbescheinigung erforderlich ist.

Ab dem Jahr 2014 beträgt die **Höchstgrenze** der Steuerguthaben, die die auf dem Steuerkonto erstattet und/oder verrechnet werden können **Euro 700.000** für jedes Kalenderjahr.

Falls der Betrag des zustehenden Guthabens diese Grenze überschreitet, kann die Rückvergütung des Überschusses auf die vorgesehene Art und

Weise beantragt werden bzw. im nächsten Kalenderjahr für den Ausgleich in Anspruch genommen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Betrag der Guthaben für den Ausgleich mit den Schulden derselben Steuer zwecks Höchstgrenze von **700.000 Euro** nicht von Bedeutung ist, wenn der Ausgleich mit Vordr. F24 vorgenommen wird.

Die Subjekte, die die Guthaben bezüglich der Einkommenssteuer und der entsprechenden Zusatzsteuer, der Abzüge an der Quelle, der Ersatzsteuer der Einkommenssteuer und der Steuerguthaben, die in der Übersicht RU der Steuererklärung anzugeben sind, im Ausgleich laut Art. 17 des Gv. D. Nr. 241 vom 9. Juli 1997 verwenden möchten.

Unabhängig von der Art des durchgeführten Ausgleichs bleibt die Verpflichtung zur Einreichung des Vordrucks F24 "Null-Saldo" ausschließlich über die oben genannten, von der Agentur der Einnahmen zur Verfügung gestellten Telematikdienste gemäß Artikel 11 Absatz 2 Buchstabe a) der Gesetzesverordnung Nr. 66 von 2014 (siehe Beschluss Nr. 110/E vom 31. Dezember 2019) unverändert.

Die Beträge der Guthaben können zwischen den Rückerstattungsbeträgen und den Beträgen, die auszugleichen sind frei aufgeteilt werden.

Die Beträge der Guthaben, welche der Steuerzahler für den Ausgleich im Sinne des GvD Nr. 241 aus dem Jahr 1997 verwenden möchten, müssen nicht unbedingt für den Ausgleich mit den Schulden aus der Erklärung verwendet werden. Zum Beispiel kann das IRPEF Guthaben auch für den Ausgleich mit anderen Schulden (Ersatzsteuern, Einbehalte) und nicht nur als Verminderung der IRPEF-Akontozahlung, verwendet werden.

Der Steuerzahler kann jene Art des Ausgleiches anwenden, die er als für sich von Vorteil hält und dementsprechend die Beträge der Guthaben in Anspruch nehmen und zwar folgendermaßen:

- Für den Ausgleich im Sinne des GvD Nr. 241 aus dem Jahr 1997, indem er für die Zahlung der Schulden in Bezug auf verschiedene Steuern, Einbehalte und Beiträge den Vordruck F24 verwendet. In diesem Fall ist der Steuerzahler verpflichtet, den Einzahlungsvordruck F24 auch dann abzufassen und einzureichen, wenn sich durch den Ausgleich im Vordruck selbst ein Endsaldo von gleich Null ergibt;
- als Verminderung der Beträge, die in Bezug auf dieselbe Steuer geschuldet sind. In diesem Fall, kann der Steuerzahler wählen, ob er den Ausgleich ausschließlich im Vordruck der Erklärung oder auch im Vordruck F24 anführen möchte.



Zwecks Erläuterungen zur Vorgangsweise siehe im Anhang "Wahl des Ausgleiches".

Die aus dem Vordruck DM10/2 resultierenden **Guthaben für das Nationale Institut für Sozialfürsorge (INPS)** können im Vordruck F24 ab dem letzten Tag für die Einreichung der Erklärung, aus der das Beitragsguthaben hervorgeht, ausgeglichen werden, vorausgesetzt, dass der Steuerpflichtige nicht die Rückerstattung in der Erklärung selbst durch Ankreuzen des entsprechenden Kästchens in der Übersicht I beantragt hat. Der Ausgleich kann innerhalb von 12 Monaten ab der Fälligkeit für die Einreichung der Erklärung aus welcher das Steuerguthaben hervorgeht, durchgeführt werden.

Außerdem können Guthaben, die aus der Abrechnung in Übersicht RR des Vordr. REDDITI 2023 hervorgehen und sich auf Personen beziehen, die in den speziellen Rentenversicherungen für Handwerker und Kaufleute eingeschrieben sind, sowie die Freiberufler ohne Kassa, welche in die getrennte Rentenversicherungen der selbständigen Arbeiter des NISF / INPS eingeschrieben sind. Der Ausgleich kann bis zur Fälligkeit für die Einreichung der nächsten Erklärung durchgeführt werden.

Für den Ausgleich können jene **INAIL-Guthaben** verwendet werden, welche aus der Selbstverrechnung des laufenden Jahres hervorgehen. Diese Guthaben können bis zum Tag vor der nächsten Selbstabrechnung ausgeglichen werden.

Auf diese Art und Weise kann ein Guthaben, das aus der Selbstabrechnung 2022/2023 mit Fälligkeitstag am 18. Februar 2023 hervorgeht, bis zum Tag vor der nächsten Selbstabrechnung für den Ausgleich in Anspruch genommen werden. Der Teil des Guthabens, das bis zum oben genannten Fälligkeitsdatum als nicht verwendet aufscheint, wird Gegenstand der Rückerstattung sein.

Guthaben aus den Berechnungen und Berichtigungen des INAIL, können nicht für den Ausgleich der Schulden bei anderen Körperschaften verwendet werden.

TEIL II: LEITFADEN ZUR ABFASSUNG DER ERKLÄRUNG

Der Grundvordruck ist von allen Steuerzahlern abzufassen, die von dieser Pflicht nicht befreit sind. Jeder Steuerzahler ist verpflichtet, ausschließlich jene Übersichten abzufassen, die sich auf die erzielten Einkünfte beziehen.

1. Die Neuheiten in diesem Jahr

- Die wichtigsten im Vordruck REDDITI NP 2023, Steuerzeitraum 2022, enthaltenen Neuigkeiten sind wie folgt:

1. **bei den Einkommensgruppen und -sätzen:** Die IRPEF-Sätze, die auf Einkommen zwischen 15.000 und 50.000 € anzuwenden sind, wurden gesenkt und die Einkommensgruppe, für die der höchste Satz von 43 % gilt, wurde erweitert (siehe Tabelle "Berechnung des IRPEF");
2. **Neuanpassung der Abzüge für Einkünfte aus abhängiger Arbeit:** Die Einkommensgrenze für den maximalen **Abzug für Einkünfte aus abhängiger Arbeit von 1.880 €** wurde auf 15.000 € angehoben. Der Abzug wird um 65 EUR erhöht, wenn das Gesamteinkommen zwischen 25.001 € und 35.000 € liegt;
3. **Neuanpassung der Abzüge für Renteneinkünfte:** Die Einkommensgrenze für den maximalen **Abzug für Renteneinkünfte von 1.955 €** wurde auf 8.500 € angehoben. Der Abzug wird um 50 € erhöht, wenn das Gesamteinkommen zwischen 25.001 € und 29.000 € liegt;
4. **Neuanpassung der Abzüge für gleichgestellte und sonstige Einkünfte:** Die Einkommensgrenze für den maximalen **Abzug für Einkünfte, die den Einkünften aus abhängiger Arbeit gleichgestellt werden und sonstige Einkünfte von 1.265 €** wurde auf 5.500 € angehoben. Der Abzug wird um 50 € erhöht, wenn das Gesamteinkommen zwischen 11.001 € und 17.000 € liegt;
5. **Änderung der Vorschriften über die Zulage:** Die Zulage wird auch Personen mit einem Gesamteinkommen zwischen 15.001 € und 28.000 € gewährt, sofern der Betrag bestimmter Abzüge die Bruttosteuer übersteigt;
6. **Mietabzug für junge Leute:** Junge Leute bis 31 Jahre mit einem Gesamteinkommen von höchstens 15.493,71 € erhalten einen Abzug von 20 Prozent der Miete. Die Höhe des Abzugs darf 2.000 € nicht übersteigen;
7. **Steuergutschrift für den Sozialbonus:** Für Spenden an Einrichtungen des dritten Sektors wird eine Steuergutschrift in Höhe von 65 % des Betrags der Spenden selbst anerkannt, die in drei gleichen Jahresraten in Anspruch genommen werden kann. Der Betrag der Steuergutschrift darf jedoch 15 % des Gesamteinkommens nicht übersteigen;
8. **Steuergutschrift für angepasste körperliche Betätigung:** Eine Steuergutschrift für Ausgaben für angepasste körperliche Betätigung wird

denjenigen gewährt, die sie vom 15. Februar 2023 bis zum 15. März 2023 über den Webservice im reservierten Bereich der Website der Agentur der Einnahmen beantragen;

9. **Steuergutschrift für die Speicherung von Energie aus erneuerbaren Quellen:** Eine Steuergutschrift wird für die nachgewiesenen Ausgaben im Zusammenhang mit der Installation von Speichersystemen anerkannt, die in Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen integriert sind, auch wenn diese bereits bestehen und Anreize für den Austausch vor Ort in Anspruch genommen werden. Die Steuergutschrift wird denjenigen gewährt, die sie vom 1. März 2023 bis zum 30. März 2023 über den Webservice im reservierten Bereich der Website der Agentur der Einnahmen beantragen;
10. **Steuergutschrift für freiwillige Spenden zugunsten von Stiftungen der ITS Academy:** Für Barspenden an Stiftungen der ITS Academy wird eine Steuergutschrift in Höhe von 30 % des Auszahlungsbetrags gewährt. Der Betrag der Steuergutschrift erhöht sich auf 60 Prozent, wenn die Spenden zugunsten von Stiftungen der ITS Academy erfolgen, die in Provinzen tätig sind, in denen die Arbeitslosenquote über dem nationalen Durchschnitt liegt. Die Steuergutschrift kann in drei jährlichen Raten in Anspruch genommen werden;
11. **Steuergutschrift für Umweltsanierung:** Wenn Sie im Besitz einer Bescheinigung sind, die von dem vom Ministerium für Umwelt und Energiesicherheit (ehemals Ministerium für den ökologischen Übergang) verwalteten Portal ausgestellt wurde, können Sie die Steuergutschrift für freiwillige Spenden zur Umweltsanierung von öffentlichen Gebäuden und Grundstücken in Anspruch nehmen;
12. **Zweckbestimmung der acht Promille:** Ab diesem Jahr ist es möglich, dem Verein „Chiesa d’Inghilterra“ einen Anteil von acht Promille der Irpef-Steuer zuzuweisen;
13. **75 % Abzug :** der ab dem 01. Januar 2022 anfallenden Ausgaben für die Überwindung und Beseitigung baulicher Barrieren;
14. Reduzierung des Abzugs auf 60 % der im Jahr 2022 anfallenden Ausgaben für den Fassadenbonus.

2. Vorinformationen

Korrektur des Vordrucks 730/2023

Wenn der Steuerpflichtige nach der Einreichung des Vordrucks 730/2023 bemerkt, dass er nicht alle in der Erklärung anzugebenden Elemente zur Verfügung gestellt hat, kann er einen neuen Vordruck einreichen, um die Daten des eingereichten Vordrucks zu ergänzen und/oder zu berichtigen. Die Ergänzung und/oder Berichtigung kann Folgendes mit sich bringen:

- Ein **höheres Guthaben oder ein niedrigeres Debet** (zum Beispiel zuvor nicht angegebene Belastungen) oder auf die Festsetzung der aus der ursprünglichen Erklärung resultierenden Steuer keinen Einfluss nehmen. In diesem Fall kann der Steuerpflichtige binnen 25. Oktober 2023 einen ergänzenden Vordruck 730 mit entsprechender Dokumentation oder einen Vordruck REDDITI 2023 binnen 30. November 2023 (Korrektur bei Bedingungen) bzw. binnen der für die Einreichung des Vordrucks REDDITI bezüglich des darauffolgenden Jahres vorgesehenen Frist (Ergänzungserklärung zu Gunsten). Die Differenz bezüglich des Betrags des aus dem Vordruck 730 resultierenden Guthabens oder des Debets kann als Rückzahlung angegeben werden, d.h. als für nächstes Jahr abzuziehendes Guthaben. Außerdem kann der Steuerzahler bis zum 31. Dezember des fünften Jahres nach dem Jahr, in dem die Erklärung eingereicht wurde, eine ergänzende Erklärung einreichen (ergänzende Erklärung – Art. 2, Absatz 8 des D.P.R. 322 von 1998). In diesem Fall kann der Betrag des Steuerguthabens im Sinne des Art. 17 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 241 von 1997 als Ausgleich verwendet werden, um die Zahlung der Steuerschulden vorzunehmen, die ab dem Steuerzeitraum gereift sind, der auf jenen folgt, in dem die ergänzende Erklärung eingereicht wurde. In der Erklärung zum Steuerzeitraum, in dem die ergänzende Erklärung eingereicht wurde, wird auch das Steuerguthaben angegeben, das sich aus der geringeren Steuerschuld oder dem höheren Guthaben ergibt, das aus der ergänzenden Erklärung hervorgeht. Es wird daran erinnert, dass der Ergänzungsvordruck 730 bei einem Vermittler, der den Ausgleich beantragen kann, eingereicht werden muss, auch wenn der vorangegangene Vordruck beim Arbeitgeber oder bei der Rentenanstalt eingereicht wurde;
- ein **höheres Debet oder ein niedrigeres Guthaben** (zum Beispiel ganz oder teilweise nicht angegebene Einkommen). In diesem Fall muss der Steuerpflichtige einen Vordruck REDDITI 2023 Natürliche Personen einreichen:
 - Binnen 30. November 2023 (Korrektur bei den Bedingungen) und die fälligen Summen einschließlich der Differenz gegenüber dem Betrag des auf dem Vordruck 730 resultierenden Guthabens direkt bezahlen, das auf jeden Fall vom Steuersubstitut zurückgezahlt wird;
 - binnen der für die Einreichung des Vordrucks REDDITI bezüglich des darauffolgenden Jahres (Ergänzungserklärung) vorgesehenen Frist und die fälligen Summen direkt zahlen;
 - binnen 31. Dezember des fünften auf das Jahr, in dem die Erklärung eingereicht wurde, folgenden Jahres und die fälligen Summen direkt zahlen.

Der Vordruck REDDITI kann von den Arbeitnehmern eingereicht werden, die auch in den Fällen, in denen die Auflösung des Verhältnisses mit dem Arbeitgeber eingetreten ist, von der Unterstützung Gebrauch gemacht haben, um die Rückerstattung der Summen zu erhalten, die in der Liquidationsaufstellung als Guthaben resultieren. Besagtes Guthaben kann auf jeden Fall direkt in die im darauffolgenden Jahr einzureichende Erklärung als aus der vorherigen Erklärung als Überschuss resultierend übertragen werden, ohne dass ein Ersatzvordruck REDDITI eingereicht werden muss. Dieses letztgenannte Verfahren kann auch von den Erben befolgt werden, die bei Tod des Steuerpflichtigen die Steuererklärung des Verstorbenen als Erben einreichen.

Korrektur des Vordrucks REDDITI 2023

Für den Fall, dass der Steuerpflichtige eine schon eingereichte Erklärung berichtigen oder ergänzen möchte, muss er eine neue in allen Teilen komplette Erklärung abfassen. Auf diese Weise können ganz oder teilweise nicht erklärte Einkommen dargelegt bzw. absetzbare Belastungen oder solche, für die ein Abzug zusteht, hervorgehoben werden, die in der vorherigen Erklärung ganz oder teilweise nicht angegeben wurden. Für die Abfassungsmodalitäten der Erklärung wird auf das Kapitel 3 “Abfassung der Titelseite” unter dem Eintrag “Erklärungstyp” verwiesen.

Einheitliche Bescheinigung 2023

In Bezug auf die Daten in der Einheitlichen Bescheinigung 2023, die in den Vordruck REDDITI 2023 zu übertragen sind, wird in den Anleitungen zur Abfassung auf jene Punkte der Bescheinigung hingewiesen, in denen diese Daten enthalten sind.

Von den Erben eingereichte Erklärung

Die Erklärung für verstorbene Personen muss von einem der Erben eingereicht werden. Auf der Titelblatt des Vordrucks müssen die Steuernummer und die anderen Daten des verstorbenen Steuerpflichtigen angegeben werden. Der Erbe muss gemäß den in der Anleitung erteilten Angaben das entsprechende Kästchen der Titelseite “Demjenigen vorbehalten, der die Erklärung für Andere vorlegt” abfassen und die Erklärung unterschreiben. Für weitere Informationen über die Abfassungsmodalitäten siehe Anleitung für das Abfassen der Vorderseite unter dem Eintrag “Vom Erben oder von anderen Subjekten, die nicht der Steuerzahler selbst sind, eingereichte Erklärung”.

Fristen für die Vorlage der Erklärung durch die Erben

Für die im Jahre 2022 bzw. binnen des Monats Februar 2023 verstorbenen Personen muss die Erklärung von den Erben in den ordentlichen Fristen vorgelegt werden. Für die später verstorbenen Personen muss die Erklärung binnen den in der nachstehenden Tabelle angegebenen Fristen, die in Bezug auf die Vorlageweise der Erklärung (Papierform oder telematisch) unterschieden werden, vorgelegt werden.

VORLAGE BEI DEN POSTÄMTERN		TELEMATISCHE VORLAGE	
STERBEDATUM	VORLAGEFRISTEN	STERBEDATUM	VORLAGEFRISTEN
1. Januar 2022 – 28. Februar 2023	Ordentliche Fristen: vom 2. Mai 2023 bis 30. Juni 2023	1. Januar 2022 – 31. Juli 2023	Ordentliche Fristen: 30. November 2023
1. März 2023 – 30. Juni 2023	Um 6 Monate verlängerte Fristen: 31. Dezember 2023	1. August 2023 – 30. November 2023	Um 6 Monate verlängerte Fristen: 31. Mai 2024

Falls der Verstorbene im Jahr 2022 den Vordruck 730 eingereicht hat, aus dem ein vom Steuersubstituten noch nicht rückerstattetes Steuerguthaben hervorgeht, ist es für den Erben von Vorteil, wenn er weiß, dass er dieses Steuerguthaben in der für den Verstorbenen eingereichten Einkommenserklärung anfordern kann.



Siehe im Anhang "Guthaben aus dem Vordr. 730, die vom Steuersubstituten nicht rückerstattet worden sind".

Zahlungsfristen durch die Erben

Für die im Jahre 2022 oder binnen 28. Februar 2023 verstorbenen Personen müssen die Zahlungen von den Erben innerhalb der ordentlichen Fristen geleistet werden. Für die später verstorbenen Personen werden die Fristen um sechs Monate verlängert und fallen somit auf den 30. Dezember 2023.

Zivilrechtliche Partnerschaften

Gemäß Art. 1, Abs. 20 des Gesetzes Nr. 76 von 2016 müssen die Wörter „Ehegatte“, „Ehegatten“ oder gleichwertige Ausdrücke auch jedem Teil einer zivilrechtlichen Partnerschaft zwischen Personen des selben Geschlechts zugeschrieben werden.

Imu (Gemeindesteuer auf Immobilien), Imi (Gemeindeimmobiliensteuer der Provinz Bozen) und Imis (Gemeindeimmobiliensteuer der Provinz Trient)

Daher sieht das Stabilitätsgesetz 2016 vor, dass ab dem Steuerzeitraum 2014 auch auf die Gemeindeimmobiliensteuer (Imi) der Provinz Bozen und auf die Gemeindeimmobiliensteuer (Imis) der Provinz Trient die Bestimmungen zur Imu in Bezug auf den Ersatz der Einkommensteuer der natürlichen Personen und der entsprechenden Zusatzsteuern zur Anwendung kommen.

Daher gelten in den Anweisungen im Vordruck REDDITI die Hinweise auf die Imu auch für die Imi und die Imis.

Ersatzerträge und Zinsen

Die als Ersatz von Einkommen erzielten Erträge, auch kraft der Abtretung der entsprechenden Guthaben, die erzielten Entschädigungen, auch in Form einer Versicherung als Schadenersatz für den Verlust der Einkommen, ausgeschlossen jene, die von bleibender Invalidität oder Tod abhängen, die Verzugszinsen und die Zinsen für Zahlungsaufschub stellen Einkommen derselben Kategorie wie die ersetzten oder verlorenen dar, d.h. wie jene, aus denen die Guthaben hervorgehen, auf die diese Zinsen aufgelaufen sind. In diesen Fällen müssen dieselben Übersichten des Erklärungsvordrucks verwendet werden, in denen die ersetzten oder jene Einkommen, auf die sich die Guthaben beziehen, erklärt worden wären. Unter anderem fallen in diese Kategorie: Lohnausfallkasse, Arbeitslosengeld, Mobilität, Mutterschaftszulage, Summen, die aus irgendwelchen Transaktionen hervorgehen und den Beschäftigten vorübergehend gezahlte Unterhaltsbeiträge, für die ein Verfahren beim Gericht anhängig ist. Die als Schadenersatz für den Verlust von Einkommen bezüglich mehrerer Jahre zustehenden Entschädigungen müssen in der Übersicht RM, Abschn. II erklärt werden.

Einkünfte, die im Ausland erzielt wurden

Die in Italien ansässigen Personen müssen auch die im Ausland erzielten Einkünfte, vorbehaltlich sonstiger Vorschriften, erklären, welche in den Abkommen gegen die Doppelbesteuerung enthalten sind, die mit den jeweiligen anderen Staaten vereinbart wurden.

Vermögensmittel

Die Vermögensmittel (Art. 167 - 171 des Bürgerlichen Gesetzbuches) sind eine Gruppe aus Gütern, die einem Dritten oder beiden Ehegatten bzw. nur einem von ihnen gehören und die für die Befriedigung der Bedürfnisse und der Interessen der Familie bestimmt sind.

Die Erträge der Güter, die Gegenstand der Vermögensmittel sind, sind zur Hälfte ihrer Höhe auf jeden der Ehegatten anzurechnen (Art. 4 Absatz 1 Buchst. b) des TUIR).

Rechtsnießbrauch

Die Eltern in ihrer Erklärung auch die Einkommen der minderjährigen Kinder müssen einschließen, auf die sie den Rechtsnießbrauch haben. Die Eltern, die die elterliche Gewalt ausüben, haben den Rechtsnießbrauch der Güter des minderjährigen Kindes gemeinsam. Dem Rechtsnießbrauch unterstehen jedoch nicht:

- die vom Kind mit den Erträgen seiner Arbeit erworbenen Güter;
- die dem Kind zum Beginn einer Karriere, einer Kunst oder eines Berufs überlassenen oder geschenkten Güter;
- die überlassenen oder geschenkten Güter unter der Bedingung, dass die Eltern, die die elterliche Gewalt ausüben, oder einer von ihnen keinen Nießbrauch an ihnen haben (die Bedingung ist jedoch wirkungslos, wenn es sich um Güter handelt, die dem Kind als Pflichtteil zustehen);
- die dem Kind durch Erbe, Vermächtnis oder Schenkung zugegangenen und im Interesse des Kindes gegen den Willen der die elterliche Gewalt ausübenden Eltern angenommenen Güter (wenn nur einer von ihnen die Annahme befürwortet, steht ausschließlich ihm der Rechtsnießbrauch zu);
- die von irgendjemand gezahlten Hinterbliebenenrenten.

Die nicht dem Rechtsnießbrauch unterliegenden Einkommen der minderjährigen Kinder müssen hingegen im Namen jedes einzelnen Kindes von einem der Elternteile erklärt werden (wenn die elterliche Gewalt nur von einem Elternteil ausgeübt wird, muss die Erklärung vom Letztgenannten eingereicht werden).



Das Kapitel 3 unter dem Stichwort "Von den Erben oder von anderen, vom Steuerpflichtigen abweichenden Personen eingereichte Erklärung" und im Anhang "Einkommen der Ehegatten" einsehen.

Aufbewahrung der Unterlagen

All jene Unterlagen, welche die Einkünfte, die Einbehalte, die Auslagen, die Ausgaben usw. betreffen und in der gegenständlichen Erklärung angeführt worden sind, müssen vom Steuerzahler bis zum **31. Dezember 2028** aufbewahrt werden, da die Agentur der Einnahmen innerhalb dieser Frist deren Einreichung fordern kann. Falls der Steuerzahler auf Verlangen der Agentur der Einnahmen nicht in der Lage ist, die geeigneten Unterlagen bezüglich der Auslagen, der Absetzungen, der Einbehalte, der angegebenen Steuerguthaben oder der Einzahlungen einzureichen, wird eine Verwaltungsstrafe verhängt.

Umrechnung der Währung aus Ländern, die nicht der EU angehören

In allen Fällen, in denen es erforderlich ist Einkünfte, Auslagen und Aufwendungen, welche ursprünglich in einer ausländischen Währung angegeben waren, in Euro oder in Lire umzurechnen, ist der offizielle Devisenkurs des Tages an welchem diese bezogen oder entrichtet wurden bzw. der Kurs des vorherigen Tages zu verwenden. Falls der Wechselkurs an diesen Tagen nicht festgelegt wurde, ist der durchschnittliche Monatskurs anzuwenden. Der tägliche Wechselkurs der zwanzig wichtigsten Währungen wird im Amtsblatt veröffentlicht. Die bereits veröffentlichten Ausgaben des Amtsblatts können bei den Staatsbuchhandlungen oder den gleichgestellten Verkaufsstellen, angefordert werden. Um den an einem bestimmten Tag geltenden Wechselkurs zu kennen, kann die Internetseite der Banca d'Italia unter der Anschrift <https://www.bancaditalia.it/compiti/operazioni-cambi/cambi/index.html> eingesehen werden.

Auf- und Abrundungen

Alle Beträge, die in der Erklärung angegeben sind, müssen auf die nächste Euro-Einheit auf- bzw. abgerundet werden, wenn die Dezimalfraktion gleich oder höher als fünfzig Cent ist, ist der Betrag aufzurunden, im gegenteiligen Fall ist der Betrag auf die nächste Euro-Einheit abzurunden (zum Beispiel: 55,50 wird 56; 65,62 wird 66; 65,49 wird 65). Zu diesem Zweck wurden in den Feldern für die Angabe der Beträge zwei Nullen, nach dem Beistrich vorgedruckt.

Strafen

Für eine Einsichtnahme in die Informationen zu Sanktionen und Berichtigung in Bezug auf die Erklärungspflichten wird auf die Internetseite der Agentur der Einnahmen verwiesen.

3. Abfassung der Titelseite

Die Titelseite des Vordruckes REDDITI Natürliche Personen besteht aus drei Teilen.

Identifikationsdaten

Auf dem ersten Bogen den Nachnamen, den Namen und die Steuernummer des Steuerpflichtigen in den dazu vorgesehenen Freiräumen angeben, die sich über dem *Informationsblatt zur Bearbeitung der Personenangaben* befinden.



Die Steuernummer, die auf der Titelseite einzutragen ist, muss für eine einwandfreien Einreichung der Erklärung, jener entsprechen, die auf dem Sanitätsausweis bzw. falls dieser noch nicht ausgestellt wurde, auf der Karte angeführt ist, welche von der Finanzverwaltung ausgestellt wurde. Falls einige der meldeamtlichen Angaben (Nachname, Vorname, Geschlecht, Geburtsort und -datum) in der Karte falsch angeführt sind, muss sich der Steuerzahler an ein örtliches Amt der Agentur der Einnahmen wenden und die Abänderung der Daten beantragen. Der Steuerzahler muss bis zur Richtigstellung die ihm zugewiesene Steuernummer verwenden.

Art der Erklärung

Eines oder mehrere der folgenden Kästchen zur Angabe der den Steuerpflichtigen betreffenden Fälle ankreuzen:

- **"Übersicht RW"** wenn die Übersicht RW ausgefüllt wurde, weil im Jahr 2022 Investitionen oder finanzielle Tätigkeiten im Ausland durchgeführt oder gehalten wurden;
- **"Übersicht VO"** bezieht sich auf den von der Vorlagepflicht der jährlichen Mehrwertsteuererklärung für das Jahr 2022 befreiten Subjekt, das zur Mitteilung der Optionen oder der mit Bezugnahme auf den Besteuerungszeitraum 2022 vorgenommenen Widerrufe aufgrund des vom Dekret des Präsidenten der Republik (D.P.R.) Nr. 442 vom 10. November 1997 vorgesehenen Abschlussverhaltens ihrer Steuererklärung die in der Erklärung MwSt./2023 bezüglich des Jahres 2022 enthaltene Übersicht VO beifügen muss. Für Erläuterungen und Vertiefungen zu den vom Artikel 10 des Gesetzesdekrets Nr.78 aus dem Jahr 2009 eingeführten Bestimmungen siehe Verfügung des Leiters der Agentur der Einnahmen vom 21. Dezember 2009 sowie Rundschreiben Nr. 57 vom 23. Dezember 2009 und Nr. 1 vom 15. Januar 2010;
- **"Übersicht AC"** wenn der Steuerpflichtige verpflichtet ist:
 - der zentralen Steuerkartei den Gesamtbetrag der Güter und Dienstleistungen, die von der Eigentumsgemeinschaft im Kalenderjahr erworben wurden, sowie die Erkennungsdaten der entsprechenden Lieferanten jährlich mitzuteilen;
 - die Katasterdaten der Eigentumsgemeinschaft bei Sanierungseingriffen des Baubestands mitzuteilen;
- **„synthetische Indikatoren der steuerlichen Zuverlässigkeit“**, wenn die Vordrucke ISA beigefügt wurden.



Ab dem am 31. Dezember 2018 laufenden Steuerzeitraum sind diejenige, die künstlerische, berufliche und betriebliche Tätigkeiten ausüben, für welche die synthetischen Indikatoren der steuerlichen Zuverlässigkeit angenommen wurden, zur Einreichung des Vordrucks ISA – synthetische Indikatoren der steuerlichen Zuverlässigkeit verpflichtet. Dieser Vordruck, welcher Teil des Vordrucks REDDITI 2023 ist, wird für die Erklärung der relevanten Daten zum Zweck der Anwendung und der Aktualisierung derselben Indikatoren benutzt. Die synthetischen Indikatoren der steuerlichen Zuverlässigkeit werden von dem Art. 9-bis des GD Nr. 50 vom 24. April 2017, umgewandelt in das Gesetz Nr. 96 vom Jahr 2017 (im Amtsblatt des 23. Juni 2017 veröffentlicht) geregelt. Die angenommenen Vordrucke ISA und die bezüglichen Anweisungen sind auf der Webseite der Agentur der Einnahmen www.agenziaentrate.gov.it verfügbar. Die Liste der Codes der Tätigkeit, für die die ISA angenommen wurden, wird im Anhang zu der „Anweisungen Gemeintell ISA“ gegeben.

Fristgemäße Berichtigung

Falls der Steuerzahler vor Ablauf der Einreichungsfrist der Erklärung die Absicht hat, eine bereits eingereichte Erklärung auszubessern oder zu ergänzen, ist er angehalten, eine neue Erklärung in all ihren Teilen abzufassen und das Kästchen **„Fristgemäße Berichtigung“**, anzukreuzen. Auf diese Weise können Einkommen dargelegt werden, die ganz oder teilweise nicht erklärt wurden, bzw. abzugsfähige Belastungen oder sol-

che, für die der Abzug zusteht, hervorgehoben werden, die in der vorherigen Erklärung ganz oder teilweise nicht angegeben wurden. Die Steuerpflichtigen, die die Erklärung zur Ergänzung der vorherigen einreichen, müssen die Zahlung der höheren Steuer, der eventuell fälligen regionalen und kommunalen Zusatzabgaben leisten.

Wenn aus dem neuen Vordruck REDDITI ein niedrigeres Guthaben hervorgeht, muss die Differenz zum Betrag des zum Ausgleich der aus der vorherigen Erklärung resultierenden Debetbeträge verwendeten Guthabens gezahlt werden. Wenn hingegen aus dem neuen Vordruck REDDITI ein höheres Guthaben oder ein niedriges Debet resultiert, kann die Differenz zum Betrag des aus der vorherigen Erklärung resultierenden Guthabens oder Debets als Rückerstattung bzw. als für weitere Debetbeträge abzuziehendes Guthaben angegeben werden.

Ergänzung der Erklärung

Nach Ablauf der Frist für die Einreichung der Erklärung, kann der Steuerzahler die Erklärung gemäß den selben Modalitäten, die für die originale Erklärung vorgesehen sind ausbessern oder ergänzen, indem er einen neuen Vordruck abfasst, welcher für den Besteuerungszeitraum, auf den sich die Erklärung bezieht, genehmigt wurde.

Um die Zusatzerklärung einreichen zu können wird vorausgesetzt, dass die Einreichung der ursprünglichen Erklärung gültig ist. Diesbezüglich wird darauf hingewiesen, dass unabhängig von der Anwendung der Strafen, auch jene Erklärungen als gültig betrachtet werden, die innerhalb von neunzig Tagen nach abgelaufener Frist eingereicht wurden.

1) „Ergänzende Erklärung“ (Art. 2, Abs. 8 und 8-bis, D.P.R. Nr. 322/98)

Dieses Kästchen ist nur im Fall einer Einreichung einer ergänzenden Erklärung auszufüllen, wobei Folgendes anzugeben ist:

- Der **Code 1** für den in Art. 2, Absatz 8 des D.P.R. Nr. 322/1998 vorgesehenen Fall bis zum 31. Dezember des fünften Jahres nach der Einreichung der Erklärung, um Fehler zu berichtigen oder unterlassene Daten anzugeben, einschließlich jener, durch die sich ein höheres oder geringeres Einkommen oder auf jeden Fall eine höhere oder geringere Steuerschuld oder ein geringeres Guthaben ergeben haben. Unbeschadet davon bleiben die Auferlegung von Sanktionen und die Anwendung von Art. 13 des Gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 472/1997.
- Der **Code 2** für den Fall, dass der Steuerpflichtige eine schon zuvor eingereichte Erklärung auf der Grundlage der von der Agentur der Einnahmen zugesandten Mitteilungen im Sinne des Artikels 1, Abs. 634-636 des Gesetzes vom 23. Dezember 2014, Nr. 190 korrigieren will. Unbeschadet davon bleiben die Auferlegung von Sanktionen und die Anwendung von Art. 13 des Gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 472/1997. Die Agentur der Einnahmen stellt dem Steuerpflichtigen die Informationen in ihrem Besitz (in Bezug auf denselben Steuerpflichtigen, die sie direkt oder über Dritte in Bezug auf Einkünfte oder Vergütungen, Einkommen, Geschäftsvolumen und Produktionswert, die ihm zuzuschreiben sind, auf die Steuererleichterungen, Absetzungen oder Abzüge, sowie auf Steuerguthaben, auch wenn sie sich als nicht zustehend erweisen sollten, erhalten hat) zur Verfügung, und gibt ihm so die Möglichkeit, spontan eventuelle Fehler oder Unterlassungen auch nach der Einreichung der Erklärung zu berichtigen.

Das eventuelle Guthaben aus einer geringeren Steuerschuld oder einem höheren Guthaben, das aus der Erklärung gemäß Abs. 8 des Art. 2 des D.P.R. Nr. 322 von 1998 hervorgeht, kann als Ausgleich im Sinne des Art. 17 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 241 von 1997 verwendet werden. Unbeschadet der in jedem Fall anzuwendenden Bestimmung entsprechend dem vorhergehenden Absatz in den Fällen einer Korrektur von Kompetenz-Buchhaltungsfehlern kann in dem Fall, in dem die Erklärung, die zum Vorteil ergänzt wird, nach der für die Einreichung der Erklärung zum nachfolgenden Steuerjahr vorgesehene Frist eingereicht wird, das Steuerguthaben entsprechend dem vorhergehenden Absatz als Ausgleich im Sinne des Art. 17 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 241 von 1997 verwendet werden, um die Zahlung der Steuerschulden zu tätigen, die ab dem Steuerjahr gereift sind, das auf jenes folgt, in dem die ergänzende Erklärung eingereicht wurde. In der Erklärung zum Steuerzeitraum, in dem die ergänzende Erklärung eingereicht wurde, wird auch das Steuerguthaben angegeben, das sich aus der geringeren Steuerschuld oder dem höheren Guthaben ergibt, das aus der ergänzenden Erklärung hervorgeht.

2) Ergänzende Erklärung (Art. 2, Absatz 8-ter, DPR. Nr. 322/98)

Dieses Kästchen ist einzig bei Vorlage einer ergänzenden Erklärung im vom Art. 2, Absatz 8-ter des DPR Nr. 322 von 1998 vorgesehenen Fall anzukreuzen, um den ursprünglichen Rückerstattungsantrag des Steuerüberschusses ausschließlich für die Wahl des Ausgleiches zu ändern, vorausgesetzt, dass die Rückerstattung selbst nicht schon auch teilweise ausgezahlt wurde. Diese Erklärung ist binnen 120 Tagen ab der Fälligkeit der ordentlichen Vorlagefrist laut den Bestimmungen gemäß Artikel 3 des genannten DPR Nr. 322 von 1998 mithilfe der mit den für die Steuerperiode, auf die sich die Erklärung bezieht, genehmigten Vordrucken übereinstimmenden Vordrucke vorzulegen.

Bei Vorlage der ergänzenden Erklärung, die neben der vom Absatz 8-ter zulässigen Änderung auch die Korrektur von Fehlern oder Auslassungen enthält, ist nicht dieses Kästchen anzukreuzen, sondern es muss das Kästchen „Ergänzende Erklärung“ angekreuzt werden.

Das Kästchen „**außerordentliche Ereignisse**“ ist von jenen Personen abzufassen, die im Laufe des Steuerjahres auf Grund besonderer Bestimmungen infolge von Umweltkatastrophen oder anderen außerordentlichen Ereignissen berechtigt waren, Steuerbegünstigungen in Anspruch zu nehmen. Die betreffenden Steuerzahler müssen im entsprechenden Kästchen den jeweiligen **Code** angeben, der in der „Tabelle der außergewöhnlichen Ereignisse“ im Anhang unter dem Punkt „Außergewöhnliche Ereignisse“ enthalten ist.

Im besonderen Fall, wenn ein Steuerzahler mehrere Begünstigungen infolge mehrerer Gesetzesbestimmungen in Anspruch genommen haben sollte, muss er den Code angeben für den die längste Aufschiebung der Frist für die Einreichung der Erklärung oder der Einzahlungen, vorgesehen ist. Die Tabelle „**Daten zu den Beträgen, die aufgrund des COVID-19 Notstands ausgesetzt wurden**“ wurde in die Übersicht RS von Heft Datei 3 eingefügt, um mit den neuen Codes ausgefüllt zu werden, welche sich auf außergewöhnliche Ereignisse beziehen, die die Aussetzung von Zahlungen ermöglicht haben, die in den spezifischen Bestimmungen vorgesehen sind, die zur Bewältigung des COVID-19 Notstands erlassen wurden.

3) Ergänzende Erklärung von Buchungsfehlern (Art. 2, Absatz 8-bis, Präsidialdekret 322/98)

Dieses Kästchen muss angekreuzt werden, wenn eine ergänzende Erklärung zur der Korrektur von Buchungsfehlern nach der Frist für die Abgabe der Erklärung für den folgenden Steuerzeitraum eingereicht wird.

Daten des Steuerpflichtigen

Geburtsort und Geburtsdatum

Die Geburtsstadt und das entsprechende Kürzel der Provinz (wenn Sie im Ausland geboren sind, nur den Namen des Staates, in dem Sie geboren sind, angeben), das Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr) und das Geschlecht angeben.

Situation des Steuerpflichtigen

Wenn sich die eingereichte Erklärung auf einen verstorbenen, schutzbefohlenen oder minderjährigen Steuerzahler bezieht, muss eines der folgenden Kästchen angekreuzt werden, mit Bezug auf das Datum, an dem die Erklärung eingereicht wurde.

- das **Kästchen 6 (verstorben)** ist bei vom Erben für den Verstorbenen vorgelegter Erklärung anzukreuzen;
- das **Kästchen 7 (bevormundet, vertreten)** ist bei vom Rechtsvertreter für die rechtsunfähige Person oder vom Zwangsverwalter als Vertreter für die beschlagnahmten Güter vorgelegter Erklärung anzukreuzen;

- das **Kästchen 8 (minderjährig)** ist bei von den Eltern für die Einkommen der minderjährigen Kinder mit Ausnahme der rechtlichen Nutznießung vorgelegter Erklärung anzukreuzen.

Ausländischer Ländercode

In diesem Feld müssen Sie den Code des ausländischen Staates angeben, in dem Sie bis zu Ihrer Rückkehr oder Versetzung nach Italien wohnhaft waren. Dies gilt für Arbeitnehmer, die für alle in den jeweiligen Übersichten angegebenen begünstigten Einkommen in den Genuss von Begünstigungen für Rückkehrer kommen, für Dozenten und Forscher sowie für Berufssportler. Den Code finden Sie in Tabelle 10 im Anhang. Wer die Begünstigung für Dozenten und Forscher in Anspruch nimmt, kann Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Nicht-EU-Staaten angeben, mit denen ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von Einkommen oder ein Abkommen über den Informationsaustausch in Steuersachen in Kraft ist.

Die Steuerpflichtigen, die Inhaber einer **USt-ID-Nr.** sind, müssen die Nummer im dafür vorgesehenen Feld angeben.

Annahme der ruhenden Erbschaft

Das Kästchen muss bei Einreichung der Erklärung durch den Steuerpflichtigen der die ruhende Erbschaft annimmt abgefasst werden; er ist gehalten, seine Wahl in Bezug auf die zuvor in der vom Verwalter eingereichten Erklärung der getrennten Besteuerung unterliegenden Einkommen mit dem für die erste Einkommensklasse vorgesehenen Steuersatz zu treffen. In diesem Fall ist Folgendes anzugeben:

- der **Code 1**, wenn derjenige, der die ruhende Erbschaft annimmt, zu den für die getrennt besteuerten Einkommen vorgesehen Modalitäten für die endgültige Liquidation der Steuer auf diese Einkommen optiert;
- der **Code 2**, wenn er hingegen für die endgültige Liquidation der Steuer auf diese ordentlich besteuerten Einkommen optiert.

Freiwillige Auflösung (Dem Steuerpflichtigen vorbehalten)

Das Kästchen muss bei der Vorlage der Erklärung von Seiten des Steuerpflichtigen, der sich gemäß Art. 182 des Tuir im von dem Verfahren der freiwilligen Auflösung betroffenen Besteuerungszeitraum befindet, angekreuzt werden.

Beschlagnahmtimmobilien

Immobilien, die Gegenstand von noch nicht entschiedenen Maßnahmen zur Sicherstellung oder Beschlagnahme sind, deren Einkünfte gemäß den Regelungen in Kapitel II, Titel II („Einkünfte aus Grundvermögen“), Art. 70 („Aus Grundvermögen stammende Einkünfte“) und Art. 90, Absatz 1, vierter und fünfter Satz („Erträge aus Liegenschaften“) des Steuergesetzes TUIR bestimmt werden, sind für die Ermittlung der Einkommenssteuern im Sinne von Artikel 51, Absatz bis des G.v.D. Nr. 159 vom 6. September 2011, wie durch Art. 32 des G.v.D. Nr. 175 vom 21. November 2014 ersetzt, nicht erheblich. In diesen Fällen muss der Zwangsverwalter zwei getrennte Erklärungen einreichen. In der ersten sind die Einkünfte aller beschlagnahmten Güter mit Ausnahme der Immobilien einzutragen, für die die entsprechenden Steuern abzurechnen und zu zahlen sind. In der zweiten Erklärung sind ausschließlich die Daten der Immobilien einzutragen, die Gegenstand der Schutzmaßnahmen sind, woraus sich, kraft der genannten Bestimmung die Aussetzung der Steuerzahlungen bis zum Widerruf der Beschlagnahme oder bis zu ihrer Zuweisung oder Zweckbestimmung ergibt. In dieser zweiten Erklärung ist das Kästchen „Beschlagnahmtimmobilien“ anzukreuzen, und es müssen nur die Übersichten in Bezug auf diese Einkünfte ausgefüllt werden, weshalb die restlichen Übersichten (wie z.B. RN, RV und RX) leer zu lassen sind.

Beendigung der Tätigkeit

Das Kästchen muss angekreuzt werden, wenn eine vollständige Absetzung der Verluste aufgrund der Einstellung der Tätigkeit erfolgt.

Zustand und Besteuerungszeitraum (Dem Liquidator oder dem Konkursverwalter/dem Verwalter der gerichtlichen Liquidation vorbehalten)

Das Kästchen „Zustand“ muss nur bei Einreichung der Erklärung von Seiten des Liquidators beziehungsweise von Seiten des Konkursverwalters/des Verwalters der gerichtlichen Liquidation abgefasst werden.

In diesem Fall muss neben dem Besteuerungszeitraum, auf den sich die Erklärung bezieht, auch einer der folgenden Codes angeführt werden:

CODES	SITUATION DES STEUERPFLICHTIGEN IM BESTEUERUNGSZEITRAUM, AUF DEN SICH DIE ERKLÄRUNG BEZIEHT
für den Liquidator:	
1	Zeitraum „Vor Auflösung“
2	Zeitraum „Nach Auflösung“
3	Zeitraum „Vorübergehend“
4	Auflösungszeitraum „Ende“
für den Konkursverwalters/des Verwalters der gerichtlichen Liquidation:	
5	Zeitraum „Vor Konkurs/gerichtlicher Liquidation“
6	Zeitraum „Konkursabschluss/gerichtliche Liquidation“

Meldeamtlicher Wohnsitz

Den meldeamtlichen Wohnsitz nur **dann angeben, wenn er sich in der Zeit vom 1. Januar 2022 bis zum Datum der Vorlage dieser Erklärung geändert hat.**

Es wird daran erinnert, dass der Wohnsitz auch dann als abgeändert zu betrachten ist, wenn die Änderung im Bereich ein und derselben Gemeinde erfolgt.

Wurde der Wohnsitz verändert, ist Folgendes anzugeben:

- die Angaben des neuen Wohnsitzes bei Einreichungsdatum der Erklärung, wobei in den entsprechenden Räumen, ohne Abkürzungen die Angabe der Gemeinde, das Kennzeichen der Provinz, die PLZ, die Adresse (Straße, Platz usw.) die Hausnummer und eventuell der Ort anzugeben sind;
- der Tag, der Monat und das Jahr, an dem die Änderung erfolgt ist.

Der meldeamtliche Wohnsitz muss auch von den Steuerpflichtigen angegeben werden, die zum ersten Mal die Erklärung der Einkommen vorlegen und die das Kästchen „Zum ersten Mal vorgelegte Erklärung“ ankreuzen müssen.

Auf der Website www.agenziaentrate.gov.it gibt es einen Link zu einer entsprechenden Tabelle, die von der Hauptabteilung für Finanzen vorbereitet wurde und der die Katastercodes der Gemeinden entnommen werden können.

Kästchen 1 (vom Wohnsitz abweichender Steuerwohnsitz): Nur ankreuzen, wenn auf Grund einer Maßnahme der Agentur für Einnahmen der Steuerwohnsitz vom meldeamtlichen Wohnsitz abweicht.

Kästchen 2 (zum ersten Mal eingereichte Erklärung): Das Kästchen ankreuzen, wenn die Erklärung zum ersten Mal eingereicht wird.

Telefonnummern und E-Mail-Adresse

Die Angabe der Telefonnummer, der Mobiltelefonnummer und der E-Mailadresse erfolgt freiwillig. Es wird darauf hingewiesen, dass die Angabe der E-Mail-Adresse äußerst wichtig ist, da Sie zukünftige Mitteilungen von Seiten der Agentur der Einnahmen auch auf diesem Weg erhalten können.

Steuerwohnsitz für die Zuteilung der regionalen und der kommunalen Zusatzsteuer

Die in Italien ansässigen Steuerpflichtigen haben den Steuerwohnsitz in der Gemeinde, in deren Melderegister sie eingetragen sind, somit entspricht der Steuerwohnsitz in der Regel dem meldeamtlichen Wohnsitz. Die Finanzverwaltung kann den Steuerwohnsitz des Steuerpflichtigen in der Gemeinde festlegen, in der er kontinuierlich die Haupttätigkeit ausübt.

Wenn besondere Umstände auftreten, kann die Finanzverwaltung dem Steuerpflichtigen, der einen begründeten Antrag darauf stellt, gewähren, dass sein Steuerwohnsitz in einer anderen Gemeinde als der des Wohnsitzes festgelegt wird. Die Daten, die Sie in den Zeilen in Bezug auf den Steuerwohnsitz angeben müssen, sind für die Ermittlung der Region und der Gemeinde erforderlich, für welche jeweils der regionale und kommunale Zuschlag geschuldet ist. Diese Angaben bestehen aus dem Name der Gemeinde, dem Kennzeichen der Provinz und dem Katastercode der Gemeinde. Auf der Website www.agenziaentrate.gov.it gibt es einen Link zu einer entsprechenden Tabelle, die von der Hauptabteilung für Finanzen vorbereitet wurde und der die Katastercodes der Gemeinden entnommen werden können.

Steuerwohnsitz zum 01. Januar 2022:

Die Zeile „Steuerwohnsitz am 1/1/2022“ ist immer durch Angabe des Wohnsitzes am Tag des 1/1/2022 auszufüllen.

Falls der Wohnsitz geändert hat, wird die Änderung ab dem sechzigsten Tag nach dem Tag wirksam, an dem sie eingetreten ist, weshalb der Steuerpflichtige, der seinen Wohnsitz geändert hat, sich beim Ausfüllen der Zeile bezüglich des Steuerwohnsitzes am 1. Januar 2021 an die folgenden Anweisungen halten muss.

Falls die Änderung ab 03. November 2021 erfolgte, ist der vorhergehende Steuerwohnsitz anzugeben; ist die Änderung hingegen bis spätestens 02. November 2021 erfolgt, ist der neue Steuerwohnsitz anzugeben. Die Steuerpflichtigen, die im Lauf des Jahres 2022 nach Italien umgezogen sind, müssen den Steuerwohnsitz angeben, an den sie ihren Wohnsitz verlegt haben.

Wenn die Wohnsitzgemeinde durch eine ab dem Jahr 2018 und bis zum 1/1/2022 erfolgte Fusion eingerichtet wurde und wenn diese Gemeinde differenzierte Steuersätze der kommunalen Zusatzsteuer zur Einkommenssteuer für jedes Gebiet der erloschenen Gemeinden beschlossen hat, ist das Kästchen „Gemeindefusion“ durch Angabe des eigenen Identifikationscodes der ehemaligen Gemeinde auszufüllen, der in der Tabelle „Liste der in dem Kästchen „Gemeindefusion“ der Zeile „Steuerwohnsitz am 1. Januar 2022“ anzugebenden Identifikationscodes“ im Anhang angegeben ist. Für einige Sonderfälle wird es auf die in der Folge gegebenen Anweisungen hingewiesen.

Steuerwohnsitz zum 01. Januar 2023: Die Zeile „Steuerwohnsitz am 1/1/2023“ ist nur auszufüllen, wenn die Gemeinde anders als jene am 1. Januar 2022 ist.

Falls der Wohnsitz geändert hat, muss der Steuerpflichtige, der seinen Wohnsitz geändert hat, sich beim Ausfüllen der Zeile bezüglich des Steuerwohnsitzes am 1. Januar 2023 an die folgenden Anweisungen halten.

Falls die Änderung ab 03. November 2022 erfolgte, ist der vorhergehende Steuerwohnsitz anzugeben; ist die Änderung hingegen bis spätestens 02. November 2022 erfolgt, ist der neue Steuerwohnsitz anzugeben.

Wenn die Änderung aufgrund der Fusion, auch durch Eingemeindung, von vorherigen Gemeinden erfolgte, ist die Zeile nicht auszufüllen.

Wenn die Wohnsitzgemeinde durch eine vom Jahr 2018 bis 2022 erfolgte Fusion eingerichtet wurde und wenn die Gemeinde differenzierte Steuersätze der kommunalen Zusatzsteuer zur Einkommenssteuer für jedes Gebiet der erloschenen Gemeinden beschlossen hat, ist die Zeile auszufüllen und in dem Kästchen „Gemeindefusion“ ist der eigene Identifikationscode der ehemaligen Gemeinde anzugeben, der in der Tabelle „Liste der in dem Kästchen „Gemeindefusion“ der Zeile „Steuerwohnsitz am 1. Januar 2023“ anzugebenden Identifikationscodes“ im Anhang angegeben ist. Für einige Sonderfälle wird es auf in der Folge gegebenen Anweisungen hingewiesen.

Sonderfälle:

1. Umzug von einem Bezirk nach einem anderen innerhalb der selben, sich aus der Fusion von anderen Gemeinden ergebenden Gemeinde, die differenzierte Steuersätze beschlossen hat

Falls der Steuerpflichtige in einer fundierten (sich aus der Fusion von anderen Gemeinden ergebenden) Gemeinde wohnt, der differenzierte Steuersätze für jeden den erloschenen Gemeinden zugeschriebenen Bezirk beschlossen hat, und falls der Wohnbezirk am 1/1/2022 anders als der Wohnbezirk am 1/1/2023 ist, ist sowohl die Zeile des Steuerwohnsitzes am 1/1/2022 durch Angabe, in dem Kästchen „Gemeindefusion“, des Identifikationscodes des Bezirks, wobei man zu diesem Zeitpunkt wohnte, als auch die Zeile des Steuerwohnsitzes am 01/01/2023 durch Angabe, in dem Kästchen „Gemeindefusion“, des Identifikationscodes des Bezirks, wobei man zu diesem Zeitpunkt wohnte, auszufüllen.

2. Neue Gemeinde, die aus der Spaltung von einem oder mehreren Gebieten entstand, welche einer oder mehreren noch existierenden Gemeinden gehörten

Falls der Steuerpflichtige in einer neuen Gemeinde wohnt, die aus der Spaltung von einem oder mehreren Gebieten entstand, welche einer oder mehreren noch existierenden Gemeinden gehörten, ist sowohl die Zeile des Steuerwohnsitzes am 1/1/2022 durch Angabe der Daten der ursprünglichen Gemeinde (wovon ein Teil des Gebiets abgespaltete) wie auch die Zeile des Steuerwohnsitzes am 1/1/2023 durch Angabe der Daten der neuen Gemeinde auszufüllen. In der Zeile bezüglich des Steuerwohnsitzes am 1/1/2023 ist das Kästchen „Gemeindefusion“ nicht auszufüllen.

Im Ausland ansässige Subjekte

Der Kasten muss nur vom Steuerpflichtigen abgefasst werden, der im Steuerjahr 2022 im Ausland wohnhaft ist.

Die Bedingungen, um nicht als in Italien wohnhaft angesehen zu werden, sind im TEIL III des Hefts 2 enthalten „Nicht ansässige Natürliche Personen – Anleitungen zur Abfassung des Vordrucks REDDITI 2023“.

„Nicht ansässige Subjekte - Schumacker-Situation“ (Art. 7, Gesetz Nr. 161 vom 30. Oktober 2014 und und Art. 1, Abs. 954 des Stabilität-

sgesetzes 2016)

Den Steuerzahlern, die besondere Merkmale aufweisen, die IRPEF nach den allgemeinen Regelungen angewandt, d. h., ohne Begrenzungen, die in der Regel für nicht ansässige Subjekte in Bezug auf die Inanspruchnahme von Abzügen und Absetzungen (insbesondere für den Abzug für Familienlasten) vorgesehen sind.

Zu diesem Zweck muss dieses Kästchen von Subjekten angekreuzt werden, die nicht in Italien ansässig sind und für die Folgendes zutrifft:

- das in Italien erzeugte Einkommen liegt bei mindestens 75% des erwirtschafteten Gesamteinkommens;
- Sie nehmen im Wohnsitzstaat keine vergleichbaren Steuervergünstigungen in Anspruch.

Von den Erben oder von anderen Personen als dem Steuerpflichtigen eingereichte Erklärung

Wenn die Erklärung vom Erben für den Verstorbenen, vom Rechtsvertreter für den Geschäftsunfähigen oder von den Eltern für die vom Rechtenießbrauch ausgenommenen Einkommen der minderjährigen Kinder, vom Liquidator des Einzelunternehmens, vom Konkursverwalter/Verwalter der gerichtlichen Liquidation, vom Verwalter der ruhenden Erbschaft, vom Verwalter der angefallenen Erbschaft unter Suspensivbedingungen zugunsten des noch nicht empfangenen Neugeborenen eingereicht wird, müssen die folgenden Modalitäten beachtet werden.

Die Personen, die die Erklärung für fremde Rechnung einreichen, müssen den Vordruck REDDITI unter Angabe der meldeamtlichen Daten und der Einkommen des Steuerpflichtigen, auf den sich die Erklärung bezieht, abfassen.

Darüber hinaus muss der Kasten **„Demjenigen vorbehalten, der die Erklärung für fremde Rechnung einreicht“** abgefasst werden, um die Personalien der Person anzugeben, die die Erklärung einreicht, wobei im Kästchen **„Code der Stellung“** der der eigenen Stellung entsprechende Code spezifiziert werden muss. Dieser Code kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden, die alle Codes bezüglich der verschiedenen Erklärungsvordrucke enthält und die nur je nach Besonderheit jedes einzelnen Vordrucks verwendbar sind.

Insbesondere muss derjenige, der die Erklärung für andere vorlegt, seine Steuernummer, den **„Code der Stellung“**, die die Art der Stellung, die er einnimmt, identifiziert, im Feld **„Datum Stellung“** das Datum (Tag, Monat und Jahr), an dem er ernannt wurde, oder das Todesdatum bei vom Erben vorgelegter Erklärung, den eigenen Nachnamen, Namen und das Geschlecht, sein Geburtsdatum (Tag, Monat und Jahr), den Geburtsort oder das ausländische Geburtsland und die entsprechende Provinz angeben.

Die Angaben bezüglich des meldeamtlichen Wohnsitzes oder, falls davon abweichend, des Steuerwohnsitzes müssen nur angegeben werden, wenn das Subjekt, das die Erklärung auf Rechnung des Steuerpflichtigen einreicht, im Ausland wohnhaft ist (in diesem Fall das entsprechende Kästchen ankreuzen) beziehungsweise das den Lastencode **„11“** angegeben hat (zum Beispiel Prüfer, der die Vormundschaftstätigkeit von Minderjährigen ausübt). Für den Fall, dass die Erklärung vom Konkursverwalter/vom Verwalter der gerichtlichen Liquidation (Amtscode 3) eingereicht wird, das Datum (den Tag, den Monat und das Jahr) des Verfahrensbeginns angeben, das Kästchen ankreuzen, wenn das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist; wenn das Verfahren jedoch abgeschlossen ist, ist das entsprechende Datum (den Tag, den Monat und das Jahr) anzugeben.

Für den Fall, dass derjenige, der die Erklärung vorlegt, ein anderes Subjekt als eine natürliche Person ist, müssen die Steuernummer der erklärenden Gesellschaft oder Körperschaft, die Steuernummer und die Personenangaben des Vertreters der erklärenden Gesellschaft oder Körperschaft sowie der Code der entsprechenden Stellung in der zwischen der erklärenden Gesellschaft oder Körperschaft und dem Steuerpflichtigen, auf dessen Erklärung Bezug genommen wird, bestehenden Beziehung in den dafür vorgesehenen Feldern angegeben werden.

ALLGEMEINE AUFSTELLUNG DER CODES DES BEKLEIDETEN AMTES

1	Gesetzlicher, rechtsgeschäftlicher oder De-facto-Vertreter, geschäftsführender Gesellschafter
2	Vertreter von Minderjährigen, Unfähigen bzw. Entmündigten, Hilfsverwalter, Verwalter einer ruhenden Erbschaft, Verwalter einer Erbschaft, die unter aufschiebender Bedingung oder zu Gunsten eines ungeborenen noch nicht empfangenen Kindes übertragen wird
3	Konkursverwalter
4	Liquidationsabwickler (Behördliche Zwangsliquidation oder außerordentliche Zwangsverwaltung)
5	Sachverwalter (kontrollierte Verwaltung) bzw. gerichtlicher Verwahrer (richterlicher Gewahrsam) oder gerichtlicher Verwalter in seiner Eigenschaft als Verwalter der beschlagnahmten Güter
6	Steuerlicher Vertreter, der nicht im Inland ansässigen Subjekte
7	Erbe des Steuerzahlers
8	Liquidator (freiwillige Liquidation)
9	Zur Vorlage der Erklärung für Umsatzsteuer verpflichtetes Subjekt auf Rechnung des infolge von außergewöhnlichen Tätigkeiten getilgten Subjekts oder sonstiger wesentlicher subjektiver Umwandlungen (Betriebsübernehmer, Empfangsgesellschaft, eingliedernde Gesellschaft, übernehmende Gesellschaft usw.); oder für die Einkommensteuern und/oder IRAP, Vertreter der Empfangsgesellschaft (Spaltung) oder der aus der Fusion oder Übernahme resultierende Gesellschaft
10	Steuerlicher Vertreter eines nicht ansässigen Subjektes mit den Einschränkungen gemäß Art. 44, Absatz 3 des GD Nr.331/1993
11	Vormund eines Minderjährigen oder eines Entmündigten in Bezug auf die bekleidete institutionelle Funktion
12	Liquidator (freiwillige Liquidation einer Einzelfirma – Zeitraum vor der Liquidation)
13	Verwalter von Mehrfamilienhäusern (Kondominium)
14	Subjekt, das die Erklärung für eine öffentliche Verwaltung unterschreibt
15	Abrechnungsbeamter einer öffentlichen Verwaltung

Rundfunk- und Fernsehgebühr RAI für Unternehmen

Dieses Kästchen muss von den Steuerpflichtigen abgefasst werden, die eine Unternehmertätigkeit ausüben und ein oder mehrere Geräte besitzen, die sich zum Empfang von Rundfunk- (Angabe des **Codes 1**) oder Fernsehsendungen (Angabe des **Codes 2**) in öffentlichen Gewerben und in Räumen mit Publikumsverkehr eignen oder zu direktem oder indirektem Gewinnzweck eingesetzt werden. Der **Code 3** ist anzugeben, wenn der Steuerpflichtige kein oben genanntes Gerät besitzt.

Wenn die Codes 1 oder 2 angegeben werden, müssen die Daten bezüglich des Abonnements RAI in den Zeilen RS41 und/oder RS42 der Übersicht RS angegeben werden.

Verpflichtung zur telematischen Einreichung

Dieses Feld ist vom Beauftragten auszufüllen und zu unterzeichnen, der die Erklärung auf telematischem Weg einreicht.

Der Beauftragte muss:

- Seine Steuernummer;
- im Kästchen „Subjekt, das die Erklärung abgefasst hat“ muss Code 1 angegeben werden, wenn die Erklärung vom Steuerzahler ausgefüllt wurde, bzw. Code 2, wenn die Erklärung von demjenigen ausgefüllt wurde, der die Übermittlung vornimmt;
- das Kästchen „Übersendung des telematischen Bescheids der automatisierten Kontrolle der Steuererklärung“ ist anzukreuzen, falls er die

Wahl des Steuerzahlers akzeptiert, ihm den entsprechenden Bescheid über die Ergebnisse der durchgeführten Kontrollen in Bezug auf die Erklärung zukommen zu lassen;

- das Kästchen „Erhalt anderer thematischer Mitteilungen“ ankreuzen, wenn er die Wahl des Steuerpflichtigen annimmt, ihm alle Mitteilungen zu möglichen Unregelmäßigkeiten in der Erklärung und in den entsprechenden Anhängen zukommen zu lassen;
- ferner ist das Datum (Tag, Monat und Jahr) der Übernahme der Verpflichtung zur Einreichung der Erklärung anzugeben bzw. die kumulative Verpflichtung;
- seine Unterschrift.

Die Kästchen „Erhalt des telematischen Bescheids der automatisierten Kontrolle der Erklärung“ und „Erhalt anderer telematischer Erklärungen“ dürfen nur von Vermittlern, die zur Übersendung der Erklärung gemäß Art. 3, Abs. 3 des D.P.R. Nr. 322/1998 beauftragt sind, ausgefüllt werden.

Bestätigungsvermerk

Diese Übersicht ist vom Verantwortlichen des Steuerbeistandszentrums (CAF) oder vom Freiberufler auszufüllen, der den Bestätigungsvermerk gemäß Art. 35 des G.v.D. Nr. 241/1997 ausstellt.

In den entsprechenden Feldern ist die Steuernummer des Verantwortlichen des Steuerbeistandszentrums (CAF) oder die Steuernummer des Steuerbeistandszentrums bzw. die Steuernummer des Freiberuflers anzugeben.

Der Verantwortliche für den Steuerbeistand des Zentrums CAF bzw. der Freiberufler muss ferner mit seiner Unterschrift die Ausstellung des Bestätigungsvermerks bescheinigen.

Vorsicht. Es wird darauf hingewiesen, dass der Bestätigungsvermerk im Sinne der Regelung und der geltenden Praxis in den folgenden Fällen als nicht gültig erteilt berücksichtigt wird:

- 1) der ihn erteilende Freiberufler ist nicht in der von den zuständigen Regionaldirektionen geführten elektronischen Liste der Berufsangehörigen eingetragen;
- 2) der ihn erteilende Freiberufler ist in der im Punkt 1) bezeichneten Liste eingetragen, er entspricht aber nicht der natürlichen Person, die die Erklärung telematisch übermittelt hat (Unterzeichner der Abteilung „Verpflichtung zur telematischen Einreichung“);
- 3) der ihn erteilende Freiberufler ist in der im Punkt 1) bezeichneten Liste eingetragen, er erweist sich aber als nicht mit der Berufsgenossenschaft oder mit dem Dienstleistungsunternehmen oder mit der Freiberuflervereinigung „verbunden“, die/das die Erklärung telematisch übermittelt hat;
- 4) der ihn erteilende Freiberufler ist in der im Punkt 1) bezeichneten Liste eingetragen, er erweist sich aber nicht mit der Genossenschaft „verbunden“, an der der Nationale Vorstand, der Berufsstand oder der das Kollegium beteiligt ist, der/ das die Erklärung telematisch übermittelt hat;
- 5) im Fall eines Steuerbeistandszentrums (CAF), wenn das erteilende Subjekt nicht dem in der gegenständlichen Abteilung angegebenen Verantwortlichen für den Steuerbeistand (RAF) des Steuerbeistandszentrums entspricht;
- 6) im Fall eines CAFs-Unternehmens, wenn das erteilende Subjekt dem in der gegenständlichen Abteilung angegebenen Verantwortlichen für den Steuerbeistand (RAF) des Steuerbeistandszentrums entspricht, wenn aber sich das CAF als nicht mit dem Dienstleistungsunternehmen, mit der Genossenschaft oder mit der Konsortialgesellschaft oder mit dem Konsortium oder mit dem Verband „verbunden“ erweist, der/die/das die Erklärung telematisch übermittelt hat;
- 7) im Fall einer Unternehmerratsgewerkschaft, wenn sich das erteilende Subjekt als nicht mit dem Dienstleistungsunternehmen, mit der Genossenschaft oder mit der Konsortialgesellschaft oder mit dem Konsortium „verbunden“ erweist, der/die/das die Erklärung telematisch übermittelt hat.

Was den Punkt 3) betrifft, erweist sich der Freiberufler, der den Sichtvermerk erteilt, als mit dem zuständigen Subjekt „verbunden“, das die Erklärung telematisch übermittelt, wenn das letzte Subjekt daraus besteht:

- 1) aus einer Genossenschaft oder einer Personengesellschaft, welche von natürlichen Personen zur Ausübung von künstlerischen und beruflichen Tätigkeiten in genossenschaftlicher Form gegründet wird, wobei mindestens die Hälfte der Mitglieder aus Subjekten besteht, die in dem Art. 3, Abs. 3, Buchst. a) und b) des DPR Nr. 322 vom 1998 (Art. 1, Abs. 1, Buchst. a) des Dekrets vom 18. Februar 1999) angegeben sind;
- 2) aus einer Handelsgesellschaft für Rechnungswesen, deren Aktien oder Anteile für mehr als die Hälfte des Gesellschaftskapitals von Subjekten im Sinne des Art. 3, Abs. 3, Buchst. a) und b) des DPR Nr. 322 vom 1998 (Art. 1, Abs. 1, Buchst. b) des Dekrets vom 18. Februar 1999) besessen sind;
- 3) aus einer Freiberuflervereinigung (s.t.p.) im Sinne des Art. 10 des Gesetzes Nr. 183 vom 12. November 2011, wobei der Freiberufler, der den Sichtvermerk erteilt, einer der Mitglieder ist.

Was den Punkt 4) betrifft, erweist sich der Freiberufler, der den Sichtvermerk erteilt, als mit dem zuständigen Subjekt „verbunden“, das die Erklärung telematisch übermittelt, wenn das letzte Subjekt aus einer Genossenschaft besteht, an der ausschließlich die nationalen Vorstände, die Kammer der Wirtschaftsprüfer und der Steuerberater und Berufsberater sowie die entsprechenden Mitglieder und die entsprechenden nationalen Vorsorgekassen beteiligt sind, oder aus einer Genossenschaft, an welcher ausschließlich die die Subjekten im Sinne des Art. 3 Abs. 3 Buchst. b) des DPR Nr. 322 vom 1998 vertretenden Verbänden und ihre Mitglieder beteiligt sind. Diese Genossenschaft kann zur telematischen Übermittlung der Erklärung im Auftrag der Subjekte ermächtigt werden, für welche die Steuerverwaltung das Bestehen der Voraussetzungen im Sinne des Art. 3 Abs. 3 Buchst. a) und b) des DPR Nr. 322 vom 1998 anerkannt hat, sofern der gesetzliche Vertreter der obgenannten Gesellschaft sowie das Subjekt, das von demselben Vertreter zur Einreichung des Antrags auf Ermächtigung zu den telematischen Diensten bevollmächtigt wurde, einem der Subjekte im Sinne des Art. 3, Abs. 3, Buchst. a) und b) des DPR Nr. 322 vom Jahr 1998 (Art. 3 des Dekrets 18. Februar 1999) entspricht.

Was den Punkt 6) betrifft, erweist sich der Freiberufler, der den Sichtvermerk erteilt, als mit dem zuständigen Subjekt „verbunden“, das die Erklärung telematisch übermittelt, wenn das letzte Subjekt daraus besteht:

- 1) einem Dienstleistungsunternehmen, dessen Aktien oder Anteile für mehr als die Hälfte des Gesellschaftskapitals von Berufsgewerkschaften von Unternehmern im Sinne des Art. 32, Abs. 1, Buchst. a), b) und c) des Gv.D. Nr. 241 vom Jahr 1997 bzw. in voller Höhe von Dienstleistungsunternehmen besessen sind, an den für mehr als die Hälfte die obgenannten Gewerkschaften (Art. 2, Abs. 1, Buchst. a) des Dekrets vom 18. Februar 1999) beteiligt sind;
- 2) aus einer Genossenschaft oder einer Konsortialgenossenschaft, deren Mitglieder für mehr als die Hälfte den obgenannten Gewerkschaften (Art. 2, Abs. 1, Buchst. a) des Dekrets vom 18. Februar 1999) gehören;
- 3) aus dem Konsortium oder der Konsortialgesellschaft im Sinne der jeweiligen Art. 2602 und 2615-ter des Zivilgesetzbuches, deren Mitglieder für mehr als die Hälfte Berufsgewerkschaften von Unternehmern im Sinne des Art. 32, Abs. 1, Buchst. a), b) und c) des Gv.D. Nr. 241 vom 9. Juli 1997 und Angehörige derselben Gewerkschaften (Art. 2, Abs. 1, Buchst. b) des Dekrets vom 18. Februar 1999) sind;
- 4) aus den Verbänden im Sinne des Art. 36 des Zivilgesetzbuches, die von Unternehmerratsgewerkschaften gegründet wurden, wobei mindestens die Hälfte der Mitglieder die Voraussetzungen im Sinne des Art. 32, Abs. 1, Buchst. a), b) und c) des Gv.D. Nr. 241 vom 9. Juli 1997 besitzt, und aus denjenigen, die den Verbänden im Sinne des Buchst. c) des erwähnten Art. 32, Abs. 1 desselben Gv.D. Nr. 241 vom Jahr 1997 (Art. 2, Abs. 1, Buchst. c) des Dekrets 18. Februar 1999) beitreten.

Was den Punkt 7) (Beschluss Nr. 103/E vom 28. Juli 2017) betrifft, erweist sich der Freiberufler, der den Sichtvermerk erteilt, als mit dem zuständigen Subjekt „verbunden“, das die Erklärung telematisch übermittelt, wenn das letzte Subjekt dem Angestellten einer Gesellschaft entspricht, welche unter den im Folgenden aufgelisteten Gesellschaften im Sinne des Art. 2 des Dekrets vom 18. Februar 1999 gezählt werden kann:

- 1) ein Dienstleistungsunternehmen, dessen Aktien oder Anteile für mehr als die Hälfte des Gesellschaftskapitals von Berufsgewerkschaften von Unternehmern

- mern im Sinne des Art. 32 Abs. 1, Buchst. a), b) und c) des Gv.D. Nr. 241 vom 9. Juli 1997 bzw. in voller Höhe von Dienstleistungsunternehmen besessen sind, an den die obgenannten Gewerkschaften für mehr als die Hälfte (Art. 2, Abs. 1, Buchst. a) des Dekrets vom 18. Februar 1999) beteiligt sind;
- 2) eine Genossenschaft oder eine Konsortialgenossenschaft, deren Mitglieder für mehr als die Hälfte den obgenannten Gewerkschaften (Art. 2, Abs. 1, Buchst. a) des Dekrets vom 18. Februar 1999) gehören;
- 3) ein Konsortium oder eine Konsortialgesellschaft im Sinne der jeweiligen Art. 2602 und 2615-ter des Zivilgesetzbuches, deren Mitglieder für mehr als die Hälfte Berufsgewerkschaften von Unternehmern im Sinne des Art. 32, Abs. 1, Buchst. a), b) und c) des Gv.D. Nr. 241 vom 9. Juli 1997 und Angehörige derselben Gewerkschaften (Art. 2, Abs. 1, Buchst. b) des Dekrets vom 18. Februar 1999) sind.

Steuerbescheinigung

Der Art. 36 des GvD Nr. 241 vom 9. Juli 1997 sieht für die Steuerzahler, die Inhaber eines Einkommens aus Unternehmen mit ordentlicher Buchhaltung sind, die Steuerbescheinigung vor, dies auch, falls die ordentliche Buchhaltung auf Grund der Wahl erfolgt.

Im Ministerialdekret sind die Auflagen und die Kontrollen festgelegt, die von der beauftragten Person vor der Ausstellung des Sichtvermerkes auf der Steuerbescheinigung vorgenommen werden müssen.

Dieser Teil ist für die Bestätigung der Ausstellung der Steuerbescheinigung abzufassen und dem beauftragten Freiberufler vorbehalten, der in den eigens dafür vorgesehenen Feldern Folgendes angeben muss: Die eigene Steuernummer und die Steuernummer des Steuerzahlers, der die Erklärung abfasst und die Bücher geführt hat bzw. die MwSt.-Nummer der Dienstleistungsgesellschaft oder des CAF für Unternehmer laut Art. 24, Absatz 2, des MD Nr. 164 vom 31. Mai 1999, falls die Abfassung der Steuererklärung und die Führung der Bücher von Seiten der vorgenannten Subjekte unter der direkten Kontrolle und Verantwortung des Freiberuflers, der die Steuerbescheinigung ausstellt, vorgenommen wurde. Schließlich muss die Unterschrift geleistet werden, welche die Ausstellung der Zertifizierung bescheinigt.

Wahl der Zweckbestimmung von acht, fünf und zwei Promille der IRPEF

Kann jeder Steuerzahler ein einheitliches Formular für die Wahl der Zweckbestimmung von 8, 5 und 2 Promille der IRPEF verwenden.

Der Steuerzahler kann folgende Anteile zuweisen:

- acht Promille des Steueraufkommens der Irpef an den Staat oder an eine religiöse Einrichtung;
- fünf Promille der eigenen Irpef für bestimmte Zwecke;
- zwei Promille der eigenen IRPEF zugunsten einer politischen Partei;

Die Wahlmöglichkeiten der Zweckbestimmung von acht, fünf und zwei Promille der IRPEF müssen nicht alternativ getroffen werden. Daher können alle drei Möglichkeiten gewählt werden. Diese Auswahlmöglichkeiten führen nicht zu einer höheren Steuerschuld.



Das Formular für die Wahl der Zuweisung von acht, fünf und zwei Promille der IRPEF befindet sich im Inneren des Vordrucks der Erklärung und kann sowohl für die Einreichung der Erklärung als auch im Fall einer Steuerbefreiung verwendet werden.

Zuweisung der acht Promille der Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen (Irpéf)

Der Steuerzahler kann einen Anteil von acht Promille des IRPEF-Ertrages folgenden Einrichtungen zusprechen:

- An den Staat (für soziale oder humanitäre Zwecke). Ab diesem Jahr hat der Steuerzahler die Möglichkeit, sich für diese Option zu entscheiden, indem er einen der folgenden Zwecke angibt: Welthunger, Katastrophen, Schulbau, Flüchtlingshilfe, Kulturgüter);
- an die katholische Kirche (für religiöse oder karitative Zwecke);
- an die italienische Gemeinschaft der Christlichen Kirchen der 7. Tags-Adventisten (für soziale, humanitäre und kulturelle Hilfsmaßnahmen sowie für die Betreuung im sozialen Bereich in Italien und im Ausland, die sowohl direkt als auch durch eigens dafür eingerichtete Körperschaften geleistet werden können);
- an die Versammlungen Gottes in Italien (für soziale und humanitäre Hilfsmaßnahmen, auch zugunsten der Dritte-Welt-Länder);
- der Waldenserkirche (Gemeinschaft der Methodisten- und Waldenserkirchen) für soziale, humanitäre, kulturelle Zwecke sowohl unter der direkten Leitung der Waldenserkirche über die Einrichtungen der Waldenser-Organisation als auch über Vereine und ökumenische Organismen auf nationaler und internationaler Ebene;
- an die Evangelisch-Lutherische Kirche in Italien (für soziale, humanitäre oder kulturelle Hilfsmaßnahmen sowie für die Betreuung im sozialen Bereich in Italien und im Ausland, die sowohl direkt als auch durch die mit dieser Kirche verbundenen Vereinigungen geleistet werden können);
- an die Gemeinschaft der jüdischen Gemeinden in Italien (für den Schutz der religiösen Interessen des jüdischen Volkes in Italien, für die Förderung zur Erhaltung der jüdischen Traditionen und kulturellen Güter mit besonderer Wertlegung auf die kulturellen Tätigkeiten, auf die Wahrung der historischen, künstlerischen und kulturellen Güter sowie auf soziale und humanitäre Hilfeleistungen mit dem besonderen Ziel, die Minderheiten vor Rassismus und Antisemitismus zu schützen);
- an die Orthodoxe Erzdiözese Italiens und das Exarchat für Europa (für den Unterhalt der Geistlichen, für die Realisierung und Instandhaltung von Kultusgebäuden und Klöstern, für philanthropische, soziale, wissenschaftliche und kulturelle Zwecke, die auch im Ausland zu realisieren sind);
- an die Apostolische Kirche in Italien (für Kultus-, Bildungs-, Betreuungs- und Wohltätigkeitszwecke);
- an den Bund der Christlich-Evangelischen Baptisten Italiens (für soziale, betreuende, humanitäre und kulturelle Initiativen in Italien und im Ausland);
- der Italienischen Buddhistischen Union (für kulturelle, soziale und humanitäre Initiativen auch zugunsten anderer Länder, sowie für Pflegemaßnahmen und zur Unterstützung der Religionsausübung);
- der Italienischen Hinduistischen Union (für den Unterhalt der Geistlichen, die religiösen Belange und Tätigkeiten sowie für kulturelle, soziale, humanitäre und pflegerische Initiativen ggf. auch zugunsten anderer Länder);
- dem Italienischen Buddhistischen Institut Soka Gaccai (IBISG) (für die Verfolgung der institutionellen Ziele des Instituts und der in Art. 2, Abs. 1, Buchstabe a) des Gesetzes vom 28. Juni 2016 Nr. 130 angegebenen Tätigkeiten sowie für soziale und humanitäre Maßnahmen in Italien und im Ausland, für Initiativen zur Förderung des Friedens, des Respekts und zum Schutz des Lebens in allen existierenden Formen und für den Umweltschutz);
- an den Verein „Chiesa d’Inghilterra“ (für Zwecke des Gottesdienstes, der Bildung, der Hilfe und der Wohltätigkeit, für den Unterhalt von Geistlichen, für den Bau und die Instandhaltung von Gottesdienststätten und Klöstern, für philanthropische, wohltätige und kulturelle Zwecke, die auch im Ausland zu verwirklichen sind).

Sie können sich nur für eine Institution entscheiden. Die Wahl erfolgt durch Angabe Ihrer Unterschrift innerhalb des eigens dafür vorgesehenen Kästchens; dabei darf nicht über den Rand hinaus geschrieben werden.

Die Aufteilung der Beträge, die den verschiedenen Institutionen zugewiesen sind, erfolgt im Verhältnis zu den getroffenen Präferenzen.

Falls Sie nicht unterschreiben und folglich keine Präferenz ausdrücken, werden acht Promille der Irpéf immer im Verhältnis zu den Gesamtpräferenzen unter den in diesem Vordruck angeführten Einrichtungen aufgeteilt. Der nicht zugewiesene Anteil, der proportional den Gottesversammlungen in Italien und der Apostolischen Kirche in Italien zusteht, wird jedoch der Staatsverwaltung zugewendet.

Zuweisung der fünf Promille der Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen (Irpef)

Der Steuerzahler kann einen Anteil von fünf Promille der eigenen Einkommenssteuer den folgenden Verwendungszwecken zukommen lassen:

a) Unterstützung von Einrichtungen des Dritten Sektors, die im Einheitlichen Nationalen Register des Dritten Sektors gemäß Artikel 46, Absatz 1 des Gesetzesdekrets Nr. 117 vom 3. Juli 2017 eingetragen sind, einschließlich sozialer Genossenschaften und ausschließlich in Form von Gesellschaften gegründeter Unternehmen, sowie Unterstützung für gemeinnützige Organisationen von sozialem Nutzen (ONLUS), die im Register der ONLUS eingetragen sind. Artikel 9, Absatz 6 des Gesetzesdekrets Nr. 228 vom 30. Dezember 2021, umgewandelt mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 15 vom 25. Februar 2022, geändert durch Artikel 9, Abs. 4 des Gesetzesdekrets Nr. 198 vom 29. Dezember 2022, legt nämlich fest, dass bis zum Dezember 2022 die im Register der ONLUS eingetragenen ONLUS weiterhin die Empfänger des fünfprozentigen Anteils von Irpef sind, und zwar nach den Modalitäten, die das Dekret des Premierministers vom 23. Juli 2020 für freiwillige Einrichtungen vorsieht;

- b) zur Finanzierung der wissenschaftlichen Forschungsanstalten und der Universitäten;
- c) zur Finanzierung der Forschungsanstalten im Gesundheitswesen;
- d) Finanzierung der Maßnahmen zum Schutz, zur Förderung und Aufwertung der Kultur- und Landschaftsgüter (Subjekte entsprechend Art. 2, Abs. 2 des D.P.M.R. vom 28. Juli 2016);
- e) Unterstützung der von der Wohnortgemeinde des Steuerpflichtigen ausgeübten Sozialtätigkeiten;
- f) Unterstützung der sportlichen anerkannten Amateurvereinigungen, die im Nationalen Register der Amateursportaktivitäten ordnungsgemäß eingetragen sind und die eine beachtliche Tätigkeit von gemeinschaftlichem Interesse ausüben;
- g) Förderung der Schutzgebietsverwaltungen.

Zwecks Mitteilung der getroffenen Wahl müssen Sie im eigens dafür vorgesehenen Feld unterschreiben; dabei können Sie sich für nur eine der vier vorgesehenen Zweckbestimmungen der fünf Promille der Irpef entscheiden. Für einige Zwecke können Sie auch die Steuernummer des Subjekts angeben, dem Sie den Anteil der fünf Promille der Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen direkt zuweisen möchten.

Zweckbestimmung von zwei Promille der IRPEF an politische Parteien

Der Steuerzahler kann einen Anteil seiner Einkommenssteuer in Höhe von zwei Promille zukommen lassen einer der politischen Partei, die in die zweite Sektion des Registers gemäß Art. 4 des Gesetzesdekrets Nr. 149 vom 28/12/2013, umgewandelt mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 13 vom 21. Februar 2014, eingetragen ist. Das Verzeichnis wurde von der „Garantiekommision für die Satzungen, die Transparenz und die Kontrolle der Rechenschaftsberichte der politischen Parteien“ an die Agentur der Einnahmen übermittelt. Damit der Anteil von zwei Promille der IRPEF einer der begünstigten Parteien zugewiesen werden kann, muss der Steuerzahler im entsprechenden Feld unterschreiben und im dafür vorgesehenen Kästchen die Kennnummer der gewählten Partei angeben. Die Wahl kann ausschließlich für eine der begünstigten Parteien getroffen werden. Die Codes für die politischen Parteien, die als Begünstigte der freiwilligen Zuweisung von zwei Promille der IRPEF zugelassen sind, finden Sie in der entsprechenden Tabelle auf der letzten Seite der Anwendungen.

Einreichung des Formulars mit Angabe der getroffenen Wahl von Seiten der befreiten Subjekte

Wenn Sie von der Pflicht zur Einreichung der Erklärung befreit sind (siehe dazu Teil I, Kapitel 3 „Wer ist von der Vorlage der Erklärung befreit“), können Sie unter den o. g. Bedingungen die Wahl der Zweckbestimmung von acht, fünf und zwei Promille der IRPEF unter Verwendung des selben Formulars, das von den Steuerpflichtigen, die der Erklärung einreichen, verwendet wird.

Die Wahl muss zu den oben angegebenen Modalitäten erfolgen, wobei gleichfalls darauf zu achten ist, im Kästchen unten am Datenblatt zu unterschreiben. Das Formular ist in verschlossenem Umschlag bis zum 30. November 2023 einzureichen:

- in einem Postamt, welches die Daten zur getroffenen Wahl an die Finanzverwaltung weiterleitet. Der Dienst für die Entgegennahme dieses Formulars wird von den Postämtern unentgeltlich vorgenommen. Das Postamt stellt eine entsprechende Empfangsbescheinigung aus;
- bei einem Vermittler der bevollmächtigt ist, diese auf telematischem Wege weiterzuleiten (Freiberufler, CAF). Letzterer ist verpflichtet, eine Bestätigung auszustellen aus der hervorgeht, dass er das Formular auf telematischem Wege weiterleiten wird auch wenn diese Bestätigung nicht verlangt wird. Die Vermittler haben die Möglichkeit, das Formular mit der getroffenen Wahl anzunehmen oder nicht; weiteres haben sie das Recht, für diese Dienstleistung ein Entgelt zu verlangen.

Der für die Einreichung dieses Formulars vorgesehene Briefumschlag muss mit der folgenden Aufschrift versehen sein: “Scelta per la destinazione dell’otto per mille e del cinque per mille dell’Irpef” (“Wahl der Zweckbestimmung von acht, fünf und zwei Promille der IRPEF”); zudem ist die Steuernummer sowie der Nachname und der Vorname des Steuerzahlers anzuführen.

Auch wenn Sie sich nur für eine der vorgesehenen Möglichkeiten (acht oder fünf Promille der Irpef) entschieden haben, sind Sie trotzdem angehalten, das gesamte in all seinen Teilen abgefasste Formular einzureichen.

Zudem kann das Formular für die Zweckbestimmung von acht, fünf und zwei Promille der IRPEF vom Steuerzahler direkt über den telematischen Dienst eingereicht werden.

Unterzeichnung der Erklärung

Die Kästchen, die den abgefassten Übersichten entsprechen, ankreuzen und die Erklärung unterschreiben.

Bei Einreichung der Ergänzungserklärung ist die für das Abfassen mitgegebene Anleitung des in der Übersicht “Erklärungsart” vorhandenen Kästchens “Ergänzungserklärung” zu beachten.

Wird die Erklärung nicht unterschrieben, ist sie ungültig. Eine Richtigstellung kann vorgenommen werden, indem das Subjekt, das verpflichtet ist die Erklärung zu unterschreiben, dies innerhalb von 30 Tagen ab Erhalt der Aufforderung von Seiten des zuständigen Amtes der Agentur der Einnahmen nachholt.

Für den Steuerpflichtigen ist die Möglichkeit vorgesehen, Sonderbedingungen, die die Einkommensteuererklärung betreffen, unter Angabe eines entsprechenden Codes im Kästchen “Sondersituationen” hervorzuheben.

Diese Erfordernis kann mit Bezugnahme auf Tatbestände hervortreten, die nach der Veröffentlichung dieses Erklärungsvordrucks bestimmt wurden, zum Beispiel infolge von Erläuterungen, die von der Agentur der Einnahmen bezüglich auf die von den Benutzern gestellten Fragen erteilt wurden und sich auf spezifische Problemstellungen beziehen.

Somit kann dieses Kästchen nur abgefasst werden, wenn die Agentur der Einnahmen (zum Beispiel mit Rundschreiben, Bescheid oder Pressemitteilung) einen spezifischen Code mitteilt, der zur Angabe der besonderen Situation zu verwenden ist.

Dieses für die Unterschrift vorbehaltene Feld enthält die Angaben:

- 1) der ausgefüllten Übersichten;
- 2) der Ausübung der Wahl gemäß Art. 2-bis des Gesetzesdekrets vom 30. September 2005, Nr. 203.

Diese Bestimmung regelt die Anwendungsmodalitäten des Art. 6, Abs. 5 des Statuts des Steuerpflichtigen (Gesetz 27. Juli 2000, Nr. 212), auf dessen Grundlage die Finanzverwaltung den Steuerpflichtigen dazu auffordert, die notwendigen Klarstellungen zu liefern, falls sich aus

der im Sinne des Art. 36-bis des D.P.R. Nr. 600/1973 durchgeführten Kontrolle der Erklärungen eine zu zahlende Steuer oder eine geringere Rückerstattung ergibt.

Die Klarstellungen werden von der Agentur der Einnahmen postalisch oder durch telematische Mittel angefordert.

Der Steuerpflichtige kann beantragen, dass die Aufforderung zu Klarstellungen an den zur telematischen Übersendung der eigenen Erklärung beauftragten Vermittler gesandt wird, indem er das Kästchen „**Übersendung des telematischen Bescheids einer automatisierten Kontrolle der Erklärung an den Vermittler**“ ankreuzt. Der Vermittler stimmt seinerseits dem Erhalt des telematischen Bescheids zu, indem er das Kästchen „**Erhalt des telematischen Bescheids einer automatisierten Kontrolle der Erklärung**“ im Feld „**VERPFLICHTUNG ZUR TELEMATISCHEN EINREICHUNG**“ ankreuzt. Wenn der Steuerpflichtige nicht den telematischen Bescheid wählt, wird die Klarstellungsfor- derung durch Einschreiben (Mitteilung von Unregelmäßigkeiten) an seinen Steuerwohnsitz gesandt. Die Sanktion auf die infolge einer Kon- trolle der Erklärungen geschuldeten Summen von 30 % der nicht oder verspätet gezahlten Steuern wird auf ein Drittel (10 %) reduziert, wenn der Steuerpflichtige die geschuldeten Summen innerhalb von 30 Tagen nach dem Erhalt der Mitteilung von Unregelmäßigkeiten überweist. Die genannte Frist von 30 Tagen beginnt im Fall einer Wahl der telematischen Übersendung des Bescheids 60 Tage nach dem Datum der telematischen Übersendung des Bescheids an den Vermittler;

- 3) des Antrags des Steuerpflichtigen, an den zur telematischen Einreichung der eigenen Erklärung beauftragten Vermittler die Mitteilungen zu möglichen in der Erklärung und in den entsprechenden Anhängen vorliegenden Unregelmäßigkeiten (Art. 1, Abs. 634 bis 636 des Gesetzes Nr. 190/2014) zu senden. Der Steuerpflichtige trifft diese Wahl, indem er das Kästchen „**Übersendung anderer telematischer Mitteilungen an den Vermittler**“ ankreuzt. Der Vermittler stimmt seinerseits dem Erhalt der genannten telematischen Mitteilungen zu, indem er das Kä- stchen „**Erhalt anderer telematischer Mitteilungen**“ im Feld „**VERPFLICHTUNG ZUR TELEMATISCHEN EINREICHUNG**“ ankreuzt.

Eventuelle Mitteilungen von Unregelmäßigkeiten zur Erklärung werden in jeden Fall im „Steuerpostfach“ (“Cassetto fiscale”) im reservierten Be- reich der Telematikdienste der Agentur der Einnahmen angezeigt, in dem jeder zu Entratel oder Ficonline zugelassene Nutzer die eigenen Ste- uerinformationen einsehen kann.

- 4) Konformitätsbescheinigung der Daten zu den Unterlagen, die das Vorliegen der Voraussetzungen für den Abzug der Ausgaben für die vom Superbonus abgedeckten Eingriffe bescheinigen. Das Feld ist nicht auszufüllen, wenn:

- Der Abschnitt "KONFORMITÄTSBESCHEINIGUNG, das der C.A.F. und den Fachleuten vorbehalten ist" wird ausgefüllt.

4. Familienangehörige zu Lasten

In dieser Aufstellung müssen die Angaben bezüglich der Familienangehörigen, die 2022 steuerlich von Ihnen unterhaltsberechtigt sind, einge- geben werden, um die Steuerabzüge für den Ehegatten, die Kinder oder sonstige unterhaltsberechtigten Familienangehörigen oder sonstige Ab- züge, die für die in diesem Prospekt aufgeführten Personen vorgesehen sind, zu nutzen.

Mit Artikel 1 des Gesetzesdekrets Nr. 230 vom 29. Dezember 2021 "Einführung der einheitlichen, allgemeinen Zahlung für unterhaltsberechtigte Kinder" wurde ab dem 1. März 2022 die einheitliche, allgemeine Zahlung für unterhaltsberechtigte Kinder eingeführt, die eine wirtschaftliche Lei- stung darstellt, die monatlich für den Zeitraum zwischen März eines jeden Jahres und Februar des darauffolgenden Jahres an Haushalte auf der Grundlage der wirtschaftlichen Lage des Haushalts auf Basis des Indikators für die gleichwertige wirtschaftliche Lage gewährt wird.

Infolge des Inkrafttretens der einheitlichen Zahlung wurde mit Artikel 10 Absatz 4 desselben delegierten Dekrets Artikel 12 des TUIR, das die Vorschriften für den Abzug von Familienlasten enthält, geändert, so dass ab dem 1. März 2022:

die Steuerabzüge für unterhaltsberechtigte Kinder unter 21 Jahren nicht mehr wirksam sind;

die Erhöhungen der Abzüge für Kinder unter drei Jahren, für behinderte Kinder und für jedes Kind ab dem ersten Kind, für Steuerpflichtige mit mehr als drei unterhaltsberechtigten Kindern, werden unwirksam;

Der in Absatz 1-bis genannte Abzug für kinderreiche Familien (bei Vorhandensein von mindestens vier Kindern) wird aufgehoben.

Angesichts der Tatsache, dass die Änderung von Artikel 12 ab März 2022 in Kraft tritt, ist es notwendig, die Abrechnungskriterien für die Festset- zung der Absetzungen für unterhaltsberechtigte Kinder zu beschreiben, wobei zwischen den beiden Zeiträumen des Jahres vor dem 1. März (bi- sserige Regelung) und ab dem 1. März 2022 (neue Regelung) unterschieden wird. In diesem Zusammenhang ist jedoch darauf hinzuweisen, dass für die Anerkennung der unter den Buchstaben b) und c) genannten Vergünstigungen, wenn auch mit Bezug auf die Monate Januar und Februar 2022, der jeweilige Leistungsanspruch zum 31. Dezember 2022 überprüft werden muss. Weitere Details finden Sie im Rundschreiben Nr. 4/E vom 18. Februar 2022.

Zur Festlegung der Absetzung für unterhaltsberechtigte Familienangehörige wird auf die Anleitungen in Bezug auf die Zeile RN6 verwiesen.

Die Familienmitglieder, die 2022 **im Besitz eines Gesamteinkommens von höchstens 2.840,51 Euro vor Abzug der absetzbaren Belastun- gen sind**, werden als steuerlich unterhaltsberechtigte Familienangehörige angesehen. **Kinder, die nicht älter als 24 sind und 2022 im Besitz eines Gesamteinkommens von höchstens 4.000 Euro vor Abzug der absetzbaren Belastungen sind, werden als steuerlich unterhal- tsberechtigte Familienangehörige angesehen. Für diese Personen ist das Altersefordernis erfüllt, sofern es im Hinblick auf den Grun- dsatz der Einheitlichkeit des Besteuerungszeitraums auch nur für einen Teil des Jahres besteht. Das Kästchen muss von dem Kind unter 21 Jahren ausgefüllt werden, auch wenn der/die Elternteil(e) des unterhaltsberechtigten Kindes keine Abzüge für unterhaltsbe- rechtigte Kinder in Anspruch nehmen.**

Zum Einkommen von 2.840,51 Euro (oder 4.000 Euro), das der Familienangehörige besitzen muss, um als steuerlich unterhaltsberechtigt an- gesehen zu werden, gehören auch folgende Beträge, die nicht im Gesamteinkommen inbegriffen sind:

- Vergütungen, die von internationalen Körperschaften und Einrichtungen, von diplomatischen und konsularischen Vertretungen, von Missio- nen, vom Heiligen Stuhl und von Körperschaften, welche direkt von diesen und von den zentralen Körperschaften der katholischen Kirche ge- führt werden, bezogen wurden;
- die steuerbefreiten Quoten von Einkünften aus nicht selbständiger Arbeit, die in Grenzgebieten und sonstigen angrenzenden Ländern in einem dauerhaften und einzigen Arbeitsverhältnis von Subjekten, die im Staatsgebiet ansässig sind, geleistet wurden;
- das Einkommen aus Unternehmen oder aus selbständiger Arbeit, das der Ersatzsteuer unterliegt, in Anwendung des begünstigten Steuersy- stems für Jungunternehmer und Arbeitnehmer in Mobilität (Art. 27, Abs. 1 und 2, des GD Nr. 98 vom 6. Juli 2011);
- das Einkommen aus Unternehmenstätigkeit oder selbständiger Arbeit, das der Ersatzsteuer in Anwendung des pauschalen Besteuerungssy- stems unterliegt (Art. 1, Abs. 54/89 des G. 23/12/2014, Nr. 190);
- der definitiven Ertragsteuer auf die Vermietungen unterzogene Mietertrag.

Es können als unterhaltsberechtigte Familienangehörige, auch wenn sie mit dem Steuerpflichtigen gemeinsam in einem Haushalt leben oder im Ausland wohnhaft sind, angesehen werden:

- Der Ehegatte, der nicht rechtmäßig und effektiv getrennt ist;

- die Kinder (einschließlich die Adoptiv-, anvertrauten oder Pflegekinder) unabhängig von der Überschreitung bestimmter Altersgrenzen und von der Tatsache, ob sie studieren oder ein kostenloses Praktikum machen oder nicht; dieselbigen fallen also zu Abzugszuweisungszwecken nie in die Gruppe "sonstige Familienangehörige".

Es können auch die folgenden **weiteren Familienangehörigen** als unterhaltsberechtig angesehen werden, vorausgesetzt dass sie mit dem Steuerpflichtigen in einem Haushalt leben oder dass sie von diesem nicht aus gerichtlichen Maßnahmen resultierende Unterhaltsbeihilfen beziehen:

- der gesetzlich und effektiv getrennte Ehepartner;
- die Kindeskinde;
- die Eltern (die Adoptiveltern eingeschlossen);
- die Schwiegersöhne und Schwiegertöchter;
- der Schwiegervater und die Schwiegermutter;
- die Brüder und Schwestern (auch die Halbbrüder- und Schwestern);
- die Großväter und Großmütter eingeschlossen.

Die aus acht Zeilen bestehende Aufstellung muss zur Angabe der Daten bezüglich der steuerlich unterhaltsberechtigten Familienangehörigen des Erklärenden verwendet werden.

Wenn sich im Laufe des Jahres 2022 die Situation eines Familienangehörigen geändert hat, müssen Sie eine Zeile für jede Situation abfassen.

Wie wird die Zeile bezüglich des Ehegatten abgefasst

Zeile 1: Die Daten ihres Ehepartners anführen.

Spalte 1: Das Kästchen "C" ankreuzen

Spalte 4 (Steuernummer): die **Steuernummer** des Ehegatten angeben. Die Steuernummer des Ehegatten muss immer angegeben werden, auch wenn er steuerrechtlich nicht unterhaltsberechtig ist.

Spalte 5 (Anz. der Monate zu Lasten lebend): Dieses Kästchen ist nur abzufassen, falls der Ehepartner zu ihren Lasten lebend war. Eine "12" eintragen, wenn der Ehepartner im Laufe des ganzen Jahres 2022 zu ihren Lasten lebend war. Bei einer Eheschließung, bei Ableben, bei einer rechtsgültigen und effektiven Trennung, bei Auflösung oder Annullierung der Ehe bzw. bei Beendigung derselben in zivilrechtlicher Hinsicht im Laufe des Jahres 2022, ist die Anzahl der Monate anzugeben während deren der Ehepartner zu ihren Lasten lebend war. Haben Sie zum Beispiel im Juni 2022 geheiratet, steht der Abzug für sieben Monate zu und infolge dessen ist in dem Kästchen eine "7" einzutragen.

Wie die Zeilen für die Kinder und die anderen Familienmitglieder abzufassen sind

Zeilen von 2 bis 5: In Zeile 2 sind die Daten des ersten Kindes anzuführen.

Spalte 1: das **Kästchen "F1"** ankreuzen, wenn der angegebene Familienangehörige das erste unterhaltsberechtigte Kind ist (d.h. das meldemntlich älteste Kind unter den unterhaltsberechtigten Kindern) und das **Kästchen "F"** für die auf das erste Kind folgende Kinder.

Spalte 2: das **Kästchen "A"** ankreuzen, falls es sich um ein anderes Familienmitglied handelt.

Spalte 3: das **Kästchen "D"** ankreuzen, wenn es sich um ein behindertes Kind handelt. Wenn dieses Kästchen angekreuzt wird, muss das Kästchen 'F' nicht zusätzlich angekreuzt werden. Es wird darauf hingewiesen, dass diejenigen Personen als behindert gelten, die als solche im Sinne des Gesetzes Nr. 104 vom 5. Februar 1992 anerkannt wurden.

Spalte 4 (Steueridentifikationsnummer): Die Steueridentifikationsnummer eines jeden Kindes, außer des zur Adoptionsvorbereitung anvertrauten Kindes, und der anderen zu Lasten lebenden Familienangehörigen angeben.

Die Steueridentifikationsnummer der unterhaltsberechtigten Kinder und Familienangehörigen muss auch dann angegeben werden, wenn die entsprechenden Abzüge nicht in Anspruch genommen werden, sondern vollständig einem anderen Subjekt zugewiesen werden. Die Steueridentifikationsnummer muss auch für die zu Lasten lebenden Kinder angegeben werden, die ihren Wohnsitz im Ausland haben.

Nicht EU-Bürger, welche die Absetzungen für zu Lasten lebende Familienmitglieder beantragen, müssen im Besitz einer Urkunde sein, aus welcher der **Familienstand** hervorgeht. Diese Urkunde kann bestehen aus:

- a) einer originalen Urkunde, die vom Konsulat des Ursprungslandes ausgestellt, in die italienische Sprache übersetzt und mit Sichtvermerk von Seiten des gebietsmäßig zuständigen Präfekten versehen wurde;
- b) einer Urkunde mit einer Anmerkung für Subjekte die aus Ländern stammen, die das Abkommen der Aja vom 5. Oktober 1961 unterzeichnet haben;
- c) im Herkunftsland auf der Grundlage der Richtlinie in diesem Land rechtskräftig erstellte Dokumentation, die in die italienische Sprache übersetzt und vom italienischen Konsulat im Herkunftsland als originalgetreu beglaubigt wurde.

Spalte 5 (Anz. der Monate zu Lasten lebend): Verwenden Sie dieses Kästchen für die Angabe der Monate während deren der Familienangehörige zu ihren Lasten ist. Eine '12' eintragen, falls der Familienangehörige während des ganzen Jahres 2022 zu ihren Lasten lebend war; war er hingegen nur für einen Teil des Jahres 2022 zu ihren Lasten lebend, ist die Anzahl der entsprechenden Monate anzuführen. Für ein zum Beispiel im Monat August geborenes Kind müssen Sie '5' in das Kästchen schreiben.

Spalte 6 (Kind unter drei Jahren - Januar/Februar): Das Kästchen muss für Kinder abgefasst werden, die zwischen Januar 2019 und Februar 2022 geboren sind. Geben Sie 1 an, wenn das Kind nur im Januar oder Februar unter drei Jahre alt war; 2, wenn das Kind im Januar und Februar unter drei Jahre alt war. Beispiel: Für ein Kind, das im Januar 2022 geboren wurde, geben Sie 2 ein; wenn es im Februar 2022 geboren wurde, geben Sie 1 ein; geben Sie auch 1 ein, wenn das Kind im Januar 2019 geboren wurde.

Spalte 7 (Prozentsatz der zustehenden Absetzung): verwenden Sie dieses Kästchen zur Angabe des zustehenden Abzugsprozentsatzes.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Abzug für unterhaltsberechtigte Kinder nicht frei zwischen beiden Eltern aufgeteilt werden kann.

Leben die Eltern nicht gesetzlich oder tatsächlich getrennt, muss die Absetzung für zu Lasten lebende Kinder zu 50% unter ihnen aufgeteilt werden.

Die Eltern können im gegenseitigen Einvernehmen beschließen, dass der volle Absetzbetrag jenem Elternteil zugeschrieben wird, der das höhere Einkommen erzielt, damit der Absetzbetrag bzw. ein Teil davon nicht vom Elternteil mit niedrigerem Einkommen in Anspruch genommen werden kann.

Im Falle einer gesetzlichen und tatsächlichen Trennung bzw. Aufhebung oder Beendigung der zivilrechtlichen Folgen der Ehe, steht die Absetzung in Ermangelung eines Abkommens zwischen den Parteien, dem pflegeberechtigten Elternteil im Ausmaß von 100% zu. Sind beide Eltern pflegeberechtigt, steht sie beiden Eltern im Ausmaß von 50% zu.

Auch in diesem Fall können die Eltern einvernehmlich beschließen, dem Elternteil mit dem höheren Gesamteinkommen den gesamten Abzug zuzuweisen; diese Möglichkeit lässt die volle Nutzung des Abzugs in dem Fall zu, in dem einer der Eltern ein niedriges Einkommen und somit eine Steuer hat, die es ihm nicht ermöglicht, den Abzug ganz oder teilweise zu nutzen.

Kann ein Elternteil die Absetzung für zu Lasten lebende Kinder zu 100% in Anspruch nehmen, hat der andere Elternteil keinen Anspruch auf den Absetzbetrag.

Der volle Absetzbetrag steht nur einem Elternteil zu, falls der andere Elternteil steuerlich zu Lasten des ersten lebt, und steht in folgenden Fällen zu:

- für die Kinder eines Steuerzahlers, dessen Ehepartner verstorben ist, falls dieser wieder geheiratet und sich anschließend nicht rechtsgültig und tatsächlich getrennt hat;

- für Adoptiv- Zieh- und Pflegekinder des Steuerzahlers, falls dieser verheiratet und nicht rechtsgültig und tatsächlich getrennt ist.



Siehe im Anhang unter "Zu Lasten lebende Familienangehörige – Sonderfälle der Abfassung des Kästchen F1". Bitte beachten Sie, dass das Kästchen F1 nur ausgefüllt werden muss, wenn Sie nach den bis zum 28. Februar 2022 oder ab dem 01. März 2022 geltenden Vorschriften Anspruch auf Abzüge für zu Lasten lebende Kinder haben.

Für das erste Kind besteht der Anspruch auf denselben Absetzbetrag wie für den zu Lasten lebenden Ehepartner, falls der andere Elternteil verstorben ist oder das Kind nicht anerkannt hat bzw. das Kind ein Adoptiv- Zieh- oder Pflegekind eines einzelnen Elternteils ist, der nicht verheiratet ist oder falls er verheiratet ist, sich rechtsgültig und tatsächlich getrennt hat. In der Spalte "Prozentsatz des zustehenden Abzugs" angeben:

■ **Für jedes unterhaltsberechtigten Kind:**

- '100', wenn der Abzug ganz beantragt wird;
- '50', wenn der Abzug unter den Eltern aufgeteilt wird;
- '0', wenn der Abzug ganz vom anderen Elternteil beantragt wurde;
- der Buchstabe 'C' in Zeile 2, falls für das erstgeborene Kind die Absetzung für den zu Lasten lebenden Ehepartner für das ganze Jahr zusteht. Wenn dieser Abzug nicht für das ganze Jahr zusteht, muss die Zeile 2 für die Monate für die der Abzug als Kind, und die Zeile 3 für die Monate, für die der Abzug als Ehegatte zusteht, abgefasst werden. Der Steuerpflichtige kann, falls es günstiger ist, den für das erste Kind vorgesehenen Abzug verwenden.

■ **für jeden anderen unterhaltsberechtigten Familienangehörigen:**

- '100', wenn die Belastung vollkommen belastet wird;
- der Prozentsatz, wenn die Belastung auf mehreren Personen lastet. Es wird daran erinnert, dass der Abzug zu gleichen Teilen auf die Berechtigten verteilt werden muss.

Spalte 8 (Abzug 100% Sorgerecht für Kinder): das Kästchen muss bei ausschließlichem, gemeinsamem oder geteiltem Sorgerecht für die Kinder von dem Elternteil angekreuzt werden, der den Abzug für unterhaltsberechtigten Kinder im Umfang von 100 Prozent nutzt. Es wird daran erinnert, dass der Abzug in Ermangelung einer Vereinbarung dem Elternteil mit Sorgerecht zusteht. Bei gemeinsamen oder geteiltem Sorgerecht wird der Abzug in Ermangelung einer Vereinbarung im Umfang von 50 Prozent unter den Eltern aufgeteilt. Wenn der Elternteil mit Sorgerecht oder bei gemeinsamem Sorgerecht einer der Eltern den Abzug wegen Einkommensgrenzen nicht ganz oder teilweise nutzen kann, wird der Abzug dem zweiten Elternteil ganz zugeordnet.

Spalte 9 (Januar/Februar): Geben Sie 1 an, wenn das Kind nur im Januar oder Februar unterhaltsberechtigten war. Geben Sie 2 an, wenn das Kind sowohl im Januar als auch im Februar unterhaltsberechtigten war.

Spalte 10 (ab März 2022, wenn 21 Jahre oder älter): Geben Sie 10 ein, wenn das Kind im Alter von 21 Jahren oder älter während des gesamten Zeitraums von März 2022 bis Dezember 2022 unterhaltsberechtigten war. War es dagegen nur während einiger dieser Monate unterhaltsberechtigten, geben Sie die Zahl der entsprechenden Monate an. Für ein im August 2001 geborenes Kind, das im August 2022 21 Jahre alt wird, ist beispielsweise "5" anzugeben. Wenn das Kind während des gesamten Jahres 2022 noch nicht 21 Jahre alt war, muss diese Spalte nicht ausgefüllt werden.

Zeile 6 (Prozentsatz der zusätzlichen Absetzung für Familien mit mindestens 4 Kindern): Der zusätzliche Absetzbetrag von 1.200,00 Euro kann von Familien mit mindestens vier Kindern in Anspruch genommen werden, wenn die Absetzungen für zu Lasten lebende Kinder zustehen. Der zusätzliche Absetzbetrag für Großfamilien steht auch dann zu, wenn das Bestehen von mindestens vier zu Lasten lebenden Kindern nur für einen Teil des Jahres gegeben ist (in der Übersicht der zu Lasten lebenden Familienangehörigen, liegt die Anzahl der Monate für ein oder zwei zu Lasten lebende Kinder unter 12). Dieser Absetzbetrag steht nicht für jedes Kind zu, da es ein Gesamtbetrag ist, der sich auch dann nicht ändert, wenn die Anzahl der Kinder über vier liegt. Der Absetzbetrag muss unter den gesetzlich oder tatsächlich getrennten Eltern im Ausmaß von 50% aufgeteilt werden und kann auch nicht wie für gewöhnliche Absetzungen vorgesehen, im gemeinsamen Einvernehmen anders aufgeteilt werden. Im Falle eines steuerlich zu Lasten des anderen lebenden Ehepartners, steht die Absetzung zur Gänze zu.

Im Falle einer gesetzlichen und tatsächlichen Trennung bzw. Aufhebung oder Beendigung der zivilrechtlichen Folgen der Ehe, ist der Anteilssatz der Absetzung jener, der im Verhältnis zu den vom Gericht beschlossenen Pflegesätzen zusteht.

Wenn nur ein Elternteil im Besitz der Voraussetzungen ist (z.B. wenn er zwei Kinder mit einem Ehegatten und zwei Kinder mit einem anderen Ehegatten hat - Rundschreiben Nr. 19/E von 2012, Punkt 4.2), steht ihm der weitere Abzug vollständig zu, auch wenn der andere Ehegatte ihm gegenüber nicht unterhaltsberechtigten ist. In dieser Zeile den Prozentsatz bezüglich des oben genannten zusätzlichen Abzugs angeben.

Der Betrag der weiteren Absetzung im Verhältnis zu diesem Prozentsatz ist in der Zeile RN6 Spalte 3 anzugeben.

Es wird daran erinnert, dass wenn der zusätzliche Abzug höher als die Bruttosteuer ist, ein Guthaben in Höhe des Abzugsanteils anerkannt wird, der keinen Beleihungswert in der oben genannten Steuer gefunden hat.

Zeile 7 (Anzahl der unterhaltsberechtigten Kinder, die zur Adoptionsvorbereitung überlassen wurden): die Anzahl der zur Adoptionsvorbereitung überlassenen Kinder angeben (Zeilen von 2 bis 5, bei denen das Kästchen 'F' oder 'D' angekreuzt ist), für die in der Übersicht der unterhaltsberechtigten Familienangehörigen keine Steuernummer angegeben wurde, um die Vertraulichkeit der Informationen zu wahren, die sich auf sie beziehen.

5. ÜBERSICHT RA – Einkünfte aus Grundbesitz

Das Einkommen aus Grundstücken unterscheidet sich in Bodenertrag und landwirtschaftlichen Ertrag. Dem Grundstückseigentümer oder dem Inhaber eines anderen dinglichen Rechts steht sowohl der Bodenertrag als auch der landwirtschaftliche Ertrag zu, wenn er selbst direkt die landwirtschaftliche Tätigkeit ausübt. Wenn die landwirtschaftliche Tätigkeit von einer anderen Person ausgeübt wird, steht dem Eigentümer jedenfalls der Bodenertrag zu, während der landwirtschaftliche Ertrag demjenigen, der die landwirtschaftliche Tätigkeit ausübt, zusteht.

Folgende Personen müssen diese Übersicht abfassen:

- Diejenigen, die als Besitz, Erbpacht, Nießbrauch oder sonstige Sachrechte, im Staatsgebiet liegende Grundstücke, die im Kataster mit Ertragszuweisung eingetragen sind oder sein müssen, besitzen. Bei Nießbrauch oder sonstigem Sachrechten muss der Inhaber des "nackten Eigentums" nicht das Grundstück erklären;
- der Pächter, der die landwirtschaftliche Tätigkeit auf den gepachteten Grundstücken ausübt, und die Mitglieder bei Gemeinschaftsbewirtschaftung. In diesem Fall muss nur die Spalte bezüglich des landwirtschaftlichen Einkommens abgefasst werden. Der Pächter muss das landwirtschaftliche Einkommen ab dem Datum, an der Vertrag wirksam wird erklären;



Siehe im Anhang unter "Landwirtschaftliches Einzelunternehmen, Familienunternehmen bzw. von Ehepartnern in Gemeinschaftsform geführtes Unternehmen".

- der Inhaber des landwirtschaftlichen Einzelunternehmens, auch falls dieses in Form eines Familienunternehmens betrieben wird oder der Inhaber des

nicht in einer Gesellschaftsform geführten Familienbetriebes, der den Fonds verwaltet. Falls diese Steuerzahler den Grund nicht als Eigentümer, Nutznießer oder auf Grund eines anderen dinglichen Rechtes besitzen, ist nur die Spalte bezüglich der landwirtschaftlichen Einkommen auszufüllen.

Die Teilhaber an einem landwirtschaftlichen Familienunternehmen, der Ehepartner im Familienbetrieb und die Gesellschafter der einfachen Gesellschaften, der offenen Handelsgesellschaften, der Kommanditgesellschaften bzw. der defacto-Gesellschaften **müssen diese Übersicht nicht abfassen**. In diesen Fällen ist die Übersicht RH zu verwenden.

In dieser Übersicht müssen nicht die im Ausland liegenden Grundstücke und jene nicht für landwirtschaftliche Zwecke verpachteten Grundstücke (z.B. für einen Steinbruch oder ein Bergwerk) **erklärt werden**, da sie andere Einkommen bilden und somit in den Zeilen RL12 bzw. RL11 der Übersicht RL "Sonstige Einkommen" des Vordrucks REDDITI 2023, Heft 2 angegeben werden müssen.

Folgende Einkommen müssen nicht erklärt werden, da sie kein Grund- und Agrareinkommen erzeugen:

- Grundstücke, die als dazu gehörende Einheiten von städtischen Gebäuden gelten, zum Beispiel Gärten, Innenhöfe usw.;
- Grundstücke, die vom Besitzer als Anlagegüter für die Ausübung ganz spezifischer Handelstätigkeiten verwendet werden;
- die Grundstücke, Parkanlagen und Gärten, die der Öffentlichkeit zugänglich sind oder deren Erhalt vom Ministerium für kulturelle Güter und Tätigkeiten als von öffentlichem Interesse anerkannt wurde, vorausgesetzt, dass der Eigentümer in der gesamten Steuerperiode kein Einkommen aus ihrer Nutzung gewonnen hat. Dieser Tatbestand muss dem lokalen Amt der Agentur der Einnahmen innerhalb von drei Monaten ab dem Datum, an dem dieser Besitz als von öffentlichem Interesse anerkannt wurde, mitgeteilt werden.

Von der Gemeindeimmobiliensteuer (IMU) befreite Immobilien

Bei unverpachteten Grundstücken ersetzt die IMU die IRPEF und die entsprechenden Zusatzsteuern auf die Grundeinkünfte, während der landwirtschaftliche Ertrag weiterhin den ordentlichen Einkommensteuern unterliegt. Es ist hinsichtlich der Einkünfte aus unverpachteten Grundstücken nur der landwirtschaftliche Ertrag zu berücksichtigen. Für die verpachteten Grundstücke sind sowohl die IMU als die Irpef zu zahlen.

So sind beispielsweise Grundstücke, die gemäß der Kriterien im Rundschreiben des Finanzministeriums Nr. 9 vom 14. Juni 1993 und im Rundschreiben Nr. 4/DF vom 14. Juli 2016 als Berg- oder Hügellgebiete einzustufen sind, von der IMU (Gemeindeimmobiliensteuer) ausgenommen. Weitere Informationen über Befreiung von der IMU sind auf der Website des Finanzministeriums www.finanze.gov.it verfügbar.

In diesem Fall ist das Kästchen „Nicht IMU-pflichtig“ (Spalte 9) anzukreuzen.

Neubewertung der Grundeinkünfte

Die sich aus dem Kataster ergebenden Grundeinkünfte und landwirtschaftlichen Erträge müssen um 80 Prozent bzw. um 70 Prozent aufgewertet werden. Werden die Grundeinkünfte und landwirtschaftlichen Erträge um weitere 30 Prozent neu bewertet.

Die zusätzliche Neuberechnung wird nicht angewandt, wenn es sich um landwirtschaftliche oder nicht bewirtschaftete Grundstücke handelt, die sich im Eigentum von Landwirten oder berufsmäßigen landwirtschaftlichen Unternehmern (sog. „IAP“) befinden, die in der landwirtschaftlichen Fürsorgekasse eingetragen sind, und von denselben auch betrieben werden (angekreuztes Kästchen in Spalte 10).

Für die Jahre von 2017 bis 2022 beitragen die Einkünfte aus Grundbesitz und Landwirtschaft zur Bildung der Steuerbemessungsgrundlage zum Zweck der Einkommenssteuer der natürlichen Personen der in dem agrarsozialen Sicherungssystem eingeschriebenen Kleinbauern und der hauptberuflichen Landwirte laut dem art. 1 des Gv. D. Nr. 99 vom 29. März 2004 nicht.

Ab dem Jahr 2019 steht diese Steuererleichterung auch Familienmitgliedern, die den selbstbewirtschaftenden Landwirt unterstützen, zur Verfügung, vorausgesetzt sie gehören demselben Haushalt an, sind als selbstbewirtschaftender Landwirt in der landwirtschaftlichen Sozialversicherungsverwaltung eingeschrieben und beteiligen sich aktiv an der Geschäftstätigkeit des Familienbetriebs (Artikel 1, Absatz 705 des Gesetzes Nr. 145 vom 30. Dezember 2018).

Die Neubewertung von 80 und 70 Prozent wird nicht angewendet, wenn die Grundstücke für landwirtschaftliche Zwecke an junge Unternehmer verpachtet wurden, noch keine 40 Jahre alt sind, sofern die Voraussetzungen laut Anhang zu den „Vergünstigungen für die landwirtschaftlichen Jungunternehmer“ vorliegen.

ABFASSUNG DER ÜBERSICHT RA

Diese Übersicht muss abgefasst werden, auch wenn sich die Einkommen nicht in Bezug auf das vorherige Jahr verändert haben. Falls sich im Laufe des Jahres 2022 in Bezug auf ein Grundstück eine neue Situation ergeben hat (eine Änderung der Besitzanteile, das Grundstück verpachtet wurde usw.), sind Sie verpflichtet, für jede Situation eine Zeile abzufassen, wobei in Spalte 4 der entsprechende Zeitraum anzugeben ist. In diesen Fällen ist das Kästchen in Spalte 8 anzukreuzen um anzugeben, dass es sich um dasselbe Grundstück der vorhergehenden Zeile handelt. Wenn mehr als 22 Grundstücke erklärt werden müssen, muss eine zusätzliche Übersicht abgefasst werden. Dabei muss daran gedacht werden, das Kästchen "Vordr. Nr." oben rechts auf dem Vordruck fortlaufend zu nummerieren. In diesem Fall in der Zeile RA23 der ersten verwendeten Übersicht (Vordr. Nr. 1) die Gesamtbeträge des Boden- und landwirtschaftlichen Ertrags angeben.

Falls der Besitzanteil des Einkommens aus Grundbesitz verschieden von jenem des Einkommens aus Landwirtschaftsbesitz ist, sind zwei getrennte Zeilen abzufassen und das Kästchen in Spalte 8 ist nicht anzukreuzen (zum Beispiel falls nur ein Teil des Grundstückes verpachtet wurde).

Die **Grund- und Agrareinkommen** können direkt aus den Katasterunterlagen ermittelt werden, wenn die effektiv praktizierte Bestellung mit der aus dem Kataster resultierenden übereinstimmt; wenn sie nicht übereinstimmt, ist im Anhang unter dem Stichwort "Änderungen der Bestellung der Ländereien" nachzusehen.

Agroenergie

Die Erzeugung und Lieferung von elektrischer und Wärmeenergie aus erneuerbaren land- und forstwirtschaftlichen Quellen bis 2.400.000 kWh im Jahr und aus erneuerbaren Photovoltaik-Quellen bis 260.000 kWh im Jahr sowie aus Kraftstoffen, die vorwiegend aus angebauten Pflanzen und aus dem Boden stammenden chemischen Produkten von landwirtschaftlichen Unternehmern produziert werden, stellen verbundene Tätigkeiten im Sinne von Art. 2135, dritter Absatz des italienischen ZGB und **Produktionstätigkeiten mit Einkünften aus der Landwirtschaft** dar (Artikel 1, Absatz 423, des Gesetzes Nr. 266 von 2005, geändert durch Artikel 1, Absatz 910, des Gesetzes Nr. 208 vom 28. Dezember 2015).

Daher muss das entsprechende Einkommen in den beschriebenen Fällen in der vorliegenden Übersicht RA angegeben werden.

Sollte die Energieproduktion die o. g. Grenzwerte übersteigen, wird das Einkommen hingegen in Heft 3 der Übersicht RD angegeben, oder es wird in den Übersichten RF oder RG gemäß den entsprechenden Anweisungen angegeben, wenn man die Ermittlung der Einkünfte auf die übliche Weise gewählt hat.

Steuerzahler, die verpflichtet sind, die Übersichten RD oder RG abzufassen, müssen in jedem Fall die vorliegende Übersicht für die Ermittlung der Einkünfte aus Energieproduktion innerhalb der o. g. Grenzwerte ausfüllen.

Die Grund- und Agrareinkommen der für die Pilzzucht bestimmten Flächen werden mangels entsprechender Qualität in der Übersicht im Kästchen für Katasterqualifikation mittels Anwendung des in der Provinz, in der sich die Länderei befindet, geltenden höchsten Einschätzungstarifs festgesetzt. Diese Methode wird auch auf die für Treibhausbestellungen verwendeten Flächen angewendet.

Es wird präzisiert, dass die Tätigkeit der Pilzzucht als landwirtschaftlich angesehen wird, wenn die Grenzen gemäß Art. 32, Absatz 2, Buch. b) und c) des Einheitstextes der Einkommenssteuer (TUIR) eingehalten werden.



Um zu erfahren, welche Tätigkeiten als landwirtschaftliche Tätigkeiten für die Ermittlung des landwirtschaftlichen Einkommens betrachtet werden, siehe im Anhang unter "Landwirtschaftliche Tätigkeiten".

Betreibt ein landwirtschaftlicher Unternehmer auch Urlaub auf dem Bauernhof (im Sinne von Gesetz Nr. 96 vom 20. Februar 2006) und/oder Weintourismus (im Sinne vom von Art. 1 Absätze 502 bis 504 des Gesetzes Nr. 205 vom 27. Dezember 20017) sowie Öltourismus und Tätigkeiten, die auf die Vermarktung von lebenden Pflanzen und Blumenzuchtprodukten, die von Blumenzüchtern erworben werden (Im Sinne von Art. 1, Absatz 513 bzw. 225 des Gesetzes Nr. 205 vom 27. Dezember 2017), muss dieser das entsprechende Einkommen aus letzterer Tätigkeit in Übersicht RD ermitteln, die im Heft 3 enthalten ist. Ein landwirtschaftlicher Unternehmer, der auch Urlaub auf dem Bauernhof und/oder Weintourismus im Sinne des Gesetzes Nr. 96 vom 20. Februar 2006 sowie von Art. 1 Absätze 502 bis 504 des Gesetzes Nr. 205 vom 27. Dezember 20017 betreibt, muss das entsprechende Einkommen aus dieser Tätigkeit in Übersicht RD ermitteln, die im Heft 3 enthalten ist.

Für die Zuweisung der Einkommensanteile aus Landwirtschaft, die den Mitarbeitern des Familienunternehmens oder dem Ehepartner zustehen, muss der Inhaber des landwirtschaftlichen Familienbetriebes bzw. der Inhaber eines von den Ehepartnern nicht in Form einer Gesellschaft geführten Familienbetriebes, die eigens dafür vorgesehene Aufstellung der Übersicht RS, die im Heft 3 enthalten ist, abfassen.

Zeilen RA1 bis RA22

Für jede Länderei sind die folgenden Daten anzugeben:

Die Einkünfte aus Grundstücken und aus landwirtschaftliche Flächen sind in den Spalten 1 und 3 anzugeben, ohne eine Neubewertung vorzunehmen. Die Neubewertung erfolgt bei der Festlegung der Besteuerungsgrundlage.

Spalte 1 (Grundeinkünfte ohne Neubewertung): Betrag der Grundeinkünfte laut Katasterunterlagen.

Spalte 3 (Landwirtschaftliche Erträge ohne Neubewertung): Betrag der landwirtschaftlichen Erträge laut Katasterunterlagen.

Spalte 2 (Titel) einen der folgenden Codes angeben:

"1" Eigentümer des unverpachteten Grundstücks;

"2" Besitzer des verpachteten Grundstückes, wobei die gesetzliche Mietpreisregelung (vinkulierter Mietzins) angewandt wurde;

"3" Eigentümer der verpachteten Liegenschaft bei Fehler des rechtlichen Bestimmungssystems der Pacht (freies Marktsystem);

"4" Bewirtschafter des Bodens, (vom Eigentümer abweichend) oder Pächter;

"7" Inhaber eines landwirtschaftlichen Einzelbetriebes, der nicht in Form eines Familienunternehmens geführt wird.

"8" Inhaber eines landwirtschaftlichen Einzelbetriebes, der in Form eines Familienunternehmens geführt wird;

"9" Inhaber eines landwirtschaftlichen, mit dem Ehepartner geführten Betriebes, der nicht in Gesellschaftsform geführt wird.

Falls der Besitzer bzw. der Betreiber des Grundstücks auch Inhaber des landwirtschaftlichen Einzelunternehmens ist, das nicht in Form eines Familienunternehmens geführt wird, kann der Code 1 oder 7 bzw. der Code 4 oder 7 angeführt werden.

Bei Beteiligung von Grundstücken in **gesellschaftlicher Form** ist jener Anteil des landwirtschaftlichen Einkommens anzugeben, der sich aus dem Beteiligungsprozentsatz und der Dauer des Vertrages ergibt. Dieser Prozentsatz geht aus der entsprechenden Urkunde hervor, die von allen Gesellschaftern unterzeichnet sein muss und vom Steuerzahler aufbewahrt werden muss, damit er diese Urkunde bei Nachfrage des Amtes vorweisen kann. Bei Fehlen dieser Urkunde geht man davon aus, dass es sich um eine Beteiligung zu gleichen Teilen handelt.

Spalte 4 (Besitzdauer): Den in Tagen ausgedrückten Besitzzeitraum der Liegenschaft angeben (365 für das ganze Jahr). Falls mehrere Zeilen für ein einzelnes Grundstück verwendet werden, um unterschiedliche Situationen anzugeben, darf die Summe der Tage in den einzelnen Zeilen nicht die Zahl 365 überschreiten.

Spalte 5 (Prozentsatz der Besitzdauer): Den Besitzanteil des Grundstückes angeben (100, falls zur Gänze).

Spalte 6 (Mietzins in Zwangsregelung): Falls ein Grundstück zu einem vinkulierten Mietzins verpachtet wurde, ist der Gesamtbetrag der Miete anzugeben, wie aus dem Mietvertrag hervorgeht und zwar für die in Spalte 4 angeführte Zeitspanne.

Spalte 7 (Sonderfälle): Einen der folgenden Codes angeben:

"2" Verlust durch Naturereignisse von mindestens 30 Prozent des ordentlichen Bestandsprodukts im Jahr, wenn der geschädigte Besitzer dem Landesamt (ehemaliges Vermessungsamt) das schädliche Ereignis binnen drei Monate ab dem Tag, an dem es eingetreten ist, oder, wenn das Datum nicht genau bestimmbar ist, mindestens 15 Tage vor dem Erntebeginn angezeigt hat. In dieser Situation sind der Boden- und landwirtschaftliche Ertrag von der IRPEF ausgenommen;

"3" Liegenschaft in gemeinsamer Leitung;

"4" Liegenschaft, die an junge Leute unter vierzig Jahren in der Eigenschaft als Selbstbesteller oder hauptsächlich Landwirtschaftsunternehmer bzw. die diese Befähigungen innerhalb der zwölf Monate ab dem Abschluss des Pachtvertrags erwerben, verpachtet werden, vorausgesetzt die Dauer des Pachtvertrags selbst liegt nicht unter fünf Jahren;

"6" angeben, falls die Voraussetzungen gemäß Code 2 und 4 gleichzeitig zutreffen.

Spalte 8 (Fortsetzung): falls im Steuerjahr für ein und dasselbe Grundstück unterschiedliche Situationen eingetreten sind (Änderungen von Besitzanteilen, verpachtetes Grundstück usw.), ist für jede Situation eine Zeile abzufassen und in der Spalte 4 der entsprechende Zeitraum anzugeben. In diesen Fällen ist das Kästchen in Spalte 8 anzukreuzen, um anzugeben, dass es sich um dasselbe Grundstück der vorhergehenden Zeile handelt.

Falls der Besitzanteil der Grundeinkünfte verschieden ist vom landwirtschaftlichen Ertrag, falls z.B. nur ein Teil des Grundstückes verpachtet ist und in einigen der Fälle, die im Anhang unter "Einfache Gesellschaften und Familienunternehmen, die in der Landwirtschaft tätig sind" angegeben sind, müssen zwei verschiedene Zeilen ausgefüllt werden, ohne das Kästchen in Spalte 8 anzukreuzen.

Colonna 9 (Nicht IMU-pflichtig): Dieses Kästchen ankreuzen, wenn das Grundstück unter die Befreiungsfälle in Abschnitt „Von der IMU befreite Grundstücke“ fällt. In diesen Fällen unterliegen die Grundeinkünfte der IRPEF und der entsprechenden Zusatzsteuern, wenn das Grundstück nicht verpachtet ist.

Wenn die Daten über das einzelne Grundstück in mehreren Zeilen ausgewiesen sind, wird das Kästchen in dieser Spalte nur in der ersten der abgefassten Zeilen angekreuzt, da es sich auf den gesamten Steuerzeitraum bezieht.

Spalte 10 (selbstbewirtschaftende Landwirte oder von berufsmäßige landwirtschaftliche Unternehmer): das Kästchen ankreuzen, im Fall eines selbstbewirtschaftenden Landwirts oder eines berufsmäßigen landwirtschaftlichen Unternehmers, der bei der landwirtschaftlichen Sozialversicherung eingeschrieben ist. In diesem Fall beitragen die Einkünfte aus Grundbesitz und Landwirtschaft zur Bildung der Steuerbemessungsgrundlage zum Zweck der Einkommenssteuer der natürlichen Personen nicht.

Bezieht sich diese Situation nur auf einen Teil des Jahres, müssen zwei getrennte Zeilen ausgefüllt (Ausfüllen des Kästchens „Fortsetzung“) und das Kästchen „Landwirt oder landwirtschaftlicher Unternehmer“ nur in Zeile angekreuzt werden, die sich den Zeitraum bezieht, in der diese Situation eingetreten ist. Falls im Steuerjahr für ein und dasselbe Grundstück unterschiedliche Situationen eingetreten sind (Änderungen von Besitzanteilen, verpachtetes Grundstück usw.), ist diesen Kästchen in allen Zeilen anzukreuzen, in Bezug auf welche die Voraussetzungen für die Vergünstigung vorliegen.

Spalte 11 (Steuerpflichtige Grundeinkünfte) und Spalte 13 (Nicht steuerpflichtiges landwirtschaftliches Einkommen).

In Spalte 11 sind die steuerpflichtigen Grundeinkünfte des verpachteten oder unverpachteten Grundstücks anzugeben, für die keine IMU-Steuer zu zahlen ist. In Spalte 13 sind die nicht steuerpflichtigen Grundeinkünfte des unverpachteten Grundstücks, für die die IMU-Steuer zu zahlen ist, und die Einkünfte aus Grundbesitz der selbstbewirtschaftenden Landwirte und der berufsmäßigen landwirtschaftlichen Unternehmer laut Art. 1 des Gv. D. Nr. 99 vom 29. März 2004 anzugeben, die bei der landwirtschaftlichen Sozialversicherung eingeschrieben sind.

A) Daten des einzelnen Grundstücks in einer einzigen Zeile (im Lauf des Jahres 2022 haben sich z.B. weder die Zweckverwendung des Grundstücks noch der Besitzanteil geändert):

1) Die Spalte 2 (Titel) enthält die Codes 1, 7, 8, 9:

- Wenn in der Spalte 7 (Sonderfälle) kein Code oder der Code 3 vorhanden ist, ist das Einkommen aus Grundbesitz gleich dem in Spalte 1 angegebenen Betrag, Neuberechnet auf 80 % und erhöht um 30 %, wenn das Kästchen der Spalte 10 nicht angekreuzt ist; oder, wenn dieses angekreuzt ist, wird die weitere Neuberechnung nicht angewandt, in Bezug auf die Tage (Spalte 4) und zum Besitzanteil (Spalte 5);
- wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 2 vorhanden ist, sind die Grundeinkünfte gleich Null.

Das mit den oben beschriebenen Modalitäten berechnete Einkommen ist wie folgt einzutragen:

- in die Spalte 13 (Nicht steuerpflichtige landwirtschaftliche Einkünfte), wenn das Kästchen in Spalte 9 „IMU nicht zahlbar“ nicht abgefasst ist bzw. wenn das Kästchen der Spalte 10 „selbstbewirtschaftender Landwirt oder berufsmäßiger landwirtschaftlicher Unternehmer“ angekreuzt ist;
- in die Spalte 11 (Steuerpflichtige Grundeinkünfte), wenn das Kästchen in Spalte „IMU nicht zahlbar“ abgefasst ist bzw. wenn das Kästchen der Spalte 10 „selbstbewirtschaftender Landwirt oder berufsmäßiger landwirtschaftlicher Unternehmer“ nicht angekreuzt ist.

2) Die Spalte 2 (Titel) enthält den Code 2:

- wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) kein Code vorhanden ist:
 - 1) Das Einkommen aus Grundbesitz berechnen und den in Spalte 1 angegebenen Betrag, Neuberechnen auf 80 % und erhöhen um 30 %, wenn das Kästchen der Spalte 10 nicht angekreuzt ist; oder, wenn dieses angekreuzt ist, wird die Neuberechnung nicht angewandt, mit Bezug auf die Tage (Spalte 4) und den Besitzanteil (Spalte 5) in Beziehung setzen.
 - 2) berechnen Sie den gesetzlich vorgeschriebenen Mietzins (Spalte 6) im Verhältnis zum Besitzanteil (Spalte 5);
 - 3) wenn der Betrag laut Punkt 2 weniger als 80 Prozent des Betrags laut Punkt 1 beträgt, besteht das Einkommen aus dem im Punkt 2 berechneten Betrag; wenn stattdessen der Betrag laut Punkt 2 80 oder mehr Prozent des Betrags laut Punkt 1 beträgt, besteht das Einkommen aus dem im Punkt 1 berechneten Betrag;
- wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 4 vorhanden ist:
 - 1) Das Einkommen aus Grundbesitz berechnen und den in Spalte 1 angegebenen Betrag, erhöht um 30 %, wenn das Kästchen der Spalte 10 angekreuzt ist, oder wenn es nicht angekreuzt ist, wird die weitere Neuberechnung nicht angewandt, mit den Tagen (Spalte 4) und dem Besitzanteil (Spalte 5) in Beziehung setzen.
 - 2) berechnen Sie den gesetzlich vorgeschriebenen Mietzins (Spalte 6) im Verhältnis zum Besitzanteil (Spalte 5);
 - 3) wenn der Betrag laut Punkt 2 weniger als 80 Prozent des Betrags laut Punkt 1 beträgt, besteht das Einkommen aus dem im Punkt 2 berechneten Betrag; wenn stattdessen der Betrag laut Punkt 2 80 oder mehr Prozent des Betrags laut Punkt 1 beträgt, besteht das Einkommen aus dem im Punkt 1 berechneten Betrag;
- wenn in der Spalte 7 (Sonderfälle) die Codes 2 oder 6 vorhanden sind, ist das Grundeinkommen gleich Null und deshalb die Spalte 11 nicht abzufassen.

Das durch die oben beschriebenen Modalitäten berechnete Einkommen muss:

- in der Spalte 13 (nicht steuerpflichtige landwirtschaftliche Einkünfte), wenn das Kästchen der Spalte 10 „selbstbewirtschaftender Landwirt oder berufsmäßiger landwirtschaftlicher Unternehmer“ angekreuzt ist;
- in der Spalte 11 (steuerpflichtige Einkünfte aus Grundbesitz), wenn das Kästchen der Spalte 10 „selbstbewirtschaftender Landwirt oder berufsmäßiger landwirtschaftlicher Unternehmer“ nicht angekreuzt ist;

(Nicht steuerpflichtige landwirtschaftliche Einkünfte)

3) Die Spalte 2 (Titel) enthält den Code 3:

- Wenn in der Spalte 7 (Sonderfälle) kein Code vorhanden ist, ist das Einkommen aus Grundbesitz gleich dem in Spalte 1 angegebenen Betrag, Neuberechnet auf 80 % und erhöht um 30 %, wenn das Kästchen der Spalte 10 angekreuzt ist; oder, wenn dieses nicht angekreuzt ist, wird die Neuberechnung nicht angewandt, Bezug auf die Tage (Spalte 4) und auf den Besitzanteil (Spalte 5);
 - Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 4 vorhanden ist, ist das Einkommen aus Grundbesitz gleich dem im Spalte 1 angegebenen Betrag, erhöht um 30 %, wenn das Kästchen in Spalte 10 nicht angekreuzt ist, oder wenn es angekreuzt ist, wird die weitere Neuberechnung nicht angewandt, Bezug auf die Tage (Spalte 4) und auf den Besitzanteil (Spalte 5);
 - Wenn in der Spalte 7 (Sonderfälle) die Codes 2 oder 6 vorhanden sind, ist das Grundeinkommen gleich Null;
- Das mit den oben beschriebenen Modalitäten berechnete Einkommen ist:
- In der Spalte 13 (nicht steuerpflichtige landwirtschaftliche Einkünfte), wenn das Kästchen der Spalte 10 „selbstbewirtschaftender Landwirt oder berufsmäßiger landwirtschaftlicher Unternehmer“ angekreuzt ist;
 - in der Spalte 11 (steuerpflichtige Einkünfte aus Grundbesitz), wenn das Kästchen der Spalte 10 „selbstbewirtschaftender Landwirt oder berufsmäßiger landwirtschaftlicher Unternehmer“ nicht angekreuzt ist Anzugeben.

4) Vorhandensein des Codes 4 in der Spalte 2 (Titel), das Grundeinkommen ist gleich Null und Sie brauchen Spalten 11 und 13 nicht abfassen.

B) In mehreren Zeilen dargelegte Angaben der einzelnen Liegenschaft (zum Beispiel, falls sich im Laufe des Jahres 2022 die Zweckverwendung des Grundstückes oder der Besitzanteil geändert haben):



Wenn die Angaben zu einem Grundstück in mehrere Zeilen eingetragen wurden, müssen die Beträge in Bezug auf das steuerpflichtige und nicht steuerpflichtige Einkommen (Spalten 11 und 13) ausschließlich in die erste der Zeilen eingetragen werden, die zur Angabe der Grundstücksdaten verwendet wurden.

- nur die Zeilen berücksichtigen, in denen einer der Rechtstitel 1, 4, 7, 8 und 9 in Bezug auf das Grundstück angegeben wurde, für das das Kästchen „IMU nicht zahlbar“ nicht abgefasst wurde bzw. das Kästchen der Spalte 10 „selbstbewirtschaftender Landwirt oder berufsmäßiger landwirtschaftlicher Unternehmer“ angekreuzt ist: für jede Zeile den Anteil des nicht steuerpflichtigen Grundeinkommens berechnen, wobei die Regeln zu verwenden sind, die für das in einer einzigen Zeile angegebene Grundstück beschrieben wurden; den so berechneten Gesamtbetrag der Anteile in die Spalte 13 (nicht steuerpflichtiges landwirtschaftliches Einkommen) der ersten Zeile eintragen, die zur Angabe der Grundstücksdaten verwendet wurde;

- nur die Zeilen berücksichtigen, in denen einer der Rechtstitel 1, 4, 7, 8 und 9 in Bezug auf das Grundstück angegeben wurde, für das das Kästchen „IMU nicht zahlbar“ abgefasst wurde bzw. das Kästchen der Spalte 10 „selbstbewirtschaftender Landwirt oder berufsmäßiger landwirtschaftlicher Unternehmer“ nicht angekreuzt ist: für jede Zeile den Anteil des steuerpflichtigen Grundeinkommens berechnen, wobei die Regeln zu verwenden sind, die für das in einer einzigen Zeile angegebene Grundstück beschrieben wurden; den so berechneten Gesamtbetrag der Anteile in die Spalte 11 (steuerpflichtiges Grundeinkommen) der ersten Zeile eintragen, die zur Angabe der Grundstücksdaten verwendet wurde;
- Es sind nur die Zeilen zu berücksichtigen, in denen einer der Titel 2 und 3 angegeben wurde: Zur Berechnung des Grundeinkommens sind die Anleitungen im Anhang unter „Verpachtete Grundstücke - Sonderfälle“ zu befolgen.

Spalte 12 (Steuerpflichtige landwirtschaftliche Erträge) und Spalte 13 (nicht steuerpflichtige landwirtschaftliche Erträge).

In der Spalte 12 ist das steuerpflichtige Agrarieneinkommen des Grundstücks anzugeben.

In der Spalte 13 ist das Agrarieneinkommen der in dem agrarsozialen Sicherungssystem eingeschriebenen selbstbewirtschaftenden Landwirte oder der berufsmäßigen landwirtschaftlichen Unternehmer laut Art. 1 des Gv. D. Nr. 99 vom 29. März 2004 anzugeben.

A) In einer einzigen Zeile dargelegten Angaben der einzelnen Liegenschaft (zum Beispiel falls es im Laufe des Jahres 2022 keine Änderung der Zweckverwendung des Grundstückes und des Besitzanteiles gegeben hat):

1) Vorhandensein der Codes 1 in der Spalte 2 (Titel):

- Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) kein Code vorhanden ist, ist das Agrarieneinkommen in der Höhe des in der Spalte 3 (Einkünfte aus Landwirtschaft) angegebenen Betrags, neuberechnet auf 70% und erhöht um 30 %, wenn das Kästchen in Spalte 10 nicht angekreuzt ist, oder wenn es angekreuzt ist, wird die weitere Neuberechnung nicht angewandt, im Verhältnis zu den Tagen (Spalte 4) und zum Besitzanteil (Spalte 5);
- Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 2 angegeben ist, ist das Agrarieneinkommen gleich null;
- Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 3 vorhanden ist, ist das Agrarieneinkommen in der Höhe von dem in der Spalte 3 (Einkommen aus Landwirtschaft) angegebenen Betrag, neuberechnet auf 70 % und erhöht um 30 %, wenn das Kästchen in Spalte 10 nicht angekreuzt ist, oder wenn es angekreuzt ist, wird die weitere Neuberechnung nicht angewandt, da schon mit dem Besitzanteil und der Zeitdauer des Vertrags in Beziehung gesetzt.

2) Vorhandensein der Codes 4, 7, 8, 9 in der Spalte 2 (Titel):

- Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) kein Code vorhanden ist, ist das Agrarieneinkommen in der Höhe des in der Spalte 3 (Einkommens aus Landwirtschaft) angegebenen Betrags, neuberechnet auf 70% und erhöht um 30 %, wenn das Kästchen in Spalte 10 nicht angekreuzt ist, oder wenn es angekreuzt ist, wird die weitere Neuberechnung nicht angewandt, Bezug auf die Tage (Spalte 4) und auf den Besitzanteil (Spalte 5);
- Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Codeziffer vier vorhanden ist, ist das Agrarieneinkommen in der Höhe des in der Spalte 3 (Einkommens aus Landwirtschaft) angegebenen Betrags, erhöht um 30%, wenn das Kästchen in Spalte 10 nicht angekreuzt ist, oder wenn es angekreuzt ist, wird die weitere Neuberechnung nicht angewandt, Bezug auf die Tage (Spalte 4) und auf den Besitzanteil (Spalte 5);
- Wenn in der Spalte 7 (Sonderfälle) die Codes 2, 6 vorhanden sind, ist das Agrarieneinkommen gleich Null;
- Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 3 vorhanden ist, ist das Agrarieneinkommen in der Höhe des in der Spalte 3 (Einkommens aus Landwirtschaft) angegebenen Betrags, neuberechnet auf 70 % und erhöht um 30 %, wenn das Kästchen in Spalte 10 nicht angekreuzt ist, oder wenn es angekreuzt ist, wird die weitere Neuberechnung nicht angewandt, da schon mit dem Besitzanteil und der Zeitdauer des Vertrags in Beziehung gesetzt.

3) In Spalte 2 (Titel) sind die Codes 2 oder 3 angegeben: der Betrag der landwirtschaftlichen Erträge ist gleich Null, daher ist diese Spalte nicht auszufüllen.

Das durch die oben beschriebenen Modalitäten berechnete Einkommen muss:

- in der Spalte 13 (nicht steuerpflichtige landwirtschaftliche Einkünfte), wenn das Kästchen der Spalte 10 „selbstbewirtschaftender Landwirt oder berufsmäßiger landwirtschaftlicher Unternehmer“ angekreuzt ist;
- in der Spalte 11 (steuerpflichtiges Agrarieneinkommen), wenn das Kästchen der Spalte 10 „selbstbewirtschaftender Landwirt oder berufsmäßiger landwirtschaftlicher Unternehmer“ nicht angekreuzt ist.

B) In mehreren Zeilen angegebene Daten des Einzelgrundstücks (es hat sich z.B. im Jahr 2022 der Benutzungstitel oder der Besitzanteil geändert): das landwirtschaftliche Einkommen des Grundstücks ergibt sich aus der Summe der landwirtschaftlichen Einkommensanteile, die für jede einzelne Zeile berechnet wurden, so wie im vorstehenden Abschnitt beschrieben. Die Beträge des steuerpflichtigen Einkommens aus Landwirtschaft und nicht steuerpflichtigen landwirtschaftlichen Einkommens (Spalte 12 und 13) sind ausschließlich in der ersten der Zeilen einzutragen, die zur Angabe der Daten desselben Grundstücks verwendet wurden.

In **Zeile RA23 (Gesamtbeträge)** ist/sind die Summe oder die Summen der Beträge aus Spalten 11, 12 und 13 anzugeben.

Der Beträge aus Spalten 11 und 12 müssen zusammen mit etwaigen anderen Einkünften in Zeile RN1, Spalte 5 übertragen werden. Der Gesamt der Einkünfte aus Bodenbesitz kann in die „Zusammenfassende Aufstellung der Einkünfte und Einbehalte“, die in den Anleitungen zur Abfassung der Übersicht RN zu finden ist, übertragen und dann mit den anderen IRPEF Einkommen summiert werden. Die Beträge, in Spalte 13 sollte entsprechend RN50, Spalte 2 aufgenommen werden. Bei Abfassen mehrerer Übersichten RA muss man in Zeile RA23 der ersten abgefassten Übersicht (Vordr. Nr. 1) die Gesamtbeträge der Einkünfte aus Grundbesitz und Landwirtschaft angeben.

6. ÜBERSICHT RB – Einkünfte aus Gebäudebesitz und sonstige Angaben

Folgende Steuerpflichtige müssen diese Übersicht verwenden:

- die Eigentümer von im italienischen Staatsgebiet stehenden Gebäuden, die im Gebäudekataster mit Ertrag eingetragen sind bzw. eingetragen werden müssen;
- die Inhaber des Nießbrauchs oder von sonstigem dinglichen Recht an im italienischen Staatsgebiet gelegenen Gebäuden, die im Gebäudekataster mit Ertragszuteilung eingetragen sind oder sein müssen. Bei Nießbrauch oder sonstigem dinglichen Recht (z.B. Gebrauch oder Wohnung) muss der Inhaber des alleinigen „nackten Eigentums“ das Gebäude nicht erklären. Es wird daran erinnert, dass das Wohnrecht zum Beispiel im Sinne des Art. 540 des BGB dem überlebenden Ehegatten zusteht; dieses Recht weitet sich auch auf die Nebengebäude des als Hauptwohnung festgelegten Hauses aus;
- die Besitzer von Gebäuden, die gemeinschaftlich verwendet/benutzt werden, bzw. von der Familie als auch für berufliche, handwerkliche bzw. unternehmerische Tätigkeiten benutzt werden;
- diejenigen, die Unternehmenstätigkeit für die Immobilien ausüben die, obwohl sie für die Ausübung der eigenen Tätigkeit benützt werden, nicht

als zum Unternehmen gehörend betrachtet werden, da sie im Inventar bzw. im Register der abschreibbaren Güter nicht angeführt wurden oder auf Grund der geltenden Bestimmungen aus dem Vermögen des Unternehmens ausgeklammert worden sind;

- die Besitzer von Immobilien, die gemäß der geltenden Gesetze über keine Anforderungen verfügen, um als landwirtschaftlich angesehen zu werden.

Sie bringen keine Mieteinkommen hervor und sind somit nicht zu erklären:

- Die landwirtschaftlichen Gebäude, die als Wohnung benutzt werden und vom Besitzer oder vom Pächter der Grundstücke, effektiv für landwirtschaftliche Zwecke verwendet werden. In diesem Fall ist das entsprechende Einkommen schon im Katastereinkommen des Grundstücks enthalten. Die ab dem 01. Dezember 2007 geltenden Anforderungen für die Anerkennung als ländliche Immobilie, sind im Art. 9 des Gesetzesdekrets Nr. 557/93 wie vom Art. 42-bis des Gesetzesdekrets Nr. 159/2007 und vom Art. 1, Absatz 275 des Gesetzes Nr. 244/2007 abgeändert, enthalten. Für Immobilieneinheiten, die auf Grund der geltenden Bestimmungen nicht die Voraussetzungen aufweisen, um als landwirtschaftlich betrachtet werden zu können, müssen erklärt werden, indem bei Fehlen des endgültigen – der voraussichtliche Ertrag angegeben wird. Die Immobilieneinheiten der Kategorien A/1 und A/8 und jene die Luxuseigenschaften aufweisen, sind in jedem Fall als ertragseinbringend zu betrachten;



Siehe im Anhang "Landwirtschaftliche Tätigkeiten".

- die Gebäude mit landwirtschaftlicher Zweckbestimmung, einschließlich jener Bauten, die als Treibhäuser, für die Aufbewahrung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, für die Verwahrung der Maschinen sowie des Werkzeuges und für den nötigen Lagervorrat für die Bepflanzung bestimmt sind;
- die landwirtschaftlichen Gebäude, die für den Urlaub am Bauernhof bestimmt sind;
- die Immobilien, für welche Lizenzen, Konzessionen oder Bewilligungen für die Renovierung, Altbauanierung oder für den Umbau ausgestellt worden sind; dies beschränkt auf den Zeitraum, für den die diesbezügliche Verfügung Gültigkeit hat und während dem die Immobilie nicht benutzt werden darf;
- die Immobilien, die zur Gänze der Öffentlichkeit zugänglich sind und als Sitz für Museen, Bibliotheken, Archive, Filmotheken und für Zeitschriftensammlungen dienen und der Besitzer das ganze Jahr lang keinen Einkommen aus der Verwendung des Gebäudes bezieht. Dieser Umstand muss dem Amt der Agentur Einnahmen innerhalb von drei Monaten ab dem Datum, an dem er eingetreten ist, gemeldet werden;
- die Immobilien, die ausschließlich für den Kultus bestimmt sind sowie die Klausurklöster und die dazugehörenden Einheiten, sofern sie nicht vermietet sind;
- die Immobilien, die ausschließlich der eigenen beruflichen Tätigkeit und dem Unternehmen dienen.

Nicht zu erklären sind außerdem Einkünfte aus Gebäudeeinheiten in landwirtschaftlichen Gebieten, die zum 07. Mai 2004 nicht für Wohnzwecke verwendet werden konnten, die gemäß der geltenden Bauregelung vom landwirtschaftlichen Unternehmer umgebaut werden und die, falls sie vermietet werden, die Voraussetzungen für die Bewohnbarkeit erhalten, die von den geltenden Vorschriften vorgesehen sind; diese Einkünfte sind nämlich bereits in den Einkünften aus Grundbesitz und Landwirtschaft bezogen auf die Grundstücke, wo sie sich befinden, enthalten.

Diese Regelung wird nur für den Zeitraum des ersten Mietvertrags angewandt, der eine Laufzeit von fünf bis neun Jahre haben muss (Art. 12 des GvD Nr. 99 vom 29. März 2004, seit dem 7. Mai 2004 in Kraft).

Hauptwohnung

Grundsätzlich wird für das Jahr 2022 für Hauptwohnungen samt Zubehör (die unter die Katasterkategorien C/2, C/6 und C/7 fallen, im Ausmaß von höchstens einer Zubehöreinheit für jede Katasterkategorie) keine IMU geschuldet, daher tragen die entsprechenden Einkünfte zwecks IRPEF zum Gesamteinkommen bei.

Dennoch steht ein Abzug vom Gesamteinkommen zu, und zwar maximal bis zum Betrag des Katasterertrags der Immobilieneinheit selbst und des Zubehörs. Andernfalls sind für Hauptwohnungen samt Zubehör, die 2022 der IMU unterliegen (zum Beispiel Wohnungen der Katasterkategorien A/1, A/8 und A/9 „Luxuswohnungen“) keine IRPEF und Zusatzsteuern zu entrichten.

In diesen Fällen wird in Spalte 12 „Sonderfälle IMU“ Code 2 angegeben. Der entsprechende Abzug steht nicht zu, da die Einkünfte aus der Hauptwohnung zum Gesamteinkommen beitragen.

Unvermietete Gebäude

Generell ersetzt die IMU die IRPEF und die entsprechenden Zusatzsteuern, die in Bezug auf Einkünfte aus nicht vermieteten Gebäuden geschuldet werden, einschließlich der Gebäude, die zur unentgeltlichen Leihe überlassen werden (Codes '2', '9', '10', '15' in Spalte 2 der Zeilen RB1 bis RB9), die in jedem Fall angegeben werden müssen.

Daher müssen in der Übersicht RB die Daten aller besessenen Immobilien angegeben werden (mit Ausnahme der oben aufgeführten Immobilien, die nicht zu erklären sind), aber bei der Berechnung der Einkünfte aus Gebäuden sind ausschließlich die vermieteten Gebäude zu berücksichtigen. Die vermieteten Gebäude werden durch die folgenden Codes ermittelt, die in der Spalte 2 'Nutzung' der Zeilen von RB1 bis RB6 anzugeben sind: '3' Vermietung mit freiem Mietpreis, '4' gesetzlich festgelegter Mietpreis, '8' Vermietung mit vergünstigtem vereinbarten Mietpreis, '11' Teilvermietung der Hauptwohnung mit freiem Mietpreis, '12' Teilvermietung der Hauptwohnung mit vergünstigtem vereinbarten Mietpreis und '14' vergünstigte Vermietung einer in den Abruzzen gelegenen Immobilie.

Folgende Ausnahmefälle sind vorgesehen:

- Für bestimmte Kategorien von Immobilien kann eine vollständige Befreiung von der IMU vorgesehen sein. In diesen Fällen ist in Spalte 12 „Sonderfälle IMU“ Code 1 einzutragen. Seit 2016 darf für die Immobilieneinheit, die an Verwandte in gerader Linie bis zum ersten Grad zur Nutzung überlassen und von diesen als Hauptwohnung genutzt wird, dieser Code nicht angegeben werden, da die Reduzierung der IMU-Steuer anstelle der vollständigen Steuerbefreiung vorgesehen ist (Gesetz Nr. 208 vom 28. Dezember 2015, Art. 1, Abs. 10);
- wenn die nicht vermieteten Immobilien zu Wohnzwecken (Katasterkategorien A1 bis A11, ausgenommen A10), die der IMU unterliegen, in derselben Gemeinde liegen, in der sich die als Hauptwohnung genutzte Immobilie befindet (auch wenn es sich um ein landwirtschaftliches Wirtschaftsgebäude handelt), tragen die entsprechenden Einkünfte zur Bemessungsgrundlage für die IRPEF und die jeweiligen Zusatzsteuern in einer Höhe von 50% bei. In diesen Fällen ist in Spalte 12 „Sonderfälle IMU“ Code 3 einzutragen. Es wird darauf hingewiesen, dass als Hauptwohnung jene zu verstehen ist, in der der Eigentümer (oder der Inhaber eines anderen dinglichen Rechts) und seine Familienmitglieder ihren ständigen Wohnsitz haben (Code 1 in Spalte 2).

Vermietungen zu Wohnzwecken und in die Katasterkategorie C/1 eingestufte Immobilien - Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen

Für die vermieteten Wohnungen und in die Katasterkategorie C/1 eingestufte Immobilien (bis maximal 600 Quadratmeter und mit Ausnahme der dazugehörigen angeschlossenen Gebäudeteile und die gemeinsam vermieteten angeschlossenen Gebäudeteile) kann das System der "Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen" gewählt werden (Art. 3 der Gesetzesverordnung Nr. 23 vom 14. März 2011), die die Anwendung einer Steuer vorsieht, die außer der IRPEF und den regionalen sowie kommunalen Zusatzsteuern auch die Registergebühren und die Abgabe in Bezug auf den Mietvertrag ersetzt. Die Option der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen kann auch für Immobilienwohneinheiten in Anspruch genommen

werden, die an Wohnungsbaugenossenschaften zur Vermietung oder an gemeinnützige Körperschaften vermietet wurden, vorausgesetzt, sie sind an Universitätsstudenten untervermietet und den Gemeinden mit Verzicht auf Anpassung der Miete oder Zuweisung überlassen worden. Die Option für die Anwendung der definitiven Ertragsteuer führt dazu, dass die mit der Ersatzsteuer besteuerten Mieten vom dem Gesamteinkommen ausgeschlossen werden und demzufolge nicht die Irpef Steuersätze zu Progressionszwecken erfassen.

Die Option für dieses System steht ausschließlich dem **Vermieter**, der das Eigentumsrecht oder sonstiges dingliches Nutzungsrecht an der Immobilie hat, für Mietverträge zu, die **Immobilien zu Wohnzwecken** und entsprechende Nebengebäude zum Gegenstand haben, **die zu Wohnzwecken vermietet wurden**.

Das Steuersystem der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen wurde auf 2020 abgeschlossene Mietverträge ausgeweitet, die sich auf in die Katasterkategorie C/1 eingestufte Immobilieneinheiten und damit zugehörigen, gemeinsam vermieteten angeschlossene Gebäudeteile beziehen. Um das Steuersystem der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen in Anspruch nehmen zu können, müssen die Immobilieneinheiten eine Fläche von maximal 600 Quadratmetern haben. Die Fläche der Anbauten wird bei der Berechnung der Quadratmeter nicht berücksichtigt.

Das begünstigte Ersatzsteuersystem gilt nicht für Verträge, die 2019 unterzeichnet werden, wenn am 15. Oktober 2018 ein noch nicht abgelaufener Vertrag zwischen denselben Parteien und für dasselbe Eigentum in Kraft ist. Sollte dieser Vertrag jedoch 2019 sein natürliches Ablaufdatum erreicht haben, kann der neue Vertrag unter Verwendung des begünstigten Ersatzsteuersystems abgeschlossen werden.

Für Verträge, die im Jahr 2019 abgeschlossen oder verlängert wurden und die die anderen gesetzlich festgelegten Anforderungen erfüllen, kann die Ersatzsteuer aus Mieteinnahmen auch in den Folgejahren angewandt werden.

Der Vermieter muss, um das System der definitiven Ertragsteuer zu nutzen, dem Mieter zuvor mittels Einschreiben die Wahl für das alternative Besteuerungssystem und den folglich Verzicht für die entsprechende Dauer der Option, von der Befugnis, aus irgendeinem Grund die Aktualisierung der Miete zu verlangen, Gebrauch zu machen, mitteilen.

Die **Besteuerungsgrundlage** der definitiven Ertragsteuer besteht aus dem von den Parteien festgesetzten **jährlichen Mietpreis**, auf den ein **Satz von 21%** für die vom Codice Civile oder der freien Miete geregelten Verträge angewandt wird.

Ab 2014 ist ausschließlich für die Vermietung von Immobilien mit Wohnzweck und deren zugehörigen Gebäudeteilen deren als Wohn auch ein **begünstigter Satz von 10%** für Mietverträge mit vereinbartem (oder konzertiertem) Mietzins auf der Grundlage von entsprechenden Vereinbarungen zwischen den Eigentümer- und Mietervereinigungen (Art. 2, Absatz 3 des Gesetzes Nr. 431 von 1998 und Art. 8 des selbigen Gesetzes) bezüglich von vom Art. 1, Absatz 1, Buchstaben a) und b) des Gesetzesdekrets Nr. 551 vom 30. Dezember 1988 identifizierten Gemeinden (Bari, Bologna, Catania, Florenz, Genua, Mailand, Neapel, Palermo, Rom, Turin und Venedig sowie die an die selbigen und die anderen Provinzhauptstädte angrenzenden Gemeinden) mit Wohnungsmangel und in den anderen vom CIPE mit entsprechenden Beschlüssen identifizierten Gemeinden mit hoher Wohndichte vorgesehen (Code 8 in der Spalte "Verwendung" des Abschnitts I der Übersicht RB).

Der begünstigte Steuersatz wird auch für Mietverträge mit vereinbartem Mietzins in den Gemeinden angewandt, für die im Zeitraum von fünf Jahren vor dem 28. Mai 2014 infolge von Katastrophen im Sinne von Art. 2, Absatz 1, Buchstabe c) des Gesetzes Nr. 225 vom 24. Februar 1992 der Notstand ausgerufen wurde. Für das Jahr 2020 gilt dieser nur für Mietverträge, die in den im vorangegangenen Satz genannten Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von bis zu 10.000 Einwohnern abgeschlossen wurden. Die Begünstigung gilt auch für Mietverträge, die in Gemeinden abgeschlossen wurden, die von den Beben 2016 betroffen waren (Art. 1, c. 1, Gesetzesdekret Nr. 189/2016) und in denen eine rote Zone ausgewiesen wurde. In diesen Fällen ist das Kästchen in Spalte 19 "Stato di emergenza" (Sonstige Daten) anzukreuzen.

Es wird darauf hingewiesen, dass zur Inanspruchnahme des begünstigten Steuersatzes von 10% im Fall von „nicht gesicherten“ Mietverträgen mit vereinbarter Miete es nötig ist, die von den unterzeichnenden Organisationen erteilte Bestätigung zu erwerben, mit welcher die Entsprechung des wirtschaftlichen und ordnungspolitischen Inhalts des Mietvertrags dem Territorialen Abkommen bestätigt wird.

Die Option für das Besteuerungssystem der definitiven Ertragsteuer wird bei der Registrierung des Vertrags vorgenommen und ist für die gesamte Dauer des Vertrags wirksam, unbeschadet der Möglichkeit des Widerrufs.

Die Wahl wird in der Erklärung nur für die Mietverträge vorgenommen, die nicht der Pflicht der Registrierung unterliegen (Verträge mit einer Dauer von nicht mehr als insgesamt dreißig Tagen im Jahr), es sei denn, der Steuerpflichtige lässt den Vertrag freiwillig registrieren oder der Vertrag findet Anwendung, bevor die Einkommensteuererklärung vorgelegt wird. In einem solchen Fall muss die Wahl bei der Registrierung des Vertrags getroffen werden.

In beiden Fällen (Option bei Registrierung oder Option in Erklärung) müssen in dem **Abschnitt I der Übersicht RB** die **Daten der Immobilie**, die vermietet wurde, angegeben werden und es muss das Kästchen der Spalte 11 "**Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen**" angekreuzt werden.

Es wird schließlich darin erinnert, dass die Einkünfte aus Grundvermögen, die der definitiven Ertragsteuer unterliegen, nur in folgenden Fällen zum Gesamteinkommen hinzugerechnet werden: zur Bestimmung der Unterhaltsberechtigung eines Familienangehörigen, zu Berechnung der Abzüge für unterhaltsberechtigte Familienangehörige, zur Berechnung der Abzüge für Einkommen aus unselbständiger Arbeit, für Renten und andere Einkommen, zur Berechnung der Abzüge für Mietzinsen sowie zur Festlegung des Bestehens und der Höhe der Vergünstigungen im Zusammenhang mit dem Einkommen (z.B. I.S.E.E.-Wert und Familienzulagen).



Für weitere Erläuterungen und Vertiefungen über die definitive Ertragsteuer können auf der Website www.agenziaentrate.gov.it die Verfügung des Direktors der Agentur der Einnahmen vom 7. April 2011 und die Rundschreiben der Agentur der Einnahmen Nr. 26/E vom 1. Juni 2011, Nr. 20/E vom 4. Juni 2012 und Nr. 47/E vom 20. Dezember 2012 und Gesetzesdekret Nr. 193 vom 22. Oktober 2016, mit Änderungen durch Gesetz Nr. 225 vom 1. Dezember 2016, der Beschluss Nr. 115/E vom 1. September 2017, das Rundschreiben Nr. 8/E vom 7. April 2017 und das Rundschreiben Nr. 13 vom 31. Mai 2019 konsultiert werden.

Kurzzeitmieten für Wohn- und auch Tourismuszwecke

Vom 1. Juni 2017 an wurde eine eigene Steuerdisziplin für Mietverträge von in Italien liegenden Wohnimmobilien eingeführt, deren Dauer 30 Tage nicht überschreitet und die von natürlichen Personen ohne Ausübung einer Betriebstätigkeit abgeschlossen wurden.

Achtung! Ab 2021 gilt die Tätigkeit der Kurzzeitvermietung als Ausübung einer gewerblichen Tätigkeit, wenn mehr als 4 Wohnungen zur Kurzzeitvermietung genutzt werden. In diesem Fall muss das entsprechende Einkommen in der dritten Datei des REDDITI-Vordrucks angegeben werden.

Die Disziplin der Kurzzeitmieten ist ausschließlich den Verträgen anzuwenden, die vom 1. Juni 2017 an abgeschlossen wurden. Der Vertrag gilt als vom 1. Juni 2017 an abgeschlossen, wenn ab diesem Zeitpunkt der Mieter die Bestätigung der Buchung erhalten hat.

Die Frist von 30 Tagen gilt für jede einzelne vertragliche Vereinbarung; auch im Fall von mehreren im Jahr zwischen den selben Seiten abgeschlossenen Verträgen gilt jeder Vertrag als ein Einzel, wobei aber die Verpflichtungen zur Registrierung des Vertrags erfüllt werden müssen, sollte die Dauer der im Jahr zwischen den selben Parteien laufenden Vermietungen insgesamt länger als 30 Tage sein.

Die Disziplin gilt sowohl im Fall die Verträge direkt zwischen dem Vermieter (Besitzer oder Inhaber eines anderen Realrechts, Untermieter oder

Entleiher) und dem Mieter abgeschlossen wurden, wie auch im Fall sich Subjekte in diese Verträge einschalten, die als Immobilienvermittler auch durch die Leitung von online Portalen handeln, welche Leute verbinden, die Immobilien suchen, mit denen, die über Immobilieneinheiten zur Vermietung verfügen.

Der Kurzzeitmietvertrag kann samt der Zurverfügungstellung der Wohnimmobilie die Bereitstellung der Bettwäsche und die Säuberung der Räume sowie andere Dienstleistungen betreffen, die der Zurverfügungstellung einer Immobilie gehören, wie zum Beispiel Versorgungsleistungen, WLAN und Klimatisierung. Die gegenständliche Disziplin gilt hingegen nicht, sollten samt der Zurverfügungstellung der Wohnimmobilie zusätzliche Dienstleistungen erbracht werden, die keinen notwendigen Zusammenhang mit dem Wohnzweck der Immobilie zeigen, wie zum Beispiel die Bereitstellung des Frühstücks, die Verabreichung der Mahlzeiten, die Zurverfügungstellung von Mietwagen oder Reiseführern oder Dolmetschern.

Achtung! Nach der Einführung dieser Regelung verändert sich die Besteuerung der Miete einer Immobilie, die von einem Entleiher für einen Zeitraum vermietet wurde, der 30 Tage nicht überschreitet; in diesem Fall wird die Mieteinnahme dem Entleiher als sonstige Einkünfte besteuert und der Entleiher muss sie daher in der Übersicht D angeben. Der Besitzer der Immobilie muss in der Übersicht B das bloße Katastereinkommen der zur unentgeltlichen Nutzung gewährten Immobilie angeben.

Die Disziplin der Kurzmieten sieht zusätzlich vor, dass - sollten die Kurzzeitmietverträge mit Hilfe von Subjekten, die eine Tätigkeit von Immobilienvermittlung auch durch die Leitung von online Portalen ausüben, abgeschlossen worden sein - die Miete einem Abzug von 21% untergeworfen sind, wenn sich diese Subjekte auch bei der Zahlung einschalten oder wenn sie die Mieten oder die Gegenleistungen für die Kurzzeitmietverträge erheben. Der Abzug erfolgt zum Zeitpunkt, wo der Vermittler die Summen dem Vermieter einzahlt.

Der Abzug wird auf den in dem Kurzzeitmietvertrag angegebenen Betrag der Bruttomiete oder der Bruttogegenleistung angewandt: mögliche Strafen oder Anzahlungen oder Kauttionen sind keinem Abzug zu unterwerfen, weil sich es um andere und weitere Geldsummen als die Gegenleistung handelt.

In dem Betrag der Bruttogegenleistung werden:

- die für Kosten von Nebendienstleistungen bezahlten Summen, außer wenn diese Kosten direkt von dem Mieter bezahlt werden oder wenn sie an ihn von dem Vermieter angesichts der tatsächlichen entstandenen Kosten und Verbrauch weitergereicht werden;

- der Betrag der Vermittlungsgebühr, wenn sie vom Vermittler von dem Mietbetrag abgezogen wird, der dem Vermieter nach dem Vertrag geschuldet wird auch eingeschlossen.

Der Abzug gilt als Abgabe, im Fall man in der Steuererklärung oder zum Zeitpunkt der Registrierung des Vertrags die Anwendung der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen gewählt hat; sonst gilt er als Anzahlung.

Die Vermittler, die den Abzug durchführen, müssen die den Vermietern operierten Abzüge durch die Ausstellung der Einheitliche Bescheinigung bescheinigen.

Diesbezüglich wird es darauf hingewiesen, dass das Liegenschaftseinkommen aus einer im Laufe des Jahres 2022 durchgeführten Vermietung in der Erklärung anzugeben ist, auch wenn die Gegenleistung im Laufe des Jahres 2021 bezogen wurde und in der Einheitlichen Bescheinigung – Kurzvermietungen 2022 angegeben wird. Das Liegenschaftseinkommen ist in der Erklärung anzugeben, auch wenn die Gegenleistung noch nicht bekommen wurde oder – wenn schon bekommen – die Einheitliche Bescheinigung noch nicht ausgestellt wurde; wenn hingegen die Gegenleistung im Jahr 2022 bekommen wurde, aber der Vermietungszeitraum im Laufe des Jahres 2023 fällt, ist die Besteuerung auf das Jahr, in dem die Vermietung tatsächlich durchgeführt wurde, zu verlagern.

Das aus einer Untermiete oder aus einer Vermietung von Seite des Entleihers entstehende Einkommen muss in dem Jahr besteuert werden, in dem die Gegenleistung bekommen wird, ohne zu berücksichtigen, wann der Aufenthalt tatsächlich stattfand. Es wird darauf hingewiesen, dass das der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen unterworfen Liegenschaftseinkommen zu dem gesamten Einkommen ausschließlich zur Bestimmung des steuerlich zu Lasten Familienstandes, zur Berechnung der Abzüge für Belastungen von Familie, der Abzüge für Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit, aus Rente und für sonstige Einkommen, der Abzüge für Mieten und zur Feststellung der Zuständigkeit oder die Größe der vom Einkommen abhängigen Begünstigungen (z. B. der ISEE-Wert und die Zuwendungen für Familienangehörige) hinzugefügt wird.



Für weitere Erläuterungen und Einblicke in den Kurzmieten kann man auf der Internetseite www.agenziaidelleentrate.gov.it in der Maßnahme des Leiters der Agentur der Einnahmen vom 12. Juli 2017 in dem Rundschreiben Nr. 24/E vom 12 Oktober 2017 und in dem Rundschreiben Nr. 13 vom 31. Mai 2019 nachschlagen.

SONDERFÄLLE

Einkünfte aus Miteigentumsbesitz

Die Portierlogen, die Wohnung des Portiers und sonstige Einrichtungen des Miteigentumsbesitzes mit autonomem Katasterertrag sind nur dann von jedem einzelnen Mitbesitzer zu erklären, wenn die Einkommensquote, die dem Mitbesitzer für jede einzelne Immobilieneinheit zusteht, höher als 25,82 Euro ist. Dieser Ausschluss ist bei vermieteten Immobilieneinheiten und Geschäften nicht anzuwenden.

Mitglieder von Baugenossenschaften

Mitglieder von Baugenossenschaften mit geteiltem Besitz, die Empfänger von Wohnungen, aber noch nicht Inhaber eines persönlichen Darlehens sind, müssen das Einkommen der mit dem Zuweisungsprotokoll der Genossenschaft zugeteilten Wohnung erklären. Dieselbe Pflicht besteht auch für Empfänger von Wohnungen, die abgelöst werden können oder für welche eine Vereinbarung eines späteren Verkaufes seitens der Körperschaften wie z.B. die IACP (Autonomes Institut für Volkswohnungen), vormals INCIS (Nationales Institut für Wohnungen der Staatsangestellten) usw. besteht.

Bodeneinnahmen und im Ausland stehende Gebäude

Einkünfte aus Grundbesitz, die durch Dachterrassen, städtische Flächen und durch Gebäude im Ausland erzielt wurden, sind in Übersicht RL zu erklären, die im Heft 2 enthalten ist.

Immobilien in Gebrauchsleihe

Immobilien in Gebrauchsleihe sind nicht vom Entleiher (z.B.: ein Familienangehöriger, der unentgeltlich die Immobilie in Anspruch nimmt) zu erklären, sondern vom Besitzer.

In Fall von Kurzmieten muss der Besitzer in seiner Erklärung immer noch die Einkünfte der zur unentgeltlichen Nutzung gewährten Immobilien angeben, während das Einkommen aus der vom Entleiher durchgeführten Vermietungen vom denselben Entleiher in der Übersicht RL erklärt werden muss, weil sich es um ein sonstiges Einkommen handelt.

Ab dem Steuerjahr 2021 wird die Steuerregelung für kurzfristige Vermietungen nur dann anerkannt, wenn in jedem Steuerzeitraum nicht mehr als vier Wohnungen für kurzfristige Vermietungen genutzt werden. In anderen Fällen wird davon ausgegangen, dass die Vermietungstätigkeit von jeder Person als unternehmerische Tätigkeit gemäß Artikel 2082 des Zivilgesetzbuchs ausgeübt wird.

„Vorübergehende“ Mietverträge und definitive Ertragssteuer: der reduzierte Steuersatz der definitiven Ersatzsteuer steht auch den vorübergehenden Mietverträgen von 1 bis 18 Monaten unter der Bedingung zu, dass es um einen Mietvertrag mit vereinbarter Miete bezüglich Wohnungen handelt, welche in Gemeinden mit Mangels an Wohnungsverfügbarkeit oder mit hoher Wohnungsnot liegen. Zur Inanspruchnahme des begünstigten Steuersatzes von 10% ist der Code 8 in der Spalte 2 der Zeilen von B1 bis B7 anzugeben. Im Fall einer ordentlichen Besteuerung steht der Abzug von 30% nicht zu und ist der Code 3 anzuwenden.

ABFASSUNG DER ÜBERSICHT RB

Die Übersicht besteht aus zwei Abschnitten: Der erste (RB1-RB11) muss zur Erklärung der Einkünfte aus Gebäuden verwendet werden; der zweite (RB21-RB23) muss zur Angabe der Daten bezüglich der Miet- und Pachtverträge verwendet werden.

Die Übersicht muss auch abgefasst werden, wenn sich die Einkommen im Vergleich zu vorherigen Jahr nicht geändert haben.

ABSCHNITT I - Einkünfte aus Gebäudebesitz

Für jede Immobilieneinheit ist eine Zeile der Übersicht RB (von RB1 bis RB9) abzufassen. Wenn sich im Laufe des Jahres 2021 die Verwendung der Immobilie (Hauptwohnung, zur Verfügung, mit ordentlicher Besteuerung vermietet, mit definitiver Ertragsteuer vermietet, usw.) oder der Besitzanteil geändert hat oder die Immobilie infolge von unheilvollen Ereignissen zerstört oder für unbewohnbar erklärt wurde, müssen Sie für jede verschiedene Situation eine Zeile abfassen, indem Sie das Kästchen „Fortsetzung“ der Spalte 8 ankreuzen.

Wenn Sie mehr als neun Zeilen für die Erklärung der Gebäude verwenden müssen, muss eine zusätzliche Übersicht abgefasst werden, wobei die fortlaufende Nummerierung des Kästchens „Vordr. Nr.“ oben rechts auf dem Vordruck zu beachten ist. In diesem Fall schreiben die Gesamteinnahmen der Gebäude in der Zeile RB10 des ersten Bildes, die Sie verwendet (Vordr. Nr. 1).

In diesem Abschnitt sind anzugeben:

- die Daten der vermieteten Immobilien angegeben werden, sowohl wenn das Einkommen der ordentlichen Besteuerung unterzogen werden soll, als auch bei der Option für das System der definitiven Ertragsteuer;
- die Daten der unvermieteten Immobilien (z.B. Hauptwohnung, verfügbar gehaltene Immobilie oder zur unentgeltlichen Nutzungsleihe gewährte Immobilien).

Zeilen von RB1 bis RB9

Der Katasterertrag der Gebäude in Spalte 1 anzugeben, ohne dass eine Neubewertung vorzunehmen ist. Die Neubewertung des Ertrags in Höhe von 5 Prozent wird bei der Festlegung der Besteuerungsgrundlage vorgenommen.

Für jede Immobilie die folgenden Daten angeben:

Spalte 1 (Nicht aufgewerteter Katasterertrag): den Betrag des Katasterertrags angeben, ohne eine Neubewertung vorzunehmen. Für nicht erfasste Immobilien bzw. für Immobilien mit einem nicht mehr entsprechenden Katasterertrag ist der mutmaßliche Katasterertrag anzugeben. Bei Immobilien von historischem oder künstlerischem Interesse ist der Katasterertrag in Höhe von 50 Prozent anzugeben.

Spalte 2 (Verwendung): einen der nachstehend aufgeführten Codes angeben, die sich auf die Verwendung der Immobilie beziehen.

“1” Wenn die Immobilie als **Hauptwohnung** benutzt wird. Als Hauptwohnung ist jene Wohnung zu betrachten, in welcher der Steuerzahler oder seine Familienangehörigen (Ehepartner, Verwandte bis zum dritten Grad und Verschwägerter bis zum zweiten Grad) gewohnheitsmäßig leben. Für die Hauptwohnung steht ein Abzug vom Gesamteinkommen zu, und zwar bis zum Erreichen des Katasterertrags der entsprechenden Immobilieneinheit und deren Zubehör. Der Abzug ist in der Zeile RN2 anzugeben. Der Abzug steht auch dann zu, wenn die Immobilieneinheit nur für die Familienangehörigen des Steuerpflichtigen als Hauptaufenthaltsort dient, die dort ihren Wohnsitz haben. Es wird daran erinnert, dass der Abzug für die Hauptwohnung nur für eine einzige Immobilieneinheit zusteht. Wenn der Steuerpflichtige zwei Immobilien besitzt, von denen eine als seine Hauptwohnung dient und die andere von einem seiner Familienangehörigen als Hauptwohnung benutzt wird, steht der Abzug daher ausschließlich für die Einkünfte der Immobilie zu, die der Steuerpflichtige selbst als Hauptwohnung benutzt. Der Abzug für die Hauptwohnung steht auch dann zu, wenn der gewöhnliche Aufenthalt zur dauerhaften Unterbringung in ein Alters- oder Pflegeheim verlegt wird, sofern die Wohnung nicht vermietet wird.

Wenn die Immobilieneinheit zum Teil als Hauptwohnung benutzt und zum Teil vermietet wird, muss in dieser Spalte der Code 11 oder 12 angegeben werden.

Für die Hauptwohnungen und ihr Zubehör, die der IMU unterliegen, sind weder IRPEF noch Zusatzsteuern zu zahlen. Es handelt sich zum Beispiel um die Hauptwohnungen, die den Katasterkategorien A/1, A/8 und A/9 („Luxuswohnungen“) angehören, sowie um Wohnungen, für die ausschließlich die erste oder zweite IMU-Rate bzw. die sog. „Mini IMU“ zu entrichten ist. In diesem Fall ist in der Spalte 12 (IMU-Sonderfälle) der Code 2 anzugeben, und da die Einkünfte der Hauptwohnung nicht zur Bildung des Gesamteinkommens beitragen, steht der entsprechende Abzug nicht zu.

“2” zu Wohnzwecken **bereit gehaltene** oder zur kostenlosen Nutzung an Personen überlassene Immobilie, die nicht den Familienangehörigen entsprechen (vgl. Anleitungen zum Code ,10‘). Es handelt sich z.B. um eine Immobilie, die zusätzlich zur Hauptwohnung des Besitzers oder seiner Familienangehörigen besessen wird;

“3” eine Immobilie, die zu **Marktpreisen** auch für Zeiträume, die 30 Tage nicht überschreiten, oder durch nicht gesetzlich geregelte Verträge oder zu einem „vereinbarten“ Mietzins vermietet ist, falls die in den Anleitungen zum Code '8' beschriebenen Voraussetzungen fehlen. Bei Option für das System der definitiven Ertragsteuer muss das Kästchen 11 „definitive Ertragsteuer“ angekreuzt werden. Das Einkommen ist in der Spalte 14 „Steuerpflichtiger Betrag der definitiven Ertragsteuer 21%“ anzugeben;

“4” Immobilie, die in Rechtsbewirtschaftung der Mietfestsetzung vermietet wird (**„gesetzlich festgesetzter Mietpreis“**). Bei Option für das System der definitiven Ertragsteuer muss das Kästchen 11 „definitive Ertragsteuer“ angekreuzt und der Abschnitt II der Übersicht RB abgefasst werden. Das Einkommen ist in der Spalte 14 „Steuerpflichtiger Betrag der definitiven Ertragsteuer 21%“ anzugeben;

“5” falls die Immobilie eine zur **Hauptwohnung dazugehörige Einheit** (Autoabstellplatz, Keller usw.) mit einem eigenen Katasterertrag ist. Als dazugehörige Einheiten werden Immobilien betrachtet, die in anderen Kategorien als jenen für Wohnzwecke klassifiziert sind bzw. klassifiziert werden können und in dauerhafter Weise als Ergänzung zur Hauptwohnung bestimmt und effektiv benützt werden (auch wenn sie nicht zum selben Gebäude gehören). Wenn das Zubehör der IMU unterliegt, ist in Spalte 12 „IMU-Sonderfälle“ der Code 2 anzugeben;

“6” falls die Immobilie zum Teil als Hauptwohnung und zum Teil für die eigene Tätigkeit benutzt wird;

“8” – Immobilie in einer **Gemeinde mit hoher Wohndichte**, die zu vereinbartem Mietzins (Art. 2, Abs. 3, Art. 5, Abs. 2 und Art. 8 des Gesetzes Nr. 431/1998) auf der Grundlage von auf lokaler Ebene getroffenen Abkommen zwischen den auf nationaler Ebene repräsentativsten Eigen-

tümervereinigungen und Mietervereinigungen vermietet wurde. Im Fall der Anwendung der ordentlichen Besteuerung hat die Angabe dieses Codes die Reduzierung des zu versteuernden Einkommens um 30% zur Folge; im Fall einer Entscheidung für das Ersatzbesteuerungssystem auf Mieteinnahmen ist das Kästchen in Spalte 11 „Ersatzbesteuerung auf Mieteinnahmen“ anzukreuzen und das Einkommen ist in Spalte 15 „Steuerbasisbetrag Ersatzbesteuerung auf Mieteinnahmen 10%“ anzugeben.

- Zu einem vereinbarten Mietzins vermietete Immobilie, auf die die Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen Anwendung findet und die in einer der Gemeinden liegt, für die in den fünf Jahren vor dem 28. Mai 2014 Notstand in Folge von Naturkatastrophen ausgerufen wurde. Für im Jahr 2020 abgeschlossene Verträge, nur wenn die Immobilie in den im vorherigen Satz genannten Gemeinden mit einer Bevölkerung von bis zu 10.000 Einwohnern liegt. Ab 2020 nur Immobilien in Gemeinden, die von den Beben 2016 betroffen waren und in denen eine rote Zone ausgewiesen wurde. In diesen Fällen ist das Feld in Spalte 11 "Cedolare secca" (Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen) und Spalte 19 "Stato di emergenza" (Sonstige Daten) anzukreuzen.



Siehe im Anhang unter "Gemeinden mit einer hohen Wohndichte".

- '9' dieser Code ist zu verwenden, wenn die Immobilie unter keinen der mit den anderen Codes ausgemachten Fälle fällt. Der Code '9' ist zum Beispiel anzugeben, wenn es sich um Folgendes handelt:
 - Immobilieneinheiten ohne Anschluss an das Strom-, Wasser- und Gasnetz, die de facto nicht verwendet werden, vorausgesetzt, dass diese Umstände aus der entsprechenden Erklärungs- oder Offenlegung hervorgehen, die den Behörden auf Verlangen vorgezeigt oder übermittelt werden muss;
 - bereit gehaltenes Nebengebäude der Immobilie;
 - in Italien von im Ausland wohnenden Steuerpflichtigen bereit gehaltene oder schon als Hauptwohnung (oder Nebengebäude der Hauptwohnung) von vorübergehend in eine andere Gemeinde umgezogenen Steuerpflichtigen verwendete Immobilieneinheit. Es wird daran erinnert, dass im Falle von mehreren vom im Ausland wohnhaften Steuerpflichtigen bereit gehaltenen Immobilieneinheiten zu Wohnzwecken dieser Code nur mit Bezugnahme auf eine von ihnen angegeben werden kann;
 - Gut des Eigentums der Eigentumsgemeinschaft (Räume für die Pförtnerstube, Wohnung des Hauswirts, Gemeinschaftsgaragen usw.), das vom einzelnen Miteigentümer erklärt wird, wenn der zustehende Einkommensanteil über der von der geltenden Richtlinie vorgesehenen Schwelle liegt;
 - Wohnung oder Nebengebäude, die zur kostenlosen Nutzung einem Dritten gegeben wurde und die von dem Dritten mittels des neuen Systems der Kurzzeitmieten vermietet wurde;
- '10' wenn die Wohnung oder das Zubehör einem Familienangehörigen zur kostenlosen Nutzung überlassen wurde, vorausgesetzt dass er dort seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat und dies aus der meldeamtlichen Eintragung hervorgeht; oder Einheiten in Miteigentum, die als Hauptwohnung von einem oder mehreren Miteigentümern verwendet wird, die nicht mit dem Erklärenden identisch sind;
- '11' Immobilie, die zum Teil als Hauptwohnung genutzt und zum Teil zu Marktpreisen auch für Zeiträume, die 30 Tage nicht überschreiten, oder durch nicht gesetzlich "geregelt" vermietet wird. Bei Option für das System der definitiven Ertragsteuer muss das Kästchen 11 "definitive Ertragsteuer" angekreuzt werden. Das Einkommen ist in der Spalte 14 "Steuerpflichtiger Betrag der definitiven Ertragsteuer 21%" anzugeben;
- '12' – Immobilie, die teils als Hauptwohnung genutzt und teils zur Miete mit einem vereinbarten Mietzins überlassen wird, die in einer der Gemeinden mit hoher Einwohnerdichte liegt. Im Fall der Anwendung der ordentlichen Besteuerung hat die Angabe dieses Codes die Reduzierung des zu versteuernden Einkommens um 30% zur Folge; im Fall einer Entscheidung für das Ersatzbesteuerungssystem auf Mieteinnahmen ist das Kästchen in Spalte 11 „Ersatzbesteuerung auf Mieteinnahmen“ anzukreuzen und das Einkommen ist in Spalte 15 „Steuerbasisbetrag Ersatzbesteuerung auf Mieteinnahmen 10%“ anzugeben.
 - Immobilie, die teils als Hauptwohnung genutzt und teils zur Miete mit einem vereinbarten Mietzins überlassen wird, die in einer der **Gemeinden** liegt, für die der **Notstand ausgerufen wurde oder von den Beben des Jahres 2016 betroffen waren** (siehe Anweisungen zum Code '8'). In diesem Fall ist das Kästchen in Spalte 11 „Ersatzbesteuerung auf Mieteinnahmen“ anzukreuzen und das Einkommen ist in Spalte 15 „Steuerbasisbetrag Ersatzbesteuerung auf Mieteinnahmen 10%“ anzugeben. Außerdem muss das Kästchen „Sonstige Daten“ der Spalte 19 angekreuzt werden;
- '14' in der Region Abruzzen gelegene und an Wohnhafte oder sich ständig in den vom Erdbeben vom 6. April 2009 betroffenen Gebieten aufhaltende Subjekte, deren Hauptwohnungen zerstört oder für unbewohnbar erklärt wurden, vermietete oder ausgeliehene Immobilie, gemäß den Vorgaben des Art. 5 der Ministerverordnung Nr. 3813 vom 29. September 2009;
 - Bei Anwendung der ordentlichen Besteuerung führt die Angabe dieses Codes zur Ermäßigung von 30% des steuerpflichtigen Einkommens. In diesem Fall muss der Teil II der Übersicht RB abgefasst werden.
 - Bei Option für das System der definitiven Ertragsteuer muss das Kästchen 11 "definitive Ertragsteuer" angekreuzt und der Abschnitt II der Übersicht RB abgefasst werden. Das Einkommen ist in der Spalte 14 "Steuerpflichtiger Betrag der definitiven Ertragsteuer 21%" anzugeben.
- '15' in der Region Abruzzen gelegene und an ansässige oder sich ständig in den vom Erdbeben vom 6. April 2009 betroffenen Gebieten aufhaltende Subjekte, deren Hauptwohnungen zerstört oder für unbewohnbar erklärt wurden, ausgeliehene Immobilie, gemäß Vorgaben des Art. 5 der Ministerverordnung Nr. 3813 vom 29. September 2009.

Spalte 3 (Besitzzeitraum): Anzahl der Tage angeben, in denen die Immobilie im Besitz war (365 für das ganze Jahr).

Falls auf Grund unterschiedlicher Situationen eines einzelnen Gebäudes mehrere Zeilen für dieses verwendet werden, darf die Summe der Tage in den einzelnen Zeilen die Zahl 365 nicht überschreiten. Das Einkommen aus neuen Gebäuden ist ab jenem Datum zu erklären, ab dem dieses benutzbar war bzw. ab dem es vom Besitzer in Anspruch genommen wurde.

Wenn die Immobilie teilweise vermietet wurde, sind die Tage, in denen eine gleichzeitige Vermietung von Teilen der Immobilie stattgefunden hat, nur einmal zu zählen.

Beispiel

Mehrere Kurzzeitmietverträge von Teilen von Wohneinheiten werden abgeschlossen:

- Teil A, Dauer des Vertrags: 1. August – 16. August 2022

- Teil B, Dauer des Vertrags: 10. August – 20. August 2022

Der Gesamtbetrag der in der Spalte 3 anzugebenden Tage ist 20.

Wenn der Mietzeitraum zwischen zwei Jahren fällt (z. B. vom 24. Dezember 2022 bis zum 7. Januar 2023), sind nur die Tage des Mietzeitraums bezüglich des Jahres 2022 anzugeben.

Beispiel

Am 30. Oktober 2022 wird ein Kurzzeitmietvertrag mit Aufenthaltszeitraum vom 24. Dezember 2022 bis zum 7. Januar 2023 abgeschlossen. In der Spalte 3 ist die Nummer 8 anzugeben, die die Nummer der Tage vom 24. bis zum 31. Dezember 2022 entspricht.

Spalte 4 (Prozentanteil des Besitzes): Den Anteil des Besitzes in Prozenten angeben (100 für den vollen Anteil).

Spalte 5 (Mietpreis): abzufassen, wenn die Immobilie ganz oder teilweise vermietet ist.

Einen der folgenden Codes angeben, der dem Prozentsatz der Miete entspricht, die in der Spalte 6 "Mietpreis" angegeben wird:

'1' 95% des Mietpreises bei Anwendung der **ordentlichen Besteuerung**;

'2' 75% bei Anwendung der **ordentlichen Besteuerung**, wenn das Gebäude in der Stadt Venedig Mitte oder auf den Inseln Giudecca, Murano und Burano liegt;

'3' 100% des Mietpreises bei Option für das System der **definitiven Ertragsteuer**;

'4' 65% des Mietpreises bei Anwendung der ordentlichen Besteuerung, wenn die Immobilie aufgrund des Gesetzesdekrets Nr. 42 vom 22. Januar 2004 als von **historischem oder künstlerischem Interesse** anerkannt ist.

Spalte 6 (Mietzins): Die Spalte 5 ist zu verwenden, falls die Immobilie ganz bzw. zum Teil vermietet ist und sich keine auch nur gelegentlichen unternehmerischen Tätigkeiten ergeben. 95% der aus dem Mietvertrag resultierenden Jahresmiete angeben, wenn in der Spalte 5 (Mietcode) der Code 1 angegeben wurde, 75% der Miete, wenn in der Spalte 5 der Code 2 angegeben wurde, 100% der Miete, wenn in der Spalte 5 der Code 3 angegeben wurde, 65% der Miete, wenn in der Spalte 5 der Code 4 angegeben wurde. In dieser Spalte den Betrag der Miete angeben, wobei die eventuelle, automatische Aufwertung auf Grund des ISTAT-Indexes und der eventuell durch eine Untermiete bezogenen Aufschläge zu berechnen ist. Der genannte Betrag darf die Ausgaben für die Verwaltung des Mehrfamilienhauses, für Strom, Wasser, Gas, den Portier, den Aufzug, die Heizung und dergleichen nicht beinhalten, auch wenn diese möglicherweise in der Miete enthalten sind.

Falls die Miete einen Kurzzeitmietvertrag betrifft, für den eine Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen gewählt wurde, ist der in dieser Spalte anzugebende Betrag in der Höhe von 100% der Bruttogegenleistung; davon sind also die vom Vermieter ertragenen Kosten und die zulasten des Mieters für Nebendienstleistungen als Pauschale verbuchten Summen nicht abzuziehen.

Von der Summe sind die Kosten der Nebendienstleistungen abzuziehen, nur wenn sie direkt von dem Mieter ertragen werden oder wenn sie zulasten von ihm von dem Vermieter angesichts der tatsächlich entstandenen Verbräuche verbucht werden.

Sollte man über die Einheitliche Bescheinigung 2023 verfügen und sollte der Vermietungszeitraum vollständig im Jahr 2022 ausgegangen sein, ist der Betrag der im Punkt 14 der Übersicht „Einkommensbescheinigung – Kurzzeitmieten“ der Einheitlichen Bescheinigung 2023 angegebenen Gegenleistung anzugeben, wenn in das Kästchen 4 das Jahr „2022“ angegeben wird und wenn das Kästchen des Punkts 16 (Vermieter nicht Besitzer) nicht angekreuzt wird. Im Fall von Wahl einer ordentlichen Besteuerung sind bei der Angabe des Mietbetrags die in den Anweisungen in der Spalte 5 (Code der Miete) angegebenen Prozentsätze zu berücksichtigen.

Im Fall das Kästchen des Punkts 4 ausgefüllt ist, und wenn das Jahr 2023 angegeben wird, ist der im Punkt 14 angegebene Betrag nicht in der gegenständlichen Erklärung aber in derjenigen anzugeben, die die Einkünfte 2023 betrifft und die im Jahr 2024 einzureichen ist. Wenn hingegen das Kästchen der Spalte 16 angekreuzt ist, ist der Betrag in der Zeile RL10 der Spalte 4 der Übersicht RL der gegenständlichen Erklärung (siehe Anweisungen für die Übersicht RL) anzugeben.

Für die im Jahr 2022 erfolgten Vermietungen muss der Betrag der Kurzzeitmiete angegeben werden, auch wenn die Bruttogegenleistung nicht im Laufe des Jahres 2022 erhoben wurde und auch wenn sie in der Übersicht „Einkommensbescheinigung – Kurzzeitmieten“ der Einheitlichen Bescheinigung 2023 nicht erscheint. Wenn der Vermietungszeitraum in zwei Jahren fällt, (zum Beispiel vom 24. Dezember 2022 bis zum 7. Januar 2023 oder vom 28. Dezember 2021 bis zum 7. Januar 2022), ist nur der Betrag der in der Übersicht Einkommensbescheinigung – Kurzzeitmieten der Einheitlichen Bescheinigung 2023 angegebene Bruttogegenleistung anzugeben, der nur die im Jahr 2022 erfolgten Vermietungen betrifft.

Beispiel

Am 30. Oktober 2022 wurde ein Kurzzeitmietvertrag mit einer Aufenthaltszeit vom 24. Dezember 2022 bis zum 7. Januar 2023 und Option in der Erklärung für die **Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen** abgeschlossen. Der Gesamtbetrag der Bruttogegenleistung ist 980 Euro.

Gesamtbetrag der Vermietungstage: 14

Vermietungstage im Jahr 2022: 8

In der Spalte 3 muss das Ergebnis der folgenden Operation angegeben werden: $(980:14) \times 8 = 560$

Im Fall von mehreren, in der „Einkommensbescheinigung-Kurzzeitmieten“ bewiesenen Beträgen für Kurzzeitmieten bzw. im Fall von mehreren Bescheinigungen sind die Daten bezüglich jeder Immobilie anzugliedern, wobei die Beträge zusammengezählt werden müssen, die im Punkt „entsprechende Gegenleistung“ der EB (Punkte 19, 119, 219, 319 und 419) angegeben wurden, für welche die entsprechenden Kästchen „Vermieter nicht Besitzer“ (Punkte 21, 121, 221, 321 und 421) nicht angekreuzt sind und in dem Kästchen „Jahr“ (Punkte 4, 104, 204, 304 und 404) das Jahr 2022 angegeben wird. Sollte es einfacher sein, ist es alternativ jedenfalls möglich, die Daten in der Übersicht RB für jeden einzelnen Vertrag analytisch anzugeben.

Wenn das Gebäude nur für **einen Teil des Jahres** vermietet wird, ist die Jahresmiete im Verhältnis zur Dauer (Spalte 3) der Vermietung anzugeben.

Bei **Miteigentum** ist die vollständige Miete unabhängig vom Besitzanteil anzugeben.

Handelt es sich bei der Immobilie um Miteigentum und wird sie nur von einem oder mehreren Mitbesitzern für deren Anteil vermietet (Beispiel: Bei einer Immobilie die drei Mitbesitzern gehört, vermieten die anderen zwei Mitbesitzer dem dritten die Immobilie), ist nur der Anteil des Jahresmietzinses, der dem Steuerzahler zusteht, anzugeben und in Spalte 7 "Sonderfälle" ist der Code "5" anzuführen.

Wurde die Höhe der Miete neu ausgehandelt, so ist in Spalte 7 "Sonderfälle" der Code 8 einzutragen.

Es wird darauf verwiesen, dass die nicht erhaltenen Mieten (bezgl. Mietverträgen von Immobilien für Wohnzwecke) nicht angegeben werden müssen, wenn ein gerichtlicher Räumungsprozess wegen **Zahlungsverzug des Mieters** innerhalb der Frist für die Einreichung der Steuererklärung abgeschlossen ist, bzw. für Mieten, die nicht bis zum 1. Januar 2022 eingegangen sind. Die nicht erhaltenen Mieten nicht zur Einkommensbildung bei, sofern die nicht erhaltenen Mieten durch den Räumungsbescheid wegen Zahlungsrückstandes oder durch die innerhalb der Frist zur Abgabe der Steuererklärung erlassenen Zahlungsaufforderung nachgewiesen werden. In diesen Fällen ist das Katastereinkommen in jedem Fall steuerpflichtig. Jede spätere vollständige oder teilweise Einnahme der vorgenannten nicht deklarierten Gebühren führt zu der Verpflichtung, diese als gesondert zu versteuernde Einkünfte zu erklären.

Bezieht sich der Mietvertrag nicht auf die Wohnung sondern auf die dazugehörigen **Einheiten** (Autoabstellplatz, Keller usw.), die im Kataster mit einem eigenen Ertrag eingetragen sind, ist für jede Immobilieneinheit der entsprechende Anteil des Mietzinses anzugeben. Dabei sind die

Anteile so zu berechnen, dass der Mietzins proportional zum Katasterertrag jeder Immobilieneinheit aufzuteilen ist. Für die Berechnung des proportionalen Anteils des Mietzinses ist folgende Formel zu verwenden:

$$\text{Proportionaler Anteil der Miete} = \frac{\text{Gesamtmietzins} \times \text{Einzel'ertrag}}{\text{Gesamtbetrag der Erträge}}$$

Beispiel:

Katasterertrag der Wohnung aufgewertet um 5%:	450
Katasterertrag der dazugehörenden Einheit aufgewertet um 5%:	50
Gesamtbetrag des Mietzinses:	10.000

$$\text{Anteil des Mietzinses bezogen auf die Wohnung: } \frac{10.000 \times 450}{450 + 50} = 9.000$$

$$\text{Anteil des Mietzinses bezogen auf die dazugehörenden Einheiten: } \frac{10.000 \times 50}{450 + 50} = 1.000$$

Spalte 7 (Sonderfälle) einen der folgenden Codes angeben:

“1” falls die Immobilie infolge von Erdbeben oder infolge anderer Unweltereignisse zerstört bzw. unbewohnbar geworden ist und von Gesetzes wegen von der Besteuerung befreit ist. In diesem Fall muss der Code „9“ in der Spalte 2 „Verwendung“ angegeben werden;



Siehe im Anhang „Unbewohnbare Immobilien“.

“3” falls die Immobilie aus sonstigen Gründen unbewohnbar ist und die Revision des Katasterertrages beantragt worden ist. In diesem Fall muss der Code “9” in der Spalte 2 “Verwendung” angegeben werden.

“4” wenn die Immobilie zu Wohnzwecken vermietet wurde, aber die im Vertrag vorgesehene Miete nicht oder nur teilweise bezogen wurde, und wenn das Verfahren zwecks gerichtlichen Anordnung der Zwangsräumung wegen Säumigkeit innerhalb des Frist zur Einreichung der Steuererklärung beendet wurde, bzw. für Mieten, die nicht bis zum 1. Januar 2022 eingegangen sind, sofern bis zum Ablauf der Frist für die Einreichung der Steuererklärung eine Zahlungsaufforderung oder ein Räumungsbescheid wegen Zahlungsverzugs ergangen ist. Wenn der Mietzins in diesen Fällen nur für einen Teil des Jahres bezogen wurde, ist nur eine einzige Zeile auszufüllen, wobei in Spalte 6 der Anteil des tatsächlich bezogenen Mietzinses und in Spalte 7 Code 4 anzugeben ist. Wurde die Höhe der Miete neu ausgehandelt, so ist in Spalte 7 “Sonderfälle” der Code 7 einzutragen. Wenn keinerlei Mietzins bezogen wurde, wird daran erinnert, dass der Katasterertrag für die Besteuerung verwendet wird;

“5” falls die Immobilie in Miteigentum steht und nur von einem oder von mehreren Miteigentümern für ihren eigenen Anteil vermietet wird (Beispiel: bei einer Immobilie, die drei Mitbesitzern gehört, vermieten die anderen zwei Mitbesitzer dem dritten die Immobilie); in diesem Fall ist in Spalte 6 nur der Anteil des Jahresmietzinses, der dem Steuerzahler zusteht, anzugeben und nicht der gesamte Jahresmietzins;

“6” wenn die Höhe der Miete für das Wohneigentum neu ausgehandelt worden ist;

“7” wenn die Höhe der Miete für Wohneigentum neu verhandelt wurde und die vertraglich vereinbarte Miete ganz oder teilweise nicht eingegangen ist und das Verfahren zur Bestätigung der Räumung wegen Zahlungsrückstands bis zum Ablauf der Frist für die Abgabe der Steuererklärung abgeschlossen wurde, oder für die seit dem 1. Januar 2022 nicht eingegangene Miete, wenn der Zahlungsbefehl oder der Räumungsbescheid wegen Zahlungsrückstands bis zum Ablauf der Frist für die Abgabe der Steuererklärung erlassen wurde. In diesen Fällen ist, wenn die Miete nur für einen Teil des Jahres eingegangen ist, eine einzige Zeile auszufüllen, wobei in Spalte 6 der tatsächlich eingegangene Teil der Miete und in Spalte 7 der Code 7 anzugeben sind. Bitte beachten Sie, dass die Katastralmiete trotzdem besteuert wird, wenn keine Miete eingegangen ist;

“8” wenn die Höhe der Miete für das Wohneigentum neu ausgehandelt wurde und die Immobilie im Miteigentum steht und nur von einem oder mehreren Miteigentümern für ihren eigenen Anteil vermietet wird (z. B. Immobilie im Eigentum von drei Miteigentümern, die von den beiden anderen an den dritten vermietet wird). In diesem Fall ist in Spalte 6 nur der Anteil des Steuerpflichtigen an der Jahresmiete anzugeben.

Spalte 8 (Fortsetzung): Das Kästchen ankreuzen, falls es sich um dasselbe Gebäude aus der vorhergehenden Zeile handelt.

Spalte 9 (Code Gemeinde) ist der Katastercode der Gemeinde, in der sich die Immobilieneinheit befindet, anzugeben. Falls für die Angaben zum Gebäude mehrere Zeilen verwendet wurden, ist der Katastercode nur in der ersten Zeile, in welcher das Gebäude angeführt ist, anzugeben. Der Code kann dem Verzeichnis „Katastercodes der Gemeinden und Steuersätze des kommunalen Zuschlags“ auf der Websit www.agenziaentrate.gov.it entnommen werden.

Spalte 11 (Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen): das Kästchen bei Option für die Anwendung der definitiven Ertragsteuer auf die Mieten ankreuzen. Das Kästchen darf nur angekreuzt werden, wenn die im Abschnitt “Vermietungen zu Wohnzwecken Wohnzwecken und in Katasterkategorie C/1 eingestufte Immobilien– Definitive Ertragsteuer” beschriebenen Bedingungen vorliegen. Das Kästchen darf nur abgefasst werden, wenn in der Spalte 2 “Verwendung” einer der folgenden Codes angegeben wurde: ‘3’ (freie Miete), ‘4’ (gesetzlich festgesetzter Mietpreis), ‘8’ (vergünstigter vereinbarter Mietpreis), ‘11’ (Teilvermietung der Hauptwohnung mit freier Miete), ‘12’ (Teilvermietung der Hauptwohnung mit vergünstigter vereinbarter Miete) und ‘14’ (vergünstigte Vermietung einer in Abruzzan gelegenen Immobilie).

Es wird darauf hingewiesen, dass die Wahl des Systems der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen für einen Mietvertrag bezüglich eines Teils der Immobilieneinheit die Wahl desselben Systems auch für das aus der gleichzeitigen Vermietung von anderen Teilen der Immobilieneinheit entstehende Einkommen vorschreibt.

Spalte 12 (IMU-Sonderfälle): einen der folgenden Codes hinsichtlich der besonderen Situationen bei der Anwendung der IMU angeben:

‘1’ Gebäude, das nicht als Hauptwohnung samt Zubehör dient und vollständig von der IMU befreit ist, oder für das zwar im Jahr 2022 keine IMU zu entrichten ist, aber den Einkommenssteuern unterliegt. In diesem Fall sind auf die Einkünfte aus Gebäuden die IRPEF und die jeweiligen Zusatzsteuern zu entrichten, auch wenn das Gebäude nicht zur Miete überlassen wird;

‘2’ Hauptwohnung samt Zubehör, die der Gemeindesteuer (IMU) unterliegen. Es handelt sich dabei zum Beispiel um Hauptwohnungen der Katasterkategorien A/1, A/8 und A/9 („Luxuswohnungen“). Wird dieser Code angegeben, sind für die entsprechenden Einkünfte weder die IRPEF noch die Zusatzsteuern zu zahlen, da sie durch die IMU ersetzt werden. Dieser Code ist auch für das Zubehör anzugeben, das sich auf Hauptwohnungen bezieht, die der IMU unterliegen;

‘3’ unvermietete Immobilie für Wohnzwecke, die der IMU unterliegt und in derselben Gemeinde liegt, in der sich die als Hauptwohnung dienende Immobilie befindet. In diesem Fall tragen die Einkünfte der Immobilie zu 50 Prozent zur Bildung des Einkommens, für das die IRPEF und die entsprechenden Zusatzsteuern zu zahlen sind. Es wird darauf hingewiesen, dass als Hauptwohnung jene zu verstehen ist, in der der Eigentümer (oder der Inhaber eines anderen dinglichen Rechts) und seine Familienmitglieder ihren ständigen Wohnsitz haben (Code 1 in Spalte 2). Darin eingeschlossen sind landwirtschaftliche Gebäude, die als Hauptwohnung dienen, auch wenn sie nicht in der Übersicht RB enthalten sind.

Wenn die Daten des einzelnen Gebäudes in mehreren Zeilen ausgewiesen sind, ist diese Spalte in jeder Zeile auszufüllen, auf die die Bedingung in Bezug auf den einzelnen Code zutrifft. Z.B. bei einer „Luxus“-Immobilie, die für einen Teil des Jahres als Hauptwohnung dient und danach vermietet wird, ist der Code 2 nur in der ersten der beiden Zeilen anzugeben, in denen die Gebäudedaten eingetragen sind.

Spalte 13 (Steuerpflichtiger Betrag für ordentliche Besteuerung), Spalte 14 (Steuerpflichtiger Betrag für definitive Ertragsteuer von 21%), Spalte 15 (Steuerpflichtiger Betrag für definitive Ertragsteuer von 10%), Spalte 16 (IMU-pflichtige Hauptwohnung), Spalte 17 (Unvermietete Immobilien), Spalte 18 (Nicht IMU-pflichtige Hauptwohnung).

In der **Spalte 13** ist der Ertrag des nicht vermieteten bzw. des ohne die Option für die Anwendung der definitiven Ertragsteuer vermieteten Gebäudes anzugeben.

In der **Spalte 14** ist der Ertrag des mit der Option für die Anwendung der definitiven Ertragsteuer zum Steuersatz von 21% vermieteten Gebäudes anzugeben. In der **Spalte 15** ist der Ertrag des mit der Option für die Anwendung der definitiven Ertragsteuer zum ermäßigten Steuersatz von 10% vermieteten Gebäudes anzugeben.

In **Spalte 16** ist der nicht steuerpflichtige Ertrag der Hauptwohnung und des entsprechenden Zubehörs anzugeben, der der IMU unterliegt.

In **Spalte 17** sind die nicht steuerpflichtigen Einkünfte der unvermieteten Immobilien anzugeben, die jedoch der IMU unterliegen.

In **Spalte 18** ist der Ertrag der Hauptwohnung und des entsprechenden Zubehörs anzugeben, der nicht der IMU unterliegt.

Für jede Immobilie den Ertragsanteil angeben und dabei folgende Anweisungen beachten:

A) Angaben zum Einzelgebäude in einer einzigen Zeile (es haben sich zum Beispiel die Verwendung der Immobilie und der Besitzanteil nicht geändert):

- wenn das **Gebäude als Hauptwohnung oder als Zubehör benutzt wurde** (Codes 1 und 5 in Spalte 2 "Verwendung"), ist der Katasterertrag zu berechnen (Spalte 1), der um 5% aufzuwerten ist, und zwar im Verhältnis zu den Tagen (Spalte 3) und zum Anteil des Besitzes (Spalte 4); wenn das Kästchen „IMU-Sonderfälle“ nicht abgefasst ist, muss der auf diese Weise festgelegte Betrag in Spalte 18 (Nicht IMU-pflichtige Hauptwohnung) eingetragen werden; wenn dagegen im Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Code „2“ angegeben ist, muss der Betrag in Spalte 16 (IMU-pflichtige Hauptwohnung) eingetragen werden;
- wenn das **Gebäude zum Teil als Hauptwohnung und zum Teil für die eigene Tätigkeit genutzt wird** (Code 6 in Spalte 2 „Verwendung“) ist der Katasterertrag zu berechnen (Spalte 1), der um 5% aufzuwerten ist, und zwar im Verhältnis zu den Tagen (Spalte 3) und zum Anteil des Besitzes (Spalte 4). **Wenn das Kästchen „IMU-Sonderfälle“ nicht abgefasst wurde**, sind 50 Prozent des Betrags in die **Spalte 13** (Ordentliche Besteuerung) und 50 Prozent in die **Spalte 18** (Nicht IMU-pflichtige Hauptwohnung) einzutragen.
- **wenn das Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Code 2 angegeben wurde**, sind 50 Prozent des Betrags in die **Spalte 16** (IMU-pflichtige Hauptwohnung) und 50 Prozent in die **Spalte 17** (Unvermietete Immobilien) einzutragen;
- wenn das **Gebäude nicht vermietet und nicht bereit gehalten wird** (Codes 9 und 10 in der Spalte 2 "Verwendung") in der Spalte 17 (Unvermietete Immobilien) den Betrag des Katasterertrags (Sp. 1), der um 5% aufzuwerten ist, im Verhältnis zu den Tagen (Sp. 3) und zum Besitzanteil (Sp. 4) angeben. Wenn in der Spalte 2 (Verwendung) der Code 9 und in der Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 1 angegeben wurde, ist der Mietertrag gleich Null und somit müssen Sie die Spalte 17 nicht abfassen. Wenn im Kästchen „Sonderfälle IMU“ der Code 1 angegeben ist, ist das Einkommen in Spalte 13 (Steuerbasisbetrag ordentliche Besteuerung) einzutragen, statt in Spalte 17 (vermietete Immobilien). Wenn im Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Code 3 angegeben wurde, ist der Betrag zu 50 Prozent in die Spalte 17 (Unvermietete Immobilien) und zu 50 Prozent in die Spalte 13 (Ordentliche Besteuerung) einzutragen;
- wenn das **Gebäude bereit gehalten wird** (Code 2 in der Spalte 2 "Verwendung") in der Spalte 17 (Unvermietete Immobilien) den um ein Drittel erhöhten Betrag des Katasterertrags (Sp. 1), der um 5% aufzuwerten ist, im Verhältnis zu den Tagen (Sp. 3) und zum Besitzanteil (Sp. 4) angeben. Wenn im Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Code 1 angegeben wurde, ist der Ertrag in die Spalte 13 (Steuerpflichtiger Betrag für ordentliche Besteuerung) statt in die Spalte 17 (Unvermietete Immobilien) einzutragen. Wenn im Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Code 3 angegeben wurde, ist der Betrag zu 50 Prozent in die Spalte 17 (Unvermietete Immobilien) und zu 50 Prozent in die Spalte 13 (Ordentliche Besteuerung) einzutragen;
- wenn die **Immobilie auf dem freien Markt vermietet wird** (Code 3 in Spalte 2 "Verwendung"), entspricht der Ertrag des Gebäudes dem höherem Betrag zwischen dem Katasterertrag (Sp. 1), der um 5% aufzuwerten ist, im Verhältnis zu den Besitztagen (Sp. 3) und zum prozentuellen Besitzanteil (Sp. 4) und dem Mietpreis (Sp. 6) im Verhältnis zum Besitzanteil (Sp. 4). Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 5 oder 8 (vom Besitzanteil abweichender Vermietungsanteil) vorhanden ist, muss der Mietpreis nicht mit dem Besitzanteil ins Verhältnis gesetzt werden. Wenn das Kästchen der Spalte 11 (definitive Ertragsteuer) nicht angekreuzt wurde, ist der gemäß den obigen Angaben bestimmte Ertrag in der Spalte 13 (Steuerpflichtiger Betrag für ordentliche Besteuerung) anzugeben. Wenn hingegen das Kästchen der Spalte 11 angekreuzt wurde, ist der Ertrag in der Spalte 14 (Steuerpflichtiger Betrag für definitive Ertragsteuer zu 21%) anzugeben;
- wenn die **Immobilie mit gesetzlich festgesetztem Mietpreis vermietet wurde** (Code 4 in Spalte 2 "Verwendung"):
 - wenn das Kästchen der Spalte 11 (definitive Ertragsteuer) nicht angekreuzt wurde, in der Spalte 13 (Steuerpflichtiger Betrag für ordentliche Besteuerung) den Mietpreis (Sp. 6) im Verhältnis zum Besitzanteil (Sp. 4) angeben;
 - wenn hingegen das Kästchen der Spalte 11 angekreuzt wurde, ist in der Spalte 14 (Steuerpflichtiger Betrag für definitive Ertragsteuer zu 21%) der höhere Betrag zwischen dem Betrag des Katasterertrags (Sp. 1), der um 5% aufzuwerten ist, im Verhältnis zu den Tagen (Sp. 3) und zum Besitzanteil (Sp. 4) und dem Betrag des Mietpreises (Sp. 6) im Verhältnis zum Besitzanteil (Sp. 4) anzugeben.

In beiden Fällen (ordentliche Besteuerung oder definitive Ertragsteuer) ist der Betrag des Katasterertrags (Sp. 1), der um 5% aufzuwerten ist, im Verhältnis zu den Besitztagen (Sp. 3) und zum prozentuellen Besitzanteil (Sp. 4) anzugeben, wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 4 oder 7 eingetragen ist (nicht bezogene Mieten wegen Zahlungsverzug) und wenn in Spalte 6 (Miete) kein Betrag angegeben ist; wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 5 oder 8 (vom Besitzanteil abweichender Vermietungsanteil) vorhanden ist, muss der Mietpreis nicht mit dem Besitzanteil ins Verhältnis gesetzt werden.
- wenn das **Gebäude in einer Gemeinde mit hoher Besiedlungsdichte liegt und zu einer "konventionellen" Miete vermietet wurde** (Code 8 in Spalte 2 "Verwendung") bzw. wenn die **Immobilie in der Region Abruzzen liegt und an Personen vermietet wurde, die in den vom Erdbeben betroffenen Gebieten ihren Wohnsitz haben** (Code 14 in Spalte 2 "Verwendung"), den höheren Betrag zwischen dem Betrag des Katasterertrags (Sp. 1), der um 5% aufzuwerten ist, im Verhältnis zu den Besitztagen (Sp. 3) und zum prozentuellen Besitzanteil (Sp. 4) und dem Betrag des Mietpreises (Sp. 6) im Verhältnis zum prozentuellen Besitzanteil (Sp. 4) berechnen. Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 5 oder 8 (vom Besitzanteil abweichender Vermietungsanteil) eingetragen ist, muss der Mietpreis nicht mit dem Besitzanteil ins Verhältnis gesetzt werden. Wenn das Kästchen der Spalte 11 (definitive Ertragsteuer) nicht angekreuzt wurde, ist der gemäß den obigen Angaben bestimmte Betrag nach Abzug der 30 Prozent in der Spalte 13 (Steuerpflichtiger Betrag für ordentliche Besteuerung) anzugeben. Wenn hingegen das Kästchen der Spalte 11 angekreuzt wurde:
 - wenn der Verwendungscode 8 angegeben wurde, ist der gemäß obigen Angaben bestimmte Ertrag (ohne Abzug von 30 Prozent) in der Spalte 15 (Steuerpflichtiger Betrag für definitive Ertragsteuer zu 10%) anzugeben;
 - wenn der Verwendungscode 14 angegeben wurde, ist hingegen der gemäß den obigen Angaben bestimmte Ertrag (ohne Abzug von 30 Prozent) in der Spalte 14 (Steuerpflichtiger Betrag für definitive Ertragsteuer zu 21%) anzugeben.
- wenn die **Immobilie in der Region Abruzzen liegt und an Personen leihweise überlassen wurde, die in den vom Erdbeben betroffenen Gebieten ihren Wohnsitz haben** (Code 15 in Spalte 2 "Verwendung"), den Betrag des Katasterertrags (Sp. 1), der um 5% aufzuwerten ist,

im Verhältnis zu den Besitztagen (Sp. 3) und dem prozentuellen Besitzanteil (Sp. 4) berechnen. In Spalte 17 (Unvermietete Immobilien) das Ergebnis der vorherigen Berechnung nach Ermäßigung um 30 Prozent angeben. Wenn im Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Code 1 angegeben wurde, ist der Ertrag in die Spalte 13 (Steuerpflichtiger Betrag für ordentliche Besteuerung) statt in die Spalte 17 (Unvermietete Immobilien) einzutragen. Wenn im Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Code 3 angegeben wurde, ist der Betrag zu 50 Prozent in die Spalte 17 (Unvermietete Immobilien) und zu 50 Prozent in die Spalte 13 (Ordentliche Besteuerung) einzutragen;

- wenn die **Immobilie zum Teil als Hauptwohnung genutzt wird und zum Teil auf dem freien Markt vermietet wurde** (Code 11 in der Spalte 2 „Verwendung“), entspricht der Ertrag des Gebäudes dem höheren Betrag zwischen dem Betrag des Katasterertrags (Sp. 1), der um 5% aufzuwerten ist, im Verhältnis zu den Besitztagen (Sp. 3) und zum prozentuellen Besitzanteil (Sp. 4) und dem Betrag des Mietpreises (Sp. 6) im Verhältnis zum prozentuellen Besitzanteil (Sp. 4). Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 5 oder 8 (vom Besitzanteil abweichender Vermietungsanteil) eingetragen ist, muss der Mietpreis nicht mit dem Besitzanteil ins Verhältnis gesetzt werden. Wenn der Ertragsanteil größer oder gleich dem Anteil an der Miete ist, ist der Gebäudeertrag wie folgt anzugeben: wenn das Kästchen „IMU-Sonderfälle“ nicht abgefasst ist, muss der auf diese Weise festgelegte Betrag in Spalte 18 (Nicht IMU-pflichtige Hauptwohnung) eingetragen werden; wenn dagegen im Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Code „2“ angegeben ist, muss der Betrag in Spalte 16 (IMU-pflichtige Hauptwohnung) eingetragen werden. Wenn jedoch der Ertragsanteil niedriger ist als der Anteil an der Miete, gilt Folgendes:
 - wenn das Kästchen von Spalte 11 (definitive Ertragsteuer) nicht angekreuzt ist, ist der wie oben festgelegte Ertrag in Spalte 13 (ordentliche Besteuerung des steuerpflichtigen Einkommens) anzugeben;
 - wenn jedoch das Kästchen von Spalte 11 angekreuzt wurde, muss der Ertrag in Spalte 14 (steuerpflichtiger Betrag für die definitive Ertragsteuer 21%) angegeben werden;
- wenn die **(in einer der Gemeinden mit hoher Besiedlungsdichte gelegene) Immobilie zum Teil als Hauptwohnung genutzt wird und zum Teil zu einer „vereinbarten“ Miete vermietet wurde** (Code 12 in der Spalte 2 „Verwendung“), entspricht der Ertrag des Gebäudes dem höheren Betrag zwischen dem Betrag des Katasterertrags (Sp. 1), der um 5% aufzuwerten ist, im Verhältnis zu den Besitztagen (Sp. 3) und zum prozentuellen Besitzanteil (Sp. 4) und dem Betrag des Mietpreises (Sp. 6) im Verhältnis zum prozentuellen Besitzanteil (Sp. 4). Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 5 oder 8 (vom Besitzanteil abweichender Vermietungsanteil) eingetragen ist, muss der Mietpreis nicht mit dem Besitzanteil ins Verhältnis gesetzt werden; wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 6 (Ermäßigung für Aussetzung des Vollstreckungsverfahrens für Räumung) eingetragen ist, ist der Ertrag der Gebäudes gleich Null. Wenn der Ertragsanteil höher oder gleich dem Anteil an der Miete ist, muss der wie oben festgelegte Ertrag nach Abzug von 30 Prozent wie folgt anzugeben: wenn das Kästchen „IMU-Sonderfälle“ nicht abgefasst ist, muss der auf diese Weise festgelegte Betrag in Spalte 18 (Nicht IMU-pflichtige Hauptwohnung) eingetragen werden; wenn dagegen im Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Code „2“ angegeben ist, muss der Betrag in Spalte 16 (IMU-pflichtige Hauptwohnung) eingetragen werden. Wenn hingegen der Ertragsanteil niedriger als der Anteil an der Miete ist:
 - wenn das Kästchen von Spalte 11 (definitive Ertragsteuer) nicht angekreuzt ist, muss der wie oben festgelegte Ertrag nach Abzug von 30 Prozent in Spalte 13 (ordentliche Besteuerung des steuerpflichtigen Einkommens) angegeben werden;
 - wenn hingegen das Kästchen von Spalte 11 angekreuzt ist, muss der Ertrag in Spalte 15 (steuerpflichtiger Betrag für die definitive Ertragsteuer 10%) angegeben werden.

B) Angaben des einzelnen Gebäudes, die in mehreren Zeilen dargelegt werden (es haben sich zum Beispiel im Laufe des Jahres 2022 die Verwendung oder der Besitzanteil geändert):



Wenn die Angaben zu einem Gebäude auf mehreren Zeilen aufgeführt sind, müssen die Beträge in Bezug auf die steuerpflichtigen und nicht steuerpflichtigen Erträge (Spalten 13 bis 18) ausschließlich in der ersten der Zeilen wiedergegeben werden, die zur Angabe der Gebäudedaten verwendet wurden.

Hauptwohnung

- nur die Zeilen berücksichtigen, in denen eine der Verwendungen 1 und 5 angegeben wurde (**Unvermietete Hauptwohnung und ihr Zubehör**), und sofern die Spalte 12 (IMU-Sonderfälle) nicht ausgefüllt wurde: für jede Zeile den Ertragsanteil nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile angegebene Gebäude beschrieben wurden, und den so festgelegten Gesamtbetrag der Anteile in die Spalte 18 (Nicht IMU-pflichtige Hauptwohnung) der ersten Zeile übertragen, die für die Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde;
- nur die Zeilen berücksichtigen, in denen eine der Verwendungen 1 und 5 angegeben wurde (**Unvermietete Hauptwohnung und ihr Zubehör**), und sofern die Spalte 12 (IMU-Sonderfälle) mit dem Code 2 abgefasst wurde: für jede Zeile den Ertragsanteil nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile angegebene Gebäude beschrieben wurden, und den so festgelegten Gesamtbetrag der Anteile in die Spalte 16 (IMU-pflichtige Hauptwohnung) der ersten Zeile übertragen, die für die Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde;
- nur die Zeilen berücksichtigen, in denen die Verwendung 6 angegeben wurde (**teilweise für die Tätigkeitsausübung verwendete Hauptwohnung**), und sofern die Spalte 12 „Imu-Sonderfälle“ nicht ausgefüllt wurde: für jede Zeile den Ertragsanteil nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile angegebene Gebäude beschrieben wurden, und 50 Prozent des so festgelegten Gesamtbetrags der Anteile in die Spalte 13 (Ordentliche Besteuerung) und 50 Prozent in die Spalte 18 (Nicht IMU-pflichtige Hauptwohnung) der ersten Zeile übertragen, die für die Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde;
- nur die Zeilen berücksichtigen, in denen die Verwendung 6 angegeben wurde (**teilweise für die Tätigkeitsausübung verwendete Hauptwohnung**), und sofern die Spalte 12 „Imu-Sonderfälle“ mit dem Code 2 ausgefüllt wurde: für jede Zeile den Ertragsanteil nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile angegebene Gebäude beschrieben wurden, und 50 Prozent des so festgelegten Gesamtbetrags der Anteile in die Spalte 16 (IMU-pflichtige Hauptwohnung) und 50 Prozent in die Spalte 17 (Unvermietete Immobilie) der ersten Zeile übertragen, die für die Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde;
- es sind nur die Zeilen zu berücksichtigen, in denen eine der Verwendungen 11 und 12 (**teilvermietete Hauptwohnung**) angegeben wurde, für die das Kästchen von Spalte 11 (definitive Ertragsteuer) nicht angekreuzt ist:
 - 1) für jede Zeile den Ertragsanteil und den Anteil an der Miete nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile vorhandene Gebäude beschrieben wurde;
 - 2) den Gesamtertrag der Ertragsanteile mit dem Gesamtbetrag der Anteile an den Mieten vergleichen:
 - wenn der Gesamtbetrag der Ertragsanteile höher oder gleich dem Gesamtbetrag der Anteile an der Miete ist (Besteuerung aufgrund des Ertrags), entspricht das Gebäudeeinkommen den Ertragsanteilen in Bezug auf die Zeilen mit dem Verwendungscode 12 nach Abzug von 30 Prozent und addiert zu den Ertragsanteilen in Bezug auf die Zeilen mit dem Verwendungscode 11. Wenn die Spalte 12 „IMU-Sonderfälle“ nicht ausgefüllt wurde, den Gesamtbetrag der so festgelegten Anteile in die Spalte 18 (Nicht IMU-pflichtige Hauptwohnung) der ersten Zeile übertragen, die für die Angaben der Gebäudedaten verwendet wurde; wenn die Spalte 12 „IMU-Sonderfälle“ mit dem Code 2 ausgefüllt wurde, den Gesamtbetrag der so festgelegten Anteile in die Spalte 16 (IMU-pflichtige Hauptwohnung) der ersten Zeile übertragen, die für die Angaben der Gebäudedaten verwendet wurde.
 - wenn der Gesamtbetrag der Ertragsanteile niedriger ist als der Gesamtbetrag der Anteile an der Miete (Besteuerung aufgrund der Miete), en-

tspricht das Gebäudeeinkommen den Anteilen an der Miete in Bezug auf die Zeilen mit dem Verwendungscode 12 nach Abzug von 30 Prozent und addiert zu den Anteilen an der Miete in Bezug auf die Zeilen mit dem Verwendungscode 11. Das Gebäudeeinkommen ist in Spalte 13 (ordentliche Besteuerung des steuerpflichtigen Einkommens) der ersten Zeile anzugeben, die zur Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde.

- es sind nur die Zeilen zu berücksichtigen, in denen die Verwendung 11 (**teilvermietete Hauptwohnung**) angegeben wurde, für die das Kästchen von Spalte 11 (definitive Ertragsteuer) angekreuzt ist:
 - 1) für jede Zeile den Ertragsanteil und den Anteil an der Miete nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile vorhandene Gebäude beschrieben wurde;
 - 2) den Gesamtertrag der Ertragsanteile mit dem Gesamtbetrag der Anteile an den Mieten vergleichen:
 - wenn der Gesamtbetrag der Ertragsanteile höher oder gleich dem Gesamtbetrag der Anteile an der Miete ist (Besteuerung aufgrund des Ertrags), muss das Gebäudeeinkommen, das dem Gesamtbetrag der Ertragsanteile entspricht. Wenn die Spalte 12 „IMU-Sonderfälle“ nicht ausgefüllt wurde, den Gesamtbetrag der so festgelegten Anteile in die Spalte 18 (Nicht IMU-pflichtige Hauptwohnung) der ersten Zeile übertragen, die für die Angaben der Gebäudedaten verwendet wurde; wenn die Spalte 12 „IMU-Sonderfälle“ mit dem Code 2 ausgefüllt wurde, den Gesamtbetrag der so festgelegten Anteile in die Spalte 16 (IMU-pflichtige Hauptwohnung) der ersten Zeile übertragen, die für die Angaben der Gebäudedaten verwendet wurde;
 - wenn der Gesamtbetrag der Anteile an den Einkünften niedriger ist als die Anteile an den Mieteinkünften (Besteuerung aufgrund der Mieteinkünfte), entsprechen die Einkünfte des Gebäudes den Anteilen an den Mieteinkünften. Der Gesamtbetrag der Anteile an den Mieteinkünften ist in Spalte 14 (Steuerpflichtiger Betrag für die definitive Ertragsteuer 21%) der ersten Zeile anzugeben, die zur Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde;
- es sind nur die Zeilen zu berücksichtigen, in denen die Verwendung 12 (**teilvermietete Hauptwohnung**) angegeben wurde, für die das Kästchen von Spalte 11 (definitive Ertragsteuer) angekreuzt ist:
 - 1) für jede Zeile den Ertragsanteil und den Anteil an der Miete nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile vorhandene Gebäude beschrieben wurde;
 - 2) den Gesamtertrag der Ertragsanteile mit dem Gesamtbetrag der Anteile an den Mieten vergleichen:
 - wenn der Gesamtbetrag der Ertragsanteile höher oder gleich dem Gesamtbetrag der Anteile an der Miete ist (Besteuerung aufgrund des Ertrags), muss das Gebäudeeinkommen, das dem Gesamtbetrag der Ertragsanteile nach Abzug von 30% entspricht. Wenn die Spalte 12 „IMU-Sonderfälle“ nicht ausgefüllt wurde, den Gesamtbetrag der so festgelegten Anteile in die Spalte 18 (Nicht IMU-pflichtige Hauptwohnung) der ersten Zeile übertragen, die für die Angaben der Gebäudedaten verwendet wurde; wenn die Spalte 12 „IMU-Sonderfälle“ mit dem Code 2 ausgefüllt wurde, den Gesamtbetrag der so festgelegten Anteile in die Spalte 16 (IMU-pflichtige Hauptwohnung) der ersten Zeile übertragen, die für die Angaben der Gebäudedaten verwendet wurde;
 - wenn der Gesamtbetrag der Anteile an den Einkünften niedriger ist als die Anteile an den Mieteinkünften (Besteuerung aufgrund der Mieteinkünfte), entsprechen die Einkünfte des Gebäudes den Anteilen an den Mieteinkünften. Der Gesamtbetrag der Anteile an den Mieteinkünften ist in Spalte 15 (Steuerpflichtiger Betrag für die definitive Ertragsteuer 10%) der ersten Zeile anzugeben, die zur Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde.

Nicht als Hauptwohnung dienendes unvermietetes Gebäude

- nur die Zeilen berücksichtigen, in denen eine der Verwendungen 2, 9, 10 und 15 angegeben ist, für die das Kästchen „IMU-Sonderfälle“ nicht ausgefüllt wurde: für jede Zeile den nicht steuerpflichtigen Ertragsanteil nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile vorhandene Gebäude beschrieben wurden, und den Gesamtbetrag der so festgelegten Anteile in Spalte 17 (Unvermietete Immobilien) der ersten Zeile angeben, die zur Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde;
- nur die Zeilen berücksichtigen, in denen eine der Verwendungen 2, 9, 10 und 15 in Bezug auf das Gebäude angegeben ist, für im Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Code 1 angegeben wurde: für jede Zeile den steuerpflichtigen Ertragsanteil nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile vorhandene Gebäude beschrieben wurden, und den Gesamtbetrag der so festgelegten Anteile in Spalte 13 (ordentliche Besteuerung des steuerpflichtigen Einkommens) der ersten Zeile angeben, die zur Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde;
- nur die Zeilen berücksichtigen, in denen eine der Verwendungen 2, 9, 10 und 15 in Bezug auf das Gebäude angegeben ist, für das im Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Code 3 eingetragen wurde: für jede Zeile den Ertragsanteil entsprechend den Regeln berechnen, die für das in einer Zeile angegebene Gebäude beschrieben wurden, und den so festgelegten Gesamtbetrag der Anteile zu 50 Prozent in die Spalte 17 (Unvermietete Immobilien) und zu 50 Prozent in die Spalte 13 (Ordentliche Besteuerung) eintragen;

Nicht als Hauptwohnung dienendes vermietetes Gebäude

- es sind nur die Zeilen zu berücksichtigen, in denen eine der Verwendungen 3, 4, 8 und 14 angegeben ist, für welche das Kästchen von Spalte 11 in Bezug auf die definitive Ertragsteuer nicht angekreuzt ist:
 - 1) für jede Zeile den Ertragsanteil und den Anteil an der Miete nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile vorhandene Gebäude beschrieben wurde;
 - 2) den Gesamtertrag der Ertragsanteile mit dem Gesamtbetrag der Anteile an den Mieten vergleichen:
 - wenn der Gesamtbetrag der Ertragsanteile höher oder gleich dem Gesamtbetrag der Anteile an der Miete ist (Besteuerung aufgrund des Ertrags), entspricht das Gebäudeeinkommen den Ertragsanteilen in Bezug auf die Zeilen mit dem Verwendungscode 8 und 14 nach Abzug von 30 Prozent und addiert zu den Ertragsanteilen in Bezug auf die Zeilen mit dem Verwendungscode 3 und 4;
 - wenn der Gesamtbetrag der Ertragsanteile niedriger ist als der Gesamtbetrag der Anteile an der Miete (Besteuerung aufgrund der Miete), entspricht das Gebäudeeinkommen den Anteilen an der Miete in Bezug auf die Zeilen mit dem Verwendungscode 8 und 14 nach Abzug von 30 Prozent und addiert zu den Anteilen an der Miete in Bezug auf die Zeilen mit dem Verwendungscode 3 und 4;
 - wenn in allen Zeilen der Verwendungscode 4 angegeben ist, entsprechen die Einkünfte des Gebäudes immer dem Gesamtbetrag der Anteile an den Mieteinkünften.
 - 3) das wie oben festgelegte Gebäudeeinkommen ist in Spalte 13 (ordentliche Besteuerung des steuerpflichtigen Einkommens) der ersten Zeile anzugeben, die zur Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde;
- es sind nur die Zeilen zu berücksichtigen, in denen eine der Verwendungen 3, 4 und 14 angegeben ist, für welche das Kästchen von Spalte 11 in Bezug auf die definitive Ertragsteuer angekreuzt ist:
 - 1) für jede Zeile den Ertragsanteil und den Anteil an der Miete nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile vorhandene Gebäude beschrieben wurde;
 - 2) den Gesamtertrag der Ertragsanteile mit dem Gesamtbetrag der Anteile an den Mieten vergleichen:
 - wenn der Gesamtbetrag der Ertragsanteile höher oder gleich dem Gesamtbetrag der Anteile an der Miete ist (Besteuerung aufgrund des Ertrags), entspricht das Gebäudeeinkommen dem Gesamtbetrag der Ertragsanteile;
 - wenn der Gesamtbetrag der Anteile an den Einkünften niedriger ist als die Anteile an den Mieteinkünften (Besteuerung aufgrund der

Mieteinkünfte), entsprechen die Einkünfte des Gebäudes den Anteilen an den Mieteinkünften;

3) die wie oben festgelegten Einkünfte sind in Spalte 14 (Steuerpflichtiger Betrag für die definitive Ertragsteuer 21%) der ersten Zeile anzugeben, die zur Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde.

■ es sind nur die Zeilen zu berücksichtigen, in denen die Verwendung 8 angegeben ist, für die das Kästchen von Sp. 11 in Bezug auf die definitive Ertragsteuer angekreuzt ist:

- 1) für jede Zeile den Ertragsanteil und den Anteil an der Miete nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile vorhandene Gebäude beschrieben wurde;
- 2) den Gesamtertrag der Ertragsanteile mit dem Gesamtbetrag der Anteile an den Mieten vergleichen:
 - wenn der Gesamtbetrag der Ertragsanteile höher oder gleich dem Gesamtbetrag der Anteile an der Miete ist (Besteuerung aufgrund des Ertrags), entspricht das Gebäudeeinkommen dem Gesamtbetrag der Ertragsanteile;
 - wenn der Gesamtbetrag der Anteile an den Einkünften niedriger ist als die Anteile an den Mieteinkünften (Besteuerung aufgrund der Mieteinkünfte), entsprechen die Einkünfte des Gebäudes den Anteilen an den Mieteinkünften;
- 3) die wie oben festgelegten Einkünfte sind in Spalte 15 (Steuerpflichtiger Betrag für die definitive Ertragsteuer 10%) der ersten Zeile anzugeben, die zur Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde.

In **Spalte 19 (Sonstige Daten)** ist Folgendes einzutragen: Code "1" bei Pachtverträgen mit "vereinbarem" Pachtzins, mit der Möglichkeit der "cedolare secca", die entweder in Gemeinden mit bis zu 10.000 Einwohnern vorgesehen sind, für die in den fünf Jahren vor dem 28. Mai 2014 infolge von Katastrophenereignissen der Notstand ausgerufen wurde, oder in den von den Erdbeben 2016 betroffenen Gemeinden (Art. 1, c. 1, Gesetzesdekret Nr. 189/2016), in denen eine rote Zone ausgewiesen wurde (Code 8 oder Code 12 in Spalte 2 der Zeilen B1 bis B6);

Code "2" bei unentgeltlichen Mietverträgen, die nicht länger als 30 Tage dauern, oder bei Immobilien, die zur kurzfristigen Vermietung bestimmt sind (Artikel 1, Absatz 595, Gesetz Nr. 178 vom 30. Dezember 2020).

Zeile RB10 (Gesamtbetrag): den Gesamtbetrag der Beträge der Spalten 13, 14, 15, 16, 17 und 18 angeben. Die Summe der Spalten 13 und 18 ist zusammen mit eventuellen anderen Erträgen in die Zeile RN1, Spalte 5, zu übertragen.

Diese Summe kann in die gebäudespezifische Zeile der „Zusammenfassung der Erträge und der Einbehalte“ übertragen werden, die Sie in der Anleitung für die Abfassung der Übersicht RN finden.

Der Gesamtbetrag der Spalte 18 muss in die Zeile RN2 übertragen werden und dient dem Abzug, der für die IRPEF-pflichtige Hauptwohnung vorgesehen ist.

Die Gesamtbeträge der Spalten 16 und 17 müssen in die Zeile RN50 jeweils in Spalte 1 bzw. 2 übertragen werden.

Es wird daran erinnert, dass Sie, wenn Sie mehr als eine Übersicht RB abgefasst haben, den Gesamtbetrag der Mieterträge in die Zeile RB10 der ersten Übersicht, die Sie verwendet haben, schreiben müssen (Vordr. Nr. 1).

Zeile RB11 (Definitive Ertragsteuer): Die Zeile ist der Angabe der Ersatzsteuer mit Steuersatz zu 21 Prozent oder 10 Prozent vorbehalten, die auf das steuerpflichtige Einkommen zu zahlen ist, das aus Mietverträgen hervorgeht, für die die Anwendung des Systems der definitiven Ertragsteuer gewährt wurde.

Spalte 1 (Definitive Ertragsteuer zu 21%): den Betrag der mit ordentlichem Steuersatz fälligen Ersatzsteuer in Höhe von 21 Prozent des in der Spalte 14 der Zeile RB10 angegebenen Betrags angeben.

Spalte 2 (Definitive Ertragsteuer zu 10%): den Betrag der mit ordentlichem Steuersatz fälligen Ersatzsteuer in Höhe von 10 Prozent des in der Spalte 15 der Zeile RB10 angegebenen Betrags angeben.

Spalte 3 (Gesamtbetrag für definitive Ertragsteuer): die Summe der in den Spalten 1 und 2 dieser Zeile dargelegten Beträge angeben.

ABSCHNITT II - Daten in Bezug auf die Mietverträge

Dieser Abschnitt muss unter Angabe der Registrierdaten der Mietverträge abgefasst werden, wenn die Immobilie in der Region Abruzzen liegt und an Subjekte vermietet wurde, die ihren Wohnsitz in den vom Erdbeben des 6. April 2009 betroffenen Gemeinden haben, deren Wohnungen zerstört oder für unbewohnbar erklärt wurden (Code 14 in der Spalte 2 der Zeilen von RB1 bis RB9);

Zeilen von RB21 bis RB23

Spalte 1 (Nr. Zeile Abschnitt I): Die Nummer der Zeile des Abschnitts I angeben, in die die Daten der vermieteten Immobilie eingetragen sind. Bei vorübergehender Vermietung mehrerer Portionen derselben Immobilie, der ein einziger Katasterertrag zugewiesen ist, sind mehrere Zeilen des Teils II der Übersicht RB abzufassen, wobei in dieser Spalte dieselbe Zeile des Teils I wiederzugeben ist.

Spalte 2 (Vordruck Nr.): Wenn Sie mehrere Vordrucke abgefasst haben, die Nummer des Vordrucks angeben, auf dem die Angaben der vermieteten Immobilie angegeben sind;

Spalten 3, 4, 5 und 6 (Eckdaten der Vertragsregistrierung): Die Spalten dürfen nur ausgefüllt werden, wenn der Mietvertrag amtlich registriert ist und wenn in der Kopie des Vordrucks für den Antrag zur Registrierung des an das Amt zurückgegebenen Vertrags nicht der „Dokumentencode des Vertrags“ angegeben wurde. Wenn der Mietvertrags telematisch durch Siria, Iris, Locazioni web oder Contratti on line registriert wurde oder durch den neuen Online-Vordruck RLI zugeteilt wird, kann alternativ dazu die Spalte 7 ausgefüllt werden.

Spalte 3 (Registrierdatum): den Tag der Registrierung des Vertrags angeben;

Spalte 4 (Serie): den Code der Registriermodalität angeben:

„1T“ Registrierung auf telematischem Weg mithilfe einer Amtsperson;

‘3’ Registrierung des Vertrag bei einer Dienststelle der Agentur der Einnahmen;

„3P“ Registrierungen auf telematischem Weg mithilfe von Siria und Iris;

„3T“ Registrierungen auf telematischem Weg mithilfe anderer Applikationen (Vermietungen oder Verträge über das Internet und Vordruck RLI);

‘3A’ und ‘3B’ in den vergangenen Jahren bei den Dienststellen verwendete Codes.

Spalte 5 (Registriernummer und -unternummer): die Registriernummer und eventuelle Unternummer des Vertrags angeben.

Spalte 6 (Code der Dienststelle): den Code der Dienststelle der Agentur der Einnahmen angeben, bei der der Vertrag registriert wurde. Die Codes der Dienststellen der Agentur der Einnahmen sind auf der Website www.agenziaentrate.gov.it in der Tabelle "Codes der Dienststellen, die für die Zahlung der nachfolgenden Jahresbeträge zu verwenden sind" im Abschnitt zu finden, der sich auf die Registrierung der Mietverträge bezieht.

Spalte 7 (Dokumentencode des Vertrags): Den Dokumentencode des Vertrags angeben, der aus 17 Zeichen besteht und aus der Kopie des Vordruck des Antrags auf Registrierung des an das Amt zurück gegebenen Mietvertrags zu entnehmen ist, oder im Fall von telematisch registrierten Verträgen aus dem Registrierungsbeleg. Wenn die Spalten 3 bis 6 ausgefüllt wurden, ist diese Spalte nicht auszufüllen.

Spalte 8 (Verträge unter 30 Tagen): Das Kästchen ist im Fall eines **nicht registrierten Mietvertrags mit einer Dauer nicht über dreißig Tagen** im Jahr anzukreuzen, der nicht registriert wurde, da für diese Art Vertrag die Pflicht zur Registrierung nur im Fall der Nutzung besteht.

Wenn dieses Kästchen angekreuzt ist, sind weder die Spalten 3 bis 6 in Bezug auf die Eckdaten der Vertragsregistrierung noch Spalte 7 in Bezug auf den Dokumentencode des Vertrags auszufüllen.

Spalte 9: (Jahr der Einreichung der ICI/IMU-Erklärung) Wenn für die Immobilie die ICI- bzw. die Imu bzw. Imi-Erklärung eingereicht wurde, ist das Jahr der Vorlage anzugeben.

7. ÜBERSICHT RC – Einkünfte aus nicht Selbständiger und dieser gleichgestellten Arbeit

In diesem Feld sind die im Jahr 2022 bezogenen Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Renteneinkünfte und der nichtselbständigen Arbeit gleichgestellte Einkünfte anzugeben. Die in Übersicht C anzugebenden Daten können der Einheitlichen Bescheinigung 2023 entnommen werden, die vom Steuersubstituten (Arbeitgeber oder Rentenversicherungsträger) ausgestellt wird, oder der Bescheinigung, die von einer Einrichtung ausgestellt wird, die nicht den Status eines Steuersubstituten hat (z. B. Privatperson für Hausangestellte). Wenn das Arbeitsverhältnis beendet wurde, bevor die Einheitliche Bescheinigung 2023 zur Verfügung stand, ist der Steuersubstitut auf Anfrage des Arbeitnehmers verpflichtet, neben der Einheitlichen Bescheinigung 2022 auch die Einheitliche Bescheinigung 2023 bis zum 16. März 2023 auszustellen. Für die Abfassung der Steuererklärung müssen die Daten daher in jedem Fall der einheitlichen Bescheinigung entnommen werden.



Sollten beim Steuerzahler im Lauf des Jahres mehrere Beschäftigungsverhältnisse in Bezug auf nicht selbstständige oder gleichgestellte Arbeit bestanden haben und er den letzten Arbeitgeber ersucht hat, die anderen bezogenen Einkünfte zu berücksichtigen, muss er in dieser Übersicht die Daten aus der einheitlichen Bescheinigung des letzten Arbeitgebers angeben.

Die Steuerpflichtigen, die Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, Rente und gleichgestellten beziehen, können die Steuerabzüge nutzen, für deren Festsetzung neben dem Erwerbseinkommen auch das Gesamteinkommen berücksichtigt wird.

Falls die Absetzung zusteht, muss sie in der Zeile RN7 angegeben werden, deren Anleitungen die Berechnung zu deren Festlegung beschreiben.

Diese Übersicht besteht aus sechs Abschnitten:

- Abschnitt I:** Ist den Einkünften aus nicht selbständiger Arbeit und diesen gleichgestellten Einkünften sowie den Einkünften aus Renten vorbehalten, für welche die Absetzung im Verhältnis zum Arbeitszeitraum im Laufe des Jahres zusteht;
- Abschnitt II:** Ist den Einkünften vorbehalten, die jenen aus nicht selbständiger Arbeit gleichgestellt sind, und für welche die Absetzung nicht im Verhältnis zum Arbeitszeitraum im Laufe des Jahres zusteht;
- Abschnitt III:** Ist den IRPEF-Einbehalten, dem regionalen und kommunalen IRPEF- Zuschlag sowie der Akontozahlung auf den kommunalen IPEF-Zuschlag für das Jahr 2023 vorbehalten, die vom Arbeitgeber einbehalten wurden;
- Abschnitt IV:** Ist den IRPEF-Einbehalten und dem regionalen IRPEF-Zuschlag vorbehalten, die auf Entgelte für Arbeiten von sozialem Nutzen einbehalten wurden;
- Abschnitt V:** Verringerung der steuerlichen Belastung der Arbeitnehmer;
- Abschnitt VI:** Abzüge für den Sicherheits- und Verteidigungssektor.

ABSCHNITT I - Einkünfte aus nicht Selbständiger und dieser gleichgestellten Arbeit

In diesem Abschnitt müssen alle Einkünfte aus nicht selbständiger und dieser gleichgestellten Arbeit und die Einkünfte aus Renten erklärt werden. Für diese Einkommen wird die Absetzung, die in der Zeile RN7 Spalte 1 oder RN7 Spalte 2 anzugeben ist, im Verhältnis zur Jahresarbeitszeit oder zum Zeitraum, für den der Abzug zusteht, berechnet. Hierfür ist es notwendig, in der Zeile RC6 die Anzahl der Arbeitstage/Rente einzutragen.

Insbesondere Folgendes angeben:

- Die Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit und aus Renten;
- Die Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit im Ausland, die in Grenzgebieten geleistet wurde. Im Anhang den Punkt 2 des Stichworts "im Ausland erzielte Gehälter, Einkünfte und Renten" einsehen;
- In Euro erzielte Einkommen durch Arbeit oder Rente von Steuerzahlern, die in den Melderegistern der Gemeinde Campione d'Italia eingetragen sind;
- Die Abfindungen und die Beträge, die der Besteuerung zu unterwerfen sind und die den Arbeitnehmern vom Nationalinstitut für soziale Fürsorge (NISF / INPS) oder von anderen Körperschaften aus verschiedenen Gründen ausbezahlt worden sind. Zum Beispiel: Lohnausgleichskasse, Mobilität, ordentliche Arbeitslosigkeit (im Bauwesen, in der Landwirtschaft, usw.), Krankheit, Mutterschaft und Stillzeit, TBC und Nach-Tuberkulosezeit, Blutspende, Heiratsurlaub;
- Die Abfindungen und die Entgelte zu Lasten Dritter, die von den Arbeitnehmern für Aufträge in Ausübung ihrer Eigenschaft bezogen wurden. Ausgeschlossen sind jene Abfindungen und Entgelte, die infolge einer im Vertrag vorgesehenen Klausel dem Arbeitgeber oder auf Grund des Gesetzes, dem Staat zustehen;
- Die regelmäßigen von Rentenfonds gezahlten Ergänzungszuweisungen, die bis zum 31. Dezember 2006 angefallen sind und die Ablösung der persönlichen Position, die bei der Zusatzrentenform vom 1. Januar 2001 bis 31. Dezember 2006 angegreift ist (Art.14 des GvD Nr.252 aus dem Jahr 2005) angewandt wird, welche nicht auf die Versetzung in den Ruhestand oder auf die Auflösung des Arbeitsverhältnisses wegen Arbeitsmobilität des Eingetragenen oder aus anderen Gründen, die nicht auf den Willen der Parteien abhängen, zurückgeführt werden können (Freiwilliger Rückkauf); die als zeitweiliger ergänzender Vorbezug (R.i.t.a.) bezogene Summe, wenn der Steuerzahler die ordentliche Beteuerung dieser Summe auswählt;
- Die Entgelte der Personen, die auf Grund besonderer Gesetzesvorschriften in sozial wichtigen Bereichen arbeiten;
- Die Entgelte, die von Privatpersonen an Chauffeure, an Gärtner, an Hausangestellte und an andere im Haushalt beschäftigte Personen ausgezahlt wurden, sowie sonstige Entgelte, für die auf Grund des Gesetzes, keine Steuereinbehalte vorgenommen wurden;
- Die Entgelte für Mitglieder von Produktions- und Arbeitsgenossenschaften, von Dienstleistungs- und Landwirtschafts-genossenschaften, bzw. von Genossenschaften zur Erstverarbeitung von Landwirtschafts- und Kleinfischereiprodukten, beschränkt auf die laufenden Gehälter, die um 20 Prozent erhöht werden;
- Die Vergütungen der arbeitenden Gesellschafter von Handwerkskooperativen (Abs. 114 des Stabilitätsgesetzes 2016);
- Die als Studienstipendium oder als Unterstützung, als Prämie oder Beihilfe für Studienzwecke oder für die Berufsausbildung erhaltenen Summen (darunter fallen auch jene Summen, die an Personen entrichtet wurden, die bei Projekten für die Eingliederung in die Berufswelt mitarbeiten), falls diese Summen nicht im Zusammenhang mit einem abhängigen Arbeitsverhältnis entrichtet wurden und vorausgesetzt, dass dafür keine entsprechende Befreiung vorgesehen ist. Siehe im Anhang "Steuerfreie Einkünfte und Erträge, die kein Einkommen bilden";
- die Entgelte infolge der Auflösung eines Arbeitsverhältnisses in geregelter und dauerhafter Mitarbeit, die nicht der gesonderten Besteuerung unterliegen (falls das Anrecht auf diese Entgelte aus einem Akt hervorgeht, der vor Beginn des Arbeitsverhältnisses abgeschlossen wurde oder falls dieselben auf Grund eines Streitverfahrens oder einer Transaktion in Bezug auf die Auflösung einer geregelten und dauerhaften Mitarbeit entrichtet wurden, können diese Entgelte der gesonderten Besteuerung unterworfen werden);
- die Entlohnungen für Priester der katholischen Kirche; die Zulagen, die vom Verband der Gem. der 7. Tags-Adventisten für den Lebensunterhalt der Geistlichen und der Missionare gezahlt werden; die Zulagen, die von den Versammlungen Gottes in Italien für den Lebensunterhalt der eigenen Geistlichen gezahlt werden; die Zulagen, die vom Verband der Christlich-Evangelischen Baptisten Italiens für den Lebensunterhalt der Geistlichen gezahlt

werden; die Zulagen, die für den vollständigen oder teilweisen Unterhalt der Geistlichen der Evangelisch-Lutherischen Kirche Italiens und an die mit ihr verbundenen Gemeinschaften gezahlt wurden; die Zulagen, die die von der orthodoxen Erzdiözese Italiens und vom Exarchat für Südeuropa für den vollständigen oder teilweisen Unterhalt der Geistlichen gezahlt werden; die Zulagen, die von der apostolischen Kirche in Italien für den vollständigen oder teilweisen Unterhalt ihrer Geistlichen gezahlt werden; die Zulagen, die von der Italienischen Buddhistischen Union und den von ihr vertretenen Organismen für den vollständigen oder teilweisen Unterhalt der Geistlichen gezahlt werden; vom Verein „Chiesa d’Inghilterra“, von Seelsorgeeinheiten und von Kirchengemeinden zur vollständigen oder teilweisen Unterstützung von Geistlichen;

- die Entgelte, welche an ambulante Fachärzte und an andere Ärzte der A.S.L. entrichtet wurden, die in einem nicht selbständigen Arbeitsverhältnis stehen (z.B. Biologen, Psychologen, Dienst leistende Ärzte, auf Dauer Beistand leistende Ärzte und gebietsmäßig zuständige Notärzte usw.);
- Summen und Wertgegenstände im Allgemeinen, die man unter jeglichem Titel, auch als freiwillige Zuwendungen für ein Arbeitsverhältnis in geregelter und dauerhafter Mitarbeit oder bei der Ausübung nicht untergeordneter freier Tätigkeiten ohne festgesetztes regelmäßiges Entgelt bezogen hat. Unter diese fallen auch jene, die für Folgendes bezogen wurden:
 - für einen Auftrag als Verwalter, Bürgermeister oder Rechnungsrevisor von Gesellschaften, Vereinigungen oder anderen Körperschaften mit oder ohne Rechtspersönlichkeit;
 - für die Mitarbeit bei Verlegern von Zeitungen, Zeitschriften, Enzyklopädien und dergleichen, mit Ausnahme der Vergütungen, die als Urheberrechte bezahlt wurden;
 - für die Teilnahme an Kollegien und Kommissionen.

Keine Einkünfte bilden Entgelte für Arbeitsverhältnisse in geregelter und dauerhafter Mitarbeit, die für folgende Aufgaben und Arbeiten bezogen wurden, welche:

- a) vom Steuerzahler ausgeübt werden und auf Grund eines spezifischen Voranschlags der Berufsordnung in dessen berufliche Tätigkeit (zum Beispiel: Entgelte an Rechnungsführer bzw. Diplom-Betriebswirte und Steuerberater für das Amt eines Verwalters, Bürgermeisters oder Wirtschaftsprüfers von Gesellschaften bzw. Körperschaften, welche in Übersicht RE erklärt werden müssen) oder freiberuflichen Tätigkeit (Entgelte die von einem Ingenieur für die Verwaltung einer Baugenossenschaft bezogen werden) eingeordnet werden;
- b) in den institutionellen Aufgabenbereich nicht selbständiger Tätigkeit des Steuerzahlers einzuschließen sind;
- c) im Bereich der Leistungen in der Führung und Verwaltung, die nicht als Freiberufler und zugunsten von Amateursportgesellschaften- und Vereinen geleistet werden.



Entgelte infolge eines Arbeitsverhältnisses in geregelter und dauerhafter Mitarbeit, die vom Künstler oder Freiberufler an den Ehepartner, an die minderjährigen oder an bleibend berufsunfähige Kinder, an Zieh- oder Adoptivkinder sowie an die Verwandten mit aufsteigendem Verwandtschaftsgrad entrichtet wurden, müssen nicht erklärt werden, da sie auch nicht zur Bildung des Vermögens beitragen.

In Kästchen „Sonderfälle“ ist einer der folgenden Codes anzugeben:

- “2” wenn in der Erklärung die Vergünstigung für die **Dozenten und Forscher** in Anspruch genommen wird, die gelegentlich im Ausland ihren Wohnsitz haben und eine nachgewiesene Forschungs- oder Lehrtätigkeit im Ausland bei öffentlichen oder privaten Forschungszentren oder Universitäten für wenigstens zwei fortlaufende Jahre ausgeübt haben, und die ihre Tätigkeit ausüben, und somit steuerrechtlich ihren Steuerwohnsitz im Staatsgebiet (Art. 44, Abs. 1 des Gesetzesdekrets Nr. 78 vom 31. Mai 2010, geändert durch den Art. 1, Abs. 149 des Gesetzes Nr. 232 vom 11. Dezember 2016) haben. Die Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit tragen in Höhe von 10% zur Bildung des Gesamteinkommens bei. Die Steuererleichterung wird im Steuerzeitraum angewandt, in dem der Forscher physisch und steuerlich auf dem Staatsgebiet ansässig wird, und in den fünf nachfolgenden Steuerzeiträumen, vorausgesetzt, der Steuerwohnsitz bleibt in Italien.
- “4” wenn in der Erklärung die Steuererleichterung in Anspruch genommen wird, die für aus dem Ausland nach Italien **zurückgezogene Beschäftigte** vorgesehen ist. Wenn eine der von Art. 16 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 147 vom 14. September 2015 und vom Art. 1, Abs. 150 und 151 des Gesetzes Nr. 232 vom 11. Dezember 2016 vorgesehenen Vorbedingungen vorliegt, tragen die Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit zur Bildung des Gesamteinkommens in der Höhe von 50 % bei.
- “6” wenn Sie in Ihrer Erklärung die für ausländische, nicht selbständige Arbeiter vorgesehene Steuerbegünstigung in Anspruch nehmen (Art. 16, Absatz 1, der Gesetzesverordnung Nr. 147 vom 14. September 2015), wonach Einkommen aus nicht selbständiger Arbeit und gleichgewichtete Einkommen zur Bildung des Gesamteinkommens beitragen können, allerdings nur bis zu 30% ihres Betrages. Für nicht selbstständige Arbeiter, die zwischen dem 30. April 2019 und dem 2. Juli 2019 nach Italien zurückgekehrt sind, unterliegt die Inanspruchnahme dieser Leistung dem Erlass des Ministerialdekrets gemäß Absatz 2 des Art. 13-ter des Gesetzesdekrets Nr. 124 vom 26. Oktober 2019, umgewandelt, mit Änderungen, durch Gesetz Nr. 157 vom 19. Dezember 2019.
- “8” wenn Sie in Ihrer Erklärung die Steuerbegünstigung für ausländische, nicht selbständige Arbeiter in Anspruch nehmen (Art. 16, Absatz 5-bis, der Gesetzesverordnung Nr. 147 vom 14. September 2015), wonach Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit und gleichgewichtete Einkommen zur Bildung des Gesamteinkommens beitragen können, allerdings nur bis zu 10% ihres Betrages, und Ihren Wohnsitz in eine der folgenden Regionen verlegt haben: Abruzzen, Molise, Kampanien, Apulien, Basilikata, Kalabrien, Sardinien und Sizilien. Für nicht selbständige Arbeiter, die vom 30. April 2019 bis zum 2. Juli 2019 nach Italien zurückgekehrt sind, unterliegt die Inanspruchnahme dieser Steuererleichterung dem Erlass des Ministerialdekrets gemäß Absatz 2 des Artikels 13-ter des Gesetzesdekrets Nr. 124 vom 26. Oktober 2019, das mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 157 vom 19. Dezember 2019 umgewandelt wurde.
- “9” wenn Sie ab dem 30. April 2019 Ihren Wohnsitz nach Italien verlegt haben und in der Erklärung die Steuererleichterung in Anspruch nehmen, die für die aus dem Ausland nach Italien **zurückkehrenden Arbeitnehmer** gemäß Artikel 16 Absatz 5-quater des Gesetzesdekrets Nr. 147 vom 14. September 2015 (in der bis zum 20. Mai 2022 geltenden Fassung) vorgesehen ist, da Sie Profisportler sind. In diesem Fall tragen die Einkommen aus nicht selbständiger Arbeit und gleichgewichtete Einkommen, begrenzt auf 50% ihrer Höhe, zur Bildung des Gesamteinkommens bei. L’opzione per questo regime agevolato comporta il versamento di un contributo pari allo 0,5% della base imponibile. Die Wahl dieses begünstigten Steuersystems bringt die Zahlung eines Beitrags in Höhe von 0,5% der Steuerbemessungsgrundlage mit sich. Die Inanspruchnahme dieser Steuerbegünstigung unterliegt dem Erlass des o.g. Ministerialdekrets vom 26. Januar 2021.

Diese Regelung gilt weiterhin für Einkünfte aus Verträgen, die am 20. Mai 2022 bestehen, und bis zu deren natürlichem Ablauf.

Für Sportverträge, die am oder nach dem 21. Mai 2022 abgeschlossen werden, ist es nicht möglich, eine der im oben genannten Artikel 16 des Gesetzesdekrets Nr. 147 von 2015 vorgesehenen Vergünstigungen in Anspruch zu nehmen, außer in den folgenden Fällen:

- die Einkünfte aus den genannten sportlichen Arbeitsverhältnissen werden in vom CONI anerkannten Sportarten erzielt, in denen die nationalen Referenzsportverbände und die einzelnen Profiligen bis zum Jahr 1990 den Status eines Profis erreicht haben, der Steuerpflichtige das 20. Lebensjahr vollendet hat und die Gesamteinkünfte des Steuerpflichtigen 1.000.000 € übersteigen;
- die Einkünfte aus den genannten sportlichen Arbeitsverhältnissen werden in vom CONI anerkannten Sportarten erzielt, in denen die nationalen Referenzsportverbände und die einzelnen Profiligen nach dem Jahr 1990 den Status eines Profis erreicht haben, der Steuerpflichtige das 20. Lebensjahr vollendet hat und die Gesamteinkünfte des Steuerpflichtigen 500.000 € übersteigen

In diesen beiden Fällen tragen die in Artikel 16 Absatz 1 des Gesetzesdekrets Nr. 147 von 2015 genannten Einkünfte zur Bildung des Gesam-

teinkommens bei, das auf 50 % der Steuerbemessungsgrundlage begrenzt ist. Für sportliche Arbeitsverhältnisse, auf die die in Artikel 16 des Gesetzesdekrets Nr. 147 von 2015 vorgesehene Regelung anwendbar ist, führt die Ausübung der Option für die darin vorgesehene erleichterte Regelung zur Zahlung eines Beitrags in Höhe von 0,5 Prozent der Steuerbemessungsgrundlage. Ein Dekret des Präsidenten des Ministerrats legt auf Vorschlag der beauftragten Regierungsbehörde für Sport im Einvernehmen mit dem Wirtschafts- und Finanzminister die Kriterien und Modalitäten für die Anwendung des Absatzes 5-Quater des Artikels 16 des Gesetzesdekrets Nr. 147 von 2015 unter Bezugnahme auf den Erlass des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen gemäß Absatz 3 desselben Artikels 16.

In gewöhnlichen Fällen wird die in den Codes "2" bis "9" genannte Leistung direkt vom Arbeitgeber anerkannt. Daher ist dieses Feld nur in dem besonderen Fall auszufüllen, in dem der Arbeitgeber die Steuererleichterung nicht anerkennen konnte und der Steuerzahler diese direkt in der vorliegenden Steuererklärung in Anspruch nehmen möchte, vorausgesetzt er erfüllt die gesetzlichen Bedingungen. In diesem Fall ist das Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit, von sämtlichen Abzügen bereinigt, in den Zeilen RC1 bis RC3 anzugeben.

In den Anmerkungen der Einheitlichen Bescheinigung 2023 wird der nicht zu versteuernde Teil angegeben, wenn das Substitut die Ermäßigung nicht vorgenommen hat. Die Höhe dieser Einkommen, anzugeben mit:

Code BC für Dozenten und Hochschulforscher;

Code BD für aus dem Ausland zurückkehrende Arbeiter;

Code CQ für aus dem Ausland zurückkehrende Arbeiter, die die Senkung um 70 Prozent des Einkommens aus Beschäftigung und gleichgestellter Arbeit in Anspruch nehmen wollen (Code 6);

Code CR für aus dem Ausland zurückkehrende Arbeiter, die Ihren Wohnsitz in eine der folgenden Regionen verlegt haben: Abruzzen, Molise, Kampanien, Apulien, Basilikata, Kalabrien, Sardinien und Sizilien und die die Senkung um 90 Prozent des Einkommens aus Beschäftigung und gleichgestellter Arbeit in Anspruch nehmen wollen (Code 8).

Code CS für aus dem Ausland zurückkehrende Profisportler, die ihren Wohnsitz ab dem 30. April 2019 nach Italien verlegt haben. Weitere Informationen zum Besteuerungssystem für Rückkehrer entnehmen Sie bitte dem Rundschreiben Nr. 33/E vom 28. Dezember 2020.

"10" wenn die absetzbaren Höchstbeträge überschritten werden in Bezug auf die Beiträge für die Zusatzvorsorge, die in mehreren, nicht verrechneten Vordrucken der einheitlichen Bescheinigung ausgewiesen sind. In diesem Fall ist in die Zeilen RC1 bis RC3 das Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit zu übertragen, und zwar um den in Abzug gebrachten Teil der Beiträge erhöht, der die vorgesehenen Höchstgrenzen übersteigt.

"11" im Fall bei der Steuererklärung man die ordentliche Besteuerung der als zeitweiliger ergänzender Vorbezug (RITA) bezogenen Summe auswählt. In diesem Fall in der Spalte 1 der Zeile von RC1 bis RC3 ist der Code 2 anzugeben und in der Spalte 3 der Betrag anzugeben, der unter dem Code AX in den Bemerkungen der Einheitlichen Bescheinigung 2023 angegeben wird. In der Spalte 1 de Zeile RC6 ist die Nummer der Tage anzugeben, die in den Bemerkungen der Einheitlichen Bescheinigung 2023 unter dem Code AX angegeben wird und in der Spalte 6 der Zeile RC10 ist der Betrag der Ersatzvorsteuer, der in den Bemerkungen der Einheitlichen Bescheinigung 2023 unter dem Code AX angegeben wird.

"12" wenn die in Code "9" genannte Steuerbegünstigung vom Arbeitgeber anerkannt wurde. In diesem Fall ist in Nummer 462 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 Code 9 angegeben.

"13" wenn Sie Ihren Wohnsitz vor dem 30. April 2019 nach Italien verlegt haben und trotz der Ausübung der in der Verfügung des Direktors der Steuerbehörde vom 3. März 2021 (mit Korrigendum vom 24. Juni 2021) vorgesehenen Option in Ihrer Erklärung die Steuerermäßigung von 50 % in Anspruch nehmen.

"14" wenn der Steuerpflichtige seinen Wohnsitz vor dem 30. April 2019 nach Italien verlegt hat und trotz der Ausübung der in der Verfügung des Direktors der Steuerbehörde vom 3. März 2021 (berichtigt durch das Korrigendum vom 24. Juni 2021) vorgesehenen Option die Steuerermäßigung von 10 % in der Erklärung in Anspruch nimmt.

"15" wenn der Steuerpflichtige seinen Wohnsitz bereits vor 2020 nach Italien verlegt hat und am 31. Dezember 2019 die Regelung für die Rückkehr von Dozenten und Wissenschaftlern in Anspruch nimmt, obwohl er die in der Maßnahme des Direktors der Agentur der Einnahmen vom 31. März 2022 genannte Option in Anspruch genommen hat, kann er in seiner Erklärung den Steuerabzug in Höhe von 90 % geltend machen.

In der Regel wird die unter den Codes "13", "14" und "15" genannte Leistung direkt vom Arbeitgeber gewährt. Dieses Feld ist daher nur dann auszufüllen, wenn der Arbeitgeber die Leistung nicht anerkennen konnte und der Steuerpflichtige beabsichtigt, sie bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen direkt in dieser Steuererklärung in Anspruch zu nehmen. In diesem Fall muss das Einkommen des Arbeitnehmers in den Zeilen C1 bis C3 angegeben werden, und zwar bereits im reduzierten Umfang.

In den Erläuterungen zur einzigen Steuererklärung 2023 wird der nicht steuerpflichtige Anteil angegeben, wenn die Abzugsstelle keine Kürzung vorgenommen hat. Die Höhe dieser Einkünfte wird mit einem Code angegeben:

- CT für vor dem 30. April 2019 ausgewanderte Arbeitnehmer, die die Option zur Reduzierung des Arbeitseinkommens um 50 % für weitere 5 Steuerzeiträume in Anspruch genommen haben (Maßnahme des Direktors der Agentur der Einnahmen vom 3. März 2021, mit Korrigendum vom 24. Juni 2021);

- CU für im Ausland tätige Arbeitnehmer vor dem 30. April 2019, die von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, ihr Arbeitseinkommen für weitere 5 Steuerzeiträume um 90 % zu reduzieren (Erlass des Direktors der Steuerbehörde vom 3. März 2021, mit Korrigendum vom 24. Juni 2021).

- CV für Dozenten und Wissenschaftler, die vor 2020 zurückgekehrt sind und von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, den Zeitraum zu verlängern, in dem sie in den Genuss der 90 %igen Reduzierung des Einkommens aus nichtselbständiger Arbeit kommen können (Erlass des Direktors der Agentur der Einnahmen vom 31. März 2022).

Wenn das Kästchen "Sonderfälle" mit den Codes 2 bis 9 und 12 bis 15 ausgefüllt wurde, ist das Kästchen "Code Ausländischer Staat" im Abschnitt "Steuerzahlerdaten" auf der Titelseite auszufüllen.

ZEILEN RC1 BIS RC3 - EINKOMMEN AUS UNSELBSTSTÄNDIGER ARBEIT UND GLEICHGESTELLTE EINKOMMEN

Spalte 1 (Einkommensart): einen der folgenden Codes angeben, der das Einkommen identifiziert (die Abfassung dieser Spalte ist Pflicht):

"1" Renteneinkommen;

"2" Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit oder gleichgestellter sowie die ergänzenden Rentenzuweisungen (z.B.: Jene aus Rentenfonds gemäß GvD Nr. 252 aus dem Jahr 2005);

"3" für begünstigte gemeinnützige Arbeiten bezogene Vergütungen.

"4" Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit, die kontinuierlich und als ausschließlicher Gegenstand des Arbeitsverhältnisses im Ausland

in Grenzgebieten und in anderen angrenzenden Ländern von Personen geleistet wurde, die ihren Wohnsitz im Staatsgebiet haben.
 '7' Renteneinkommen zugunsten von Hinterbliebenen, die an Waisen bezahlt werden;

Vergütungen für gemeinnützige Arbeiten

Bei von denjenigen, die das von der geltenden Gesetzgebung für die Altersrente vorgesehene Alter erreicht haben, für gemeinnützige Arbeiten bezogenen Vergütungen wird ein **begünstigtes Steuersystem** bei den von der spezifischen Richtlinie vorgesehenen Bedingungen angewandt. Wenn für die Bezüge das vergünstigte Steuersystem in Anspruch genommen wurde, werden in die Einheitliche Bescheinigung 2023 sowohl die von der Besteuerung ausgeschlossenen Bezüge („Steuerfreibetrag“, Punkt 496) als auch die der Besteuerung unterliegenden Bezüge („Steuersatz“, Punkt 497) sowie die vom Arbeitgeber vorgenommenen Steuereinbehalte für die IRPEF (Punkt 498) und die regionale Zusatzsteuer (Punkt 499) übertragen.

In diesem Fall ist anzugeben:

- In Spalte 3 der Zeilen RC1 bis RC3 die Summe des „Steuerfreibetrags“ und die Summe des „Steuersatzes“;
- in der Zeile RC11 den Betrag der Einbehalte Irpef;
- in der Zeile RC12 den Betrag der Einbehalte der einbehaltenen regionalen Zusatzsteuer.

Wenn die Bezüge nicht dem vergünstigten Steuersystem unterliegen, werden die Daten über die bezogenen Vergütungen für gemeinnützige Arbeit nicht in die Einheitliche Bescheinigung 2023 übertragen. Daher unterliegen diese Bezüge dem ordentlichen Steuersystem.

In diesem Fall sind die Bezüge für gemeinnützige Arbeit unter Punkt 1 (unbefristete Arbeit) und/oder 2 (befristete Arbeit) der Einheitlichen Bescheinigung 2023 und die Steuereinbehalte für die IRPEF und die regionale Zusatzsteuer jeweils unter den Punkten 21 und 22 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 anzugeben.

Der Betrag der in Punkt 1 und/oder 2 angegebenen Vergütungen muss in Spalte 3 einer der Zeilen von RC1 bis RC3 übertragen werden, unter Angabe des Codes 2 im entsprechenden Kästchen der Sp. 1, während die Einbehalte der IRPEF und die einbehaltene regionale Zusatzsteuer jeweils in Zeile RC10 Spalten 1 und 2 zu übertragen sind.

Falls Ihr Gesamteinkommen höher ist als Euro 9.296,22 ohne den Abzug für die Hauptwohnung und deren Zubehör, sind die Vergütungen der IRPEF sowie der regionalen und kommunalen Zusatzsteuer der IRPEF zu unterziehen, auch wenn Sie von der erleichterten Regelung profitiert haben die sich aus der Einheitlichen Bescheinigung ergibt (Code 3 in Spalte 1 der Zeilen RC1 bis RC3). Haben Sie nur Vergütungen laut Code 3 bezogen, für welche die Einbehalte im vorgesehenen Ausmaß als Steuer und als regionaler Zuschlag angewandt wurden, sind Sie von der Einreichung der Erklärung befreit.



Siehe im Anhang unter „Arbeiten von sozialem Nutzen“.

Spalte 2 (unbefristet/befristet): füllen Sie diese Spalte aus, wenn Sie ein Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit bzw. Einkommen, die von in Campione d'Italia Ansässigen in Euro erwirtschaftet wurden, angeben (Code 2 in Sp. 1) bzw. Vergütungen für gemeinnützige Arbeiten (Code 3 in Sp. 1) bzw. in Grenzregionen erarbeitete Einkommen (Code 4 in Sp. 1). In diesem Fall ist einer der folgenden Codes anzugeben:

“1” wenn der Arbeitsvertrag unbefristet ist und in der Einheitlichen Bescheinigung der Code „1“ angegeben wurde;

“2” wenn der Arbeitsvertrag befristet ist und in der Einheitlichen Bescheinigung der Code „2“ angegeben wurde;

Spalte 3 (Einkommen): in diese Spalte den Betrag der bezogenen Einkommen übertragen, der in den folgenden Punkten der Einheitlichen Bescheinigung angegeben ist: Punkt 1 (*nichtselbstständige Arbeit und ähnliches im unbefristeten Arbeitsverhältnis*), Punkt 2 (*nichtselbstständige Arbeit und ähnliches im befristeten Arbeitsverhältnis*), Punkt 3 (*Rente*).

Im Fall von vergünstigten gemeinnützigen Arbeiten (Code 3 in Sp. 1) wird zur Abfassung auf den vorhergehenden Abschnitt „Vergütungen für gemeinnützige Arbeiten“ verwiesen.

Wenn in Spalte 1 der Code 4 (**in Grenzregionen erarbeitete Einkommen**) angegeben wurde, den Gesamtbetrag der bezogenen Einkommen einschließlich des steuerbefreiten Anteils übertragen. Bei Vorliegen der Einheitlichen Bescheinigung 2023 den in den Punkten 455 und 456 der Einheitlichen Bescheinigung angegebenen Betrag übertragen und in Spalte 2 jeweils den Code 1 (unbefristete Arbeit) und den Code 2 (befristete Arbeit) eintragen.

Wenn in der Spalte 1 der Code 7 (**Renteneinkommen zugunsten von Hinterbliebenen, die an Waisen bezahlt werden**) angegeben wurde, ist die Spalte 2 nicht auszufüllen und der im Punkt 457 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 angegebene Betrag in der Spalte 3 anzugeben.

Zum Zweck der IRPEF ist der Teil dieser Einkommen besteuert, der 1000 Euro übersteigt. Der steuerbefreite Anteil ist in der Spalte 3 der Zeile RC5 anzugeben.

Wenn einer oder mehrere der Punkte 761 bis 764 in der Einheitlichen Bescheinigung 2023 ausgefüllt sind, müssen die Spalten 1 bis 3 wie folgt ausgefüllt werden:

- wenn in EB 2023 Punkt 761 ausgefüllt ist, geben Sie in Spalte 1 Code "2", in Spalte 2 Code "1" und in Spalte 3 den in Punkt 761 angegebenen Betrag an;
- wenn in EB 2023 Punkt 762 ausgefüllt ist, geben Sie in Spalte 1 Code "2", in Spalte 2 Code "2" und in Spalte 3 den in Punkt 762 angegebenen Betrag an;
- wenn in der EB 2023 Punkt 763 ausgefüllt ist, geben Sie in Spalte 1 Code "1" und in Spalte 3 den in Punkt 763 angegebenen Betrag an;
- wenn in EB 2023 Punkt 764 ausgefüllt ist, geben Sie in Spalte 1 Code "7" und in Spalte 3 den in Punkt 764 angegebenen Betrag an.

In diesen Fällen ist in Spalte 4 Code "5" anzugeben. Dieser Code ist nicht anzugeben, wenn der Steuersubstitut eine nicht zustehende Steuererleichterung gewährt hat.

Wenn Sie im Besitz einer Einheitlichen Bescheinigung 2023 sind, in der Einkünfte aus nicht selbstständiger unbefristeter Arbeit und Renteneinkünfte ausgewiesen sind, für die der Ausgleich erfolgt ist, müssen Sie zwei getrennte Zeilen ausfüllen, wobei die unter den Punkten 1 und 3 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 angegebenen Beträge zu übertragen sind.

Bei Vorliegen einer Einheitlichen Bescheinigung 2023, in der Einkünfte aus nicht selbstständiger befristeter Arbeit und Renteneinkünfte ausgewiesen sind, für die der Ausgleich erfolgt ist, müssen zwei getrennte Zeilen ausgefüllt werden, wobei die unter den Punkten 2 und 3 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 angegebenen Beträge zu übertragen sind.

In beiden Fällen sind in Spalte 1 der Zeile RC6 die Anzahl der nicht selbstständigen Arbeitstage laut Punkt 6 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 und in Spalte 2 die Anzahl der Rententage laut Punkt 7 der Einheitlichen Bescheinigung 2022 zu übertragen.

Bei Vorliegen einer Einheitlichen Bescheinigung 2023, die das von in Campione d'Italia ansässigen Personen in Euro erwirtschaftete Einkommen sowie das Einkommen, für das es nicht möglich ist, die den Einwohnern von Campione d'Italia gewährte Steuererleichterung in Anspruch zu nehmen, be-

scheinigt, müssen getrennte Zeilen auszufüllen, so wie im Folgenden angegeben:

- wenn in EB 2023 Punkt 761 ausgefüllt ist, geben Sie in Spalte 1 Code "2", in Spalte 2 Code "1" und in Spalte 3 den in Punkt 761 angegebenen Betrag an;
- wenn in EB 2023 Punkt 762 ausgefüllt ist, geben Sie in Spalte 1 Code "2", in Spalte 2 Code "2" und in Spalte 3 den in Punkt 762 angegebenen Betrag an;
- wenn in der EB 2023 Punkt 763 ausgefüllt ist, geben Sie in Spalte 1 Code "1" und in Spalte 3 den in Punkt 763 angegebenen Betrag an;
- wenn in EB 2023 Punkt 764 ausgefüllt ist, geben Sie in Spalte 1 Code "7" und in Spalte 3 den in Punkt 764 angegebenen Betrag an.

In diesen Fällen ist in Spalte 4 Code "5" anzugeben. Dieser Code ist nicht anzugeben, wenn der Steuersubstitut eine nicht zustehende Steuererleichterung gewährt hat.

- wenn in EB 2023 Punkt 771 ausgefüllt ist, geben Sie in Spalte 1 Code "2", in Spalte 2 Code "1" und in Spalte 3 den in Punkt 771 angegebenen Betrag an;
- wenn in EB 2023 Punkt 772 ausgefüllt ist, geben Sie in Spalte 1 Code "2", in Spalte 2 Code "2" und in Spalte 3 den in Punkt 772 angegebenen Betrag an;
- wenn in der EB 2023 Punkt 773 ausgefüllt ist, geben Sie in Spalte 1 Code "1" und in Spalte 3 den in Punkt 773 angegebenen Betrag an.

In diesen Fällen ist in Spalte 4 Code "5" nicht anzugeben.

Spalte 4 (Weitere Daten): einen der folgenden Codes angeben, der die ausländische Quelle der in den vorigen Spalten angegebenen Einkünfte (das Ausfüllen dieser Spalte steht den Steuerzahler zu, welche ihren Wohnsitz in Italien haben und welche im Ausland erzeugte Einkünfte beziehen) identifiziert. Siehe im Anhang den Titel „im Ausland erzeugte Entgelte, Einkommen und Renten“:

Der Code „1“ – **Einkünfte aus ausländischer Quelle**, wenn in der Spalte 1 der Code 1 oder 2 gegeben wird;

Der Code „2“ – **Renten für Hinterbliebenen aus ausländischer Quelle**, wenn in der Spalte 1 der Code 1 oder 7 gegeben wird.

Code „3“ Mitglied von Handwerksgenossenschaften, wenn in Spalte 1 Code 2 oder 4 angegeben wurde und sofern Sie Mitglied einer Handwerksgenossenschaft sind und ein Einkommen gemäß Absatz 114 des Stabilitätsgesetzes 2016 bezogen haben. Der besagte Absatz 114 sieht vor, dass unbeschadet der Sozialversicherungsleistung, für Mitglieder von Handwerksgenossenschaften, die ein Arbeitsverhältnis auf autonomer Basis gemäß Artikel 1 Absatz 3 des Gesetzes Nr. 142 vom 3. April 2001 vorgeben, bei der Einkommenssteuer Artikel 50 des Einheitstextes zur Einkommenssteuer gemäß Präsidialerlass Nr. 917 vom 22. Dezember 1986 und späterer Änderungen angewandt wird.

Code "5" in Euro erwirtschaftete Einkommen der Einwohner von Campione d'Italia. Der Code kann verwendet werden, wenn Sie Anspruch auf diese Steuererleichterung haben und sofern in Spalte 1 Code 4 nicht angegeben ist.

Code "6" Einkünfte, die im Ausland auf kontinuierlicher Basis und als ausschließlicher Gegenstand des Verhältnisses erzielt werden und die auf der Grundlage der jährlich vom Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik festgelegten konventionellen Gehälter bestimmt werden (Artikel 51, Absatz 8-bis, TUIR siehe Anhang "Im Ausland erzielte Gehälter, Einkünfte und Renten").

Zeile RC4 – Summen für Produktivitätsprämien und Betriebswohlfahrt

Diese Zeile ist nur von Arbeitnehmern in der Privatwirtschaft mit einem befristeten oder unbefristeten Arbeitsvertrag auszufüllen, die im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 Vergütungen für Produktivitätsprämien oder Summen bezogen haben, die in Form von Teilhaberschaft an Unternehmensgewinnen ausgezahlt wurden, und die im Steuerjahr 2021 Einkommen aus nichtselbstständiger Arbeit in einer Höhe von nicht über 80.000 Euro erhalten haben.

Ab dem Steuerjahr 2016 wurde ein erleichtertes Steuersystem für aus Gebiets- oder Betriebstarifverträgen entstehende Prämienvergütungen wiedereingeführt, und zwar ab dem Steuerjahr 2017 bis zu einer Gesamthöhe von nicht über

- 3.000 Euro (in diesem Fall sind die Punkte 571 und/oder 591 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 mit den Codes 1 ausgefüllt); die genannte Grenze gilt auch, wenn das Unternehmen die Arbeitnehmer gleichberechtigt in die Arbeitsorganisation auf der Grundlage von Unternehmens- oder Landesarbitraverträgen einbezieht, die nach dem 24. April 2017 abgeschlossen wurden.
- bis zu 4.000 Euro, wenn das Unternehmen seine Angestellten paritätisch in die Organisation der Arbeit einbezieht (in diesem Fall sind die Punkte 571 und/oder 591 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 mit den Codes 2 ausgefüllt) und wenn die Gebiets- oder Betriebstarifverträge bis zum 24. April 2017 abgeschlossen wurden und noch bestehen. Für die nach diesem Zeitpunkt abgeschlossenen Verträge kann die begünstigte Besteuerung bis zu einem Höchstbetrag von 3.000 Euro angewandt werden.

Dieses System sieht die folgende Auszahlung der Prämienvergütungen vor:

- In Form von Vergütungen für Produktivitätsprämien oder Teilhaberschaft an Unternehmensgewinnen, wobei sie in diesem Fall einer Ersatzsteuer von 10 % unterliegen;
- oder, auf Antrag des Arbeitnehmers und wenn dies von den Vertragsbedingungen zweiten Grades vorgesehen ist, in Form von Benefits, wobei diese Leistungen, Arbeiten, Dienste, die dem Beschäftigten in Sachdienstleistungen oder in Form von Spesenrückerstattung ausgezahlt wurden, Zwecken dienen müssen, die, allgemein gesagt, von sozialem Interesse sind. Benefits unterliegen innerhalb der Grenzen des steuererleichterten Prämie keiner Steuer.
- oder, nach Wahl des Arbeitnehmers, in Form von Betriebsautos, Darlehen, zur Nutzung oder zur kostenlosen Nutzung gegebenen Wohnungen oder Gebäuden, oder von Schienenpersonenverkehrsdiensten. Der Wert dieser Leistungen, der im Sinne des Art. 51, Abs. 4 des TUIR bestimmt ist, **wird der ordentlichen Besteuerung unterworfen**, es ist nicht möglich, sie einer Ersatzbesteuerung zu unterwerfen.

Im Allgemeinen wird die Ersatzsteuer direkt von Steuersubstitut angewandt (in diesem Fall sind die Punkte 572 und/oder 592 „Der Ersatzsteuer unterliegende Produktivitätsprämien“ der Einheitlichen Bescheinigung 2023 und die Punkte 576 und/oder 596 „Ersatzsteuer“ oder 577 und/oder 597 „Ausgesetzte Ersatzsteuer“ ausgefüllt), außer in den Fällen, wenn der Arbeitnehmer ausdrücklich schriftlich verzichtet oder, weil der Arbeitgeber festgestellt hat, dass das ordentliche Steuersystem für den Arbeitnehmer günstiger ist (in diesem Fall sind die Punkte 578 und/oder 598 ausgefüllt).

Demzufolge können folgende besondere Situationen eintreten:

- 1) Der Steuerpflichtige **hat Produktivitätsprämien von mehreren Arbeitgebern erhalten und ist im Besitz von mehreren Vordrucken der Einheitlichen Bescheinigung**, die alle nicht verrechnet wurden oder er ist im Besitz von Vordrucken der einheitlichen Bescheinigung, von denen einige verrechnet wurden und andere nicht. Der Steuerzahler könnte somit die Steuervergünstigung für Bezüge über die vorgesehene Grenze hinaus in Anspruch genommen haben. Bei der Einreichung der Steuererklärung muss also die Verrechnung der in den verschiedenen Einheitlichen Bescheinigungen des Steuerpflichtigen angegebenen Beträge vorgenommen werden, um den Betrag der erhaltenen Bezüge, der die Obergrenze von 3000 Euro übersteigt (bis zu 4000, wenn das Unternehmen seine Arbeitnehmer paritätisch in die Organisation der Arbeit im Rahmen von Verträgen einbezieht, die bis zum 24. April 2017 geschlossen wurden), der ordentlichen Besteuerung zu unterziehen.

Falls der Arbeitnehmer auch im Besitz von Einheitlichen Bescheinigungen ist, die von Unternehmen ausgestellt wurden, die ihre Arbeitnehmer paritätisch in Organisation der Arbeit einbezieht, kann die Obergrenze von 4000 € nur angewandt werden, wenn der Betrag oder die Summe der für Produktivitätsprämien erhaltenen Vergütungen, die in diesen Einheitlichen Bescheinigungen angegeben wurden (Summe der Punkte 572, 573, 578 und 579 der Einheitlichen Bescheinigungen mit Code 2 im Punkt 571 und/oder Summe der Punkte 592, 593 und 598 und 599 der Einheitlichen Bescheinigungen mit Code 2 im Punkt 591), höher als 3000 Euro ist. In diesem Fall wird die Steuervergünstigung nur auf die Produktivitätsprämien angewandt, die in den Einheitlichen Bescheinigungen mit dem Code 2 gekennzeichnet sind. Andernfalls kommt die Obergrenze von 3000 Euro zur Anwendung.

Um es dem Steuerzahler zu ermöglichen, die jeweils anzuwendende Grenze festzulegen, muss für jede Einheitliche Bescheinigung im Besitz des Steuerpflichtigen jeweils ein Vordruck ausgefüllt werden.

2) Der Steuerzahler hat Vergütungen von einem oder mehreren Arbeitgebern bezogen und besitzt demnach einen oder mehrere Vordrucke der Einheitlichen Bescheinigung 2023, in der/in denen die Punkte 571 bis 602 ausgefüllt sind, aber der Arbeitgeber hat mangels der erforderlichen Voraussetzungen für diese Bezüge die Ersatzsteuer angewandt. Zum Beispiel hat ein Arbeitnehmer im Jahr 2021 Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit über 80.000 Euro bezogen und erfüllte somit nicht die Voraussetzungen, um die Steuervergünstigung in Anspruch nehmen zu können. In diesem Fall muss der Arbeitnehmer in der Erklärung die erhaltenen Bezüge der ordentlichen Besteuerung unterziehen. Der Steuerpflichtige kann entscheiden, die vom Substitut angewandte Besteuerung zu ändern, wenn er diese für ungünstiger hält, oder wenn für ihn beispielsweise einer der nachfolgenden Umstände zutrifft:

a) Es besteht das Interesse, die für Produktivitätsprämien erhaltenen Bezüge der ordentlichen Besteuerung zu unterziehen, für die der Arbeitgeber die Ersatzsteuer erhoben hat (die Punkte 572, 576, 592 und 596 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 sind ausgefüllt).

In diesem Fall wird der Steuerpflichtige die genannten Bezüge als Beitrag zum Gesamteinkommen einfließen lassen und die einbehaltenen Ersatzsteuern wie IRPEF-Einbehalte als Vorauszahlung dabei berücksichtigen;

b) Es besteht das Interesse, die für Produktivitätsprämien erhaltenen Bezüge der Ersatzbesteuerung zu unterziehen, für die der Arbeitgeber die ordentliche Besteuerung angewandt hat (der Punkt 578 und/oder 598 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 ist ausgefüllt). Eine notwendige Voraussetzung, um diese Option nutzen zu können, ist ein Einkommen aus nichtselbstständiger Arbeit im Jahr 2021 unter 80.000 Euro. In diesem Fall schließt der Steuerpflichtige die genannten Bezüge (bis maximal 3.000 oder 4.000 Euro brutto) nicht in das Gesamteinkommen ein und berechnet für diese Bezüge die Ersatzsteuer in Höhe von 10%.



Achtung! Eine begünstigte Besteuerung auf die aus Produktivitätsprämien einbehaltenen Summen kann nur gewährt werden, wenn zuständigen territorialen Direktion für Arbeit hinterlegt wurden. Tarifverträge zweiten Grades abgeschlossen wurden, die innerhalb von 30 Tagen nach dem Abschluss auf telematischem Weg bei der.



Die Angabe der für Produktivitätsprämien bezogenen Summen in Zeile RC4 ist obligatorisch, da diese Information die korrekte Ermittlung des Zusatzbehandlung gemäß RC14 ermöglicht. Daher muss diese Zeile immer ausgefüllt werden, wenn eine einheitliche Bescheinigung 2023 vorliegt, in der der Punkt 571 und einer der Punkte von 572 bis 579 ausgefüllt ist. Wenn in der Einheitlichen Bescheinigung 2023 die Punkte von 591 bis 602 ausgefüllt sind, muss eine zweite Zeile RC4 ausgefüllt werden, wobei ein weiterer Vordruck der Übersicht RC zu verwenden ist.



Bei einem Vorliegen von mehreren nicht verrechneten Vordrucken der Einheitlichen Bescheinigung, oder mehreren Vordrucken der Einheitlichen Bescheinigung, von denen nur manche verrechnet sind, muss für jede Einheitliche Bescheinigung im Besitz des Steuerpflichtigen jeweils ein Vordruck ausgefüllt werden. Außerdem muss auch dann mehr als ein Vordruck ausgefüllt werden, wenn in der Einheitlichen Bescheinigung die Punkte 591 bis 602 ausgefüllt sind.

Spalte 1 (Code): Der unter Punkt 571 (oder 591) der Einheitlichen Bescheinigung 2023 angegebene Code ist zu übertragen.

In die Einheitlichen Bescheinigung wird Folgendes eingetragen:

- Der **Code 1**, wenn die Obergrenzen der Produktivitätsprämien mit Steuererleichterung 3.000 Euro beträgt.
- Der **Code 2**, wenn die Obergrenzen der Produktivitätsprämien mit Steuererleichterung 4.000 Euro beträgt, weil das Unternehmen seine Arbeitnehmer paritätisch in die Organisation der Arbeit einbezieht, im Rahmen von Verträgen die bis zum 24. April 2017 geschlossen wurden und noch bestehen.

Spalte 2 (Beträge der ordentlichen Besteuerung): Den Betrag angeben, der aus Punkt 578 (oder 598) des Vordrucks der Einheitlichen Bescheinigung 2023 hervorgeht.

Spalte 3 (Beträge der Ersatzbesteuerung): Den Betrag angeben, der aus Punkt 572 (oder 592) des Vordrucks der Einheitlichen Bescheinigung 2023 hervorgeht.

Spalte 4 (Einbehalte der Ersatzbesteuerung): Den Betrag angeben, der aus Punkt 576 (oder 596) des Vordrucks der Einheitlichen Bescheinigung 2023 hervorgeht.

Spalte 5 (Benefit): Den Betrag angeben, der aus Punkt 573 (oder 593) des Vordrucks der Einheitlichen Bescheinigung 2023 hervorgeht.

Spalte 6 (Benefit unter ordentlicher Besteuerung): er sich aus dem Punkt 579 und/oder 599 des Vordrucks der Einheitlichen Bescheinigung 2023 ergebende Betrag angeben.

Spalte 7 (Ordentliche Besteuerung) und 8 (Ersatzbesteuerung):

Es kann entweder nur Spalte 7 oder nur Spalte 8 angekreuzt werden. In keinem Fall dürfen beide mit einem Kreuz versehen werden.

Die Ausfüllen eines der beiden Kästchen ist Pflicht, um die Wahl der Besteuerung von bezogenen Summen für Produktivitätsprämien auszudrücken, sowohl wenn man beabsichtigt, die vom Arbeitgeber angewandte Besteuerung zu ändern, als auch, wenn man diese bestätigen will. Wenn nur die Spalten 1, 5 und/oder 6 ausgefüllt werden, können die Spalten 7 und 8 weggelassen werden.



Bei einem Vorliegen von mehreren nicht verrechneten Vordrucken der Einheitlichen Bescheinigung, oder mehreren Vordrucken der Einheitlichen Bescheinigung, von denen nur manche verrechnet sind, wird die Wahl der Besteuerung von bezogenen Summen für Produktivitätsprämien nur im ersten ausgefüllten Vordruck ausgedrückt.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Arbeitgeber für diese Bezüge die Ersatzsteuer erhoben hat, mit Ausnahme des Falls, in dem der Arbeitnehmer ausdrücklich um die ordentliche Besteuerung gebeten hat oder er festgestellt hat, dass diese günstiger für ihn ist. **Wenn man die vom Arbeitgeber angewandte Besteuerung bestätigen möchte**, sind die nachfolgend angegebenen Anweisungen zu befolgen:

- **Spalte 7:** Das Kästchen ankreuzen, wenn in der Einheitlichen Bescheinigung 2023 der Punkt 578 und/oder 598 ausgefüllt ist (Produktivität-

sprämien, die der ordentlichen Besteuerung unterliegen), und deshalb die ordentliche Besteuerung der für Produktivitätsprämien erhaltenen Summen bestätigt wird;

- **Spalte 8:** Das Kästchen ankreuzen, wenn in der Einheitlichen Bescheinigung 2023 der Punkt 572 und/oder 592 ausgefüllt ist (Produktivitätsprämien, die der Ersatzbesteuerung unterliegen), und deshalb die Ersatzbesteuerung der für Produktivitätsprämien erhaltenen Summen bestätigt wird.

Wenn man die vom Arbeitgeber angewandte Besteuerung ändern möchte, sind die nachfolgend angegebenen Anweisungen zu befolgen

- **Spalte 7:** Das Kästchen ankreuzen, wenn in der Einheitlichen Bescheinigung 2023 der Punkt 572 und/oder 592 ausgefüllt ist (Produktivitätsprämien, die der Ersatzbesteuerung unterliegen), und deshalb die ordentliche Besteuerung der für Produktivitätsprämien erhaltenen Summen, auf die der Arbeitgeber die Ersatzbesteuerung angewandt hat, gewählt wird;
- **Spalte 8:** Das Kästchen ankreuzen, wenn in der Einheitlichen Bescheinigung 2023 der Punkt 578 und/oder 598 ausgefüllt ist (Produktivitätsprämien, die der ordentlichen Besteuerung unterliegen), und deshalb die Ersatzbesteuerung der für Produktivitätsprämien erhaltenen Summen, auf die der Arbeitgeber die ordentliche Besteuerung angewandt hat, gewählt wird.

Mangel an Forderungen (Kästchen der Spalte 9 nicht angekreuzt)

Ist in der Zeile RC4 das Kästchen „Mangel an Forderungen“ (Spalte 9) vorhanden, das von dem Steuerzahler in Mangel an den zur Inanspruchnahme der Steuererleichterungen für die Produktivitätsprämien vorgesehenen Forderungen (z. B. Überschreitung der Einkommensgrenzen bezüglich des vorigen Steuerjahrs bzw. nicht kraft eines Vertrags zweiten Grades bezahlte Produktivitätsprämie) angekreuzt werden kann.

Im Fall das Kästchen angekreuzt ist, sind der Gesamtbetrag der der Ersatzsteuer schon von dem Steuerzahler unterworfenen Summen und der Gesamtbetrag der gewährten Benefits der ordentlichen Besteuerung zu unterwerfen. Die eventuell von dem Steuersubstitut zur Ersatzsteuer einbehaltenen Summen sind als zur Anzahlung einbehaltene Summen zu berücksichtigen und sie fließen mit den anderen getragenen Einhalten in den Betrag der Zeile RN33 der Übersicht RN zusammen.

Wenn das Kästchen der Spalte 9 angekreuzt ist, muss man dann wie folgt fortfahren:
Einkommenssteigerung ermitteln:

$$\text{Gesamtbetrag_Summen_Ersatzsteuer} + \text{Gesamtbetrag_Benefit_Code_1} + \text{Gesamtbetrag_Benefit_Code_2}$$

Der Betrag **Einkommenssteigerung**, wie oben ermittelt, ist den anderen in der Spalte 10 der Zeile RC4 (Einkünfte aus nicht selbständiger und dieser gleichgestellter Arbeit) anzugebenden Beträgen hinzuzurechnen.

Der Betrag von **Gesamtbetrag_Einhalte_Ersatzsteuer** ist den anderen in der Spalte 13 der Zeile RC4 anzugebenden Beträgen hinzuzurechnen.

Vorliegen der Voraussetzungen (Kästchen Spalte 9 angekreuzt)

Der Abs. 184 des Art. 1 des Gesetzes 208 von 2015 sieht vor, dass die Summen und die Werte laut Abs. 4 des TUIR beitragen, die Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit gemäß den hier vorgesehenen Regeln zu bilden, und dass sie der von den Abs. von 182 bis 191 geregelten Ersatzsteuer nicht unterworfen sind, auch wenn dieselbe nach Wahl des Arbeitnehmers teilweise oder vollständig anstelle der Summen laut Abs. 182 genutzt werden. Zum Zweck der steuerlichen Behandlung der Ergebnisprämien müssen daher die Summen und die Werte laut Abs. 4 des Art. 51 TUIR, die nach Wahl des Arbeitnehmers anstelle der Summen für Ergebnisprämien genutzt werden, auch wenn sie betragen, das Gesamteinkommen zu bilden, zum Zweck der Anwendung der Grenze von 3000 (bzw. von 4000) Euro berücksichtigt werden.

Seit diesem Jahr wurde zu diesem Zweck in der Zeile RC4 das Feld „Benefit ordentliche Besteuerung“ (Spalte 6) vorgesehen, in dem diese Werte zu übergeben sind, nachdem man sie von der von dem Steuersubstitut ausgestellten Einheitlichen Bescheinigung genommen hat.

Wenn das Kästchen von der Spalte 9 nicht angekreuzt ist, muss man wie folgt fortfahren.

Gesamtsumme Prämie Code 2 für jede Zeile RC4, für die in der Spalte 1 der Code 2 angegeben ist, die folgenden Beträge addieren:

RC4 Spalte 2 + RC4, Spalte 3 + RC4, Spalte 5 + RC4 Spalte 6 (es wird daran erinnert, dass sich die Spalten 2 und 3 bezüglich der einzelnen Zeile gegenseitig ausschließen)

Zur Ermittlung des Höchstbetrags der Steuererleichterung, ist wie nachfolgend beschrieben vorzugehen:

Wenn **Gesamtsumme Prämie Code 2** kleiner oder gleich 3.000 ist, **Obergrenze = 3.000**

- Wenn **Gesamtsumme Prämie Code 2** zwischen 3.001 und 4.000 liegt (extremer Kompromiss),

Obergrenze = Gesamtsumme Prämie Code 2

- Wenn **Gesamtsumme Prämie Code 2** größer als 4.000 ist

Obergrenze Steuererleichterung = 4.000.

Obergrenze Steuererleichterung = Obergrenze – Gesamtbetrag Benefit Code 1 ordentliche Besteuerung – Gesamtbetrag Benefit Code 2 ordentliche Besteuerung

Wenn die **Gesamtsumme_Benefit_Code_1** (wie oben ermittelt) mehr als 3.000 Euro beträgt, gilt es der Reihe nach folgendes zu ermitteln:

- **Benefit_Code_1_Überschuss = Gesamtsumme_Benefit_Code_1 - 3.000**

- **ist der Betrag Gesamtsumme_Benefit_Code_1 auf 3.000 abzurunden**

Gesamtsumme_Benefit = Gesamtsumme_Benefit_Code_1 + Gesamtsumme_Benefit_Code_2

Zur Verwaltung der für Produktivitätsprämien ausgezahlten Summen müssen die folgende Situationen berücksichtigt werden:

- die ausgedrückte Wahl für die Art der Besteuerung (Spalte 7 ordentliche Besteuerung oder Spalte 8 Ersatzbesteuerung); Wahl für die Art der Besteuerung (Spalte 6 ordentliche Besteuerung oder Spalte 7 Ersatzbesteuerung);
- Höhe des schon vom Arbeitgeber der Ersatzbesteuerung unterzogenen und in Spalte 3 angegebenen Betrags;
- Höhe der in Spalte 5 angegebenen Benefits.

Um sowohl die korrekte Zusammensetzung des Gesamteinkommens zu ermitteln, falls man bei der Erklärung die Art der vom Steuersubstitut angewandten Besteuerung ändern möchte, als auch zur Ermittlung der Ersatzsteuer, muss auf folgende Weise vorgegangen werden:

Ermitteln Fassungsvermögen Steuererleichterung

Wenn *Gesamtsumme_Benefits* größer als *Obergrenze_Steuererleichterung* ist:

Obergrenze_Steuererleichterung ist gleich Null.

In diesem Fall wird der den Benefit übersteigende Anteil der ordentlichen Besteuerung unterzogen und folgende Berechnung ist auszuführen:

$$\text{Einkommenszuwachs} = \text{Gesamtsumme_Benefits} - \text{Obergrenze_Steuererleichterung} + \text{Benefit_Code_1_überschüssig}$$

Der wie oben ermittelte Betrag *Einkommenszuwachs* muss mit den anderen Einkünften zusammengezählt werden und in der **Spalte 10 der Zeile RC4** (des ersten Vordrucks) eingetragen werden.

Wenn *Gesamtsumme_Benefits* geringer als oder gleich *Obergrenze_Steuererleichterung* ist:

$$\text{Fassungsvermögen_Steuererleichterung} = \text{Obergrenze_Steuererleichterung} - \text{Gesamtsumme_Benefits}$$

$$\text{Einkommenszuwachs} = \text{Benefit_Code_1_überschüssig}$$

Der wie oben ermittelte Betrag *Einkommenszuwachs* muss mit den anderen Einkünften zusammengezählt werden und in der **Spalte 10 der Zeile RC4** (des ersten Vordrucks) eingetragen werden.

OPTION ORDENTLICHE BESTEUERUNG (Spalte 7 der Zeile RC4 angekreuzt)

In diesem Fall muss der Betrag *Gesamtsumme_Ersatzsteuer* in die **Spalte 10 der Zeile RC4** (des ersten Vordrucks) übertragen werden.

Der Betrag *Gesamtsumme_Ersatzsteuer* muss in die **Spalte 13 der Zeile RC4** übertragen werden.

Option Ersatzsteuer (Spalte 8 der Zeile RC4 ausgefüllt) und Betrag von Gesamtsumme_Ersatzsteuer kleiner oder gleich Fassungsvermögen_Steuererleichterung

- Ermittlung des der Ersatzsteuer unterliegenden Betrags
- $\text{Fassungsvermögen_Ersatzsteuer} = \text{Fassungsvermögen_Steuererleichterung} - \text{Gesamtsumme_Ersatzsteuer}$
- Ermitteln Betrag *Ersatzsteuer* ist gleich dem geringeren Betrag von *Fassungsvermögen_Ersatzsteuer* und *Gesamtsumme_Ordentliche_Besteuerung*
- Ermittlung des von den Beträgen abzuziehenden Einkommens, die zur Bildung der Spalte 10 der Zeile RC4 (des ersten Vordrucks) beitragen
- Von der Summe der Einkünfte aus nicht selbständiger und dieser gleichgestellter Arbeit, die zur Bildung der Spalte 10 der Zeile RC4 (des ersten Vordrucks) beitragen, ist der **Betrag Ersatzsteuer** abzuziehen

Es wird klargestellt, dass das Ergebnis auf null zurückzuführen ist, falls es negativ wäre Steuerbemessungsgrundlage und Ersatzsteuer

- Ermitteln Steuerbemessungsgrundlage *Ersatzsteuer* = Betrag *Ersatzbesteuerung* + *Gesamtsumme_Ersatzsteuer* (zurückführen auf **Fassungsvermögen_Steuererleichterung**, wenn das Ergebnis höher ist)
- Ermitteln *Ersatzsteuer* = Steuerbemessungsgrundlage *Ersatzsteuer* x 0,10
- Ermitteln = *Ersatzsteuer* – *Gesamtsumme_Einbehalte_Ersatzsteuer*

Wenn der Wert A positiv ist, ist dieser Betrag in Spalte 12 der Zeile RC4 zu übertragen. Dieser Betrag muss unter Verwendung des geeigneten Abgabencodes, mit denselben Modalitäten und denselben Fristen gezahlt werden, die für Saldozahlung der Einkommensteuer vorgesehen sind.

Wenn der Wert A hingegen negativ ist, ist der absolute Wert dieses Betrags (ohne negatives Vorzeichen) in der Spalte 13 der Zeile RC4 einzutragen.

Option Ersatzsteuer (Spalte 8 der Zeile RC4 ausgefüllt) und Betrag von Gesamtsumme_Ersatzsteuer größer als Fassungsvermögen_Steuererleichterung

Bemessung des Einkommens, das den anderen **Beträgen hinzuzurechnen** ist, die beitragen, die **Spalte 10 der Zeile RC4** (des ersten Vordrucks) zu bilden.

Bestimmen Sie den Wert **Betrag_ordentliche_Besteuerung** = *Gesamtsumme_Beträge_Ersatzsteuer* - **Fassungsvermögen_Steuererleichterung**

Zum oben ermittelten **Betrag_ordentliche_Besteuerung** sind die anderen in Spalte 10 der Zeile RC4 anzugebenden Beträge hinzuzufügen.

Bitte beachten Sie, dass falls der Betrag aus der Zeile *Gesamtsumme_Einbehalte_Ersatzsteuer* den des **Fassungsvermögen_Steuererleichterung** nicht übersteigt, den anderen Einkommen in **Spalte 10 der Zeile RC4** keine Beträge hinzuzufügen sind.

Ersatzsteuer

$$\text{Ermitteln A} = (\text{Fassungsvermögen_Steuererleichterung} \times 0,10) - \text{Gesamtsumme_Einbehalte_Ersatzsteuer}$$

Wenn der Wert A positiv ist, ist dieser Betrag in Spalte 12 der Zeile RC4 zu übertragen. Dieser Betrag muss unter Verwendung des geeigneten Abgabencodes, mit denselben Modalitäten und denselben Fristen gezahlt werden, die für Saldozahlung der Einkommensteuer vorgesehen sind.

Wenn der Wert A hingegen negativ ist, ist der absolute Wert dieses Betrags (ohne negatives Vorzeichen) in der Spalte 13 der Zeile RC4 einzutragen.

Zeile RC5 Gesamtbetrag

Spalte 1 (Befreiter Anteil Grenzarbeitnehmer) Die in Grenzgebieten erzielten Einkommen sind für den Teil IRPEF-steuerpflichtig, der über 7.500 Euro liegt.

In dieser Spalte den befreiten Anteil des Einkommens angeben. Wenn das im Grenzgebiet erzeugte Einkommen (Code 4 in Spalte 1 der Zeilen von RC1 bis RC3) höher oder gleich ist als 7.500 Euro, sind 7.500 Euro anzugeben; liegt dieses Einkommen unter 7.500 Euro, ist in dieser Spalte das gesamte Einkommen anzugeben, da es vollständig befreit ist. Bei mehreren, im Grenzgebiet erzeugten Einkommen ist wie folgt vorzugehen, um den Betrag des befreiten Einkommensanteils festzulegen:

- den "Gesamtbetrag der Einkommen aus Grenzgebieten" berechnen, welcher der Summe der in Spalte 3 der Zeilen von RC1 bis RC3 ange-

- gebenen Beträge entspricht, für die in Spalte 1 der Code 4 eingetragen wurde;
- ist der "Gesamtbetrag der Einkommen aus Grenzgebieten" höher oder gleich 7.500 Euro, muss in Spalte 1 der Zeile RC5 6.700 angegeben werden;
- ist der "Gesamtbetrag der Einkommen aus Grenzgebieten" niedriger als 7.500 Euro, muss in Spalte 1 der Zeile RC5 der "Gesamtbetrag der Einkommen aus Grenzgebieten" angegeben werden.

Spalte 2 (steuerbefreiter Anteil nicht selbständiger Campione d'Italia)

In dieser Spalte ist der steuerbefreite Anteil der Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit von Campione d'Italia; siehe zu diesem Punkt die Anweisungen der Abteilung VII der Zeile RP90 in Euro erzielte Einkünfte Campione d'Italia.

Spalte 3 (steuerbefreiter Anteil Renten) In dieser Spalte den steuerbefreiten Anteil des Renteneinkommens angeben.

Für den steuerbefreiten Anteil des Renteneinkommens von Campione d'Italia siehe die Anweisungen der Abteilung VII der Zeile RP90 in Euro erzielte Einkünfte Campione d'Italia.

In **Spalte 5** ist das Ergebnis der folgenden Berechnung zu übertragen:

$$RC1 + RC2 + RC3 + RC4 \text{ Sp. } 10 - RC4 \text{ Sp. } 11 - RC5 \text{ Spalte } 1 - RC5 \text{ Sp. } 2 - RC5 \text{ Spalte } 3$$

In **Spalte 4** die Summe der Einkünfte aus den Zeilen von RC1 bis RC3 anführen, für welche in Spalte 1 dieser Zeilen der Code 3 angeführt wurde. In diesem Fall sind für die Berechnung des Betrages, der in Spalte 5 der Zeile RN1 zu übertragen ist, die Anleitungen im Anhang unter "begünstigte Arbeiten im sozialen Bereich" durchzulesen.

Wenn Sie keinen Betrag in der Spalte 4 angegeben haben, muss der in der Spalte 5 angegebene Betrag zusammen mit eventuellen anderen Einkommen in die Spalte 5 der Zeile RN1 übertragen werden.

Für diese Berechnung kann die "Zusammenfassende Übersicht der Einkünfte und Einbehalte" in den Anleitungen zur Abfassung der Übersicht RN verwendet werden.

Zeile RC6 Arbeitszeitraum

In dieser Zeile den Arbeitszeitraum in Bezug auf die in den Zeilen RC1 bis RC3 angegebenen Einkommen angeben. Insbesondere:

- In **Spalte 1** ist die Anzahl der Tage nicht selbständiger oder dieser gleichgestellten Arbeit anzugeben (365 für das ganze Jahr). Es sind in jedem Fall die Festtage, die wöchentlichen Ruhetage und die anderen Arbeitstage einzuschließen. Abzuziehen sind die Tage, für welche keine, auch nicht eine aufgeschobene Entlohnung zusteht (zum Beispiel: bei Abwesenheit durch Wartestand ohne Entlohnung).
- Im Falle einer Teilzeitarbeit stehen die Steuerabsatzbeträge auf den vollen Betrag zu, auch wenn die Arbeitsleistung nur im verminderten Ausmaß geleistet wird.



Siehe im Anhang unter "Arbeitszeitraum - Sonderfälle".

- Wenn Sie nur eine Zeile ausgefüllt haben, weil Sie nur ein Beschäftigungsverhältnis hatten, ist die unter Punkt 6 der einheitlichen Bescheinigung 2023 angegebene Ziffer zu übertragen.
- Wenn nur das gleichgestellte Einkommen bezüglich des zeitweiligen Vorbezugs angegeben wurde, die Nummer der Tage angeben, die in den Bemerkungen der Einheitlichen Bescheinigung 2023 unter dem Code AX angegeben wurde.



Wurden mehrere Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit oder dieser gleichgestellten Arbeit angeführt, ist in dieser Spalte die gesamte Anzahl der Tage der verschiedenen Zeiträume anzugeben, wobei zu berücksichtigen ist, dass gleichzeitige Zeiträume nur einmal berechnet werden können.

Arbeiten von sozialem Nutzen

Wurden in den Zeilen von RC1 bis RC3 außer den Einkünften für abhängige Arbeit auch Vergütungen für Arbeiten von sozialem Nutzen angeführt, entsprechen die Tage, die in diese Spalte übertragen werden müssen folgenden Beträgen:

- Der Summe der Tage, die unter Punkt 6 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 in Bezug auf die Einkünfte aus nicht selbständiger und gemeinnütziger Arbeit angegeben sind, wenn für diese Bezüge nicht das vergünstigte Steuersystem in Anspruch genommen wurde;
- nur der Anzahl der Arbeitstage als Arbeitnehmer, die aus Punkt 6 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 übertragen wurden, wenn Sie für die Einkünfte aus gemeinnütziger Arbeit das vergünstigte Steuersystem in Anspruch nehmen (Code „3“ in Spalte 1 der Zeilen RC1 bis RC3).

Wenn Sie im Besitz einer verrechneten Einheitlichen Bescheinigung 2023 sind, in der neben den Einkünften aus nicht selbständiger Arbeit auch die Einkünfte aus gemeinnütziger Arbeit bescheinigt werden, und Sie das vergünstigte Steuersystem in Anspruch nehmen, ist in dieser Spalte die Anzahl der Tage in Bezug auf die Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit anzugeben, d. h., ausgenommen der Tage in Bezug auf die Einkünfte aus gemeinnütziger Arbeit;

- In **Spalte 2** ist die Anzahl der Tage des Zeitraumes der Rente anzugeben, für den ein Steuerabzug zusteht (365 für das ganze Jahr). Wenn Sie nur ein Renteneinkommen angegeben haben, können Sie die angegebene Anzahl der Tage in Punkt 7 der Einheitlichen Bescheinigung 2022 berücksichtigen. Haben Sie Einkünfte aus mehreren Renten angeführt, ist in Spalte 2 die Anzahl aller Tage anzugeben, wobei berücksichtigt werden muss, dass die Tage innerhalb gleichzeitiger Zeiträume nur einmal angegeben werden können.



Wenn sowohl Einkommen aus unselbständiger Arbeit als auch Renteneinkommen vorhanden sind, darf die Summe der in Spalte 1 und in Spalte 2 übertragenen Tage nicht höher als 365 sein, wobei zu berücksichtigen ist, dass die gleichzeitig fallenden nur ein Mal angegeben werden.

ABSCHNITT II - Sonstige Einkünfte, die Jenen aus nicht selbständiger Arbeit gleichgestellt sind

In diesem Abschnitt müssen Sie die Einkünfte angeben, die der nicht selbständigen Arbeit gleichgestellt sind, für die der Abzug nicht im Verhältnis zum Beschäftigungszeitraum zusteht. Wenn die Einheitliche Bescheinigung 2023 vorliegt, wird der Betrag der Einkünfte in Punkt 4 oder Punkt 5 übertragen. Für

diese Steuerabzüge wird auf die entsprechenden Anweisungen in Bezug auf Zeile RN7 der Spalten 3 und 4 verweisen. Insbesondere ist in den Zeilen RC7 bis RC8 anzugeben:

- a) Die vom Ehegatten bezogenen regelmäßigen Zahlungen einschließlich der Beträge, die für Ausgaben als Mietzins und Wohnkosten durch richterlichen Beschluss festgesetzt wurden, und die regelmäßig vom ehemaligen Ehegatten bezogen werden (s.g. „Wohnungszuschuss“) sowie Beträge bis zu einem Höchstbetrag von 800 € zugunsten des bedürftigen Elternteils, die von der Ministerratspräsidentenschaft gewährt werden. Da-von ausgenommen sind Unterhaltszahlungen für Kinder aufgrund von legaler Trennung, Scheidung oder Annullierung der Ehe. Es ist wichtig zu wissen, dass im Fall, dass die Justizbehörde keine Unterscheidung zwischen der für den Gatten bestimmten regelmäßigen Zahlung und den Unterhaltszahlung für Kinder vornimmt, die Zahlung oder der „Wohnungszuschuss“ dem Ehegatten zur Hälfte des Betrags zugedacht sind;
- b) die regelmäßigen Abfindungen jeglicher Art, die weder aus Kapitalvermögen noch aus der Arbeit stammen (ausgenommen die Dauerrenten), die testamentarischen Abfindungen, die Unterhaltsabfindungen usw. eingeschlossen;
- c) die von den staatlichen Verwaltungen und von den öffentlichen Gebietskörperschaften für die Ausübung öffentlicher Ämter ausbezahlten Entgelte und Entschädigungen. Darunter fallen auch jene, die an Kommissionen entrichtet wurden, dessen Einrichtung vom Gesetz vorgesehen ist (Baukommissionen, Gemeindegemeinschaften, Gemeindegemeinschaften usw.);
- d) die an die Steuerrichter und an die Sachverständigen des Aufsichtsgerichtes entrichteten Vergütungen;
- e) die für die parlamentarische Tätigkeit und für gewählte öffentliche Ämter (Regional-, Landes-, Gemeinderat) bezogenen Vergütungen und Leihrenten sowie die von den Verfassungsrichtern bezogenen Vergütungen;
- f) die Leihrenten und die auf begrenzte Zeit entrichteten Renditen auf Grund der eingezahlten Beträge. Renditen infolge der Verträge, die vor dem 31. Dezember 2000 abgeschlossen wurden, stellen ein Einkommen von 60 Prozent des bezogenen Bruttogesamtbetrages dar. Renditen infolge der Verträge nach diesem Datum, werden gänzlich zum Einkommen berechnet;
- g) die Vergütungen, die für die, vom beim nationalen Gesundheitsdienst angestellten Personal in dessen Räumen ausgeübte freiberufliche Tätigkeit gemäß Art. 50, Absatz 1, Buch. e) des Einheitstextes der Einkommensteuer (TUIR) gezahlt werden.

Die Renditen und die periodischen Abfindungen werden bis zum Gegenbeweis in dem Ausmaß und innerhalb der Fälligkeit, wie aus den entsprechenden Titeln zu entnehmen ist, als entgegengenommen betrachtet.

ABFASSUNG DER ZEILEN RC7 UND RC8

Spalte 2 (Einkommen): Übertragen Sie den in folgenden Punkten angegebenen Betrag des bezogenen Einkommens:

in **Punkt 4** (andere gleichgewichtete Einkommen) der **Einheitlichen Bescheinigung 2023** oder in Punkt 765, wenn der Steuersubstitut die für Einwohner von Campione d'Italia vorgesehene Steuererleichterung anerkannt hat;

in **Punkt 5** (Regelmäßige Unterhaltszahlungen des Ehepartners) der **Einheitlichen Bescheinigung 2023** oder in Punkt 766, wenn das Steuersubstitut die für Einwohner von Campione d'Italia vorgesehene Steuererleichterung anerkannt hat; In diesen Fällen muss auch das Kästchen in **Spalte 1** "Unterhaltszahlung des Ehepartners" angekreuzt werden.

Geben Sie in **Spalte 3 (Weitere Daten)** folgendes an:

Code "1" für die Entschädigung, die für die intramurale kostenlose Berufstätigkeit des Personals des Nationalen Gesundheitsdienstes gezahlt wird, wenn der Code "R" in Punkt 8 des Abschnitts "Persönliche Daten" der Einzelbescheinigung angegeben ist;

Code "5", der das von in Campione d'Italia ansässigen Personen in Euro erwirtschaftete Einkommen bestimmt, wenn in der EB 2023 die Punkte 765 oder 766 ausgefüllt sind oder sofern Sie in jedem Fall berechtigt sind, diese Steuererleichterung in Anspruch zu nehmen. Dieser Code ist nicht anzugeben, wenn das Steuersubstitut eine nicht zustehende Steuererleichterung gewährt hat.

Bei Vorliegen einer Einheitlichen Bescheinigung 2023, die das von in Campione d'Italia ansässigen Personen in Euro erwirtschaftete Einkommen sowie das Einkommen, für das es nicht möglich ist, die den Einwohnern von Campione d'Italia gewährte Steuererleichterung in Anspruch zu nehmen, bescheinigt, sind getrennte Zeilen auszufüllen, so wie im Folgenden angegeben:

- wenn in der EB 2023 Punkt 765 ausgefüllt ist, ist dieser Betrag in Spalte 2 anzugeben;
- wenn in der EB 2023 Punkt 766 ausgefüllt ist, ist dieser Betrag in Spalte 2 einzutragen und das Kästchen in Spalte 1 muss angekreuzt werden; In solchen Fällen ist in Spalte 3 Code "5" anzugeben. Dieser Code ist nicht anzugeben, wenn das Steuersubstitut eine nicht zustehende Steuererleichterung gewährt hat.
- wenn in der EB 2023 Punkt 774 ausgefüllt ist, ist dieser Betrag in Spalte 2 anzugeben;
- wenn in der EB 2023 Punkt 775 ausgefüllt ist, ist dieser Betrag in Spalte 2 einzutragen und das Kästchen in Spalte 1 muss angekreuzt werden. In diesen Fällen ist in Spalte 3 Code "5" nicht anzugeben.

Zeile RC9: Die Summe der Beträge der Spalte 2 der Zeilen RC7 und RC8 angeben.

Dieser Betrag muss gemeinsam mit eventuellen sonstigen Einkommen in die Spalte 5 der Zeile RN1 übertragen werden. Für diese Rechnung können Sie das „Zusammenfassende Schema der Einkommen und Einbehalte“ verwenden, das in der Anleitung bezüglich der Abfassung der Übersicht RN vorhanden ist.

ABSCHNITT III - Einbehalte auf Einkommen aus unselbstständiger Arbeit und gleichgestellte, Zusatzsteuer IRPEF und regionale und kommunale Zusatzsteuer zur IRPEF

In diesem Abschnitt müssen Sie den Betrag der Einbehalte IRPEF, der regionalen und kommunalen Zusatzsteuer zur IRPEF sowie die Anzahlung der kommunalen Zusatzsteuer zur IRPEF erklären, die vom Arbeitgeber einbehalten wurden.

Zeile RC10

In **Spalte 1** ist der Gesamtbetrag der **IRPEF-Einbehalte** in Bezug auf die in Abschnitt I und II angeführten Einkünfte aus nicht selbstständiger und dieser gleichgestellter Arbeit anzugeben. Der Gesamtbetrag geht aus Punkt 21 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 hervor. In dieser Zeile muss auch der eventuell in Zeile RC4, Spalte 11 angegebene Betrag enthalten sein.

Falls Sie Einkünfte für Arbeiten von sozialem Nutzen mit begünstigter Besteuerung bezogen haben, wird auf die Informationen in Bezug auf den Code 3, Kästchen 1, der Zeilen von RC1 bis RC3 hingewiesen.

Der Betrag dieser Zeile zusammen mit eventuellen sonstigen Einbehalten, muss in die Zeile RN33, Spalte 4 übertragen werden. Für diese Berechnung können Sie das "Zusammenfassende Schema für Einkommen und Einbehalte" verwenden, das in der Anleitung für die Abfassung der Übersicht RN vorhanden ist.

In **Spalte 2** ist der Gesamtbetrag der **regionalen IRPEF-Zusatzsteuer** anzugeben, der in Bezug auf die in Abschnitt I und II angeführten Einkünfte aus nicht selbstständiger und dieser gleichgestellter Arbeit einbehalten wurde. Der Gesamtbetrag geht aus Punkt 22 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 hervor. Der Betrag in dieser Zeile muss auch in die Zeile RV3, Spalte 3 übertragen werden.

Sollten Sie Vergütungen für gemeinnützige Arbeit mit begünstigter Besteuerung bezogen haben, wird auf die Informationen in Bezug auf Code 3, Kästchen 1 der Zeilen RC1 bis RC3 verwiesen.

In **Spalte 3** ist die **Vorauszahlung der kommunalen IRPEF-Zusatzsteuer für das Jahr 2022** anzugeben, die in Bezug auf die in Abschnitt I und II angeführten Einkünfte aus nicht selbstständiger und dieser gleichgestellter Arbeit einbehalten wurde. Der Gesamtbetrag geht aus Punkt 26 der einheitlichen Bescheinigung 2023 hervor. Der Betrag in dieser Zeile muss in die Zeile RV11, Spalte 1 übertragen werden.

In **Spalte 4** ist der **Saldo der kommunalen IRPEF-Zusatzsteuer für das Jahr 2022** anzugeben, der in Bezug auf die in Abschnitt I und II angeführten Einkünfte aus nicht selbstständiger und dieser gleichgestellter Arbeit einbehalten wurde. Der Gesamtbetrag geht aus Punkt 27 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 hervor. Der Betrag in dieser Zeile muss in die Zeile RV11, Spalte 1 übertragen werden.

In **Spalte 5** ist die **Vorauszahlung der kommunalen IRPEF-Zusatzsteuer für das Jahr 2023** anzugeben, die in Bezug auf die in Abschnitt I und II angeführten Einkünfte aus nicht selbstständiger und dieser gleichgestellter Arbeit einbehalten wurde. Der Gesamtbetrag geht aus Punkt 29 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 hervor. Dieser Betrag ist in die Zeile RV17, Spalte 6 zu übertragen.

In **Spalte 6 (Ersatzvorsteuer R.I.T.A.)** den **Gesamtbetrag der Ersatzvorsteuer auf den zeitweiligen ergänzenden Vorbezug angeben**, der in den Bemerkungen der Einheitlichen Bescheinigung 2023 unter dem Code AX angegeben wird. Diese Spalte ist auszufüllen, nur wenn in dem Kästchen „Sonderfälle“ in der Übersicht RC der Code „11“ angegeben wird.

Der Betrag der gegenständlichen Zeile ist in der Zeile RN33, Spalte 4 anzugeben. Zu dieser Berechnung können Sie die „Zusammenfassende Übersicht der Einkünfte und der Vorsteuer“ in den Anweisungen zum Ausfüllen der Übersicht RN benutzen.

ABSCHNITT IV - Einbehalte für Arbeiten von sozialem Nutzen

In diesem Abschnitt sind die IRPEF - Einbehalte und der regionale Zuschlag auf Entgelte anzugeben, die für Arbeiten von sozialem Nutzen bezogen wurden, falls sie das Alter erreicht haben, das für die Altersrente vorgesehene ist.

Zeile RC11: Die **IRPEF – Einbehalte** auf Einkünfte übertragen, die im Abschnitt 1 der Übersicht RC angeführt sind, für welche in Spalte 1, der Code 3 angegeben wurde (Vergütungen für Arbeiten von sozialem Nutzen mit begünstigter Besteuerung). Zur Abfassung dieser Zeile wird auf die Informationen in Bezug auf den Code 3, Kästchen 1, der Zeilen von RC1 bis RC3 hingewiesen.

Zeile RC12: Den **regionalen IRPEF-Zuschlag** in Bezug auf das im Abschnitt 1 der Übersicht RC angeführte Einkommen für welches in Spalte 1, der Code 3 angegeben wurde (Vergütungen für Arbeiten von sozialem Nutzen). Zur Abfassung dieser Zeile wird auf die Informationen in Bezug auf den Code 3, Kästchen 1, der Zeilen von RC1 bis RC3 hingewiesen.

Wenn Sie im Besitz einer verrechneten Einheitlichen Bescheinigung 2023 sind, in der neben den Einkünften aus nicht selbstständiger Arbeit auch die Einkünfte aus gemeinnütziger Arbeit mit begünstigter Besteuerung bescheinigt werden, schlagen Sie im Anhang unter „Begünstigte gemeinnützige Arbeiten“ nach.

ABSCHNITT V - Senkung der Steuerlast auf nichtselbstständige Arbeit

Ab dem 1. Juli 2020 wird Inhabern von Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit und bestimmten gleichgestellten Einkommen einen Betrag gewährt, der als **"Zusatzbehandlung"** bezeichnet wird.

Ab dem 1. Januar 2022 wird sie in Höhe von 1.200 € für Arbeitnehmer anerkannt, deren Steuer, die nur unter Berücksichtigung der Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit und bestimmter gleichgestellter Einkünfte ermittelt wird, höher ist als die Abzüge für die nichtselbstständige Arbeit und deren Gesamteinkommen 15.000 € nicht übersteigt. Wenn die oben genannten Bedingungen erfüllt sind, aber das Gesamteinkommen, das unter Berücksichtigung aller Einkünfte, für die Sie von den Sonderregelungen für Dozenten und Wissenschaftlern und die so genannten "Rückkehrer" profitiert haben, zuzüglich der Einkünfte, die der "cedolare secca" unterliegen, und abzüglich der Einkünfte aus der Hauptwohnung und deren Zubehör, zwischen 15.001 € und 28.000 € liegt, müssen Sie prüfen, ob die Summe bestimmter Abzüge höher ist als die Bruttosteuer in Zeile RN5. Ist diese Bedingung erfüllt, wird die Zusatzbehandlung dennoch in Höhe eines Betrags anerkannt, der auf keinen Fall 1.200 € übersteigt und sich aus der Differenz zwischen der Summe der vorgenannten Abzüge und der Bruttosteuer ergibt.

Bei der Berechnung der tatsächlichen Zusatzbehandlung, die für das Jahr fällig wird, sind folgende Abzüge zu berücksichtigen, die für das Steuerjahr 2022 zustehen:

- Abzüge für Familienlasten;
- Abzüge für abhängige und gleichgestellte Arbeit;
- Abzüge für Zinsen, die für Agrardarlehen oder Krediten zu zahlen sind, die bis zum 31. Dezember 2021 aufgenommen wurden;
- Abzüge für Zinsen für Krediten, die bis zum 31. Dezember 2021 für den Kauf oder den Bau einer als Hauptwohnung zu nutzenden Immobilie aufgenommen wurden
- Abzüge für Gesundheitskosten über 15.493,71 €, die bis zum 31. Dezember 2021 anfallen und in Raten bis zum gleichen Datum gezahlt werden
- Abzüge für Ausgaben für die Renovierung und energetische Sanierung von Gebäuden, die bis zum 31. Dezember 2021 anfallen und in Raten bis zu diesem Datum gezahlt werden;
- alle Abzüge, die in anderen Rechtsvorschriften für die bis zum 31. Dezember 2021 angefallenen Ausgaben und die bis zu diesem Datum geleisteten Ratenzahlungen vorgesehen sind. Es handelt sich insbesondere um die restlichen Raten, die sich aus den Abzügen für die bis zum 31. Dezember 2021 angefallenen Ausgaben ergeben für:
- Interventionen, die für den sogenannten Sisma-Bonus zugelassen sind;
- Interventionen, die für den so genannten Grün-Bonus zugelassen sind;
- Maßnahmen zur Sanierung oder Restaurierung der Fassaden bestehender Gebäude - Fbonusassaden;
- Interventionen für den Kauf und die Installation von Ladeinfrastrukturen für elektrisch betriebene Fahrzeuge;
- Ausgaben für die Einrichtung von renovierten Gebäuden - Möbelbonus;
- Ausgaben für die Einrichtung von Wohnungen für junge Paare;
- Ausgaben für den Erwerb von Wohnungen der Energieklasse A oder B;
- Ausgaben für energiesparende Maßnahmen - Ökobonus;
- Superbonus
- Aufwendungen für die Ablösung von nicht beitragsgedeckten Zeiten (sog. Beitragsruhe)

Für die Zwecke der Zusatzbehandlung tragen die Anteile des einkommensteuerfreien Einkommens, die für Forscher und Universitätsdozenten sowie Rückkehrer vorgesehen sind, zur Bildung des Gesamteinkommens bei, sowie die Höhe der Mieteinnahmen, die der Pauschalsteuer unterliegen.

Die Zusatzbehandlung wird ab Januar direkt vom Arbeitgeber auf dem Gehaltsscheck verbucht. Sollte der Arbeitgeber also die Leistung ganz oder teilweise nicht erbracht hat, wird der fällige Betrag in dieser Erklärung anerkannt. Die zustehende Begünstigung wird in dieser Erklärung auch dann anerkannt, wenn der Arbeitgeber nicht die Rolle des Steuersubstituts bekleidet.

Hinweis: Um die Zusatzbehandlung sowie die Zusatzabsetzung richtig zu berechnen, müssen alle nichtselbstständigen Arbeiter (Code 2, 3 oder 4 in Spalte 1 der Zeilen RC1 bis RC3) die Zeile RC14 ausfüllen.

Zeile RC14 - Senkung der Steuerlast

Spalte 1 (Code)

Geben Sie den in **Punkt 390 der Einheitlichen Bescheinigung 2023** angegebenen Code ein.

In der Einheitlichen Bescheinigung ist folgendes angegeben:

- **Code 1**, wenn der Arbeitgeber die Zusatzbehandlung anerkannt und ganz oder teilweise ausgezahlt hat. In diesem Fall, ist in Spalte 2 der Zeile C14 der Zusatzbehandlung der vom Steuersubstitut gezahlte Betrag anzugeben (Punkt 391 der Einheitlichen Bescheinigung 2023);
- **Code 2**, wenn der Arbeitgeber die Zusatzbehandlung nicht anerkannt oder trotz Anerkennung nicht einmal teilweise gezahlt hat. In diesem Fall ist die Spalte 2 von C14 nicht auszufüllen.

Spalte 2 (Bezahlte Behandlung)

Tragen Sie den vom Steuersubstitut gezahlten Betrag der Zusatzbehandlung ein, wie in Punkt 391 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 angegeben. Keinesfalls ist hingegen der anerkannte, aber nicht ausgezahlte Betrag der Zusatzbehandlung, welcher in Punkt 392 der Einheitlichen Bescheinigung aufgeführt ist, im Vordruck 730 anzugeben.

Spalte 3 (Befreiung Dozente und Forscher): den unter Punkt 463 der Einheitlichen Bescheinigung ausgewiesene Betrag übertragen, wenn im Punkt 462 der Code 2 angegeben wird. Wenn in der Erklärung die für Dozenten und Forscher vorgesehene Begünstigung genutzt wird, ist der in den Anmerkungen der Einheitlichen Bescheinigung unter dem Code BC für Dozenten und Forscher angegebene Betrag zu übergeben. Wenn in den Anmerkungen der Einheitlichen Bescheinigung diese Informationen nicht vorhanden sind, ist der Anteil des Einkommens aus nicht selbständiger Arbeit zu übergeben, der in den Zeilen von RC1 bis RC3 nicht angegeben wurde.

Spalte 4 (Befreiung für Rückkehrer)

Geben Sie den in Punkt 463 der Einheitlichen Bescheinigung angegebenen Betrag ein, wenn in Punkt 462 der Code "4", "6", "8", "9", "13" oder "14" angegeben ist. Wenn Sie die Steuerbegünstigung für Rückkehrer in Anspruch nehmen, melden Sie den in den Anmerkungen zur Einheitlichen Bescheinigung angegebenen Betrag mit dem **Code BD oder CQ oder CR oder CS oder CT oder CU**. Wenn es keine solchen Informationen in den Anmerkungen zur Einheitlichen Bescheinigung gibt, geben Sie den Einkommensteil aus nicht selbständiger Arbeit an, der in den Zeilen C1 und C3 nicht angegeben wurde.

Bei mehreren Bescheinigungen

1) Bei **mehreren, nicht verrechneten einheitlichen Vordrucken:**

- in **Spalte 1** ist der Code 1 anzugeben, wenn in mindestens einem der Vordrucke der Einheitlichen Bescheinigung unter Punkt 390 der Code 1 angegeben ist. Code 2 ist in Spalte 1 anzugeben, wenn in allen Vordrucken der Einheitlichen Bescheinigung unter Punkt 390 der Code 2 angegeben ist;
- in **Spalte 2** ist die Summe der unter Punkt 391 der Vordrucke der Einheitlichen Bescheinigung aufgeführten Beträge anzugeben, die nicht ausgeglichen wurden;
- in **Spalte 3** ist die Summe der unter Punkt 463 der Einheitlichen Bescheinigung aufgeführten Beträge anzugeben, falls unter Punkt 462 der Code "2" oder "15" angegeben ist;
- in **Spalte 4** ist die Summe der unter Punkt 463 der Einheitlichen Bescheinigung aufgeführten Beträge anzugeben, falls unter Punkt 462 die Codes "4", "6", "8", "9", "13" oder "14" angegeben sind.

2) Bei **einer einheitlichen Bescheinigungen, mit der alle vorherigen Vordrucke der einheitlichen Bescheinigung verrechnet werden**, sind in die Spalten von 1 bis 4 ausschließlich die angegebenen Daten in der Bescheinigung zu übertragen, die vom Substitut ausgestellt wurde, der den Ausgleich vorgenommen hat (Punkte 390, 391, 462 und 463). In Spalten 3 und 4 sind ausschließlich die in der Bescheinigung, die vom Steuersubstitut, der die Ausgleichszahlung vorgenommen hat, ausgestellt wurde, enthaltenen Daten anzugeben.

3) Bei **einer Einheitlichen Bescheinigungen, mit der nur bestimmte Vordrucke der einheitlichen Bescheinigung verrechnet werden**, sind zwecks Abfassung der Spalten von 1 bis 4 die oben aufgeführten Anweisungen für die nicht verrechneten Vordrucke der einheitlichen Bescheinigung zu befolgen, wobei zu beachten ist, dass die Bescheinigung, die vom Substitut ausgestellt wurde, der den Ausgleich vorgenommen hat, die Vordrucke der einheitlichen Bescheinigung ersetzt.

ABSCHNITT VI: ABZÜGE FÜR PERSONAL SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSSEKTOR

Dieser Abschnitt ist dem militärischen Personal der Streitkräfte, einschließlich des Hafenmeisterkorps, und dem Personal der Zivil- und Militärpolizei vorbehalten, das 2022 in ständigem Dienst stand und für das eine Reduktion der Einkommenssteuer vorgesehen ist (Art. 45, Absatz 2, Gesetzesdekret Nr. 95 vom 29. Mai 2017).

Die Steuererleichterung steht Arbeitnehmern zu, die im Jahr 2021 ein Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit von höchstens 28.974 Euro bezogen haben. Die Steuerreduktion wird vom Arbeitgeber auf die gezahlte Zusatzvergütung ermittelt (Punkt 383 der Einheitliche Bescheinigung 2023).

Für den Fall, dass der Steuerabzug die gemäß Artikel 11 des Präsidialerlasses Nr. 917 vom 22. November 1986 festgelegte Bruttosteuer übersteigt, kann der überschüssige Abschnitt als Abzug der für dieselben Löhne und Gehälter im Jahr 2022 geschuldete Steuer verwendet werden und unterliegt dem getrennten Besteuerungssatz gemäß Artikel 17 des besagten Präsidialerlasses Nr. 917 von 1986.

Wenn das Steuersubstitut dem Empfänger diesen Abzug nicht anerkannt hat, kann der Steuerzahler diese in der Erklärung in Anspruch nehmen, sofern der Code BO in der Einheitlichen Bescheinigung 2023 vorhanden ist.

Das Maß der Reduktion und die Modalität deren Anwendung werden jährlich durch ein Dekret des Präsidenten des Ministerrats festgelegt (Art. 45, Absatz 2 des Gesetzesdekrets Nr. 95 vom 29. Mai 2017). Für das Steuerjahr 2022 beträgt sie 491,00 Euro (Dekret des Präsidenten des Ministerrats vom 04. August 2022, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 228 vom 29. September 2022).

Zeile RC15

Geben Sie in **Spalte 1 (In Anspruch genommene ordentliche Besteuerung)** den Betrag des in Punkt 384 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 angegebenen Abzugs ein oder, im Falle mehrerer Einheitlicher Bescheinigungen, die Summe der in Punkt 384 aller Einheitlicher Bescheinigungen angegebenen Beträge.

Geben Sie in **Spalte 2 (Nicht in Anspruch genommenen ordentliche Besteuerung)** den Betrag des in Punkt 385 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 angegebenen Abzugs ein, oder, im Falle mehrerer Einheitlicher Bescheinigungen, die Summe der in Punkt 385 aller Einheitlicher Bescheinigungen angegebenen Beträge.

Geben Sie in **Spalte 3 (In Anspruch genommenen getrennte Besteuerung)** den Betrag des in Punkt 516 der Einheitlichen Bescheinigung

2023 angegebenen Abzugs ein, oder, im Falle mehrerer Einheitlicher Bescheinigungen, die Summe der in Punkt 516 aller Einheitlicher Bescheinigungen angegebenen Beträge.

8. ÜBERSICHT CR – Steuerguthaben

Die Übersicht CR ist von jenen Steuerzahlern zu verwenden, die einige Steuerguthaben berechnen und/oder aufzeigen möchten.



Die Steuerpflichtige, die Einkommen in einem ausländischen Staat erarbeitet haben, müssen in dem endgültigen Steuern gezahlt wurden, und die bei einem Vorliegen der jeweiligen Bedingungen das entsprechende Steuerguthaben in Anspruch nehmen wollen, die Übersicht CE in Heft 3 des Vordrucks REDDITI PF ausfüllen.

ABSCHNITT II - Steuerguthaben für den Wiedererwerb der Erstwohnung und für nicht bezogene Mietzinsen

Zeile CR7 Steuerguthaben für den Wiedererwerb der Erstwohnung

Diese Zeile muss ausgefüllt werden, wenn Sie ein Steuerguthaben infolge des Rückkaufs der ersten Wohnung erzielt haben.

Die Höhe der Steuergutschrift entspricht dem Betrag der für den ersten subventionierten Kauf gezahlten Eintragungsgebühr oder Mehrwertsteuer; Dieser Betrag darf auf keinen Fall die für den zweiten Kauf zu zahlende Eintragungsgebühr oder Mehrwertsteuer übersteigen.

Es sei darauf hingewiesen, dass die Steuergutschrift auch von Personen in Anspruch genommen werden kann, die die Wohnung von Bauunternehmen auf der Grundlage der bis zum 22. Mai 1993 geltenden Rechtsvorschriften erworben haben (und daher nicht förmlich die Vergünstigung für die "Erstwohnung" in Anspruch genommen haben), sofern sie nachweisen können, dass sie zum Zeitpunkt des Erwerbs der verkauften Immobilie im Besitz der nach den geltenden Rechtsvorschriften erforderlichen Voraussetzungen für den Erwerb der so genannten "Erstwohnung" waren und dieser Umstand in der Kaufurkunde für die Immobilie, für die die Gutschrift gewährt wird, aufgeführt ist.

Diese Zeile darf jedoch nicht von denjenigen ausgefüllt werden, die die Steuergutschrift bereits in Anspruch genommen haben:

n in Form einer Ermäßigung der Eintragungsgebühr, die auf die Urkunde über den erleichterten Erwerb, die zu diesem geführt hat, zu zahlen ist; n für die Ermäßigung der Eintragungs-, Hypotheken- und Katastersteuer oder der Erbschafts- und Schenkungssteuer, die für die nach dem Zeitpunkt des Erwerbs der Gutschrift eingereichten Urkunden und Berichte zu entrichten ist.

Der Art. 1, Abs. 55 des Stabilitätsgesetzes 2016 sieht vor, dass die Steuererleichterung auch in Anspruch genommen werden kann, wenn der Verkauf des ersten besessenen Hauses innerhalb von einem Jahr ab dem Datum des Neukaufs erfolgt. Folglich gibt es ein Steuerguthaben:

- a) sowohl in der Situation einer nicht mehr als ein Jahr vor einem neuen steuererleichterten Kaufvertrag getätigten Veräußerung;
- b) als auch in der Situation, in der die Veräußerung des schon besessenen Hauses innerhalb eines Jahres nach dem neuen steuererleichterten.

In **Spalte 1 (Restbetrag aus der Erklärung des Vorjahres)** ist das Steuerguthaben für den Wiedererwerb der Erstwohnung anzugeben, das in der Steuer aus der vorhergehenden Erklärung kein Fassungsvermögen gefunden hat und bereits in Zeile RN47, Spalte 11 des Vordr. REDDITI 2022 Natürliche Personen (mit nicht ausgefülltem Feld "Sonderfälle" auf dem Deckblatt) bzw. in Zeile 131 der Verrechnungsaufstellung (Vodr. 730-3) des Vodr. 730/2022 angegeben wurde.

Wenn in der Einkommensteuererklärung 2022 das Feld "Sonderfälle" mit dem Code "1" ausgefüllt wurde (Inanspruchnahme der Steuergutschrift "Erstwohnung unter 36"), muss in dieser Spalte der Betrag der eventuellen Restgutschrift "Erstwohnung" eingetragen werden, der in Zeile RN47, Spalte 11, des Vordrucks REDDITI PF 2021 bzw. in Zeile 131 der Abrechnung (Vordruck 730-3) des Vordrucks 730/2021 angegeben ist und der in der 2021 eingereichten Steuererklärung nicht verwendet werden konnte (Rundschreiben Nr. 12/E vom 14. Oktober 2022).

In **Spalte 2 (Guthaben Jahr 2021)** ist der Gesamtbetrag des im Jahr 2022 angereiften Steuerguthabens anzugeben, das Personen zusteht, die sich in einer der folgenden Situationen befinden:

- Personen, die im Zeitraum zwischen dem 01. Januar 2022 und dem Einreichungsdatum der Erklärung eine Liegenschaft mit Inanspruchnahme der für die Erstwohnung vorgesehenen Begünstigungen gekauft haben;
- Kauf binnen einem Jahr ab dem Verkauf der anderen gekauften Immobilie mit Inanspruchnahme der Steuererleichterung erstes Haus erfolgt, oder, wenn der Verkauf der anderen mit Inanspruchnahme der Steuererleichterung erstes Haus gekauften Immobilie innerhalb eines Jahres ab dem Kauf des neuen ersten Hauses erfolgt. Die Fristen für die Erfüllung der für den Erhalt der Begünstigung „Erstes Haus“ und die Anerkennung des Steuerguthabens für den Rückkauf des „Ersten Hauses“ geltenden Bedingungen wurden für den Zeitraum vom 23. Februar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 ausgesetzt. Die o.g. ausgesetzten Fristen beginnen bzw. laufen ab dem 1. April 2022 wieder an. Diese Aussetzung war notwendig, um das Verwirken der Begünstigungen aufgrund der zu erwartenden Schwierigkeiten beim Abschluss von Immobilienveräußerungen und Personenbewegungen während des COVID-19 Notstands zu verhindern;
- Personen, die das Anrecht auf die Begünstigung für die Erstwohnung nicht verloren haben.



Zur Auffindung der Bedingungen für die Nutzung der Vorteile auf die Erstwohnung wird auf die in den "Steuerleitfäden" enthaltenen Informationen verwiesen, die auf der Website der Agentur der Einnahmen www.agenziaentrate.gov.it zu finden sind.

In **Spalte 3 (Im Vordruck F24 verrechnetes Guthaben)** ist das Steuerguthaben anzugeben, das im Vordruck F24 bis zur Einreichungsfrist dieser Erklärung ausgeglichen wurde.

Zeile CR8 Steuerguthaben für nicht bezogene Mietzinsen

Das zustehende Steuerguthaben für die auf abgelaufene und nicht bezogene Mieten für Immobilien zu Wohnzwecken gezahlten Steuern angeben, das aus der richterlichen Verfügung des Mieträumungsverfahrens wegen Zahlungsverzug hervorgeht. Siehe im Anhang unter "Steuerguthaben für nicht bezogene Mietzinsen".

ABSCHNITT III - Steuerguthaben für die Förderung der Arbeitsplätze

Dieser Abschnitt ist Arbeitgebern vorbehalten, die gemäß Artikel 2, Absätze 539 bis 547 des Gesetzes Nr. 244 vom 24. Dezember 2007 die Zahl der Arbeitnehmer (z. B. Haushaltshilfen und Pflegepersonal) mit unbefristeten Arbeitsverträgen in den benachteiligten Gebieten der Regionen Kalabrien, Kampanien, Apulien, Sizilien, Basilikata, Sardinien, Abruzzen und Molise im Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008 erhöht haben.

Die Steuergutschrift kann auch mittels Vodr. F24 in Ausgleich gebracht oder von der IRPEF abgezogen werden, begrenzt auf das im Vorjahr nicht ausgeschöpfte Jahreskontingent.

In der Zeile **CR9** angeben:

- in **Spalte 1 (Restbetrag aus der Erklärung des Vorjahres)** das restliche Steuerguthaben für die Neueinstellungen, das aus Zeile RN47, Spalte 12 des Vordr. REDDITI 2022 bzw. aus Zeile 132 der Verrechnungsaufstellung 730-3 des Vordr. 730/2022 hervorgeht;
- in **Spalte 2 (Im Vordruck F24 verrechnetes Guthaben)** das mittels Vordr. F24 bis zur Einreichungsfrist dieser Erklärung für den Ausgleich in Anspruch genommene Steuerguthaben. Falls fälschlicherweise ein höherer Betrag als jener des zustehenden Guthabens in Anspruch genommen wurde und daraufhin eine Berichtigung mittels Einzahlung des Mehrbetrages vorgenommen wurde, wird darauf hingewiesen, dass in dieser Spalte der Gesamtbetrag des beanspruchten Steuerguthabens nach Abzug des neu eingezahlten Steuerguthabens ohne Berücksichtigung der Zinsen und Strafen anzuführen ist.

ABSCHNITT IV - Steuerguthaben für vom Erdbeben in Abruzzen betroffenen Immobilien

Dieser Abschnitt ist den vom Erdbeben des 06. April 2009 in Abruzzen betroffenen Steuerzahlern vorbehalten, denen aufgrund der entsprechenden Beantragung bei der Gemeinde des Ortes, in dem die Immobilie liegt, ein Steuerguthaben für die Renovierungs- oder Wiederaufbauarbeiten an den beschädigten oder zerstörten Immobilien bzw. für den Kauf einer neuen mit der zerstörten Wohnung vergleichbaren Hauptwohnung zuerkannt wurde. Wenn sich das anerkannte Guthaben auf die Hauptwohnung bezieht, ist die Zeile CR10 abzufassen.

Sollte sich hingegen das zuerkannte Guthaben auf eine andere Immobilie als die Hauptwohnung beziehen, die Zeile CR11 ausfüllen.

Zeile CR10 Hauptwohnung

Das für die Hauptwohnung zuerkannte Steuerguthaben wird in Minderung der IRPEF verwendet und in 20 gleichbleibenden Anteilen bezüglich des Jahres, in dem die Kosten getragen wurden, aufgeteilt, und der nachfolgenden Jahre verwendet. Es wird präzisiert, dass sollte das Guthaben sowohl für den Wiederaufbau der Hauptwohnung als auch der gemeinschaftlichen Teile der Immobilie zuerkannt worden sein, müssen unter Verwendung einer Zusatzübersicht zwei verschiedene Zeilen ausgefüllt werden, wobei daran zu erinnern ist, das Kästchen "Vordr. Nr." oben rechts auf dem Vordruck fortlaufend zu nummerieren.

Spalte 1 (Steuernummer) die Steuernummer der Person angeben, die auch auf Rechnung des Erklärenden das Gesuch für die Zuschussgewährung gemäß den Vorgaben des Art. 2 der genannten Verordnungen Nr. 3779 und Nr. 3790 vorgelegt hat. Die Spalte ist nicht auszufüllen, wenn der Antrag vom Erklärenden vorgelegt wurde. Für die Eingriffe an gemeinschaftlichen Teilen von Wohngebäuden muss die Steuernummer des Mitbewohnerhauses angegeben werden. Für die Eingriffe an Immobilieneinheiten, die Baugenossenschaften mit ungeteiltem Besitz gehören, muss die Steuernummer der Genossenschaft angegeben werden.

Spalte 2 (Nr. Rate) die Nummer der Rate angeben, die der Steuerpflichtige im Jahre 2022 verwendet.

In der **Spalte 3 (Gesamtguthaben)** ist der Betrag der in Bezug auf die Sanierungs- oder Wiederaufbaueingriffe der beschädigten oder zerstörten Hauptwohnung bzw. für den Kauf einer neuen mit der zerstörten Hauptwohnung äquivalenten Wohnung zuerkannten Steuerguthabens anzugeben.

In der **Spalte 4 (Jahresrate)** den Anteil des im Jahre 2022 nutzbaren Steuerguthabens angeben. Dieser in die Zeile RN28 zu übertragende Betrag wird durch Division durch zwanzig des in Spalte 3 angegebenen Betrags erhalten.

Spalte 5 (Restbetrag vorherige Erklärung) das für die Hauptwohnung anerkannte Steuerguthaben angeben, das keine Aufnahme in der aus der vorherigen Erklärung resultierende Steuer gefunden hat und in der Zeile RN47, Sp. 21 des Vordrucks REDDITI 2022 oder in der Zeile 133 der Erfüllungsaufstellung (Vordruck 730-3) des Vordrucks 730/2022 angegeben ist; wenn das Steuerguthaben für den Wiederaufbau sowohl der Hauptwohnung als auch der Gemeinschaftsteile der Immobilie zuerkannt wurde, ist das aus der vorherigen Erklärung hervorgehende Restguthaben ausschließlich im ersten abgefassten Vordruck anzugeben.

Zeile CR11 Sonstige Immobilien

Für die Eingriffe bezüglich anderer Immobilien als der Hauptwohnung steht ein nach Wahl des Steuerpflichtigen in 5 oder 10 gleichbleibende Anteile zu unterteilendes Steuerguthaben zu, das in jedem der Jahre nicht die Nettosteuer übersteigen darf.

Sollte das Guthaben mit Bezugnahme auf mehrere Immobilien zuerkannt werden, muss unter Verwendung von Zusatzübersichten eine Zeile für jede Immobilie ausgefüllt werden, wobei daran gedacht werden muss, das Kästchen "Vordr. Nr." oben rechts auf dem Vordruck fortlaufend zu nummerieren. Es wird daran erinnert, dass das Guthaben in einem Gesamthöchstbetrag von 80.000 Euro zusteht.

Das Kästchen der **Spalte 1 (Unternehmen/Beruf)** muss angekreuzt werden, wenn die Immobilie, für die das Guthaben zuerkannt wurde, zur Ausübung des Unternehmens oder Berufs bestimmt ist.

In der **Spalte 2 (Steuernummer)** ist die Steuernummer des Subjekts anzugeben, das auch auf Rechnung des Erklärenden den entsprechenden Antrag auf Zugriff auf den Zuschuss vorgelegt hat. Es wird auf die mit den Anleitungen zur Spalte 1 der Zeile CR10 erteilten Anleitungen verwiesen.

Spalte 3 (Nr. Rate) die Nummer der Rate angeben, die der Steuerpflichtige im Jahre 2022 verwendet.

In der **Spalte 4 (Ratenzahlung)** ist die Anzahl der Anteile (5 oder 10) anzugeben, in die das Steuerguthaben aufgeteilt werden soll.

In der **Spalte 5 (Gesamtguthaben)** ist der Betrag des in Bezug auf die Sanierungs- oder Wiederaufbaueingriffe der von der Hauptwohnung abweichenden, beschädigten oder zerstörten Immobilie zuerkannten Steuerguthabens anzugeben.

In der **Spalte 6 (Jahresanteil)** ist der Anteil des für das Jahr 2022 nutzbaren Steuerguthabens anzugeben. Dieser in die Zeile RN27 im Rahmen der Nettosteuer zu übertragende Betrag wird durch Division des in der Spalte 5 angegebenen Betrags durch die Anzahl der in der Spalte 4 angegebenen Anteile erhalten.

ABSCHNITT V – Steuerguthaben für Wiederergänzung der Vorschüsse aus Rentenfonds und PEPP-Unterkonten

Die Steuerpflichtigen, die ergänzenden Rentenformen beigetreten sind und Inhaber von PEPP-Unterkonten sind, können für bestimmte Bedürfnisse (zum Beispiel Gesundheitskosten in-folge von schwerwiegenden Situationen und Kauf der Erstwohnung) einen Vorschuss der Beträge bezüglich der individuellen aufgelaufenen Position beantragen. Auf die vorgeschossenen Beträge wird eine Pauschalsteuer angewandt.

Die Vorschüsse können nach Belieben des Mitglieds jederzeit auch mit Jahresbeiträgen über dem Höchstbetrag von 5.164,57 Euro wieder ergänzt werden. Diese Beitragszahlung hat den Zweck, die individuelle bei dem Vorschuss bestehende Position wiederherzustellen.

Die Wiederergänzung kann in einer einmaligen Zahlung oder mittels regelmäßigen Beitragszahlungen erfolgen.

Auf die den vorgenannten Höchstbetrag überschreitenden Beträge, die den wieder ergänzten Vorschüssen entsprechen, wird ein Steuerguthaben in Höhe der zum Zeitpunkt der Nutzung des Vorschusses proportional zum wieder ergänzten Betrag zuzuschreibend anerkannt.

Das Mitglied muss dem Fonds eine ausdrückliche Erklärung abgeben, mit der es verfügt, ob und für welchen Betrag die Beitragszahlung als wieder ergänzt anzusehen ist. Diese Mitteilung muss binnen der Vorlagefrist der Einkommensteuererklärung bezüglich des Jahres, in dem die Wiederergänzung geleistet wird, abgegeben werden. Das Steuerguthaben steht nur mit Bezug auf die als Wiederergänzung im oben beschriebenen Sinne eingestufteten Beträge zu. Für Vertiefungen siehe das GvD Nr. 252/2005 und das Rundschreiben Nr. 70/2007 und die Antwort auf die Interpellation Nr. 193 vom 14. April 2022 der Agentur der Einnahmen. Dieser Abschnitt ist zur Darlegung der Daten bezüglich des zustehenden Steuerguthabens abzufassen.

Es wird präzisiert, dass **nur der Betrag der Beitragszahlungen, der den Höchstbetrag von 5.164,57 Euro überschreitet, die Wiederergänzung bilden kann.**

Zeile CR12

Spalte 1 (Jahr Vorschuss) das Jahr angeben, in dem der Vorschuss der Beträge bezüglich der individuellen aufgelaufenen Beitragsposition bezogen wurde.

Spalte 2 (Totale/teilweise Wiederergänzung) einen der folgenden Codes bezüglich des Umfangs der Wiederergänzung angeben:

- Code 1 wenn der Vorschuss vollständig wieder ergänzt wurde;
- Code 2 wenn der Vorschuss nur zum Teil wieder ergänzt wurde.

Spalte 3 (Wieder ergänzter Betrag) Den Betrag angeben, der 2022 zur Wiederergänzung des bezogenen Vorschusses gezahlt wurde.

Spalte 4 (Restbetrag vorherige Erklärung): das Steuerguthaben angeben, das nicht in die Steuer aufgenommen wurde, die aus der vorherigen Erklärung resultiert, das in der Zeile RN47, Sp. 13 der Übersicht RN des Vordr. REDDITI 2022 bzw. in der Zeile 134 der Liquidierungsaufstellung (Vordr. 730-3) des Vordr. 730/2022 angegeben ist.

Spalte 5 (Guthaben Jahr 2022) den Betrag des zustehenden Steuerguthabens mit Bezug auf den wieder ergänzten Betrag angeben.

Spalte 6 (davon in F24 ausgeglichen) das in Ausgleich im Vordruck F24 bis zum Vorlagedatum der Erklärung verwendete Steuerguthaben angeben.

ABSCHNITT VI – Steuerguthaben für den Erwerb einer Erstwohnung bis zum Alter von 36 Jahren

Dieses Feld ist von Steuerpflichtigen auszufüllen, die nach dem Erwerb ihrer ersten mehrwertsteuerpflichtigen Wohnung in Bezug auf die bis zum 31. Dezember 2023 abgeschlossenen Übertragungsverträge eine Steuergutschrift erhalten haben. Diese Steuerpflichtigen dürfen in dem Jahr, in dem sie ihre erste Wohnung erworben haben, nicht älter als 36 Jahre sein und müssen über einen Isee-Wert (Indikator für die entsprechende wirtschaftliche Situation) von höchstens 40.000 Euro pro Jahr verfügen.



Zur Auffindung der Bedingungen für die Nutzung der Vorteile auf die Erstwohnung wird auf die in den "Steuerleitfäden" enthaltenen Informationen verwiesen, die auf der Website der Agentur der Einnahmen www.agenziaentrate.gov.it zu finden sind.

Zeile CR13

Spalte 1 (Restvoranmeldung) Angabe der Steuergutschrift für den Rückkauf der ersten Wohnung, die nicht in der Steuer aus der Voranmeldung verwendet wurde, angegeben in Zeile RN47, Spalte 14, des Vordrucks REDDITI PF 2022.

Spalte 2 (Jahr der Gutschrift 2022): Geben Sie die im Jahr 2021 angefallene Steuergutschrift an. Die Höhe der Gutschrift entspricht der beim Kauf der ersten Wohnung gezahlten Mehrwertsteuer. In dieser Spalte kann auch die ab dem 1. Januar 2023 bis zum Zeitpunkt der Abgabe der Erklärung entstandene Steuergutschrift angegeben werden.

Spalte 3 (Anrechnung im F24-Vordruck) Geben Sie die Steuergutschrift an, die im F24-Vordruck bis zum Datum der Einreichung der REDDITI PF2023 verwendet wurde.

Spalte 4 (Anrechnung in der Urkunde) Geben Sie die Steuergutschrift an, die als Ausgleich in den nach dem Erwerb der ersten mehrwertsteuerpflichtigen Wohnung abgeschlossenen Urkunden verwendet wurde.

ABSCHNITT VII – Steuerguthaben für freiwillige Zuwendungen zur Unterstützung der Kultur (Art-Bonus) und der Schule (School-Bonus)

Zeile CR14

Spalte 1 (Ausgaben 2022): Den Betrag der freiwilligen Geldzuwendungen im Lauf des Jahres 2022 angeben;

- für die Unterstützung von Maßnahmen zur Instandhaltung, den Schutz und die Restaurierung von öffentlichen Kulturgütern;
- für die Unterstützung von Kulturstätten im öffentlichen Besitz, von lyrisch-symphonischen Stiftungen, von Traditionstheatern, Konzert- und Orchesterinstitutionen, Nationaltheatern, Theatern von großem kulturellem Interesse, Festivals, Theater- und Tanzproduktionsgesellschaften und -zentren, Vertriebskreisen und ab dem 19. Mai 2020 (Datum des Inkrafttretens des Gesetzesdekrets Nr. 34 vom 19. Mai 2020, durch das Gesetz Nr. 77 vom 17. Juli 2020 mit Änderungen umgewandelt), Instrumentalensembles, Konzert- und Chorgesellschaften, Zirkussen und Wandershow;
- für die Realisierung von neuen Strukturen, die Restaurierung und Verstärkung der bestehenden Strukturen der lyrisch-symphonischen Stiftungen oder der öffentlichen Körperschaften/Institutionen, die ausschließlich Veranstaltungen ohne Gewinnabsichten durchführen.

Die Gutschrift wird auch für liberale Geldspenden für Instandhaltungs-, Schutz- und Restaurierungsarbeiten an öffentlichen Kulturgütern anerkannt, die für die Konzessionäre oder Treuhänder der von diesen Arbeiten betroffenen Güter bestimmt sind (Artikel 1 des Gesetzesdekrets Nr. 83 vom 31. Mai 2014, umgewandelt mit Änderungen durch Gesetz Nr. 106 vom 29. Juli 2014).

Das Steuerguthaben steht auch für ab dem 19. Oktober 2016 getätigte freiwillige Zuwendungen zu (Datum des Inkrafttretens des Gesetzesdekrets vom 17. Oktober 2016, Nr. 189, mit Änderungen in den Gesetzesstand erhoben durch das Gesetz vom 15. Dezember 2016, Nr. 229), zugunsten:

- des Ministeriums für Kultur für Maßnahmen des Erhalts, des Schutzes und der Restaurierung von Kulturgütern von religiösem Interesse, die sich in den von den Erdbenen 2016 betroffenen Gemeinden gemäß Art. 1 des genannten Gesetzesdekrets befinden, auch wenn sie Körperschaften und Einrichtungen der katholischen Kirche oder anderen religiösen Konfessionen gehören;
- des übergeordneten Instituts für den Erhalt und die Restaurierung, die Werkstatt für Halbedelsteine und das Zentralinstitut für Restaurierung und Erhalt des Archiv- und Bücherbestandes.

Spalte 2 (Restbetrag 2021): Das restliche Steuerguthaben angeben, das der Zeile RN47, Sp. 26 des Vordrucks REDDITI NP 2022 oder der Zeile 130 der Abrechnungsübersicht (Vordr. 730-3) des Vordrucks 730/2022 zu entnehmen ist.

Spalte 3 (Rate Guthaben 2021): Den Betrag angeben, der sich in Zeile RN30, Spalte 1, des Formulars REDDITI PF 2022 oder jenen, der in Zeile 160, Spalte 2 der Abrechnungsübersicht (Vordr. 730-3) des Vordr. 730/2022 angegeben ist.

Spalte 4 (Rate Guthaben 2020): Den Betrag angeben, der in der Zeile CR14, Sp. 3 des Vordrucks REDDITI NP 2022 oder dem Ergebnis der Summe der in der Zeile 160, Spalte 1 eingegebenen Beträge der Abrechnungsübersicht (Vordr. 730-3) des Vordrucks 730/2022 zu entnehmen ist.

Spalte 5 (Anteil des im Zuge der Transparenz erhaltenen Steuerguthabens): Den Betrag angeben, der im Steuerjahr dem Steuerpflichtigen in seiner Eigenschaft als Teilhaber einer einfachen Gesellschaft zuerkannt wird. In der Spalte 5 ist auch der Gesamtbetrag der aufgrund der Transparenz in den Jahren 2019, 2020, 2021 und 2022 bekommenen Guthaben.

Der genannte Betrag muss in Spalte 2 der Zeile RN30 (Gesamtguthaben) zu einem Drittel seiner Höhe enthalten sein.

Für die genannten freiwilligen Zuwendungen wird ein Steuerguthaben von 65% zuerkannt.

Das Steuerguthaben wird bis zu einer Höchstgrenze von 15% des steuerpflichtigen Einkommens zuerkannt und wird in drei jährliche, gleich hohe Raten aufgeteilt. Der Teil der nicht verwendeten Jahresrate kann in den Folgejahren genutzt und in die Steuererklärungen übertragen werden.

Die freiwilligen Zuwendungen dürfen ausschließlich mit einem der folgenden Zahlungssysteme überwiesen worden sein:

- Bank;
- Postamt;

■ Zahlungssysteme wie Debitkarten, Kreditkarten und Prepaid-Karten, Bank- und Barschecks.

Für freiwillige Zuwendungen, für die ein Steuerguthaben zugestanden wird, stehen keine Abzüge gemäß Art. 15, Abs. 1 Buchstaben h) und i) des TUIR zu. Die vorher genannten Abzüge stehen jedoch für freiwillige Zuwendungen, die nicht in den Bestimmungen zum Steuerguthaben enthalten sind, zu, wie zum Beispiel Zahlungen für den Kauf von Kulturgütern.

Im Fall von Zuwendungen während der Ausübung der Unternehmenstätigkeit muss hingegen die Übersicht RU im dritten Heft gemäß den entsprechenden Anweisungen abgefasst werden.

Für nähere Informationen wird auf das Rundschreiben Nr. 24/E vom 31. Juli 2014 und das Rundschreiben.20/E vom 18. Mai 2016 verwiesen.



Für freiwillige Zuwendungen zur Kulturförderung, die mit den in den Zeilen RP8 bis RP13 einzutragenden Codes 26, 27 und 28 gekennzeichnet sind, steht die Absetzung der Bruttosteuer nur für freiwillige Zuwendungen zu, die nicht im vorhandenen Guthaben enthalten sind.

Die Steuergutschrift für Spenden zur Unterstützung von Schulen (Schulbonus). Die Steuergutschrift konnte von denjenigen in Anspruch genommen werden, die Spenden zugunsten der Einrichtungen des nationalen Bildungssystems, d. h. der staatlichen Bildungseinrichtungen, der privaten Bildungseinrichtungen und der lokalen Behörden, leisteten. Sie wurde insbesondere für folgende Arten von Investitionen gewährt:

- Bau von neuen Schuleinrichtungen
- Instandhaltung und Modernisierung der bestehenden Anlagen
- Interventionen zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit von Studenten.

Ab dem Steuerjahr 2021 darf nur noch der im Vorjahr nicht verbrauchte Jahresanteil angegeben werden.

Zeile CR15 (Restbetrag 2021): das restliche Steuerguthaben angeben, das in der Zeile RN47, Spalte 27, des Vordr. REDDITI Natürliche Personen 2022 oder in der Zeile 150 der Abrechnungsübersicht (Vordr. 730-3) des Vordr.730/2022 eingetragen wurde.

ABSCHNITT VIII – Steuerguthaben für Verhandlung und Schiedsverfahren

In diesem Abschnitt ist auch das verbleibende Guthaben anzugeben, das aus der vorhergehenden Erklärung hervorgeht. Das Steuerguthaben für im Jahr 2021 an zugelassene Rechtsanwälte für erfolgreich abgeschlossene Verhandlungen ausgezahlte Vergütungen sowie an Schiedsrichter im Fall eines Abschlusses eines Schiedsverfahrens mit Auszeichnung kann nur angegeben werden, wenn dies vom Justizministerium genehmigt wird.

Zeile CR16

Spalte 1 (Guthaben 2022): In diese Spalte ist der Betrag des Steuerguthabens zu übertragen, der aus der bis zum 30. April 2023 erhaltenen Mitteilung des Justizministeriums hervorgeht.

Spalte 2 (Restbetrag der vorhergehenden Erklärung): Das restliche Steuerguthaben angeben, das in Zeile RN47, Spalte 15 des Vordr. REDDITI 2022 oder jenes, das in Zeile 151 der Abrechnungsübersicht (Vordr. 730-3) des Vordr. 730/2022 angegeben ist

Spalte 3 (davon mit dem Vordruck F24 verrechnet): Hier ist das Steuerguthaben anzugeben, das bis zum Datum der Übermittlung der Erklärung mit dem Vordruck F24 als Ausgleich verwendet wurde.

ABSCHNITT IX – Steuerguthaben für Videoüberwachung

Zeile CR17

In diesem Abschnitt ist das Steuerguthaben für Ausgaben angegeben, die für die Installation von digitalen Videoüberwachungs- oder Alarmsystemen getragen wurden, sowie für jene, die im Zusammenhang mit Verträgen stehen, die mit Wachdiensten zur Verhütung von kriminellen Tätigkeiten abgeschlossen wurden.

Das Steuerguthaben war gleich dem Betrag der in dem an die Agentur der Einnahmen innerhalb des 20. März 2017 einzureichenden Antrag angegebenen Ausgaben und steht unter der Bedingung zu, dass die Ausgaben für Videoüberwachung für Immobilien getragen wurden, die nicht für die Ausübung einer Unternehmenstätigkeit oder selbstständigen Arbeit verwendet werden. Für Ausgaben, die für eine Immobilie getragen wurden, die sowohl für die Ausübung der Unternehmenstätigkeit oder selbstständigen Arbeit und für die persönliche oder familiäre Verwendung des Steuerpflichtigen genutzt wird, wurde das Steuerguthaben um 50 % reduziert.

Das Steuerguthaben kann durch den Vordruck F24 verwendet werden, der ausschließlich durch die Telematikdienste der Agentur der Einnahmen eingereicht werden muss. Alternativ dazu kann das Steuerguthaben zur Verringerung der Einkommenssteuern in der Einkommensteuererklärung verwendet werden. Der eventuelle Betrag des nicht verwendeten Steuerguthabens kann in den nachfolgenden Steuerzeiträumen ohne zeitliche Beschränkung verwendet werden.

Spalte 1 (Restbetrag vorige Erklärung): das restliche Steuerguthaben, das in der Zeile RN47 Spalte 28 des Vordr. REDDITI NP 2022 oder jenes, das in der Zeile 152 der Abrechnungsübersicht (Vordr. 730-3) des Vordr.730/2022 übergeben wird, übergeben;

Spalte 2 (davon mit dem Vordruck F24 verrechnet): Hier ist das Steuerguthaben anzugeben, das bis zum Datum der Übermittlung der Erklärung mit dem Vordruck F24 als Ausgleich verwendet wurde.

ABSCHNITT X - Sonstige Steuerguthaben

Zeile CR30

Steuerguthaben durch die Anwendung des Euroeinbehaltes

Das Steuerguthaben ist vorgesehen, um die Doppelbesteuerung zu vermeiden, die aus der Anwendung des Euroeinbehaltes gemäß Art. 11 der Richtlinie 2003/48/EG in Sachen Besteuerung der Einkommen aus Ersparnissen in Form von Zinszahlungen sowie aus der Anwendung der Abkommen hervorgehen könnte, die gleichwertige Maßnahmen wie die vorgenannten Richtlinie festsetzen und von der Europäischen Gemeinschaft mit einigen Drittstaaten geschlossen wurde.

Dieser Quellsteuereinbehalt (Euroeinbehalt) wird im Allgemeinen bei Zahlungen vorgenommen, die in Österreich, in Belgien und in Luxemburg zu Gunsten der in Italien ansässigen Subjekte durchgeführt werden und deren Gegenstand die von Art. 2 des gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 84 vom 18. April 2005 (vergleiche Rundschreiben Nr. 55/E vom 30. Dezember 2005) vorgesehenen Zinsen sind, sowie von den vorgenannten mit der Schweiz, dem Fürstentum Monaco, San Marino, Liechtenstein und Andorra geschlossenen Abkommen. Falls das im Ausland erzielte, dem obengenannten Euroeinbehalt unterworfenen Einkommen zur Bildung des Gesamteinkommens in dieser Erklärung beiträgt, wird das Steuerguthaben im Sinne des Artikels 165 des TUIR aufgrund der Anleitungen, die zur Abfassung der Übersicht CR bzw. der Übersicht CE angeführt sind, ermittelt. Sollte der Gesamtbetrag des auf diese Art und Weise ermittelten Guthabens niedriger als der Betrag des im Ausland vorgenommenen Einbehaltes sein, kann der Steuerzahler ein entsprechendes Gesuch einreichen, indem er die Differenz im Sinne des Artikels 17 des Gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 241 vom 9. Juli 1997 mit dem Vordr. F24 in Ausgleich bringt oder eine Rückerstattung beantragt;

in **Spalte 1 (Restbetrag aus der Erklärung des Vorjahres)** ist das restliche Steuerguthaben aus der vorhergehenden Erklärung anzugeben, das in Spalte 4 der entsprechenden Zeile CR30 des Vordr. REDDITI 2022 angeführt ist;

in **Spalte 2 (Guthaben)** ist das im Jahr 2022 angereifte Guthaben anzugeben, das um den Betrag zu kürzen ist, der bereits im Sinne des Artikels 165 des TUIR als Guthaben in Anspruch genommen wurde, wie in der Übersicht CE festgestellt ist. In dem Fall, dass Art. 165 des TUIR keine Anwendung findet (zum Beispiel wenn das im Ausland erzielte Einkommen nicht zur Bildung des Gesamteinkommens in Italien beigetragen hat), dann ist in dieser Spalte der gesamte Betrag des angewandten Euroeinbehaltes anzugeben;

in **Spalte 3 (Im Vordruck F24 verrechnetes Guthaben)** ist der im Sinne des Artikels 17 des Gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 241 vom 9. Juli 1997 mit Vordr. F24 ausgeglichene Betrag des Guthabens anzugeben;

in **Spalte 4 (Restliches Guthaben)** ist der Betrag des restlichen Guthabens anzugeben, der wie folgt zu berechnen ist: CR30 col. 1+CR30 col. 2 – CR30 col. 3.

Dieser Betrag kann für den Ausgleich der geschuldeten Beträge mit der Zahlungsvollmacht Vordr. F24 verwendet werden bzw. durch einen entsprechenden Antrag kann dessen Rückerstattung beantragt werden.

ABSCHNITT XII – Andere Steuerguthaben

Zeile CR31

In **Zeile CR31** sind sonstige Steuerguthaben als die in den vorhergehenden Abschnitten angegebenen anzugeben. Um mehr als ein Steuerguthaben anzugeben, müssen mehrere Vordrucke ausgefüllt werden.

Geben Sie in **Spalte 1 (Code)** die folgenden Codes an:

“1” Steuerguthaben für die **Schlichtung von Zivil- und Handelsstreitigkeiten**. Für Parteien, die die Mediation (Tätigkeit eines unparteiischen Dritten zur Beilegung eines Zivil- oder Handelsstreits) in Anspruch genommen haben, wird ein Steuerguthaben in Höhe der Entschädigung der zur Durchführung des Mediationsverfahrens berechtigten Subjekten gezahlt (Art. 20 der Gesetzesverordnung Nr. 28 vom 5. März 2010). Im Falle einer erfolgreichen Mediation wird dieses Steuerguthaben bis zu einer Höhe von 500,00 Euro anerkannt. Im Falle eines Scheiterns, halbiert sich die Höhe des Steuerguthabens. Die Höhe des zustehenden Steuerguthabens ergibt sich aus der **Mitteilung**, die das Justizministerium **bis zum 30. Mai jeden Jahres an den Interessenten schickt**. Das Steuerguthaben muss in der Steuererklärung angegeben werden, da es andernfalls verfällt, und kann ab dem Datum des Eingangs der oben genannten Mitteilung in Anspruch genommen werden. Das Steuerguthaben kann mittels Vordruck F24 als Ausgleich, oder, von Steuerpflichtigen ohne Gewerbeeinkommen oder Einkommen aus selbstständiger Arbeit, zur Senkung der Einkommensteuern verwendet werden. Das Steuerguthaben berechtigt nicht zur Rückerstattung und trägt nicht zur Bildung des Einkommens zum Zwecke der Einkommensteuern bei.

“2” **APE-Steuerguthaben**. Dabei handelt es sich um das Steuerguthaben, das das INPS den Steuerzahlern gewährt, die den finanziellen Rentenvorschuss (APE) in Anspruch genommen haben. Das EPA ist ein Darlehen, das in monatlichen Raten über zwölf Monate ausgezahlt wird und ab dem Beginn des Rentenanspruchs mit monatlichen Tilgungsraten über einen Zeitraum von zwanzig Jahren zurückzuzahlen ist. Das Darlehen ist durch eine Pflichtversicherung gegen das Risiko eines vorzeitigen Todes gedeckt. Zusätzlich zu den Darlehenszinsen und den Versicherungsprämien zur Deckung des Risikos eines vorzeitigen Todes, die an den Darlehensgeber gezahlt werden, hat der Rentner Anspruch auf ein jährliches Steuerguthaben von bis zu 50 Prozent des Betrags, der einem Zwanzigstel der in den entsprechenden Verträgen vereinbarten Gesamtzinsen und -Versicherungsprämien entspricht. Dieses Steuerguthaben trägt nicht zur Bildung von Einkommen für Einkommensteuerzwecke bei und wird vom INPS für den vollen monatlichen Betrag ab der ersten Auszahlung der Rente anerkannt.

“3” **Sport-Bonussteuerguthaben**. Die Steuerzahler, die in der Tabelle A im Anhang des Dekrets vom 12. August 2020 und des Dekrets vom 15. Dezember 2020 aufgeführt sind, haben Anspruch auf ein Steuerguthaben in Höhe von 65% der im Kalenderjahr 2020 für die Instandhaltung und Wiederherstellung öffentlicher Sportanlagen sowie für den Bau neuer öffentlicher Sportanlagen geleisteten freiwilligen Geldzuweisungen, auch wenn diese für die Konzessionäre oder den mit den Anlagen betrauten Auftragnehmer selbst bestimmt sind. Das zustehende Steuerguthaben wird bis zu einer Grenze von 20% des steuerpflichtigen Einkommens anerkannt und in drei gleiche Jahresraten aufgeteilt. Die Subjekte, die solche freiwilligen Geldzuweisungen leisten, dürfen das Steuerguthaben nicht mit anderen Steuererleichterungen kombinieren, die durch andere gesetzliche Bestimmungen für dieselben Geldzuweisungen vorgesehen sind. Für die Zwecke der Anerkennung des Steuerguthabens müssen die freiwilligen Geldzuweisungen per Banküberweisung, Postzahlschein, Debit-, Kredit- und Prepaid-Karten, Bankschecks und Barschecks erfolgen.

“4” **Steuerguthaben für Umweltsanierung**. Für Geldspenden, die in den Steuerzeiträumen nach dem am 31. Dezember 2018 laufenden Steuerzeitraum und in jedem Fall nach der Veröffentlichung des Dekrets des Präsidenten des Ministerrats vom 10. Dezember 2021 (G.U. Nr. 32 vom 8. Februar 2022) getätigt werden, für Eingriffe an öffentlichen Gebäuden und Grundstücken im Zuge von Projekten, die von den Eigentümern eingereicht wurden, zum Zwecke der Umweltsanierung, einschließlich der Entfernung von Asbest aus Gebäuden, der Verhinderung und Sanierung von hydrogeologischer Instabilität, des Baus oder der Renovierung von Parks und Grünflächen sowie der Sanierung von stillgelegten Flächen des öffentlichen Eigentums, ein Steuerguthaben von 65 Prozent der geleisteten Geldzuweisungen. Das zustehende Steuerguthaben wird bis zu einer Grenze von 20 Prozent des steuerpflichtigen Einkommens anerkannt. Das Steuerguthaben wird in drei gleiche Jahresraten aufgeteilt. Die Ausführungsbestimmungen werden durch ein eigens erstelltes Dekret des Präsidenten des Ministerrats vom 10. Dezember 2021 festgelegt.

“5” **Steuerguthaben für Elektroroller und Elektromobilitätsdienstleistungen**. Für Aufwendungen, die im Zeitfenster vom 1. August 2020 bis zum 31. Dezember 2020 für den Kauf von Elektroroller, Elektrofahrzeugen oder herkömmlichen Fahrrädern, Abonnements für den öffentlichen Nahverkehr sowie gemeinsam genutzten oder nachhaltigen Elektromobilitätsdienstleistungen angefallen sind, steht ein Steuerguthaben mit einem Höchstwert von 750 € denjenigen zu, die zeitgleich mit dem Kauf eines Fahrzeuges mit CO₂-Emissionswerten zwischen 0 und 110 g/Km ein zweites Fahrzeug verschrotten. Das zum Zwecke der Verschrottung abgegebene Fahrzeug muss über einen Zeitraum von wenigstens 12 Monaten auf dasselbe Subjekt oder ein mit ihm/ihr wohnendes Familienmitglied zugelassen sein, auf das auch das neue Fahrzeug am Tag des Kaufs zugelassen wird. Sollte das neue Fahrzeug geleast werden, muss das zu verschrottende Fahrzeug über einen Zeitraum von wenigstens 12 Monaten auf den Nutzer des neuen Fahrzeugs oder ein mit ihm/ihr wohnendes Familienmitglied zugelassen sein. Das zustehende Steuerguthaben ist innerhalb von drei Jahren ab 2020 zu nutzen und unterliegt der Grenze der verfügbaren staatlichen Mittel in Höhe von 5 Mio. € für das Jahr 2020. Die Durchführungsbestimmungen sind in einer speziellen Verordnung der Agentur der Einnahmen vom 28. Januar 2022 und vom 23. Mai 2022 festgelegt. Die Verordnung vom 28. Januar 2022 sah insbesondere vor, dass die Steuergutschrift in der Steuererklärung für das Steuerjahr 2021 oder in der Steuererklärung für das Steuerjahr 2022 angegeben werden kann. Wird die in der für das Steuerjahr 2021 einzureichenden Steuererklärung angegebene Steuergutschrift ganz oder teilweise nicht in Anspruch genommen, so wird die verbleibende Gutschrift in die Steuererklärung für das Steuerjahr 2022 übertragen und kann danach nicht mehr übertragen werden.

“9” **Steuergutschrift für Sanierungsmaßnahmen und den Kauf von Schutzausrüstung. Nicht-unternehmerische Beherbergungsbetrie-**

be mit regionalem Bezug. Steuergutschrift für die Desinfektion und den Kauf von persönlicher Schutzausrüstung und anderen Vorrichtungen zur Gewährleistung der Gesundheit von Arbeitnehmern und Anwendern, einschließlich der Kosten für die Verabreichung von Abstrichen für COVID-19. Die Steuergutschrift kann bis zu einem Höchstbetrag von 60.000 EUR in Anspruch genommen werden. Mit Erlass des Direktors der Steuerbehörde vom 10. November 2021 wurde festgelegt, dass der Prozentsatz der Nutzung der Steuergutschrift 100 % beträgt. Die Steuergutschrift kann auch als Ausgleich im Formular F24 verwendet werden. Ab dem Steuerjahr 2022 kann nur noch der in der vorherigen Erklärung nicht verwendete Betrag in der Erklärung angegeben werden.

“10” Steuergutschrift für Wasserreiniger und Reduzierung des Plastikverbrauchs. Zur rationelleren Wassernutzung und zur Verringerung des Verbrauchs von Kunststoffbehältern für Trinkwasser wird vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2022 eine Steuergutschrift, auch als Ausgleich im F24-Formular verwendbar, in Höhe von 50 % der Ausgaben für den Kauf und die Installation von Systemen zur Filterung, Mineralisierung, Kühlung und Zugabe von lebensmittelechtem Kohlendioxid E 290 zur qualitativen Verbesserung des aus Wasserleitungen gelieferten Wassers für den menschlichen Gebrauch gewährt, wobei der Gesamtbetrag 1.000 € pro Wohneinheit nicht überschreiten darf. Durch eine Bestimmung des Direktors der Steuerbehörde wird der Prozentsatz der Inanspruchnahme der Steuergutschrift in Bezug auf die im Jahr 2022 getätigten Ausgaben festgelegt. Um die Verringerung des Verbrauchs von Kunststoffbehältern für Trinkwasser zu überwachen und zu bewerten, werden, wie im Falle der Steuerabzüge für die energetische Sanierung von Gebäuden, Informationen über die durchgeführten Arbeiten elektronisch an die ENEA übermittelt.

“11” Steuergutschrift für Sozialbonus. Natürliche Personen erhalten eine Steuergutschrift in Höhe von 65 %, in jedem Fall aber bis zu 15 % des steuerpflichtigen Einkommens, der zugunsten von Einrichtungen des dritten Sektors geleisteten liberalen Barauszahlungen. Die Steuergutschrift wird in drei gleich hohe Jahresraten aufgeteilt und kann gemäß Artikel 17 des Gesetzesdekrets Nr. 241 aus dem Jahr 1997 mit Hilfe einer zu diesem Zweck zu erstellenden Steuernummer als Ausgleich verwendet werden, ohne dass die in Artikel 1 Absatz 53 vorgesehenen Grenzen gelten. Für natürliche Personen kann die Steuergutschrift ab der Steuererklärung für das Jahr, in dem die Spende getätigt wurde, in Anspruch genommen werden. Der nicht genutzte jährliche Anteil kann in die Steuererklärungen der folgenden Steuerzeiträume übertragen werden, bis die Gutschrift ausgeschöpft ist.

“12” Steuergutschrift für angepasste körperliche Betätigung. Eine Steuergutschrift wird für nachgewiesene Ausgaben gewährt, die für die Inanspruchnahme einer angepassten körperlichen Betätigung anfallen. Ein Erlass des Wirtschafts- und Finanzministeriums legt die Durchführungsverfahren für die Inanspruchnahme der Steuergutschrift und die Rückforderung im Falle einer unrechtmäßigen Inanspruchnahme fest. Die Steuergutschrift kann in den Steuererklärungen als Steuerermäßigung verwendet werden, und der nicht genutzte Teil kann in den Steuererklärungen für die folgenden Steuerzeiträume vorgetragen werden. Die Höhe der Steuergutschrift wird durch eine Bestimmung des Direktors der Agentur festgelegt.

“13” Steuergutschrift für die Installation von integrierten Speichersystemen in Stromerzeugungsanlagen, die mit erneuerbaren Energiequellen betrieben werden. Eine Steuergutschrift wird für dokumentierte Ausgaben im Zusammenhang mit der Installation von Speichersystemen anerkannt, die in Stromerzeugungsanlagen integriert sind, die mit erneuerbaren Energien betrieben werden, auch wenn diese bereits existieren und in den Genuss der Anreize für den Austausch an Ort und Stelle gemäß Artikel 25-bis des Gesetzesdekrets Nr. 91 vom 24. Juni 2014, umgewandelt mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 116 vom 11. August 2014, kommen. Die Steuergutschrift kann in Steuererklärungen als Steuerermäßigung verwendet werden und der nicht genutzte Teil kann in Steuererklärungen für nachfolgende Steuerzeiträume vorgetragen werden. Die Höhe der Steuergutschrift wird durch eine Bestimmung des Direktors der Agentur festgelegt. Die Inanspruchnahme der Steuergutschrift ermöglicht nicht die Inanspruchnahme anderer Erleichterungen, die für dieselbe Art von Ausgaben vorgesehen sind.

Steuergutschrift für Spenden an Stiftungen der ITS Academy

Für Geldspenden zugunsten von Stiftungen der ITS-Academy und für Spenden, Vermächtnisse, Legate und andere großzügige Handlungen, die von juristischen oder natürlichen Personen mit dem ausdrücklichen Ziel veranlasst wurden, das Vermögen dieser Stiftungen zu erhöhen, wird ab 2022 eine Steuergutschrift in Höhe von 30 % der geleisteten Spenden fällig (**Code 14**).

Werden die oben genannten liberalen Auszahlungen zugunsten von Stiftungen der ITS-Academy vorgenommen, die in Provinzen tätig sind, in denen die Arbeitslosenquote über dem nationalen Durchschnitt liegt, beträgt die in der ersten Periode erwähnte Steuergutschrift 60 % der geleisteten Auszahlungen (**Code 15**).

Die in den Codes 14 und 15 genannten Steuergutschriften werden unter der Voraussetzung anerkannt, dass die Zahlung über Banken oder Postämter oder über andere in Artikel 23 des Gesetzesdekrets Nr. 241 vom 9. Juli 1997 vorgesehene Zahlungssysteme erfolgt, und können in drei gleichen Jahresraten ab der Steuererklärung für den Steuerzeitraum, in dem die Zahlung erfolgt, in Anspruch genommen oder gemäß Artikel 17 des genannten Gesetzesdekrets Nr. 241 von 1997 verrechnet werden.

Nicht in Anspruch genommene Steuergutschriften können in nachfolgenden Steuerzeiträumen verwendet werden. Die in Artikel 1 Absatz 53 des Gesetzes Nr. 244 vom 24. Dezember 2007 und in Artikel 34 des Gesetzes Nr. 388 vom 23. Dezember 2000 festgelegten Grenzen gelten nicht für die in diesem Absatz erwähnte Steuergutschrift. Damit die Begünstigten die betreffende Steuergutschrift über den Vordruck F24 als Ausgleich verwenden können, wurde mit Beschluss Nr. 68/E vom 18. November 2022 der Steuercode "6992" eingeführt.

“21” Steuergutschrift für die Tilgung von Sozialwohnungen, die dem Aktionär von der Gesellschaft gemäß Artikel 8 des Gesetzesdekrets Nr. 47 von 2014 auf transparente Weise zugerechnet wird.

In Spalte 2 (Betrag):

wenn in Spalte 1 Code '1' angegeben wurde, geben Sie den aus der bis zum 30. Mai 2022 eingegangene Mitteilung des Justizministeriums hervorgehenden Betrag des Steuerguthabens an;

wenn in Spalte 1 Code '2' angegeben wurde, geben Sie den Betrag aus Punkt 381 der Einheitlichen Bescheinigung 2022 an;

wenn in Spalte 1 der Code '4' angegeben wurde und Sie im Besitz eines Zertifikats sind, das von dem vom Ministerium für Umwelt und Energiesicherheit (ehemals Ministerium für den ökologischen Übergang) verwalteten Portal ausgestellt wurde, geben Sie den Betrag der geleisteten freiwilligen Geldzuweisungen an;

wenn in Spalte 1 der Code "5" eingegeben wurde, den Betrag der geschuldeten Gutschrift bis zu einem Höchstbetrag von 750 € angeben, der durch Anwendung des mit Erlass des Direktors der Steuerbehörde vom 23. Mai 2022 festgelegten Prozentsatzes von 100 % auf den Betrag der förderfähigen Ausgaben ermittelt wird, sofern er nicht bereits in der Steuererklärung für das Steuerjahr 2021 angegeben wurde. Spalte 2 darf nicht ausgefüllt werden, wenn Spalte 3 (Rest) für diesen Code vorhanden ist;

Ist in Spalte 1 der Code "10" angegeben, so ist der Betrag der geschuldeten Gutschrift anzugeben, der sich aus der Anwendung des Prozentsatzes auf die getätigten Ausgaben ergibt, der in der bis zum 31. März 2023 zu erlassenden Verordnung des Direktors der Steuerbehörde vorgesehen ist;

Ist in Spalte 1 der Code "11", "14" oder "15" angegeben, so ist der Betrag der Spende anzugeben;

Wenn in Spalte 1 der Code "12" oder "13" angegeben wurde, ist der Betrag der zustehenden Gutschrift anzugeben, der sich aus der Anwendung des in den einschlägigen Bestimmungen des Direktors der Steuerbehörde vorgesehenen Prozentsatzes auf die entstandenen Kosten ergibt; Ist in Spalte 1 der Code "22" angegeben, so ist der Betrag der getätigten Ausgaben anzugeben; Ist in Spalte 1 der Code "23" angegeben, so ist der Betrag der getätigten Ausgaben anzugeben.

Spalte 3 (Reststeuerguthaben 2021): Geben Sie das Reststeuerguthaben an, das in Zeile RN47, Spalte 39, des Vordrucks REDDITI NP 2022 angegeben ist oder jenes, das in Zeile 154 der Abrechnungserklärung (Vordruck 730-3) des Vordrucks 730/2022 angegeben ist, wenn in Spalte 1 der Code "3" angegeben ist oder die in Zeile RN47, Spalte 41 des Vordrucks REDDITI 2022 oder in Zeile 156 der Abrechnungserklärung (Vordruck 730-3) angegebene Reststeuergutschrift angeben, wenn Code "5" in Spalte 1 angegeben ist oder geben Sie die Reststeuergutschrift, die in Zeile RN47, Spalte 45 des Vordrucks REDDITI PF 2022 angegeben ist oder die in Zeile 128 der Abrechnungserklärung (Vordruck 730-3) des Vordrucks 730/2022, wenn in Spalte 1 der Code "9" angegeben ist; oder geben Sie die Reststeuergutschrift an, die in Zeile RN47, Spalte 46 des Vordruckes REDDITI PF 2022 angegeben ist, oder die in Zeile 129 der Abrechnung (Vordruck 730-3) des Vordrucks 730/2022 angegeben ist, wenn in Spalte 1 der Code "10" angegeben ist oder geben Sie die in Zeile RN47, Spalte 42 des Vordrucks REDDITI 2021 angegebene Reststeuergutschrift an, wenn Code "21" in Spalte 1 angegeben ist.

Spalte 4 (Rate 2020): Geben Sie den Betrag an, der in Zeile CR31, Spalte 4, des Vordrucks REDDITI PF 2022 oder in der Zeile 158, Spalte 2 (Spalte 4 für den Ehegatten) der Abrechnungserklärung ("Vordruck 730-3") des Vordrucks 730/2022, wenn in Spalte 1 der Code "3" angegeben ist.

In Spalte 6 (in F24 ausgeglichen): Wenn in Spalte 1 der Code '1', '9', '10', '11', '14' und '15' angegeben wurde, geben Sie das Steuerguthaben an, das für den Ausgleich in F24 bis zum Datum der Einreichung der Erklärung verwendet wurde.

In Spalte 7 (Betrag des erhaltenen Guthabens aus Transparenzgründen): Wenn in Spalte 1 Code '3' und/oder Code '4' und/oder Code '9' und/oder Code '10' und/oder Code 11, und/oder Code 14 und/oder Code 15 und/oder Code '21' und/oder 22 angegeben wurde, geben Sie den Betrag an, der im Steuerjahr dem Steuerzahler als Gesellschafter einer einfachen Gesellschaft zugerechnet wird. Geben Sie in Spalte 4 auch den Gesamtbetrag der in den Jahren 2021 und 2022 für Transparenz erhaltenen Guthaben an. Dieser Betrag muss in den Spalten 4, 7 und 14 der Zeile RN32 (Gesamtguthaben) für die Codes 3, 4 und 11 jeweils zu einem Drittel enthalten sein und in Spalte 10 der Zeile RN32 (Gesamtguthaben) für das mit Code 21 angegebene Guthaben.

9. ÜBERSICHT RP – Aufwendungen und Ausgaben

Diese Übersicht ist für die Angabe spezifischer Belastungen bestimmt, die je nach den Fällen in der Erklärung auf zwei verschiedene Weisen geltend gemacht werden können:

- einige (abzugsfähige Belastungen) ermöglichen den Abzug eines Prozentsatzes für getragene Ausgaben von der Steuer;
- andere (absetzbare Belastungen) ermöglichen die Minderung des steuerpflichtigen Einkommens, auf das die Bruttosteuer berechnet wird.

Es wird daran erinnert, dass einige Belastungen und Ausgaben, auch wenn sie für Familienangehörige getragen werden, abgezogen bzw. abgesetzt werden können.

ABSETZBARE AUFWENDUNGEN

Ausgaben, für die eine Absetzung von 19 Prozent zusteht (in Abschnitt I der Übersicht RP anzugeben)

a) Vom Steuerpflichtigen im eigenen oder im Interesse der steuerlich zu Lasten lebenden Familienangehörigen getragenen Ausgaben (siehe Abschnitt II, Kapitel 4 "Zu Lasten lebende Familienangehörige"):

- Ausgaben für die Gesundheit (Zeile RP1 Sp. 2);
- Ausgaben für Mittel, die für die Begleitung, das Gehen, die Fortbewegung, das Heben und die technischen, Informatik- Hilfsmittel für Behinderte erforderlich sind (Zeile RP3);
- Ausgaben für den Erwerb und die Reparatur von Fahrzeugen für Behinderte (Zeile RP4);
- Ausgaben für die Anschaffung von Führhunden (Zeile RP5);
- Bildungsausgaben für den Besuch des Kindergartens, der Grund- und Sekundärschule (Zeilen RP8 bis RP13, Code 12);
- Universitätsausgaben (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 13);
- Ausgaben für sportliche Tätigkeiten von Jugendlichen (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 16);
- von Universitätsstudenten außerhalb des Wohnsitzes getragene Mietzinsen (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 18);
- für freiwillige Zuwendungen an Lehranstalten (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 31);
- für den Erwerb von Abonnements zum lokalen, regionalen und interregionalen öffentlichen Verkehrsmittel getragenen Kosten (Zeilen von Rp8 bis RP13, Code 40);
- zugunsten von Minderjährigen oder Volljährigen mit spezifischen Lernschwierigkeiten (DSA) ertragenen Ausgaben (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 44).

Der Abzug steht auch in den folgenden Sonderfällen zu:

- **Ausgaben für die Gesundheit, die für Familienangehörige, die nicht zu Lasten leben, getragen wurden und die an Krankheiten leiden,** die Anspruch auf die Befreiung von den öffentlichen Sanitätskosten geben und zwar für jenen Teil, der in der Steuer die von diesen Personen geschuldet wird, nicht mehr eingeschlossen werden kann (Zeile RP2);
- Für die Ausgaben, die für die Pfleger im Interesse des Steuerpflichtigen oder anderer pflegebedürftiger Familienangehöriger getragen werden (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 15);
- Für die für den Rückkauf des Hochschulstudiums der steuerlich unterhaltspflichtigen Person gezahlten Beiträge, die noch keine Arbeit aufgenommen hat und nicht in irgendeiner obligatorischen Fürsorgeform eingetragen ist (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 32);
- Für die von den Eltern für den Besuch der Kinderkrippen ihrer Kinder getragenen Ausgaben (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 33);
- Prämien für Lebens- und Unfallversicherungen (Zeilen RP8 bis RP13, Code 36);
- Prämien für Versicherungen zum Schutz von Personen mit schwerer Behinderung entsprechend der Definition von Art. 3, Abs. 3 des Gesetzes vom 5. Februar 1992, Nr. 104, bestätigt durch die Modalitäten gemäß Art. 4 des selben Gesetzes (Zeilen RP8 bis RP13, Code 38);
- Versicherungsprämien zur Versicherung der Unselbstständigkeit bei der Durchführung der Handlungen des alltäglichen Lebens (Zeilen RP8 bis RP13, Code 39);
- Für Ausgaben für die jährliche Einschreibung oder das Abonnement von AFAM für Kinder (Zeilen RP8 bis RP13, Code 45).

b) Vom Steuerpflichtigen im eigenen Interesse getragene Kosten (im Abschnitt I der Übersicht RP anzugeben):

- Gesundheitskosten, die vom Steuerpflichtigen mit Krankheiten getragen werden und zur Befreiung von der Beteiligung an den Kosten des

- öffentlichen Gesundheitsdienste berechtigen (Zeile RP1 Sp. 1);
- Zinsen aus Hypothekendarlehen für den Kauf der Hauptwohnung (Zeile RP7);
- Zinsen aus Hypothekendarlehen für den Kauf sonstiger Immobilien (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 8);
- Zinsen aus Darlehensverträgen des Jahres 1997 für die Renovierung der Wohnung (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 9);
- Zinsen aus Hypothekendarlehen für den Bau der Hauptwohnung, die bis zum 31.12.2021 aufgenommen wurden (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 10);
- Zinsen aus Hypothekendarlehen für den Bau der Hauptwohnung, die ab dem 01.01.2022 aufgenommen wurden (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 46);
- Zinsen aus Landwirtschaftsanleihen bzw. –darlehen, die bis zum 31.12.2021 aufgenommen wurden (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 11);
- Zinsen aus Landwirtschaftsanleihen bzw. –darlehen, die ab dem 01.01.2022 aufgenommen wurden (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 47);
- Bestattungsausgaben (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 14);
- Ausgaben für die Vermittlung von Immobilien (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 17);
- für Freiwillige Zuwendungen zugunsten der von öffentlichen Katastrophen oder außergewöhnlichen Ereignissen betroffenen Bevölkerung (Zeilen RP8 bis RP13, Code 20);
- Freiwillige Zuwendungen an Amateursportvereine (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 21);
- Mitgliedsbeiträge an Gesellschaften gegenseitiger Hilfeleistungen (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 22);
- Freiwillige Zuwendungen an die Kulturgesellschaft „La Biennale di Venezia“ (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 24);
- Ausgaben in Bezug auf Güter, die der vinkulierten Steuerregelung unterliegen (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 25);
- Freiwillige Zuwendungen für künstlerische und kulturelle Tätigkeiten (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 26);
- Freiwillige Zuwendungen zugunsten von Einrichtungen, die im Schauspielwesen tätig sind (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 27);
- Freiwillige Zuwendungen zugunsten von Stiftungen im Bereich der Musik (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 28);
- Ausgaben für den Tierarzt (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 29);
- Ausgaben für die Dolmetschdienstleistungen, die von den als taub anerkannten Personen getragen wurden (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 30);
- für freiwillige Zuwendungen zugunsten von Schulen (Zeilen RP8 bis RP13, Code 31);
- freiwilligen Zuwendungen an den Abschreibungsfonds der Staatsanleihen (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 35);
- Ausgaben für Prämien bezüglich Versicherungen gegen Naturkatastrophen (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 43);
- sonstige absetzbare Kosten (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 99);
- Ausgaben für Leasingzahlungen (Zeile RP14).

Ausgaben, für die eine Absetzung von 26 Prozent zusteht (in Abschnitt I der Übersicht RP anzugeben)

- freiwillige Zuwendungen zugunsten der nicht gewinnbringender Organisationen von sozialem Nutzen (ONLUS) (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 61);
- freiwillige Zuwendungen zugunsten der politischen Parteien (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 62);

Ausgaben, für die eine Absetzung von 30 Prozent zusteht (in Abschnitt I der Übersicht RP anzugeben)

- freiwillige Zuwendungen als Geld- oder Sachleistungen zugunsten von ONLUS oder APS und Einrichtungen des dritten Sektors (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 71);

Ausgaben, für die eine Absetzung von 35 Prozent zusteht (in Abschnitt I der Übersicht RP anzugeben)

- freiwillige Zuwendungen als Geld- oder Sachleistungen zugunsten von Freiwilligenorganisationen OV Einrichtungen des dritten Sektors (Zeilen von RP8 bis RP13, Code 76);

Ausgaben, für die eine Absetzung von 90 Prozent zusteht (anzugeben in Abschnitt I von Übersicht RP)

- Prämien für Naturkatastrophenversicherungspolice, die zeitgleich mit der Übertragung des Steuerguthabens in Bezug auf die Eingriffe, für die der 110%ige Erdbebenbonus zusteht, an eine Versicherungsgesellschaft abgeschlossen werden (Zeilen RP8 bis RP13, Code 81).

Ausgaben, für die eine Steuerabsetzung in Bezug auf die Arbeiten zum Wiedergewinn der Bausubstanz und Erdbebensicherungsmaßnahmen zusteht einschließlich derer, für die der Superbonus und der Fassadenbonus in Anspruch genommen werden kann, (in Teil III A und III B der Übersicht RP anzugeben) und Ausgaben, für die eine Absetzung von 50 Prozent (in Abschnitt III C der Übersicht RP anzugeben):

Abschnitt III A: Zeilen von RP41 bis RP47, in dem Folgendes anzugeben ist:

- Ausgaben für die Wiedergewinnung des Bauvermögens;
- Ausgaben für den Erwerb oder die Zuweisung von Immobilien, die Abschnitt von sanierten Gebäuden sind;
- Ausgaben für Erdbebenschutzmaßnahmen und statische Sicherungsarbeiten. Es ist auch möglich, die seit dem 1. Juli 2020 angefallenen Aufwendungen für die Installation von Systemen zur kontinuierlichen Bauwerksüberwachung im Rahmen des Erbebenschutzes anzugeben, wenn deren Installation zeitgleich mit der Durchführung von Erdbebenschutzmaßnahmen erfolgt, für die es möglich ist, vom 110%ige Absetzung in Anspruch zu nehmen;
- Ausgaben für Maßnahmen zur Ordnung des Grünen der entdeckten privaten Räume;
- für die Wiederherstellung oder Restaurierung der Fassade von bestehenden Gebäuden (Fassadenbonus).

Abschnitt III B: Zeilen von RP51 bis RP53, in dem die Katastereerkennungsdaten der Immobilien und die sonstigen Daten zur Nutzung des Abzugs anzugeben sind.

Abschnitt III C: Zeilen RP56 bis RP59, in der die Ausgaben, die zu einem Absetzung von 50 und 110 Prozent berechtigten, anzugeben sind.

Abschnitt IV: Zeilen von RP61 bis RP64, in dem Folgendes anzugeben ist:

- Ausgaben für die Arbeiten für die energetische Aufwertung bestehender Gebäude (Code 1);
- Ausgaben für Eingriffe an der Ummantelung bestehender Gebäude (Code 2);
- Ausgaben für die Installation von Sonnenkollektoren (Code 3);
- Ausgaben für die Auswechslung von Heizungsanlagen (Code 4);
- Ausgaben für den Erwerb und die Installation von Sonnenschutzeinrichtungen (Code 5);
- Ausgaben für den Erwerb und Installation von Winterklimatisierungsanlagen durch Biomasse (Code 6);
- Ausgaben für Kauf, Installation und Inbetriebnahme von Multimediageräten (Code 7);

- Ausgaben für Arbeiten auf Hüllen der gemeinsamen Teile von vorhandenen Mehrfamilienhäuser (Code 8);
- Ausgaben für Arbeiten zur Energieumstellung der gemeinsamen Teile von vorhandenen Mehrfamilienhäuser (Code 9);
- Ausgaben für Maßnahmen auf gemeinsame Teile der Gebäude zur energetischen Sanierung und erdbebensichere Maßnahmen mit Übergang zu einer niedrigeren Risikoklasse (Code 10);
- Ausgaben für Maßnahmen auf gemeinsame Teile der Gebäude zur energetischen Sanierung und erdbebensichere Maßnahmen mit Übergang zu zwei niedrigeren Risikoklassen (Code 11);
- Ausgaben für den Kauf und das Verlegen von Fenstern mit Fensterrahmen (Code 12);
- Ausgaben für den Kauf und das Verlegen von Brennwertkesseln (Code 13);
- Ausgaben für den Kauf und das Verlegen von Mikro-Zweiterzeugern (Code 14);
- Ausgaben für Arbeiten an lichtundurchlässigen Strukturen der Fassade mit thermischer Wirkung (Code 15);
- Ausgaben für den Erwerb, die Installation und die Inbetriebnahme von Multimedia-Geräten für die Fernsteuerung (Code 16);
- Ausgaben für Wärmedämmungsmaßnahmen an der Gebäudehülle mit einer Inzidenz von mehr als 25 %, die an Einfamilienhäusern oder an Gebäudeeinheiten in Mehrfamilienhäusern durchgeführt werden (Code 30);
- Ausgaben für Wärmedämmungsmaßnahmen an der Gebäudehülle mit einer Inzidenz von mehr als 25 %, die an Gebäudeeinheiten durchgeführt werden, die Teil von Mehrfamilienhäusern sind (Code 31);
- Ausgaben für Maßnahmen in den gemeinschaftlich genutzten Gebäudeteilen für den Ersatz bestehender Heizungsanlagen im Winter (Code 32);
- Ausgaben für Maßnahmen in Einfamilienhäusern oder Gebäudeeinheiten in Mehrfamilienhäusern für den Austausch bestehender Klimaanlage für den Winter (Code 33).

Abschnitt V: Zeilen RP71 bis RP73 in dem die Absetzungen für Mieter mit Mietvertrag anzugeben sind:

- Absetzung für die Mieten von Hauptwohnungen (Zeile RP71 Code 1);
- Absetzung für die Mieter von als Hauptwohnung verwendeten Wohnungen, die mit Konventionsvertrag vermietet werden (Zeile RP71 Code 2);
- Absetzung für junge Leute zwischen 20 und 31 Jahren (nicht vollendet), die einen Mietvertrag für die Hauptwohnung abschließen (Zeile RP71 Code 4);
- Absetzung für den Mietzins, welcher Arbeitnehmern zusteht, die den Wohnsitz aus Arbeitsgründen verlegen (Zeile RP72);
- Abzüge für die Verpachtung von landwirtschaftlichen Grundstücken an junge Menschen (Zeile RP73);

Abschnitt VI: Zeilen von RP80 bis RP83 Sonstige Abzüge:

- Investitionen in Startups und Verfall Startup Rückerstattung Steuerabzug (Zeile RP80);
- Abzug für die Unterhaltskosten von Blindenhunden (Zeile RP82);
- sonstige Abzüge (Zeile RP83).

ABZUGSFÄHIGE AUFWENDUNGEN

Diese Belastungen sind im Abschnitt II der Übersicht RP (Zeilen von RP21 bis RP34) anzugeben:

a) Vom Steuerpflichtigen in seinem oder im Interesse der steuerlich zu Lasten lebenden Familienangehörigen getragene Ausgaben

(siehe Abschnitt II, Kapitel 4 "Zu Lasten lebende Familienangehörige"):

- Vor- und Fürsorgebeiträge (Zeile RP21, Spalten 1 und 2);
 - Beiträge für Zusatzfonds des nationalen Gesundheitsdienstes (Zeile RP26, Code 6);
 - Direkt von Rentnern gezahlte Beiträge, auch für nicht zu Lasten lebende Familienangehörige, an Gesundheitskassen mit ausschließlichen Fürsorgezwecken, die durch geeignete Kollektivvereinbarungen eingerichtet wurden (Zeile RP26, Code 13);
 - Beiträge für ergänzende und individuelle Rentenformen (Zeilen RP27 bis RP30);
- Abzugsfähig sind auch die **Arzt- und spezifischen Pflegekosten für Behinderte**, die auch im Interesse der **Familienangehörigen getragen wurden, auch wenn sie steuerrechtlich nicht unterhaltsberechtigt sind** (Zeile RP25);

b) Vom Steuerpflichtigen im eigenen Interesse getragene Kosten:

- Dem Ehegatten gezahlte regelmäßige Zuweisungen (Zeile RP22);
- für Haushaltshilfen und Familienangehörige gezahlte Fürsorgebeiträge (Zeile RP23);
- freie Spenden zugunsten von religiösen Institutionen (Zeile RP24);
- freie Spenden zugunsten von Nichtregierungsorganisationen (Zeile RP26 Code 7);
- freie Spenden zugunsten von gemeinnützigen Organisationen, von sozial fördernden Organisationen und zugunsten einiger anerkannter Stiftungen und Vereinigungen (Zeile RP26 Code 8);
- freie Spenden zugunsten von Universitäten, Forschungseinrichtungen und Verwaltungen der Naturschutzgebiete (Zeile RP26 Code 9);
- freiwillige Zuwendungen, Schenkungen und andere unentgeltliche Übertragungen zugunsten von Trusts oder Spezialfonds (Zeile RP26 Code 12);
- Renditen, Leibrenten, Unterhaltszuweisungen und sonstige Belastungen (Zeile RP26 Code 21);
- Aufwendungen für den Kauf oder den Bau von Wohnungen, die zur Miete überlassen werden (Zeile RP32);
- Dem auszahlenden Subjekts zurückerstatteten Summen (RP33);
- Investitionen in Startup-Unternehmen (Zeile RP33);
- Freiwillige Zuwendungen zugunsten von ONLUS, OV und APS (Zeile RP36).

Für Kinder getragene Ausgaben

Wurden die Ausgaben für Kinder getragen, steht der Absetzbetrag jenem Elternteil zu, auf dessen Name die Rechnung ausgestellt ist. Ist die Rechnung hingegen auf den Namen des Kindes ausgestellt, sind die Ausgaben zwischen beiden Elternteilen aufzuteilen und zwar im Ausmaß, in dem die Ausgaben von ihnen getragen wurden. Wenn Sie die Ausgaben in einem anderen Ausmaß als 50 Prozent aufteilen möchten, müssen sie auf der entsprechenden Rechnung den Prozentsatz der Aufteilung angeben. Ist einer der beiden Elternteile steuerlich zu Lasten des anderen lebend, kann letzterer für die Berechnung des Absetzbetrages den vollen Betrag der Auslage berücksichtigen.

Von den Erben getragene Ausgaben

Die Erben haben Anspruch auf den Steuerabsetzbetrag bzw. auf den Abzug für Ausgaben für die Gesundheit, die sie für den Verstorbenen nach seinem Tod getragen haben.

Von einfachen Gesellschaften und von am Transparenzsystem beteiligten Gesellschaften getragene Belastungen

Es wird daran erinnert, dass sowohl die Gesellschafter der einfachen Gesellschaften als auch die Gesellschafter der an der Transparenz betei-

lichten Gesellschaften das Recht haben, den entsprechenden Steuerabzug zu nutzen oder einige der von der Gesellschaft getragenen Belastungen in dem vom Art. 5 des Einheitstextes der Einkommenssteuer festgelegten Umfang vom eigenen Gesamteinkommen abzusetzen. Besagte Belastungen müssen in die entsprechenden Zeilen der Übersicht RP übertragen werden.



Siehe im Anhang unter "Von einfachen Gesellschaften getragene Aufwendungen".

WIE DIE ÜBERSICHT RP ABZUFASSEN IST

Die Übersicht RP besteht auf folgenden Abschnitte:

- **Abschnitt I**, Kosten, für die der Steuerabzug von 19 Prozent und von 26 Prozent, von 30 Prozent, von 35 Prozent und 90 Prozent zusteht (der letztgenannte Satz gilt für Prämien von Erdbebenrisikoversicherungen, die zeitgleich mit der Übertragung der 110-Prozentigen Absetzung an eine Versicherungsgesellschaft abgeschlossen wurden);
- **Abschnitt II**, Kosten und Belastungen, für die der Abzug vom Gesamteinkommen zusteht;
- **Abschnitt III (A und B)**, Ausgaben, für die eine Steuerabsetzung zusteht (Eingriffe zur Wiedergewinnung der Bausubstanz) für **Eingriffe zur Wiedergewinnung der Bausubstanz und für Erdbebensicherungsmaßnahmen und Grün-Bonus**;
- **(Abschnitt III C)** Absetzung in Höhe von 50 Prozent für den „Beitragsfrieden“ und in Höhe von 50 und 110 Prozent für die Installation von Aufladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, für den Kauf von Möbeln zur Ausstattung renovierter Immobilien, junge Paare und Mehrwertsteuer für Wohnungsgkauf Energieklasse A oder B;
- **Abschnitt IV**, Kosten, für die der Abzug zusteht (Eingriffe zur Energieeinsparung);
- **Abschnitt V**, Angaben, um die Abzüge für den Mietzins und die Pacht von landwirtschaftlichen Grundstücken, die an junge Landwirte verpachtet werden, in Anspruch zu nehmen;
- **Abschnitt VI**, Angaben zur Nutzung sonstiger Abzüge (Ausgaben für Investitionen in Start-up-Unternehmen, Unterhaltskosten für Blindenhunde, Aufwendungen für von den Regionen oder autonomen Provinzen anerkannte Stipendien, für Schenkungen an das Krankenhaus "Ospedali Galliera di Genova" und den Urlaubsbonus).

ABSCHNITT I - Kosten, für die der Steuerabzug von 19 von 26%, von 30%, von 35% und von 90% zusteht

Jeder Steuerabsetzung in Höhe von 19 von 26, von 30 von 35 und von 90 Prozent wurde ein Code zugewiesen, so wie ersichtlich aus den Tabellen „Ausgaben, für die die Absetzung von 19 Prozent zusteht“, „Ausgaben, für die die Absetzung von 26 Prozent zusteht“, „Ausgaben, für die die Absetzung von 30 Prozent zusteht“, „Ausgaben, für die die Absetzung von 35 Prozent zusteht“ und „Ausgaben, für die die Absetzung von 90 Prozent zusteht“, die Sie in den Anleitungen für die Zeilen von RP8 bis RP13 finden. Bei den zu-gewiesenen Codes handelt es sich um dieselben, die aus der Einheitlichen Bescheinigung 2023 hervorgehen.



Ab dem Steuerjahr 2020 ist die Absetzung von der Bruttobesteuerung in Höhe von 19% anwendbar, sofern die Ausgaben per Bank- oder Postüberweisung oder durch andere nachvollziehbare Zahlungssysteme bezahlt werden. Die Bestimmung gilt nicht für Absetzungen, die im Zusammenhang mit Ausgaben für den Kauf von Arzneimitteln und medizinischen Geräten zustehen, sowie auch nicht für Abzüge für Gesundheitsdienstleistungen, die von öffentlichen Einrichtungen oder von privaten, beim nationalen Gesundheitsdienst akkreditierten Einrichtungen erbracht wurden.

Steuerpflichtige muss die Verwendung des "nachvollziehbaren" Zahlungsmittels durch einen Papiernachweis der Transaktion/Zahlung, mit Beleg vom Bankautomaten, Kontoauszug, Kopie des Postzahlscheins oder der MAV (Inkassoaufträge mit Fälligkeitsanzeige) und von Zahlungen mit PagoPA nachweisen. Andernfalls kann die Verwendung des "nachvollziehbaren" Zahlungsmittels durch einen Vermerk auf der Rechnung, der Steuerquittung oder dem Handelsdokument festgehalten werden, und zwar durch den Empfänger der Beträge, der die Waren verkauft oder die Dienstleistung erbringt.



Ab dem Steuerjahr 2020 variiert die Steuerabsetzung für einige der in diesem Abschnitt angegebenen Ausgaben in Abhängigkeit von der Höhe des Gesamteinkommens. Insbesondere steht sie denjenigen mit einem Gesamteinkommen von bis zu 120.000 € in voller Höhe zu. Wird die genannte Grenze überschritten, verringert sich das Steuerguthaben, bis es bei einem Gesamteinkommen von 240.000 € auf Null sinkt. Bei der Überprüfung der Einkommensgrenze werden auch mit der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen und der Ersatzsteuer gemäß der Pauschalregelung des Gesetzes Nr. 190 von 2014 in seiner geänderten und ergänzten Fassung besteuerte Einkommen berücksichtigt.

AUSGABEN, FÜR DIE DIE ABSETZUNGEN JE NACH EINKOMMEN VARIIEREN

CODE	BESCHREIBUNG	ZEILE	CODE	BESCHREIBUNG	ZEILE
12	Bildungsausgaben	von RP8 bis RP13	31	Freiwillige Spenden an Lehranstalten jeder Art und jeden Grades	von RP8 bis RP13
13	Ausgaben für Universitätsbildung	„	35	Freiwillige Spenden zugunsten des Abschreibungsfonds von Staatsanleihen	„
14	Bestattungskosten	„	36	Prämien für Lebens- und Unfallversicherungen	„
15	Kosten für persönliche Betreuung	„	38	Prämien für Versicherungen zum Schutz von Personen mit schwerer Behinderung	„
16	Ausgaben für Sportaktivitäten für Jugendliche	„	39	Versicherungsprämien zur Deckung des Risikos der Pflegebedürftigkeit	„
17	Ausgaben für die Immobilienvermittlung	„	40	Ausgaben für den Kauf von Abonnements für lokale, regionale oder interregionale öffentliche Verkehrsmittel	„
18	Mietkosten für Universitätsstudenten außerhalb des Wohnsitzes	„	43	Prämien für Versicherungen gegen das Risiko von Naturkatastrophen	„
21	Freiwillige Spenden an Amateursportvereine und -Gesellschaften	„	44	Ausgaben für Minderjährige oder Volljährige mit Lernbehinderung(DSA)	„
25	Ausgaben für Güter die dem Besteuerungssystem für Weinanbau unterliegen	„	45	Kosten für die jährliche AFAM-Einschreibung oder das Abonnement für junge Leute	„
26	Freiwillige Spenden für künstlerische und kulturelle Tätigkeiten	„	61	Freiwillige Spenden zugunsten gemeinnütziger Organisationen (ONLUS)	„
27	Freiwillige Spenden zugunsten von Einrichtungen, die im Schauspielwesen tätig sind	„	81	Katastrophenrisikoprämien für Versicherungspolizen, die zeitgleich mit der Übertragung an eine Versicherungsgesellschaft des im Zuge von Eingriffen, für die der 110%ige Erdbebenbonus in zusteht, entstandenen Steuerguthabens abgeschlossen werden	„
29	Tierarztkosten	„		Leasingkosten für Gebäude, die als Hauptwohnsitz genutzt werden	RP14
30	Von anerkannten tauben Subjekten für Dolmetscherdienste getragene Kosten				

Allgemeine Anleitung zu den Zeilen RP1 bis RP4. Einige der im Jahr 2022 getragenen und dem Steuerpflichtigen schon rückerstatteten Gesundheitskosten **sind nicht anzugeben**, zum Beispiel:

- die vom Schädiger oder von Anderen für seine Rechnung ersetzten Ausgaben bei Schäden an der Person, die von Dritten zugefügt wurden;
 - die Ausgaben für die Gesundheit, die auf Grund von Beiträgen rückerstattet wurden, welche vom Substituten in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen, Verträgen, Abkommen und Betriebsvorschriften an Körperschaften und Kassen mit ausschließlich fürsorglichen Zwecken entrichtet wurden, die bis zu einen Gesamtbetrag von höchstens **3.615,20 Euro** nicht zur Bildung des steuerpflichtigen Einkommens aus nicht selbständiger Arbeit beigetragen haben. In Punkt 441 der einheitlichen Bescheinigung, die dem Arbeitnehmer übergeben wurde, ist ausgewiesen, dass die genannten Beiträge vorhanden sind. Wenn unter Punkt 442 der einheitlichen Bescheinigung der Anteil der Krankenversicherungsbeiträge angegeben ist, die zum Einkommen beigetragen haben, da sie über der genannten Höchstgrenze liegen, können die eventuell rückerstatteten Gesundheitsausgaben hingegen anteilmäßig zu jenem Teil der Krankenversicherungsbeiträge angegeben werden. Bei der Bestimmung der Proportion muss man auch es berücksichtigen, was im Punkt 575 und/oder 595 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 eingetragen wird.
 - Kosten für den Kauf von Brillengläsern oder Kontaktlinsen, für die der „bonus vista“ (Sehbonus) erworben wurde.
- Dieselbe Regel gilt im Fall von an Gegenseitigkeitgesellschaften bezahlten Mitgliedsbeiträgen, welche begrenzt auf 1300 abziehbar sind. Die Ausschüttung der Subventionen seitens derselben Gesellschaften für die Erstattung der von den Mitgliedern ertragenen Gesundheitsausgaben bringt mit, dass diese Ausgaben nicht zu Lasten derselben Mitglieder geblieben sind. Falls die bezahlten Mitgliedsbeiträge den Betrag übersteigen, auf welchen der Abzug berechnet werden kann, können die erstatteten Gesundheitsausgaben als zu Lasten geblieben laut dem Prozentsatz berücksichtigt werden, welches sich aus dem Verhältnis zwischen den die obengenannte Grenze übersteigenden Beiträgen und dem Gesamtbetrag der bezahlten Beiträge ergibt. Das gilt, auch wenn die Mitgliedsbeiträge keine eindeutige Bestimmung zur Erstattung der Gesundheitsausgaben haben.
 - Die im Jahr 2022 ertragene Gesundheitsausgaben, die in den folgenden Jahren erstatten werden, können schon nach Abzug des zu erstattenden Betrags abgezogen werden oder sie können völlig abgezogen werden, wobei dann der empfangene Betrag in der Zeile RM8 Code 4 in der Steuererklärung bezüglich des Steuerjahres, in dem die Erstattung bezogen wird, anzugeben ist.

Anzugeben sind die Ausgaben, die zu Lasten des Steuerpflichtigen geblieben sind:

- die Ausgaben für die Gesundheit, die auf Grund der eingezahlten Beiträge bzw. Versicherungsprämien des Steuerzahlers rückerstattet wurden (für welche die Absetzung von 19 Prozent nicht zusteht);
- die Ausgaben für die Gesundheit, die auf Grund von Versicherungen mit Hinsicht auf die Gesundheit rückerstattet wurden, die vom Steuersubstituten abgeschlossen wurden bzw. von diesem mit oder ohne Einbehalt zu Lasten des Angestellten bzw. Rentners entrichtet wurden. Für diese Prämien wird kein Steuerabzug zuerkannt. Für solche Versicherungen ist in Punkt 444 der einheitlichen Bescheinigung ausgewiesen, dass die vom Arbeitgeber oder vom Arbeitnehmer eingezahlten Prämien existieren;
- Der Betrag der Ausgaben für den Kauf von Korrektionsbrillen oder Kontaktlinsen abzüglich des Betrags des Sehbonus.

Zeilen von RP1 bis RP5 Gesundheitsausgaben und Ausgaben für Behinderte

Falls der Gesamtbetrag der im Jahr getragenen und in den Zeilen RP1, RP2 und RP3 angegebenen Ausgaben vor Abzug des Freibetrages von 129,11 Euro die Grenze von 15.493,71 Euro überschreitet, können die Absetzungen laut Zeile RP1 Spalten 1 und 2, Zeile RP2 und Zeile RP3 in vier Jahresanteile gleichen Betrags aufgeteilt werden. In Zeile RP15 (Spalte 1) muss angegeben werden, ob von der Ratenaufteilung Gebrauch gemacht wird oder nicht. Für diesen Zweck wird auf die Anleitungen zur Zeile RP15 (Spalte 1) verwiesen.



Weitere Informationen über die Gesundheitsausgaben, die aufzubewahrenden Unterlagen und Klärungen zu den im Ausland getragenen Ausgaben sind im Anhang unter **"Abzugsfähige Gesundheitsausgaben"** wiedergegeben.

Zeile RP1 Ausgaben für die Gesundheit

Für die Ausgaben für die Gesundheit (Spalten 1 und 2) steht der Abzug von 19 Prozent nur für den über **129,11 Euro** liegenden Teil zu (zum Beispiel, wenn sich die Kosten auf 413,17 Euro belaufen, beträgt der Betrag, für den der Abzug zusteht, 284,06 Euro).



Die Gesundheitsausgaben sind vollständig anzugeben (wie im Vordruck 730 vorgesehen) und müssen daher in den Zeilen von RP1 bis RP13 nicht um den Freibetrag von 129,11 Euro gekürzt werden.

Spalte 2 (Gesundheitsausgaben): den vollen Betrag der in eigenem Interesse und im Interesse der unterhaltsberechtigten Familienangehörigen getragenen Gesundheitsausgaben angeben, ohne den Freibetrag von Euro 129,11 abzuziehen.

Mit Bezug auf die Gesundheitskosten bezüglich des Erwerbs von Medikamenten wird präzisiert, dass der Abzug zusteht, wenn die Ausgabe durch Rechnung oder Kassenzettel (s.g. "sprechender Kassenzettel") belegt wird, in dem die Art und die Menge der erworbenen Produkte, der alphanumerische, auf der Packung des Medikaments angebrachte Code (Erkennungscodes der Arzneimittelqualität) und die Steuernummer des Empfängers spezifiziert sein müssen.

Es wird daran erinnert, dass in dem anzugebenden Betrag in Zeile RP1, Spalte 2 auch die Gesundheitsausgaben enthalten sind, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ der einheitlichen Bescheinigung mit Code 1 oder unter dem Punkt „Betrag der Gesundheitsausgaben unterhalb der Selbstbeteiligung“ angeführt sind.

In dieser Spalte sind auch die Ausgaben einzutragen, die verschieden sind von den Ausgaben für Krankheiten, die von der Beteiligung an den öffentlichen Gesundheitsausgaben befreit sind, und die von einem Familienangehörigen für den nicht unterhaltsberechtigten Steuerpflichtigen getragen wurden (diese sind dagegen in Spalte 1 anzugeben).

Spalte 1 (Von einem Familienangehörigen getragene Ausgaben für befreite Krankheiten): Das Abfassen dieser Spalte ist dem Steuerpflichtigen vorbehalten, der bestimmte Krankheiten aufweist, für die der nationale Gesundheitsdienst die Ticketbefreiung anerkannt hat, wobei folgende Ausgaben anzugeben sind:

- von einem Familienangehörigen getragene Ausgaben, dem gegenüber der Steuerpflichtige nicht unterhaltsberechtigt ist;
 - bei Einrichtungen getragene Ausgaben, die die Bezahlung vorsehen (z.B.: Ausgaben für Leistungen in Privatkliniken).
- Die Absetzung in Bezug auf die in dieser Spalte angegebenen Ausgaben kann für den Teil, der die Steuer übersteigt, die vom Steuerpflichtigen mit einer befreiten Krankheit zu zahlen ist, vom Familienangehörigen in Anspruch genommen werden, der die Ausgabe in seiner Erklärung und durch Abfassen der Zeile RP2 getragen hat.

Eine vollständige Liste der Krankheiten, die Anspruch auf Befreiung haben, ist im Ministerialdekret Nr. 329 vom 28. Mai 1999 enthalten.

Daher sind anzugeben:

- in **Spalte 1** der Zeile RP1 der vollständige Betrag der Ausgaben für befreite Krankheiten, ohne den Freibetrag von Euro 129,11 abzuziehen;
- in **Spalte 2** der Zeile RP1 die anderen Gesundheitsausgaben, die sich nicht auf diese Krankheiten beziehen.

Zeile RP2 Ausgaben für die Gesundheit, die für nicht zu Lasten lebende Familienangehörigen mit befreiten Pathologien getragen wurden

Den Betrag anführen, der für den Familienangehörigen getragen wurde, der steuerlich nicht zu Lasten lebend und von einer Krankheit betroffen ist, die von den öffentlichen Sanitätsabgaben befreit ist und deren Absetzung nicht in der Bruttosteuer eingeschlossen werden konnte, die vom Familienmitglied geschuldet wird. Den Betrag dieser Ausgaben erhält man durch folgende Rechenformel: Der Teil des absetzbaren Betrages, der in der Steuer des Familienmitgliedes nicht ausgeglichen werden konnte, ist durch 0,19 zu teilen. Dieser Betrag geht aus den Anmerkungen des Vordr. 730 oder aus Zeile RN47, Spalte 6 des Vordr. EINKOMMEN dieses Familienmitgliedes hervor.

Der Höchstbetrag der Gesundheitsausgaben, für die die Absetzung von 19 Prozent zusteht, beläuft sich in diesen Fällen auf insgesamt **Euro 6.197,48**; der Betrag dieser Ausgaben muss vollständig angegeben werden, ohne den Abzug des Freibetrags von Euro 129,11 vorzunehmen.

Zeile RP3 Gesundheitskosten für Behinderte

Den Betrag der Ausgaben für die Mittel angeben, die für die Begleitung, das Gehen, die Fortbewegung, das Anheben von Behinderten erforderlich sind, sowie die Ausgaben für die technischen und elektronischen Hilfsmittel, die der Unabhängigkeit und Integration der Behinderten dienen. Für diese Ausgaben steht der Absetzbetrag von 19 Prozent auf den vollen Betrag zu.

In dieser Zeile werden auch die Ausgaben eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 3 angeführt sind.



Siehe im Anhang unter "Gesundheitskosten für Behinderte".

Zeile RP4 Ausgaben für den Erwerb und die Reparatur von Fahrzeugen für Behinderte

Die Ausgaben angeben für den Erwerb:

- von Motor- und Kraftfahrzeugen, auch wenn diese serienweise hergestellt und den dauernden Einschränkungen der motorischen Bewegungsfähigkeit der Behinderten angepasst wurden;
- von Kraftfahrzeugen, auch wenn sie nicht angepasst wurden, für den Transport von Blinden, Gehörlosen, psychisch oder geistig Behinderten, die aufgrund der Schwere der Behinderung Anspruch auf Begleitungsgeld haben, Invaliden mit schwerer Einschränkung der Gehfähigkeit und mehrfach amputierten Personen.

Die Absetzung steht nur einmal in vier Jahren zu, außer in den Fällen, in denen das Kraftfahrzeug aus dem öffentlichen Fahrzeugregister gestrichen wurde. Die Absetzung steht innerhalb der Ausgabenobergrenze von 18.075,99 Euro für ein einziges Fahrzeug (Motor- oder Kraftfahrzeug) zu, vorausgesetzt, dass es ausschließlich oder hauptsächlich zum Nutzen des Behinderten verwendet wird. Wurde das Fahrzeug gestohlen und nicht wieder aufgefunden, wird von den Euro 18.075,99 die eventuelle Erstattung der Versicherung abgezogen.

Bei entgeltlicher oder unentgeltlicher Veräußerung des Fahrzeugs vor Ablauf von zwei Jahren ab dem Kauf wird die Differenz zwischen der Steuer, die ohne die Vergünstigung festgesetzt worden wäre, und der vergünstigten Steuer fällig, es sei denn, dass die Veräußerung infolge einer Änderung der Behinderung erfolgte, die für den Behinderten den Kauf eines neuen Fahrzeugs erforderlich machte, an dem neue und andere Anpassungen vorzunehmen sind.

Der Absetzbetrag kann in vier gleiche Jahresraten aufgeteilt werden: In diesem Fall ist in das Kästchen der Zeile RP4 die Nummer 1 einzutragen, dadurch wird mitgeteilt, dass man die erste Rate in Anspruch nehmen möchte, wobei in dieser Zeile auch der Betrag der zustehenden Rate anzugeben ist. Wenn die Ausgaben hingegen in den Jahren 2019, 2020 und im 2021 getragen wurden und Sie in der Erklärung für die bezogenen Einkünfte der entsprechenden Jahre das Kästchen für die Aufteilung des Absetzbetrages in vier gleich hohe Jahresraten angekreuzt haben, müssen Sie in das Kästchen der Zeile RP4 die Ziffern 4, 3 oder 2 eintragen, wodurch Sie mitteilen, dass Sie die vierte, die dritte oder die zweite Rate in Anspruch nehmen möchten. In Zeile RP4 ist der Betrag der zustehenden Rate anzuführen. Es wird darauf hingewiesen, dass der Absetzbetrag auch für Reparaturen, die nicht unter die ordentliche Instandhaltung fallen, zusteht, davon ausgenommen sind also die Betriebsausgaben (wie zum Beispiel die Versicherungsprämien, der Treibstoff und die Schmiermittel). Für die Ausgaben der außerordentlichen Instandhaltung ist keine Möglichkeit vorgesehen, den Absetzbetrag in vier Raten aufzuteilen. Deshalb kann die Ratenaufteilung nicht in jener Zeile beantragt werden, in welcher die genannten Ausgaben anzuführen sind. Es wird darauf hingewiesen, dass die oben genannten Ausgaben innerhalb von vier Jahren zu tragen sind, wobei sie zusammen mit den Anschaffungskosten für das Fahrzeug zum erlaubten Höchstbetrag von 18.075,99 Euro beitragen. In dem Betrag in dieser Zeile sind auch die Ausgaben bis zum oben genannten Höchstbetrag einzuschließen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 4 angeführt sind.

Zeile RP5 Ausgaben für den Erwerb eines Führhundes

Die Ausgaben für den Kauf des Führhundes für blinde Personen angeben. Der Absetzbetrag steht einmal alle vier Jahre zu, außer in Fällen eines Verlustes des Tieres

Die Absetzung steht in Bezug auf den Kauf eines einzigen Hundes für den vollen Betrag zu.

Die Absetzung kann in vier Jahresraten gleichen Betrages aufgeteilt werden; in diesem Fall ist im Kästchen der Zeile, die entsprechende Anzahl der Raten, die in Anspruch genommen werden möchten und der Betrag der zustehenden Rate anzuführen.

Es wird daran erinnert, dass der Blinde für den Unterhalt des Führhundes auch Anrecht auf einen Pauschalabsetzbetrag von 1.000 Euro hat (siehe dazu die Anleitungen in Zeile RP82). Der in Zeile RP5 anzugebende Betrag muss auch die Ausgaben einschließen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 5 angeführt sind.

Zeile RP6 zuvor in Raten eingeteilte Gesundheitskosten

Diese Zeile ist den Steuerpflichtigen vorbehalten, die in den vorhergehenden Einkommenserklärungen im 2019 und/oder 2020 und/oder 2021 die Ratenzahlung der im Gesundheitsbereich getragenen Ausgaben gewählt haben, da der Betrag dieser Ausgaben höher als 15.493,71 Euro war. In der **Spalte 2** den Betrag der zustehenden Rate angeben. Für die im Jahr 2019 getragenen Ausgaben kann dieser Betrag aus Zeile RP6, Spalte 2 des Vordr. REDDITI 2022 entnommen werden und aus dem Vordruck REDDITI 2021 für die im Jahr 2020 entstandenen Ausgaben, indem die Summe der Felder ((RP1 Spalte 1 und Spalte 2 + RP2 Spalte 2 -129)+RP3 Spalte 2) durch vier geteilt wird; aus dem Vordruck REDDITI 2022 für die im Jahr 2021 entstandenen Ausgaben, indem die Summe der Felder (RP1 Spalte 1 und Spalte 2 + RP2 Spalte 2 -129)+RP3 Spalte 2) durch vier geteilt wird. Wenn der Vordruck 730 in den Vorjahren verwendet wurde, kann der in diesem Feld anzugebende Betrag auch berechnet werden, indem man den Betrag aus Zeile E6 des Vordr. 730/2022, durch die im Jahr 2019 oder Jahr 2020 getragenen Ausgaben und Zeile 136 des Vordr. 730-3 für die im Jahr 2021 getragenen Ausgaben, durch vierteilt (Anzahl der vorgesehenen Raten). In der **Spalte 1** dieser Zeile die Anzahl der Raten angeben, die genutzt werden sollen (z.B. ist für die im Jahr 2019 getragenen Ausgaben die Zahl 3 anzugeben). Steuerzahler, die sich für die im Jahr 2019, 2020 oder 2021 getragenen Ausgaben für die Ratenauszahlung entschieden haben, sind verpflichtet die Zeile RP6 auf zwei verschiedenen Vordrucken abzufassen. Der in Zeile RP6 anzugebende Betrag muss auch die Ausgaben einschließen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ der einheitlichen Bescheinigung mit Kode 6 angeführt sind

Passivzinsen - Zeile RP7 und Codes 8, 9, 10, 11, 46 und 47 in den Zeilen von RP8 bis RP14

In diesen Zeilen sind die Beträge der **Passivzinsen**, die **Nebenbelastungen** und die im Jahre 2022 gezahlten **neu bewerteten Anteile** je nach Darlehen, ungeachtet der Fälligkeit der Rate anzugeben.



Siehe im Anhang „Wiederaufnahme eines Darlehens“.

Bei Hypothekendarlehen, welche durch die vom Staat bzw. von den öffentlichen Körperschaften gewährten Beiträge finanziert werden und nicht als Kapitalkonto entrichtet wurden, können die Passivzinsen, beschränkt auf den Betrag, der effektiv zu Lasten des Steuerzahlers geblieben ist, abgesetzt werden. Für den Fall, dass der Beitrag in einer Steuerperiode gezahlt wird, die auf die folgt, in der der Steuerpflichtige in den Genuss des Abzugs für den Gesamtbetrag der Passivzinsen gekommen ist, muss die Höhe des bezogenen Beitrags einer getrennten Besteuerung als „rückerstattete Belastung“ unterzogen werden.

Kein Recht auf Absetzung besteht für die Zinsen auf:

- Darlehen, welche im Jahr 1991 oder 1992 für Gründe aufgenommen wurden, die verschieden vom Kauf der eigenen Wohnung sind (zum Beispiel für Sanierungsarbeiten);
- Darlehen, die ab dem Jahr 1993 aus einem anderen Grund aufgenommen wurden, der verschieden vom Kauf der Hauptwohnung ist (zum Beispiel für den Kauf der Zweitwohnung). Davon ausgeschlossen sind Darlehen, die im Jahr 1997 für die Sanierung von Immobilien abgeschlossen wurden sowie die Hypothekendarlehen, die ab Jahr 1998 für den Bau und für Sanierungsarbeiten der Hauptwohnung aufgenommen wurden.

Für Zinsen, die infolge einer Aufnahme eines Bankkredites, einer Gehaltsabtretung und im allgemeinen auf Grund von Finanzierungen eingezahlt wurden, die verschieden von jenen auf Darlehensverträgen sind, auch falls es sich um hypothekarisch gesicherte Darlehen auf Liegenschaften handelt, besteht kein Anrecht auf den Absetzbetrag. Falls das Darlehen die Kosten für den Kauf der Immobilie überschreitet, können die Zinsen für den Teil des Darlehens abgesetzt werden, der den Kauf deckt. Diesem Betrag können die Notariatsausgaben und die zusätzlichen Ausgaben für den Kauf dazu gerechnet werden. Für die Berechnung der absetzbaren Zinsen kann folgende Berechnung angewandt werden:

$$\frac{\text{Kosten für den Kauf der Immobilie x entrichtete Zinsen}}{\text{Darlehensbetrag}}$$

Bei einem Darlehen, das auf mehrere Subjekte lautet, kann jedes von ihnen ausschließlich für den eigenen Zinsenanteil die Absetzung beanspruchen. Die Nebenbelastungen, auf die der Abzug berechnet werden kann, sind die für den Abschluss eines Darlehensvertrags unbedingt erforderlichen Ausgaben. Zu den zusätzlichen Aufwendungen zählen auch:

- das Notarhonorar für den Abschluss des Hypothekendarlehensvertrags sowie die vom Notar auf Rechnung des Klienten getragene sonstige Ausgaben (zum Beispiel die Eintragung und Löschung der Hypothek);
- die Ausgaben für das Gutachten;
- die Ausgaben für die Voruntersuchung;
- die vom Kreditinstitut für ihre Vermittlertätigkeit verlangte Kommission;
- die Provision für in Raten eingeteilten Ausschuss bei Bargelddarlehen;
- die Strafe für vorzeitige Tilgung des Darlehens;
- die Neubewertungsanteile je nach Indexklauseln;
- die Wechselkursverluste für in Auslandwährung abgeschlossene Darlehen;
- die Steuer für die Eintragung bzw. die Löschung der Hypothek;
- die Ersatzsteuer auf Leihkapital.

Es können nicht abgezogen werden:

- Die Versicherungskosten für die Immobilie, auch nicht wenn die Versicherung vom Kreditinstitut verlangt wird, welches das Darlehen als weitere Garantie gewährt, für den Fall, dass besondere Ereignisse die Immobilie beschädigen und eine Minderung ihres Werts auf einen niedrigeren Betrag als den hypothekarisch belasteten bestimmen sollten;
- die Ausgaben für die Immobilienvermittlung (Immobilienbüros);
- das Notarhonorar für den Kaufvertrag;
- die Eintragungsgebühren, die MwSt, die Hypotheken- und Katasterggebühren.

Zeile RP7 Zinsen für Hypothekendarlehen für den Erwerb der Hauptwohnung

Die Passivzinsen, die Nebenbelastungen und die Neubewertungsanteile je nach Indexklauseln angeben, die für Hypothekendarlehen für den Erwerb der Hauptwohnung gezahlt werden. Geben Sie in **Spalte 1** die im Jahr 2022 gezahlten und fälligen Beträge für die bis zum 31.12.2021 abgeschlossenen Hypothekendarlehen an. Der in Spalte 1 angegebene Betrag muss die Zinsen für die Hypotheken enthalten, die im Abschnitt "Abzugsfähige Ausgaben" (Nummern 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit dem Ausgabencode "7" angegeben sind. Geben Sie in Spalte 2 die im Jahr 2022 gezahlten und fälligen Beträge für Darlehensverträge an, die am oder nach dem 1. Januar 2022 abgeschlossen wurden, sowie den Betrag der Zinsen für Darlehen, für die am oder nach dem 1. Januar 2022 eine Übernahme/Abtretung/Neuverhandlung stattgefunden hat. In diesen Fällen ist das Datum der Aufnahme/des Abtretens/der Neuverhandlung des Darlehens als das Datum des Abschlusses des Vertrags zu verstehen. Der in Spalte 2 angegebene Betrag muss die Zinsen für Hypothekendarlehen enthalten, die im Abschnitt "Abzugsfähige Ausgaben" (Punkte 341 bis 352) der einheitlichen Erklärung mit dem Ausgabencode "48" angegeben sind.

Begriff der Hauptwohnung

Als Hauptwohnung wird jene betrachtet, in welcher der Steuerzahler und seine Familienangehörigen gewohnheitsmäßig wohnen. Deshalb hat der Käufer, auf welchen der Darlehensvertrag lautet, auch im Fall, dass die Liegenschaft von einem seiner Familienangehörigen (Ehepartner, Verwandte innerhalb des 3. Grades und Verschwägerter innerhalb des 2. Grades) als Hauptwohnung verwendet wird, das Anrecht auf Absetzung. Im Falle einer gerichtlichen Trennung zählt auch der getrennte Ehepartner bis zur Eintragung des Scheidungsurteils zu den Familienangehörigen. Bei einer Scheidung steht dem Ehepartner, der seinen Wohnsitz geändert hat auf jedem Fall die Begünstigung der Absetzung für jenen Teil zu, der die Familienangehörigen betrifft, die in dieser Liegenschaft gewohnheitsmäßig wohnen.

Höchstbetrag auf den der Abzug angewendet werden kann

Der Abzug steht auf einen Höchstbetrag von **4.000,00 Euro** zu. Im Falle mehrerer Mitinhaber eines Darlehensvertrages bzw. bei Vorliegen mehrerer Darlehensverträge, bezieht sich der Grenzbetrag auf den Gesamtbetrag der getragenen Zinsen, der zusätzlichen Aufwendungen und der Aufwertungsanteile (z.B.: dürfen beide Ehepartner, wo keiner zu Lasten des anderen lebt und das Darlehen der eigenen Hauptwohnung in gleichen Teilen auf den Namen beider Ehegatten/Mitbesitzer lautet, einen Maximalbetrag von Euro 2.000,00 angeben). Falls das Hypothekendarlehen auf beide Ehepartner lautet, aber einer zu Lasten des anderen lebt, kann der Ehepartner, der die gesamten Ausgaben trägt, die Absetzung der Passivzinsen für beide Anteile in Anspruch nehmen.

Zum Abzug zugelassene Personen

Der Steuerabzug steht den Käufern zu, die kontextuell die Vertragsschließenden des Hypothekendarlehens sind. Die Absetzung steht auch dem "nackten Eigentümer" zu (und zwar dem Besitzer der belasteten Immobilie, zum Beispiel von einem Fruchtgenuss zu Gunsten einer anderen Person), immer unter der Voraussetzung, dass alle erforderlichen Bedingungen vorliegen, während die Absetzung dem Nutznießer niemals zusteht, da dieser die Wohneinheit nicht gekauft hat. Bei ungeteilten, von Genossenschaften oder Baufirmen geschlossenen Hypothekendarlehen, steht der Anspruch auf den Abzug den Empfängern oder Käufern bezüglich der Passivzinsen, Nebenbelastungen und von diesen an die Vertragsschließenden von diesen zurückerstatteten Neubewertungsanteilen zu. Um zum Abzug berechtigt zu sein, auch wenn die Summen von den Empfängern der Genossenschaftswohnungen mit geteiltem Eigentum gezahlt wurden, gilt nicht der Moment der vom Notar verfassten formalen Zuweisungsakte oder die des Kaufs sondern der Moment des Beschlusses der Wohnungszuweisung mit daraus folgender Übernahme der Zahlungspflicht des Darlehens und Einweisung in den Besitz. In diesem Fall kann die Zahlung der Zinsen bezüglich des Darlehens auch durch die von der der Genossenschaft, die Namensträger des Darlehens ist, ausgestellte Dokumentation bescheinigt werden. Bei Tod des Darlehensschuldners wird das Recht auf Abzug auf den Erben oder Vermächtnisnehmer oder den Käufer übertragen, der das Darlehen übernommen hat. Bei Übernahme ist unter dem Abschlussdatum des Darlehensvertrags der Tag zu verstehen, an der Übernahmevertrag des Darlehens abgeschlossen wird. Der Abzug steht auch überlebenden Ehegatten zu, wenn er gemeinsam mit dem verstorbenen Ehegatten Mitinhaber des Darlehensvertrags für den Erwerb der Hauptwohnung ist, vorausgesetzt, dass er für die Regelung des Darlehensvertrags sorgt und dass die anderen Anforderungen bestehen. Der Abzug wird auch für die von Personen, die dem fest im Dienst stehenden Personal der Streit- und Polizeikräfte mit militärischer Regelung sowie dem der Polizeikräfte mit ziviler Regelung angehören, gezahlten Passivzinsen in Bezug auf Hypothekendarlehen für den Erwerb einer Immobilie, welche die einzige Eigentumswohnung darstellt, zuerkannt, ungeachtet der Anforderung der Wohnung.

Allgemeine Bedingungen, um in den Genuss des Abzugs zu kommen

Diese Absetzung steht unter der Bedingung zu, dass die Immobilie innerhalb eines Jahres ab dem Ankauf als Hauptwohnung benutzt wird und der Kauf im selben Jahr bzw. im Jahr vor Aufnahme des Darlehens oder im Jahr nach Aufnahme desselben stattgefunden hat. Falls der Steuerzahler dauerhaft in einem Altersheim oder Pflegeheim wohnt, werden keine Änderungen in Bezug auf die Hauptwohnung in Betracht gezogen, Voraussetzung dafür ist, dass die Immobilie nicht als vermietet aufscheint. Weiteres steht die Absetzung auch für Darlehensverträge zu, die mit Subjekten abgeschlossen werden, welche innerhalb eines EU-Staates ansässig sind. Für Darlehen, die vor dem 1. Januar 2001 aufgenommen wurden, steht die Absetzung unter der Bedingung zu, dass die Immobilieneinheit innerhalb von sechs Monaten ab dem Kauf als Hauptwohnung verwendet wird. Ausgenommen ist der Fall, wenn am 1. Januar 2001 die von der geltenden Vorschrift vorgesehene sechsmonatliche Frist noch nicht abgelaufen wäre. Die Absetzung steht ausschließlich auf Darlehen, die im Jahr 1993 abgeschlossen wurden zu, Voraussetzung dafür ist, dass die Immobilieneinheit innerhalb des 8. Juni 1994 als Hauptwohnung verwendet wurde. Die Zeitspanne zwischen dem Kaufdatum der Immobilie und der Aufnahme des Darlehens wird nicht berücksichtigt, wenn der ursprüngliche Darlehensvertrag für die Hauptwohnung erlischt und ein neuer Vertrag auch mit einer anderen Bank abgeschlossen wird, ist die Vermutung eines vom Schuldner gewollten Ersatzes, vorgesehen von Art. 8 der Gesetzesverordnung Nr. 7 vom 31.01.2007 nicht ausgeschlossen.



Siehe im Anhang "Wiederaufnahme eines Darlehens".

In diesem Fall, wie auch im Falle einer Wiederaufnahme des Darlehens steht der Anspruch auf die Absetzung für einen Betrag von nicht mehr als jenem Betrag zu, der sich mit Bezug auf das Restkapital des alten Darlehens ergeben würde. Dieses Kapital wird um die Ausgaben und Aufwendungen im Zusammenhang mit der Löschung des alten und der Aufnahme des neuen Darlehens erhöht. Falls die gekaufte Liegenschaft umgebaut wird, steht die Absetzung ab dem Datum zu, an dem dieselbe als Hauptwohnung verwendet wird, dies muss jedenfalls innerhalb der Frist von zwei Jahren erfolgen. Falls eine vermietete Liegenschaft gekauft wurde, steht die Absetzung ab dem Einzahlungsdatum der ersten Rate zu und zwar unter der Bedingung, dass der Käufer dem Mieter innerhalb von drei Monaten die Räumungsklage zustellt und die Immobilie innerhalb von einem Jahr als Hauptwohnung verwendet. Das Anrecht auf Absetzung steht auch zu, falls die Immobilieneinheit aus Arbeitsgründen, die sich nach dem Kauf herausgestellt haben, nicht innerhalb von einem Jahr als Hauptwohnung verwendet wird. Das Recht auf Absetzung verwirkt ab dem Steuerzeitraum, der auf jenen folgt, ab dem die Immobilieneinheit nicht mehr als Hauptwohnung benutzt wird (ausgenommen ist der Fall, in dem

eine Verlegung des Arbeitsplatzes erfolgt oder der Steuerpflichtige dauerhaft in einem Altersheim oder Pflegeheim wohnt). Sobald der Steuerzahler diese Wohnung wieder als Hauptwohnung verwendet, kann die Absetzung neuerdings in Anspruch genommen werden und zwar in Bezug auf die Raten, die ab diesem Moment eingezahlt werden. Die Absetzung steht nicht zu, falls ein getrennter Darlehensvertrag für den Ankauf einer dazugehörenden Einheit zur Hauptwohnung abgeschlossen wurde.

Darlehensverträge, welche vor 1993 abgeschlossen wurden

Für die vor 1993 abgeschlossenen Darlehensverträge steht die Absetzung auf einem Höchstbetrag von Euro 4 000,00 für jeden Inhaber des Darlehens zu, falls die Immobilieneinheit innerhalb des 8. Dezember 1993 als Hauptwohnung benutzt wurde und falls der Steuerzahler während des übrigen Jahreszeitraumes und den darauf folgenden Jahren die Hauptwohnung aus nicht arbeitsbedingten Gründen gewechselt hat. Falls die Liegenschaft im Laufe des Jahres (aus nicht arbeitsbedingten Gründen) nicht mehr als Hauptwohnung benutzt wird, steht die Absetzung für jeden Darlehensinhaber nur auf einem Höchstbetrag von Euro 2.065,83, zu.



Siehe im Anhang "Wiederaufnahme eines Darlehens".

Das Anrecht auf Absetzung bleibt hingegen im Falle einer Neuaufnahme des Darlehensvertrages aufrecht. In diesem Fall ist weiterhin die Steuerregelung in Bezug auf gelöschte Darlehen anzuwenden. Ist der Betrag in Zeile RP7 höher oder gleich Euro 2.065,83, ist mit dem **Code 8** in den Zeilen von RP8 bis RP13 kein Betrag anzugeben. Wenn dagegen der Betrag in Zeile RP7 unter Euro 2.065,83 liegt, darf die Summe der Beträge, die in Zeile RP7 (**Code 8**) und in den Zeilen von RP8 bis RP14 angegeben sind, diesen Betrag, d.h. Euro 2.065,83 nicht überschreiten. In Zeile RP7 werden auch die Passivzinsen für Hypothekendarlehen eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ der einheitlichen Bescheinigung mit Code 7 angeführt sind.

Zeilen von RP8 bis RP13 Sonstige Ausgaben, für die die Absetzung zusteht

Die durch die **Codes von 8 bis 36, 38, 39, 40, 43, 44, 45, 46, 47 und 99** gekennzeichneten Ausgaben angeben, für die eine Absetzung von 19 Prozent zusteht, sowie die durch die **Codes 61 und 62** gekennzeichneten Codes, für die eine Absetzung von 26 Prozent zusteht, die durch den **Code 71** gekennzeichnete Ausgabe, für die eine Absetzung von 30 Prozent zusteht, die durch den **Code 76** gekennzeichnete Ausgabe, für die eine Absetzung von 35 Prozent zusteht und die Ausgaben, die mit Code 81 gekennzeichnet sind, für die die Steuerabsetzung von 90 Prozent fällig ist.

AUSGABEN, FÜR DIE DER ABSETZUNG VON 19 PROZENT ZUSTEHT

CODE	BESCHREIBUNG	ZEILE	CODE	BESCHREIBUNG	ZEILE
	Spesen für die Gesundheit	RP1	25	Spesen in Bezug auf Güter die dem vinkulierten Besteuerungssystem unterliegen	von RP8 bis RP13
	Gesundheitsausgaben für befreite Erkrankungen für nicht zu Lasten lebende Familienangehörige	RP2			
	Ausgaben für die Gesundheit behinderter Personen	RP3	26	Freiwillige Zuwendungen für künstlerische und kulturelle Tätigkeiten	”
	Ausgaben für Fahrzeuge für behinderte Personen	RP4	27	Freiwillige Zuwendungen zugunsten von Einrichtungen, die im Schauspielwesen tätig sind	”
	Spesen für den Kauf eines Blindenhundes	RP5			
	Gesamtbetrag der Spesen für die Gesundheit für welche in der vorhergehenden Erklärung eine Ratenzahlung beantragt wurde	RP6	28	Freiwillige Zuwendungen zugunsten von Stiftungen im Bereich der Musik	”
	Zinsen für Hypothekendarlehen für den Kauf der Hauptwohnung	RP7	29	Spesen für den Tierarzt	”
8	Zinsen für Hypothekendarlehen für den Kauf sonstiger Immobilien	von RP8 bis RP13	30	Für von den anerkannten tauben Subjekten für Dolmetscherdienste getragene Kosten	”
9	Zinsen für die im Jahr 1997 aufgenommenen Darlehen für Umbauarbeiten	”	31	Freiwillige Zuwendungen an Lehranstalten jeder Art und jeden Grades	”
10	Zinsen für Hypothekendarlehen für den Bau der Hauptwohnung, die bis zum 31. Dezember 2021 aufgenommen werden	”	32	Ausgaben in Bezug auf Beiträge, die für die Einlösung der Promotionsjahre der zu Lasten lebenden Familienmitglieder gezahlt wurden	”
11	Zinsen für landwirtschaftliche Anleihen und Darlehen, die bis zum 31. Dezember 2021 aufgenommen werden	”	33	Ausgaben für Kinderkrippen	”
12	Bildungsausgaben, die sich von Universitätsbildungsausgaben unterscheiden	”	35	Freiwillige Zuwendungen zum Abschreibungsfond der Staatsanleihen	”
13	Ausgaben für Universitätsbildung	”	36	Prämien für Lebens- und Unfallversicherungen	”
14	Spesen für Bestattung	”	38	Ausgaben für Prämien von Versicherungen zum Schutz von Personen mit schwerer Behinderung	”
15	Ausgaben für Pflegepersonal	”	39	Versicherungsprämien zur Deckung des Risikos der Pflegebedürftigkeit	”
16	Ausgaben für Sportaktivitäten für Jugendliche (Turnhallen, Schwimmbäder und andere Sporteinrichtungen)	”	40	Ausgaben für lokales, regionales oder interregionales öffentliches Verkehrsmittel	”
17	Spesen für die Immobilienvermittlung	”	43	Prämien für Versicherungen gegen das Risiko von Naturkatastrophen	”
18	Spesen für die Bezahlung der Miete von Seiten der Universitätsstudenten außerhalb des Wohnsitzes	”	44	Ausgaben für Minderjährige oder Volljährige mit DSA	”
20	Freiwillige Zuwendungen zugunsten von Bevölkerungen, die von Naturkatastrophen oder außerordentlichen Ereignissen betroffen wurden	”	45	Kosten für die jährliche AFAM-Einschreibung oder das Abonnement für junge Leute	”
21	Freiwillige Zuwendungen an Amateursportvereine und -gesellschaften	”	46	Zinsen für Hypothekendarlehen für den Bau der Hauptwohnung, die ab dem 01. Januar 2022 aufgenommen werden	”
22	Mitgliedsbeiträge Für Gegenseitigkeitsgesellschaften	”	47	Zinsen für landwirtschaftliche Anleihen und Darlehen, die ab dem 01. Januar 2022 aufgenommen werden	”
24	Freiwillige Zuwendungen an die Kulturgesellschaft Biennale di Venezia	”	99	Sonstige abzugsfähige Ausgaben	”

AUSGABEN, FÜR DIE DER ABSETZUNG VON 26 PROZENT ZUSTEHT

CODE	BESCHREIBUNG	ZEILE	CODE	BESCHREIBUNG	ZEILE
61	Freiwillige Zuwendungen an gemeinnützige Organisationen (ONLUS)	von RP8 bis RP13	62	Freiwillige Zuwendungen zugunsten politischer Parteien	von RP8 bis RP13

AUSGABEN, FÜR DIE DER ABSETZUNG VON 30 UND 35 PROZENT ZUSTEHT

CODE	BESCHREIBUNG ABSETZUNG VON 30%	ZEILE	CODE	BESCHREIBUNG ABSETZUNG VON 35%	ZEILE
71	Freiwillige Spenden als Geld- oder Sachleistung zu Gunsten von ONLUS, APS und ETS	von RP8 bis RP13	76	Freiwillige Spenden als Geld- oder Sachleistung zu Gunsten von Freiwilligenorganisationen (OV und Einrichtungen des dritten Sektors)	von RP8 bis RP13

AUSGABEN, FÜR DIE DER ABSETZUNG VON 90 PROZENT ZUSTEHT

CODE	BESCHREIBUNG	ZEILE
81	Katastrophenrisikoprämien für Versicherungspolicen, die zeitgleich mit der Übertragung des Steuerguthabens in Bezug auf Eingriffe, für die der 110%igen Erdbebenbonus zusteht, an eine Versicherungsgesellschaft abgeschlossen werden	von RP8 bis RP13

In **Spalte 1** den Code und in **Spalte 2** den entsprechenden Betrag eintragen. Insbesondere die Codes für die folgenden Ausgaben angeben.

Code „8“ (Zinsen für Hypothekendarlehen zum Kauf sonstiger Immobilien, die vor 1993 aufgenommen wurden). Mit diesem Code sind für einen Betrag von nicht mehr als **Euro 2.065,83** für jeden Darlehensinhaber die Passivzinsen, die zusätzlichen Aufwendungen und die Wertsicherungsbeträge aufgrund von Indexklauseln anzugeben, die Sie für hypothekarisch abgesicherte Darlehen zum Kauf von anderen als Hauptwohnungen gezahlt haben, die vor 1993 aufgenommen wurden.

Für Darlehensverträge die in den Jahren 1991 und 1992 abgeschlossen wurden, steht die Absetzung nur für den Kauf von Immobilien zu, die als eigene Wohnung benutzt werden und verschieden von der Hauptwohnung sind (für welche hingegen die Anleitungen der Zeile RP7 gültig sind) und für welche diese Bedingung nicht abgeändert wurde (z.B.: Wenn die Immobilie vermietet wird).

Im Fall der Übernahme des Darlehens durch den Erben oder Käufer bzw. im Fall des von der Genossenschaft oder der Baufirma abgeschlossen Darlehens, siehe Anleitung für Zeile RP7, Absatz "Zum Abzug zugelassene Personen". Der Abzug kann auch bei der Umwandlung des Darlehensvertrags genossen werden.



Siehe im Anhang "Wiederaufnahme eines Darlehens".

In dieser Zeile werden auch die Passivzinsen für Darlehen eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 8 angeführt sind.

Code „9“ (Zinsen für die im Jahr 1997 für Umbauarbeiten aufgenommenen Darlehen) Mit diesem Code sind die Beträge der Passivzinsen, der zusätzlichen Aufwendungen und der Wertsicherungsbeträge aufgrund von Indexklauseln für Darlehen (auch für nicht hypothekarische abgesicherte) anzugeben, die 1997 zur Durchführung von Instandhaltungs-, Renovierungs- und Umbauarbeiten der Gebäude aufgenommen wurden, so wie vorgesehen von Art. 1, Absatz 4, des Gesetzdekretes Nr. 669 vom 31. Dezember 1996, umgewandelt mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 30 vom 28. Februar 1997. Die Absetzung steht auf einem Betrag von höchstens **2.582,28 Euro** zu, bei mehreren Mitinhabern eines Darlehensvertrages oder mehreren Darlehensverträgen bezieht sich der besagte Grenzbetrag auf den getragenen Gesamtbetrag der Zinsen, die zusätzlichen Aufwendungen und die Aufwertungsquoten.

Falls der Darlehensvertrag von einem Kondominium abgeschlossen wird, steht die Absetzung für jeden Mitbesitzer auf Grund der Tausendstel des Besitzes zu. In dieser Zeile werden auch die Passivzinsen für Hypothekendarlehen eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 9 angeführt sind.

Code „10“ (Zinsen aus Hypothekendarlehen für den Bau der Hauptwohnung). Mit diesem Code sind die Schuldzinsen, die entsprechenden zusätzlichen Aufwendungen und die Aufwertungsquoten nach Indexklauseln für Hypothekendarlehen anzugeben, welche ab 1998 und bis zum 31. Dezember 2021 für den Bau und Instandhaltungsarbeiten der Hauptwohnung aufgenommen wurden.

In dieser Zeile sind auch die Zinsen für Hypotheken einzutragen, die in der Rubrik "Abzugsfähige Ausgaben" (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit dem Code 10 angegeben sind. Der gezahlte Betrag für Hypotheken für den Bau der Hauptwohnung, die am oder nach dem 1. Januar 2022 aufgenommen wurden, ist mit Code 46 anzugeben. Dieser Code ist auch für die Angabe der Zinsen für Hypotheken zu verwenden, für die am oder nach dem 1. Januar 2022 eine Übernahme/Abtretung/Neuverhandlung stattgefunden hat. In diesen Fällen ist das Datum des Darlehensabschlusses als das Datum des Abschlusses des Übernahme-/Ablöse-/Neuverhandlungsvertrags zu verstehen. Der Betrag muss die Zinsen für die Hypothekendarlehen enthalten, die im Bereich "Abzugsfähige Ausgaben" (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit dem Ausgabencode 46 angegeben sind. Die Absetzung steht auf einen Höchstbetrag von **2.582,28 Euro** zu.

Der Absetzbetrag wird auch auf Passivzinsen anerkannt, die von Subjekten entrichtet wurden, die dem bleibenden Personal der Wehrmacht, den Polizeikräften der Militärordnung und den Polizeikräften der Zivilordnung angehören und zwar mit Bezug auf Hypothekendarlehen für den Bau einer Immobilie, die den Besitz einer einzigen Wohnung darstellt, abgesehen von der Voraussetzung des gewöhnlichen Wohnortes.



Siehe im Anhang "Hypothekendarlehen für den Bau und für Instandhaltungsarbeiten der Hauptwohnung".

Code „11“ (Zinsen aus Landwirtschaftsanleihen bzw. -darlehen, die bis zum 31. Dezember 2021 aufgenommen wurden). Mit diesem Code sind die Schuldzinsen und die entsprechenden zusätzlichen Aufwendungen sowie die Aufwertungsquoten nach Indexklauseln für Anleihen aus landwirtschaftlichen Darlehen jeglicher Art anzugeben.

Der Betrag der Aufwendungen kann unabhängig vom Datum des Darlehensabschlusses, nicht höher als die Einkünfte der erklärten Grundstücke, die in Übersicht RH erklärten Einkünfte aus Grundbesitz eingeschlossen, für welche das Kästchen in Spalte 6 (Einkünfte aus Grundbesitz) angekreuzt wurde, sein. Der Betrag muss auch die Ausgaben enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 11 angeführt sind.

Die Beträge, die für Landwirtschaftsanleihen gezahlt werden, die am oder nach dem 1. Januar 2022 aufgenommen werden, müssen unter dem Kostencode 47 angegeben werden. Der Betrag muss die Zinsen für die Hypothekendarlehen einschließen, die im Abschnitt "Abzugsfähige Ausgaben" (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit dem Ausgabencode 47 angegeben sind. Dieser Code ist auch zu verwenden, um die Zinsen für Darlehen anzugeben, für die ab dem 1. Januar 2022 eine Übernahme/Abtretung/Neuverhandlung stattgefunden hat. In diesen Fällen ist das Datum des Darlehensabschlusses als das Datum des Abschlusses der Übernahme/Abtretung/Neuverhandlung des Darlehens zu verstehen.

Code "12" (Bildungsausgaben) Mit diesem Code ist der Betrag der Ausgaben für den Besuch von Kindergärten, des ersten Bildungszyklus und der Sekundarstufe des zweiten Abschnitts des staatlichen Bildungssystems gemäß Art. 1 des Gesetzes vom 10. März 2000 Nr. 62 und nachfolgende Änderungen, für einen Jahresbetrag von bis zu 800,00 € pro Schüler oder Student anzugeben. Die Absetzung steht für die sowohl für die steuerlich zu Lasten lebenden Familienangehörigen als auch für den Steuerpflichtigen selbst getragenen Ausgaben zu.

Wenn die Ausgabe mehr als einen Schüler betrifft, müssen mehrere Zeilen von RP8 bis RP13 ausgefüllt werden, wobei in jeder der Code 12 und die für den jeweiligen Jugendlichen getragene Ausgabe einzutragen ist.

Der Betrag muss die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung enthaltenen Ausgaben mit dem Code der Aufwendung 12 beinhalten. Die im Jahr 2022 getragenen Ausgaben, die im selben Jahr vom Arbeitgeber als Ersatz für Prämienvergütungen zurückerstattet und im Abschnitt „Rückerstattungen von nicht zu versteuernden Gütern und Dienstleistungen – Art. 51 des Tur (Punkte 701 bis 706) der Einheitlichen Bescheinigung mit dem Code 12 angegeben wurden, dürfen nicht angegeben werden.

Abzugsfähige freiwillige Beiträge sind z. B.:

- Ausgaben für die Schulkantine und ergänzende schulbezogenen Leistungen wie Essensausgabe und Betreuung vor und nach der Schule;
- Ausgaben für Klassenfahrten und Schulversicherungen;
- die Kosten für Schülertransportdienste;
- von der Schule gewünschte Beiträge zur Erweiterung des Bildungsangebots (z.B. Sprach- und Theaterkurse, die auch außerhalb der Schulzeit und ohne Anwesenheitspflicht durchgeführt werden).

Dieser Abzug kann nicht der Absetzung, der für freiwillige Zuwendungen an Schulen für eine Ausweitung des Bildungsangebots vorgesehen ist, die mit dem Code 31 angegeben werden, hinzugefügt werden.

Code „13“ (Ausgaben für Hochschulbildung). Mit diesem Code ist der Betrag der Ausgaben für den Besuch von Universitätsbildungskursen bei staatlichen und nicht staatlichen Universitäten für eine universitäre Fortbildung und/oder Spezialisierung anzugeben, die in Universitäten oder öffentlichen und privaten Instituten, italienischen oder ausländischen, gehalten wurden.

Die Ausgaben können sich auch auf mehrere Jahre beziehen, einschließlich einer außerkurslichen Inskription und dürfen im Fall von nicht staatlichen Universitäten nicht höher sein, als der Betrag, der für jede Universitätsfakultät durch das Dekret des Ministeriums für Bildung, Universitäten und Forschung jährlich festgelegt wurde.

Der Betrag muss die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung enthaltenen Ausgaben mit dem Code der Aufwendung 13 beinhalten. Die im Jahr 2022 getragenen Ausgaben, die im selben Jahr vom Arbeitgeber als Ersatz für Prämienvergütungen zurückerstattet und im Abschnitt „Rückerstattungen von nicht zu versteuernden Gütern und Dienstleistungen – Art. 51 des Tur (Punkte 701 bis 706) der Einheitlichen Bescheinigung mit dem Code 13 angegeben wurden, dürfen nicht angegeben werden.

Code „14“ (Bestattungsausgaben). Mit diesem Code sind die Beträge der Bestattungsspesen für Todesfälle anzugeben, unabhängig von einer Verwandtschaftsbeziehung mit dem Verstorbenen. Der Betrag darf für jeden Verstorbenen **1550 €** nicht überschreiten. Bei mehreren Bestattungen sind mehrere Zeile von RP8 bis RP13 auszufüllen, wobei in jeder Zeile der Code 14 und die in jedem Todesfall getragenen Kosten einzutragen sind.

Der Betrag muss auch die Ausgaben enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 14 angeführt sind. Diese Obergrenze gilt auch, wenn mehrere Subjekte die Ausgabe übernehmen.

Code „15“ (Ausgaben der Angestellten für den persönlichen Beistand). Mit diesem Code sind die Ausgaben die für den persönlichen Beistand getragen wurden, sind bis zu einem Höchstbetrag von **2.100,00 Euro** anzuführen, da das Subjekt bei den alltäglichen Verrichtungen auf fremde Hilfe angewiesen ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Absetzung nur in Anspruch genommen werden kann, wenn das Gesamteinkommen 40.000,00 Euro nicht überschreitet. In die Einkommensgrenze muss auch der definitive Ertragsteuer auf Vermietungen unterzogene Mietertrag, das Einkommen, auf das die Ersatzsteuer des Pauschalbesteuerungssystems angewandt wird, und die Ermäßigung ACE eingehen.

Die Absetzung steht auch für Ausgaben zu, die für Familienangehörige getragen wurden, die im Kapitel 4 "Familienangehörige zu Lasten lebend" angeführt sind. Es ist jedoch nicht immer nötig, dass der Familienangehörige, für den die Ausgaben getragen werden, steuerlich zu Lasten des Steuerzahlers lebend ist.

Als abhängig von fremder Hilfe betrachtet werden Personen, die bei den täglichen Verrichtungen auf fremde Hilfe angewiesen sind und zwar jene, welche nicht alleine: Nahrung zu sich nehmen können, den physiologischen Funktionen und der persönlichen Hygiene nachkommen können, gehen und sich anziehen können. Auch eine Person, die ständig beobachtet werden muss, kann als abhängig von fremder Hilfe betrachtet werden.

Die Abhängigkeit von fremder Hilfe muss durch ein ärztliches Gutachten belegt werden.

Die Absetzung steht für Ausgaben nicht zu, die für den Beistand von Subjekten getragen wurden, wie zum Beispiel für Kinder deren Unselbständigkeit nicht von einer Krankheit abhängt.

Die Höchstgrenze von 2.100,00 Euro muss abgesehen von der Anzahl der Subjekte, auf welche sich der Beistand bezieht, mit Bezug auf den einzelnen Steuerzahler in Betracht gezogen werden. Zum Beispiel, wenn ein Steuerzahler Ausgaben für sich selbst und für einen Familienangehörigen getragen hat, kann der Betrag, der in dieser Zeile anzuführen ist, in keinem Fall über 2.100,00 Euro liegen.

Haben mehrere Familienangehörige die Ausgaben für den Beistand desselben Familienangehörigen getragen, muss die Höchstgrenze von 2.100,00 Euro unter den Personen, welche diese Ausgaben getragen haben, aufgeteilt werden.

Die Ausgaben müssen aus einem Beleg hervorgehen, der aus einer Bestätigung besteht, die von der Person, die den Beistand leistet unterschrieben ist.

In der Bestätigung müssen die meldeamtlichen Daten und die Steuernummer der Person, welche die Zahlung vornimmt und der Person, die den Beistand leistet angeführt sein. Wird die Ausgabe zu Gunsten eines Familienangehörigen getragen, müssen in der Bestätigung auch die meldeamtlichen Daten und die Steuernummer des Familienangehörigen angeführt sein.

Der Betrag muss auch die Ausgaben enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 15 angeführt sind. Die im Jahr 2022 getragenen Ausgaben, die im selben Jahr vom Arbeitgeber als Ersatz für Prämienvergütungen zurückerstattet und im Abschnitt „Rückerstattungen von nicht zu versteuernden Gütern und Dienstleistungen – Art. 51 des Tur (Punkte 701 bis 706) der Einheitlichen Bescheinigung mit dem Code 15 angegeben wurden, dürfen nicht angegeben werden.

Code „16“ (Ausgaben für sportliche Tätigkeiten der Jugendlichen). Mit diesem Code sind die Kosten angeben, die für die jährlichen Einschreibungsgebühren und das Abonnement für Kinder und Jugendliche zwischen 5 und 18 Jahren (auch wenn dieses Alter im Lauf des Jahres 2022 erreicht wurde, gilt die Absetzung für das gesamte Steuerjahr – Rundschreiben Nr. 34/EG vom 4. April 2008) bei Sportvereinen, Fitnesscentern, Schwimmbädern und anderen sportlichen Einrichtungen für den Amateursport getragen wurden. Die Absetzung steht für die sowohl für die steuerlich zu Lasten lebenden Familienangehörigen als auch für den Steuerpflichtigen selbst getragenen Ausgaben zu, wenn er in den oben angegebenen Altersbereich fällt. Der zu berücksichtigende Betrag darf für jedes Kind die **210,00 Euro** nicht überschreiten.

Der Abzug kann zwischen den Anspruchsberechtigten (z.B. den Eltern) aufgeteilt werden. In diesem Fall ist auf dem Ausgabenbeleg der Anteil anzugeben, der jeweils abgezogen wurde. Die Gesamtausgabe darf jedoch für jedes Kind die 210,00 Euro nicht überschreiten.

Wenn die Ausgabe mehr als einen Jugendlichen betrifft, müssen mehrere Zeilen von RP8 bis RP13 ausgefüllt werden, wobei in jeder der Code 16 und die für den jeweiligen Jugendlichen getragene Ausgabe einzutragen ist.

Die Ausgaben müssen aus einem Bank- oder Postbeleg bzw. aus einer Rechnung, Zahlungsbestätigung oder Einzahlungsquittung hervorgehen, in welcher auch Folgendes aufscheint:

- Die Firma, die Benennung oder der Firmenname, der Rechtssitz bzw. für eine natürliche Person, der Name, Familienname und Wohnsitz und die Steuernummer jenes Subjektes, das die Leistung erbracht hat;
- der Einzahlungsgrund;
- die Art der sportlichen Tätigkeit;
- der für die erbrachte Leistung bezahlte Betrag;
- die meldeamtlichen Angaben der Person, welche die sportliche Tätigkeit ausübt und die Steuernummer der Person, welche die Zahlung vornimmt.

Der Betrag muss auch die Ausgaben enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 16 angeführt sind.

Code „17“ (Ausgaben für die Vermittlung von Immobilien) die Vergütungen mit welcher Bezeichnung auch immer angeben, die an Immobilienvermittler für den Erwerb der Immobilieneinheit, die als Hauptwohnung bestimmt ist, bezahlt wurden. Der Betrag, der in dieser Zeile anzugeben ist, darf den Höchstbetrag von **1.000,00 Euro** nicht überschreiten. In dieser Zeile werden auch die Ausgaben eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 17 angeführt sind.



Wird die Immobilieneinheit von mehreren Personen gekauft, muss der Betrag von 1.000,00 Euro gemäß den Besitzanteilen unter diesen aufgeteilt werden.

Code „18“ (Von Universitätsstudenten außerhalb des Wohnsitzes getragene Mietzinsen) die Kosten angeben, die von den Universitätsstudenten für Mieten aufgrund eines abgeschlossenen oder erneuerten Mietvertrages (Gesetz Nr. 431 vom 09. Dezember 1998) getragen wurden und zwar dann, wenn sie an einer Universität eingeschrieben sind, die sich in einer anderen Gemeinde als der Wohnsitzgemeinde befindet. Der Abzug für die Mieten steht auch bezüglich der Gastfreundschaftsverträge sowie der Zuweisungshandlungen in Nutzung oder Miete, die mit Körperschaften für das Recht auf Studium, Universität, rechtlich anerkannte Kollegien, Körperschaften ohne Erwerbzzweck und Genossenschaften abgeschlossen wurden zu. Um die Absetzung in Anspruch nehmen zu können, muss sich die Universität mindestens in 100 Kilometer Entfernung von der Gemeinde befinden, in der der Student seinen Wohnsitz hat, oder auf jeden Fall in einer anderen Provinz oder auf dem Gebiet eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines der Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums, mit denen der Austausch von Informationen möglich ist.

Der Betrag, der in dieser Zeile anzugeben ist, darf **2.633,00 Euro** nicht überschreiten. Die Absetzung steht auch dann zu, wenn diese Ausgaben für steuerlich zu Lasten lebende Familienangehörige getragen wurden. In dieser Zeile werden auch die Ausgaben eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 18 angeführt sind.

Code „20“ (Freiwillige Zuwendungen zugunsten der von Katastrophen und außerordentlichen Ereignissen betroffenen Bevölkerungen). Die freiwilligen Zuwendungen in Höhe von nicht mehr als 2.065,83 Euro pro Jahr zugunsten der von Katastrophen oder außerordentlichen Ereignissen betroffenen Bevölkerungen, die auch Katastrophen betreffen können, die sich in anderen Staaten ereignet haben. Die Zuwendungen müssen ausschließlich erfolgen über:

- gemeinnützige Organisationen (Onlus);
- internationalen Organisationen, denen Italien als Mitglied angehört;
- anderen Stiftungen, Vereinigungen, Komitees und Körperschaften, deren Gründungsakt oder Statut mit einer öffentlichen Urkunde oder einer beglaubigten oder registrierten privaten Schrift festgelegt wurde. Dabei handelt es sich um Stiftungen und Einrichtungen, die humanitäre Zielsetzungen zu Gunsten der Bevölkerungen verfolgt, die von Katastrophen oder sonstigen außerordentlichen Ereignissen heimgesucht worden sind;
- öffentlichen staatlichen, regionalen oder örtlichen Verwaltungen, den nicht gewinnbringenden öffentlichen Körperschaften;
- Gewerkschaftsvereinigungen der Berufsgruppen.

Für die Überprüfung der Obergrenze der Ausgabe muss auch der durch den Code 61 in den Zeilen RP8 bis RP 13 angegebene Betrag berücksichtigt werden. Die Zahlungen müssen durch Post- oder Banküberweisung oder mit Debitkarten, Kreditkarten, Guthabekarten, Bankschecks und Barschecks erfolgen. Bei freiwilligen Zuwendungen mit Hilfe einer Kreditkarte ist es bei einer eventuellen Anforderung der Finanzverwaltung ausreichend, den Kontoauszug der entsprechenden Kreditkartengesellschaft aufzubewahren und vorzulegen.

Der Betrag muss auch die Zuwendungen enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 20 angeführt sind.

Code „21“ (Freiwillige Zuwendungen an Amateursportvereine) die freiwilligen Zuwendungen in Bargeld für einen Höchstbetrag von **1.500,00 Euro** zugunsten der Amateursportvereine.

In diesem Code werden auch Ausgaben eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 21 angeführt sind.

Code „22“ (Mitgliedsbeiträge an Gesellschaften gegenseitiger Hilfeleistungen) die Beiträge an Vereinigungen bis zum Betrag von **1.300,00 Euro**, die von Seiten der Mitglieder an wechselseitige Versicherungen entrichtet wurden, die ausschließlich in den von Art. 1 des G. Nr. 3818 vom 15. April 1886 vorgesehenen Bereichen tätig sind und den Familienmitgliedern im Falle von Krankheit, von Arbeitsunfähigkeit oder auf Grund des Alters bzw. in Todesfällen, eine Hilfeleistung bieten. Man hat nur für jene Beiträge das Anrecht auf Absetzung, die für sich selbst und nicht für die Familie eingezahlt worden sind.



Die durch die Codes 21 und 22 gekennzeichnete Zuwendungen müssen mit Post- oder Bankeinzahlung oder mit Schuldkarten, Kreditkarten, vorausbezahlten Karten, Bank- oder Barschecks vorgenommen werden. Für freiwillige Zuweisungen, die mit Kreditkarte bezahlt werden, genügt im Falle einer Anfrage seitens der Finanzverwaltung, der Kontoauszug der Gesellschaft, welche die Kreditkarte verwaltet.

Code „24“ (Freiwillige Zuwendungen an die Kulturgesellschaft „La Biennale di Venezia“) die freiwilligen Zuwendungen in Bargeld zu Gunsten der Kulturgesellschaft „La Biennale di Venezia“. Der anzugebende Betrag darf 30 Prozent des Gesamteinkommens (das in diesem Fall auch den der definitiven Ertragsteuer unterzogenen Mietertrag, das Einkommen, auf das die Ersatzsteuer des Pauschalbesteuerungssystems angewandt wird, und die Ermäßigung ACE umfasst) nicht überschreiten.

In diesem Code werden auch Ausgaben eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 24 angeführt sind.

Code „25“ (Ausgaben in Bezug auf Güter, die der vinkulierten Steuerregelung unterliegen) Ausgaben, welche von Steuerzahlern getragen wurden, die im Sinne des GvD Nr. 42 vom 22. Januar 2004 und im Sinne des DPR Nr. 1049 vom 30. September 1963 und folgende Abänderungen und Ergänzungen, verpflichtet sind, im Ausmaß des tatsächlich zu Lasten gebliebenen Betrages Instandhaltungsarbeiten, Schutzmaßnahmen und Restaurierungsarbeiten an Gebäuden vorzunehmen, die einer Zwangsregelung unterliegen. Wenn sie nicht gesetzlich vorgeschrieben sind, muss die Notwendigkeit der Ausgaben aus einer entsprechenden Ersatzerklärung der Offenkundigkeitserklärung (Art. 47 D.P.R. Nr. 445/2000) hervorgehen, die dem Ministerium für Kultur (ehemaliges Ministerium für Kulturerbe und kulturelle Aktivitäten) vorzulegen ist und sich auf die tatsächlich getragenen Ausgaben beziehen muss, für die ein Anspruch auf Absetzung besteht. In diesem Code werden auch Summen eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 25 angeführt sind.



Diese Absetzung kann mit der Absetzung von 50 Prozent für die Renovierungskosten zusammengelegt werden, wobei letztere jedoch um 50 Prozent vermindert wird. Daher können die Ausgaben, für die die Absetzung beantragt wurde, auch in dieser Zeile in Höhe von 50 Prozent angegeben werden.

Für die Steuerpflichtigen, die die Arbeiten in den vorhergehenden Jahren begonnen haben, muss der Höchstbetrag von 48.000 oder 96.000 Euro auch die Ausgaben der Vorjahre berücksichtigen. Die über die vorgesehenen Höchstbeträge hinausgehenden Ausgaben, für die keine Absetzung mehr in Höhe von 36 oder 50 Prozent zusteht, können in dieser Zeile mit ihrem vollen Betrag angegeben werden.



Diese Absetzung kann nicht mit der Steuergutschrift für Erhaltungsarbeiten an Gebäuden von historischem und künstlerischem Interesse gemäß Art. 65-bis, Gesetzesdekret Nr. 73 vom 25. Mai 2021, umgewandelt mit Änderungen durch Gesetz Nr. 106 vom 23. Juli 2021, kumuliert werden

Code „26“ (Freiwillige Zuwendungen für künstlerische und kulturelle Tätigkeiten) die freiwilligen Zuwendungen in Bargeld zu Gunsten des Staates, der Regionen, der gebietsmäßigen Körperschaften, der Körperschaften oder der öffentlichen Einrichtungen, der Organisationskomitees, die mit eigenem Dekret des Ministers für Kultur (ehemaliges Ministerium für Kulturerbe und kulturelle Aktivitäten) eingerichtet wurden sowie der rechtlich anerkannten Stiftungen und Vereinigungen ohne Gewinnzwecke. Dabei handelt es sich bei all diesen Einrichtungen um Einrichtungen, die Studententätigkeiten ausüben oder fördern, wissenschaftliche Forschungen vornehmen und Dokumentenmaterial von gewichtigem kulturellem Interesse einholen oder um Einrichtungen, die kulturelle Tätigkeiten auf Grund eines eigenen Abkommens für den Ankauf, die Instandhaltung, den Schutz oder der Restaurierung jener Güter, wie im GvD Nr. 42 vom 22. Januar 2004, und im DPR Nr. 1409 vom 30. September 1963 angeführt, organisieren oder durchführen. Dabei sind auch jene Zuwendungen inbegriffen, die in Italien und im Ausland für Ausstellungen und Messen von bedeutendem wissenschaftlich-kulturellem Interesse der vorgenannten Güter, sowie für dafür erforderliche Studien- und Forschungszwecke entrichtet wurden. Dasselbe gilt für die Zuwendungen für alle anderen Veranstaltungen von besonderem wissenschaftlich-kulturellem Interesse und für didaktisch fördernde Zwecke, einschließlich jener für Studien, Forschungen und die Einholung und die Katalogisierung von Unterlagen sowie für Veröffentlichungen in Bezug auf die Kulturgüter. Die kulturellen Initiativen müssen vom Ministerium für Kultur (ehemaliges Ministerium für Kulturerbe und kulturelle Aktivitäten) genehmigt werden. Unter diese Vergünstigung fällt auch der spezifische Kostenaufwand oder in Ermangelung dessen der Normalwert der aufgrund einer entsprechenden Vereinbarung kostenlos abgetretenen Güter. Die notwendigen Unterlagen für die Inanspruchnahme des Abzugs werden durch eine Ersatzerklärung der Offenkundigkeitserklärung ersetzt, die dem Ministerium für Kulturgüter und kulturelle Aktivitäten vorzulegen ist und sich auf die tatsächlich getragenen Ausgaben bezieht, für Anspruch auf Abzug besteht.

In diesem Code werden auch Ausgaben eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 26 angeführt sind.



Dieser Abzug steht nur für freiwillige Zuwendungen zu, die nicht im Steuerguthaben, das für freiwillige Zuwendungen zur Unterstützung der Kultur, „Art Bonus“, das in Zeile CR 14 anzugeben ist, enthalten sind.

Code „27“ (Freiwillige Zuwendungen zugunsten von Einrichtungen, die im Schauspielwesen tätig sind) die freiwilligen Zuwendungen in Bargeld für einen Betrag der nicht höher als 2 Prozent des erklärten Gesamteinkommens (das in diesem Fall auch den der definitiven Ertragsteuer unterzogenen Mietertrag, das Einkommen, auf das die Ersatzsteuer des Pauschalbesteuerungssystems angewandt wird, und die Ermäßigung ACE umfasst) ist und zu Gunsten der Körperschaften oder der gesetzlich anerkannten öffentlichen Einrichtungen, Stiftungen und Vereinigungen ohne Gewinnzwecke entrichtet wurden, die ausschließlich Veranstaltungszwecke verfolgen. Es handelt sich dabei um Zuwendungen für die Einrichtung neuer Strukturen, für die Restaurierung und die Verstärkung bereits bestehender Strukturen sowie für die Förderung in den verschiedenen Veranstaltungsbereichen.

In diesem Code werden auch Ausgaben eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 27 angeführt sind.



Dieser Abzug steht nur für freiwillige Zuwendungen zu, die nicht im Steuerguthaben, das für freiwillige Zuwendungen zur Unterstützung der Kultur, „Art Bonus“, das in Zeile CR 14 anzugeben ist, enthalten sind.

Code „28“ (Freiwillige Zuwendungen zugunsten von Stiftungen im Bereich der Musik) die freiwilligen Zuwendungen in Bargeld für einen Betrag der nicht höher als 2 Prozent des erklärten Gesamteinkommens (das in diesem Fall auch den der definitiven Ertragsteuer unterzogenen Mietertrag, das Einkommen, auf das die Ersatzsteuer des Pauschalbesteuerungssystems angewandt wird, und die Ermäßigung ACE umfasst) ist und zu Gunsten der Körperschaften von prioritärem nationalem Interesse, die im Musiksektor tätig sind und für welche im Sinne des Art. 1 des GvD Nr. 367 vom 29. Juni 1996 eine Umschreibung in private Stiftungen vorgesehen ist, entrichtet wurden. Der Grenzsatz jener Beträge, die für die folgenden Zwecke entrichtet wurden wird um 30 Prozent erhöht:

- Summen, die von Seiten privater Subjekte in das Vermögen der Stiftung im Augenblick ihrer Beteiligung einfließen;
- Beiträge für die Verwaltung des Vermögens, die in dem Jahr entrichtet wurden, in dem das Genehmigungsdekret in Bezug auf die Umschreibung in Stiftung veröffentlicht wurde;
- Beiträge für die Verwaltung der Stiftung, die für die drei darauf folgenden Steuerzeiträume nach der Veröffentlichung des oben genannten Dekretes entrichtet wurden. Um die Absetzung in Anspruch nehmen zu können, muss sich der Steuerzahler mit einer schriftlichen Urkunde für die vorher genannten Steuerzeiträume, nach Veröffentlichung des genannten Genehmigungsdekretes zwecks Umschreibung in Stiftung verpflichten, eine gleich bleibende Summe zu entrichten. Falls diese Verpflichtung nicht eingehalten wird, werden die abgezogenen Beträge wieder eingeholt.

In diesem Code werden auch Ausgaben eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 28 angeführt sind.



Dieser Abzug steht nur für freiwillige Zuwendungen zu, die nicht im Steuerguthaben, das für freiwillige Zuwendungen zur Unterstützung der Kultur, „Art Bonus“, das in Zeile CR 14 anzugeben ist, enthalten sind.

Code „29“ (Ausgaben für den Tierarzt) (die beim Tierarzt getragenen Ausgaben für die Pflege der gemeldeten Haustiere oder der Tiere für Sportzwecke. Die Absetzung von 19 Prozent steht auf den Betrag zu, der Euro 129,11 überschreitet. Daher muss der Betrag einschließlich der Selbstbeteiligung angegeben werden und darf 550 Euro nicht übersteigen. In diesem Code werden auch Summen eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 29 angeführt sind.

Code „30“ (Ausgaben für die Dolmetschdienstleistungen, die von den als taub anerkannten Personen getragen wurden) die Ausgaben für die Dolmetschdienstleistungen von Subjekten, die im Sinne des G. Nr. 381 vom 26. Mai 1970 als taub anerkannt wurden. Als Taube werden diejenigen angesehen, die gehörbehindert sind und unter angeborener oder im Laufe der Entwicklungsjahre erworbener Taubheit leiden, die das normale Erlernen der gesprochenen Sprache beeinträchtigt hat, vorausgesetzt die Taubheit ist nicht ausschließlich psychischer Natur oder von Kriegs-, Arbeits- oder Dienstursachen abhängig (Gesetz Nr. 95 vom 20. Februar 2006). In diesem Code werden auch Summen eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 30 angeführt sind. Die im Jahr 2022 getragenen Ausgaben, die im selben Jahr vom Arbeitgeber als Ersatz für Prämienvergütungen zurückerstattet und im Abschnitt „Rückerstattungen von nicht zu versteuernden Gütern und Dienstleistungen – Art. 51 des Tuir (Punkte 701 bis 706) der Einheitlichen Bescheinigung mit dem Code 30 angegeben wurden, dürfen nicht angegeben werden.

Code „31“ (Freiwillige Zuwendungen an Lehranstalten jeder Art und jeden Grades) Die freiwilligen Zahlungen zugunsten von staatlichen und gleichgestellten Schulinstitutionen ohne Erwerbszweck jeder Ordnung und jeden Grades, die dem nationalen Bildungssystem (Gesetz Nr. 62 vom 10. März 2000) angehören sowie zugunsten von Fachgymnasien gemäß des Dekrets des Präsidenten des Ministerrates vom 25. Januar 2008, von Einrichtungen der höheren künstlerischen, musikalischen und musischen Bildung und der Universitäten, von ITS-Akademien, die für die technologische Innovation, den Bau von Schulen und die Erweiterung des Bildungsangebots bestimmt sind. Diese Zuwendungen müssen durch Post- oder Banküberweisungen bzw. durch Debetkarten, Kreditkarten, im Voraus bezahlte Karten, durch Bank- und Zirkularschecks erfolgen. In diesem Code werden auch Summen eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 31 angeführt sind.

Code „32“ (Ausgaben, die für den Rückkauf der Studienjahre und der Lehrgänge an IST-Akademien für zu Lasten lebende Familienangehörige getragen wurden) die im Interesse der steuerlich unterhaltsberechtigten Person gezahlten Beiträge, welche einen Rückkauf des Hochschulstudiums ausüben möchten, obwohl sie noch keine Arbeitstätigkeit begonnen haben und nicht in irgendeiner obligatorischen Fürsorgeform eingetragen sind. Es ist die Möglichkeit vorgesehen, den Rückkauf des Hochschulstudiums auch seitens von Personen auszuüben, die noch keine Arbeitstätigkeit begonnen haben und nicht in irgendeiner obligatorischen Fürsorgeform eingetragen sind. In diesem Fall können die gezahlten Beiträge in Höhe von 19% von der von den Steuerpflichtigen, bei denen der Betroffene steuerlich zu Lasten lebend ist, zu zahlende Steuer abgesetzt werden. Es wird daran erinnert, dass in den anderen Fällen die für den Rückkauf des Hochschulstudiums gezahlten Beiträge absetzbare Belastungen darstellen und in der Zeile RP21 angegeben werden müssen. In diesem Code werden auch Summen eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 32 angeführt sind.

Code „33“ (von Eltern getragene Ausgaben für Gebühren von Kindertagesstätten). Die von Eltern getragenen Ausgaben zur Bezahlung der Gebühren von öffentlichen oder privaten Kindertagesstätten zu einem Gesamtbetrag von bis zu 632,00 € jährlich für jedes steuerlich mitversicherte Kind.

Wenn die Ausgabe mehr als ein Kind betrifft, müssen mehrere Zeilen von RP8 bis RP13 ausgefüllt werden, wobei in jeder der Code 33 und die für den jeweiligen Jugendlichen getragene Ausgabe einzutragen ist.

Der Betrag muss die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung enthaltenen Summen mit dem Code der Aufwendung 33 beinhalten. Die im Jahr 2022 getragenen Ausgaben, die im selben Jahr vom Arbeitgeber als Ersatz für Prämienvergütungen zurückerstattet und im Abschnitt „Rückerstattungen von nicht zu versteuernden Gütern und Dienstleistungen – Art. 51 des Tuir (Punkte 701 bis 706) der Einheitlichen Bescheinigung mit dem Code 33 angegeben wurden, dürfen nicht angegeben werden. Wenn man sich im Jahr 2022 eines Kindergarten-Bonus bedient hat, können die im selben Zeitraum ertragenen Kosten nicht angegeben werden.

Code „35“ (Freiwillige Geldzuwendungen an den Abschreibungsfonds der Staatsanleihen). Die Absetzung ist zugelassen, wenn die freiwilligen Geldzuwendungen aus Schenkungen oder aus testamentarischen Verfügungen stammen und für die Zwecke des Fonds bestimmt wurden. Der Abschreibungsfonds der Staatsanleihen wurde bei der Banca d'Italia eingerichtet und verfolgt das Ziel, die Konsistenz der umlaufenden Staatsanleihen zu vermindern. Um die Absetzung in Anspruch zu nehmen, müssen diese Zahlungen per Bank- oder Postüberweisung durchgeführt werden. Durch ein entsprechendes Dekret des Ministers für Wirtschaft und Finanzen können weitere Modalitäten vorgesehen werden, um diese freiwilligen Zuwendungen durchzuführen. Der Betrag muss auch die Zuwendungen enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 35 angeführt sind.

Code „36“ (Prämien für Lebens- und Unfallversicherungen) Der Steuerabzug betrifft:

- Verträge, die bis zum 31. Dezember 2000 abgeschlossen oder verlängert wurden, die Prämien der Lebens- und Unfallversicherungen, auch wenn sie im Ausland oder an ausländische Versicherer gezahlt wurden. Der Abzug wird unter der Bedingung zuerkannt, dass der Vertrag eine Laufzeit von mindestens fünf Jahren hat und dass während der Mindestlaufzeit die Bewilligung von Anleihen nicht zulässig ist;
- Verträge, die ab dem 1. Januar 2001 abgeschlossen oder verlängert wurden, die Prämien zur Versicherung des Risikos im Todesfall oder der permanenten Invalidität nicht unter 5 Prozent (aus welchem Grund auch immer).

Der Betrag darf insgesamt 530,00 Euro nicht übersteigen und muss auch die Versicherungsprämien enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 36 angeführt sind.

Es wird daran erinnert, dass die Beiträge zur freiwilligen Vorsorge vollständig abgesetzt werden können und diese daher in Zeile RP21 anzugeben sind.

Code „38“ für Prämien von Versicherungen zum Schutz von Personen mit schwerer Behinderung entsprechend der Definition von Art. 3, Abs. 3 des Gesetzes vom 5. Februar 1992, Nr. 104, bestätigt von den lokalen Gesundheitsbehörden durch medizinische Kommissionen gemäß Art. 1 des Gesetzes vom 15. Oktober 1990, Nr. 295, zu denen auch ein Sozialarbeiter und ein bei der örtlichen Gesundheitsbehörde diensthabender Experte für den zu untersuchenden Fall hinzuzuziehen ist.

Der Betrag für die Prämien darf insgesamt **750,00 Euro**, abzüglich der Prämien zur Versicherung des Risikos im Todesfall oder der permanenten Invalidität (Code 36), nicht übersteigen und muss auch die Versicherungsprämien enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der einheitlichen Bescheinigung mit Code 38 angeführt sind.

Dieser Betrag muss auch die im Abschnitt „Absetzbare Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit dem Aufwendungscode 36 angegebene Prämien von **Lebens- und Unfallversicherungen** mit einschließen.

Code '39' für Versicherungsprämien zur Versicherung der Unselbstständigkeit bei der Durchführung der Handlungen des alltäglichen Lebens. Der Steuerabzug betrifft Versicherungsprämien zur Versicherung der Unselbstständigkeit bei der Durchführung der Handlungen des alltäglichen Lebens. Der Steuerabzug wird unter der Bedingung zuerkannt, dass das Versicherungsunternehmen nicht vom Vertrag zurücktreten kann. Mit dem Dekret des Finanzministeriums wurden nach Anhörung der Aufsichtsbehörde für Privatversicherungen (ISVAP) die Merkmale festgelegt, die Verträge zur Versicherung der Unselbstständigkeit erfüllen müssen.

Der Betrag für die Prämien darf insgesamt **1.291,14 Euro**, abzüglich der Prämien zur Versicherung des Risikos im Todesfall oder der permanenten Invalidität (Code 36) und abzüglich der Prämien von Versicherungen zum Schutz von Personen mit schwerer Behinderung (Code 38), nicht übersteigen und muss auch die Versicherungsprämien enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 39 angeführt sind.

Code '40' für die für den Erwerb von Abonnements zum lokalen, regionalen und interregionalen öffentlichen Verkehrsmittel getragenen Kosten. Die Absetzung steht für die sowohl für unterhaltsberechtigten Familienangehörige wie auch für denselben Steuerzahler ertragenen Kosten für einen Gesamtbetrag nicht höher als 250 Euro zu. Der Betrag muss die in der Abteilung „Abziehbare Belastungen“ (Punkte von 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung unter dem Abgabecode 40 angegebenen Kosten einschließen. Die im Jahr 2022 ertragenen Kosten, welche im selben Jahr von dem Arbeitgeber anstelle der Prämiengehälter erstattet wurden, und die in der Abteilung „Erstattung von Gütern und Diensten, die der Besteuerung nicht unterworfen sind – Art. 51 TUIR“ (Punkte von 701 bis 706) der Einheitlichen Bescheinigung unter dem Abgabecode 40 angegeben wurden, können nicht angegeben werden. Hat der Steuerpflichtige für diese Ausgaben den 60-Euro-Bonus für den Erwerb von Abonnements für öffentliche Verkehrsmittel in Anspruch genommen, kann der Abzug nur für den tatsächlich entstandenen Teil der Ausgaben in Anspruch genommen werden.

Code '43' für die Prämien bezüglich der Versicherungen gegen das Risiko von Naturkatastrophen, die ab dem 1. Januar 2018 abgeschlossen wurden und Wohnimmobilieneinheiten betreffen. Der Betrag muss die in der Abteilung „Abziehbare Belastungen“ (Punkte von 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung unter dem Abgabecode 43 angegebenen Ausgaben einschließen.

Code '44' für die zu Gunsten von Minderjährigen oder Volljährigen mit spezifischen Lernschwierigkeiten (DSA) ertragenen Ausgaben. Die Absetzung steht bis zum Abschluss der Sekundarstufe II für den Erwerb von Ausgleichsmitteln und von technischen und informatischen Beihilfen im Sinne des Gesetzes Nr. 170 vom 8. Oktober 2010, welche zum Lernen benötigt werden, sowie für die Benutzung von Ausgleichsmitteln, welche die verbale Kommunikation fördern und Abstufung im Lernen der Fremdsprachen gewährleisten, zu. Die Absetzung steht für die Ausgaben zu, die sowohl für die unterhaltsberechtigten Familienangehörigen wie auch für denselben Steuerzahler ertragen werden. Der Betrag muss die in der Abteilung „Abziehbare Belastungen“ (Punkte von 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung unter dem Abgabecode 44 angegebenen Ausgaben einschließen.

Code '45' für Ausgaben für die jährliche Einschreibung und das Abonnement von Kindern im Alter von 5 bis 18 Jahren an Musikkonservatorien, Einrichtungen für hohe künstlerische, musikalische und tänzerische Ausbildung (AFAM), die nach dem Gesetz Nr. 508 vom Dezember 1999 rechtlich anerkannt sind, an Musikschulen, die in regionalen Registern eingetragen sind, sowie an Chören, Musikkapellen und Musikschulen, die von einer öffentlichen Verwaltung anerkannt sind, für das Studium und die Ausübung von Musik.

Der Steuerpflichtige kann den Abzug bis zu einem Betrag von 1.000 € pro Kind nur in Anspruch nehmen, wenn das Gesamteinkommen 36.000 € nicht übersteigt. Die Einkommensgrenze muss auch die Einkünfte von Gebäuden berücksichtigen, die der definitiven Ertragssteuer auf Mieteinnahmen (cedolare secca) und der Ersatzsteuer in Anwendung der Pauschalregelung des Gesetzes Nr. 190 von 2014 in seiner geänderten Fassung unterliegen.

Der Abzug ist auch möglich, wenn die Ausgaben für steuerlich abhängige Familienmitglieder (z. B. Kinder) getätigt wurden. Der Abzug kann zwischen den Berechtigten (z. B. den Eltern) aufgeteilt werden. In diesem Fall muss der von jedem von ihnen abgezogene Anteil in der Kostenaufstellung angegeben werden. Die Gesamtausgaben dürfen 1.000 € pro Kind nicht übersteigen.

Beziehen sich die Ausgaben auf mehrere Kinder, sind mehrere Zeilen RP8 bis RP13 auszufüllen, wobei in jeder Zeile der Code 45 und die für jedes Kind getätigten Ausgaben anzugeben sind.

Um in den Genuss des Vorsteuerabzugs zu kommen, muss der Steuerpflichtige die Zahlung per Post- oder Banküberweisung, mit Debit-, Kredit- oder Prepaid-Karten, Bankschecks oder Bankwechseln leisten.

Der Betrag muss die im Abschnitt „Abzugsfähige Ausgaben“ (Punkte 341 bis 352) der Steuerbescheinigung mit dem Ausgabencode 45 angegebenen Ausgaben enthalten.

Code '99' (Sonstige absetzbare Ausgaben). Sonstige Ausgaben, für die ein Steuerabzug in Höhe von 19% zusteht.

In diesem Code werden auch Summen in Bezug auf „Sonstige absetzbare Ausgaben“ eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 99 angeführt sind.

Die **Codes**, die in den Zeilen von RP8 bis RP13 anzugeben sind und die Ausgaben identifizieren, für die die **Absetzung von 26 Prozent** zusteht, sind Folgende: **Code „61“ für die freiwilligen Zuwendungen in Höhe von nicht mehr als 30.000 Euro zugunsten der nicht gewinnbringenden Organisationen von sozialem Nutzen (ONLUS)** sowie der humanitären, religiösen und laizistischen Initiativen unter der Leitung von Stiftungen, Vereinigungen, Komitees und

Körperschaften, die durch ein Dekret des Ministerratspräsidenten ermittelt werden, in den Ländern, die nicht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) angehören. Für die Überprüfung der Obergrenze der Ausgabe muss auch der durch den Code 20 in den Zeilen RP8 bis RP13 angegebene Betrag berücksichtigt werden.

Die Zahlungen müssen durch Post- oder Banküberweisung oder mit Debitkarten, Kreditkarten, Guthabekarten, Bankschecks und Barschecks erfolgen. Bei freiwilligen Zuwendungen mit Hilfe einer Kreditkarte ist es bei einer eventuellen Anforderung der Finanzverwaltung ausreichend, den Kontoauszug der entsprechenden Kreditkartengesellschaft aufzubewahren und vorzulegen.

Der Betrag muss auch die Zuwendungen enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 61 angeführt sind.



Steuerzahler, die den fraglichen Abzug in Anspruch nehmen, können weder für dieselbe noch für ähnliche Geldzuweisungen, auch an verschiedene Begünstigte, sofern diese unter die Bestimmungen in Art. 15 Absatz 1.1. des TUIR fallen, die Steuererleichterungen gemäß Code 71, Code 76, Zeile RP36 und Zeile RP26, Code 7 in Anspruch nehmen.

Code „62“ für freiwillige Geldzuwendungen zugunsten politischer Parteien, die in den ersten Abschnitt des nationalen Registers gemäß Art. 4 des Gesetzesdekrets Nr. 149 vom 28. Dezember 2013 eingetragen sind, mit Beträgen von 30 Euro bis 30.000 Euro. Dieselben Auszahlungen werden auch weiterhin als abzugsfähig betrachtet, wenn die entsprechenden Zahlungen auch als Spenden von Kandidaten und gewählten öffentlichen Amtsträgern geleistet wurden, in Übereinstimmung mit dem Regelwerk oder den Statuten, die von den Parteien oder politischen Bewegungen, die diese Zuwendungen beziehen, beschlossen wurden.

Die Vergünstigung wird auch für Zuwendungen zugunsten von Parteien oder Fördervereinigungen angewandt, die vor der Registereintragung und der Zulassung für die Begünstigungen vorgenommen wurden, vorausgesetzt, dass diese Parteien am Ende des Geschäftsjahres in das Register eingetragen sind und für die Begünstigungen zugelassen wurden.

Die Zuwendungen müssen durch eine Bank, ein Postamt oder durch andere Zahlungssysteme (wie Debitkarten, Kreditkarten und Prepaid-Karten, Bank- und Barschecks) oder mit anderen Zahlungsmodalitäten überwiesen werden, die geeignet sind, die Rückverfolgbarkeit der Transaktion und die genaue Identifikation des Subjekts und die Einkommensermittlung des Steuerzahlers zu gewährleisten.

Der Betrag muss auch die Zuwendungen enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 62 angeführt sind.

In den Zeilen von RP8 bis RP13 ist der folgende **Code** anzugeben, welche die Ausgaben identifiziert, für welche **die Absetzung von 30% zusteht**:

„71“ für die freiwilligen Spenden als Geld- oder Sachleistungen, zu Gunsten von nicht gewinnorientierten, gemeinnützigen Organisationen (ONLUS) und von Vereinigungen mit sozialen Zielsetzungen, die in dem nationalen Register eingeschrieben sind, bis zu einem Gesamtbetrag für jedes Steuerjahr von nicht über 30.000 Euro.

Mit dem Erlass des Ministers für Arbeit und Sozialpolitik vom 28. November 2019, der im Amtsblatt Nr. 24 vom 30. Januar 2020 veröffentlicht wurde, werden die Arten von Vermögenswerten, die zu einem Steuerabzug oder einem Abzug von der Steuerbemessungsgrundlage für Einkommenssteuerzwecke berechtigen, identifiziert und die Kriterien und Verfahren für die Bewertung von Vermögenswerten, die Gegenstand liberaler Sachspenden sein können, festgelegt.

Der Betrag muss die in der Übersicht „absetzbare Belastungen“ (Punkte von 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung unter dem Abgabecode 71 angegebenen Zuwendungen einschließen.


Ab dem Inkrafttreten des Einheitlichen Nationalen Registers des Dritten Sektors wird der Abzug auch für Geld- oder Sachspenden zugunsten von Einrichtungen des Dritten Sektors (ETS) anerkannt, die in demselben Register eingetragen sind (RUNTS).


In den Zeilen von RP8 bis zum RP10 ist der folgende **Code** anzugeben, welche die Ausgaben identifiziert, für die **eine Absetzung von 35% zusteht**:

„76“ für die freiwilligen Spenden zu Gunsten von Freiwilligenorganisationen, bis zu einem Gesamtbetrag für jedes Steuerjahr von nicht über 30.000 Euro.

Der Betrag muss die Ausgaben umfassen, die im Abschnitt "Absetzbare Aufwendungen" (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit dem Ausgabencode "76" angegeben sind.

Ab dem Inkrafttreten des Einheitlichen Nationalen Registers des Dritten Sektors wird der Abzug auch für Geld- oder Sachspenden zugunsten von Einrichtungen des Dritten Sektors (ETS) anerkannt, die in demselben Register eingetragen sind (RUNTS).

 **Freiwillige Geldzuweisungen in bar, die mit den Codes 71 und 76 angegeben werden, müssen per Post- oder Banküberweisung oder mit Debit-, Kredit- und Prepaid-Karten, Bankschecks und Barschecks erfolgen. Bei Geldzuweisungen per Kreditkarte reicht es aus, den Kontoauszug des Kreditinstitutes, das die Karte ausstellt, aufzubewahren, um ihn auf Nachfrage der Finanzverwaltung vorzulegen. Die Abzüge können unter der Voraussetzung in Anspruch genommen werden, dass die erhaltenen Spenden von den ETS für die Ausübung ihrer satzungsgemäßen Tätigkeit verwendet werden, die auf bürgerliche, solidarische und sozial nützliche Zwecke ausgerichtet ist.**

 **Steuerzahler, die den fraglichen Abzug in Anspruch nehmen, können weder für dieselbe noch für ähnliche Geldzuweisungen, auch an verschiedene Begünstigte, sofern diese unter die Bestimmungen in Art. 83, Absatz 1, Satz 2 des Codex des Dritten Sektors fallen, die Steuererleichterungen gemäß Code 61, Code 71 und Zeile RP36 in Anspruch nehmen.**

Der in den Zeilen RP8 bis RP13 anzugebende Code, der die Ausgaben identifiziert, für die die **90-prozentige Absetzung** zusteht, ist der folgende:

„81“ bei Prämien für Versicherungspolice zur Deckung des Risikos von Katastrophenereignissen. Bei Abschluss der Versicherungspolice muss hierbei zeitgleich die Übertragung des Steuerguthabens aus Eingriffen, auf die der Erdbebenbonus anwendbar ist und auf die dementsprechend eine 110-prozentige Absetzung in Anspruch genommen werden kann, an eine Versicherungsgesellschaft erfolgen. Für Gebäude, die sich in der Erdbebenzone 4 (bestimmt in Verordnung Nr. 3274 des Präsidenten des Ministerrates vom 20. März 2003 und veröffentlicht in der Beilage zum Amtsblatt Nr. 105 vom 8. Mai 2003) befinden, kann diese Begünstigung nicht in Anspruch genommen werden.

Zeile RP14 – Ausgaben für Leasing-Zahlungen für eine für den Hauptwohnsitz zu verwendende Immobilie

Den Inhabern von Leasingverträgen auf Immobilieneinheiten, die vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2021 abgeschlossen wurden, steht ein Steuerabzug zu.

Die Absetzung betrifft die Mieten und die entsprechenden Zusatzkosten aus Finanzierungsleasingverträgen auf Immobilieneinheiten, auch solchen, die noch zu bauen sind, die binnen einem Jahr ab der Übergabe als Hauptwohnung zu verwenden sind, die von Steuerpflichtigen mit einem Gesamteinkommen von nicht über 55.000 € bei Abschluss des Finanzierungsleasingvertrags getragen wurden, die über das Eigentumsrecht an Wohnimmobilien.

Die Absetzung steht in der Höhe von 19 % und zu denselben Bedingungen zu, die für die Absetzung der Zinsen für Hypothekendarlehen für den Kauf der Hauptwohnung gemäß Zeile RP7 vorgesehen sind, auf die hier verwiesen wird.

Spalte 1 (Datum des Leasingvertrags): Das Datum des Finanzierungsleasingvertrags für die gekaufte oder gebaute Immobilie angeben.

Spalte 2 (Nummer des Jahres): Die Nummer des Jahres angeben, für das man die Steuererleichterung in Anspruch nehmen möchte. Für das Steuerjahr 2022 ist die Nummer 1 anzugeben.

Spalte 3 (Betrag der Leasingzahlung): Die Höhe der im Jahr 2022 gezahlten Leasingzahlungen angeben. Der Betrag der Leasingzahlungen darf folgende Höhe nicht übersteigen:

die Obergrenze von 8000 Euro jährlich, wenn der Steuerpflichtige zum Abschlussdatum des Leasingvertrags noch **nicht 35 Jahre alt war**;

die Obergrenze von 4000 Euro jährlich, wenn der Steuerpflichtige zu diesem Datum **35 Jahre alt oder älter war**.

Spalte 4 (Rückkaufpreis): den Betrag des im Jahr 2022 bezahlten Kaufpreises für den Kauf des Eigentumsrechts der als Hauptwohnung zu verwendenden Immobilie angeben, die Gegenstand des Finanzierungsleasingvertrags ist. Der Rückkaufpreis darf folgende Höhe nicht übersteigen:

die Obergrenze von 20.000 Euro, wenn der Steuerpflichtige zum Abschlussdatum des Leasingvertrags noch **nicht 35 Jahre alt war**;
die Obergrenze von 10.000 Euro, wenn der Steuerpflichtige zu diesem Datum **35 Jahre alt oder älter war**.

Zeile RP15 Gesamtbetrag der Kosten, auf den der Abzug zu berechnen ist

Diese Zeile muss immer ausgefüllt werden, wenn Ausgaben vorliegen, für die eine Absetzung von 119 und/oder 26, 30, 35 und 90 Prozent zusteht.

Kästchen 1: Ratenzahlung: Kann nur ausgewählt werden, wenn die Summe der Felder: RP1 Spalte 1 + RP1 Spalte 2 + RP2 Spalte 1 + RP3 Spalte 1 nicht kleiner als 15.494 ist.

N.B. Die Summe der oben ermittelten in Raten aufgeteilten Gesundheitskosten muss in Zeile RN47, Spalte 55 " in Raten aufgeteilten Gesundheitskosten 2022" (spese sanitarie 2022 ratezzate) angegeben werden.

Spalte 2: Gesamtausgaben mit 19 %iger Absetzung, die nicht mit dem Einkommen verrechenbar ist.

Ausgaben ohne Selbstbehalt Ratenzahlungen + RP3

Wenn RP15 Spalte 1 nicht angekreuzt ist, berechnen Sie:

AusgabenOhneSelbstbehalt = RP1 Spalte 2 + RP2 Spalte 1 - 129 (auf Null reduzieren, wenn das Ergebnis negativ ist) AusgabenRP1_RP3 = AusgabenOhneSelbstbehalt + RP3

Wenn RP15 Spalte 1 angekreuzt ist, berechnen Sie:

AusgabenOhneSelbstbehalt = RP1 col.1 + RP1 col.2 + RP2 col.1 - 129 auf Null setzen, wenn das Ergebnis negativ ist

Ausgaben RP1_RP3 = (AusgabenOhneSelbstbehalt + RP3) / 4

Der Betrag von RP15 Spalte 2 sollte gleich AusgabenRP1_RP3 + RP4 col.2 + RP5 col.2 + RP6 col.2 + RP7 col.1 + RP7 col.2 + die Summe der Spalten 2 der Zeilen RP8 bis RP13, für die in Spalte 1 die Codes 8, 9, 10, 11, 20, 22, 24, 28, 32, 33, 46, 47 und 99 angegeben sind (für alle Vordrucke, in denen sie vorhanden sind).

Spalte 3 : Gesamtausgaben mit 19 %iger Absetzung, die mit dem Einkommen verrechenbar ist: Entspricht der Summe der Spalten 2 der Zeilen RP8 bis RP13, für die in Spalte 1 die Codes 12 bis 18, 21, 25, 26, 27, 29, 30, 31, 35, 36, 38 bis 40, 43, 44 und 45 (für alle Vordrucke, in denen sie vorhanden sind) angegeben sind + RP14 Spalte 3 + RP14 Spalte 4 (für alle Vordrucke, in denen sie vorhanden sind). Bei Code 29 (Righi von RP8 bis RP13) muss der ausgewiesene Betrag um den Freibetrag von 129 € reduziert werden (bei negativem Ergebnis auf Null reduzieren).

Spalte 4 Gesamtausgaben Gesamtausgaben mit 26 %iger Absetzung, die nicht mit dem Einkommen verrechenbar ist: Entspricht der Summe der Spalten 2 der Zeilen RP8 bis RP13, für die in Spalte 1 der Code 62 angegeben ist (für alle Vordrucke, in denen sie vorhanden sind).

Spalte 5 Gesamtausgaben Gesamtausgaben mit 26 %iger Absetzung, die mit dem Einkommen verrechenbar ist: Entspricht der Summe der Spalten 2 der Zeilen RP8 bis RP13, für die in Spalte 1 der Code 61 angegeben ist (für alle Formulare, in denen sie vorhanden sind)

Spalte 6 Gesamtausgaben mit 30 %iger Absetzung, die mit dem Einkommen verrechenbar ist: Was die Belastungen betrifft, für die eine Absetzung von 30 Prozent zusteht, sind die Beträge der Zeilen von RP8 bis RP13 (**Code 71**) zu addieren und den Gesamtbetrag in der Spalte 6 anzugeben.

Spalte 7 Gesamtausgaben mit 35 %iger Absetzung, die mit dem Einkommen verrechenbar ist: Was die Belastungen betrifft, für die eine Absetzung von 35 Prozent zusteht, sind die Beträge der Zeilen von RP8 bis RP13 (**Code 76**) zu addieren und den Gesamtbetrag in der Spalte 7 anzugeben.

Spalte 8 Gesamtausgaben mit 90 %iger Absetzung, die mit dem Einkommen verrechenbar ist: Was die Belastungen betrifft, für die eine Absetzung von 90 Prozent zusteht, sind die Beträge der Zeilen von RP8 bis RP13 (**Code 81**) zu addieren und den Gesamtbetrag in der Spalte 8 anzugeben.

ABSCHNITT II - Kosten und Belastungen, für die die Absetzung vom Gesamteinkommen zusteht

In diesem Abschnitt sind alle Aufwendungen anzugeben, die vom Gesamteinkommen abziehbar sind und eventuell auch jene Summen, die nicht zur Bildung des Einkommens aus nicht selbständiger Arbeit und dergleichen beitragen hätten sollen, sondern der Besteuerung unterworfen wurden.

Die abzugsfähigen Aufwendungen, welche vom Steuersubstituten bei der Bildung des Einkommens aus nicht selbständiger Arbeit anerkannt wurden, müssen nicht angeführt werden. Diese Ausgaben sind unter Punkt 431 der Einheitlichen Bescheinigung enthalten. In den Punkten 432 bis 437 der Einheitlichen Bescheinigung werden detaillierte Informationen zur Art der Belastung und zum jeweiligen Betrag, der schon vom Arbeitgeber berücksichtigt wurde, gegeben. In Bezug auf die absetzbaren Ausgaben, die unter Punkt 411 der einheitlichen Bescheinigung ausgewiesen sind, wird auf die Anweisungen für die Zeilen RP27 bis RP30 verwiesen.

Zeile RP21 Vor- und Fürsorgebeiträge

Die in dieser Zeile angegebenen Aufwendungen sind auch dann abzugsfähig, wenn sie für die steuerrechtlich unterhaltspflichtigen Familienangehörigen getragen wurden.

Anzugeben sind die aufgrund von Gesetzesbestimmungen eingezahlten Vor- und Fürsorgebeiträge sowie die freiwillig an den eigenen, obligatorischen Rentenfonds entrichteten Beiträge.

Hierzu gehören auch:

- die vereinheitlichten landwirtschaftlichen Beiträge an das NISF / INPS – Verwaltung vormals Scau – für die eigene Für- und Vorsorgeversicherung (der Teil der Beiträge von Seiten der Arbeitnehmer ist nicht abzugsfähig);
- die für die INAIL - Pflichtversicherung entrichteten Beiträge, die jenen Familienmitgliedern vorbehalten ist, die eine Unfallversicherung für den Haushalt (sog. Hausfrauenversicherung) abgeschlossen haben;
- die freiwillig an den eigenen obligatorischen Rentenfond entrichteten Vor- und Fürsorgebeiträge, einschließlich der Beiträge, die für die Zusammenlegung der Versicherungsjahre entrichtet worden sind. Unter diesen Posten fallen auch Beiträge, die an den sog. „Hausfrauenfond“ eingezahlt wurden. Abzugsfähig sind außerdem die für den Rückkauf der Studienjahre und der Jahre an der IST-Academy entrichteten Beiträge (dies sowohl in Bezug auf die pensionierbaren Jahre als auch in Bezug auf die Abfertigung) sowie die freiwilligen Beiträge für die Weiteversicherung, usw.

Falls Beiträge in Rechnung Dritter entrichtet worden sind und unter der Voraussetzung, dass das Gesetz das Recht auf Rückgriff vorsieht, steht der Abzug jener Person zu, für welche die Beiträge eingezahlt worden sind. Zum Beispiel ist der Inhaber des Betriebes, falls es sich um einen

handwerklichen oder gewerblichen Familienbetrieb handelt verpflichtet, die Für- und Vorsorgebeiträge auch für die Familienangehörigen, die im Betrieb arbeiten, zu entrichten. Da der Inhaber aber auf Grund des Gesetzes, das Rückgriffsrecht für die Mitarbeiter selbst hat, kann er diese Beiträge niemals in Abzug bringen, auch dann nicht, wenn er das Rückgriffsrecht praktisch nie in Anspruch genommen hat, ausgenommen der Fall, dass der Mitarbeiter nicht auch steuerlich zu seinen Lasten lebend ist. Die Mitarbeiter hingegen können die Beiträge nur dann in Abzug bringen, wenn der Inhaber des Betriebes effektiv das Rückgriffsrecht in Anspruch genommen hat.

Zeile RP22 Periodische Zuwendung an den Ehepartner

Angeben:

- in **Spalte 1** die Steuernummer des Ehepartners, der die periodischen Zuweisungen bezieht. Es wird darauf hingewiesen, dass bei Nichtangabe der Steuernummer des Ehepartners der Abzug nicht anerkannt wird;
- In **Spalte 2** der Betrag der regelmäßigen Zahlungen einschließlich der Beträge, die durch richterlichen Beschluss für den Mietzins und Wohnungsausgaben (s.g., Wohnungszuschuss) dem Ehegatten ausgezahlt wurden, auch wenn dieser im Ausland lebt, infolge einer gesetzlichen und tatsächlichen Trennung, oder eine Auflösung oder Annullierung der Ehe, oder einer Beendigung der zivilrechtlichen Wirkungen der Ehe, die durch eine Anordnung der Justizbehörde festgelegt wurden.

Nicht abgesetzt werden können Unterhaltszahlungen für Kinder, auch nicht ein Teil dieser, daher können diese Beträge nicht in dieser Zeile angeführt werden. Es ist wichtig zu wissen, dass: Sollte die Gerichtsbehörde keinen Unterschied zwischen dem Teil der periodischen Zuweisung an den Ehepartner und jenem für den Unterhalt der Kinder machen, die Hälfte des Betrages der Zuweisung als dem Ehepartner zustehend betrachtet wird. Nicht abgezogen werden können Beträge, die dem getrennten Ehepartner durch eine einzige Zahlung entrichtet wurden.

Zeile RP23 für Haushilfen und Familienangehörige gezahlte Fürsorgebeiträge

Die Fürsorgebeiträge sind anzuführen, die für Haushaltsangestellte, für das Personal für den persönlichen Beistand und für den Beistand der Familie (zum Beispiel Haushaltshilfe, Babysitter und Altenbetreuer) für den Teil zu Lasten des Arbeitgebers einbezahlt wurden. Die im Jahr 2022 getragenen Ausgaben, die im selben Jahr vom Arbeitgeber als Ersatz für Prämienvergütungen zurückerstattet und im Abschnitt „Rückerstattungen von nicht zu versteuernden Gütern und Dienstleistungen – Art. 51 des Tuir (Punkte 701 bis 706) der Einheitlichen Bescheinigung mit dem Code 3 angegeben wurden, dürfen nicht angegeben werden.

Der maximal abzugsfähige Betrag liegt bei **1.549,37 Euro**.

Zeile RP24 Freiwillige Zuwendungen zugunsten religiöser Einrichtungen

Die freien Geldspenden zugunsten der folgenden religiösen Institutionen sind anzugeben:

- Zentralinstitut zum Unterhalt des Klerus der italienischen katholischen Kirche;
- Italienische Vereinigung der Christlichen Adventistischen Kirchen des 7. Tages zum Unterhalt der Geistlichen und der Missionare und der spezifischen Glaubens- und Evangelisierungsanforderungen;
- Moralische Körperschaft der Gottesversammlungen in Italien für den Unterhalt der Geistlichen und für Anforderungen der Glaubensgemeinschaft, der Seelenpflege und der Kirchenverwaltung;
- Italienische Waldenserkirche, Vereinigung der Methodisten- und Waldenser-Kirchen für Kult-, Ausbildungs- und Wohltätigkeitszwecke, die ihnen eigen sind und für dieselben Zwecke der Kirchen und der Körperschaften, die zur Waldenser-Organisation gehören;
- Christliche, evangelische Vereinigung der Baptisten in Italien für Kult-, Ausbildungs- und Wohltätigkeitszwecke, die ihnen eigen sind und für dieselben Zwecke der Kirchen und der Körperschaften, die an der Vereinigung teil haben;
- Protestantische Kirche in Italien und mit ihr verbundenen Gemeinschaften zum Unterhalt der Geistlichen und für spezifische Kult- und Evangelisierungsanforderungen;
- Vereinigung der italienischen jüdischen Gemeinschaften. Für die jüdischen Gemeinschaften können auch die gezahlten Jahresbeiträge abgesetzt werden;
- Orthodoxe Erzdiözese Italiens und Exarchat für Südeuropa, von ihnen kontrollierte Körperschaften und lokale Gemeinden, für kirchliche Belange, Unterricht, Betreuung und Wohltätigkeit;
- Vermögensmasse der Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage für religiöse und kirchliche Tätigkeiten, für Tätigkeiten zum Predigen des Evangeliums, Vollziehung religiöser Rituale und Zeremonien, Veranstaltung der Gottesdienste, Missions- und Evangelisierungstätigkeiten, religiöse Erziehung, Pflege der Seelenbedürfnisse, Kostenerstattung der Geistlichen und Missionare;
- Apostolische Kirche in Italien und von ihr kontrollierte Körperschaften und Einrichtungen, für kirchliche Zwecke, Unterricht, Betreuung und Wohltätigkeit;
- Italienische Buddhistische Union und die von ihr vertretenen und zivilrechtlich anerkannten Organismen für den Unterhalt der Geistlichen und die Religionsausübung;
- Italienische Hinduistische Union und die von ihr vertretenen und zivilrechtlich anerkannten Organismen für den Unterhalt der Geistlichen, die religiösen Belange und die Religionsausübung;
- Das Italienische Buddhistische Institut Soka Gakkai (IBISG), für die Verfolgung der institutionellen Ziele des Instituts und der in Art. 2, Abs. 1, Buchstabe a) des Gesetzes vom 28. Juni 2016 Nr. 130 angegebenen Tätigkeiten;
- Verein „Chiesa d’Inghilterra“, die von ihm kontrollierten Einrichtungen und die örtlichen Gemeinden für Zwecke des Gottesdienstes, der Bildung, der Unterstützung und der Wohltätigkeit. Die Bedingungen für den Abzug werden durch einen Erlass des Ministers für Wirtschaft und Finanzen festgelegt.

Jede dieser Zahlungen, die bis zu einem Betrag von **1.032,91 Euro** absetzbar ist, muss durch Banküberweisung oder Postüberweisung, Debit, Kredit-, Prepaidkarten, Scheck oder Bankanweisung erfolgen und kann durch Aufbewahrung der Belege der Bank- oder Postüberweisungen, bzw. im Fall von mit Kreditkarten, Debitkarten oder Prepaidkarten geleisteten Zahlungen des Kontoauszugs der Gesellschaft, die die Karte verwaltet, belegt werden. Es ist weiter nötig, dass aus den Rechnungen, welche die Einzahlung belegen, die Freiwilligkeit der Einzahlung erkennbar ist. Die freiwillige Spenden für die Evangelische Waldensische Kirche, für die Union der Methodisten und Waldenser Kirchen, können auch durch den Nachweis oder die Bescheinigung belegt werden, welche von der Waldenserbehörde auf dazu geeignete, von derselben vorbereitete und nummerierte Formulare ausgestellt wird, die die laufende Nummer des Nachweises oder der Bescheinigung, den Nachname, den Name und die Wohnsitzgemeinde des Schenkers, den Betrag der freiwilligen Spenden und den bezüglichen Verwendungszweck enthalten müssen. Dieselben Bestimmungen, die für die freiwilligen Spenden zu Gunsten der Waldenser Behörde angegeben wurden, gelten auch für freiwillige Spenden zu Gunsten von der Zentralen Einrichtung für den Unterhalt der Geistlichen der katholischen Kirche Italiens, der Gemeinschaft der 7.Tags-Adventisten, für den Unterhalt der Geistlichen und für kirchliche Belange, für die Seelsorge und die Kirchenverwaltung, der Christliche-Evangelischen Union der Baptisten in Italien, der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Italien, der Union der italienische jüdischen Gemeinschaften.

Für weitere Informationen über die Modalitäten der Einzahlung der freiwilligen Spenden wird es darauf hingewiesen, was in dem Rundschreiben Nr. 7/E vom 24. April 2018 der Agentur der Einnahmen und in dem Beschluss Nr. 72 vom 19. Juni 2017 präzisiert wird.

Zeile RP25 Arztkosten und Kosten für spezifische Pflege für die Behinderten

Den Betrag der von den Behinderten getragenen allgemeinen Arztkosten und der spezifischen Pflegekosten angeben. Um genau festzustellen, welche Personen als Behinderte gelten, kann es nützlich sein, im Anhang unter „Ausgaben für die Gesundheit für Behinderte“ nachzulesen. Die von den Behinderten getragenen Kosten für die spezifische Pflege gelten für folgende Leistungen:

- der Kranken- und Rehabilitationsbetreuung;
- des Personals, welches im Besitz der beruflichen Befähigung für die Krankenbetreuung oder für den technischen Beistand ist und das sich ausschließlich der direkten Betreuung der Person widmet;
- des Personals für die Koordinierung der Betreuungstätigkeiten;
- des Personals mit der beruflichen Befähigung als Erzieher;
- des Personals, welches im Besitz der Befähigung für Animationstätigkeiten und/oder für die Beschäftigungstherapie ist.

Die von den oben aufgeführten Fachberufen erbrachten Gesundheitsleistungen an der Person sind auch ohne spezifische ärztliche Verschreibung absetzbar, sofern aus dem Ausgabenbeleg der Fachberuf und die von der gesundheitlichen Fachkraft erbrachte Leistung hervorgeht (Rundschreiben der Agentur der Einnahmen Nr. 19/E vom 1. Juni 2012).

Die behinderten Personen können den Abzug auch dann in Anspruch nehmen, wenn sie Begleitungsgeld erhalten.

Die in dieser Zeile angegebenen Ausgaben sind abzugsfähig auch wenn sie für die folgenden Familienmitglieder getragen wurden, auch wenn diese steuerlich nicht mitversichert sind:

- | | |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> ■ Ehegatte; ■ Kinder und Adoptivkinder ; ■ Kindeskind; ■ Eltern (auch Adoptiveltern); | <ul style="list-style-type: none"> ■ Schwiegersöhne und Schwiebertöchter; ■ Schwiegerväter und Schwiegermütter; ■ Geschwister (auch Halbgeschwister); ■ Großväter und Großmütter. |
|--|---|



Siehe im Anhang „abzugsfähige Sanitärkosten aufzubewahrende Unterlagen“.



Bei Einweisung eines Behinderten in ein Pflegeheim ist es nicht möglich, das gesamte Tagesgeld abzuziehen, sondern nur den Teil, der die Arzt- und spezifischen Krankenpflegekosten betrifft. Für diesen Zweck ist es erforderlich, dass die Ausgaben getrennt in den Unterlagen aufscheinen, die vom Pflegeheim ausgestellt werden.

Zu berücksichtigen ist weiteres, dass die nachstehend angeführten Ausgaben nicht in dieser Zeile anzuführen sind, da für diese ein Absetzbetrag zusteht, der im Abschnitt I in den Zeilen von RP1 bis RP4 anzugeben ist:

- Chirurgische Ausgaben;
- Ausgaben für Fachleistungen;
- Ausgaben für Zahnprothesen und sonstige Prothesen;
- Ausgaben in Bezug auf Geh-, Fortbewegungs- und Hebemittel für Behinderte;
- Ausgaben für Fahrzeuge für behinderte Personen;
- Ausgaben für technische und elektronische Hilfsmittel zur Erleichterung der Selbständigkeit und Integration der behinderten Personen.

Mit Bezug auf die Gesundheitskosten bezüglich des Erwerbs von Medikamenten wird präzisiert, dass der Abzug zusteht, wenn die Ausgabe durch Rechnung oder Kassenzettel (s.g. „sprechender Kassenzettel“) belegt wird, in dem die Art und die Menge der erworbenen Produkte, der alphanumerische, auf der Packung des Medikaments angebrachte Code (Erkennungscode der Arzneimittelqualität) und die Steuernummer des Empfängers spezifiziert sein müssen.

Zeile RP26 Sonstige abzugsfähige Aufwendungen

Alle absetzbaren Belastungen und Kosten angeben, die von denen in den voran gegangenen Zeilen angegebenen abweichen und durch die entsprechenden Codes gekennzeichnet sind. In **Spalte 1** ist der Code anzuführen und in **Spalte 2** der entsprechende Betrag.

Wenn Sie verschiedene absetzbare durch verschiedene Codes gekennzeichnete Belastungstypologien angeben müssen, muss für jeden Code eine Zusatzübersicht abgefasst werden, wobei daran gedacht werden muss, dass das Kästchen „Vordr. Nr.“ oben rechts auf dem Vordruck nummeriert werden muss. Insbesondere sind mit dem folgenden Code anzugeben:

“6” die Beiträge, die an Zusatzfonds des nationalen Gesundheitsdienstes entrichtet wurden und einen Gesamtbetrag von **3.615,20 Euro** nicht überschreiten.

Mit diesem Code können ausschließlich die Beiträge an **Zusatzfonds zum nationalen Gesundheitswesen** angegeben werden (Art. 10, Abs. 1, Buchstabe *e-ter des TUIR*). Für diese Beiträge steht der Abzug **auch** zu, wenn die Ausgabe **für steuerlich zu Lasten lebende Personen** getragen wurde (s. Absatz „Zu Lasten lebende Familienangehörige“ des Kapitels „Leitfaden zur Abfassung der Erklärung“), für den Teil, der von diesen letzteren nicht abgezogen wurde. Zur Prüfung des Höchstbetrages von **3615,20 Euro** trägt auch der unter Punkt 441 der einheitlichen Bescheinigung 2023 mit dem Code ‚13‘ angegebene Betrag bei, der bereits vom Arbeitgeber abgezogen wurde und daher nicht in dieser Zeile angegeben wird. Der im Punkt 441 der Einheitlichen Bescheinigung angegebene Betrag trägt in **gesamter Höhe** zur Überprüfung der Obergrenze von **3.615,20 Euro** bei, auch wenn sich ein Teil davon auf Beiträge für Gesundheitsversorgung bezieht, die an Einrichtungen oder Kassen ausschließlich für Fürsorgezwecke in Übereinstimmung mit den Bestimmungen in Verträgen, Vereinbarungen oder in Betriebsregelungen gezahlt wurden, auch zugunsten von nicht zu Lasten des Arbeitnehmers lebenden Familienangehörigen.

Zahlungsweise der von den Codes 7, 8 und 9 identifizierten Zahlungen

Diese Spenden müssen bei den Postämtern oder Banken bzw. mit Vorauszahlungsscheinen, mit Kreditkarten, mit Bank- und Zirkularschecks durchgeführt werden. Für die freiwilligen Zuwendungen, die mit Kreditkarten bezahlt wurden genügt es, den Kontoauszug der Verwaltungsgesellschaft der Kreditkarten aufzubewahren und diese auf Verlangen der Finanzverwaltung vorzuweisen.

“7” die Beiträge, Schenkungen und Spenden an Nichtregierungs-Organisationen (ONG), die als geeignet anerkannt sind und im Bereich der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern tätig sind.

Es können höchstens 2 Prozent des Gesamteinkommens in Abzug gebracht werden (das in diesem Fall auch den der definitiven Ertragsteuer und der Ersatzsteuer in Anwendung der Pauschalregelung gemäß dem Gesetz Nr. 190 von 2014 in seiner geänderten Fassung. unerzogenen Mietertrag umfasst). Um in Erfahrung zu bringen welche ONG als geeignet betrachtet wird, kann die entsprechende Liste auf der Internetseite www.esteri.it abgerufen werden.



Steuerzahler, die den fraglichen Abzug in Anspruch nehmen, können weder für dieselbe noch für ähnliche Geldzuweisungen, auch an verschiedene Begünstigte, sofern diese unter die Bestimmungen in Art. 10 Absatz 1. Buchstabe g) des TUIR fallen, weder die Steuererleichterungen gemäß Code 61, 71 und 76, die in den Zeilen RP8 bis RP13 anzugeben sind, noch die in Zeile RP36 vorgesehenen, in Anspruch nehmen.

“8” die freiwilligen Geldzuweisungen bzw. die Zuweisungen in Naturalien zu Gunsten einiger anerkannten Stiftungen und Vereinigungen. Besagte Schenkungen können im Umfang von 10 Prozent des Gesamteinkommens (das in diesem Fall auch den der definitiven Ertragsteuer und der Ersatzsteuer in Anwendung der Pauschalregelung gemäß dem Gesetz Nr. 190 von 2014 in seiner geänderten Fassung, unerzogenen Mietertrag umfasst) und jedenfalls in maximaler Höhe von 70.000 Euro abgesetzt werden, wenn sie zugunsten von Folgendem gezahlt werden:

- der Stiftungen und anerkannten Vereinigungen, die den Schutz, die Förderung und die Aufwertung der Güter von künstlerischem, geschichtlichem und landschaftlichem Interesse (gemäß GVo Nr. 42 vom 22. Januar 2004) zum Gegenstand haben.
- anerkannten Stiftungen und Vereinigungen, die satzungsgemäß die Ausübung oder die Förderung der wissenschaftlichen Forschungstätigkeiten zum Ziel haben, so wie ermittelt im Dekret des Präsidenten des Ministerrats vom 29. Juli 2019 (veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 209 vom 6. September 2019).



Bitte beachten Sie, dass die Subjekte, die den fraglichen Abzug in Anspruch nehmen, weder für dieselbe noch für ähnliche Geldzuweisungen, selbst wenn diese an verschiedene Begünstigte gerichtet sind, immer vorausgesetzt sie gehören zu den in Artikel 14 der Gesetzesverordnung Nr. 35 von 2005 vorgesehenen, zusätzliche in anderen gesetzlichen Bestimmungen enthaltene Steuervergünstigungen als Abzugs oder Absetzung von Steuern in Anspruch nehmen können.

“9” die freiwilligen Geldzuweisungen zu Gunsten universitärer Einrichtungen für die allgemeine Forschung und der überwachten Einrichtungen wie auch der regionalen und nationalen Einrichtungen für Naturparks

Die genannten Zuweisungen können abgezogen werden und zwar zu Gunsten von:

- Universitäten, universitären Stiftungen (gemäß Artikel 59, Absatz 3 des Gesetzes Nr. 388 vom 23. Dezember 2000);
- öffentlichen, universitären Einrichtungen;
- Anstalten für die allgemeine Forschung bzw. für Forschungsanstalten, die vom Ministerium für die Ausbildung überwacht werden, für Universitäten und für die Forschung, mit eingeschlossen Fachhochschulen für Gesundheitsberufe und Anstalten für Arbeitsschutz und –sicherheit;
- Naturparks;
- Regionalen und nationalen Naturparks.



Subjekte, die den fraglichen Abzug in Anspruch nehmen, weder für dieselbe noch für ähnliche Geldzuweisungen, selbst wenn diese an verschiedene Subjekte gezahlt werden, immer vorausgesetzt sie gehören zu denen, auf die Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe l-quater) des TUIR anzuwenden ist, zusätzliche in anderen gesetzlichen Bestimmungen enthaltene Steuervergünstigungen als Abzugs oder Absetzung von Steuern in Anspruch nehmen können.

“12” für freiwillige Zuwendungen, Schenkungen und andere unentgeltliche Übertragungen zugunsten von Trusts oder Spezialfonds.

Diese Zuwendungen können bis zur Höhe von 20 % des erklärten Gesamteinkommens und in jeden Fall bis maximal 100.000 Euro jährlich abgezogen werden, wenn sie zugunsten von folgenden Einrichtungen gezahlt wurden:

- Trusts;
- Spezialfonds, die aus Gütern mit festgelegtem Bestimmungszweck bestehen und durch einen Vertrag einer Treuhandübertragung auch zugunsten von als Rechtspersonen anerkannten ONLUS-Vereinigungen geregelt sind, die im Wohltätigkeitsbereich arbeiten. Als Wohltätigkeit wird auch die Gewährung von unentgeltlichen Auszahlungen unter Verwendung von Summen aus Vermögensverwaltung oder eigenen Spendensammlungen an Einrichtungen ohne Gewinnabsichten betrachtet, die vorwiegend in den Bereichen Sozialhilfe und Gesundheitswesen, Gesundheitsbeistand, Wohltätigkeit, Bildung, Schulung und Amateursport und zur direkten Verwirklichung von sozial nützlichen Projekten arbeiten.

“13” für Beiträge, die direkt von Arbeitnehmern im Ruhestand gezahlt wurden, auch für nicht zu Lasten lebende Familienangehörige, an Gesundheitsfürsorgekassen, deren ausschließlicher Zweck die Fürsorge ist (Art. 51, Abs. 2, Buchst. a des Tuir), die die Möglichkeit für ehemalige Arbeitnehmer vorsehen, die in diese Kassen eingezahlt haben, auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses weiterhin den eigenen vorgesehenen Beitrag ohne Kosten zulasten des Arbeitnehmers einzuzahlen. Diese Zahlungen dürfen einen Gesamtbetrag von 3615,20 Euro nicht übersteigen. Zur Prüfung des Höchstbetrages von 3615,20 Euro trägt auch mit dem Code ‚6‘ angegebene Betrag bei;

“21” die anderen abzugsfähigen Aufwendungen, die sich von denen unterscheiden, die mit den vorstehenden Codes gekennzeichnet wurden

Sie fallen unter die mit diesem Code anzugebenden abziehbaren Belastungen, wenn sie bei der Festsetzung der einzelnen Einkommen, die zur Bildung des Gesamteinkommens beitragen, nicht abgezogen werden:

- Die vom Erklärenden kraft Testament oder Aufлагeschenkung gezahlten regelmäßigen Zuwendungen (Renditen, Lebensrenten, usw.) und die im Umfang, in dem sie aus Maßnahmen der Gerichtsbehörde resultieren, an im Art. 433 des Bürgerlichen Gesetzbuches angegebene Familienangehörige gezahlten Unterhaltszuwendungen;
- die Mieten, Erbzinsen, Steuern und andere auf den Einkommen der Immobilien lastenden Belastungen, die zur Bildung des Gesamteinkommens beitragen, einschließlich der rechtsverbindlichen Beiträge an die Genossenschaften oder je nach Maßnahmen der öffentlichen Verwaltung, mit Ausnahme der vereinheitlichten Agrarbeiträge. Abzugsfähig sind auch die Pflichtbeiträge in Bezug auf unvermietete Immobilien, deren Einkünfte nicht zur Bildung des Gesamteinkommens beitragen, da die IRPEF durch die IMU ersetzt wird, sofern der Pflichtbeitrag nicht bereits bei der Festlegung des Katasterertrags berücksichtigt wurde. Der Abzug der an die Konsortien zu zahlenden Pflichtbeiträge ist dagegen nicht zulässig in Bezug auf vermietete Immobilien zu Wohnzwecken, für die die definitive Ertragsteuer gewählt wurde (vgl. Beschluss Nr. 44/E vom 4. Juli 2013);
- die Entschädigungen für Betriebsausfall, die dem Leiter bei Auflösung der Vermietung von Stadtimmobilen, die für andere als Wohnungszwecke vorgesehen sind, auf Grund von Gesetzesbestimmungen gezahlt werden;
- 50 Prozent der für die Jahre vor 1974 fälligen und amtlich eingetragenen Einkommenssteuern (die Ergänzungssteuer ausgenommen), deren Beitreibung im Jahre 2016 (Art. 20, Absatz 2 des Präsidialerlasses Nr. 42 von 1988) begonnen wurde;
- die Summen, die nicht zur Bildung der Einkommen aus nicht selbstständiger und gleichgestellter Arbeit hätten beitragen dürfen und die hingegen der Besteuerung unterworfen wurden;

- die freien Spenden für Abgaben, die jene Personen stützen, die den Beistand auf Staatskosten genießen;
- die den Beschäftigten gezahlten Summen, die dazu ernannt sind, die Aufgaben bei den Wahlbüros unter Befolgung des Gesetzes zu erfüllen;
- 50 Prozent der von Adoptivvätern für die Durchführung der Adoptionsverfahren von ausländischen Minderjährigen getragenen Ausgaben. Im Anhang den Posten "Adoption von ausländischen Minderjährigen" einsehen.

Beiträge für zusätzliche und persönliche Rentenformen und PEPP-Unterkonten

Das Kästchen „Steuerlich unterhaltsberechtigtes Subjekt“ müssen Steuerpflichtige mit einem Gesamteinkommen von höchstens 2.840,51 Euro vor Abzug der absetzbaren Belastungen mit Code "1" und Kindern, die nicht älter als 24 Jahre sind und mit einem Gesamteinkommen von höchstens 4.000 Euro vor Abzug der absetzbaren Belastungen (siehe Kapitel "Steuerlich unterhaltsberechtigter Familienangehöriger") mit Code "2" ausfüllen.

In den **Zeilen RP27 bis RP30** die an die Zusatzrentenformen sowohl bezüglich von Umwandlungsfonds als auch bezüglich von individuellen Fonds und Unterkonten von paneuropäischen individuellen Rentenprodukten (PEPPs) gezahlten Beiträge.



Der Steuerpflichtige ist nicht zur Abfassung der Zeilen RP27 bis RP30 gehalten, wenn er über keine Beiträge für die Ergänzungsfürsorge verfügt, die er in der Erklärung geltend machen kann. Dazu kann es kommen, wenn - ohne weitere Zahlungen von nicht abgesetzten Beiträgen oder Prämien in Bezug auf andere Formen der Zusatzvorsorge - unter Punkt 413 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 kein Betrag angegeben ist.

Infolge des vom Gesetzes vertretenden Dekrets Nr. 252 vom 05.12.2005 eingeführten Änderungen sind die an zusätzliche Rentenformen, einschließlich der in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union eingerichteten und den dem Abkommen über den europäischen Wirtschaftsraum beigetretenen Staaten, gezahlten Beiträge und Beiträge, die auf italienische Unterkonten paneuropäischer individueller Rentenprodukte (PEPPs), einschließlich ausländischer, gezahlt werden, vom Gesamteinkommen für einen Gesamthöchstbetrag von 5.164,57 Euro absetzbar.

Die genannte Grenze der Abzugsfähigkeit wird für Subjekte, die in Rentenformen eingetragen sind, für welche die finanzielle Unausgeglichenheit festgestellt und der Plan für die Wiederherstellung der Ausgeglichenheit vom Ministerium für Arbeit und Sozialvorsorge genehmigt wurde, nicht angewandt. Diese Subjekte können die Beiträge, die im Laufe des Steuerjahres bezahlt wurden, ohne Begrenzung abziehen.



Für den Fall, dass der Steuerpflichtige in mehreren Typologien der Rentenfonds eingetragen ist und somit mehrere Zeilen von RP27 bis RP30 abgefasst wurden, für die Auffindung der Absetzbarkeitsgrenze und des in der Spalte 2 anzugebenden Werts siehe nachstehend im Absatz „Eintragung in mehrere Rentenfondstypologien“ angegebene Anleitung. Bei einer verrechneten Einheitlichen Bescheinigung 2023 ist dieser Umstand durch die Angabe von Code 1 in Punkt 441 der einheitlichen Bescheinigung ausgewiesen.

Für die an geschlossene Rentenfonds sowie an individuelle Rentenformen ohne die Vermittlung des Steuersubstituts gezahlten Beiträge muss der Betrag der Zahlungen, für die die Absetzung verlangt wird, angegeben werden.

Zeile RP27 Beiträge mit ordentlicher Absetzbarkeit

Die Beiträge und Prämien angeben, für die der Absetzungshöchstbetrag der ordentliche Betrag von **5.164,57 Euro** ist (in den oben genannten Höchstbetrag müssen die Zahlungen des Steuerpflichtigen und des Arbeitgebers eingehen). Insbesondere geben Sie die an die ergänzenden Rentenformen bezüglich sowohl der geschlossenen Rentenfonds als auch der individuellen Rentenformen gezahlten Beträge und die auf PEPP-Unterkonten gezahlte Beträge an. Für Beiträge, die über den Steuersubstitut in kollektivvertragliche Fonds und auf PEPP-Unterkonten eingezahlt wurden, müssen Sie die unter den Punkten 412 und 413 der einheitlichen Bescheinigung angegebenen Daten verwenden, wenn unter Punkt 411 der einheitlichen Bescheinigung Code „1“ angeführt ist. Die Angestellten der öffentlichen Verwaltungen fassen diese Zeile nur für die Angabe der Beiträge an Rentenfonds ab, für welche die Qualifikation der öffentlichen Angestellten nicht von Bedeutung ist (für die Angabe der Beiträge an Rentenfonds, die für sie vorgesehen sind, ist die Zeile RP30 unter Befolgung der Anleitungen abzufassen).

Ab dem Steuerjahr 2018 füllen auch die öffentlichen Bediensteten diese Zeile aus, um all die an Rentenfonds einschließlich der Ihnen reservierten Verhandlungsfonds bezahlten Beiträge und der auf PEPP-Unterkonten gezahlten Beträge anzugeben.

Spalte 1: In dieser Spalte ist der Betrag der Beiträge anzugeben, den der Steuersubstitut vom steuerpflichtigen Betrag gemäß Punkt 412 der einheitlichen Bescheinigung abgesetzt hat.

Sollten Beiträge für zu Lasten lebende Familienangehörige gezahlt worden sein (Punkt 421 der abgefassten einheitlichen Bescheinigung) ist in dieser Spalte die Summe in Punkt 412 der einheitlichen Bescheinigung, gekürzt um den ausgewiesenen Betrag unter Punkt 422 der einheitlichen Bescheinigung, anzugeben, der sich auf die Zusatzvorsorge für zu Lasten lebende Familienangehörige bezieht und vom Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit abgezogen wurde.

Spalte 2: Wenn eine einzige der Zeilen von RP27 bis RP30 abgefasst wurde, den niedrigeren Betrag zwischen den Ergebnissen der folgenden Berechnungen angeben:

1) den Gesamtbetrag der Zusatzfürsorgeaufwendungen berechnen, für die die Absetzung in der Erklärung beantragt wird:

Punkt 413 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 + eingezahlte Summen in individuelle Rentenfonds

2) Berechnung des Differenzbetrages für die Überprüfung der ordentlichen Abzugsgrenze:

5.164,57 – Betrag aus Spalte 1

Zeile RP28 die vom Arbeitnehmer in Erstbeschäftigung gezahlten Beiträge

Die Arbeitnehmer in Erstbeschäftigung nach dem 01. Januar 2007 bzw. die Personen, die an dem Tag nicht Inhaber von einer offenen Beitragssposition bei irgendeiner Körperschaft für Pflichtvorsorge sind, können die innerhalb der Grenze von 5.164,57 Euro gezahlten Beiträge absetzen. Haben sie jedoch in den ersten fünf Jahren der Beteiligung den Zusatzrentenformen oder nach der Eröffnung italienischer PEPP-Unterkonten Beiträge mit einem Betrag unter dem genannten Höchstbetrag bezahlt, können sie ab dem sechsten Jahr der Beteiligung an den Rentenformen oder nach der Eröffnung italienischer PEPP-Unterkonten höhere Beträge abziehen und in den folgenden zwanzig Jahren im Ausmaß von 5.164,57 Euro, erhöht um den Betrag gleich dem positiven Differenzbetrag zwischen 25.822,85 Euro und den tatsächlich in den ersten fünf Jahren entrichteten Beiträgen, in jedem Fall erhöht um einen Betrag von maximal 2.582,29 Euro

Die Abzüge für die Beiträge zu den Zusatzrentenformen und die Beiträge zu den italienischen PEPP-Unterkonten werden bei der Berechnung der oben genannten Grenzen berücksichtigt.

Ab dem Jahr 2012 haben die seit 2007 bei obligatorischen Pensionskassen versicherten Arbeitnehmer die Möglichkeit, erstmals diesen Zuschuss in Anspruch zu nehmen.

Wenn unter Punkt 411 der einheitlichen Bescheinigung Code 3 angegeben ist, sind die in dieser Zeile anzugebenden Daten jene, die in die Punkte 412, 413 und 417 der einheitlichen Bescheinigung übertragen wurde. Im Einzelnen:

- **Spalte 1:** In diese Spalte ist der Betrag in Bezug auf die Beiträge zu übertragen, den der Arbeitgeber vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen hat, der aus der Summe der angegebenen Beträge unter den Punkten 412 und 417 der einheitlichen Bescheinigung hervorgeht.
- **Spalte 2:** Wenn nur eine der Zeilen von RP27 bis RP30 ausgefüllt wurde, ist der kleinste Betrag unter den Beiträgen gemäß Punkt 413 der einheitlichen Bescheinigung anzugeben, den der Substitut nicht vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen hat. Zudem ist das Ergebnis der folgenden Berechnung anzugeben:

5.164,57 – Betrag aus Spalte 1 Zeile RP28

Wenn der Steuerpflichtige die oben beschriebenen Bedingungen erfüllt, um die höhere Abzugsgrenze in Anspruch nehmen zu können, ist die Grenze von Euro 5.164,57 bis zu einem Höchstbetrag von Euro 2.582 wenn das Kästchen „Steuerlich unterhaltsberechtigtes Subjekt“ mit Code '1' ausgefüllt wurde und vom maximal 4.000 Euro, wenn das Kästchen „Steuerlich unterhaltsberechtigtes Subjekt“ mit Code '2' ausgefüllt wurde um den folgenden Betrag zu erhöhen:

Euro 25.822,85 – in den ersten 5 Jahren eingezahlte Beiträge

Zeile RP29 An Fonds in finanzieller Unausgeglichenheit gezahlte Beiträge

Hier sind die Beträge anzuführen, die an Fonds mit finanziellem Missverhältnis eingezahlt wurden, für welche keine Abzugsgrenze vorgesehen ist. Die in diese Zeile zu übertragenden Daten sind jene, die unter den Punkten 412 und 413 der Einheitlichen Bescheinigung angegeben sind, wenn unter Punkt 411 der einheitlichen Bescheinigung Code „2“ angeführt ist.

- **Spalte 1:** Hier ist der Betrag in Bezug auf die Beiträge gemäß Punkt 142 der einheitlichen Bescheinigung zu übertragen, den der Steuersubstitut vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen hat.
- **Spalte 2:** Hier ist der Betrag der Beiträge anzugeben, die in Fonds in finanzieller Unausgeglichenheit eingezahlt wurden, für den in dieser Erklärung der Abzug beantragt wird. In dieser Spalte ist der Betrag in Bezug auf die Beiträge gemäß Punkt 413 der einheitlichen Bescheinigung anzugeben, den der Steuersubstitut nicht vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen hat.

Zeile RP30 Für unterhaltsberechtigten Familienangehörigen gezahlte Beiträge

Hier ist jener Teil der Beträge für steuerlich zu Lasten lebende Familienangehörige anzuführen, die eingezahlt wurden und von diesen nicht in Abzug gebracht werden konnten. Die Absetzbarkeitsgrenze beträgt **5.164,57 Euro**. Es wird daran erinnert, dass jene Personen als zu Lasten lebend betrachtet werden können, welche ein Gesamteinkommen von nicht mehr als 2.840,51 Euro erzielt haben. Kinder, die nicht älter als 24 Jahre sind und 2022 ein Gesamteinkommen von 4.000 Euro oder weniger hatten, gelten als steuerlich unterhaltsberechtigter. Falls die Beiträge für zu Lasten lebende Familienangehörige durch den Arbeitgeber eingezahlt wurden und demnach Punkt 151 der einheitlichen Bescheinigung ausgefüllt ist, ist Folgendes anzugeben:

- In **Spalte 1** ist der Betrag der Beiträge anzugeben, den der Steuersubstitut vom steuerpflichtigen Betrag abgesetzt hat. Dieser Betrag kann Punkt 422 der einheitlichen Bescheinigung entnommen werden.
- in **Spalte 2:** Wenn nur eine der Zeilen von RP27 bis RP30 ausgefüllt wurde, ist der kleinste Betrag unter den Beiträgen anzugeben, den der Substitut nicht vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen hat, der Punkt 423 der einheitlichen Bescheinigung entnommen werden kann. Zudem ist das Ergebnis der folgenden Berechnung anzugeben:

5.164,57 – Betrag aus Spalte 1

Einschreibung in mehrere Arten von Rentenfonds: Abfassung von zwei oder mehreren der Zeilen von RP27 bis RP30

Abzugsfähigkeit Zeile RP29

Wenn Sie die Zeile RP29 abgefasst haben, ist der in Spalte 2 dieser Zeile angegebene Betrag der eingezahlten Beiträge vollständig abzugsfähig; dieser Betrag ist jedoch von Bedeutung, um den zustehenden Abzug dann festzulegen, wenn Sie auch andere Zeilen in Bezug auf die Aufwendungen für die Zusatzvorsorge abgefasst haben.

Abzugsfähigkeit Zeile RP28

Abzugsgrenze = Verrechnungsfähigkeit Zeile RP28 - 2.582 582 (wenn das Feld "Steuerlich unterhaltsberechtigtes Subjekt" mit Code '1' ausgefüllt ist und 4.000, wenn das Feld "Steuerlich unterhaltsberechtigtes Subjekt" mit Code '2' ausgefüllt ist) - RP28 Sp. 2;

Auf Null zurückführen, wenn das Ergebnis negativ ist.

Wenn der in Spalte 2 der Zeile RP28 angegebene Betrag niedriger oder gleich der Verrechnungsfähigkeit RP28 ist, muss der Betrag als vollständig abzugsfähig berücksichtigt werden.

Wenn der in Spalte 2 der Zeile RP28 angegebene Betrag hingegen höher ist als die Verrechnungsfähigkeit RP28, ist der Betrag in die Grenzen der Verrechnungsfähigkeit RP28 zurückzuführen.

Verrechnungsfähigkeit Zeilen RP27, RP30

Abzugsgrenze = Verrechnungsfähigkeit Zeile RP28 - 2.582 - RP28 Sp. 2;

Auf Null zurückführen, wenn das Ergebnis negativ ist.

Beantragter Abzug = RP27 Sp. 2 + RP30 Sp. 2

Wenn der Betrag des beantragten Abzugs niedriger oder gleich der Abzugsgrenze ist, ist die Summe der Beträge laut Spalte 2 der Zeilen RP27, RP30 vollständig abzugsfähig;

Wenn hingegen der Betrag des beantragten Abzugs höher ist als die Abzugsgrenze, ist der Betrag des beantragten Abzugs in diese Grenze zurückzuführen. Hierzu muss der Betrag der einzelnen Abzüge soweit reduziert werden, bis ihre Summe nicht mehr über der genannten Abzugsgrenze liegt.

Zeile RP32 - Aufwendungen für den Kauf oder den Bau von Wohnungen, die zur Miete überlassen werden

Für den Kauf oder den Bau von zur Vermietung bestimmten Wohnungsimmobiliengüter wird dem Eigentümer ein Steuerabzug vom Gesamteinkommen im Verhältnis zum Besitzanteil zugestanden.

Diese Steuervergünstigung betrifft:

- den Kauf vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2017 von neu gebauten Immobilieneinheiten zu Wohnzwecken, die bis zum 12. November 2014 unverkauft geblieben sind;

- den Kauf vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2017 von Immobilieneinheiten zu Wohnzwecken, die Maßnahmen zum Umbau, zur Restaurierung oder Sanierung zwecks Erhalt unterzogen;
- den bis zum 31. Dezember 2017 abzuschließenden Bau von Immobilieneinheiten zu Wohnzwecken auf bebaubaren Grundstücken, die schon vor Baubeginn im Besitz des Steuerpflichtigen waren, oder für die schon Bebauungsrechte gewährt wurden, und für die vor dem 12. November 2014 die Baugenehmigung unter jeglicher Bezeichnung erteilt wurde.

Um die Steuervergünstigung in Anspruch nehmen zu können, muss die Immobilie innerhalb von sechs Monaten ab dem Kauf für mindestens acht Jahre vermietet werden. Sollte der Kauf vor dem 3. Dezember 2015 erfolgt sein, gilt der Zeitraum von sechs Monaten ab diesem Datum. Im Fall eines Baus von Immobilieneinheiten gilt der Zeitraum von sechs Monaten ab der Ausstellung der Bewohnbarkeitsbescheinigung oder dem Datum der stillschweigenden Zustimmung zur Ausstellung dieser Bescheinigung. Der Steuerabzug beträgt 20% des aus der Verkaufsurkunde hervorgehenden Kaufpreises der Immobilie sowie der Passivzinsen aus Darlehensverträgen für den Kauf derselben Immobilieneinheiten, bzw. im Fall des Baus der getragenen Kosten für erbrachte Dienstleistungen im Zusammenhang mit Unternehmerverträgen, die von den Unternehmen, die die Arbeiten ausführen, bescheinigt werden. Der maximale Höchstbetrag der Ausgaben beläuft sich auch im Fall des Kaufs oder Baus mehrerer Immobilien auf 300.000 Euro. Der absetzbare Betrag wird in acht jährliche, gleich hohe Raten aufgeteilt, und zwar ab dem Jahr, in dem der Mietvertrag abgeschlossen wurde. Der absetzbare Betrag kann nicht gemeinsam mit anderen Steuervergünstigungen, die für dieselben Ausgaben in anderen gesetzlichen Bestimmungen vorgesehen sind, in Anspruch genommen werden.

Für weitere Informationen über die notwendigen Voraussetzungen in Bezug auf die Anerkennung des Steuerabzugs siehe Anhang unter „Kauf oder Bau von neuen oder umgebauten Wohnungen zu Mietzwecken“.

Wenn der Steuerabzug für den Kauf oder den Bau mehrerer Immobilien zusteht, muss eine Zeile für jede Immobilie ausgefüllt werden, wobei weitere Vordrucke zu nutzen sind.

Spalte 1 (Datum des Mietvertrags): Es ist das Datum des Mietvertrags für die gekaufte oder gebaute Immobilie anzugeben.

Spalte 2 (Ausgaben für den Kauf/Bau): Innerhalb des Höchstbetrags von 300.000 Euro (einschließlich MwSt.) sind die getragenen Kosten für den Kauf oder den Bau der vermieteten Immobilie anzugeben.

Spalte 3 (Passivzinsen auf Darlehen): In dieser Spalte ist der Betrag für im Jahr gezahlten Passivzinsen aus Darlehensverträgen für den Kauf der Immobilie anzugeben, die Gegenstand der Vergünstigung ist.

Spalte 4 (Absetzbarer Gesamtbetrag): Das Ergebnis folgender Berechnung übertragen: $(20\% \text{ des Betrags aus Spalte 2}) / 8 + (20\% \text{ es Betrags aus Spalte 3})$. Wenn mehrere Vordrucke abgefasst wurden, um die getragenen Ausgaben für mehrere Immobilien auszuweisen, muss die vorliegende Spalte 4 nur einmal auf dem ersten der verwendeten Vordrucke ausgefüllt werden, wobei die oben beschriebene Berechnung auf alle Spalten 2 und 3 der diversen abgefassten Vordrucke bezogen wird.

Zeile RP33 Summen, die dem auszahlende Subjekt in anderen Steuerzeiträumen zurückgezahlt wurden, als denen, in denen sie der Besteuerung unterlagen.

Seit dem Steuerjahr zum 31. Dezember 2013 kann der Betrag der an das auszahlende Subjekt in einem anderen Steuerzeitraum als dem, in dem sie der Besteuerung, auch einer getrennten Besteuerung, unterlagen, zurückerstatteten Summen für einen Steuerabzug aus dem Gesamteinkommens im Jahr der Zurückerstattung angerechnet werden, oder, wenn er zur Gänze oder zum Teil im Steuerzeitraum der Zurückerstattung nicht abgezogen wurde, in den nachfolgenden Steuerzeiträumen; alternativ dazu ist es möglich, die Zurückerstattung der entsprechenden Steuer zum nicht abgezogenen Betrag gemäß den Modalitäten, die vom Dekret des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen vom 5. April 2016 festgelegt wurden, zu beantragen. Dabei kann es sich neben Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit auch um Vergütungen für freiberufliche selbstständige Arbeit oder andere Einkommen (gelegentliche selbstständige Arbeit oder sonstiges) handeln.



Beträge, die abzüglich der bei der Zahlung einbehaltenen Steuer zurückerstattet werden, stellen keine abzugsfähigen Ausgaben dar. Eine Rückerstattung der Steuer, die dem nicht abgezogenen Anteil der zurückgezahlten Beträge abzüglich des ergangenen Einbehalts entspricht, zu fordern, ist nicht möglich.

Spalte 1 (im Lauf des Jahres zurückerstatteten Summen): den Betrag der im Jahr 2022 an das auszahlende Subjekt zurückgezahlten Summen angeben, oder, falls der Substitut mit der Durchführung des Abzugs betraut wurde, den Betrag der nicht abgezogenen Summen, die in Punkt 440 der Einheitlichen Bescheinigung 2022 angegeben sind. Nach Abzug der Einbehalte zurückgegebene Beträge sind nicht anzugeben.

Spalte 2 (Restbetrag der vorhergehenden Erklärung): den Betrag angeben, der im vorangegangenen Steuerzeitraum nicht abgezogen wurde, der in Zeile RN47, Spalte 36 des Vordrucks Einkommen 2022 oder in Zeile 149 der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2022 (Spalte 1 für den Erklärer, Spalte 2 für den Ehegatten) übertragen ist.

Spalte 3 (Gesamtbetrag): die Summe der in den Spalten 1 und 2 angegebenen Beträge.

Zeile RP34 Abzugsfähiger Anteil der Investition in Startup-Unternehmen

Die Rechtssubjekte, die für die Transparenzregelung laut Art. 116 des TUIR optiert haben, können im Verhältnis zu ihrer Beteiligung an den Gewinnen an die Gesellschafter den Teil der Einlage in Startup-Unternehmen übertragen, der das Gesamteinkommen übersteigt. Der Gesellschafter kann den ihm von der Gesellschaft übertragenen Betrag von seinem Einkommen abziehen, der in **Spalte 2** einzutragen ist, wobei die Steuernummer der beteiligten Gesellschaft in **Spalte 1** angegeben werden muss.



Wenn dem Teilhaber Anteile an Startupunternehmen durch mehrere beteiligte Gesellschaften übertragen wurden, müssen getrennte Vordrucke zur Angabe der Daten für eine jede Gesellschaft ausgefüllt werden, und die Spalten 3, 4 und 5 sind nur ein einziges Mal auf dem ersten der verwendeten Vordrucke auszufüllen.

Spalte 3 (Gesamtbetrag RPF 2023): die Summe der in den Spalten 2 aller ausgefüllten Vordrucke angegebenen Beträge angeben;

Spalte 4 (Restbetrag RPF 2022): den nicht genutzten Absetzbetrag für das Jahr 2021 angeben, der aus dem Vordruck REDDITI 2022 in Zeile RN47, Spalte 33 hervorgeht, und zwar abzüglich der eventuellen Überschüsse, die in Zeile RL32, Spalte 3 des Vordrucks REDDITI 2023 übertragen wurden.

Spalte 5 (Restbetrag RPF 2021): den nicht genutzten Absetzbetrag für das Jahr 2020 angeben, der aus dem Vordruck REDDITI 2022 in Zeile RN47, Spalte 32 hervorgeht.

Spalte 6 (Restbetrag UPF 2020): den nicht genutzten Absetzbetrag für das Jahr 2019 angeben, der aus dem Vordruck REDDITI 2022 in Zeile RN47, Spalte 31 hervorgeht.

Die Modalitäten zur Umsetzung dieser Steuervergünstigung wurden mit dem Ministerialdekret vom 7. Mai 2019 festgelegt.

Wenn der Abzug die Höhe des erklärten Gesamteinkommens übersteigt, kann der Überschuss zur Erhöhung des abzugsfähigen Betrags vom Gesamteinkommen der nachfolgenden Steuerjahre bis zum dritten Jahr verrechnet werden, bis der volle Betrag erreicht ist (Art. 4, Abs. 4 des M.D. vom 7. Mai 2019).

Zeile RP36 – Freiwillige Spenden als Geld- oder Sachleistungen zu Gunsten von nicht gewinnorientierten, gemeinnützigen Organisationen (ONLUS), Freiwilligenorganisationen und Vereinigungen mit sozialen Zielsetzungen und Einrichtungen des dritten Sektors (ETS)

Ab dem Steuerjahr 2018 können die freiwilligen Spenden als Geld- oder Sachleistung zu Gunsten von nicht gewinnorientierten, gemeinnützigen Organisationen (ONLUS), von Freiwilligenorganisationen und von Vereinigungen mit sozialen Zielsetzungen von dem Gesamtbruttoeinkommen des Schenkers begrenzt auf das 10% des erklärten Gesamtbruttoeinkommens abgesetzt werden.

Ab 2022 ist die gleiche Erleichterung auch für Geld- oder Sachspenden an Einrichtungen des Dritten Sektors (ETS) vorgesehen, die im Einheitlichen Register des Dritten Sektors (RUNTS) eingetragen sind. Die Abzüge können unter der Bedingung in Anspruch genommen werden, dass die erhaltenen Spenden von den ETS für die Ausübung ihrer satzungsgemäßen Tätigkeiten verwendet werden, die auf die Verfolgung von bürgerlichen, solidarischen und sozial nützlichen Zwecken ausgerichtet sind. Soll die Absetzung den Betrag des erklärten, nach allen Absetzungen resultierenden Gesamteinkommens übersteigen, kann der Überschuss zur Erhöhung des abzugsfähigen Betrags vom Gesamteinkommen der nachfolgenden Steuerjahre bis zum vierten Jahr verrechnet werden, bis der volle Betrag erreicht ist.

Mit der Verordnung des Ministers für Arbeit und Sozialpolitik vom 28. November 2019, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 24 vom 30. Januar 2020, wurden die Arten von Vermögenswerten, die bei der Ermittlung der Einkommenssteuer von der Steuer absetzbar oder als Abzug von der Steuerbemessungsgrundlage zulässig sind, bestimmt sowie die Kriterien und Methoden für die Bewertung der Vermögenswerte, die Gegenstand von freiwilligen Sachspenden sein können.

Die Mitglieder kann von dem eigenen Einkommen den Ihnen von der transparenten Gesellschaft übermittelten Betrag der Ausgaben im Sinne des Art. 83, Abs. 1, des Gv.D. Nr. 117 vom Jahr 2017 abziehen, wobei er in der **Spalte 1 (empfangener Abzug)** anzugeben ist.

Spalte 2 (eigener Abzug): den Betrag der freiwilligen Zuwendungen angeben, die begrenzt auf 10% des erklärten Gesamteinkommens im Jahr 2022 durchgeführt wurden.

Spalte 3 (Gesamtbetrag RPF 2023): die Summe des in der Spalte 1 angegebenen Betrags angeben, welcher dem niedrigsten Wert zwischen RP036002 und 10% von RN001001 entspricht.

Den in Anspruch zu nehmenden Abzug berechnen=gleich zu RP36 + der niedrigste Wert zwischen RP36 und 10% von RN1+RP36 Spalte 4 + RP36 Spalte 5 + RP36 Spalte 6 + RP36 Spalte 7

Spalte 4 (Restbetrag EFP 2021): Geben Sie den Betrag an, der in Zeile 153, Spalte 4 der Abrechnungsübersicht (Vodr. 730-3) des Vordrucks 730/2022 oder in Zeile RN47 Spalte 37 des Vordrucks REDDITI NP 2022 angeführt ist.

Spalte 5 (RPF 2021-Restbetrag): Geben Sie den Betrag an, der in Zeile 153, Spalte 3, der Abrechnungserklärung (Vordruck 730-3) des Vordrucks 730/2022 oder den Betrag, der in Zeile RN47, Spalte 37, des Formulars REDDITI PF 2022 angegeben ist.

Spalte 6 (RPF 2020-Restbetrag): Geben Sie den Betrag an, der in Zeile 153, Spalte 3, der Abrechnungserklärung (Vordruck 730-3) des Vordrucks 730/2022 oder den Betrag, der in Zeile RN47, Spalte 37, des Formulars REDDITI PF 2022 angegeben ist.

Spalte 7 (RPF 2019-Restbetrag): Geben Sie den Betrag an, der in Zeile 153, Spalte 1, der Abrechnungserklärung (Vordruck 730-3) des Vordrucks 730/2022 oder den Betrag, der in Zeile RN47, Spalte 47, des Formulars REDDITI PF 2022 angegeben ist.



Steuerzahler, die den fraglichen Abzug in Anspruch nehmen, können weder für dieselbe noch für ähnliche Geldzuweisungen, auch an verschiedene Begünstigte, sofern diese unter die Bestimmungen in Art. 83 Absatz 2 des Codex des Dritten Sektors fallen, weder die Steuererleichterungen gemäß Code 61, 71 und 76, die in den Zeilen RP8 bis RP13 anzugeben sind, noch die in Zeile RP26 cod.7 vorgesehenen in Anspruch nehmen.

Zeile RP39 Gesamtbetrag der abzugsfähigen Aufwendungen

Summe der angegebenen absetzbaren Beträge:

- in den Zeilen von RP21 bis RP22;
- in Spalte 1 der Zeile RP23;
- in den Zeilen von RP24 bis RP26;
- in den Spalten 2 der Zeilen von RP27 bis RP30;
- in Spalte 4 der Zeile RP32;
- in den Spalten 3 der Zeile RP33.
- in den Spalten 3, 4, 5 und 6 der Zeile RP34.
- in den Spalten 3, 4, 5, 6 und 7 der Zeile RP36.

Diese Summe muss in die Zeile RN3 übertragen werden.

ABSCHNITT III A - Ausgaben für Eingriffe zur Wiedergewinnung der Bausubstanz, für Erdbebenschutzmaßnahmen, einschließlich Ausgaben, für die der Superbonus, der Fassadenbonus oder der Grün-Bonus zusteht

In diesem Abschnitt sind die Ausgaben einzutragen, die im Jahr 2022 oder in den Vorjahren getragen wurden und sich auf Folgendes beziehen:

- Restaurierungsarbeiten von Immobilien;
- beim Kauf oder bei der Zuweisung von Immobilien, die zu sanierten Gebäuden gehören, wenn der Kauf oder die Zuweisung binnen bestimmter Daten erfolgte. Es ist auch möglich, die seit dem 1. Juli 2020 angefallenen Aufwendungen für die Installation von Systemen zur kontinuierlichen Bauwerksüberwachung im Rahmen des Erbebenschutzes anzuführen, sofern die Installation in Verbindung mit Eingriffen für Erbebenschutz erfolgt, für die eine 110-prozentige Absetzung in Anspruch genommen werden kann;
- Landschaftsgestaltung (Grün-Bonus);
- die Wiederherstellung oder Restaurierung der Fassade vorhandener Gebäude (Fassadenbonus);
- die Installation von netzgekoppelten Photovoltaikanlagen und die Installation von in Photovoltaikanlagen integrierten Speichersystemen;
- Photovoltaikanlagen, die von einer Energiegemeinschaft installiert werden, die wiederum durch eine Miteigentumsgemeinschaft geschlossen wurden.

Ausgaben, die im Jahr 2022 angefallen sind und in der Mitteilung bzgl. der Wahrnehmung der Übertragungs- oder Rabattoptionen mit den Codes 13 bis 20 und 26, 27, 28 und 32 angegeben wurden und sich auf Absetzungen beziehen, die für die Renovierung von Ge-

bäuden, die Wiederherstellung oder Restaurierung von Gebäudefassade, Maßnahmen zum Erbebenschutz und die Installation von Photovoltaikanlagen zustehen, können in diesem Abschnitt nicht angegeben werden.

VERBINDUNGSTABELLE DER CODES DES ONLINE MITTEILUNGSVORDRUCKS FÜR ÜBERTRAGUNGEN, RABATTE UND VORDRUCK PF REDDITI 2023

EINGRIFFE	ARTIKEL GESETZDEKRET NR. 34/2020	CODES FÜR DEN ONLINEVOR- DRUCK ZUR MITTEILUNG VON ÜBERTRAGUNGEN ODER RABATTEN	CODES FÜR DIE WIEDERGE- WINNUNG DER BAUSUBSTANZ (Zeilen RP41 bis RP47)
Eingriffe im Zuge des Erbebenschutzes	Art. 119 - Abs. 4 und 4-bis	13	5
		14	6 e 8
		15	7 und 9
Photovoltaikanlagen, Fassadebonus und weitere Eingriffe	Art. 119 - Abs. 16-bis und 16-ter	16	18 (Anteil Ausgaben bis 20 Kw)
			19 (Anteil Ausgaben ab 20 Kw und bis 200 Kw)
	Art. 121	17	Zeilen von RP41 bis RP47 und Spalte 2 nicht ausgefüllt
			18
	Art. 119 - Abs. 5	19	16
	Art. 119 - Abs. 6	20	17
Kauf von Erdbebensicheren Immobilienheiten	Art. 119 - Abs. 4	26	10
		27	11
Beseitigung von architektonischen Hindernissen	Art. 119 - Abs. 2 und 4	28	20
Überwindung und Beseitigung architektonischer Hindernisse	Art.119-ter	32	21 und 22

Für die Sanierung von Immobilien getragene Kosten

Die Absetzung steht für Ausgaben in Bezug auf folgende Maßnahmen zu **Eingriffe** zur Wiedergewinnung der Bausubstanz:

- Eingriffe zur außerordentlichen Instandhaltung einzelner Wohnbaueinheiten unabhängig von der Katasterkategorie, was auch für landwirtschaftliche Baueinheiten und ihr Zubehör gilt;
- Eingriffe zur ordentlichen und außerordentlichen Instandhaltung an Gemeinschaftsteilen von Wohngebäuden;
- Eingriffe zur erhaltenden Restaurierung und Sanierung von Gebäuden;
- notwendige Eingriffe zum Wiederaufbau oder zur Wiedergewinnung der aufgrund von Naturkatastrophen beschädigten Immobilie, unter der Bedingung, dass der Notstand ausgerufen wurde;
- Eingriffe zur Verkabelung der Gebäude, zur Eindämmung der Lärmbelastung, für statische Sicherungsarbeiten und für Erdbebenschutzmaßnahmen an den Gebäuden, zur Ausführung von Innenarbeiten;
- Eingriffe zur Ausführung von Autogaragen oder zugehörigen Autoabstellplätzen, auch als Gemeinschaftseigentum;
- weitere Eingriffe wie z.B. zur Asbestsanierung oder zur Vorbeugung ungesetzlicher Handlungen von Seiten Dritter oder zur Beseitigung der architektonischen Hindernisse oder für Maßnahmen zur Vermeidung von Haushaltsunfällen;
- Eingriffe zum Ersatz des bestehenden Notstromaggregats durch ein modernes gasbetriebenes Notstromaggregat;
- Eingriffe im Zuge der Wiederherstellung oder Restaurierung der Fassade vorhandener Gebäude.

Die Absetzung steht auch in Bezug auf die Ausgaben zu, die für Maßnahmen zur Energieeinsparung getragen wurden, einschließlich der Installation von Anlagen, die auf dem Einsatz erneuerbarer Energiequellen basieren, zu denen auch die Photovoltaikanlagen zur Erzeugung von elektrischer Energie gehören.

Für die ab dem 01.01.2022 getätigten Ausgaben für die Durchführung von Eingriffen, die direkt auf die Überwindung und Beseitigung von architektonischen Barrieren in bestehenden Gebäuden abzielen, ist ein Abzug von der Bruttosteuer vorgesehen, der in 5 Raten in Höhe von 75 % des nach der Anzahl der Gebäudeeinheiten, aus denen das Gebäude besteht, berechneten Ausgabenlimits erfolgt. Um in den Genuss der Steuervergünstigung zu kommen, müssen die Maßnahmen den Anforderungen des Erlasses des Ministers für öffentliche Arbeiten Nr. 236 vom 14. Juni 1989 (Technische Vorschriften zur Gewährleistung der Zugänglichkeit, Anpassungsfähigkeit und Sichtbarkeit von Privatgebäuden und subventionierten und geförderten öffentlichen Wohngebäuden zur Überwindung und Beseitigung architektonischer Barrieren) entsprechen. Der Abzug ist auch für Eingriffe zur Automatisierung von Anlagen in Gebäuden und einzelnen Gebäudeteilen vorgesehen, die zur Beseitigung architektonischer Barrieren dienen, sowie, im Falle des Austauschs der Anlage, für die Kosten im Zusammenhang mit der Entsorgung und Wiederverwertung der Materialien und der ausgetauschten Anlage. Wenn die im Jahr 2022 getätigten Ausgaben eine Fortsetzung der bereits in den Vorjahren begonnenen Arbeiten darstellen, für die der 110-prozentige Abzug zusteht, kann der Steuerpflichtige unbeschadet aller Voraussetzungen für die Anwendung dieser Erleichterung wählen, ob er weiterhin den Superbonus bis zur Ausgabengrenze von 96.000 Euro in Anspruch nehmen möchte, einschließlich der im Jahr 2021 für dieselbe Maßnahme getätigten Ausgaben, oder ob er den neuen Abzug in Höhe von 75 Prozent der getätigten Ausgaben und in jedem Fall innerhalb der in der Vorschrift vorgesehenen Ausgabengrenzen in Anspruch nehmen möchte.

Die Absetzung kann in Anspruch genommen werden vom Eigentümer oder Besitzer der Immobilie, an der die Sanierungseingriffe aufgrund eines geeigneten Rechtstitels vorgenommen wurden (zum Beispiel Besitz sonstiges dingliches Recht, staatliche Konzession, Miete oder Gebrauchsleihe).

Auch ein Familienmitglied, das mit dem Besitzer bzw. Inhaber der Immobilie in einem Haushalt wohnt, hat Anspruch auf die Absetzung, wenn es die Ausgaben getragen hat und die Rechnungen und Überweisungen auf dessen Namen ausgestellt sind. Der Abzug ist auch dann zulässig,

wenn die Rechnungen und Überweisungen nicht auf den Namen des im Haushalt lebenden Familienangehörigen ausgestellt sind, vorausgesetzt, der prozentuale Anteil der von ihm getragenen Kosten ist in der Rechnung angegeben (für eingehende Erläuterungen siehe Rundschreiben Nr. 11/E vom 21. Mai 2014).

Bedingungen für die Inanspruchnahme des Abzugs

Zahlungen per Bank- oder Postüberweisung, aus denen sich Folgendes ergibt:

- Verwendungszweck der Überweisung (für die ab dem 1. Januar 2012 getragenen Kosten ist der Art. 16-bis des TUIR anzugeben);
- Steuernummer des Steuerzahlers, der die Zahlung durchführt;
- Steuernummer oder Mehrwertsteuernummer des Empfängers der Zahlung.

Angabe der folgenden Informationen in der Einkommensteuererklärung (Zeilen RP51 bis RP53):

- Katasterdaten der Immobilie;
- die Registrierdaten der Urkunde, die den Rechtstitel bildet (z.B. Mietvertrag), wenn die Arbeiten vom Inhaber durchgeführt wurden
- die zur Kontrolle des Abzugs erforderlichen weiteren Angaben;
- Der Steuerpflichtige muss außerdem die von der Verfügung des Leiters der Agentur der Einnahmen vom 2. November 2011 ermittelten Dokumente aufbewahren und auf Verlangen der Dienststelle vorlegen (z.B. die Rechnungen oder die Steuerquittungen in Bezug auf die getragenen Ausgaben).

Zu übermittelnde Dokumente

Zur Überwachung und Bewertung der Energieeinsparung, die durch bauliche und technologische Maßnahmen erreicht wurde, welche eine Energieeinsparung mitbringen und/oder erneuerbare Energiequellen benutzen oder den die für Gebäuderenovierungen vorgesehenen steuerlichen Absetzungen zugänglich sind, hat das Haushaltsgesetz 2018 die Verpflichtung eingeführt, dem ENEA die Informationen über die durchgeführte Arbeit zu übermitteln, so wie für die steuerlichen Absetzungen für die Maßnahmen zur energetischen Sanierung bereits vorgesehen wurde (Ecobonus).

Energieeffizienz und Sicherheit in Gebäuden" zu gewährleisten sowie um die Renovierungsarbeiten an Gebäuden und den Kauf von Möbeln und Haushaltsgroßgeräten zu überwachen, einschließlich der Bewertung der dadurch erzielten Energieeinsparungen, werden analog zu dem, was bereits im Bereich der Steuerabzüge für die energetische Sanierung von Gebäuden (Ecobonus) vorgesehen ist, Informationen über die durchgeführten Arbeiten nach deren Abschluss elektronisch an die ENEA übermittelt.

Die Übermittlung der Daten muss innerhalb der Frist von 90 Tagen ab dem Zeitpunkt der Beendigung der Arbeit oder der Prüfung erfolgen.

Für im Jahr 2022 abgeschlossene Arbeiten muss die Mitteilung innerhalb von 90 Tagen nach Abschluss der Arbeiten über <https://bonusfiscali.enea.it/> erfolgen. Liegt das Enddatum der Arbeiten zwischen dem 1. Januar und dem 31. März 2022, beginnt die 90-Tage-Frist am 1. April 2022, dem Tag, an dem die Website online geht. Eine unterlassene oder verspätete Übermittlung der Informationen führt nicht zum Verlust des Steuerabzugsrechts. Auf der Webseite www.acs.enea.it steht eine Kurzanleitung mit der Bezeichnung „Absetzungen Renovierungen“ zur Verfügung, wobei die baulichen und technologischen Maßnahmen gelistet sind, für die eine Verpflichtung zur Übermittlung dem ENEA gilt.

Auch die Käufer von dazugehörenden, **bereits gebauten Garagen oder Autoabstellplätzen** können die Begünstigung in Anspruch nehmen. Allerdings steht die Absetzung ausschließlich für die Bauausgaben zu, die vom Verkäufer bestätigt sein müssen. Auch in diesem Fall müssen in der Einkommensteuererklärung die Katasterdaten der Immobilie angegeben werden. Für bis zum Jahr 2017 getätigte Käufe besteht kein Anrecht auf die Absetzung auf Ausgaben zum Bau von zugehörigen Fertiggaragen oder Carports, für die der Steuerpflichtige die neue Steuererleichterung in Anspruch genommen hat, die die Absetzung von 50 % der an den Bauunternehmer gezahlten Mehrwertsteuer erlaubt (Zeile E59).

Der vorgesehene **Steuerabzug** beläuft sich auf:

- **50 Prozent** für die Ausgaben, die vom 01. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2022 getätigt wurden. Für einige Eingriffe (Erbebenschutz sowie Wiederherstellung oder Restaurierung von Fassaden) ist es möglich eine höhere Absetzung in Anspruch zu nehmen;

Die Absetzung ist in **10 Raten gleicher Höhe** aufzuteilen. Die Steuerzahler, die die Absetzung auf eine andere Anzahl von Raten aufgeteilt haben und dazu berechtigt waren, können mit dieser Ratenaufteilung fortfahren.



Siehe im Anhang unter "Ausgaben für Renovierungsarbeiten".

Die **Ausgaben**, auf die der Prozentsatz anzuwenden ist, dürfen folgende Höchstgrenzen nicht überschreiten

- **96.000 Euro** für Ausgaben, die zwischen dem 01. Januar 2013 und dem 31. Dezember 2022 getätigt wurden.

Der Höchstbetrag muss sich auf die einzelne Immobilieneinheit beziehen, an der die Arbeiten durchgeführt wurden. Wenn also mehrere Personen Anspruch auf den Abzug haben (Miteigentümer usw.) wird der Höchstbetrag unter ihnen aufgeteilt.

Im Falle eines Verkaufs bzw. einer Schenkung der Immobilieneinheit, an der vor Ablauf des Zeitraums zur Inanspruchnahme der Absetzungen die Eingriffe vorgenommen wurden, werden die nicht in Anspruch genommenen Absetzungsanteile dem Käufer bzw. dem Beschenkten übertragen, sofern zwischen den Parteien nichts anderes vereinbart wird.

Sollte der Inhaber des Abzugsrechtes ableben, wird das Abzugsrecht ausschließlich auf den **Erben** übertragen, welcher materieller und direkter Besitzer des Gutes ist.

Wurden die **Ausgaben vom Mieter bzw. vom Entleiher getragen**, verfällt durch die Aufhebung des Miet- bzw. Leihvertrages nicht der Anspruch auf den Absetzbetrag des Mieters bzw. Entleihers.

Das Recht auf die Absetzung steht noch auch dem mit dem Besitzer der Immobilie zusammenlebenden Lebenspartner zu, auch wenn die Immobilieneinheit nachgegeben wird, auf welche die Maßnahmen durchgeführt wurden. Beim Bestehen eines Nutzungsrechts, sowohl gegen Entgelt wie auch kostenlos, werden die nicht in Anspruch genommenen Anteile der Absetzung dem Nutznießer nicht übertragen, sondern sie bleiben dem nackten Eigentümer. Im Fall des Verkaufs der Immobilie, worauf die Arbeit durchgeführt wurden, und beim Bestehen eines Nutzungsrechts, werden die von dem Verkäufer nicht in Anspruch genommenen Anteile der Absetzung dem nackten Eigentümer übertragen, weil dem Letzten die Eigenverantwortung der Immobilie übertragen wird.

Erdbebensicherungsmaßnahmen in Gebieten mit hoher Erdbebengefährdung, deren Genehmigungsverfahren innerhalb des 31. Dezember 2016 betätigt wurden

Für die Ausgaben, die vom 4. August 2013 bis zum 31. Dezember 2016 für Erdbebensicherungsmaßnahmen und statische Sicherungsarbeiten getragen wurden (Artikel 16-bis, Absatz 1, Buchstabe i, TUIR), deren Genehmigungsverfahren nach dem 4. August 2013 und innerhalb des 31. Dezember 2016 eingeleitet wurden, und die sich auf Gebäude in Gebieten mit hoher Erdbebengefährdung (Erdbebenzonen 1 und 2) beziehen laut Erlass des Ministerpräsidenten Nr. 3274 vom 20. März 2003, veröffentlicht im ordentlichen Beiblatt Nr. 72 zum Amtsblatt Nr. 105 vom 8. Mai 2003, die als Hauptwohnung dienen (in der der Steuerpflichtige oder seine Familienangehörigen ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort haben) oder für Produktionstätigkeiten genutzt werden, steht Steuerabzug in Höhe von **65 Prozent** zu, wobei der Gesamtbetrag der Ausgaben **96.000 Euro** je Immobilieneinheit nicht überschreiten darf. Um diesen höheren Prozentsatz für die Absetzung in Anspruch nehmen zu können, muss der Code ‚4‘ in der Spalte 2 der Zeilenvon RP41 bis RP47 angegeben werden.

Erdbebensicherungsmaßnahmen in Gebieten mit hoher Erdbebengefährdung, deren Genehmigungsverfahren nach dem 1. Januar 2017 betätigt wurden oder deren Baugenehmigung ab dem 1. Januar 2021 erteilt worden ist

Für die Ausgaben, die vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2022 für Erdbebensicherungsmaßnahmen und statische Sicherungsarbeiten (Art. 16-bis, Abs. 1, Buchst. i TUIR) und für die Erdbebenklassifizierung und -prüfung der Immobilien getragen werden, deren Genehmigungsverfahren nach dem 1. Januar 2017 eingeleitet wurden, und die sich auf Gebäude in Gebieten mit hoher Erdbebengefährdung (Erdbebenzonen 1 und 2) und in den Erdbebenzonen 3 gemäß dem Erlass des Ministerpräsidenten Nr. 3274 vom 20. März 2003, veröffentlicht im ordentlichen Beiblatt Nr. 72 zum Amtsblatt Nr. 105 vom 8. Mai 2003, beziehen, die als Wohnung dienen oder für Produktionstätigkeiten genutzt werden, steht ein Abzug von der Bruttosteuer zu.

Hinweis! Für Ausgaben, die nach dem 1. Juli 2020 für Arbeiten zur Verringerung des seismischen Risikos getätigt werden, die von Privatpersonen, die nicht in Ausübung eines Gewerbes, einer Kunst oder eines Berufs tätig sind, an Wohngebäuden oder an Nichtwohngebäuden, die nach Abschluss der Arbeiten zu Wohngebäuden werden, durchgeführt werden, gilt die Superbonus-Disziplin, da der Steuerpflichtige keine Möglichkeit hat, die anzuwendende Vergünstigung zu wählen (Stellungnahme des Obersten Rates für öffentliche Arbeiten vom 02.02.2021, Prot.-Nr. 1156).

Der **Steuerabzug**, den vom Steuerbeistandsleistenden berechnet wird, ist in der Höhe von:

- **50%**;
- **70%**, wenn sich eine Verminderung des Erdbebenrisikos aus der Durchführung der Maßnahmen ergibt, die einen Wechsel zu einer niedrigeren Risikoklasse bewirkt;
- **80%**, wenn sich eine Verminderung des Erdbebenrisikos aus der Durchführung der Maßnahmen ergibt, die einen Wechsel zu zwei niedrigeren Risikoklassen bewirkt.

Der Steuerabzug wird von dem Steuerbeistandsleistenden in **5 gleichwertige Raten** aufgeteilt.

Die Ausgabe, auf die der Prozentsatz angewandt wird, kann **die Grenze von 96.000 Euro** pro Immobilieneinheit pro Jahr überschreiten.

Was den Gesamtbetrag der Ausgabe betrifft, auf die eine Begünstigung operiert werden kann, sollten auf dieselbe Immobilie Erdbebensicherungsmaßnahmen, außerordentliche Instandhaltung und Arbeiten zur Energieumstellung durchgeführt werden, wird es darauf hingewiesen, dass die Grenze der Ausgabe von 96.000 Euro einheitlich ist, insofern sie sich auf eine einzelne Immobilie bezieht. In der obengenannten Ausgabegrenze sind hingegen Maßnahmen zur globalen Umstellung des Gebäudes, Arbeiten auf undurchsichtige Strukturen und Rahmenwerke und Ersatz von thermischen Anlagen nicht eingeschlossen, für die der Steuerpflichtige einen Abzug von 65% innerhalb von bestimmten Grenzen (Beschluss Nr. 147/E von 29. November 2017) erhalten kann.

Sollten die Arbeiten auf **gemeinsame Teile von Mehrfamilienhäuser** durchgeführt werden, sind die von dem Steuerbeistandsleistenden zu berechnenden Steuerabzüge in der Höhe von:

- **75%** wenn sich eine Verminderung des Erdbebenrisikos aus der Durchführung der Maßnahmen ergibt, die einen Wechsel zu einer niedrigeren Risikoklasse bewirkt;
- **85%** wenn sich eine Verminderung des Erdbebenrisikos aus der Durchführung der Maßnahmen ergibt, die einen Wechsel zu zwei niedrigeren Risikoklassen bewirkt.

Der Steuerabzug wird von dem Steuerbeistandsleistenden in **5 gleichwertige Raten** aufgeteilt

Die Ausgabe, auf die der Prozentsatz angewandt wird, kann die **Grenze von 96.000 Euro** pro Immobilieneinheit jedes Gebäudes überschreiten.

Hinweis! Für Ausgaben, die nach dem 1. Juli 2020 für Arbeiten zur Verringerung des seismischen Risikos getätigt werden, die von Privatpersonen, die nicht in Ausübung eines Gewerbes, einer Kunst oder eines Berufs tätig sind, an Wohngebäuden oder an Nichtwohngebäuden, die nach Abschluss der Arbeiten zu Wohngebäuden werden, durchgeführt werden, gilt die Superbonus-Disziplin, da der Steuerpflichtige keine Möglichkeit hat, die anzuwendende Vergünstigung zu wählen (Stellungnahme des Obersten Rates für öffentliche Arbeiten vom 02.02.2021, Prot.-Nr. 1156).

Sollten die Arbeiten in den Gemeinden, die in den **mit Erdbebenrisiko 1, 2 und 3 bezeichneten Zonen** gemäß dem Erlass des Ministerpräsidenten Nr. 3519 vom 28. April 2006, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 108 vom 11. Mai 2006, liegen, durch Abriss und Wiederaufbau des ganzen Gebäudes zur Verminderung des Erdbebenrisikos, auch mit einer Volumenveränderung im Vergleich zum vorherigen Gebäude – wo die geltenden städtebaulichen Normen dies zulassen – durchgeführt werden, und sollten die Erweiterungen von Immobilienbau- oder Immobilienrenovierungsunternehmen durchgeführt werden, die innerhalb von 30 Monaten von dem Zeitpunkt des Abschlusses der Arbeiten für die nachfolgende Veräußerung der Immobilie sorgen, ist der von dem Steuerbeistandsleistenden zu berechnende Steuerabzug in der Höhe von:

- **75%** des Preises der einzelnen Immobilieneinheit, der aus dem öffentlichen Kaufvertrag entsteht, wenn sich eine Verminderung des Erdbebenrisikos aus der Durchführung der Maßnahmen ergibt, die einen Wechsel zu einer niedrigeren Risikoklasse bewirkt;
- **85%** des Preises der einzelnen Immobilieneinheit, der aus dem öffentlichen Kaufvertrag entsteht, wenn sich eine Verminderung des Erdbebenrisikos aus der Durchführung der Maßnahmen ergibt, die einen Wechsel zu zwei niedrigeren Risikoklassen bewirkt.

Der Steuerabzug wird von dem Steuerbeistandsleistenden in **5 gleichwertige Raten** aufgeteilt.

Die Ausgabe, auf die der Prozentsatz angewandt wird, kann **die Grenze von 96.000 Euro** pro Immobilieneinheit pro Jahr überschreiten.

Eingriffe im Rahmen des Erdbebenschutzes in hochgefährdeten Gebieten, deren Genehmigungsverfahren nach dem 1. Januar 2017 aktiviert wurden und für die die Aufwendungen ab dem 1. Juli 2020 getragen wurden.

Für Aufwendungen, die ab dem 1. Juli 2020 angefallen sind, wird der absetzbare Betrag auf **110 Prozent** erhöht (gemäß Artikel 16, Absätze 1-bis bis 1-septies, des Gesetzesdekrets Nr. 63 aus dem Jahr 2013).

Konkret handelt es sich um Eingriffe im Rahmen des Erdbebenschutzes, um die statische Sicherheit von tragenden Gebäudeteilen oder strukturell verbundenen Gebäudekomplexen zu gewährleisten, deren Genehmigungsverfahren nach dem 1. Januar 2017 begonnen haben und die an Gebäuden in den Erdbebenzonen 1, 2 und 3 gemäß der Verordnung des Präsidenten des Ministerrats Nr. 3274 vom 20. März 2003 durchgeführt wurden. Dies schließt auch die Eingriffe, die das Erbebenrisiko um eine oder zwei Klassen verringern, auch wenn diese an den gemeinschaftlich genutzten Teilen von Wohnungseigentumsgebäuden vorgenommen wurden (Absätze 1-bis bis 1-sex von Art. 16 des Gesetzesdekrets Nr. 63 von 2013 - in Spalte 2 der Zeilen E41 bis E43 sind die Codes 5 bis 9 anzugeben).

Schließlich gilt der höhere Satz auch bei Ausgaben der Erwerber von sog. erdbebensicheren Häusern, d.h. der Immobilieneinheiten, die Teil von Gebäuden sind, die sich in Gebieten befinden, die eine Erdbebengefährdung der Stufe 1, 2 und 3 haben (festgelegt durch die Verordnung des Präsidenten des Ministerrats Nr. 3519 vom 28. April 2006) und an denen Eingriffe im Rahmen des Erdbebenschutzes - in Form von Abriss und Wiederaufbau der Immobilie - durch Bau- oder Renovierungsunternehmen durchgeführt wurden, die wiederum die Immobilie innerhalb von 30 Monaten nach Abschluss der Arbeiten weiterverkaufen (Absatz 1-Septer von Art. 16 des Gesetzesdekrets Nr. 63 von 2013 - in Spalte 2 der Zeilen E41 bis E43 sind die Codes 10 und 11 anzugeben).

Der Superbonus steht auch für die Installation von Systemen zur kontinuierlichen Bauwerksüberwachung im Rahmen des Erdbebenschutzes zu, sofern diese in Verbindung mit einem der o.g. Eingriffe für Erdbebenschutz erfolgt (Absätze 1-bis bis 1-septies des Art. 16 des Gesetzesdekrets Nr. 63 von 2013) und sofern die für solche Eingriffe vorgesehenen Ausgabengrenzen eingehalten werden.

Für den Superbonus gelten dieselben Ausgabengrenzen, wie für Eingriffe im Rahmen des Erdbebenschutzes und zur Gewährleistung der statischen Sicherheit von tragenden Gebäudeteilen oder strukturell verbundenen Gebäudekomplexen, deren Genehmigungsverfahren nach dem 1. Januar 2017 begonnen haben. Der Abzug wird in 5 gleiche Jahresraten aufgeteilt, wenn die Aufwendungen bis zum 31.12.2021 entstanden sind; für Aufwendungen, die ab dem 01.01.2022 entstanden sind, wird der Abzug in 4 gleiche Jahresraten aufgeteilt.

Wird das der zustehenden Absetzung entsprechende Guthaben an eine Versicherungsgesellschaft übertragen und **zeitgleich eine Versicherungspolice**, die auch Katastrophenrisiken abdeckt, **abgeschlossen**, erhöht sich die für Versicherungsprämien vorgesehene Absetzung von **19 Prozent auf 90 Prozent**.

Es ist zu beachten, dass die Absetzung für Versicherungsprämien nicht übertragen werden kann. Im Wesentlichen kann die Versicherungsgesellschaft das dem Erdbebenbonus entsprechende Steuerguthaben erwerben, jedoch nicht das Steuerguthaben, das der für Versicherungsprämien vorgesehenen Absetzung entspricht. Darüber hinaus können, durch ausdrückliche gesetzliche Bestimmungen, Eingriffe im Rahmen des Erdbebenschutzes an allen Wohneinheiten durchgeführt werden, auch wenn es mehr als zwei Einheiten gibt, da die einzige Voraussetzung darin besteht, dass diese Einheiten in den Erdbebengebieten 1, 2 und 3 liegen.

Zusätzlich zu den üblichen gesetzlichen Anforderungen für die Inanspruchnahme von Absetzungen für Erdbebenschutz und Gewährleistung der statischen Sicherheit von tragenden Gebäudeteilen oder strukturell verbundenen Gebäudekomplexen, deren Genehmigungsverfahren nach dem 1. Januar 2017 begonnen wurden, in Bezug auf Gebäude, die sich in den Erdbebengebieten 1, 2 und 3 befinden, ist für die Inanspruchnahme des Superbonus eine Prüfung und Nachweiserbringung der Einhaltung der technischen Anforderungen bei den durchgeführten Eingriffen sowie die Angemessenheit der Ausgaben in Bezug auf die begünstigten Eingriffe notwendig. Insbesondere bei Eingriffen im Rahmen des Erdbebenschutzes, für die der Superbonus in Anspruch genommen werden kann, bescheinigen die bei den jeweiligen Berufsverbänden oder Hochschulen eingetragenen Fachleute, die für die Tragwerksplanung, die Überwachung von Arbeiten an Bauwerken und die statische Prüfung zuständig sind, entsprechend ihrer jeweiligen beruflichen Qualifikation und in Übereinstimmung mit den geltenden Branchenvorschriften, die entsprechende Angemessenheit der Ausgaben, die im Zusammenhang mit den begünstigten Eingriffen entstanden sind. Ab dem 1. Januar 2021 werden in den Gemeinden der Gebiete, die von seismischen Ereignissen ab dem 1. April 2009 betroffen waren und in denen der Notstand ausgerufen wurde, die steuerlichen Anreize für den Erdbebenbonus und für die Beseitigung baulicher Barrieren in Höhe des Betrags fällig, der für den Wiederaufbau vorgesehen ist.

Weitere Informationen zur Steuerbegünstigung finden Sie unter "Superbonus" im Anhang.

Ausgaben, die für den Kauf oder die Zuweisung von Immobilien getragen wurden, die Teil von restaurierten Gebäuden sind

Die Absetzung steht auch für den Kauf bzw. die Zuweisung von Immobilieneinheiten zu, die Teil eines Gebäudes sind, das von Bauunternehmen bzw. von Baugenossenschaften restauriert bzw. saniert wurde.

Dem Käufer oder Empfänger der Immobilie hat Anspruch auf einen Abzug, der auf einen Pauschalbetrag in Höhe von 25 Prozent des Kauf- oder Zuweisungspreises der Immobilie zu berechnen ist, der aus der Kauf- oder Zuweisungsurkunde resultiert.

Die Absetzung wird den Käufern unter Bezugnahme auf den Eigentumsanteil an der Immobilie zuerkannt und steht unter der Bedingung zu, dass der Verkauf oder die Zuweisung der Immobilie innerhalb von 18 Monaten nach Abschluss der Renovierungsarbeiten erfolgt.

Für die Ausgaben, die vom 01. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2022 getragen wurden, steht er dem Käufer oder dem Zuweisungsempfänger in Höhe von 50 Prozent zu. Der Betrag, der 25 Prozent des Kauf- oder Zuweisungspreises entspricht, darf den Höchstbetrag von 96.000 Euro nicht überschreiten.

Der Höchstbetrag, auf den der Prozentsatz anzuwenden ist, nur auf die einzelne Immobilieneinheit zu beziehen. Falls also mehrere Personen Anspruch auf den Absetzbetrag haben (Miteigentümer usw.), ist der Höchstbetrag unter diesen aufzuteilen.

Die Akontozahlungen, für die in den Vorjahren der Abzug in Anspruch genommen wurde, tragen zum Erreichen des Höchstbetrags bei. Im Jahr der notariellen Beurkundung besteht somit der Betrag, der für den Abzug heranzuziehen ist, aus dem Höchstbetrag, von dem die Akontozahlungen abzuziehen sind, die bereits bei der Anerkennung der Vergünstigung berücksichtigt wurden.

Es ist möglich, die Absetzung in Anspruch zu nehmen, auch wenn die Besitzurkunde vor der Beendigung der Arbeit bezüglich der völligen Gebäude abgeschlossen wurde. In diesem Fall kann die Absetzung nur ab dem Steuerjahr in Anspruch genommen werden, in dem die obengenannten Arbeit beendet worden sind.

Wenn man für Käufe, die bis zum Jahr 2017 getätigt wurden, die Absetzung von 50 % der an den Bauunternehmer gezahlten Mehrwertsteuer in Anspruch nehmen möchte, wird vom Betrag der für den Kauf getragenen Ausgaben der Betrag von 50 % der gezahlten Mehrwertsteuer abgezogen.

Die Absetzung wird vom Steuerbeistandsleistenden in 10 gleich hohe Jahresraten aufgeteilt.

Maßnahmen zur Ordnung des Grünen in privaten ungedeckten Gebieten

Für die Jahre von 2018 bis 2022 steht eine Bruttosteuerabsetzung in Höhe von 36 Prozent der bewiesenen Ausgaben bis zu einem Gesamtbetrag nicht über 5.000 Euro für jede Wohnimmobilieneinheit zu.

Absetzbar sind die ertragenden und wirklich zu Lasten der Steuerzahler gebliebenen Ausgaben, die aufgrund eines entsprechenden Titels die Immobilie besitzen oder halten, auf welche die folgenden Maßnahmen durchgeführt wurden:

a) „Ordnung des Grünen“ in privaten ungedeckten Gebieten von existierenden Gebäuden, Immobilieneinheiten, Ausrüstungen und Zäunen, Bewässerungsanlagen und Bohrlöcher;

b) Begrünung und Realisierung von hängenden Gärten.

Die Absetzung steht auch für **Ausgaben für Maßnahmen auf äußeren gemeinsamen** Teilen von Wohnblöcken zu, bis zu einem Gesamtbetrag von 5.000 Euro für jede Wohnimmobilieneinheit. In diesem Fall steht die Absetzung dem einzelnen Wohnblock begrenzt auf den ihm zuschreibbaren Anteil unter der Bedingung zu, dass derselben dem Wohnblock innerhalb der Friste zur Einreichung der Steuererklärung wirklich bezahlt wurde.

Unter den Kosten sind auch die Planungs- und Instandhaltungskosten eingeschlossen, die mit der Durchführung dieser Maßnahmen verbunden sind.

Die Absetzung steht unter der Bedingung zu, dass die Zahlungen durch geeignete Wege erfolgen, die die Rückverfolgbarkeit der Operationen erlauben, und sie ist in zehn regelmäßige jährliche Anteile gleicher Höhe im Jahr der Zahlung und in den folgenden Jahren aufgeteilt.

Fassadenbonus

Für belegte Ausgaben, die im Jahres 2020 und 2021 getätigt wurden und sich auf Eingriffe zum Zweck der Wiederherstellung oder Restaurierung der Außenfassade bestehender Gebäude in der Zone A oder B (gemäß Erlass des Ministers für öffentliche Arbeiten Nr. 1444 vom 2. April 1968) beziehen, steht eine Bruttosteuerabsetzung in Höhe von **90 Prozent für Ausgaben, die in den Jahren 2020 und 2021 anfallen, und 60 Prozent für Ausgaben, die im Jahr 2022 anfallen** der gesamten getätigten und tatsächlich vom Steuerpflichtigen getragenen Ausgaben zu. Dies gilt auch für Ausgaben für die Reinigung oder den Anstrich der Außenfassade.

Die Befugnis der Verwaltung, durch Kontrollen zu überprüfen, dass die getätigten absetzbaren Aufwendungen und der Wert der entsprechenden erbrachten Leistungen einander entsprechen, bleibt bestehen.

Nur für Eingriffe an den lichtundurchlässigen Strukturen der Fassade, an Balkonen, Ornamenten und Friesen kann der Fassadenbonus angefragt werden. Die Steuerbegünstigungen, die das geltende Recht zur baulichen und energetischen Sanierung bereits vorsieht, bleiben bestehen. Die Absetzung wird in zehn gleich hohe Jahresraten aufgeteilt, die über das Jahr der Entstehung der Aufwendungen und die Folgejahre gleichmäßig verteilt werden. Die Absetzung ist bis zur Höhe der Bruttosteuer zulässig.

Installation von netzgekoppelten Photovoltaikanlagen

Für Aufwendungen, die nach dem 1. Juli 2020 für die Installation von Photovoltaikanlagen anfallen, gilt in den folgenden Fällen der Satz von 110 Prozent:

- für die Installation von netzgekoppelten Photovoltaikanlagen auf öffentlichen und privaten Gebäuden gemäß Art. 1, Absatz 1, Buchstaben a), b), c) und d) der im Erlass des Präsidenten der Republik Nr. 412 vom 26. August 1993 genannten Verordnung oder, ab dem 1. Januar 2021 für die Installation von Fotovoltaikanlagen auf Nebengebäuden;

- für die zeitgleiche oder nachträgliche Installation von Speichersystemen, die in die Photovoltaikanlagen integriert sind und für die eine Steuerbegünstigung von 110 Prozent zusteht. Die Anwendung des höheren Satzes ist von folgenden Faktoren abhängig:

- der Installation der Systeme, die in Verbindung mit einem der "interventi trainati" (Primäreingriffe) zur Wärmedämmung von lichtundurchlässigen Flächen (mit den Codes 30, 31 in Abschnitt IV von Übersicht E angegebene Eingriffe) oder dem Austausch von Klimaanlage (mit den Codes 32 und 33 in Abschnitt IV von Übersicht E angegebene Eingriffe) durchgeführt werden. Ferner muss die Summe der Eingriffe eine Verbesserung um zwei Energieklassen gewährleisten oder, wo dies nicht möglich ist, das Erreichen der höchsten Energieklasse. Darüber hinaus müssen die Eingriffe tatsächlich abgeschlossen werden und es müssen zudem Maßnahmen im Zuge des Erdbebenschutzes stattfinden, welche erst zur Inanspruchnahme des Superbonus berechtigen (Eingriffe, die in diesem Abschnitt der Übersicht E mit den Codes 5 bis 11 angegeben sind);

- der Verkauf an die Gestore dei Servizi Energetici (GSE) S.p.A. des Stroms, der vor Ort nicht selbst verbraucht wurde bzw. nicht zum Eigenverbrauch freigegeben ist.

Die gesetzliche Bedingung, wonach für die Anwendung des höheren Satzes, die "interventi trainati" (Sekundäreingriffe) in Verbindung mit den für den Superbonus in Frage kommenden "interventi trainati" (Primäreingriffe) durchgeführt werden müssen, gilt als erfüllt, wenn die Daten der für die "interventi trainati" (Sekundäreingriffe) angefallenen Aufwendungen in das für die "interventi trainati" (Primäreingriffe) vorgesehen Zeitfenster fallen, also innerhalb des für die Durchführung der "interventi trainati" (Primäreingriffe) vorgesehenen Anfangs- und Enddatums.

Dementsprechend müssen die Aufwendungen für die "interventi trainati" (Primäreingriffe) in die Gültigkeitsdauer der Begünstigung fallen, um den Superbonus in Anspruch nehmen zu können, während die Ausgaben für die "interventi trainati" (Sekundäreingriffe) in die Gültigkeitsdauer der Begünstigung und in die Zeitspanne zwischen dem Datum des Beginns und dem Datum des Abschlusses der Arbeiten zur Realisierung der "interventi trainati" (Primäreingriffe) fallen müssen.

Die Absetzung wird ausgehend vom Gesamtbetrag der Aufwendungen berechnet. Der Gesamtbetrag der Aufwendungen darf hierbei 48.000 € nicht übersteigen und der so absetzbare Höchstbetrag liegt in jedem Fall bei maximal 2.400 € pro kW Nennleistung der Photovoltaikanlage.

Die Absetzung steht auch bei zeitgleicher oder nachträglicher Installation von Speichersystemen zu, die in diese für im Rahmen der Superbonus förderfähigen Photovoltaikanlagen integriert sind. Hierbei gelten dieselben Bedingungen und dieselbe Obergrenzen für Beträge und Gesamtbetrag, wie für die Installation von Solaranlagen. Die Ausgabengrenze pro kW Speicherkapazität dieser Systeme beträgt jedoch 1.000 €.

Die Ausgabengrenze für die Installation der Photovoltaikanlage und des Speichersystems wird auf 1.600 € pro kW Leistung reduziert, wenn dies in Verbindung mit einer Gebäuderenovierung, einem Neubau oder einer städtebaulichen Umstrukturierung (beschrieben in Art. 3, Absatz 1, Buchstabe d), e) und f) des Erlasses des Präsidenten der Republik vom 6. Juni 2001, Nr. 380) erfolgt.

Die Grenze von 48.000 € ist separat auf die Installation von Photovoltaikanlagen und die Installation der in diese Anlagen integrierten Speichersysteme anzuwenden.

Die Absetzung ist nicht kumulierbar mit anderen öffentlichen Anreizen oder anderen Formen von Begünstigung jeglicher Art, die durch europäische, nationale und regionale Gesetzgebung vorgesehen sind, einschließlich der Garantie- und Rotationsfonds (Artikel 11, Absatz 4, des Gesetzesdekrets vom 3. März 2011, Nr. 28) sowie der Anreize für den „scambio sul posto“ (also der Einspeisung des benötigten Stroms von örtlichen Kleinerzeugern), gemäß Artikel 25-bis des Gesetzesdekrets vom 24. Juni 2014, Nr. 91, umgewandelt mit Änderungen durch das Gesetz vom 11. August 2014, Nr. 116).

Weitere Informationen zur Steuerbegünstigung finden Sie unter "Superbonus" im Anhang.

Erhöhte Ausgabenobergrenzen für den Wiederaufbau von Gebäuden, die durch seismische Ereignisse beschädigt wurden

Die Obergrenze der für die steuerlichen Anreize des Erdbebenbonus in Frage kommenden Ausgaben, die bis zum 30. Juni 2022 angefallen sind, werden um 50 Prozent für Wiederaufbaumaßnahmen an Gebäuden erhöht, die durch das Erdbeben vom 24. August 2016 in den Regionen Abruzzen, Latium, Marken und Umbrien beschädigt wurden (die Gebäude müssen sich in den Gemeinden befinden, die in den Listen im Anhang des Gesetzesdekrets vom 17. Oktober 2016, Nr. 189, mit Änderungen umgewandelt durch das Gesetz vom 15. Dezember 2016, Nr. 229) und

durch die Beben in der Region Abruzzen im April 2009 (die Gebäude müssen sich in den Gemeinden befinden, die in den Listen im Anhang des Gesetzesdekrets vom 28. April 2009, Nr. 39, mit Änderungen umgewandelt durch das Gesetz vom 24. Juni 2009, Nr. 77, genannt sind) und ab dem 1. Januar 2021 an Gebäuden in Gemeinden, die von allen nach 2008 aufgetretenen seismischen Ereignissen betroffen sind und für die der Notstand ausgerufen wurde. In diesem Fall sind die Subventionen eine Alternative zu den Beiträgen für den Wiederaufbau und können für alle Ausgaben verwendet werden, die für die Wiederherstellung der beschädigten Gebäude erforderlich sind, einschließlich anderer Häuser als der Erstwohnung, mit Ausnahme von Gebäuden, die für produktive Tätigkeiten genutzt werden.

Weitere Informationen zur Steuerbegünstigung finden Sie unter "Superbonus" im Anhang.

CODE	TYP VON TÄTIGKEIT	AUSGABENBERGRENZE ¹	AUSGABENBERGRENZE ¹ 110%	AUSGABENBERGRENZE ¹ MIT ERHÖHUNG WEGEN ERDBEBEN
5	Ergreifung erdbebensicherer Maßnahmen an Gebäuden in erdbebengefährdeten Gebieten (50% Abzug) und in der seismischen Zone 3			
6	Verabschiedung erdbebensicherer Maßnahmen an Gebäuden in erdbebengefährdeten Gebieten und in der Erdbebenzone 3, die zu einer Verringerung des Erdbebenrisikos führen	96.000	96.000	144.000
7	Ergreifung erdbebensicherer Maßnahmen an Gebäuden in hochgefährdeten Erdbebengebieten und in der Erdbebenzone 3, die zu einer Verringerung des Erdbebenrisikos und damit zu einer niedrigeren Risikoklasse führen			
8	Ergreifung erdbebensicherer Maßnahmen an Gebäuden in erdbebengefährdeten Zonen und in der Erdbebenzone 3, die zu einer Verringerung des Erdbebenrisikos führen, die einen Wechsel in zwei niedrigere Risikoklassen bedingt	Anteil von (96.000 Euro multipliziert mit der Anzahl der Gebäudeeinheiten, die der Gebäudeeinheiten, die die das Gebäude bilden)	Anteil von (96.000 Euro multipliziert mit der Anzahl der Gebäudeeinheiten, die der Gebäudeeinheiten, die die das Gebäude bilden)	Anteil von (144.000 Euro multipliziert mit der Anzahl der Gebäudeeinheiten, die der Gebäudeeinheiten, die die das Gebäude bilden)
9	Ergreifung erdbebensicherer Maßnahmen an den gemeinsamen Teilen von Wohngebäuden, die in die erdbebengefährdeten Zonen und in die erdbebengefährdete Zone 3 fallen, wobei es sich um Gebäude handelt, die für Wohn- oder Produktionsstätigkeiten genutzt werden, und deren Ergreifung zu einer Verringerung des erdbebenbedingten Risikos führt, die den Übergang in zwei niedrigere Risikoklassen bedingt	Anteil von (96.000 Euro multipliziert mit der Anzahl der Gebäudeeinheiten, die die das Gebäude bilden)	Anteil von (96.000 Euro multipliziert mit der Anzahl der Gebäudeeinheiten, die der Gebäudeeinheiten, die die das Gebäude bilden)	Anteil von (144.000 Euro multipliziert mit der Anzahl der Gebäudeeinheiten, die der Gebäudeeinheiten, die die das Gebäude bilden)
10	Kauf von Immobilieneinheiten, die Teil von wiederaufgebauten Gebäuden in Gebieten sind, die gemäß der Verordnung des Ministerrats Nr. 3519 vom 28. April 2006, veröffentlicht im Staatsanzeiger Nr. 108 vom 11. Mai 2006 als erdbebengefährdet 1, 2 und 3 eingestuft sind, dessen Umstrukturierung zu einer Übertragung in eine niedrigere Risikoklasse führt	96.000	96.000	144.000
11	Erwerb von Immobilieneinheiten, die Teil von wiederaufgebauten Gebäuden in Gebieten sind, die als erdbebengefährdet gemäß der Verordnung des Präsidenten der Nr. 3519 vom 28. April 2006, veröffentlicht im Staatsanzeiger Nr. 108 vom 11. Mai 2006, eingestuft sind, dessen Umbau den Übergang zu zwei niedrigeren Risikoklassen zur Folge hat			
16	Installation von netzgekoppelten photovoltaischen Solarenergiesystemen auf bestehenden Gebäuden, die in Verbindung mit einer der "treibenden" Maßnahmen zur Wärmedämmung von undurchsichtigen Oberflächen (Codes 30 und 31 in Abschnitt IV der Rahmenregelung E) oder dem Austausch von Klimaanlage (Codes 32 und 33 in Abschnitt IV der Rahmenregelung E) oder erdbebensicherer Maßnahmen in den Erdbebenzonen 1, 2 und 3 durchgeführt werden, die den Begünstigten zur Anwendung von den Satz von 110 % (Codes 5 bis 11)		48.000	
17	Installation von Speichersystemen, die in Photovoltaikanlagen integriert sind, für die die Regelung gilt, wenn sie gleichzeitig mit oder im Anschluss an die unter Code 16 genannten Arbeiten erfolgt		48.000	
18	Anteil der Kosten, die der Leistung bis 20 kW entsprechen, die ab dem 1. Juli 2020 für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien anfallen, die von Wohnungseigentümern betrieben werden, Energiekonfigurationen gemäß Artikel 42-bis des Gesetzesdekrets Nr. 162 vom 30. Dezember 2019, umgewandelt mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 8 vom 28. Februar 2020		Anteil von 96.000	
19	Anteil der Kosten für die Leistung von mehr als 20 kW und bis zu 200 kW, die ab dem 1. Juli 2020 für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen anfallen, die von Eigentumswohnungen betrieben werden, die sich an die in Artikel 42-bis des Gesetzesdekrets Nr. 162 vom 30. Dezember 2019, umgewandelt mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 8 vom 28. Februar 2020, genannten Energiekonfigurationen halten			
20	Maßnahmen zur Beseitigung von Barrieren, die gemeinsam mit mindestens einer der in den Sismobonus-Maßnahmen (Codes 5 bis 11) genannten Maßnahmen durchgeführt werden, oder die Maßnahme (Codes 30, 31, 32 und 33 in Abschnitt IV - Ausgaben für Energiesparmaßnahmen), es sei denn, das Gebäude unterliegt mindestens einer der im Kodex des kulturellen Erbes und der Landschaft vorgesehenen Beschränkungen oder der Eingriffe nach den Codes 30, 31, 32 und 33 des Abschnitts IV - Ausgaben für Energiesparmaßnahmen sind aufgrund von Bau-, Stadtplanungs- und Umweltvorschriften verboten	96.000	96.000	

¹ Die Ausgabengrenze gilt jährlich (außer bei Arbeiten, die die Fortsetzung der in den Vorjahren begonnenen Arbeiten darstellen) und betrifft die einzelne Immobilie. Im Falle der Durchführung von Eingriffen unterschiedlicher Art am selben Gebäude (z. B. außerordentliche Wartung und Sismobonus) ist die Ausgabengrenze eindeutig, da sie sich auf die Immobilie bezieht.

ABFASSUNG DER ZEILEN RP41 BIS RP47

Für jedes Jahr und für jede einzelne Immobilieneinheit, die Gegenstand der Rückgewinnungsarbeiten des Baubestands sind, muss eine einzelne Zeile abgefasst werden. Gleichmaßen muss eine getrennte Zeile für die an den gemeinsamen Teilen der Wohngebäude ausgeführten Rückgewinnungsarbeiten des Baubestands abgefasst werden.

Die Zeilen RP41 bis RP47 sind für die von 2013 bis 2022 getragenen Kosten abzufassen.

- **Spalte 1 (Jahr):** das Jahr angeben, in dem die Kosten oder, im Falle des Kaufs von Immobilieneinheiten, die zu komplett renovierten Gebäuden gehören, das Jahr des Abschlusses der Arbeiten, falls dieser nach der Ausstellung der Besitzurkunde erfolgtgetragen wurden;
- **Spalte 2 (Typologie):** Diese Spalte ist nur in folgenden Fällen auszufüllen:
- Ausgaben für Eingriffe im Zusammenhang mit erdbebensicheren Maßnahmen von 2013 bis 2022, Ausgaben für Landschaftsgestaltung von 2018 bis 2022 und ab 2020 Ausgaben für im Rahmen des Fassadenbonus und Installation von Photovoltaikanlagen und andere Eingriffe, für die 110 % zusteht.

Einen der folgenden Codes angeben:

- '4' vom 4. August 2013 bis zum 31. Dezember 2016 getragene Ausgaben für Erdbebensicherungsmaßnahmen an Gebäuden in Gebieten mit hoher Erdbebengefährdung, die als Hauptwohnung dienen oder für Produktionstätigkeiten genutzt werden.
- '5' zwischen 2018 und 2022 für **Erdbebensicherungsmaßnahmen** auf in Zonen mit hoher Erdbebengefährdung liegende Gebäude getragene Ausgaben (Abzug in Höhe von 50%) und im seismischen Bereich 3. Die nach dem 1. Juli 2020 entstandenen Aufwendungen sind in einer separaten Zeile durch Ankreuzen des Kästchens in Spalte 7 anzugeben;
- '6' zwischen 2018 und 2022 für Erdbebensicherungsmaßnahmen auf in Zonen mit hoher Erdbebengefährdung liegende Gebäude getragene Ausgaben und im seismischen Bereich 3, aus deren Ergreifen sich eine Verminderung des Erdbebenrisikos ergibt, die **einen Wechsel zu einer niedrigeren Risikoklasse** bewirkt (Abzug in Höhe von 70%). Die nach dem 1. Juli 2020 entstandenen Aufwendungen sind in einer separaten Zeile durch Ankreuzen des Kästchens in Spalte 7 anzugeben;
- '7' zwischen 2018 und 2022 für Erdbebensicherungsmaßnahmen auf in Zonen mit hoher Erdbebengefährdung liegende Gebäude getragene Ausgaben und im seismischen Bereich 3, aus deren Ergreifen eine Verminderung des Erdbebenrisikos ergibt, die **einen Wechsel zu zwei niedrigeren Risikoklassen** bewirkt (Abzug in Höhe von 80%). Die nach dem 1. Juli 2020 entstandenen Aufwendungen sind in einer separaten Zeile durch Ankreuzen des Kästchens in Spalte 7 anzugeben;
- '8' zwischen 2018 und 2022 für Erdbebensicherungsmaßnahmen auf gemeinsame Teile eines in Zonen mit hoher Erdbebengefährdung liegenden Mehrfamilienhauses getragene Ausgaben und im seismischen Bereich 3, aus deren Ergreifen sich eine Verminderung des Erdbebenrisikos ergibt, die **einen Wechsel zu einer niedrigeren Risikoklasse** bewirkt (Abzug in Höhe von 75%). Die nach dem 1. Juli 2020 entstandenen Aufwendungen sind in einer separaten Zeile durch Ankreuzen des Kästchens in Spalte 7 anzugeben;
- '9' zwischen 2018 und 2022 für Erdbebensicherungsmaßnahmen auf gemeinsame Teile eines in Zonen mit hoher Erdbebengefährdung liegenden Mehrfamilienhauses getragene Ausgaben und im seismischen Bereich 3, die Wohnimmobilien oder Immobilien für Produktionstätigkeiten betreffen, aus deren Ergreifen eine Verminderung des Erdbebenrisikos ergibt, die **einen Wechsel zu zwei niedrigeren Risikoklassen** bewirkt (Abzug in Höhe von 85%). Die nach dem 1. Juli 2020 entstandenen Aufwendungen sind in einer separaten Zeile durch Ankreuzen des Kästchens in Spalte 7 anzugeben;
- '10' zwischen 2018 und 2022 für den Kauf von Immobilieneinheiten getragene Ausgaben, die Teil von wiederaufgebauten, in Zonen mit Erdbebengefährdung 1 gemäß dem Erlass des Ministerpräsidenten Nr. 3519 vom 28. April 2006, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 108 vom 11. Mai 2006, liegenden Gebäuden sind, deren Wiederaufbau **einen Wechsel zu einer niedrigeren Risikoklasse** bewirkt (Abzug in Höhe von 75%). Die nach dem 1. Juli 2020 entstandenen Aufwendungen sind in einer separaten Zeile durch Ankreuzen des Kästchens in Spalte 7 anzugeben;
- '11' vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2022 für den Kauf von Immobilieneinheiten getragene Ausgaben, die Teil von wiederaufgebauten, in Zonen mit Erdbebengefährdung 1 gemäß dem Erlass des Ministerpräsidenten Nr. 3519 vom 28. April 2006, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 108 vom 11. Mai 2006, liegenden Gebäuden sind, deren Wiederaufbau **einen Wechsel zu zwei niedrigeren Risikoklassen** bewirkt (Abzug in Höhe von 85%). Die nach dem 1. Juli 2020 entstandenen Aufwendungen sind in einer separaten Zeile durch Ankreuzen des Kästchens in Spalte 7 anzugeben;
- '12' vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2022 für die „**Ordnung des Grünen**“ in privaten ungedeckten Gebieten von existierenden Gebäuden, Immobilieneinheiten, Ausrüstungen oder Zäunen, Bewässerungsanlagen und Bohrlöchern getragene Ausgaben; Begrünungen und Realisierung von hängenden Gärten;
- '13' vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2022 für die „**Ordnung des Grünen**“ in äußeren gemeinsamen Teilen von Wohnblöcken ertragene Kosten;
- '15' Ausgaben, die ab dem 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2022 für Eingriffe zur Wiederherstellung oder Restaurierung der Außenfassade bestehender Gebäude, ganz gleich welcher Katasterkategorie, einschließlich gewerblich genutzter Gebäude, anfallen. Die Gebäude müssen sich in den Zonen A und B befinden, die im Ministerialerlass Nr. 1444/1968 festgelegt sind, oder in gemäß den regionalen und kommunalen Bauvorschriften vergleichbaren Zonen. Nur Eingriffe an den lichtundurchlässigen Flächen der Fassade, an den Balkonen oder an Ornamenten und Friesen sind förderfähig. Dies schließt auch Eingriffe ein, bei denen lediglich die Außenfassade gereinigt oder gestrichen wird. Der Bonus gilt jedoch nicht für Eingriffe an den Innenfassaden des Gebäudes, wenn diese nicht von der Straße oder vom öffentlich genutzten Gelände aus sichtbar sind (90%iger Abzug), für Ausgaben, die im Jahr 2022 anfallen, beträgt der Abzug 60 %;
- '16' Ausgaben, die ab dem 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2022 für die Installation von netzgekoppelten Photovoltaikanlagen auf vorhandenen Gebäuden anfallen, die in Verbindung mit einem der "interventi trainanti" (Primäreingriffe), also der Wärmedämmung von lichtundurchlässigen Oberflächen (Eingriffe, die mit den Codes 30, 31 in Abschnitt IV der Übersicht E angegeben sind), dem Austausch von Klimaanlage (Eingriffe, die mit den Codes 32 und 33 in Abschnitt IV der Übersicht E angegeben sind) oder dem Erdbebenschutz in den Erdbebenzonen 1, 2 und 3 durchgeführt werden, die zur Anwendung des Satzes von 110% berechtigen (Codes 5 bis 11);
- '17' Ausgaben, die ab dem 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2022 für die Installation von in Photovoltaikanlagen integrierten Speichersystemen anfallen, sofern diese zeitgleich oder im Anschluss an die in Code 16 genannten Eingriffe durchgeführt werden;
- '18' Der Leistung bis 20 kW entsprechende Anteil der Kosten, die ab dem 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2022 für Anlagen mit erneuerbaren Energiequellen anfallen, welche von Hausgemeinschaften betrieben werden, die sich an die Energiekonfigurationen gemäß Artikel 42-bis des Gesetzesdekrets Nr. 162 vom 30. Dezember 2019, umgewandelt mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 8 vom 28. Februar 2020, halten;
- '19' Der Leistung ab 20 kW und bis zu 200 kW entsprechende Anteil der Kosten, die ab dem 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2022 für Hausgemeinschaften anfallen, die sich an die Energiekonfigurationen gemäß Artikel 42-bis des Gesetzesdekrets Nr. 162 vom 30. Dezember 2019 halten, das mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 8 vom 28. Februar 2020 konvertiert wurde;
- '20' die zwischen dem 01. Januar 2021 und dem 31. Dezember 2022 anfallenden Kosten für Maßnahmen zur Beseitigung baulicher Hindernisse gemäß Artikel 16-bis, Absatz 1, Buchstabe e) des im Präsidialerlass Nr. 917 vom 22. Dezember 1986 genannten konsolidierten Gesetzes, auch wenn sie zugunsten von Personen über 65 Jahren durchgeführt werden, sofern sie in Verbindung mit mindestens einer der in den Seimbonus Maßnahmen (Codes von 5 bis 11) oder den Superbonus-Maßnahmen (Codes 30, 31, 32 und 33 des Abschnitts IV - Kosten für Energiesparmaßnahmen) genannten Maßnahmen durchgeführt werden. Wenn das Gebäude mindestens einer der Beschränkungen unter-

liegt, die im Kodex für das kulturelle Erbe und die Landschaft gemäß der Gesetzesverordnung Nr. 42 vom 22. Januar 2004 vorgesehen sind, oder die in Abschnitt IV. Wenn das Gebäude mindestens einer der Einschränkungen unterliegt, die im Kodex des kulturellen Erbes und der Landschaft gemäß der Gesetzesverordnung Nr. 42 vom 22. Januar 2004 vorgesehen sind, oder die Eingriffe gemäß den Codes 30, 31, 32 und 33 des Abschnitts IV-Ausgaben für Eingriffe zur Energieeinsparung durch Bau-, Stadtplanungs- und Umweltvorschriften verboten sind, gilt der Abzug auch dann, wenn die Eingriffe zur Beseitigung architektonischer Hindernisse nicht zusammen mit mindestens einem der Eingriffe gemäß den Codes 30, 31, 32 und 33 durchgeführt werden, unbeschadet der Anforderungen gemäß Absatz 3 des Artikels 119 der Gesetzesverordnung Nr. 34 vom 19. Mai 2020;

- '21' Ausgaben, die zwischen dem 1. Januar 2022 und dem 31. Dezember 2022 für die Durchführung von Arbeiten anfallen, die unmittelbar der Überwindung und Beseitigung architektonischer Barrieren in bestehenden Gebäuden dienen. Der Abzug beläuft sich auf **75 %** der Ausgaben bis zu einem Höchstbetrag von **50.000 €** für Arbeiten an **Einfamilienhäusern** oder an Gebäudeteilen innerhalb von Mehrfamilienhäusern, die funktional unabhängig sind und einen oder mehrere unabhängige Zugänge von außen haben
 - '22' Ausgaben, die zwischen dem 1. Januar 2022 und dem 31. Dezember 2022 für die Durchführung von Arbeiten anfallen, die unmittelbar der Überwindung und Beseitigung architektonischer Barrieren in bestehenden Gebäuden dienen. Der Abzug beläuft sich auf **75 %** der Ausgaben bis zu einem Höchstbetrag von **40.000 €** multipliziert mit der Anzahl der Gebäudeeinheiten, aus denen das Gebäude besteht, **bei Gebäuden mit 2 bis 8 Gebäudeeinheiten, oder 30 000 €** multipliziert mit der Anzahl der Gebäudeeinheiten, aus denen das Gebäude besteht, bei **Gebäuden mit mehr als 8 Gebäudeeinheiten**.
- **Spalte 3 (Steuernummer):** die Spalte ist nur in den folgenden Fällen auszufüllen.

Arbeiten an gemeinschaftlichen Teilen der Eigentumsgemeinschaft

Bei Eingriffen an gemeinschaftlichen Teilen der Eigentumsgemeinschaft müssen die einzelnen Miteigentümer die Steuernummer der Eigentumsgemeinschaft angeben und das Kästchen der Spalte 2 „Eigentumsgemeinschaft“ in einer der Zeilen von RP51 bis RP52 ankreuzen, ohne die Katasterdaten der Immobilie wiederzugeben. Diese Daten werden vom Verwalter der Eigentumsgemeinschaft in der Übersicht AC seiner eigenen Steuererklärung angegeben.

Für Eingriffe, die vor dem 14. Mai 2011 begonnen wurden, müssen die Miteigentümer die Steuernummer der Eigentumsgemeinschaft oder der Genossenschaft angeben, ohne den Abschnitt III-B auszufüllen.

Für Maßnahmen an gemeinsamen Teilen eines kleinen Mehrfamilienhauses, für das keine Steueridentifikationsnummer beantragt wurde, geben die Steuerpflichtigen zur Inanspruchnahme der Absetzung für bauliche Maßnahmen und Maßnahmen zur energetischen Neubewertung für den zustehenden Anteil die Steueridentifikationsnummer des Wohnungsbesitzers an, der die Überweisung getätigt hat.

In diesem Fall muss der Steuerzahler bei einer Kontrolle nachweisen, dass die Maßnahmen an gemeinsamen Teilen des Gebäudes durchgeführt wurden. Er muss auch den zugelassenen Vermittlern außer den üblicherweise erforderlichen Unterlagen zum Nachweis des Rechts auf die Absetzung eine Selbstbescheinigung ausstellen, die die Art der ausgeführten Arbeiten belegt und die Katasterdaten der Immobilieneinheit angibt, die Teil des Mehrfamilienhauses ist.

Eingriffe von Subjekten gemäß Artikel 5 des Tuir

Bei Eingriffen, die ab dem 14. Mai 2011 von einem der Subjekte gemäß Artikel 5 des TUIR (z.B. Personengesellschaft) durchgeführt werden, müssen die Subjekte, denen die Einkommen gemäß desselben Artikels angerechnet werden, in dieser Spalte die Steuernummer der Gesellschaft oder Körperschaft angeben und die Katasterdaten der Immobilie im Abschnitt III-B der Übersicht E eintragen.

Mitteilung an das Betriebszentrum Pescara

Bei Eingriffen, die vor dem 14. Mai 2011 begonnen wurden, ist in dieser Spalte die Steuernummer des Subjekts anzugeben, das eventuell auch für Rechnung des Erklärenden die Mitteilung an das Betriebszentrum Pescara geschickt hat (z.B. der Miteigentümer oder Mitinhaber der dinglichen Rechte an der Immobilie, die einfachen Gesellschaften und die anderen Körperschaften gemäß Art. 5 des TUIR). Die Spalte ist nicht auszufüllen, wenn die Mitteilung vom Erklärenden durchgeführt worden ist.

Kauf oder Zuweisung von renovierten Immobilien

Bei Kauf oder Zuweisung von Immobilieneinheiten, die zu renovierten Gebäuden gehören, muss die Steuernummer des Bau- oder Renovierungsunternehmens oder der Genossenschaft angegeben werden, die die Arbeiten ausgeführt hat.

- **Spalte 4 (Besondere Eingriffe):** die Spalte ist nur bei folgenden besonderen Eingriffen auszufüllen, wobei einer der folgenden Codes anzugeben ist:
 - “1” sollten die Ausgaben für eine Einzelmaßnahme in mehreren Jahren getragen worden sein. Zur Berechnung der absetzbaren Ausgabenhöchstgrenze sind die in den vorhergehenden Jahren getragenen Ausgaben zu berücksichtigen;
 - “4” für Ausgaben, die für den **Kauf oder die Zuweisung von Immobilien** getragen wurden, die zu **renovierten** Gebäuden gehören. Die Absetzung steht für einen Betrag zu, der 25 Prozent des Verkaufs- oder Zuweisungspreises der Immobilie entspricht. Steuerzahler, die nicht unter die oben angeführten Fälle fallen, müssen keinen Code anführen.
- in **Spalte 5, (Kauf, Erbschaft, Schenkung)** angeben:
 - “4” wenn der Steuerpflichtige im Jahr 2022 die Immobilie von einer Person geerbt, gekauft oder als Schenkung erhalten hat, die die in den vorhergehenden Jahren getragenen Ausgaben in 10 Raten aufgeteilt hatte.
- in **Spalte 6 (Erdbebenzuschlag)** Das Kästchen ist anzukreuzen, wenn in Spalte 1 die Codes ‘5’ bis ‘11’ angegeben sind und die Bedingungen für die Inanspruchnahme der 50%igen Erhöhung der Ausgabenobergrenze erfüllt sind.
- in **Spalte 7 (110%)** Das Kästchen ist anzukreuzen, wenn in Spalte 1 die Codes ‘5’ bis ‘11’ und ‘20’ angegeben sind, die Ausgaben für die entsprechenden Eingriffe ab dem 1. Juli 2020 angefallen sind und Sie die Voraussetzungen erfüllen, um die 110%igen Absetzung zu nutzen.
- in **Spalte 8 (Anzahl der Raten)** ist die Zahl der Raten anzugeben, die der Steuerzahler im Jahr 2022 in Anspruch nimmt. Für die Ausgaben des Jahres 2022 ist obligatorisch die Nummer ‘1’ einzutragen.
- in **Spalte 9 (Betrag der Ausgaben):** Den Gesamtbetrag der im Lauf des Jahres getragenen Ausgaben, die in Spalte 1 eingetragen ist, angeben. Im Fall von Kauf von wiederaufgebauten Immobilien (Code „10“ oder Code „11“ in der Spalte 2) ist der anzugebende Betrag in Höhe von dem Preis der einzelnen Immobilieneinheit, der aus dem öffentlichen Kaufvertrag entsteht. Im Fall eines Kaufs oder einer Zuweisung von renovierten Immobilien (Code ‘4’ in Spalte 4) beträgt der anzugebende Betrag 25% des Kaufpreises. Im Fall von Ausgaben für Arbeiten, die sich über me-

here Jahre fortsetzen (Code '1' in Spalte 4), und wenn die getragenen Ausgaben im Jahr 2022 die Fortsetzung einer in vorhergehenden Jahren begonnenen Arbeit an einer einzigen Immobilieneinheit eines einzigen Besitzers betreffen, darf der in dieser Spalte anzugebende Betrag nicht höher als die Differenz zwischen 96.000 € und der Ausgaben der letzten Jahre des Steuerpflichtigen sein, im Verhältnis zu den Arbeiten selbst. Für Käufe und Zuweisungen von Immobilien, die Teile von sanierten Gebäuden sind, und für die Erstellung von Fertiggaragen und Carports, die bis zum Jahr 2017 getätigt wurden, wenn man die Absetzung von 50 % der an den Bauunternehmer gezahlten Mehrwertsteuer in Anspruch nehmen möchte, wird vom Betrag der getragenen Ausgaben der Betrag von 50 % der gezahlten Mehrwertsteuer abgezogen.

■ in **Spalte 10 (Betrag der Raten)** den Betrag jeder Rate der getragenen Ausgaben eintragen. Dieser Betrag wird berechnet, indem der Betrag der in Spalte 9 eingetragenen Ausgaben (innerhalb der oben angeführten Grenzen) durch die Anzahl der gewählten Raten geteilt wird, die in Spalte 8 angeführt sind. Im Falle eines Kaufes oder einer Zuweisung von umgebauten Immobilien, muss die Rate mit Hinsicht auf 25 Prozent des Kaufpreises berechnet werden. Falls sich der Betrag der 2022 getragenen Ausgaben auf die Fortführung eines in den vorhergehenden Jahren begonnenen Eingriff (Code 1 in Spalte 4) an einer einzelnen Immobilieneinheit bezieht, darf der Betrag, der zur Berechnung der zuzustehenden zu berücksichtigen ist, nicht die Differenz zwischen 96.000 Euro und den Ausgaben überschreiten, die der Steuerpflichtige in den vorhergehenden Jahren in Bezug auf denselben Eingriff getragen hat.

■ in **Spalte 11 (Laufende Nr. Immobilie)**

Für die im Jahr 2022 getragenen Ausgaben müssen diese Spalte und der folgende Abschnitt III-B in Bezug auf die Kenndaten der Immobilie ausgefüllt werden, die Gegenstand der Arbeiten war. In dieser Spalte 11 ist dieselbe fortlaufende Nummer einzutragen, um die Immobilie zu identifizieren, die Gegenstand der Renovierungsarbeiten war. Dieselbe Nummer auch in der Spalte 1 des folgenden Abschnitts III-B wiedergeben. Wenn mehrere Eingriffe an derselben Immobilie vorgenommen und somit mehrere Zeilen des Teils III-A abgefasst wurden, muss in der Spalte 11 von allen Zeilen, die für dieselbe Immobilie abgefasst wurden, dieselbe fortlaufende Kennnummer angegeben werden, und im Abschnitt III-B ist eine einzige Zeile abzufassen. Die Arbeiten an Gemeinschaftsteilen von Wohngebäuden müssen mit einer eigenen fortlaufenden Nummer gekennzeichnet werden.

Abfassungsbeispiele

Beispiel 1 Im Jahr 2021 für den Umbau getragene Spesen: 30.000 Euro;
 Im Jahr 2022 für die Fortführung derselben Arbeiten getragene Spesen: 10.000 Euro.
Der in Spalte 10 anzugebende Betrag ist 1000 Euro (ein Zehntel von 10.000, in Spalte 9 angegebene Betrag).

Beispiel 2 Im Jahr 2020 für den Ausbau getragene Spesen: 30.000 Euro;
 Im Jahr 2021 für die Fortführung derselben Arbeiten getragene Spesen: 10.000 Euro;
 Im Jahr 2022 für die Fortführung derselben Arbeiten getragene Spesen: 60.000 Euro.

Da die Höchstgrenze von 96.000 Euro überschritten wurde, ist in diesem Fall **in Spalte 10 der Betrag von 5.600 Euro (ein Zehntel von 56.000 in Spalte 9 angegebene Betrag) anzugeben**, der sich aus folgender Berechnung ergibt:
 96.000 (Höchstgrenze) – 40.000 (in den Jahren 2020 und 2021 ausgegebener Gesamtbetrag).

Zeile RP48 Raten insgesamt

Spalte 1 (Absetzung von 60 Prozent): die Summe der Beträge in den Zeilen von RP41 bis RP47 angeben, in denen das Jahr in Spalte 2 gleich zu 2022 ist und die Spalte 2 den Code „15“ aufweist.

Spalte 2 (Absetzung von 50 Prozent): die Summe der Beträge in den Zeilen von RP41 bis RP47 angeben, in denen die Spalte 2 nicht abgefasst ist und in der Spalte 1 das Jahr 2013, 2014, 2015, 2016, 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022 angegeben ist bzw. das in Spalte 1 angegebene Jahr gleich zu 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022 und in dem Kästchen von Spalte 2 der Code 5 angegeben ist und Feld 7 ist nicht angekreuzt. Tragen Sie auch die Summe der in den Zeilen RP41 bis RP47 angegebenen Beträge ein, wenn in Spalte 2 der Code "19" und das in Spalte 1 angegebene Jahr gleich zu 2020, 2021 oder 2022 ist oder der Code "20" angegeben und das in Spalte 1 angegebene Jahr gleich zu "2021" oder 2022 und das Kästchen 7 nicht angekreuzt ist.

Spalte 3 (Absetzung von 65 Prozent): die Summe der Beträge in den Zeilen von RP41 bis RP47 angeben, in denen die Spalte 2 den Code „4“ aufweist und für die das in der Spalte 1 angegebene Jahr zwischen dem 2013 und dem 2016 liegt.

Spalte 4 (Absetzung von 70 Prozent): die Summe der in den Zeilen von RP41 bis RP47 angegebenen Beträge angeben, in denen das in der Spalte 1 angegebene Jahr 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022 ist und in dem Kästchen von der Spalte 2 der Code „6“ angegeben wird und Feld 6 ist nicht angekreuzt.

Spalte 5 (Absetzung von 75 Prozent): die Summe der in den Zeilen von RP41 bis RP47 angegebenen Beträge angeben, in denen das in der Spalte 1 angegebene Jahr 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022 ist und in dem Kästchen von der Spalte 2 der Code „8“ oder der Code „10“ angegeben wird und Feld 7 ist nicht angekreuzt oder im Kästchen der Spalte 2 der Code 21, 22 angegeben und das Jahr in Spalte 1 gleich zu 2022 ist.

Spalte 6 (Absetzung von 80 Prozent): die Summe der in den Zeilen von RP41 bis RP47 angegebenen Beträge angeben, in denen das in der Spalte 1 angegebene Jahr 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022 ist und in dem Kästchen von der Spalte 2 der Code „7“ angegeben wird und Feld 7 ist nicht angekreuzt.

Spalte 7 (Absetzung von 85 Prozent): die Summe der in den Zeilen von RP41 bis RP47 angegebenen Beträge angeben, in denen das in der Spalte 1 angegebene Jahr 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022 ist und in dem Kästchen von der Spalte 2 der Code „9“ oder der Code „11“ angegeben wird und Feld 7 ist nicht angekreuzt.

Spalte 8 (Absetzung Rate Grün-Bonus): die Summe der in den Zeilen von RP41 bis RP47 angegebenen Beträge angeben, in denen das in Spalte 1 angegebene Jahr gleich zu 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022 ist und in dem Kästchen der Spalte 2 der Code „12“ oder der Code „13“ angegeben wird und Feld 7 ist nicht angekreuzt.

Spalte 9 (90-prozentige Absetzung): Geben Sie die Summe der in den Zeilen RP41 bis RP47 angegebenen Beträge an, in denen das in Spalte 1 angegebene Jahr 2020 und 2021 ist und im Feld in Spalte 2 der Code "15" angegeben ist.

Spalte 10 (110%ige Absetzung): Geben Sie die Summe der in den Zeilen RP41 bis RP47 angegebenen Beträge an, in denen das in Spalte 1 angegebene Jahr gleich 2020, 2021 und 2022 ist, in Feld 2 der Code von 5 bis 11 angegeben ist und das Kästchen in der Spalte 7 angekreuzt ist. Geben Sie dann die Summe der in den Zeilen RP41 bis RP47 angegebenen Beträge an, wobei das in Spalte 1 angegebene Jahres 2020, 2021 und 2022 ist und in Feld 2 die Codes 16, 17 und 18 angegeben sind und das Kästchen in der Spalte 110% angekreuzt ist.

Zeile RP49 Gesamtbetrag Absetzung für im Abschnitt IIIA der Übersicht RP angegebene Ausgaben

In der **Spalte 1** ist der 60 Prozent des in der Zeile RP48 Spalte 1 angegebenen Betrags anzugeben
 In der **Spalte 2** ist der 50 Prozent des in der Zeile RP48 Spalte 2 angegebenen Betrags anzugeben
 In der **Spalte 3** ist der 65 Prozent des in der Zeile RP48 Spalte 3 angegebenen Betrags anzugeben
 In der **Spalte 4** ist der 70 Prozent des in der Zeile RP48 Spalte 4 angegebenen Betrags anzugeben
 In der **Spalte 5** ist der 75 Prozent des in der Zeile RP48 Spalte 5 angegebenen Betrags anzugeben
 In der **Spalte 6** ist der 80 Prozent des in der Zeile RP48 Spalte 6 angegebenen Betrags anzugeben
 In der **Spalte 7** ist der 85 Prozent des in der Zeile RP48 Spalte 7 angegebenen Betrags anzugeben
 In der **Spalte 8** ist der 36 Prozent des in der Zeile RP48, Spalte 8 angegebenen Betrags anzugeben.
 In der **Spalte 9** ist der 90 Prozent des in der Zeile RP48, Spalte 9 angegebenen Betrags anzugeben.
 In der **Spalte 10** ist der 110 Prozent des in der Zeile RP48, Spalte 10 angegebenen Betrags anzugeben.

Die Summe der Beträge der Absetzungen ist in der Zeile RN14 anzugeben.

ABSCHNITT III B - Katasterdaten der Immobilien und sonstige Angaben zur Inanspruchnahme des Abzugs

Für die Eingriffe zur Wiedergewinnung der Bausubstanz, die ab 2011 begonnen wurden, sind in der Steuererklärung die Katasterdaten der Immobilien und die sonstigen Daten anzugeben, die für die Inanspruchnahme der Absetzung notwendig sind. Dieser Abschnitt ist für die im Jahr 2022 getragenen Ausgaben auszufüllen. Für die vom 2013 bis 2021 getragenen Ausgaben müssen die Katasterdaten der Immobilien nicht erneut angegeben werden, wenn sie bereits in den Steuererklärungen für diese Jahre eingetragen wurden. Wenn die verfügbaren Zeilen nicht ausreichen, ist eine zusätzliche Übersicht abzufassen und daran zu denken, das Kästchen "Vordr. Nr." oben rechts auf dem Vordruck fortlaufend zu nummerieren. Außer diesem Abschnitt muss auch die Spalte 11 des vorstehenden Abschnitts III-A ausgefüllt werden.

Zeilen RP51 und RP52 – Katastererkennungsdaten der Immobilie

Spalte 1 (Laufende Nr. Immobilie): die fortlaufende Nummer, die die renovierungseingriffgegenständliche Immobilie identifiziert und in der Spalte 11 des Abschnitts III A der Übersicht RP angegeben wurde, wiedergeben. Wenn mehrere Eingriffe in Bezug auf dieselbe Immobilie durchgeführt und somit mehrere Zeilen des Abschnitts III A unter Angabe derselben laufenden Nummer in der Spalte 11 abgefasst wurden, muss in diesem Abschnitt nur eine Zeile abgefasst werden.

Spalte 2 (Eigentumsgemeinschaft): Die Kästchen muß angekreuzt werden, wenn es sich um Eingriffe an gemeinschaftlichen Teilen der Eigentumsgemeinschaft handelt. Die einzelnen Miteigentümer erklären durch Ankreuzen dieses Kästchens, dass sich die im Abschnitt III-A der Übersicht RP angegebenen Kosten auf Eingriffe an Gemeinschaftsteilen der Eigentumsgemeinschaft beziehen. Daher müssen die nachfolgenden Spalten der Zeilen RP51 und RP52 bezüglich der Katasterdaten der Immobilie nicht abgefasst werden, da diese Daten vom Verwalter der Eigentumsgemeinschaft in der Übersicht AC der eigenen Steuererklärung angegeben werden. In Spalte 3 des Teils III-A muss die Steuernummer der Eigentumsgemeinschaft angegeben werden. Wenn im Fall eines „kleinen Mehrfamilienhauses“ die Wohnungsbesitzer keine Steueridentifikationsnummer des Mehrfamilienhauses beantragt haben, ist die Steueridentifikationsnummer des Wohnungsbesitzer einzutragen, der die entsprechende Überweisung getätigt hat.

Spalte 3 (Kennzahl der Gemeinde): den Katastercode der Gemeinde, in der die Immobilieneinheit liegt, angeben. Der Gemeindecodex kann je nach Fall aus vier oder fünf Zeichen bestehen, wie im Katasterdokument angegeben.

Spalte 4 (Grundbuch / Städtisches Gebäudekataster): 'T' (G), wenn die Immobilie im Grundbuch eingetragen ist, 'U' (SG), wenn die Immobilie im Städtischen Gebäudekataster eingetragen ist

Spalte 5 (Stadtabschnitt/Katastergemeinde): die gegebenenfalls im Katasterdokument angegebenen Buchstaben oder Nummern wiedergeben. Für die in Gebieten, in denen das Grundbuchsystem gilt, gelegenen Immobilien den Code "Katastergemeinde" angeben.

Spalte 6 (Seite): die im Katasterdokument angegebene Seitennummer wiedergeben.

Spalte 7 (Bauparzelle): die im Katasterdokument angegebene Parzellenummer wiedergeben, die aus zwei Teilen, zu fünf bzw. vier durch einen Trennstrich getrennte Ziffern, bestehen kann. Wenn die Parzelle nur aus einer Ziffernreihe besteht, muss diese im Teil links von dem Trennstrich angegeben werden.

Spalte 8 (Baueinheit): gegebenenfalls die im Katasterdokument angegebene Baueinheitnummer wiedergeben.

Zeile RP53 – Sonstige Angaben (Registrierdaten des Vertrags und Daten des Katastrierungsantrags)

Wenn die Arbeiten vom Mieter (oder Entleiher) durchgeführt werden, müssen neben den Katastererkennungsdaten der Immobilie (Zeilen RP51 und RP52) auch die Registrierdaten des Miet- oder Leihvertrags (Spalten 3 bis 6 des Zeile RP53 bzw. Spalte 7, wenn man über die Identifikationsnummer des Vertrags verfügt) angegeben werden.

Wenn die Immobilie zum Zeitpunkt der Vorlage der Erklärung noch nicht erfasst ist, müssen die Daten des Katastrierungsantrags (Spalten 8 bis 10 der Zeile RP53) angegeben werden.

Spalte 1 (Laufende Nr. Immobilie): die fortlaufende Nummer, die die renovierungseingriffgegenständliche Immobilie identifiziert und in der Spalte 11 des Teils III A der Übersicht RP angegeben wurde, wiedergeben. Wenn mehrere Eingriffe in Bezug auf dieselbe Immobilie durchgeführt und somit mehrere Zeilen des Abschnitts III A unter Angabe derselben laufenden Nummer in der Spalte 10 abgefasst wurden, muss in diesem Teil nur eine Zeile abgefasst werden.

Spalte 2 (Eigentumsgemeinschaft): die Anleitung bezüglich der Spalte 2 der Zeile RP51 und RP52 befolgen. Wenn dieses Kästchen angekreuzt wird, müssen die folgenden Spalten der Zeile RP53 nicht abgefasst werden.

Mieter – Registrierdaten des Miet- oder Leihvertrags

Die Daten können folgenden Unterlagen entnommen werden:

- dem in der Dienststelle registriertem Miet- oder Leihvertrag;
- der vom telematischen Dienst bei der Registrierung über Siria, Iris, 'Vermietungen Web' oder 'Verträge online', ausgestellten Bescheinigung und Vordruck RLI.

Spalte 3 (Datum): das Datum der Registrierung des Vertrags angeben.

Spalte 4 (Serie): den Code der Registrierweise angeben:

„1T“ Registrierung auf telematischen Weg mithilfe einer Amtsperson;

'3' Registrierung des Vertrag bei einer Dienststelle der Agentur der Einnahmen;

'3P' telematische Registrierung über Siria und Iris;

'3T' telematische Registrierung über andere Anwendungen (Vermietungen Web, Verträge online und Vordruck RLI);

'3A' und '3B' Seriencodes, die bei den Dienststellen in der Vergangenheit verwendet wurden.

Spalte 5 (Nummer und Unternummer): die Nummer und die eventuelle Unternummer der Registrierung des Vertrags angeben.

Spalte 6 (Code Dienststelle Agentur Einnahmen): den Erkennungscode der Dienststelle der Agentur der Einnahmen angeben, bei der der Vertrag registriert wurde. Die Codes der Dienststellen der Agentur der Einnahmen können der entsprechenden, im Abschnitt bezüglich der Mietverträge vorhandenen Tabelle auf der Website www.agenziaentrate.gov.it entnommen werden.

Spalte 7 (Dokumentencode des Vertrags): den Dokumentencode des Vertrags angeben, der aus 17 Zeichen besteht und aus der Kopie des Vordruck des Antrags auf Registrierung des an das Amt zurückgegebenen Mietvertrags zu entnehmen ist, oder im Fall von telematisch registrierten Verträgen aus dem Registrierungsbeleg. Wenn die Spalten 3 bis 6 ausgefüllt wurden, ist diese Spalte nicht auszufüllen.

Katastrierungsantrag

Wenn die Immobilie zum Zeitpunkt der Erklärung noch nicht erfasst wurde, müssen die Daten des Katastrierungsantrags wiedergegeben werden.

Spalte 8 (Datum): das Vorlagedatum des Katastrierungsantrags angeben.

Spalte 9 (Nummer): die Nummer des Katastrierungsantrags angeben.

Spalte 10 (Provinz Dienststelle der Agentur der Einnahmen): das Kürzel der Provinz angeben, in der die Dienststelle der Agentur der Einnahmen liegt, bei der der Antrag vorgelegt wurde.

ABSCHNITT III C - Ausgaben für Einrichtung von Immobilien von jungen Paaren Absetzung der Steuer von 50 % und von 110%

In diesem Abschnitt sind die getragenen Ausgaben anzugeben, für die die Steuerabsetzung von 50 % zusteht, und zwar:

- Ausgaben für die Tilgung der nicht durch Beiträge gedeckten Zeiträume (sogenannter "Beitragsfrieden") und für die Installation von Ladesäulen für Elektrofahrzeuge;
- Ausgaben für die Einrichtung der sanierten Immobilie;
- Ausgaben für die Einrichtung der Hauptwohnung von jungen Paaren;
- Der Betrag der Mehrwertsteuer, die für den Kauf der vom Bauunternehmen verkauften Immobilieneinheit zu Wohnzwecken der Energie-Klasse A oder B gezahlt wurde.

Zeile RP56 - Beitragsfrieden oder Ladesäulen

Geben Sie die Ausgaben für die Tilgung der nicht durch Beiträge gedeckten Zeiträume (den so genannten "Beitragsfrieden") und für die Installation der Ladeinfrastruktur von Elektrofahrzeugen an.

- in Spalte 1 den Code zur Identifizierung der Ausgabe;
- in Spalte 2 das Jahr, in dem die Ausgaben getätigt wurden;
- in Spalte 3 die angefallenen Ausgaben;
- in Spalte 4 den Betrag der Rate.

Die Codes zur Identifizierung der Ausgaben, für die der 50%ige Abzug anwendbar ist, lauten wie folgt:

"1" für die Tilgung nicht durch Beiträge gedeckten Zeiträume (sog. "Beitragsfrieden"). Die Tilgung von nicht durch Beiträge gedeckten Zeiträumen steht denjenigen zu, die am 31. Dezember 1995 kein Beitragsalter hatten. Der Abzug wird auch den Hinterbliebenen des Versicherten oder seinen Verwandten und Schwiegereltern bis zum zweiten Grad gewährt, die den Antrag gestellt und die Last im Namen des Versicherten getragen haben. Der Abzug basiert auf dem während des Steuerjahres tatsächlich gezahlten Betrag und wird in 5 gleiche Raten aufgeteilt. Die im Jahr 2022 angefallenen Ausgaben, die im selben Jahr anstelle von Prämienzahlungen verwendet wurden und in Punkt 581 und/oder 601 der Einheitlichen Bescheinigung 2023 angegeben sind, können nicht geltend gemacht werden. Die Beträge, für die der Abzug für Arbeitslose anwendbar ist (Zeilen E8 bis E11, Code 32) oder der Abzug vom Gesamteinkommen (Zeile E21), können in dieser Zeile nicht angegeben werden.

"2" für die Anschaffung und die Installation von **Aufladeeinrichtungen für elektrisch betriebene Fahrzeuge**. Der Abzug ist anwendbar auf Ausgaben, die zwischen dem 1. März 2019 und dem 31. Dezember 2021 im Zusammenhang mit der Anschaffung und der Installation von Aufladeinfrastrukturen für elektrisch betriebene Fahrzeuge anfallen, einschließlich der Anfangskosten für die Beantragung zusätzlicher Leistung bis maximal 7 kW und einschließlich Arbeiten, die ausschließlich der Durchführung des Projekts dienen. Die Infrastruktur muss mit einem oder mehreren Ladepunkten mit Standardstrom ausgestattet und nicht öffentlich zugänglich sein. Die Kosten dürfen 3.000 € nicht übersteigen, und der Abzug wird in 10 gleiche Raten aufgeteilt. Der Abzug steht den Steuerzahlern zu, die die Kosten für die subventionierbaren Eingriffe tragen, wenn die Ausgaben zu ihren Lasten geblieben sind und sie das Gebäude oder die Fläche unter einem entsprechenden Titel besitzen oder halten. Der Abzug wird auch auf die dokumentierten, zu Lasten des Steuerzahlers verbleibenden Ausgaben für die Anschaffung und die Installation von Ladeinfrastruktur in den gemeinsamen Teilen der Eigentumswohnungsgebäude angewandt. Die Zahlungen werden vom Steuerzahler per Bank- oder Postüberweisung oder durch andere nachvollziehbare Zahlungsmittel wie Debit-, Kredit- und Prepaid-Karten, Bankschecks und Barschecks geleistet. Diese Zahlungsarten sind nicht für Zahlungen, die mit vorgeschriebener Zahlungsmodalität an öffentliche Verwaltungen zu tätigen sind, erforderlich. Der Steuerzahler ist verpflichtet, auf Nachfrage der Finanzämter Rechnungen, Steuerbelege, den Überweisungsbeleg und andere geeignete Unterlagen, die die tatsächlich entstandenen Kosten belegen, aufzubewahren und vorzuzeigen.

"3" für den Kauf und die Installation von **Aufladevorrichtungen für elektrisch betriebene Fahrzeuge, die in Verbindung mit den Superbonus Eingriffen** durchgeführt werden. Dieser Code ist ausschließlich für Ausgaben zu verwenden, die ab dem 1. Juli 2020 in Verbindung mit einem der sogenannten "interventi trainanti" (Primäreingriffen) entstehen, die in Abschnitt IV mit den Codes "30", "31", "32" und "33" gekennzeichnet sind. In diesem Fall wird der Abzugssatz auf 110 % erhöht und in 5 Jahresraten aufgeteilt. Dieser Code sollte auch für Ausgaben verwendet werden, die im Jahr 2022 für Arbeiten anfallen, die 2020 begonnen und in den folgenden Jahren fortgesetzt werden. Für Ausgaben, die im Jahr 2022 getätigt werden, ist der Abzug in 4 Jahresraten aufzuteilen.

"4" für den Kauf und die Installation von **Aufladevorrichtungen für elektrisch betriebene Fahrzeuge in Einfamilienhäusern, die in Verbindung mit den Superbonus-Maßnahmen durchgeführt werden**. Dieser Code ist ausschließlich für Ausgaben zu verwenden, die ab dem 1. Januar 2021 in Verbindung mit einer der so genannten treibenden Maßnahmen entstehen, die mit den Codes "30", "31", "32" und "33" in Abschnitt IV für Maßnahmen an Einfamilienhäusern oder für Gebäudeeinheiten in Mehrfamilienhäusern gekennzeichnet sind, die funktionell unabhängig sind und einen oder mehrere unabhängige Zugänge von außen haben. In diesem Fall wird der Abzugssatz auf 110 % erhöht und in 5 Jahresraten aufgeteilt, und die Ausgabengrenze liegt bei 2.000 Euro für jede der beiden Gebäudeeinheiten, für die der Superbonus verwendet werden kann. Für Ausgaben, die im Jahr 2022 anfallen, wird der Abzug in 4 gleiche jährliche Raten aufgeteilt.

"5" für den **Erwerb und die Installation von Aufladevorrichtungen für elektrisch betriebene Fahrzeuge in Mehrfamilienhäusern oder Eigentumswohnungen, die in Verbindung mit den Superbonus-Interventionen durchgeführt werden.** Dieser Code ist ausschließlich für Ausgaben zu verwenden, die nach dem **1. Januar 2021 in Verbindung** mit einer der so genannten "führenden" Maßnahmen anfallen, die mit den Codes "30", "31", "32" und "33" des Abschnitts IV für Interventionen an Mehrfamilienhäusern oder Eigentumswohnungen gekennzeichnet sind. In diesem Fall wird der Satz des Abzugs auf 110 % erhöht und in 5 Jahresraten aufgeteilt, und die Ausgabenobergrenze beträgt 1.500 € für maximal acht Spalten und 1.200 € für die Anzahl der Spalten, die über die ersten acht hinausgehen. Die Erleichterung soll sich auf eine einzige Ladestation pro Grundstückseinheit beziehen. Für Ausgaben, die im Jahr 2022 anfallen, wird der Abzug in 4 gleiche jährliche Raten aufgeteilt.

Einzig für Ausgaben im Zusammenhang mit Aufladungsinfrastruktur für Elektrofahrzeuge muss, im Falle von Ausgaben zulasten der transparenten Gesellschaft (Art. 5 oder Art. 116 des TUIR), zu dessen Gesellschafter der Erklärende gehört, in Spalte 8 der Betrag der Ausgaben angegeben werden, der im Jahr aus Spalte 7 von der Gesellschaft getätigt wurde, im Umfang des vom Erklärenden getragenen Anteils, bis zu einem Höchstbetrag je nach dem entsprechenden Code, und in Spalte 5 die Steuernummer der jeweiligen Gesellschaft; im Falle einer Beteiligung an mehreren Gesellschaften, muss ein separater Vordruck für jede einzelne ausgefüllt werden, allerdings nur die Spalten 5, 6, 7, 8 und 9 ausgefüllt werden. Spalte 6 ist wie oben mit dem Code "2" oder "3" oder "4" oder "5" auszufüllen, je nachdem, ob die entstandenen Aufwendungen zu einer 50- oder 110%igen Absetzung berechtigen und je nachdem, wann die Aufwendungen entstanden sind.

Zeile RP57 - Ausgaben für die Einrichtung renovierter Gebäude

Den Steuerpflichtigen, die die Absetzung von 50 Prozent für Eingriffe zur Wiedergewinnung der Bausubstanz in Anspruch nehmen (Abschnitt III-A), steht eine Absetzung von 50 Prozent der getätigten Ausgaben für die Kauf von Möbeln und großen Elektrohaushaltsgeräten getragen wurden, die mindestens der Klasse A+ angehören sowie der Klasse A bei Elektroherden sowie für die Geräte, für die die Energieetikettierung vorgesehen ist, und die der Einrichtung der renovierten Immobilie dienen.

Für Ausgaben, die ab 2022 getätigt werden, müssen die neuen Energielabels für Haushaltsgeräte berücksichtigt werden, so dass der Abzug für den Kauf von Möbeln und Haushaltsgroßgeräten zur Ausstattung der zu renovierenden Immobilie mindestens der Klasse A für Backöfen, der Klasse E für Waschmaschinen, Wäschetrockner und Geschirrspüler, der Klasse F für Kühl- und Gefriergeräte, für Geräte, für die das Energielabel vorgesehen ist, zusteht. Die Ausgaben für den Kauf von Möbeln und großen Haushaltsgeräten werden verrechnet, um den Steuerabzug unabhängig von der Summe der getragenen Kosten für die Umbauarbeiten in Anspruch nehmen zu können.

Die Absetzung steht nur dann zu, wenn Ausgaben für die folgenden Eingriffe zur Wiedergewinnung der Bausubstanz getragen wurden:

- ordentliche Instandhaltung von gemeinschaftlichen Teilen des Wohngebäudes;
- außerordentliche Instandhaltung, Restaurierung, erhaltende Sanierung Renovierung an den gemeinschaftlichen Teilen des Wohnhauses und an einzelnen Wohnimmobilieneinheiten;
- Wiederaufbau oder Wiederherstellung der durch Naturkatastrophen beschädigten Immobilie;
- Renovierung ganzer Gebäude oder von Immobilien durch Bauunternehmen oder Baugenossenschaften, die innerhalb von sechs Monate nach Beendigung der Arbeiten die Veräußerung oder Zuweisung der Immobilie vornehmen.

Zu den zusätzlichen Maßnahmen, die auf die außerordentliche Instandhaltung zurückzuführen sind, gehören Maßnahmen zur Energieeinsparung mit der Anwendung erneuerbarer Energiequellen und/oder dem Austausch der grundlegenden Elemente der technologischen Anlagen. Bei Eingriffen an den gemeinschaftlichen Teilen der Eigentumsgemeinschaft ist die Absetzung nur für den Kauf von geförderten Gütern zulässig, die der Ausstattung der gemeinschaftlichen Teile dienen (z.B. Portiersloge, Hausmeisterwohnung). Das Datum des Arbeitsbeginns für die Renovierung muss vor dem Datum liegen, in den die Ausgaben für den Kauf von Möbeln und großen Elektrohaushaltsgeräten getragen wurden, es ist jedoch nicht notwendig, dass die Renovierungskosten vor den Kosten zur Einrichtung der Wohnung getragen werden. Sollte der Kauf von Möbeln und großen Elektrohaushaltsgeräten einer einzigen Immobilie geweckt sein, welche Teil eines völlig von Bauunternehmen oder von Immobilienrenovierungsunternehmen und Baugenossenschaften renovierten Gebäudes ist, gilt als Zeitpunkt des Anfangs der Arbeit der Zeitpunkt des Kaufs oder der Zuschreibung der Immobilie.

Die Absetzung steht für die Ausgaben zum Kauf von neuen Möbeln oder großen Elektrohaushaltsgeräten zu.

Zu den großen Elektrohaushaltsgeräten gehören insbesondere: Kühlschränke, Kühltruhen, Waschmaschinen, Wäschetrockner, Kochgeräte, elektrische Öfen, elektrische Heizplatten, Mikrowellenherde. Es besteht die Möglichkeit, auch die Transport- und Montagekosten für die gekauften Güter zur Absetzung zu bringen. Für die Ausstattungsausgaben, die vom 6. Juni 2013 bis zum 31. Dezember 2016 durchgeführt wurden, steht der Steuerabzug bis maximal **10.000 Euro** zu, wenn Ausgaben für die Maßnahmen zur Wiedergewinnung der Bausubstanz ab dem 26. Juni 2012 durchgeführt wurden.

Ab dem Steuerjahr 2017 bis zum 31. Dezember 2020 ist der Abzug auf einen Höchstbetrag von **10.000 Euro** für die in jedem Jahr anfallenden Einrichtungskosten begrenzt, sofern die damit verbundenen Arbeiten zur Wiedergewinnung der Bausubstanz frühestens am 1. Januar des Vorjahres begonnen haben. Bei Renovierungsarbeiten, die während des Steuerjahres, das von der Erklärung abgedeckt wird, durchgeführt oder im Vorjahr begonnen und im Steuerjahr, das von der Erklärung abgedeckt wird, fortgesetzt wurden, werden bei der Bestimmung der Obergrenze von 10.000 Euro auch die im Vorjahr angefallenen Einrichtungskosten berücksichtigt, für die der Abzug bereits in Anspruch genommen wurde. Beispielsweise ist der Abzug auf einen Höchstbetrag von 10.000 Euro für im Jahr 2020 anfallende Einrichtungskosten begrenzt, wenn die Arbeiten zur Wiedergewinnung der Bausubstanz im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2019 und dem 31. Dezember 2020 begonnen haben. Bei Renovierungsarbeiten, die im Jahr 2019 durchgeführt oder 2019 begonnen und 2020 fortgesetzt wurden, werden bei der Bestimmung der Obergrenze von 10.000 Euro auch die im Jahr 2019 angefallenen Einrichtungskosten berücksichtigt, für die der Abzug bereits in Anspruch genommen wurde. Vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 wird der Abzug für einen Höchstbetrag von 16.000 Euro gewährt, der nicht überschritten werden darf.

Vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 wird der Abzug für einen Höchstbetrag von 10.000 Euro gewährt, der nicht überschritten werden darf.

Der Abzug wird in 10 Jahresraten gleicher Höhe aufgeteilt. Die Ausgabenhöchstgrenzen beziehen sich auf die einzelne Immobilieneinheit und ihr Zubehör bzw. auf den gemeinschaftlichen Teil renovierten Gebäudes, unabhängig von der Anzahl der Steuerpflichtigen, die sich an der Ausgabe beteiligen.

Die Zahlung der Ausgaben muss durch Bank- oder Postüberweisungen (in diesem Fall ist es nicht erforderlich, die eigens für Ausgaben von baulichen Sanierungen vorgesehene Überweisung, die einem Einbehalt unterliegt, zu verwenden), oder durch Kredit- oder Debitkarte ausgeführt werden. In letzterem Fall gilt als Zahlungsdatum der Tag, an dem die Kreditkarte oder Debitkarte vom Karteninhaber benutzt wurde, und der aus der telematischen Quittung der erfolgten Transaktion hervorgeht. Nicht erlaubt ist hingegen, die Zahlung mit Bankschecks, Bargeld oder anderen Zahlungsmitteln vorzunehmen.

Die Unterlagen zum Nachweis der tatsächlichen Zahlung (Belege der Überweisungen, Belege der erfolgten Transaktion bei Zahlungen mit Kreditkarte oder Debitkarte, Belege der Abbuchung vom Konto) und die Rechnungen für den Kauf der Güter unter Angabe der Art, Qualität und Menge der gekauften Güter und Dienstleistungen müssen aufbewahrt werden.

Die Absetzung ist auch für den Kauf von Möbeln und großen Haushaltsgeräten zulässig, die mit einer Ratenfinanzierung erworben wurden. Für weitere Informationen wird auf die Rundschreiben 29/E vom 18. September 2013 und Nr. 11/E vom 21. Mai 2014 und Nr. 12/E vom 08 April 2016 und 28/E vom 25 Juli 2022 verwiesen.

Zu übermittelnde Dokumente

Zur Überwachung und Bewertung der Energieeinsparung, die durch bauliche und technologische Maßnahmen erreicht wurde, welche eine Energieeinsparung mitbringen und/oder erneuerbare Energiequellen benutzen oder den die für Gebäuderenovierungen vorgesehenen steuerlichen Absetzungen zugänglich sind, hat das Haushaltsgesetz 2018 die Verpflichtung eingeführt, dem ENEA die Informationen über die durchgeführte Arbeit zu übermitteln, so wie für die steuerlichen Absetzungen für die Maßnahmen zur energetischen Sanierung bereits vorgesehen wurde (Ecobonus). Um die ordnungsgemäße Umsetzung des Nationalen Aufbau- und Resilienzplans zum Thema "Ecobonus und Sismabonus bis zu 110 Prozent für Energieeffizienz und Sicherheit in Gebäuden" zu gewährleisten sowie um die Renovierungsarbeiten an Gebäuden und den Kauf von Möbeln und Haushaltsgroßgeräten zu überwachen, einschließlich der Bewertung der dadurch erzielten Energieeinsparungen, werden analog zu dem, was bereits im Bereich der Steuerabzüge für die energetische Sanierung von Gebäuden (Ecobonus) vorgesehen ist, Informationen über die durchgeführten Arbeiten nach deren Abschluss elektronisch an die ENEA übermittelt.

Die Übermittlung der Daten muss innerhalb der Frist von 90 Tagen ab dem Zeitpunkt der Beendigung der Arbeit oder der Prüfung erfolgen. Für im Jahr 2022 abgeschlossene Arbeiten muss die Mitteilung innerhalb von 90 Tagen nach Abschluss der Arbeiten über die Website <https://bonusfiscali.enea.it>.Se erfolgen; liegt der Abschluss der Arbeiten zwischen dem 1. Januar und dem 31. März 2022, beginnt die 90-Tage-Frist am 1. April 2022, dem Tag, an dem die Website online geht. Eine unterlassene oder verspätete Übermittlung der Informationen führt nicht zum Verlust des Vorsteuerabzugsrechts. Auf der Webseite www.acs.enea.it steht eine Kurzanleitung mit der Bezeichnung „Absetzungen Renovierungen“ zur Verfügung, wobei die baulichen und technologischen Maßnahmen gelistet sind, für die eine Verpflichtung zur Übermittlung dem ENEA gilt.

Spalten 1, 2, 4, 5 (Nr. Rate und Ausgaben für die Einrichtung der Immobilie) – Für jede Immobilieneinheit, die Gegenstand des Umbaus war, sind die Anzahl der Raten (Spalten 1 und 4) und die getragenen Ausgaben (Spalten 2 und 5) bis zu einem Höchstbetrag von 10.000 Euro für Ausgaben, die bis zum 31. Dezember 2020 anfallen, und 16.000 € für Ausgaben, die im Jahr 2022 anfallen, anzugeben. Bei zwei renovierten Immobilien ist eine zusätzliche Übersicht auszufüllen, wobei daran zu denken ist, das Kästchen „Vordr. Nr.“ oben rechts auf dem Vordruck fortlaufend zu nummerieren.

Spalten 3 und 6 (Ratenbetrag) - Den Betrag jeder Rate angeben, indem der Gesamtbetrag der getragenen Ausgabe laut Spalte 2 und 5 durch zehn geteilt wird.

Zeile RP58 (Ausgaben für die Einrichtung von Immobilien von jungen Paaren)

Jungen Paaren eine Absetzung von 50 % der für den Kauf von neuen für die Einrichtung der Hauptwohnung bestimmten Möbeln getragenen Ausgaben zuerkannt. **Die Absetzung steht nicht für den Kauf von großen Elektrogeräten zu.**

Hinweis: Die Absetzung „für die Einrichtung von Immobilien von jungen Paaren“ ist nicht mit dem Bonus „Einrichtung sanierte Immobilien“ kumulierbar. Daher ist es nicht gestattet, beide Steuererleichterungen für die Einrichtung desselben Wohneinheit in Anspruch zu nehmen.

Zur Inanspruchnahme der Steuererleichterung war Folgendes erforderlich:

- Es muss sich um ein Paar handeln, das sich im Jahr 2016 verheiratet hat;
- oder es muss sich um ein nichteheliches Paar handeln, das seit mindestens drei Jahre zusammenlebt, wobei diese Bedingung für das Jahr 2016 zutreffen musste. Diese Bedingung musste entweder durch Eintragung der beiden Teile in denselben Familienstand oder durch eine im Sinne des D.P.R. Nr. 445 vom 28. Dezember 2000 ausgestellte Selbstbescheinigung bestätigt werden;
- Mindestens einer der Teile des Paares musste zum 31. Dezember 2016 nicht über 35 Jahre alt sein;
- Im Jahr 2015 oder 2016 muss ein kostenpflichtiger oder kostenloser Erwerb einer als Hauptwohnung des jungen Paares zu verwendenden Immobilieneinheit stattgefunden haben. Der Erwerb konnte von beiden Partnern oder nur von einem ausgeführt werden, vorausgesetzt, derjenige, der die Immobilie erworben hat, war nicht älter als 35 Jahre;
- Die Immobilieneinheit musste als Hauptwohnung des Paares verwendet werden.

Der Kauf der Möbel konnte auch durchgeführt werden, bevor die aufgezählten Vorbedingungen eintraten, vorausgesetzt, sie traten im Lauf des Jahres 2016 ein und die Immobilieneinheit wurde zum Zeitpunkt der Einreichung der Einkommensteuererklärung für das Steuerjahr 2016 als Hauptwohnung verwendet. Mit dem Rundschreiben Nr. 7/E vom 31. März 2016 wurde klargestellt, dass zur Inanspruchnahme der Absetzung der Ausgaben für die Einrichtung der Immobilien von jungen Paaren die Verwendung als Hauptwohnung der gekauften Immobilieneinheit zum Zeitpunkt der Einreichung der Einkommensteuererklärung bestehen muss.

Die Absetzung steht zu einem Höchstbetrag von 10.000 Euro zu und wird in zehn jährliche Anteile gleicher Höhe aufgeteilt. Die Obergrenze von 16.000 Euro bezieht sich auf das Paar. Wenn also die getragenen Ausgaben den genannten Betrag übersteigen, muss die Absetzung auf den Höchstbetrag von 16.000 € berechnet und zwischen den Ehepartnern oder Lebenspartnern auf der Grundlage der Ausgaben aufgeteilt werden, die jeder der beiden tatsächlich getragen hat.

Die Zahlung der Ausgaben musste durch Bank- oder Postüberweisung ohne die Notwendigkeit, die eigens für Ausgaben von baulichen Sanierungen vorgesehene Überweisung zu verwenden, oder durch Kredit- oder Debitkarte ausgeführt werden. In diesem Fall gilt als Datum der Zahlung der Tag der Verwendung der Kredit- oder Debitkarte, der im telematischen Beleg der erfolgten Transaktion angegeben ist. Wenn die Zahlung über Bank- oder Postüberweisung erfolgte, war es nicht erforderlich, die eigens für Ausgaben von baulichen Sanierungen vorgesehene Überweisung zu verwenden (diese unterliegt einem Einbehalt. Eine Zahlung durch Bankschecks, Bargeld oder andere Zahlungsmittel ist hingegen nicht erlaubt. Die Unterlagen, die die effektive Zahlung belegen (Überweisungsbelege, Belege der erfolgten Transaktion für Zahlung durch Kredit- oder Debitkarte, Dokumentation der Belastung des Girokontos), die Rechnungen für die Ankäufe der Güter, mit Angabe der Art, Qualität und Menge der gekauften Güter und Dienstleistungen oder detaillierte Zahlungsbelege sind aufzuheben.

Für weitere Informationen wird auf die Rundschreiben 7/E vom 31. März 2016 verwiesen.

Spalte 1 (Unter 35 Jahren): Das Kästchen ankreuzen, wenn diese Vorbedingung im Jahr 2016 vom Ehegatten oder Partner der eheähnlichen Gemeinschaft erfüllt wird.

Spalte 2 (im Jahr 2016 getragene): Die im Jahr 2016 getragene Ausgabe bis zu einer Höhe von 16.000 Euro angeben.

Spalte 3 (Betrag der Rate): den Betrag einer jeden Rate angeben und die Gesamthöhe der in Spalte 2 angegebenen getragenen Ausgabe durch zehn teilen.

Rigo RP59 (Iva per acquisto abitazione classe energetica A o B)

Den Subjekten, die zwischen dem 1. Januar 2016 und dem 31. Januar 2017 Immobilieneinheiten zu Wohnzwecken der Energieklasse A oder B gekauft haben, wird eine Absetzung von 50 % der gezahlten Mehrwertsteuer zuerkannt. Die Absetzung wird in zehn jährliche Anteile aufgeteilt. Die Vergünstigung steht auch für den Kauf einer zugehörigen Einheit zu, vorausgesetzt, dieser Kauf erfolgt gleichzeitig mit dem Kauf der Wohneinheit und im Kaufvertrag ist die Zugehörigkeit angegeben (vgl. Rundschreiben Nr. 20/E vom 18. Mai 2016).

Für den Betrag der Mehrwertsteuer, für den der Steuerpflichtige die neue Absetzung in Anspruch genommen hat, kann nicht die Steuererleichterung in Anspruch genommen werden, die für die Ausgaben für den Kauf oder den Erwerb von Immobilien vorgesehen ist, die Teil von sanierten Gebäuden sind, oder jene, die für den Kauf von Fertiggaragen oder zugehörigen Carports vorgesehen ist. Dies hängt damit zusammen, dass es nicht möglich ist, zwei Steuererleichterungen für dieselbe Ausgabe geltend zu machen.

Für weitere Informationen wird auf die Rundschreiben Nr. 20/E vom, 18. Mai 2016, Abs. 10 und auf das Rundschreiben Nr. 12/E vom 8. April 2016, Abs. 7.1 verwiesen und auf das Rundschreiben Nr. 7/E vom 31. März 2017 verwiesen.

Spalte 1 (Nummer der Rate): Die Nummer der Rate angeben, die für die im Jahr 2016 durchgeführten Käufe gleich 7 und für die im Jahr 2017 durchgeführten Käufe gleich 6 ist.

Spalte 2 (Betrag der gezahlten Mehrwertsteuer): Den Betrag der an das Unternehmen gezahlten Mehrwertsteuer angeben, von dem die Immobilie gekauft wurde.

Spalte 3 (Betrag der Rate): den Betrag einer jeden Rate angeben und die Gesamthöhe der in Spalte 2 angegebenen getragenen Ausgabe durch zehn teilen.

Zeile RP60 (Gesamtwert): Geben Sie in **Spalte 1 (50% - Rate)** die Summe der den Spalten 4 und 9 der Zeilen RP56 angegebene Beträge in die, die mit Code "1" und/oder "2" angegeben sind, in den Spalte 3 und 6 der Zeilen RP57, in die Spalte 3 der Zeile RP58 und in Spalte 3 RP59 aller ausgefüllten Vordrucke übertragen. Anhand dieses Betrages wird die Absetzung von 50 Prozent festgelegt, die in Zeile RN15 einzutragen ist. Geben Sie in Spalte 2 (Rate 100 Prozent) die Summe der in den Spalten 4 und 9 der Zeile RP56 angegebenen Beträge an, die mit dem Code "3" gekennzeichnet sind. Sollten mehrere Vordrucke abgefasst worden sein, wird diese Spalte nur auf dem ersten der verwendeten Vordrucke ausgefüllt, wobei die Summe der Beträge in den vorangegangenen Spalten der abgefassten Vordrucke anzugeben ist.

ABSCHNITT IV - Ausgaben für Eingriffe zur Energieeinsparung

In diesem Abschnitt sind die von 2008 bis 2022 getragenen Ausgaben für Eingriffe zur Energieeinsparung an bestehenden Gebäuden unabhängig von der Katasterkategorie und auch an landwirtschaftlichen Gebäuden anzugeben.



Ausgaben, die im Jahr 2022 anfallen und in der Mitteilung mit den Codes 1 bis 12 und 22 bis 25 für die Ausübung der Übertragungs- oder Rabattoptionen angegeben wurden und sich auf Absetzungen beziehen, die für die Renovierung von Gebäuden, die Wiederherstellung oder Restaurierung der Fassade von Gebäuden, die Verringerung des Erdbebenrisikos und die Installation von Photovoltaikanlagen zustehen, können in diesem Abschnitt nicht angegeben werden.

**MASSNAHMEN, FÜR DIE EINE ABSETZUNG DER 65% ZUSTEHT
(55% FÜR DIE MASSNAHMEN BIS ZUM 5. JUNI 2013)**

CODE	TYPOLOGIE DER MASSNAHME	GRENZE DER ABSETZUNG	GRENZE DER AUSGABE	ZEITRAUM
2	Renovierung der Hülle eines existierenden Gebäudes (vom 1. Januar 2018 keiner Kauf und Verlegen von Fenstern mit Fensterrahmen) Fenstern mit Fensterrahmen)	60.000 (zur Bildung dieses Betrags tragen auch die unter dem Code 12 angegebenen und dieselbe Immobilie betreffenden Ausgaben bei)	92.307,69 (109.090,90 Euro für die bis zum 5. Juni 2013 ertragenen Ausgaben)	Vom Jahr 2008 bis zum 31. Dezember 2022
3	Einrichtung von Solarzellen - Sonnenkollektoren	60.000	92.307,69 (109.090,90 Euro für die bis zum 5. Juni 2013 ertragenen Ausgaben)	Vom Jahr 2008 bis zum 31. Dezember 2022
4	Ersetzung von winterlichen Klimaanlageanlagen	30.000 (zur Bildung dieses Betrags tragen auch die unter dem Code 13 angegebenen und dieselbe Immobilie betreffenden Ausgaben bei)	46.153,84 (54.545,45 Euro für die bis zum 5. Juni 2013 ertragenen Ausgaben)	Vom Jahr 2008 bis zum 31. Dezember 2022
5	Kauf und Verlegen von Sonnenabschirmungen im Sinne des Anhangs M des Gv.D. 311/2006	60.000	92.307,69	Vom Jahr 2015 bis zum 31. Dezember 2017
6	Kauf und Verlegen von Biomassekesseln	30.000	46.153,84	Vom Jahr 2015 bis zum 31. Dezember 2017
7	Kauf, Einrichtung und Verlegen multimedialer Geräte für Fernzündung			Vom Jahr 2016 bis zum 5. Oktober 2020
14	Kauf und Verlegen von Mikro-Zweiterzeugern	100.000	153.846,15	Vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2022
16	Kauf, Einrichtung und Verlegen multi-medialer Geräte für Fernzündung	15.000	23.077	Vom 6. Oktober 2020 bis zum 31. Dezember 2022

MASSNAHMEN, FÜR DIE EINE ABSETZUNG VON 70% UND 75% ZUSTEHT

CODE	TYOLOGIE DER MASSNAHME	GRENZE DER AUSGABE	ZEITRAUM
8	Hülle der gemeinsamen Teile von existierenden Wohnblöcke	Prozentualer Anteil von (40.000 Euro multipliziert mit der Nummer der Immobilieneinheiten, die das Gebäude bilden)	Vom Jahr 2017 bis zum 31. Dezember 2022
9	Energetische Sanierung der gemeinsamen Teile von existierenden Wohnblöcke	Prozentualer Anteil von (40.000 Euro multipliziert mit der Nummer der Immobilieneinheiten, die das Gebäude bilden)	Vom Jahr 2017 bis zum 31. Dezember 2022

AUF DIE GEMEINSAMEN TEILE DER GEBÄUDE DURCHFÜHRTE MASSNAHMEN, FÜR DIE EINE ABSETZUNG VON 80% UND 85% ZUSTEHT

CODE	TYOLOGIE DER MASSNAHME	GRENZE DER AUSGABE	ZEITRAUM
10	Energetische Sanierung und Senkung um eine Klasse des Erdbebenrisikos	Prozentualer Anteil von (136.000 Euro multipliziert mit der Nummer der Immobilieneinheiten, die das Gebäude bilden)	Vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2022
11	Energetische Sanierung und Senkung um zwei Klassen des Erdbebenrisikos	Prozentualer Anteil von (136.000 Euro multipliziert mit der Nummer der Immobilieneinheiten, die das Gebäude bilden)	Vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2022

MASSNAHMEN, FÜR DIE EINE ABSETZUNG VON 50% ZUSTE

CODE	TYOLOGIE DER MASSNAHME	GRENZE DER ABSETZUNG	GRENZE DER AUSGABE	ZEITRAUM
12	Kauf und Verlegen von Fenster mit Fensterrahmen	60.000 (zur Bildung dieses Betrags tragen auch die unter dem Code 2 angegebenen und dieselbe Immobilie betreffenden Ausgaben bei)	120.000	Vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2022
13	Ersetzung von winterlichen Klimaanlage durch (zumindest der Klasse A gehörenden) Biomassekessel	30.000 (zur Bildung dieses Betrags tragen auch die unter dem Code 4 angegebenen und dieselbe Immobilie betreffenden Ausgaben bei)	60.000	Vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2022
5	Kauf und Verlegen von Sonnenabschirmungen im Sinne des Anhangs M des Gv.D. 311/2006	60.000	120.000	Vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2022
6	Kauf und Verlegen von Biomassekesseln	30.000	60.000	Vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2022

Für die von 2013 bis 2022 getragenen Kosten wird der Abzug vom Steuerbeistandleistenden in zehn gleich hohe Jahresraten (innerhalb der für jede Art des durchgeführten Eingriffs vorgesehenen Obergrenze) unterteilt. Ausgaben, die im Jahr 2008 entstanden sind, können noch abgezogen werden, wenn man in den Jahren 2011 bis 2017 eine Immobilie, an der im Jahr 2008 Arbeiten durchgeführt wurden, gekauft, als Spende erhalten oder geerbt hat, und die Anzahl der Raten (zehn), die von demjenigen, der die Ausgaben getätigt hat, neu festgelegt hat.

Durch die Bescheinigung der Katastereintragung bzw. durch den Einzahlungsbeleg der ICI oder IMU, falls geschuldet, wird die Existenz des Gebäudes bestätigt. Ausgenommen ist die Durchführung dieser Eingriffe während der Bauphase der Immobilie.

Die Absetzung können jene **Subjekte** in Anspruch nehmen, die auf Grund einer geeigneten Berechtigung (zum Beispiel Eigentum, sonstiges dingliches Recht, staatliche Konzession, Miete bzw. Gebrauchsleihe) die Immobilie, in welcher die Arbeiten zur Energieeinsparung durchgeführt wurden, besitzen bzw. innehaben. Die Absetzung können auch Mitbesitzer von Mehrfamilienhäusern in Anspruch nehmen, wenn die Arbeiten an Gemeinschaftsteilen des Mehrfamilienhauses durchgeführt wurden. Außerdem hat das Familienmitglied, welches mit dem Besitzer bzw. Eigentümer der Immobilie, die Gegenstand des Arbeiten ist, im gemeinsamen Haushalt lebt, unter der Voraussetzung, dass die Rechnungen und die Überweisungen auf seinen Namen ausgestellt sind, Anspruch auf die Absetzung. Im Falle eines Verkaufs bzw. einer Schenkung der Immobilieneinheit, an der vor Ablauf des Zeitraums zur Inanspruchnahme der Absetzung die Eingriffe vorgenommen wurden, werden die nicht in Anspruch genommenen Absetzungsanteile dem Käufer bzw. dem Beschenkten übertragen, sofern zwischen den Parteien nichts anderes vereinbart wird. Bei Ableben des Besitzers wird der Anspruch auf die Absetzung ausschließliche dem Erben übertragen, der den materiellen und direkten Besitz des Inhabers wahr. In diesen Fällen können der Käufer bzw. die Erben die Anzahl der Anteile neu festlegen, in die der Restabzug aufgeteilt werden soll, vorausgesetzt, dass die Kosten im Jahre 2008 getragen wurden. Wurden die Ausgaben vom Mieter bzw. vom Entleiher getragen und wird die Miete bzw. die Gebrauchsleihe beendet, verfällt der Anspruch auf die Absetzung des Mieters bzw. des Entleihers nicht. Auch dem mit dem Besitzer der Immobilie zusammenlebende Familienangehörigen steht das Recht auf die Absetzung zu, auch wenn die Immobilieneinheit verkauft wird, auf welche die Maßnahmen angewandt wurden.

Beim Bestehen eines Nutzungsrechts, sowohl gegen Entgelt wie auch kostenlos, werden die nicht in Anspruch genommenen Anteile der Absetzung dem Nutznießer nicht übertragen, sondern sie bleiben dem nackten Eigentümer.

Im Fall des Verkaufs der Immobilie, worauf die Arbeiten durchgeführt wurden, und beim Bestehen eines Nutzungsrechts, werden die von dem Verkäufer nicht in Anspruch genommenen Anteile der Absetzung dem nackten Eigentümer übertragen, weil dem Letzten die Eigenverantwortung der Immobilie übertragen wird.

Es wird daran erinnert, dass die Absetzung für Arbeiten zur Energieeinsparung **nicht zusammen** mit anderen steuerlichen Begünstigungen, die für dieselben Eingriffe, wie zum Beispiel die Absetzung für die Wiedergewinnung des Bauvermögens, in Anspruch genommen werden kann.

Sollte der Steuerabsetzung für Arbeiten zur Energieeinsparung kompatibel mit spezifischen, von der EU oder von Regionen, Provinzen und Gemeinden zur Verfügung gestellten Anreizen sein, kann er für den Teil der Ausgabe verlangt werden, der die von den territorialen Einrichtungen zur Verfügung gestellten Anreize überschreitet.

Unter den **absetzbaren Ausgaben** sind berufliche Leistungen (Arbeiten, die für die Eingriffe und für die Bestätigung unerlässlich sind, damit die Absetzung in Anspruch genommen werden kann) und Arbeiten für die Energieeinsparung eingeschlossen.

Die **Bezahlung** der Kosten von Seiten der Steuerpflichtigen, die nicht Inhaber eines Unternehmenseinkommen sind, muss mittels Bank- oder Postüberweisung erfolgen, aus der der Zahlungsgrund, die Steuernummer des abzugsberechtigten Steuerpflichtigen und die USt-ID-Nr. bzw. Steuernummer des Subjekts, zu dessen Gunsten die Überweisung vorgenommen wird, hervorgehen.

Der zustehende **Höchstbetrag** bezieht sich auf die Immobilieneinheit und muss deshalb unter den Inhabern bzw. Besitzern der Immobilie, die an den Ausgaben beteiligt sind und im Verhältnis zu den tatsächlich getragenen Ausgaben, aufgeteilt werden. Auch für die Arbeiten in Gemeinschaftsteilen der Mitbesitzhäuser muss sich der Höchstbetrag der Absetzung auf die einzelne Immobilieneinheit des Gebäudes beziehen. Ausgenommen ist der Fall, wenn sich die Arbeiten auf das ganze Gebäude und nicht nur auf Teile desselben beziehen.

Notwendige Dokumente zur Inanspruchnahme der Absetzung

Um die Absetzung in Höhe in Anspruch zu nehmen, müssen folgende Dokumente vorgelegt werden:

- die **Rechnung** des Unternehmens, das die Arbeiten ausführt;
- das **beedete Gutachten** eines zugelassenen Technikers, der die Übereinstimmung der durchgeführten Arbeiten mit den vorgeschriebenen technischen Voraussetzungen bescheinigt. Im Fall von mehreren Eingriffen an ein und demselben Gebäude, kann das beedete Gutachten die erforderlichen Daten und Informationen auch zusammenfassend wiedergeben. Darüber hinaus kann das beedete Gutachten durch ein Herstellerzertifikat ersetzt werden, wenn Fenster inklusive Fensterflügel oder Brennwertkessel mit einer Leistung von nicht höher als 100 kW. Die Bestätigung kann durch eine Bescheinigung der Erzeuger auch in den folgenden Fällen ersetzt werden: Brennwertkessel mit Leistungsangabe unter 100 KW, Wärmepumpen mit elektrischer Eingangsleistung unter 100 KW und der Systeme von multimedialen Geräten. Die Bestätigung kann außerdem:
 - ersetzt werden durch die Bestätigung des Bauleiters hinsichtlich der Konformität mit dem Projekt der ausgeführten Arbeiten (Ministerialdekret vom 6. August 2009);
 - zum Ausdruck gebracht werden im Bericht, der die Übereinstimmung mit den Vorschriften für die Einsparung des Energieverbrauchs der Gebäude und der entsprechenden Wärmeanlagen bescheinigt, und der vom Eigentümer der Immobilie oder einem hierzu Berechtigten bei den zuständigen Behörden zusammen mit der Anzeige des Arbeitsbeginns zu hinterlegen ist. Außerdem reicht für die in Eigenbau hergestellten Sonnenkollektoren die Bescheinigung über die Teilnahme an einem entsprechenden Ausbildungskurs.
 - der **Energieausweis (oder energetischer Nachweis)**, der die Daten hinsichtlich der Energieeffizienz des Gebäudes enthält und nach der Ausführung der Eingriffe aufgrund der Verfahren ausgestellt wird, die von den Gemeinden oder Regionen festgelegt werden. Liegen solche Verfahren nicht vor, kann nach der Ausführung der Arbeiten anstelle des „Energieausweises“ der „energetische Nachweis“ ausgestellt, dessen Schema in der Anlage zum interministeriellen Dekret vom 19. Februar 2007, so wie abgeändert durch das interministerielle Dekret vom 7. April 2008 und vom interministeriellen Dekret vom 6. August 2009 wiedergegeben ist.

Für die Ausgaben, die ab dem 1. Januar 2008 für den Ersatz der Fenster in einzelnen Immobilieneinheiten und für die Installation von Solarpanelen getragen wurden, muss kein Energieausweis (oder kein energetischer Nachweis) mehr vorgelegt werden.

Der Energieausweis ist nicht mehr erforderlich für die am dem 15. August 2009 durchgeführten Eingriffe, die den Ersatz der Heizungsanlagen.
- das **Informationsblatt** in Bezug auf die durchgeführten Eingriffe, das entsprechend dem Schema laut Anlage E zur Durchführungsverordnung oder laut Anlage F abzufassen ist, wenn der Eingriff den Ersatz der Fenster und Fensterrahmen in einzelnen Immobilieneinheiten oder die Installation von Solarpanelen betrifft. Das den Eingriff beschreibende Informationsblatt laut Anlage F kann auch vom Endbenutzer ausgefüllt werden. Das Informationsblatt muss enthalten: die Kenndaten des Subjekts, das die Ausgaben getragen hat, des Gebäudes, an dem die Arbeiten ausgeführt wurden, die Art des ausgeführten Eingriffs und die sich darauf ergebende Energieeinsparung sowie die entsprechenden Kosten unter Angabe der Berufskosten, und der Betrag, der für die Berechnung der Absetzung benutzt wird.

Die Bestätigung, der Energieausweis/energetische Nachweis und das Informationsblatt müssen von Technikern ausgestellt werden, die für die Planung von Gebäuden und Anlagen im Rahmen der ihnen von der geltenden Gesetzgebung zugewiesenen Zuständigkeiten zugelassen und in den entsprechenden Berufsverbänden und -kammern eingetragen sind: Ingenieure, Architekten, Geometer, Industriesachverständige, Forstwirte und Agrartechniker. Alle oben genannten Unterlagen können auch von einem einzigen zugelassenen Techniker abgefasst werden.

Unterlagen, die zu übermitteln sind

Innerhalb von 90 Tagen nach Beendigung der Arbeiten müssen die im Energieausweis bzw. in der Bestätigung zur Energiequalifizierung enthaltenen Daten sowie das Informationsblatt zu den durchgeführten Arbeiten auf telematischem Wege an die ENEA übermittelt werden. Auf Grund der über die Webseite www.acs.enea.it erfolgten Übermittlung wird eine Empfangsbestätigung erlassen.

Bei Arbeiten, die im Jahr 2022 abgeschlossen werden, muss die Mitteilung innerhalb von 90 Tagen nach Abschluss der Arbeiten über die Website <https://bonusfiscali.enea.it/>. Se erfolgen. Liegt der Abschluss der Arbeiten zwischen dem 1. Januar und dem 31. März 2022, beginnt die 90-Tage-Frist am 1. April 2022, dem Tag, an dem die Website online geht.

Das Datum der Beendigung der Arbeiten, ab dem die Frist für die Übermittlung der Unterlagen an die Enea läuft, entspricht dem Tag der sogenannten „Abnahme“ (und nicht mit dem Datum der Zahlungen). Wenn angesichts der Art des Eingriffs keine Abnahme erforderlich ist, kann der Steuerpflichtige das Datum der Beendigung der Arbeiten durch andere Unterlagen nachweisen, die von dem ausgestellt werden, der die Arbeiten ausgeführt hat, oder vom Techniker, der das Informationsblatt abfasst. Als ungültig wird zu diesem Zweck eine Erklärung des Steuerpflichtigen angesehen, die als Eigenerklärung abgegeben wird. Falls die Komplexität der durchgeführten Arbeiten es nicht ermöglicht, diese Arbeiten in den Aufstellungen der ENEA genau zu beschreiben, kann eine Kopie der Unterlagen innerhalb von 90 Tagen mittels Einschreiben mit Empfangsbestätigung an die ENEA – *“Dipartimento ambiente, cambiamenti globali e sviluppo sostenibile, via Anguillarese 301, 00123 Santa Maria di Galeria (Roma)”* – übermittelt werden, wobei die Aufschrift *“detrazione fiscale – riqualificazione energetica”* (Steuerabsetzung – Energieumstellung) anzuführen ist. Für die Inanspruchnahme der Absetzung muss dem *“Centro Operativo di Pescara”* keine vorherige Mitteilung zum Beginn der Arbeiten übermittelt werden.

Unterlagen, die aufbewahrt werden müssen

Wer die Steuerbegünstigung in Anspruch nimmt, muss das beeidete Gutachten, die Übermittlungsbestätigung der Unterlagen an die ENEA, die Rechnungen und die Steuerquittungen der getragenen Ausgaben und die Bestätigungen der Zahlungsgutschrift aufbewahren und auf Verlangen der Finanzverwaltung vorweisen. In dem Fall, dass die Arbeiten Gemeinschaftsteile von Gebäuden betreffen, muss auch eine Kopie des Beschlusses der Vollversammlung und der Tausendstelaufteilung der Ausgaben aufbewahrt werden. Sind die Ausgaben vom Inhaber getragen worden, muss die vom Besitzer erworbene Genehmigungserklärung aufbewahrt werden. Für weitere Informationen über die Steuerbegünstigungen hinsichtlich Energieeinsparung, wird auf das interministerielle Dekret vom 19. Februar 2007, so wie umgewandelt durch das interministerielle Dekret vom 07. April 2008, und auf das Rundschreiben der Agentur der Einnahmen Nr. 29/E vom 18. September 2013, Nr. 7/E vom 4. April 2017 und Nr. 7/E vom 27. April 2018 und Nr. 13/E vom 31. Mai 2019 verwiesen.

Fassadenbonus für Eingriffe mit Auswirkungen auf den Wärmehaushalt

Fassadenanierungsarbeiten, die sich nicht nur auf das Reinigen oder Streichen der Außenfassade beschränken, sondern auch Auswirkungen auf den Wärmehaushalt haben oder mehr als 10 % des Putzes der gesamten Dispersionsfläche des Gebäudes betreffen, müssen bestimmte Anforderungen erfüllen, um den Bonus in Anspruch zu nehmen:

- die "Mindestanforderungen" gemäß dem Erlass des Ministers für wirtschaftliche Entwicklung vom 26. Juni 2015 ("*Erlass über die Mindestanforderungen*"), in dem die Anwendungsart der Methodik zur Berechnung der Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, einschließlich der Nutzung erneuerbarer Energiequellen, sowie die Vorschriften und Mindestanforderungen für die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und Gebäudeeinheiten festgelegt sind;
- die Grenzwerte für den Wärmedurchgangskoeffizienten der Bestandteile, aus denen die Gebäudehülle besteht, festgelegt durch den Erlass des Ministers für wirtschaftliche Entwicklung vom 11. März 2008 (Tabelle 2 der Anlage B), aktualisiert durch die Ministerialverordnung vom 26. Januar 2010. Für die Inanspruchnahme des Bonus, ist es jedoch erforderlich, dass die Werte des Wärmedurchgangskoeffizienten der einzuhaltenden vertikalen lichtundurchlässigen Gebäudeteilen zwischen den in Anhang B zu Tabelle 2 des o.g. Erlasses vom 11. März 2008 angegebenen Werten und den in Anhang B zu Anlage 1 des Erlasses vom 26. Juni 2015 angegebenen Werten liegen. Der Abzug erfolgt für Aufwendungen, die ab dem 1. Januar 2022 angefallen sind, in Höhe von 60 %. Es sei daran erinnert, dass der Abzug für die in den Jahren 2020 und 2021 getätigten Ausgaben 90 % betrug.

Superbonus

Es wird eine Absetzung von **110 Prozent** der ab dem 1. Juli 2020 anfallenden Aufwendungen für die folgenden Eingriffe zur Steigerung der Energieeffizienz anerkannt:

- zur Wärmedämmung der lichtundurchlässigen vertikalen, horizontalen und schrägen Flächen der Gebäudehülle, auch bei Einfamilienhäusern, mit einem Anteil von mehr als 25 % der gesamten Dispersionsfläche des Gebäudes selbst oder einer funktionell eigenständigen Immobilieneinheit mit einem oder mehreren eigenständigen Zugängen von außen, die sich in Mehrfamilienhäusern befinden. Die Absetzung wird anhand des Gesamtbetrags der Aufwendungen berechnet, welcher 50.000 € nicht übersteigen darf. Für Gebäude mit zwei bis acht Gebäudeeinheiten berechnet sich die Absetzung auf der Grundlage des Gesamtbetrags der Aufwendungen, bis zu einem Höchstbetrag von 40.000 Euro, multipliziert mit der Anzahl der Immobilieneinheiten, aus denen das Gebäude besteht. Für Gebäude mit mehr als acht Gebäudeeinheiten berechnet sich die Absetzung auf der Grundlage des Gesamtbetrags der Aufwendungen, bis zu einem Höchstbetrag von 30.000 Euro, multipliziert mit der Anzahl der Gebäudeeinheiten, aus denen das Gebäude besteht. Die verwendeten Isoliermaterialien müssen den Mindestumweltkriterien entsprechen, die im Erlass des Ministers für Umwelt sowie den Schutz von Land und Meer vom 11. Oktober 2017, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 259 vom 6. November 2017, festgelegt sind;
- Austausch bestehender Winterklimatisierungssysteme durch zentrale Heizungs-, Kühlungs- oder Brauchwarmwassersysteme in den gemeinschaftlichen Teilen von Gebäuden oder durch Systeme für Heizung, Kühlung oder Brauchwarmwasserversorgung in Einfamilienhäusern oder in Gebäudeeinheiten, die funktional unabhängig sind und einen oder mehrere unabhängige Zugänge von außen haben und sich in Mehrfamilienhäusern befinden. Für Gebäude mit bis zu acht Gebäudeeinheiten errechnet sich die Absetzung aus dem Gesamtbetrag der Aufwendungen, bis zu einem Höchstbetrag von 20.000 €, multipliziert mit der Anzahl der Gebäudeeinheiten, aus denen das Gebäude besteht. Für Gebäude mit mehr als acht Gebäudeeinheiten errechnet sich die Absetzung aus dem Gesamtbetrag der Aufwendungen, bis zu einem Höchstbetrag von 15.000 €, multipliziert mit der Anzahl der Gebäudeeinheiten, aus denen das Gebäude besteht. Auch Entsorgungs- und Sanierungskosten für das ausgetauschte System werden anerkannt. Bei Eingriffen an Einfamilienhäusern oder an funktionell selbständigen Gebäudeteilen mit einem oder mehreren selbständigen Zugängen von außen, die sich innerhalb von Mehrfamilienhäusern befinden, wird die Absetzung aus dem Gesamtbetrag der Aufwendungen errechnet, mit einer Obergrenze in Höhe von 30.000 Euro. Auch Entsorgungs- und Sanierungskosten für das ausgetauschte System werden anerkannt;

Die 110-prozentige Absetzung kann auch für Ausgaben für andere Eingriffe zur Erhöhung der Energieeffizienz (in diesem Abschnitt mit den Codes 2 bis 7 und 12, 14 und 16 gekennzeichnet) innerhalb der für die jeweilige Maßnahme festgelegten Abzugs- oder Ausgabengrenzen in Anspruch genommen werden, wenn sie in Verbindung mit der Wärmedämmung von vertikalen, horizontalen und geneigten lichtundurchlässigen Flächen und dem Austausch bestehender Winterklimatisierungssysteme durchgeführt werden, für die die 110-prozentige Absetzung in Anspruch genommen werden kann (in diesem Abschnitt mit den Codes 30, 31, 32 und 33 gekennzeichnete Maßnahmen).

Die Bedingung, dass für die Anwendung des höheren Satzes die anderen energetischen Sanierungsmaßnahmen ("*interventi trainati*", also "*Sekundäreingriffe*") zusammen mit den für den Superbonus zugelassenen "*interventi trainanti*" ("*Primäreingriffe*") durchgeführt werden, gilt als erfüllt, wenn die für die "*interventi trainati*" ("*Sekundäreingriffe*") angefallenen Kosten in das Zeitfenster fallen, das durch das Startdatum und das Enddatum der Arbeiten zur Realisierung der "*interventi trainanti*" ("*Primäreingriffe*") bestimmt wird.

Dementsprechend müssen die Aufwendungen für die "*interventi trainanti*" (Primäreingriffe) in die Gültigkeitsdauer der Begünstigung fallen, um den Superbonus in Anspruch nehmen zu können, während die Ausgaben für die "*interventi trainati*" (Sekundäreingriffe) in die Gültigkeitsdauer der Begünstigung und in die Zeitspanne zwischen dem Datum des Beginns und dem Datum des Abschlusses der Arbeiten zur Realisierung der "*interventi trainanti*" (Primäreingriffe) fallen müssen.

Um Anspruch auf den Superbonus zu haben, müssen die Eingriffe wie folgt durchgeführt werden:

- an gemeinschaftlich genutzten Teilen von Wohnungseigentumsanlagen (dies gilt sowohl für Primär- als auch Sekundäreingriffe);
- an Einfamilienwohnhäusern und dazugehörigen Anbauten (dies gilt sowohl für Primär- als auch Sekundäreingriffe);
- an funktional unabhängigen Wohngebäudeeinheiten mit einem oder mehreren unabhängigen Zugängen von außen, die sich innerhalb von Mehrfamilienhäusern befinden, und zugehörigen Anbauten (dies gilt sowohl für Primär- als auch Sekundäreingriffe);
- an einzelnen Wohngebäudeeinheiten und deren Anbauten innerhalb von Wohnungseigentumsanlagen (dies gilt sowohl für Primär- als auch Sekundäreingriffe).

Für die bis zum 31.12.2021 getätigten Ausgaben wird der Abzug in 5 Jahresraten in gleicher Höhe (innerhalb der für jede Art von Eingriff festge-

legten Höchstgrenze) aufgeteilt. Für die ab dem 01.01.2022 getätigten Ausgaben wird der Abzug in 4 Jahresraten in gleicher Höhe aufgeteilt. Weitere Informationen zur Superbonus-Begünstigung finden Sie unter dem Punkt "Superbonus" im Anhang.

Erhöhte Ausgabenobergrenzen für den Wiederaufbau von Gebäuden, die durch seismische Ereignisse beschädigt wurden

Die Ausgabenbegrenzung für Aufwendungen, für die Steueranreize des Ökobonus angewandt werden können und bis zum 31. Dezember 2022 anfallen, werden um 50 Prozent für Wiederaufbaumaßnahmen an Gebäuden erhöht, die durch das Erdbeben vom 24. August 2016 in den Regionen Abruzzen, Latium, Marken und Umbrien beschädigt wurden (die Gebäude müssen sich in den Gemeinden befinden, die in den Listen im Anhang des Gesetzesdekrets vom 17. Oktober 2016, Nr. 189, mit Änderungen umgewandelt durch das Gesetz vom 15. Dezember 2016, Nr. 229, aufgeführt sind) und durch die Beben in der Region Abruzzen im April 2009 (die Gebäude müssen sich in den Gemeinden befinden, die in den Listen im Anhang des Gesetzesdekrets vom 28. April 2009, Nr. 39, mit Änderungen umgewandelt durch das Gesetz vom 24. Juni 2009, Nr. 77, aufgeführt sind, und ab dem 1. Januar 2021 an Gebäuden in Gemeinden, die von allen nach 2008 aufgetretenen seismischen Ereignissen betroffen sind und für die der Notstand ausgerufen wurde. In diesem Fall sind die Subventionen eine Alternative zu den Beiträgen für den Wiederaufbau und können für alle Ausgaben verwendet werden, die für die Wiederherstellung der beschädigten Gebäude erforderlich sind, einschließlich anderer Häuser als der Erstwohnung, mit Ausnahme von Gebäuden, die für produktive Tätigkeiten genutzt werden. Weitere Informationen zum Anreiz finden Sie unter "Superbonus" im Anhang.

ABFASSUNG DER ZEILEN RP61 BIS RP64

Die Liste der Codes wird in den vorliegenden Tabellen am Anfang der Hinweise bezüglich der Abteilung IV der Übersicht RP angegeben.

In der Spalte 1 (Eingriffsart) den Code angeben:

- "1" Arbeiten für die Energieumstellung von bestehenden Gebäuden.** Dazu zählen die Arbeiten zur Reduzierung des Primärenergiebedarfs, der notwendig ist, um den Bedarf im Zusammenhang mit einer Standardbenutzung des Gebäudes abzudecken, die das Erreichen eines energetischen Leistungsindex für die Winterklimatisierung ermöglichen, der nicht über den Werten laut Dekret des Ministers für Wirtschaftsentwicklung vom 11. März 2008 - Anlage A - liege. Zu diesen Arbeiten zählen: Der Austausch oder der Einbau von Heizanlagen, auch Wärmepumpen ohne Brennwärmtauschler, mit Wärmepumpen, mit Wärmetauscher für Fernheizanlagen, mit Biomasseheizkesseln, die Kraftwärmekoppelungsanlagen, die Anlagen für die Wärmerückgewinnung, die geothermischen Anlagen und die Isolierungsarbeiten, welche nicht die vorgeschriebenen Eigenschaften jener Arbeiten haben, um unter jene Arbeiten zu fallen, die in den folgenden Punkten beschrieben sind.
- "2" Isolierung der Außenwände der bestehenden Gebäude.** Dazu zählen die Arbeiten an bestehenden Gebäuden oder Gebäudeteilen bezüglich der opaken vertikalen Strukturen (Wände), opaken horizontalen Strukturen (Dächer und Fußböden), Lieferung und Verlegung von Isoliermaterial, gewöhnlichem Material, neuen Fenstern einschließlich der Rahmen, Wärmeverbesserung bestehender Fensterteile, Abriss und Wiederaufbau des Bauelements, vorausgesetzt, dass die verlangten Anforderungen an die Wärmeübertragung U (ausgedrückt in W/m²K) erfüllt werden, die in der Tabelle gemäß Anhang B des Dekrets des Ministers für Wirtschaftsentwicklung vom 11. März 2008 festgelegt sind, so wie nachfolgend geändert durch das Dekret vom 6. Januar 2010. Ab dem Steuerjahr 2018 sind die Maßnahmen bezüglich des Kaufs und des Verlegens von Fenstern mit Fensterrahmen unter dem Code 12 anzugeben.
- "3" Einbau von Sonnenkollektoren.** Unter die Ausgaben für Sonnenkollektoren fällt auch der selbst durchgeführte Einbau von Wasserkesseln, von elektrischen und elektronischen Zubehörteilen und Bestandteilen, die für die Produktion von Warmwasser für den Hausgebrauch verwendet werden.
- "4" Austausch der Heizanlagen.** Unter die Arbeiten für den Austausch von Heizanlagen sind folgende Arbeiten zu verstehen: Der vollständige oder teilweise Austausch von Heizanlagen, von Anlagen, die mit Brennwärmtauschler ausgestattet sind sowie die Überprüfung des Verteilungssystems. Ab 1. Januar 2008 fällt auch der teilweise oder vollständige Austausch der Heizanlagen mit Wärmepumpen von hoher Leistungskraft bzw. der geothermischen Anlagen mit niedriger Enthalpie, unter diese Arbeiten. Ab dem 1. Januar 2012 gehören hierzu auch die Eingriffe zum Ersatz der traditionellen Heißwasserbereiter durch Heißwasserbereiter mit Wärmepumpe zur Erzeugung von warmem Brauchwasser. Ab dem Steuerjahr 2018 werden auch die Maßnahmen zur Ersetzung durch Hybridanlage und die Ausgaben für den Kauf und das Verlegen von Wärmepumpen mit Brennwärmtauschler eingeschlossen. Ab dem Steuerjahr 2018 ist es nicht mehr möglich die Begünstigung für die Ersetzung durch Brennwärmtauschler, deren Klasse niedriger als A ist, in Anspruch zu nehmen. Die Maßnahmen bezüglich der Ersetzung durch Brennwärmtauschler, deren Klasse zumindest die A ist, sind unter dem Code 13 anzugeben. Die Maßnahmen zur Ersetzung durch Brennwärmtauschler, deren Klasse zumindest die A ist, und zur gleichzeitigen Einrichtung von entwickelten Wärmeregulierungssystemen können unter dem Code 4 noch angegeben werden.
- "5" Erwerb und Installation von Sonnenschutzeinrichtungen.** Bis zum 31. Dezember 2017 durchgeführte Eingriffe für den Erwerb und die Installation von Sonnenschutzeinrichtungen einer verglasten Oberfläche, die mit der Gebäudehülle fest verbunden sind und nicht vom Benutzer frei montiert oder abgebaut werden können. Sie können in Bezug zur verglasten Oberfläche innen, außen oder integriert angebracht werden, vorausgesetzt sie sind beweglich und „technisch“. Die Steuererleichterung kann nicht für autonome Sonnenschutzeinrichtungen (überhängend) in Anspruch genommen werden, die an nach Norden ausgerichteten verglasten Oberflächen angebracht sind (Art. 14, Abs. 2, Buchst. b) des Gesetzesdekrets Nr. 63/2013 nachfolgend geändert durch Art. 1, Abs. 74 des Gesetzes Nr. 208/2015). Den ab dem 1. Januar 2018 durchgeführten Maßnahmen wird der Prozentsatz von 50% angewandt.
- "6" Installation von Winterklimatisierungsanlagen durch Biomasse.** Bis zum 31. Dezember 2017 durchgeführte Maßnahmen für den Erwerb und die Installation von Winterklimatisierungsanlagen mit durch brennbare Biomasse befeuerten Wärmepumpen. (Art. 14, Abs. 2-bis, des Gesetzesdekrets Nr. 63 von 2013, nachfolgend verändert durch Art. 1, Abs. 74 des Gesetzes Nr. 208 von 2015); den ab dem 1. Januar 2018 durchgeführten Maßnahmen wird der Prozentsatz von 50% angewandt.
- "7" Kauf, Installation und Inbetriebnahme von Multimediageräten für Fernsteuerung.** Dies sind die Maßnahmen für den Kauf, die Installation und Inbetriebnahme von Multimediageräten für die Fernsteuerung von Heizungs- und/oder Warmwasseranlagen und/oder Klimaanlage von Wohneinheiten, die einen effizienten Betrieb der Anlagen garantieren und über spezifische Merkmale verfügen. Diese Geräte müssen im Einzelnen folgende Bedingungen erfüllen:
- Sie müssen über Multimedia-Kanäle den Energieverbrauch durch periodische Datenanzeige angeben;
 - Sie müssen die aktuellen Betriebsbedingungen und die Regeltemperaturen der Anlagen anzeigen;
 - Sie müssen das Einschalten, Ausschalten und die wöchentliche Programmierung der Anlagen von Ferne ermöglichen.

Die Absetzung steht für die ab dem 1. Januar 2016 getragenen Ausgaben zu.

Der interministerielle Erlass vom 06.08.2020, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 246 vom 05.10.2020, sieht vor, dass die Höhe der Ausgaben für die Anschaffung, Installation und Inbetriebnahme von Multimedia-Haustechnik zur Fernsteuerung 15.000 € nicht überschreiten darf. Solche Ausgaben müssen mit Code 16 angegeben werden.

- “8” **Arbeiten auf Hüllen der gemeinsamen Teile von vorhandenen Mehrfamilienhäuser.** Es handelt sich um Arbeiten zur Energieumstellung der gemeinsamen Teile von Mehrfamilienhäuser, die die Gebäudehülle für mehr als 25% der zerstreuten Bruttofläche desselben Gebäudes betreffen;
- “9” **Arbeiten zur Energieumstellung der gemeinsamen Teile von vorhandenen Mehrfamilienhäuser.** Es handelt sich um Arbeiten zur Energieumstellung der gemeinsamen Teile von Mehrfamilienhäuser, die zu einer Verbesserung der winterlichen und sommerlichen Energieeffizienz abgezielt sind und die mindestens die Durchschnittsqualität gemäß dem Dekret des Ministers für wirtschaftliche Entwicklung vom 26. Juni 2015 erlangten.
- “10” **Arbeitsaufträge auf die gemeinsamen Teile von Gebäuden zur energetischen Sanierung und Erdbebenschutzmaßnahmen mit Übergang zu einer niedrigen Risikoklasse.** Es sind Eingriffe auf gemeinsame Teile von Wohnblöcken, welche in den Erdbebenzonen 1, 2 und 3 liegen, zur Reduzierung des Erdbebenrisikos und zur energetischen Sanierung, die den Übergang zu einer niedrigeren Risikoklasse auswirken (die Inanspruchnahme dieser Absetzung ist alternativ zu derjenigen, die für die Hülle der gemeinsamen Teile von existierenden Wohnblöcken laut dem vorigen Code 8 vorgesehen wird, und zu der Absetzung, die für die in den Zeilen von RP61 bis RP64 anzugebenden Maßnahmen zur Reduzierung des Erdbebenrisikos laut dem Code 8 vorgesehen wird).
- “11” **Arbeitsaufträge auf die gemeinsamen Teile von Gebäuden zur energetischen Sanierung und Erdbebenschutzmaßnahmen mit Übergang zu zwei niedrigen Risikoklassen.** Es sind Eingriffe auf gemeinsame Teile von Wohnblöcken, welche in den Erdbebenzonen 1, 2 und 3 liegen, zur Reduzierung des Erdbebenrisikos und zur energetischen Sanierung, die den Übergang zu zwei niedrigeren Risikoklassen auswirken (die Inanspruchnahme dieser Absetzung ist alternativ zu derjenigen, die für die energetische Sanierung der gemeinsamen Teile von existierenden Wohnblöcken laut dem vorigen Code 9 vorgesehen wird, und zu der Absetzung, die für die in den Zeilen von RP61 bis RP64 anzugebenden Maßnahmen zur Reduzierung des Erdbebenrisikos laut dem Code 9 vorgesehen wird).
- “12” Kauf und Verlegen von Fensterrahmen.
- “13” Kauf und Verlegen von Brennwertkesseln. Es sind Eingriffe zur Ersetzung von winterlichen Klimaanlageanlagen durch Anlagen mit Brennwertkesseln, deren Effizienz ist zumindest gleich der Klasse A.
- “14” Kauf und Verlegen von Mikro-Zweiterzeugern. Es sind Eingriffe von Kauf und Verlegen von Mikro-Zweiterzeugern als Ersatz für existierende Anlagen. Um die Absetzung in Anspruch zu nehmen müssen die Arbeiten zu einer Primärenergieeinsparung (PES) in Höhe von zumindest 20% führen.
- “15” **Fassadenbonus.** Es handelt sich um Eingriffe an den lichtundurchlässigen Teilen der Fassade, die auch Auswirkungen auf den Wärmehaushalt haben oder die mehr als 10 Prozent des Putzes der gesamten Dispersionsfläche von Gebäuden jedweder Katasterkategorie, einschließlich gewerblich genutzter Gebäude, betreffen. Die Gebäude müssen sich in den Zonen A und B befinden, die durch den Ministerialerlass Nr. 1444/1968 ausgewiesen sind, oder in gemäß den regionalen und kommunalen Bauvorschriften vergleichbaren Zonen. Für Eingriffe an den Innenfassaden des Gebäudes steht der Bonus hingegen nicht zu, wenn diese nicht von der Straße oder von öffentlich genutztem Gelände aus sichtbar sind.
- “16” **Anschaffung, Installation und Inbetriebnahme von Multimedia-Haustechnik zur Fernsteuerung mit Ausgabengrenze.** Es handelt sich um Maßnahmen für die Anschaffung, die Installation und die Inbetriebnahme von Multimediageräten für die Fernsteuerung von Heizungsanlagen und/oder Anlagen zur Erzeugung von Warmwasser und/oder zur Klimatisierung von Wohneinheiten, die einen effizienten Betrieb der Anlagen gewährleisten und zudem spezifische, in Code "7" festgelegte Merkmale aufweisen, für die die Ausgabengrenze von 15.000 € gemäß dem interministeriellen Erlass vom 6. August 2020, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 246 vom 05. Oktober 2020, gilt.
- “30” **Wärmedämmmaßnahmen an der Gebäudehülle mit einem Anteil von mehr als 25 %, die an Einfamilienhäusern oder an Gebäudeeinheiten in Mehrfamilienhäusern durchgeführt werden.** Es handelt sich um die Wärmedämmmaßnahmen der lichtundurchlässigen vertikalen, horizontalen und geneigten Flächen der Gebäudehülle und einem Anteil von mehr als 25% der gesamten Dispersionsfläche des Gebäudes bzw. der Gebäudeeinheit, die sich innerhalb von Mehrfamilienhäusern befindet, funktionell unabhängig ist und einen oder mehrere unabhängige Zugänge von außen hat
- “31” **Wärmedämmmaßnahmen, die an über 25 % der Gebäudehülle von Gebäudeeinheiten durchgeführt werden, die Teil von Wohnungseigentumsgebäuden sind.** Dies sind die Wärmedämmmaßnahmen der lichtundurchlässigen vertikalen, horizontalen und geneigten Flächen der Gebäudehülle und einem Anteil von über 25 % der gesamten Dispersionsfläche des Gebäudes.
- “32” **Eingriffe an den gemeinsamen Gebäudeteilen für den Austausch bestehender Winter-Klimaanlagen.** Es handelt sich um Eingriffe an den gemeinsamen Teilen von Gebäuden für den Ersatz bestehender Winterklimatisierungssysteme durch zentrale Brennwertkesselsysteme für Heizung, Kühlung oder für Brauchwarmwassererzeugung, mit einer Effizienz, die mindestens der Produktklasse A gemäß der delegierten (EU) Verordnung Nr. 811/2013 der Kommission vom 18. Februar 2013 entspricht, mit Wärmepumpen, einschließlich hybrider oder geothermischer Systeme, auch in Verbindung mit der Installation von an das Stromnetz angeschlossenen Photovoltaikanlagen (siehe Art. 119, Abs. 5, Dekret Nr. 34 vom 19. Mai 2020) und zugehörigen Speichersystemen (gemäß Abs. 6 des vorgenannten Art. 119), bzw. mit Mikro-KWK-Anlagen oder Solarkollektoren, sowie, ausschließlich für Berggemeinden, die nicht von den europäischen Vertragsverletzungsverfahren Nr. 2014/2147 vom 10. Juli 2014 bzw. Nr. 2015/2043 vom 28. Mai 2015 für die Nichteinhaltung Italiens der Verpflichtungen der Richtlinie 2008/50/EG, den Anschluss an effiziente Fernwärmesysteme gemäß Art. 2, Abs. 2, Buchstabe tt), des Gesetzesdekrets Nr. 102 vom 4. Juli 2014 betroffen sind. Ausgaben für die Installation von Erdwärmesonden für Erdwärmesysteme sollten ebenfalls unter diesem Code angegeben werden.
- “33” **Eingriffe an Einfamilienhäusern oder an Immobilieneinheiten in Mehrfamilienhäusern zum Austausch bestehender Winter-Klimaanlagen.** Es handelt sich um Eingriffe an Einfamilienhäusern oder an Immobilieneinheiten innerhalb von Mehrfamilienhäusern, die funktional unabhängig sind und einen oder mehrere unabhängige Zugänge von außen haben, für den Austausch bestehender Winter-Klimaanlagen durch Brennwertkesselsysteme für Heizung, Kühlung oder für Brauchwarmwassererzeugung mit einer Effizienz, die mindestens der Produktklasse A gemäß der delegierten (EU) Verordnung Nr. 811/2013 der Kommission entspricht, mit Wärmepumpen, einschließlich hybrider oder geothermischer Systeme, auch in Kombination mit der Installation von an das Stromnetz angeschlossenen Photovoltaikanlagen (siehe Art. 119, Absatz 5, Gesetzesdekret vom 19. Mai 2020, Nr. 34) und entsprechenden Speichersystemen (gemäß Absatz 6 des o.g. Artikels 119), bzw. mit Mikro-KWK-Anlagen oder Solarkollektoren, oder, ausschließlich für methanfreie Bereiche in Gemeinden, die nicht von den europäischen Vertragsverletzungsverfahren Nr. 2014/2147 vom 10. Juli 2014 oder Nr. 2015/2043 vom 28. Mai 2015 wegen der Nichteinhaltung der Verpflichtungen aus der Richtlinie 2008/50/EG durch Italien betroffen sind, mit Biomassekesseln, die eine Emissionseistung aufweisen, die mindestens den Werten der 5-Sterne-Klasse entspricht, die gemäß der Regelung im Dekret des Ministers für Umwelt sowie den Schutz von Land und Meer vom 7. November 2017, Nr. 186, sowie, ausschließlich für Berggemeinden, die nicht von den europäischen Vertragsverletzungsverfahren Nr. 2014/2147 vom 10. Juli 2014 bzw. Nr. 2015/2043 vom 28. Mai 2015 wegen der Nichteinhaltung der Verpflichtungen aus der Richtlinie 2008/50/EG durch Italien betroffen sind, den Anschluss an effiziente Fernwärmesysteme, so wie in Art. 2 Abs. 2 Buchst. tt) des Gesetzesdekrets vom 4. Juli 2014, Nr. 102 definiert. Ausgaben für die Installation von Erdwärmesonden für Erdwärmesysteme sollten ebenfalls unter diesem Code angegeben werden.

In **Spalte 2 (Jahr)** ist das Jahr anzuführen, in dem die Ausgaben getragen wurden.

Spalte 3 (Zeitraum 2013): diese Spalte nur dann ausfüllen, wenn die Kosten im Jahr 2013 getragen wurden.

Einen der folgenden Codes angeben:

“1” vom 1. Januar bis zum 5. Juni 2013 getragene Ausgaben (Absetzung in Höhe von 55%);

“2” vom 6. Juni bis 31. Dezember 2013 getragene Ausgaben (Absetzung in Höhe von 65%);

Die **Spalte 4 (Sonderfälle)** ist den Steuerpflichtigen vorbehalten, die sich in einer der nachstehend beschriebenen Situationen befinden. Den folgenden Code angeben:

‘1’ bei Ausgaben für Arbeiten, die zwischen 2009 und 2021 begonnen wurden und 2022 noch nicht abgeschlossen sind;

‘2’ für den Fall, dass die in den Jahren vor 2022 getragenen Kosten eine im Jahre 2022 geerbte, erworbene oder in Schenkung erhaltene Immobilie betreffen;

‘3’ für den Fall, dass beide in den Codes 1 und 2 beschriebene Fälle eingetreten sind (über mehrere Jahre fortgesetzte Arbeiten und geerbte, gekaufte oder als Schenkung erhaltene Immobilie).

Die **Spalte 5 (Zeitraum 2008 - Neufestlegung der Raten)** die Steuerpflichtigen, die von 2013 bis 2017 eine Immobilie gekauft, als Schenkung erhalten oder geerbt haben, die im Jahr 2008 Gegenstand von Arbeiten war, und die die Anzahl der Raten, die der kostentragende Steuerpflichtige zuvor gewählt hat, neu festgelegt haben, geben in dieser Spalte die Anzahl der Raten an, in die die Absetzung ursprünglich aufgeteilt war.

Spalte 6 (110%): Das Kästchen muss für Ausgaben, die ab dem 1. Juli 2020 anfallen, angekreuzt werden, wenn in Spalte 1 die Codes der sogenannten "Sekundäreingriffe" angegeben sind, also die Codes von "2" bis "7" und von "12" bis "14" und 16 und sofern diese Eingriffe in Verbindung mit einem der sogenannten "Primäreingriffe", gekennzeichnet durch die Codes "30", "31", 32 und 33, durchgeführt wurden.

In **Spalte 7 (Anz. der Raten)** ist die Anzahl der Raten anzuführen, die der Steuerzahler im Jahr 2022 beanspruchen möchte. Beispielsweise 3 für die 2020 getragenen Ausgaben, 2 für die Ausgaben von 2021 und 1 für die Ausgaben von 2022.

In der **Spalte 8 (Gesamtausgaben)** die Höhe der innerhalb der in den Tabellen am Anfang der Abteilung beschriebenen Grenzen getragenen Ausgabe in Bezug auf die Art der Maßnahme eintragen, die mit Ausnahme der mit dem Code „7“ und „15“ angegebenen Ausgaben angegeben werden müssen.

Wenn auf dieselbe Immobilie:

- Arbeit auf die Hülle von existierenden Gebäuden (Code „2“) und Einrichtung von Fensterrahmen (Code 12) durchgeführt wurden, muss der angegebene Betrag der Ausgabe solcher sein, sodass der Gesamtbetrag der zustehenden Absetzung 60.000 Euro nicht übersteigt;

- Arbeit zur Ersetzung von winterlichen Klimaanlage (Code 4) und zur Ersetzung von winterlichen Klimaanlage durch Brennwertkesseln, deren Klasse ist zumindest gleich der A (Code 13), muss der angegebene Betrag der Ausgabe solcher sein, sodass der Gesamtbetrag der zustehenden Absetzung 30.000 Euro nicht übersteigt.

Spalte 9 (Erdbebenzuschlag): Kreuzen Sie das Kästchen an, wenn die Codes von 2 bis 7, von 12 bis 14, 16, 30, 31, 32 und 33 in Spalte 1 angegeben sind und Sie die Bedingungen erfüllen, um die 50%ige Erhöhung der Ausgabengrenze in Anspruch zu nehmen.

In der **Spalte 10 (Ratenbetrag)** den Betrag jeder Rate der getragenen Ausgaben angeben. Dieser Betrag wird durch Dividieren des Betrags der getragenen Kosten (Spalte 8) durch die Anzahl der Raten.

Wenn die Kästchen 110% oder Erdbebenzuschlag angekreuzt sind oder wenn die Art des Eingriffs (Spalte 1) einen Wert zwischen 30 und 33 hat, erfolgt die Ratenzahlung in 5 Raten, in allen anderen Fällen erfolgt die Ratenzahlung in 10 Raten.

Wenn das Kästchen "Neufestsetzung der Raten" (Spalte 5) abgefasst wurde, muss die Rate hingegen wie folgt festgesetzt werden:

Rechnung: 1) "Verwendete Raten" = $(6 - \text{Anz. Rate aus Sp. 7}) \times \frac{\text{Sp. 8}}{\text{Sp. 5}}$ 2) "Betrag der Rate" = $\frac{\text{Sp. 8} - \text{"Verwendete Raten"}}{10}$

Zeile RP65 (Gesamtbetrag Raten – Rate 50%, 55%, 60%, 65%, 70%, 75%, 80%, 85%, 90 und 110%)

Spalte 1 (Rate von 50%): die Summe der Beträge angeben, die in den Zeilen von RP61 bis RP64 angegeben wurden, wobei in der Spalte 2 das Jahr 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022 mit den Codes 5, 6, 12 und 13 in der Spalte 1 angegeben wurde und das Kästchen 110 % nicht angekreuzt wurde.

Spalte 2 (Rate von 55%): die Summe der in den Zeilen von RP61 bis RP64 angegebenen Beträge übergeben, in denen in der Spalte 2 das Jahr 2013 unter dem Code „1“ in der Spalte 3 angegeben wurde.

Spalte 3 (Rate von 65%): die Summe der in den Zeilen von RP61 bis RP64 angegebenen Beträge übergeben, in denen in der Spalte 2 das Jahr 2013 unter dem Code 2 in der Spalte 1 angegeben wurde, bzw. das Jahr 2014 oder das Jahr 2015 oder das Jahr 2016 bzw, das Jahr 2017 unter den Coden 1, 2, 3, 4, 5, 6 oder 7 in der Spalte 1 bzw. in der Spalte 1 das Jahr 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022 mit den Codes 1, 2, 3, 4, 7, 14 oder 16 angegeben wurden und das Kästchen 110 % nicht angekreuzt wurde.

Spalte 4 (Rate von 70%): die Summe der in den Zeilen von RP61 bis RP64 angegebenen Beträge angeben, in denen in der Spalte 2 das Jahr 2017, 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022 unter dem Code 8 in der Spalte 1 angegeben wurde.

Spalte 5 (Rate von 75%): die Summe der in den Zeilen von RP61 bis RP64 angegebenen Beträge angeben, in denen in der Spalte 2 das Jahr 2017, 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022 unter dem Code 9 in der Spalte 1 angegeben wurde.

Spalte 6 (Rate von 80%): die Summe der Beträge angeben, die in den Zeilen von RP61 bis RP64 angegeben wurden, in denen in Spalte 2 das Jahr 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022 mit dem Code 10 in der Spalte 1 angegeben wurde.

Spalte 7 (Rate von 85%): die Summe der Beträge angeben, die in den Zeilen von RP61 bis RP64 angegeben wurden, in denen in Spalte 2 das Jahr 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022 mit dem Code 11 in der Spalte 1 angegeben wurde.

Spalte 8 (Rate von 90%): die Summe der Beträge angeben, die in den Zeilen von RP61 bis RP64 angegeben wurden, in denen in Spalte 2 das Jahr 2020 oder 2021 mit dem Code 15 in der Spalte 1 angegeben wurde.

Spalte 9 (Rate von 110%): die Summe der Beträge angeben, die in den Zeilen von RP61 bis RP64 angegeben wurden, in denen in Spalte 2 das Jahr 2021 angegeben wurde, in Zeile 1 die Codes „2“ bis „7“ und „12“ bis „14“ + „16“ angegeben wurden, wenn Kästchen 6 (110%) angekreuzt wurde, oder für die in Spalte 1 die Codes 30, 31, 32 oder 33 angegeben wurden.

Spalte 10 (Rate von 60%): die Summe der Beträge angeben, die in den Zeilen von RP61 bis RP64 angegeben wurden, in denen in Spalte 2 das Jahr 2022 mit Code 15 in Spalte 1 angegeben wurde.

Zeile RP66 (Gesamtbetrag Absetzung 55%, 60%, 65%, 70% und 75%, 80%, 85%, 90 und 110%)

In der **Spalte 1** der 50% des in der Zeile RP65 Spalte 1 angegebenen Betrags angeben.
 In der **Spalte 2** der 55% des in der Zeile RP65 Spalte 2 angegebenen Betrags angeben.
 In der **Spalte 3** der 65% des in der Zeile RP65 Spalte 3 angegebenen Betrags angeben.
 In der **Spalte 4** der 70% des in der Zeile RP65 Spalte 4 angegebenen Betrags angeben.
 In der **Spalte 5** der 75% des in der Zeile RP65 Spalte 5 angegebenen Betrags angeben.
 In der **Spalte 6** der 80% des in der Zeile RP65 Spalte 6 angegebenen Betrags angeben.
 In der **Spalte 7** der 80% des in der Zeile RP65 Spalte 7 angegebenen Betrags angeben.
 In der **Spalte 8** der 90% des in der Zeile RP65 Spalte 8 angegebenen Betrags angeben.
 In der **Spalte 9** der 110% des in der Zeile RP65 Spalte 9 angegebenen Betrags angeben.
 In der **Spalte 10** der 60% des in der Zeile RP65 Spalte 10 angegebenen Betrags angeben.
 Die Summe der Beträge der Absetzungen ist in der Zeile RN16 zu übergeben.

ABSCHNITT V - Absetzungen für Mieter mit Mietvertrag

Die Daten angeben, um die den Mietern für Mietpreise bezüglich der als Hauptwohnung vorgesehenen Immobilien zustehenden Abzüge zu nutzen. Besagte Abzüge werden binnen bestimmten Gesamteinkommengrenzen anerkannt. Dem Gesamteinkommen ist auch der Ertrag der vermieteten Gebäude, der der definitiven Ertragsteuer unterzogen wird sowie die der Pauschalbesteuerungssystem unterliegenden Einkünfte, die der Ersatzsteuer gemäß Artikel 1 Absatz 54 ff. des Gesetzes Nr. 190/2014 unterliegen, hinzuzufügen. Das Bezugseinkommen für die Berechnung der Abzüge ist das in der Spalte 1 der Zeile RN1 angegebene Einkommen. Wenn die Zeile RS37 bezüglich der Ermäßigung ACE abgefasst wurde, ist dem Bezugseinkommen der in der Spalte 14 der Zeile RS37 angegebene Betrag abzüglich des Betrags in Spalte 22 der gleichen Zeile RS37 hinzuzufügen.



Die Abzüge gemäß der Zeile RP71 (Codes 1, 2, 3) und der Zeile RP72 sind Alternativen und somit ist der Steuerpflichtige befugt, die für ihn günstigere zu wählen, wobei er den Code angibt bzw. die entsprechende Zeile ausfüllt. In den Fällen, in denen sich der Steuerpflichtige im Laufe des Jahres in verschiedenen Situationen befindet, kann er jedoch in den Genuss mehrere Abzüge kommen. Wenn verschiedene Typologien von mit unterschiedlichen Codes gekennzeichneten Abzügen angegeben werden müssen, muss eine zusätzliche Übersicht für jeden Code abgefasst werden, wobei daran zu denken ist, dass das Kästchen „Vordr. N.“ oben rechts auf dem Vordruck fortlaufend nummeriert werden muss. In diesem Fall darf die Summe der in den Spalte 2 der Zeile RP71 und in der Spalte 1 der Zeile RP72 angegebenen Tagen nicht größer als 365 sein.

Zeile RP71 Mieter von als Hauptwohnung vorgesehenen Unterkünften

Spalte 1 (Typologie): Den Code bezüglich des zu genießenden Abzugs angeben.

“1” Absetzung für die Mieten von Hauptwohnungen. Dieser Code muss von den Steuerpflichtigen mit einem Gesamteinkommen von höchstens 30.987,41 Euro angegeben werden, die im Sinne des Gesetzes Nr. 431 aus dem Jahr 1998 Mietverträge für als Hauptwohnung vorgesehene Immobilien abgeschlossen oder erneuert haben. Der Abzug muss auf der Grundlage des Jahreszeitraums, in dem die Immobilie als Hauptwohnung bestimmt ist und der Anzahl der Mitnamensträger des Mietvertrags berechnet werden.

“2” Absetzung für Mieter von Wohnungen, die als Hauptwohnung verwendet und mit konventionellem Mietvertrag vermietet wurden. Dieser Code muss von den Steuerpflichtigen mit einem Gesamteinkommen von höchstens 30.987,41 Euro angegeben werden, die Namensträger der Mietverträge von als Hauptwohnung vorgesehenen Immobilieneinheiten sind, vorausgesetzt, dass diese gemäß den Bestimmungen des Art. 2, Absatz 3, und des Art. 4, Absätze 2 und 3 des Gesetzes Nr. 431 aus dem Jahr 1998 abgeschlossen oder erneuert wurden (sogenannte “konventionelle Verträge”). Der Abzug steht in keinem Fall für die zwischen öffentlichen Körperschaften und privaten Vertragspartnern bestehenden Mietverträge zu. Der Abzug muss auf der Grundlage des Zeitraums im Jahr, in dem die Immobilie als Hauptwohnung bestimmt ist, und der Anzahl der Mitnamensträger des Mietvertrags berechnet werden. Es wird darauf hingewiesen, dass zur Inanspruchnahme dieser Begünstigung im Fall von „nicht besicherten“ Mietverträgen mit vereinbarter Miete die Notwendigkeit des Beweises zu überprüfen ist, welcher von den Einrichtungen erteilt wird, die den Vertrag abschließen, mit dem bestätigt wird, dass der Wirtschafts- und Rechtsetzungsinhalt des Mietvertrags dem Landesabkommen entspricht. Für weitere Informationen wird es darauf hingewiesen, was in dem Rundschreiben der Agentur der Einnahmen Nr. 7/E vom 24. April 2018 präzisiert wird.

“4” Absetzung für den Mietzins für die Wohnung von Jugendlichen, die als eigener Wohnsitz bestimmt ist. Dieser Code muss von jungen Leuten zwischen 20 und 31 Jahren angegeben werden, die gemäß dem Gesetz Nr. 431 vom 9. Dezember 1998 einen Mietvertrag über eine Wohnung oder einen Teil einer Wohnung abgeschlossen haben, der ihnen als Wohnsitz dienen soll, vorausgesetzt, der Vertrag wird vor Vollendung des 31. Lebensjahres abgeschlossen. Wird das 31. Lebensjahr am 1. Januar 2022 vollendet, entfällt der Abzug für das Jahr 2022. Die Anforderung des Alters wird erfüllt, wenn es auch für einen Teil der Steuerperiode, in der der Abzug genossen werden soll, zutrifft. Die gemietete Immobilie muss von der Hauptwohnung der Eltern oder denjenigen abweichen, denen sie von den zuständigen Behörden laut Gesetz anvertraut wurden. Der Abzug steht für die ersten vier Jahre ab Vertragsschluss zu. Wird der Vertrag beispielsweise im Jahr 2022 abgeschlossen, kann der Abzug bis 2025 in Anspruch genommen werden. Der Abzug beläuft sich auf 20 % der Miete bis zu einem Höchstbetrag von 2.000 EUR. Er darf nicht weniger als 991,60 € betragen.

Spalte 2 (Anz. Tage): Die Anzahl der Tage angeben, an denen die gemietete Immobilieneinheit als Hauptwohnung verwendet wurde.

Spalte 3 (Prozentsatz): 100 angeben, wenn der Vertrag von einer einzigen Person abgeschlossen wurde bzw. einen anderen zustehend Prozentsatz, wenn der Vertrag auf mehrere Personen lautet.

Der Betrag des in der Zeile RN12 Spalte 1 anzugebenden zustehenden Abzugs, wird auf der Grundlage des Gesamteinkommens bestimmt, das mit der Anzahl der in der Spalte 2 angegebenen Miettage und dem in der Spalte 3 der Zeile RP71 angegebenen Prozentsatz in Beziehung gesetzt wird.

Spalte 4 (Miete): Geben Sie die Höhe der Miete an. Die Spalte kann nur ausgefüllt werden, wenn in Spalte 1 der Code "4" eingetragen ist.

Zeile RP72 Unselbstständige Erwerbspersonen, die aus Arbeitsgründen den Wohnsitz verlegen

Diese Zeile wird von den Steuerpflichtigen mit einem Gesamteinkommen von höchstens 30.987,41 Euro abgefasst, die Arbeitnehmer sind, in den drei Jahren vor dem Antrag auf Abzug ihren Wohnsitz in die Gemeinde des Arbeitsplatzes bzw. in eine der Nachbargemeinden verlegt haben oder verlegen und Inhaber irgendeines Mietvertrags für eine als Hauptwohnung verwendete Immobilieneinheit in der neuen Wohnsitzgemeinde sind, die mindestens 100 km von der vorherigen entfernt ist und jedenfalls außerhalb der eigenen Region liegt. Der Abzug kann in den ersten drei Jahren ab der Wohnsitzverlegung genossen werden. Wenn die Wohnsitzverlegung zum Beispiel 2020 erfolgte, kann er für die Steuerjahre 2020, 2021 und 2022 in den Genuss des Abzugs kommen. Die Absetzung steht ausschließlich den Arbeitnehmern zu, auch wenn die Änderung des Wohnsitzes infolge eines gerade abgeschlossenen Arbeitsvertrages vorgenommen wird. Jene Subjekte, welche Einkünfte beziehen, die jenen aus nicht selbständiger Arbeit gleichgestellt sind, haben keinen Anspruch auf diese Absetzung.

Falls der Steuerzahler während des Zeitraumes in dem er die Absetzung beansprucht, nicht mehr in einem abhängigen Arbeitsverhältnis arbeiten sollte, verliert er das Recht auf Absetzung ab dem Steuerzeitraum, der jenem nach dem Verlust dieser Voraussetzungen folgt.

Spalte 1 (Anz. Tage): Die Anzahl der Tage angeben, an denen die gemietete Immobilieneinheit als Hauptwohnung verwendet wurde.

Spalte 2 (Prozentsatz): 100 angeben, wenn der Vertrag von einer einzigen Person abgeschlossen wurde bzw. einen anderen zustehend Prozentsatz, wenn der Vertrag auf mehrere Personen lautet. Es wird präzisiert, dass in diesem Fall der Prozentsatz mit Bezugnahme auf die alleinigen benannten Mitinhaber des Vertrags mit der Bezeichnung des unselbstständigen Beschäftigten festgesetzt werden muss.

Der Betrag des in der Zeile RN12 Spalte 1 anzugebenden zustehenden Abzugs, wird auf der Grundlage des Gesamteinkommens bestimmt, das mit der Anzahl der in der Spalte 1 angegebenen Miettage und dem in der Spalte 2 der Zeile RP72 angegebenen Prozentsatz in Beziehung gesetzt wird.

Zeile RP73 - Steuerabzug für die Verpachtung von landwirtschaftlichen Grundstücken an junge Menschen: In dieser Zeile sind die Ausgaben anzugeben, die von direkten Erzeugern oder berufsmäßigen landwirtschaftlichen Unternehmern unter 35 Jahren (die in der landwirtschaftlichen Fürsorgekasse eingetragen sind) für die Zahlung der Pacht für landwirtschaftliche Grundstücke (die nicht Eigentum der Eltern sind) getragen wurden. Der Steuerabzug in Höhe von 19% der für die Zahlung der Pacht getragenen Kosten steht höchstens bis 80 Euro für jeden gepachteten Hektar bis zu einem Maximalbetrag von **1.200 Euro** jährlich zu (Höchstbetrag für die jährliche Pacht, der in Zeile RP73 anzugeben ist: 6.318,00 Euro). Der Pachtvertrag muss in schriftlicher Form aufgesetzt sein.

Die Absetzung steht im Sinne der (EU-)Regelung der Kommission Nr. 1408/2013 vom 18. Dezember 2013 bezüglich der Anwendung der Art. 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union den De-Minimis-Beihilfe in der Landwirtschaft zu.

Daher muss der Steuerzahler, der die vorgenannten Beihilfen in Anspruch genommen haben, die Aufstellung der staatlichen Beihilfen in das Feld RS von Datei 3 des REDDITI-Formulars eintragen.

Die Höhe des Steuerabzugs wird in Zeile RN12 ermittelt. Wenn dieser die Bruttosteuer übersteigt (gekürzt um die Abzüge für zu Lasten lebende Familienangehörige und der weiteren Abzüge für besondere Einkommensarten), wird ein Guthaben in Höhe des Steuerabzugs gewährt, der befraglich nicht von der Steuer abgezogen werden konnte.

ABSCHNITT VI – Daten, um sonstige Abzüge zu nutzen

Zeile RP80 - Absetzungen für Investitionen in Startup-Unternehmen oder förderfähige, innovativen KMUs

Das Gesetzesdekret Nr. 179 vom 18. Oktober 2012, umgewandelt mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 221 vom 17. Dezember 2012, hat einige steuerliche Anreize für die Investition in innovative Startup-Unternehmen eingeführt. Die Modalitäten zur Umsetzung dieser Steuervergünstigung wurden mit dem Dekret des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen, in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung vom 25. Februar 2016 und für Eingriffe, die in den Zeiträumen danach getätigt werden und zum 31. Dezember 2016 im Gange waren, in einem Dekret des Ministers für Wirtschaft und Finanzen im Zusammenarbeit mit dem Minister für wirtschaftliche Entwicklung vom 7. Mai 2019 festgelegt.

Als innovative Startup gilt eine Kapitalgesellschaft, die sich auch in Form einer Kooperative gestellt hat, die nötige Tätigkeiten zur Entwicklung und Einführung von innovativen Produkten, Diensten oder Produktionsprozessen mit hohem technologischen Wert ausübt, deren Aktien oder sonstige Gesellschaftsanteile an keinem regulierten Markt und an keinem multilateralen Verhandlungssystem notiert sind (Art. 25 des Gesetzesdekrets Nr. 179 von 2012).

Als innovative Startups gelten auch Gesellschaften, die eine Förderung des nationalen Tourismusangebots durch den Einsatz von Technologien und die Entwicklung von origineller Software zum Ziel haben, und die insbesondere durch ein Dienstleistungsangebot für Tourismusunternehmen arbeiten. Diese innovativen Startups können sich auch in Form einer vereinfachten GmbH im Sinne des Art. 2463-bis des Zivilgesetzbuches (Art. 11-bis des Gesetzesdekrets Nr. 83 vom 31. Mai 2014, mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 106 vom 29. Juli 2012 umgewandelt) stellen. Der Art. 1, Abs. 66 des Gesetzes Nr. 232 vom 11. Dezember 2016 hat den Art. 29 des Gesetzesdekrets Nr. 179 von 2012 verändert. Insbesondere haben die Buchst. a) und c) des genannten Abs. 66 die Umwandlung der zugunsten von den innovativen Startups anerkannten Begünstigungen von Vergünstigung im Übergangszeitraum zu endgültigen Vergünstigungen vorgesehen, die Zunahme des Maßes der Vergünstigung auf das 30% und die Erhöhung des Höchstbetrages der abziehbaren Investition auf 1.000.000.

Die steuerlichen Investitionsanreize für innovative Startups gemäß Artikel 29 des genannten Gesetzesdekrets Nr. 179/2012 gelten auch für Investitionen in kleine und mittlere innovative Unternehmen (KMU), unter Beachtung der Bedingungen und Grenzen, die von den Leitlinien für staatlichen Beihilfen zur Förderung der Risikofinanzierungen laut der Mitteilung der Kommission 2014/C 10/04 vom 22. Januar 2014 (Art. 4, Abs. 9 des Gesetzesdekrets 24. Januar 2015 Nr. 3, mit Änderungen im Gesetz gewandelt vom Gesetz 24. März 2015, Nr. 33) vorgesehen sind.

Die Wirksamkeit der Bestimmung laut dem Abs. 9 ist der Genehmigung der Europäischen Kommission im Sinne des Art. 108, Abschn. 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Art. 4, Abs. 12-ter des Gesetzesdekret Nr. 3 von 2015) untergeordnet. Die Modalitäten für die Umsetzung der Steueranreize für Eingriffe in innovative KMUs werden durch den oben genannten Ministerialerlass vom 7. Mai 2019 festgelegt.

Die Absätze 7 und 8 des Artikels 38 des Gesetzesdekrets Nr. 34 vom 19. Mai 2020 sehen eine Absetzung von der Bruttoeinkommenssteuer natürlicher Personen über einen Betrag in Höhe von 50 Prozent des Betrags, der in das Stammkapital eines oder mehrerer innovativer Start-ups oder KMUs investiert wurde, vor, sofern die Investition direkt getätigt wurde bzw. über Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA), die hauptsächlich in Start-ups oder innovative KMU investieren.

Die Antragsmodalitäten werden durch den Erlass des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wirtschaft und Finanzen vom 28. Dezember 2020, (im Folgenden als Erlass bezeichnet) festgelegt.

Die Begünstigung gilt für Investitionen, die nach dem 1. Januar 2020 getätigt werden und ab dem Steuerzeitraum, der auf den am 31. Dezember 2019 laufenden Zeitraum folgt.

Diese Abzüge werden gemäß der (EU) Verordnung Nr. 1407/2013 der Europäischen Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen gewährt.

Die maximal absetzungsfähige Investition darf in jedem Steuerzeitraum die jeweiligen Beträge von 100.000 Euro bei Investitionen in Start-ups und € 300.000 bei Investitionen in KMU nicht überschreiten (Artikel 3, Absätze 1 und 2 des Dekrets).

Die Absetzung für Investitionen in innovative Start-ups gemäß Artikel 38, Absatz 7 des Gesetzesdekrets Nr. 34 aus dem Jahr 2020 ist alternativ zu der im Dekret des Ministers für Wirtschaft und Finanzen im Einvernehmen mit dem Minister für wirtschaftliche Entwicklung vom 7. Mai 2019 vorgesehenen Absetzung und kann nicht mit dem bereits genannten Anreiz für dieselbe finanzielle Transaktion kombiniert werden.

Die in Artikel 38 Absatz 8 des Gesetzesdekrets Nr. 34 vorgesehene Absetzung für Investitionen in innovative KMU hat Vorrang vor der in Artikel 29 des Gesetzesdekrets Nr. 179 vom 18. Oktober 2012 vorgesehenen Absetzung. Auf jeden Investitionsbetrag in KMU, der die Grenze von 300.000 € übersteigt, sind 30 Prozent dieses Überschusses von der Bruttosteuer absetzungsfähig, vorbehaltlich der "de minimis"-Grenze.

Die Investition muss mindestens drei Jahre lang aufrechterhalten werden.

Die eventuelle, vollständige oder teilweise Abtretung der Investition vor Ablauf der Frist, führt zum Verfall der Vergünstigung und verpflichtet den Steuerzahler, den abgesetzten Betrag erstatten und die entsprechenden gesetzlichen Zinsen zu zahlen.

Der Betrag, der im Bezugssteuerzeitraum nicht oder nur teilweise absetzbar ist, kann in den nachfolgenden Steuerzeiträumen von der IRPEF abgesetzt werden, aber nicht über das dritte Jahr hinaus. Im Rahmen und für die Zwecke dieser Anweisungen werden innovative Startup-Unternehmen auch als förderfähige innovative KMU definiert.

In der Zeile sind folgende Daten anzugeben:

■ **Spalten 1 (Steuernummer) und 2 (Art der Investition):**

- bei direkter Investition in **Spalte 1** die Steuernummer des innovativen Startup-Unternehmens angeben, in das die Einlage vorgenommen wurde. In diesem Fall den **Code 1** im Kästchen der **Spalte 2** angeben;
- Im Fall indirekter Investitionen über Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren ist in **Spalte 1** die Steuernummer dieser Organisation und in **Spalte 2 Code 2** anzugeben. Wenn die indirekte Investition mithilfe einer Kapitalgesellschaft erfolgte, die hauptsächlich in innovative Start-up-Unternehmen investiert, ist in **Spalte 1** die Steuernummer dieser Gesellschaft und in **Spalte 2 Code 3** anzugeben. Bei indirekten Investitionen über ausländische Einrichtungen ohne Steuerzahler-Identifikationsnummer ist in Spalte 1A die Steuerzahler-Identifikationsnummer anzugeben, sofern diese von der Steuerbehörde des ausländischen Staates vergeben wurde, oder die von einer Verwaltungsbehörde vergebene Identifikationsnummer (Spalte 1 ist nicht auszufüllen);
- Steuerzahler, die an offenen Handelsgesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung beteiligt sind, geben in **Spalte 1** die Steuernummer der Gesellschaft an, die ihnen den abzugsfähigen Teil für Investitionen in Start-up-Unternehmen zuerkannt hat, und in **Spalte 2 Code 4**. Steuerzahler, die an Personengesellschaften über Gesellschaften beteiligt sind, die die Steuertransparenz im Sinne von Art. 116 gewählt haben, geben in **Spalte 1** die Steuernummer der Gesellschaft an, die ihnen den abzugsfähigen Teil für Investitionen in Start-up-Unternehmen zuerkannt hat, und in **Spalte 2 Code 5**.

Wenn diese beiden Codes vorhanden sind, **werden die Spalten 4 und 5 nicht ausgefüllt**, nur in Spalte 5 wird die Höhe des im Zuge der Transparenz erhaltenen absetzbaren Betrags angegeben.

- **Spalte 3:** In dieser Spalte ist die Höhe der zu erleichternden Investition anzugeben. In der Spalte ist kein Betrag anzugeben, falls der Steuerpflichtige an Gesellschaften im Transparenzsystem (Code 4 und 5 in Spalte 2) Teilhaber ist;
- **Spalte 4:** den Code angeben, welcher die Art der Investition identifiziert
 - ‘1’ im Fall einer Investition in einer innovativen Start-up;
 - ‘2’ im Fall einer Investition in einem kleinen und mittleren innovativen förderfähigen Unternehmen (KMU) laut dem Art. 4, Abs. 9 des Gesetzesdekrets Nr. 3 vom 24. Januar 2015;
 - ‘3’ wenn die Investition in ein innovatives Start-up gemäß Art. 38, Absatz 7 des Gesetzesdekrets Nr. 34 von 2020 getätigt wurde;
 - ‘4’ wenn die Investition in ein innovatives KMU gemäß Artikel 38, Absatz 8 des Gesetzesdekrets Nr. 34 von 2020 getätigt wurde;
 - ‘5’ im Falle einer Investition in ein innovatives KMU, über einen Betrag, der die in Artikel 38 Absatz 8 des Gesetzesdekrets Nr. 34 aus dem Jahr 2020 genannte Grenze von 300.000 € übersteigt.

■ **Spalte 5:** In dieser Spalte ist der absetzbare Betrag anzugeben, der sich ergibt, indem man auf den Betrag in Spalte 3 den Prozentanteil von 30% anwendet, wenn Code 1, 2 oder 5 in Spalte 4 eingetragen ist, oder der 50 %ige Anteil, wenn Code 3 oder 4 in Spalte 4 eingetragen ist. Wenn in Spalte 2 Code 4 oder Code 5 (von der "transparenten" Gesellschaft zugewiesener Steuerabzug) angegeben wurde, ist in Spalte 5 direkt die Höhe des im Zuge der Transparenz erhaltenen absetzbaren Betrags anzugeben.

■ **Spalte 6:** In diese Spalte ist die Gesamtsumme des zustehenden Steuerabzugs anzugeben. Wenn nur eine Zeile ausgefüllt wurde, entspricht dieser Betrag jenem, der in Spalte 5 angegeben ist. Sollten mehrere Investitionen vorgenommen worden sein, muss eine Zeile für jede Investition abgefasst werden, wobei mehrere Vordrucke zu verwenden sind. In diesem Fall ist die Summe der angegebenen Beträge in Spalte 5 aller abgefassten Vordrucke nur in Spalte 6 des ersten der verwendeten Vordrucke zu übertragen, und im dafür vorgesehenen Teil oben rechts ist die Anzahl der Vordrucke anzugeben.

Der Betrag in dieser Zeile muss in die Zeile RN21, Spalte 1 übertragen werden

Sollte es infolge eines Umstandes im Sinne von Art. 6 Absatz 4 des Ministerialdekrets vom 7. Mai 2019 zum Verlust der gewährten Vergünstigung gekommen sein, ist der Steuerzahler verpflichtet, die Zeile RP80 auszufüllen und den abgesetzten Betrag mit den jeweiligen gesetzlichen Zinsen zurückzuerstatten.

In diesem Fall ist die Zeile RP80 unter Angabe der folgenden Daten auszufüllen:

- **Spalte 7:** die gesetzlichen Zinsen auf die Steuer, die aufgrund der Verwendung des Abzugs nicht gezahlt wurde, die zum Datum fällig geworden sind, an dem die Steuer hätte entrichtet werden müssen;
- **Spalte 8:** die tatsächlich in den vorangegangenen Steuerzeiträumen genutzte und nicht länger zustehende Absetzung, einschließlich der Zinsen in Spalte 7. Der Betrag in dieser Spalte 2 erhöht die brutto Steuer dieses Zeitraums;
- **Spalte 9:** der noch nicht genutzte Überschuss der Absetzung, die nicht mehr zusteht. Dieser Betrag wird von den entsprechenden Restbeträgen des Steuerabzugs der vergangenen Jahre abgezogen und ist in Spalte 1 der Zeilen RN18, RN19 und RN20 des vorliegenden Vordrucks anzugeben.

Zeile RP82 Abzug der Unterhaltskosten der Führhunde

Das Kästchen ankreuzen, damit der zustehende Pauschalabzug von 1.000 Euro in Anspruch genommen werden kann. Die Absetzung steht ausschließlich blinden Personen (und nicht auch den Personen, zu deren steuerlichen Lasten sie leben) und abgesehen vom Belegmaterial der effektiv getragenen Ausgaben, zu. Der Abzug muss in der Zeile RN17 Spalte 2 angegeben werden. Ab dem Steuerjahr 2020 variiert die Inanspruchnahme dieses Abzugs je nach Höhe des Gesamteinkommens. Insbesondere steht es Personen mit einem Gesamteinkommen von bis zu 120.000 € in vollem Umfang zur Verfügung. Wird die genannte Grenze überschritten, verringert sich das zustehende Steuerguthaben, bis es bei einem Gesamteinkommen von 240.000 € auf Null sinkt. Bei der Überprüfung der Einkommensgrenze werden auch Einkommen berücksichtigt, auf die die Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen Anwendung findet.

Zeile RP83 Sonstige Absetzungen

In der Spalte 1 den Code und in der Spalte 2 den entsprechenden Betrag angeben.

Code „1“ Abzug für die von den Regionen oder den Autonomen Provinzen Trient und Bozen zugewiesene Stipendien

Die Personen, die sich beim Antrag gemäß der Vorgabe des Dekrets des Ministerpräsidenten (DPCM) Nr. 106 vom 14. Februar 2001, im Amtsblatt Nr. 84 vom 10. April 2001 veröffentlicht, des Steuerabzugs bedienen möchten, können diesen Vorteil genießen. Den Betrag des in der Spalte 2, in der Zeile RN17 Spalte 2 angegebenen Abzugs übertragen;

Code „2“ Abzug für die Schenkungen an die Krankenhauseinrichtung „Ospedali Galliera di Genova“

Der Abzug steht für die an die Krankenhauseinrichtung „Ospedali Galliera di Genova“ geleisteten Schenkungen für die Arbeit des Nationalen Registers der Rückenmarkspender zu.

Es wird präzisiert, dass der Abzug für die an die Krankenhauseinrichtung „Ospedali Galliera di Genova“ geleisteten Schenkungen im Rahmen

von 30 Prozent der Bruttosteuer zusteht. In der Spalte 2 muss also der gesamte Betrag der geleisteten Schenkung angegeben werden, während in der Zeile RN17 Spalte 2 der Betrag der Schenkung in den Grenzen von 30 Prozent der fälligen Bruttosteuer angegeben werden muss.

Code „3“ ist zu verwenden, um 20 % der Ausgaben anzugeben, die im Rahmen des Ihrem Haushalt gewährten Urlaubsteuerguthabens, wobei der Antrag bis zum 31. Dezember 2020 gestellt worden ist, entstanden sind. D.h. 20 % des gewährten Betrags oder, wenn der Urlaub weniger gekostet hat, 20 % des tatsächlich gezahlten Betrags.

Der Betrag muss angegeben werden, wenn das Urlaubsteuerguthaben bis zum 31. Dezember 2021 in Anspruch genommen wurde. In dieser Erklärung kann die Gutschrift noch angegeben werden, sofern sich die im Jahr 2022 getätigten Ausgaben auf einen Urlaub beziehen, der vor dem 31.12.2021 begonnen wurde.

Wenn die Höhe des Abzugs auf dem Modell 730/2022 oder auf dem Modell REDDITI PF1 2021 oder 2022 angegeben wurde, ist die Zeile nicht auszufüllen. Der Höchstbetrag der zustehenden Absetzung ist in der von der PagoPA S.p.A. zur Verfügung gestellten App für Mobilgeräte namens „IO“, mit der der Antrag auf das Guthaben gestellt wurde, angegeben. Die Informationen bzgl. der Höhe der tatsächlich zustehenden Absetzung (und des in Anspruch genommenen Rabatts) sind im "Steuerpostfach" des Nutzers des Urlaubsteuerguthabens verfügbar. Nutzer und Antragsteller müssen hierbei nicht übereinstimmen. Nur wer das Urlaubsteuerguthaben in Anspruch genommen hat kann auch die Absetzung in Anspruch nehmen, sofern er/sie zudem auch Empfänger der Rechnung, des Handelsdokuments oder der vom Dienstleister ausgestellten Steuerquittung ist. Diese Absetzung kann bis zur Höhe der geschuldeten Steuer in Anspruch genommen werden. Der nach der Begleichung der geschuldeten Steuer verbleibende Betrag der Absetzung kann weder auf Folgejahre übertragen noch als Rückerstattung beantragt werden. Sollte der Erbringer der touristischen Dienstleistung der Agentur der Einnahmen einen Betrag mitteilen, der nicht dem tatsächlich angefallenen entspricht, obliegt es dem Steuerpflichtigen in Spalte 2 den Betrag der tatsächlich geschuldeten Absetzung anzugeben (20 % des anerkannten Höchstbetrags oder, falls niedriger, den tatsächlich gezahlten Betrag). Der in Spalte 2 angegebene Betrag darf maximal 100 € betragen.

Code „4“ ist der Betrag des ganz oder teilweise nicht zustehenden Urlaubsteuerguthabens anzugeben, der als Rabatt für die Bezahlung des Aufenthalts verwendet wurde. Tragen Sie den Betrag des zurückzufordernden Urlaubsbonus in Spalte 3, in Zeile RN41 ein.

ABSCHNITT VII – Weitere Daten

Der Art. 25-octies, Abs. 4, des Gesetzesdekrets Nr. 119 vom 23. Oktober 2018, bei der Umwandlung vom Gesetz Nr. 136 vom 17. Dezember 2018 eingeführt, hat den Art. 118-bis TUIR geändert und die für Campione d'Italia schon vorgesehenen Begünstigungen innoviert.

All die in Euro von den in den Melderegistern der Gemeinde Campione d'Italia eingeschriebenen natürlichen Personen erzielten Einkünfte tragen anders als Unternehmenseinkünfte zur Bildung des Gesamteinkommens nach Abzug einer Reduzierung in Höhe von 30% mit einer Estermäßigung von mindestens 26.000 Euro bei.

Eingeschrieben in den Melderegistern der Gemeinde Campione d'Italia sind auch die natürlichen Personen mit steuerlichem Domizil in derselben Gemeinde, die, nachdem sie in den Melderegistern der Gemeinde Campione d'Italia waren, in dem Register der im Ausland wohnenden Italiener (AIRE) derselben Gemeinde eingeschrieben sind, und die im Kanton Tessin der Schweizerischen Eidgenossenschaft wohnen.

Dieselbe Begünstigung wird auch:

- Büros in der Gemeinde Campione d'Italia angewandt, die in den obengenannten Melderegistern nicht eingeschrieben sind, welche in Euro in dem Gebiet derselben Gemeinde und/oder in der Schweiz erzielt wurden;
- Der in Euro in der Gemeinde Campione d'Italia von einzelnen Unternehmen erzielten Unternehmenseinkünfte angewandt, unabhängig von der Einschreibung des Unternehmers in den obengenannten Melderegistern, die in der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer Como eingeschrieben sind, und die ihren Betriebsstandort oder eine örtliche Einheit in der Gemeinde Campione d'Italia haben.

Was die Unternehmenseinkünfte betrifft, wenn der Betrieb auch außer dem Gebiet der Gemeinde Campione d'Italia, zur Bestimmung des Einkommens, für welches eine Begünstigung in Anspruch genommen werden kann, steht dem Unternehmen der Pflicht zu, eine dazu geeignete getrennte Buchführung anzuwenden. Die Ausgaben und die anderen negativen Komponenten bezüglich Güter und Diensten zur gemischter Ausübung der Betriebstätigkeit in und außer der Gemeinde Campione d'Italia tragen zur Bildung des in der obengenannten Gemeinde erzielten Einkommens beschränkt auf den Teil ihres Betrags bei, welcher dem Verhältnis zwischen dem Betrag der Gewinne oder Entgelte und anderer Einnahmen, die zur Bildung des von dem Unternehmen in dem Gebiet der Gemeinde Campione d'Italia erzielten Einkommens beitragen, und dem Gesamtbetrag der Gewinne oder Entgelte und der anderen Einnahmen entspricht.

Die Einkünfte aus selbständiger Arbeit und die Unternehmenseinkünfte tragen zusammen mit den anderen Einkünften zur Berechnung der Mindestermäßigung von Euro 26.000 bei.

Darüber hinaus werden ab dem Steuerzeitraum, der auf den zum 31. Dezember 2019 laufenden Zeitraum folgt, die gemäß Artikel 188-bis des TUIR ermittelten, fälligen Steuern auf folgende Einkommen für zehn Steuerperioden um 50 Prozent reduziert (Art. 1, Paragraphen 573 und 574, des Gesetzes vom 27. Dezember 2019, n. 160). Steuern auf Einkommen, die keine gewerblichen Einkommen sind, die von natürlichen Personen, die in den Registern der Gemeinde Campione d'Italia eingetragen sind, zu zahlen sind. Steuern auf gewerbliche Einkommen von Einzelunternehmen, Personengesellschaften sowie Unternehmen und Körperschaften im Sinne von Artikel 73 des TUIR, die bei der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und der Landwirtschaftskammer von Como eingetragen sind und ihren Sitz oder ihre örtliche Einheit in der Gemeinde Campione d'Italia haben. Steuern auf Einkünfte aus selbständiger Arbeit in Verbindung mit Tätigkeiten, die in Praxen bzw. Kanzleien ausgeübt werden, die sich zum selben Zeitpunkt in der Gemeinde Campione d'Italia befinden.

Die o.g. Begünstigungen werden im Sinne und im Rahmen der EU-Verordnungen Nr. 1407/2013 und Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 bezüglich der Anwendung der Artt. 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, bezüglich jeweils der De-Minimis-Beihilfen und der De-Minimis-Behilfen in dem landwirtschaftlichen Bereich und die (EU) Verordnung Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 AEUV auf De-Minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor angewandt. Abweichend von Artikel 1, Absatz 576 des Gesetzes Nr. 160 aus dem Jahr 2019 gilt für den am 31. Dezember 2020 laufenden Steuerzeitraum die in Absatz 574 genannte Begünstigung bis zu einem Betrag von 800.000 € für jedes Unternehmen. Diese Grenze liegt bei 120.000 Euro für jedes Unternehmen, das im Bereich Fischerei und Aquakultur tätig ist, und bei 100.000 Euro für jedes Unternehmen, das im Bereich der Primärproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse tätig ist. Daher müssen Steuerzahler, die von der oben genannten Beihilfe profitieren, die Übersicht für staatliche Beihilfen im Feld RS von Heft 3 des Vordrucks REDDITI ausfüllen.

Zeile RP90 - In Euro in Campione d'Italia erzeugte Einkommen

Zur Inanspruchnahme der von Art. 188-bis, Absatz 5 des TUIR vorgesehenen Begünstigung füllt der Steuerzahler die Erklärung wie üblich aus und nachfolgend gibt er in Zeile RP90 der gegenständlichen Abteilung den Betrag der einzelnen, schon in den jeweiligen Übersichten RA, RB, RH, RL, RM, RT, RE, RF, RG und RD angegebenen, in Euro erzielten Einkünfte an, für die die Begünstigung in Anspruch zu nehmen ist.

In der Zeile RP90, Spalte 1, „Code“ ist eins der folgenden Codes anzugeben, der die Art der in Euro erzielten Einkünfte identifiziert, für welche eine Begünstigung in Anspruch genommen werden kann:

- „1“ Einkünfte aus Grundbesitz im Sinne der Übersicht RA
- „2“ Einkünfte aus Landwirtschaft im Sinne der Übersicht RA
- „3“ Einkünfte aus Gebäuden im Sinne der Übersicht RB
- „6“ Einkünfte aus Kapitalbesitz und sonstige Einkünfte im Sinne der Übersicht RL
- „7“ der ordentlichen Besteuerung unterworfenen Einkünfte im Sinne der Übersicht RM
- „8“ der ordentlichen Besteuerung unterworfenen finanzielle Veräußerungsgewinne im Sinne der Übersicht RT
- „9“ Einkünfte aus selbständiger Arbeit im Sinne der Übersicht RE
- „10“ Unternehmenseinkünfte in ordentlicher Buchführung im Sinne der Übersicht RF
- „11“ Unternehmenseinkünfte in vereinfachter Buchführung im Sinne der Übersicht RG
- „12“ pauschale Unternehmenseinkünfte im Sinne der Übersicht RD
- „13“ in gemeinschaftlicher Form erzielte Einkünfte im Sinne der Übersicht RH

In der Zeile RP90 Spalte 2 „Betrag“ ist der Betrag der in Euro erzielten Einkünfte anzugeben, für die eine Begünstigung in Anspruch genommen werden kann.

Die in der Spalte 2 angegebenen Einkünfte tragen zur Bildung des Gesamteinkommens nach Reduzierung von 30% mit einer Ermäßigung von mindestens 26.000 Euro bei. Die Gesamtbegünstigung (in Höhe des Höchstbetrags zwischen dem 30% der Summe der obengenannten Einkünfte und 26.000) kann die Summe der begünstigbaren Einkünfte nicht übersteigen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Fall der 30% der Summe der Einkünfte der Spalte 2 niedriger oder gleich Euro 26.000 sei, ist die Begünstigung proportional den einzelnen Arten von begünstigbaren Einkünften anzuwenden.

Zum Beispiel ist bei begünstigbaren Einkünften aus Gebäuden in Höhe von Euro 20.000 und begünstigbaren Einkünften aus selbständiger Arbeit in Höhe von Euro 30.000 die zustehende Begünstigung in Höhe von Euro 26.000 (Höchstbetrag zwischen 30% von 50.000 und 26.000) wie folgend aufgeteilt:

- Einkünfte aus Gebäuden Euro 10.400 (26.000 multipliziert mit dem Verhältnis zwischen 20.000 und 50.000);
- Einkünfte aus selbständiger Arbeit Euro 15.600 (26.000 multipliziert mit dem Verhältnis zwischen 30.000 und 50.000).

In diesem Beispiel tragen daher die obengenannten Einkünfte zur Bildung des Gesamteinkommens nach Abzug der wie oben bestimmten Begünstigung in den folgenden Maßen bei:

- Einkünfte aus Gebäuden Euro 9.600 (Differenz zwischen dem begünstigbaren Einkommen von 20.000 Euro und der anerkannten Begünstigung in Höhe von Euro 10.400);
- Einkünfte aus selbständiger Arbeit Euro 14.400 (Differenz zwischen dem begünstigbaren Einkommen von 30.000 Euro und der anerkannten Begünstigung in Höhe von Euro 15.600).

Die in Spalte 2 unter Code 6 angegebenen Einkommen tragen zur Bildung des Gesamteinkommens abzüglich des in Spalte 2 (Einkommen) der Zeilen RL14, RL15, RL16, RL25, RL27 und in Spalte 3 der Zeile RL26 angegebenen Einkommens bei, wenn in Spalte 1 "Weitere Daten" der Wert 5 und 7 "Campione d'Italia" angegeben ist und abzüglich des Betrages in Zeile RL21 Spalte 2 "Vergütungen in Euro aus Amateursporttätigkeiten in Campione d'Italia".

HINWEIS

Der wie oben beschrieben ermittelte Betrag der Reduzierung, die auf Einnahmen aus nicht selbständiger Arbeit, auf gleichgestellte Einkünfte sowie auf Renteneinkommen aus Campione d'Italia anzuwenden ist, wird in den entsprechenden Feldern RC5 in Spalte 2 und RC5 in Spalte 3 der Übersicht RC angeben, um diese Beträge mit den durch Code 5 in Kästchen 4 „Weitere Daten“ der Zeilen RC1 bis RC3 angegebenen Einkünften zu verrechnen. Der Betrag der Begünstigung bezüglich der der ordentlichen Buchführung (Code 10), der vereinfachten Buchführung (Code 11) unterworfenen Unternehmenseinkünfte oder der pauschalen Einkünfte (Code 12) wird direkt in den entsprechenden Übersichten (RF, RG oder RD) bei der Bestimmung des jeweils in den Zeilen RF63, RG31 oder RD14 anzugebenden Betrags entzogen.

Der Betrag der Begünstigung bezüglich der anderen Arten von Einkommen wird im Gegenteil direkt in der Übersicht RN bei der Bestimmung des Gesamteinkommens vor den anderen Abzügen entzogen.

Im Fall einer natürlichen Person, die Gesellschafter/Mitarbeiter/Begünstigte einer transparenten Gesellschaft (Art. 5, 115 oder 116 TUIR), einer Berufsgenossenschaft (Art. 5 TUIR) oder eines transparenten oder gemischten Trusts, im Fall das transparente Subjekt die Begünstigung im Sinne des Art. 188-bis TUIR bei der Bestimmung der Unternehmenseinkünfte oder der Einkünfte aus selbständiger Arbeit in Anspruch genommen hat, kann der Gesellschafter/Mitarbeiter/Begünstigte die Begünstigung noch auf die ihm von den obengenannten Subjekten zugerechnete Teile der Einkünfte nicht in Anspruch nehmen.

Zeile RP91- in Campione d'Italia erzeugte Einkommen

Um die Begünstigung gemäß Art. 1, Absätze 573 und 574 des Gesetzes Nr. 160 vom 27. Dezember 2019 in Anspruch nehmen zu können, also die Reduzierung der geschuldeten Steuer um 50 Prozent, stellt der Steuerpflichtige die Erklärung in der üblichen Weise zusammen und gibt dann in Zeile RP91 folgendes an:

- in Spalte 1 den Betrag der in Euro in der Gemeinde Campione d'Italia erzielten Einkommen, die bereits in den Übersichten RF, RG, RD, RE und RH angegeben sind, für die er die Begünstigung in Anspruch nehmen will. Diese Einkommen werden vor Abzug der in Artikel 188-bis Absatz 5 des TUIR genannten Begünstigung angegeben;
- in Spalte 2 den Betrag der in Schweizer Franken erzielten Einkommen, die bereits in den Übersichten RA, RB, RC, RL, RM, RT angegeben sind und für die er die Begünstigung gemäß Artikel 1, Absatz 573 des Gesetzes Nr. 160 von 2019 in Anspruch nehmen möchte. Diese Einkommen werden abzüglich der Begünstigung gemäß Artikel 188-bis Absatz 1 des TUIR dargestellt. Bei Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit, Renten und gleichgewichteten Einkünften ist anzugeben, was in Punkt 12 der Einheitlichen Erklärung 2023 angegeben ist;
- in Spalte 3 den Betrag der in Schweizer Franken in der Gemeinde Campione d'Italia erzielten Einkommen, die bereits in den Übersichten RF, RG, RD, RE und RH angegeben sind und für die er die Begünstigung in Anspruch nehmen will. Diese Einkommen werden nach Abzug der in Artikel 188-bis Absätze 1 und 2 des TUIR genannten Begünstigung angegeben;
- in Spalte 4 den Betrag der bereits in den Übersichten RE, RF, RG, RH angegebenen, in Euro und/oder in Schweizer Franken in der Gemeinde Campione d'Italia erzielten Einkünfte, die durch das steuerlich transparente Subjekt, deren Gesellschafter/Begünstigter der Erklärende ist (z.B. Personengesellschaften, Trusts, etc.), für die das besagte transparente Subjekt die Begünstigung in Anspruch nehmen will. Diese Einkommen werden nach Abzug der in TUIR 188-bis genannten Begünstigung, die das transparente Subjekt bereits erhalten hat, angegeben. Die in den

vorangegangenen Spalten angegebenen Beträge dürfen den in dieser Spalte angegebenen Betrag nicht enthalten.

HINWEIS

Wenn Spalte 4 ausgefüllt ist, muss der Betrag der staatlichen Beihilfe, der auf das dort angegebene Einkommen ermittelt wurde, in der Zeile RS401 des Vordrucks REDDITI (EINKOMMEN) des transparenten Subjekts, das dem Steuerzahler dieses Einkommen zugerechnet hat, angegeben werden.

Zur Berechnung der Begünstigung aus Art. 1, Absätze 573 und 574 des Gesetzes Nr. 160 vom 27. Dezember 2019 zum Zweck der Berechnung der Nettosteuer, beziehen Sie sich bitte auf die Anleitung der Zeile RN26 und im Allgemeinen auf die Angaben, die in den technischen Spezifikationen des vorliegenden Vordrucks REDDITI PF (EINKOMMEN NP) enthalten sind.

10. ÜBERSICHT LC – ERSATZSTEUER AUF MIETEINNAHMEN

Zeile LC1 (Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen): Die Zeile ist der Angabe der Ersatzsteuer vorbehalten, die mit Steuersatz von 21% oder von 10% auf das steuerpflichtige Einkommen aus Mietverträgen geschuldet ist, für die die Anwendung des Systems der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen und der auf Kurzzeitmietverträge (deren Dauer 30 Tage nicht überschreitet) geschuldeten Ersatzsteuer von 21% gewählt wurde.

Spalte 1 (Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen): den Betrag der geschuldeten Ersatzsteuer angeben, der in der Spalte 3 der Zeile RB11 angegeben wurde.

Spalte 2 (Einkommen auf sonstige Einkünfte): den Betrag der Ersatzsteuer angeben, die mit Steuersatz von 21% des in der Spalte 4 der Zeile RL10 (Heft 2) Betrags.

Spalte 3 (Gesamtbetrag der Abgabe): die Summe der Beträge angeben, die in den Spalten 1 und 2 der gegenständlichen Zeile angegeben wurden.

Spalte 4 (Einbehalte aus EB für Kurzzeitmieten): den in dem Punkt 15 der Übersicht der Steuererklärung – Kurzzeitmieten der Einheitlichen Bescheinigung 2023 angegebenen Betrag der Einbehalte angeben, die die entsprechenden in den Übersichten RB und RL angegebenen Mieteinkünfte betreffen, wenn im Kästchen des Punkts 4 das Jahr 2022 angegeben wird. Im Fall von mehreren Übersichten der Steuererklärung – Kurzzeitmieten der Einheitlichen Bescheinigung 2023, oder wenn mehrere Zeilen der selben Übersicht (Punkte 15, 115, 215, 315 und 415, für die im Kästchen des Punkts 4 das Jahr 2022 angegeben wird ausgefüllt wurden, ist die Summe der Einbehalte anzugeben.

Wenn in der EB 2023 in dem entsprechenden Kästchen des Punkts 4 das Jahr 2021 angegeben wird, die im Punkt 15 angegebenen Einbehalte angeben, außer wenn sie bereits in der Steuererklärung für das Steuerjahr 2021 angegeben wurden.

Wenn in der EB 2023 in dem entsprechenden Kästchen des Punkts 4 das Jahr 2023 angegeben wird, sind die Einbehalte in der Steuererklärung bezüglich des Steuerjahres 2023 anzugeben.

Wenn Sie im Besitz einer EB 2022 sind, bei der das Jahr 2021 im Feld unter Punkt 4 angegeben ist, geben Sie die in Punkt 15 eingetragenen Einbehalte an, die sich auf das in Feld RB angegebene Einkommen beziehen.

Spalte 5 (Differenz): die Differenz zwischen dem in der Spalte 3 angegebenen und dem in der Spalte 4 angegebenen Betrag der gegenständlichen Zeile angeben.

Wenn die Differenz LC1 Spalte 3 – LC1 Spalte 4 negativ ist, ist das Ergebnis in absoluten Zahlen in der Zeile RN33 Spalte 4 zu übergeben.

Spalte 6 (Überschuss vorige Erklärung): das mögliche in der Spalte 5 der Zeile RX4 des Vordr. REDDITI NP 2022 angegebene Ersatzsteuerguthaben übergeben, das sich aus der Erklärung bezüglich des Einkommens 2021 ergibt. Wenn Sie sich im Jahr 2022 des Steuerbestands bedient haben, und wenn der Steuersubstitut das sich aus dem Vordruck 730-3 ergebende Guthaben teilweise oder vollständig nicht zurückerstattet hat, ist in dieser Zeile das nicht zurückerstattete, sich aus der Zeile 94 der Einheitlichen Bescheinigung 2022 ergebende Guthaben anzugeben. Wenn im letzten Jahr man den Vordruck 730/2023 eingereicht hat, und wenn man die Nutzung des sich aus der Erklärung ergebenden Guthabens zur Zahlung der IMU durch den Vordr. F24 beantragen hat, wenn aber dieses Guthaben teilweise oder vollständig nicht benutzt wurde, ist in dieser Spalte auch der mögliche Betrag des in der Zeile 194 der Abrechnungsübersicht Vordr. 730-3/2022 (214 für den/die Ehepartner/-in) angegebenen Ersatzsteuerguthabens zu übergeben.

Spalte 7 (durch den Vordruck F24 ausgeglichener Überschuss): den Betrag des Überschusses der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen angeben, den eventuell durch Nutzung des Vordr. F24 ausgeglichen wurde.

Spalte 8 (eingezahlte Anzahlungen): den Betrag der im Jahr 2022 eingezahlten Anzahlungen der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen angeben. In dieser Spalte:

- den in dem Zahlungsvordruck F24 unter den Coden 1840 und 1841 Betrag und das Jahr 2022;
- den in den Punkten 126 und 127 (326 und 327 für den/die Ehepartner/-in) der Einheitlichen Bescheinigung 2023 angegebenen Betrag (durch den Vordr. 730/2022 einbehaltene Anzahlung) angeben.

In dieser Spalte ist auch der in der Spalte 9 angegebene Betrag einzuschließen.

Sonderfälle

■ Wenn im Jahr 2022 ein Vordruck 730/2022 ohne Steuersubstitut eingereicht wurde, ist der in der Zeile 143 des Vordrucks 730-3/2022 angegebene, um den eventuell durch den Vordruck F24 unter dem Abgabencode 1840 und das Jahr 2022 eingezahlten Betrag erhöhte Betrag zu übergeben.

Wenn die Zeile 120 der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2022 ausgefüllt wurde, ist die mögliche durch den Vordruck F24 durchgeführte Einzahlung unter den zwei Ehepartnern im Verhältnis zu den in den Zeilen 100 und 120 der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2022 angegebenen Beträgen anzulasten.

■ Wenn die sich aus dem Vordruck 730/2022 mit Steuersubstitut ergebende Rückerstattung von der Agentur der Einnahmen bezahlt wurde, ist der in der Zeile 100 (120 für der/die Ehepartner/-in) Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2022 angegebene Betrag zu übergeben.

Spalte 9 (ausgesetzte Anzahlungen): den Betrag der zum Zeitpunkt der Einreichung der Erklärung geschuldeten, aber noch nicht eingezahlten Anzahlungen angeben, sofern man sich einer Aussetzung der Fristen im Sinne von spezifischen, infolge von außerordentlichen Ereignissen erlassenen Maßnahmen bediente. Der Betrag dieser Anzahlungen ist von dem Steuerzahler durch die Modalitäten und innerhalb der Fristen einzuzahlen, die von einem dazu geeigneten Dekret zum Wiederbeginn der Auszahlungen der ausgesetzten Summen vorgesehen werden.

Spalte 10 (von dem Steuersubstitut einbehaltene Ersatzsteuer): den von dem Steuersubstitut einbehaltenen, in der Spalte 7 der Zeile 99 des Vordrucks 730-3/2023 angegebenen Betrag angeben. Im Fall der Vordruck 730/2023 in gemeinsamer Form eingereicht wurde, und im Fall die ergänzende Erklärung von dem/der erklärenden Ehepartner/-in eingereicht wird, ist in dieser Spalte es zu übergeben, was in der Spalte 7 der Zeile 119 des Vordrucks 730-3/2023 angegeben wurde.

Spalte 11 (von dem Steuersubstitut zurückerstattete Ersatzsteuer): den von dem Steuersubstitut zurückerstatteten, in der Spalte 5 der Zeile 99 des Vordrucks 730-3/2023 angegebenen Betrag übergeben. Im Fall der Vordruck 730/2023 in gemeinsamer Form eingereicht wurde, und

im Fall die ergänzende Erklärung von dem/der erklärenden Ehepartner/-in eingereicht wird, ist in dieser Spalte es zu übergeben, was in der Spalte 5 der Zeile 119 des Vordrucks 730-3/2023 angegeben wurde.

Die folgende Operation zur Bemessung der Schuld- oder Guthabenersatzsteuer durchführen:

$$\text{Spalte 5 (wenn positiv)} - \text{Spalte 6} + \text{Spalte 7} - \text{Spalte 8} - \text{Spalte 10} + \text{Spalte 11}$$

Soll das Ergebnis dieser Operation positiv (Schuld) sein, ist der so erhaltene Betrag in der **Spalte 12 (Schuldsteuer)** zu übergeben.

Dieser Betrag muss durch die selben Modalitäten und innerhalb der selben Fristen, die für die Irpef (siehe Abschnitt 6 Abschnitt I, Modalitäten und Fristen der Einzahlung) vorgesehen sind, eingezahlt werden. Dieser Betrag ist in der Spalte 1 der Zeile RX4 zu übergeben. Soll das Ergebnis dieser Operation negativ (Guthaben) sein, ist der so erhaltene Betrag in der **Spalte 13 (Guthabensteuer)** zu übergeben. Dieser Habenbetrag ist auch in der Spalte 2 der Zeile RX4 zu übergeben.

Zeile LC2 Anzahlung Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen für das Jahr 2023

In dem Vordruck REDDITI ist, wenn er geschuldet ist, der Betrag der Anzahlung bezüglich der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen für das Jahr 2023 zu übergeben. Zur Feststellung, ob der Anzahlung bezüglich der Ersatzsteuer für das Jahr 2023 geschuldet oder nicht ist, ist der in der Zeile LC1 Spalte 5 „Differenz“ angegebene Betrag zu überprüfen.

Wenn dieser Betrag:

- 51,65 Euro nicht überschreitet, ist keine Anzahlung geschuldet;
- 51,56 Euro überschreitet, ist eine Anzahlung in der Höhe von **100%** dieses Betrags geschuldet.

Angesichts dessen, dass all die in der Erklärung angegebenen Beträge in Euro-Einheiten erstellt sind, ist die Anzahlung geschuldet, wenn der Betrag der Zeile LC1 Spalte 5 gleich oder höher als 52 Euro ist.

Die so bestimmte Anzahlung ist wie folgt einzuzahlen:

- wenn der geschuldete Betrag niedriger als 257, 52 Euro ist, in **einer einzigen Tranche** innerhalb des **30. November 2023**;
- in **zwei Raten** – von denen: die erste Rate in der Höhe von **40%** innerhalb des **30. Juni 2023 bzw. 30. Juli 2023** mit einer Erhöhung von 0,40% als entsprechender Zins; die zweite Rate in der restlichen Höhe von **60%** innerhalb des **30. November 2023**.

Es wird daran erinnert, dass die Einzahlungsfristen, die Samstags oder an einem anderen Feiertag ablaufen, bis zum ersten folgenden Werktag verlängert werden.

Soll der Steuerzahler eine in der folgenden Erklärung zu erklärende verminderte Steuereinnahme vorsehen, kann er die einzuzahlenden Anzahlungen aufgrund dieser verminderten Steuereinnahme bemessen. In diesem Fall sind die in der Zeile LC2 anzugebenden Beträge jedenfalls diejenige, die durch Nutzung der oben gegebenen Anweisungen bestimmt sind, und nicht die verminderten eingezahlten oder einzuzahlenden Beträge. Die erste Rate der Anzahlung bezüglich der Ersatzsteuer für das Jahr 2023 kann ratenweise gemäß den in dem Abschnitt „Rateneinteilung“ angegebenen Bedingungen eingezahlt werden. In der Spalte 1 (Erste Anzahlung) ist der Betrag der ersten geschuldeten Anzahlungsrate anzugeben, die durch die oben beschriebenen Modalitäten berechnet wird.

In der **Spalte 2 (Zweite oder einzige Anzahlung)** ist der Betrag der zweiten oder einzigen geschuldeten Anzahlungsraten anzugeben, die durch

11. ÜBERSICHT RN - ERMITTLUNG DER IRPEF

In dieser Übersicht sind alle von den Steuerzahlern erklärten Daten zusammengefasst, die für die Berechnung der Einkommenssteuer der natürlichen Personen (IRPEF) von Nutzen sind, die für das Steuerjahr 2022 geschuldet ist. Für die in Italien wohnenden Steuerpflichtigen wird die Steuer auf das aus allen besessenen Einkommen gebildete, überall erzeugte Gesamteinkommen nach Abzug der im Artikel 10 des Einheitstextes der Einkommenssteuer (TUIR) angegebenen absetzbaren Belastungen angewandt (für die gebietsfremden Personen den „Leitfaden zur Ausfüllung für gebietsfremde Personen“ einsehen, der am Ende des Hefts 2 für diesen Vordruck zu finden ist). Für die Ermittlung der geschuldeten Steuer sind auch die Absetzungen und die vorgesehenen Steuerguthaben zu berücksichtigen. Für die Berechnung der eventuell geschuldeten Steuer bzw. des Guthabens sind die bereits bezahlten Akontozahlungen und die Vorsteuereinbehalte zu berücksichtigen.

Unternehmensverluste

Wenn die Übersichten 'RF' oder 'RG' und/oder 'RH' und/oder 'RE' und/oder 'RD' ausgefüllt wurden, wird daran erinnert, dass:

- ab diesem Jahr die aus dem Geschäftsjahr der Künstler und Freiberufler sowie aus der Beteiligung in Künstler- und Freiberuflervereinigungen hervorgehenden Verluste vom Betrag der anderen in die Zeile RN1 Sp. 5 zu übertragenden Einkommen abgezogen werden müssen;
- die aus dem Geschäftsjahr des Unternehmens mit ordentlicher Buchführung hervorgehenden Verluste und jene aus der Beteiligung an Offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften mit ordentlicher Buchführung hervorgehenden können von den entsprechenden in der Steuerperiode erzielten Einkommen und für die Differenz in den folgenden, begrenzt auf 80% der bezüglichen Einkünfte hinaus, für den gesamten Betrag, der in ihnen Beileihung findet, abgezogen werden.
- die Verluste, die aus dem Geschäftsjahr von Unternehmen hervorgehen, und jene, die aus der Beteiligung an Offenen Handelsgesellschaften und an Kommanditgesellschaften hervorgehen, die in den ersten drei Steuerperioden ab dem Gründungsdatum entstanden sind, können von den entsprechenden in der Steuerperiode erzielten Einkommen und für die Differenz in den nachfolgenden für den gesamten Betrag, der in ihnen Beileihung findet, ohne irgendeine zeitliche Beschränkung abgezogen werden, vorausgesetzt, dass sie sich auf eine neue Produktionstätigkeit beziehen.

Um die Gesamtbeträge der Einkommen und der in diese Übersicht einzugebenden Einbehalte zu berechnen, können Sie das folgende zusammenfassende Schema verwenden, indem Sie die erforderlichen Angaben übertragen und sie den ausgefüllten Übersichten entnehmen. In der Aufstellung sind auch die Angaben für die Festsetzung des Mindesteinkommens aus Beteiligungen an nicht operativen Gesellschaften (Zeile RN1 Sp. 4) und des eventuellen Rests der mit dem Guthaben für gemeinsame Fonds (Zeile RN1 Sp. 3) ausgleichbaren Verluste vorhanden.



Die Rechtssubjekte, die hinsichtlich der Einkommensteuern die Vergünstigung für die Städtischen Freizonen in Anspruch nehmen, müssen die Übersicht RN ausfüllen und dabei auch die Anleitungen in der Aufstellung der Übersicht RS berücksichtigen.

Zeile RN1 Gesamteinkommen

Spalte 1 (Bezugseinkommen für Steuerermäßigungen): den aus der folgenden Rechnung resultierenden Betrag angeben:

$$\text{RN1, Sp. 5} + \text{RB10, Sp. 14} + \text{RB10, Sp. 15} + \text{RL 10 Spalte 6} + \text{LM38}$$

Der Bodenertrag und die sonstigen Einkünfte aus Kurzzeitmieten von Immobilien, die der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen unterworfenen sind und Einkommen aus Gewerbe oder selbständiger Tätigkeit, die einer Ersatzsteuer unter Anwendung des Pauschalbesteuerungssystems für die

Ausübung von Gewerbe, Kunst oder Berufe unterliegen (Buchstabe g, Artikel 1, Absatz 692, Haushaltsgesetz 2020), dem Gesamteinkommen zur Festsetzung der Bedingung für steuerlich unterhaltsberechtigter Familienangehörige, zur Berechnung der Abzüge für Familienbelastungen, der sonstigen vom Artikel 13 des TUIR vorgesehenen Steuerabzüge, der Abzüge für Pachten und generell zur Festsetzung des Zustehens oder des Umfangs von steuerlichen und nicht steuerlichen Vorteilen, die mit dem Besitz von Einkommensanforderungen verbunden sind, hinzuzufügen (Art. 3, Absatz 7, des GvD Nr. 23 vom 14. März 2011).

Spalte 2 (Steuerguthaben für allgemeine Fonds und indirektes Steuerguthaben gemäß Art. 3 des G.v.D. Nr. 147/2015): Diese Spalte ist für Folgendes vorbehalten:

- den Beziehern von Einkünften aus Unternehmen, welche das Steuerguthaben für die Investition in Gemeinschaftsfonds in Anspruch nehmen möchten, da sie die entsprechenden Zeilen in den Übersichten RF, RG, RH und RL abgefasst haben. Im Besonderen ist in diese Spalte der Gesamtbetrag der Steuerguthaben aus den Zeilen RF102 Sp. 2, RG37 Sp. 2, RH20 Sp. 1 und RL4 Sp. 3, zu übertragen;
- für Steuerpflichtige, die das indirekte Steuerguthaben gemäß Art. 3 des Gesetzesdekrets Nr.147/2015 in Anspruch nehmen wollen. Im Einzelnen ist in dieser Spalte der Betrag der Steuern anzugeben, die von in Staaten oder Gebieten mit erleichterten Steuersystem ansässigen beteiligten Gesellschaften auf die während des Zeitraums der Beteiligung gereiften Gewinne gezahlt wurden, im Verhältnis zu den erzielten Gewinnen oder den abgetretenen Beteiligungen. Die entsprechenden Beträge sind in den Zeilen RF102 Spalte 9, RG37, Spalte 9, RH25 und RL4, Spalte 9 angegeben, sowie im Fall, dass auch die Spalte 15 der Zeilen CE1 bis CE3 der Spalte 4 dieser letzten Zeit ausgefüllt ist; in diesem letzteren Fall, sofern in der Spalte 15 der Code „2“ vorhanden ist (da die Zeile sowohl zur Ermittlung des Steuerguthabens gemäß Art. 165, Abs. 1 des TUIR als auch des indirekten Steuerguthabens ausgefüllt ist), wird der Betrag der Spalte 4 um die Höhe der ausländischen Steuer in Bezug auf das Guthaben gemäß Art. 165, Absatz Ziffer eins des TUIR vermindert.

Spalte 3 (Ausgleichbare Verluste durch Guthaben für allgemeine Fonds und indirektes Guthaben gemäß Art. 3 des G.v.D. Nr. 147/2015): Diese Spalte ist Steuerpflichtigen vorbehalten, die bei einem Vorliegen eines Mindesteinkommens (Spalte 4 ausgefüllt), das aus den Übersichten RF, RG und RH hervorgeht, einen Verlustbetrag ermittelt haben, der zur nicht Verminderung des Gesamteinkommens verwendet wurde. Wenn die zusammenfassende Tabelle verwendet wird, geht dieser Betrag aus dem Punkt 35 hervor und muss in diese Spalte innerhalb der Grenzen der Höhe der in Spalte 2 der vorliegenden Zeile angegebenen Steuerguthaben übertragen werden. Daher ist diese Spalte nicht auszuführen, wenn nicht auch die Spalte 2 diese Zeile ausgefüllt ist.

Spalte 4 (Mindesteinkommen aus Beteiligung an nicht tätigen Unternehmen): Diese Spalte ist den Steuerzahlern vorbehalten, denen Einkommen aus Unternehmen aus Teilhaberschaft an „nicht tätigen“ Gesellschaften“ zugeteilt wurden. In diesem Fall muss bei der Ermittlung des Gesamteinkommens das Mindesteinkommen in Bezug auf die genannten Gesellschaften berücksichtigt werden. Das Gesamteinkommen kann niemals unter dem Mindesteinkommen liegen, auch bei einem Vorliegen von Verlusten Ausübung von Künsten und freiberuflichen Tätigkeiten, sowie aus der Teilhaberschaft an Vereinigung von Künstlern und Freiberuflern (siehe Rundschreiben Nr. 25/E von 2007). Daher ist in dieser Spalte die Summe des Mindesteinkommens anzugeben, das aus den Zeilen RF58 Spalte 3, RG26, Spalte 3 und RH7 Spalte 1 hervorgeht. Wenn die zusammenfassende Tabelle verwendet wird, ist der im Punkt 22 der Tabelle selbst angegebene Betrag einzutragen.

Spalte 5 (Gesamteinkommen) das sich aus der Summe der einzelnen in den verschiedenen Übersichten angegebenen Einkommen ergebende Gesamteinkommen angeben. Wenn der Gesamtbetrag der Verluste, die aus selbstständiger Arbeit hervorgehen, den Gesamtbetrag der Einkommen übersteigt, geben Sie die Differenz mit vorangestelltem Minuszeichen an. Wenn die Spalte 4 dieser Zeile ausgefüllt ist, den höheren Betrag zwischen dem wie oben festgelegtem Gesamteinkommen und Mindesteinkommen angeben. Von diesem Betrag ist der Betrag der Begünstigung von Campione d'Italia und die Angabe in der Zeile RS37, Spalte 16 abzuziehen und wird um den Betrag der ACE-Rückerstattung, falls vorhanden, erhöht, der in Zeile RS37, Spalte 22 angegeben ist.

Wenn Sie das zusammenfassende Schema verwenden, geben Sie den unter Punkt 33 desselben Schemas angegebenen Betrag an.

IRPEF – ZUSAMMENFASSENDE ÜBERSICHT DER EINKÜNFTE UND EINBEHALTE							
	ART DES EINKOMMENS	EINKÜNFTE (Sp. 1)		VERLUSTE (Sp. 2)		EINBEHALTE (Sp. 3)	
		Zeile	Betrag	Zeile	Betrag	Zeile	Betrag
1	Grundbesitz - Übersicht RA	RA23 Sp. 11	,00				
2	Landwirtschaft - Übersicht RA	RA23 Sp. 12	,00				
3	Gebäudebesitz - Übersicht RB	RB10 Sp.13+Sp.18	,00				
4	Nicht selbständige Arbeit - Übersicht RC	RC5 Sp. 5	,00				
5		RC9	,00				
6						RC10 col.1 + RC10 col.6 + RC11	,00
7	Selbständige Arbeit - Übersicht RE	RE 25 bei Gewinn	,00	RE 25 bei Verlust	,00	RE26	,00
8	Firma mit ordentlichen Buchführung - Übersicht RF	RF101	,00			RF102 Sp. 6	,00
9	Firma mit vereinfachter Buchführung - Übersicht RG	RG36	,00		,00	RG37 Sp. 6	,00
10	Zusammengeschlossene Unternehmen - Übersicht RS					RS33 + RS40 – LM41	,00
11	Beteiligung - Übersicht RH	RH14 RH17 bei Gewinnen RH18 Sp. 1	,00	RH17 bei Verlust	,00	RH19	,00
12	Mehrwerte finanzieller Natur - Übersicht RT	RT66 + RT87	,00			RT104	,00
13	Sonstige Einkünfte - Übersicht RL	RL3 Sp. 2	,00			RL3 Sp. 3	,00
14		RL4 Sp. 2	,00			RL4 Sp. 5	,00
15		RL19	,00			RL20	,00
16		RL22 Sp. 2	,00			RL23 Sp. 2	,00
17		RL30 + RL32 Sp.1	,00			RL31	,00
18	Viehzucht - Übersicht RD	RD18	,00			RD19	,00
19	Getrennte Besteuerung (mit Option für ordentliche Besteuerung) und Pfändung bei Dritten - Übersicht RM	RM15 Sp. 1	,00			RM15 Sp. 2 + RM23 Sp. 3	,00
20	Ersatzbest. Auf mieteinnahmen - Übersicht LC					LC1 Sp. 5 im absoluten Wert, wenn weniger als Null	
30	GESAMTEINKOMMEN		,00	GESAMT-VERLUSTE	,00	GESAMTEINBEHALTE In die Zeile RN33, Sp. 4 übertragen	,00
31	DIFFERENZ (Punkt 30 Sp. 1 – Punkt 30 Sp. 2)		,00				
32	MINDEST-EINKOMMEN (RF58 Sp. 3 + RG26 Sp. 3 + RH7 Sp. 1) In die Zeile RN1, Sp. 4 übertragen.		,00				
33	GESAMTEINKOMMEN Wenn der Punkt 32 nicht ausgefüllt wurde, den Punkt 31 - RS37 Sp. 16 übertragen. Wenn der Punkt 32 abgefasst ist, den höheren Wert zwischen den Punkten 31 und 32 nach Abzug der Begünstigung von Campione d'Italia und der Zeile RS37 Sp. 16 übertragen. In die Zeile RN1, Sp. 5 übertragen.		,00				
DEN STEUERPFLLICHIGEN VORBEHALTEN, DIE SOWOHL PUNKT 32 (MINDEST-EINKOMMEN) ALS AUCH DIE ZEILE RN1 SP. 2 (STEUERGUTHABEN FÜR GEMEINSAME RÜCKLAGEN UND GUTHABEN ART. 3, G.V.D. NR. 147/2015) AUSGEFÜLLT HABEN							
34	DEN MINDESTBETRAG ÜBERSCHREITENDES EINKOMMEN (Punkt 30 Sp. 1 – Punkt 32)						,00
35	AUSGLEICHBARE RESTVERLUSTE – Wenn der Punkt 34 größer oder gleich dem Punkt 30 Sp. 2 ist, ist der Rest der ausgleichbaren Verluste gleich Null und somit braucht die Spalte 3 der Zeile RN1 nicht ausgefüllt werden – Wenn der Punkt 34 kleiner als der Punkt 30 Spalte 2 ist, Folgendes berechnen: Punkt 30 Sp. 2 – Punkt 34 In die Zeile RN1 Sp. 3 im Rahmen des in der Zeile RN1 Sp. 2 anzugebenden Betrags übertragen						,00

Wenn Sie in der Spalte 1 von einer oder mehreren Zeilen RC1 bis RC3 der Übersicht RC den Code '3' angegeben (weil Sie Vergütungen für gemeinnützliche Arbeiten bezogen und das von den geltenden gesetzlichen Bestimmungen für die Altersrente vorgesehene Alter erreicht haben) und die Spalte 1 der Zeile RC6 abgefasst haben, sehen Sie die im Anhang unter dem Posten "Begünstigte gemeinnützliche Arbeiten" enthaltene Anleitung ein.

Zeile RN2 Abzug für die Hauptwohnung

In diese Zeile den Betrag laut Zeile RB10, Spalte 18, übertragen.

Für die Hauptwohnung ist ein Abzug vom Gesamteinkommen vorgesehen, und zwar bis zum Erreichen des Katasterertrags der Immobilieneinheit und ihres Zubehörs. Der Abzug findet ausschließlich Anwendung auf die Hauptwohnungen und das entsprechende Zubehör, die nicht der IMU unterliegen, deren Einkünfte somit zur Bildung des IRPEF-pflichtigen Gesamteinkommens beitragen.

Der Steuerabzug für die Hauptwohnung wird nicht ansässigen Steuerpflichtigen für die Immobilien, die sie in Italien besitzen, nicht gewährt. Unbeschadet davon bleiben die Bestimmungen mit Bezug auf die sogenannten „Nicht ansässigen Subjekte - Schumacker-Situation“ (Art. 7, Gesetz Nr. 161 vom 30. Oktober 2014, wie von dem Absatz 954 des Stabilitätsgesetzes 2016 abgeändert).

Zeile RN3 Absetzbare Belastungen

Den aus der folgenden Rechnung resultierenden Betrag angeben: RP39

Zeile RN4 Steuerpflichtiges Einkommen

Das aus der folgenden Berechnung resultierende steuerpflichtige Einkommen angeben: RN1 Sp. 5 + RN1 Sp. 2 – RN1 Sp. 3 – RN2 – RN3
Bei Verlust in diese Zeile und in die Zeilen RN5 (Bruttosteuer) und RN26 (Nettosteuer) eine "0" (Null) schreiben.

Zeile RN5 Bruttosteuer

Die dem steuerpflichtigen Einkommen der Zeile RN4 entsprechende Bruttosteuer angeben. Zur Festsetzung der Steuer verwenden Sie die folgende Tabelle:

BERECHNUNG DER IRPEF

EINKOMMEN (nach Einkommensstufe)		STEUERSATZ (nach Einkommensstufe)	AUF DAS DURCHSCHNITTS-EINKOMMEN GESCHULDETE STEUER DAS BEREITS IN DEN EINKOMMENSSTAFFELN ENTHALTEN IST	
bis 15.000,00 Euro		23	23% auf den vollen Betrag	
über 15.000,00 Euro	und bis 28.000,00 Euro	25	3.450,00 + 25%	Überschussbetrag 15.000,00
über 28.000,00 Euro	und bis 50.000,00 Euro	35	6.700,00 + 35%	Überschussbetrag 28.000,00
über 50.000,00 Euro		43	14.400,00 + 43%	Überschussbetrag 50.000,00

Vorhandene Ermäßigung ACE

Nur zu Berechnungszwecken der Bruttosteuer müssen Sie, wenn Sie die "Abzug für investiertes Eigenkapital" genannte Zeile RS37 der Übersicht RS bezüglich der Ermäßigung ACE abgefasst haben, die Bruttosteuer gemäß der folgenden Anleitung festsetzen:

- summieren Sie zum Betrag der Zeile RN4 den in der Zeile RS37 Spalte 14 angegebenen Betrag;
- berechnen Sie gemäß Tabelle "Berechnung der IRPEF" die dieser Summe entsprechende Steuer;
- berechnen Sie gemäß Tabelle "Berechnung der IRPEF" die dem in der Zeile RS37, Spalte 14 angegebenen Betrag entsprechende Steuer und ziehen Sie sie vom oben festgesetzten Betrag ab;
- geben Sie den so berechneten Betrag in der Zeile RN5 an.

Entgelte für Tätigkeiten im Amateursport

Wurde die Zeile RL22, Spalte 1 abgefasst, da Entgelte für Tätigkeiten im Amateursport bezogen wurden, muss die Bruttosteuer gemäß den folgenden Anleitungen ermittelt werden:

- den Betrag aus Zeile RN4 mit jenem aus Zeile RL22, Spalte 1, addieren;
- die Steuer dieses Betrages gemäß Tabelle "Berechnung der IRPEF", berechnen;
- aufgrund der Tabelle "Berechnung der IRPEF" ist die Steuer zu berechnen, die dem Betrag aus Zeile RL22, Spalte 1 entspricht, indem diese von der Steuer, die oben berechnet wurde, abgezogen wird;
- der berechnete Betrag ist in dieser Zeile RN5 einzutragen.

Wenn Sie gleichzeitig mehrere unter den oben angegebenen Ermäßigungen (ACE und Amateursport) nutzen, sehen Sie im Anhang den Posten "Gleichzeitiges Bestehen mehrerer Ermäßigungen: ACE und Amateursport" ein.

Vorliegen von Rückerstattung durch Verfall „Startup“

Wenn die Zeile RP80 der Spalte 8 ausgefüllt ist, muss zur Zeile RN5 der in der Zeile RP80 Spalte 8 angegebene Betrag hinzugefügt werden („Rückerstattung durch Verfall“ Startup), im Sinne des Art. 6, Abs. 4 des M.D. vom 7. Mai 2019.

Steuerzahler mit Einkünften aus Rente von nicht mehr als 7.500 Euro

Die Steuer ist nicht zu zahlen, wenn das Gesamteinkommen (RN1 Spalte 5) nur aus Renteneinkünften in Höhe von nicht mehr als 7.500,00 Euro und ggf. aus den Erträgen der Hauptwohnung und ihres Zubehörs sowie aus Grundstückserträgen (RA23 Sp. 11 + RA23 Sp. 12) in Höhe von nicht mehr als Euro 185,92 besteht, und wenn Spalte 2 der Zeile RN1 nicht abgefasst wurde. In diesem Fall ist die Bruttosteuer gleich Null und diese Zeile ist nicht abzufassen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Einkünfte aus Rente das ganze Jahr über bezogen werden mussten und die Anzahl der Bezugstage der Rente, angeführt in Zeile RC6, Spalte 2, gleich 365 sein müssen. Ist diese Rente hingegen nicht das ganze Jahr über bezogen worden und beträgt die Anzahl der Tage in Zeile RC6, Sp. 2 nicht 365, muss, damit festgestellt werden kann, ob die Bruttosteuer gleich Null ist, und für die Berechnung des Renteneinkommens des Jahres die unten angeführte Berechnung vorgenommen werden:

Gesamteinkommen von Personen = Summe der in Spalte 3 der Zeilen RC1 bis RC3 angegebenen Beträge, für die im entsprechenden Kästchen der Spalte 1 der Code '1' oder der Code „7“ nach Abzug des nicht steuerpflichtigen in der Spalte 3 der Zeile RC5 angegebenen Anteils für Einkünfte aus Rente eingetragen wurde;

$$\text{Jahreseinkommen aus Rente} = \frac{365}{\text{Tage der Rente (RC6 Sp. 2)}} \times \text{Gesamtbetrag der Rente}$$

Keine Steuer ist geschuldet, wenn der Betrag der Jahresrente (wie oben ermittelt) nicht über 7.500,00 Euro liegt.

Steuerzahler mit Einkünften aus Grund- und Gebäudebesitz von nicht mehr als 500 Euro

Tragen zur Bildung des Gesamteinkommens nur Einkünfte aus Grundbesitz (RA23 Sp. 11 + RA23 Sp. 12) und Gebäudebesitz (RB10 Sp. 13 + RB10 Sp. 14 + RB10 Sp. 15 + RB10 Sp. 18) mit einem Gesamtbetrag von nicht mehr als 500,00 Euro bei und ist Spalte 2 der Zeile RN1 nicht abgefasst worden, ist keine Steuer geschuldet und die Zeile RN5 muss nicht abgefasst werden.

Zeile RN6 Absetzungen für unterhaltsberechtignte Familienangehörige

Für jeden unterhaltsberechtignten Familienangehörigen stehen Abzüge von unterschiedlichen Beträgen je nach dem in der Steuerperiode besessenem Gesamteinkommen zu. Zum Gesamteinkommen ist auch der Ertrag der vermieteten Gebäude und die sonstigen Erträge aus Kurzzeitmieten

von Immobilien hinzuzufügen, die der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen unterzogen sind und Einkommen aus Gewerbe oder selbständiger Tätigkeit, die einer Ersatzsteuer unter Anwendung des Pauschalbesteuerungssystems für die Ausübung von Gewerbe, Kunst oder Berufe unterliegen. Das Bezugseinkommen für die Berechnung der Abzüge ist in der Spalte 1 der Zeile RN1 angegeben. Wenn die Zeile RS37 bezüglich der Ermäßigung ACE abgefasst wurde, ist der in der Spalte 14 der Zeile RS37 angegebene Betrag abzüglich des in Spalte 22 der gleichen Zeile RS37 angegebenen Betrags dem Bezugseinkommen hinzuzufügen.

Spalte 1 - Absetzung für den Ehepartner zu Lasten Für den unterhaltsberechtigten Ehegatten ist eine Absetzung bis zu 800 Euro mit zunehmenden Einkommen abnehmend vorgesehen, der bei einem Einkommen über 80.000 Euro gleich Null ist. Dieser Abzug wird über drei verschiedene Berechnungsmodalitäten festgelegt, die drei unterschiedlichen Einkommensstufen entsprechen. Der Abzug ist mit der Anzahl der Monate ins Verhältnis zu setzen, in denen der Ehegatte unterhaltsberechtigt war.

Der Betrag des zustehenden Abzugs ist den folgenden Anweisungen gemäß zu bestimmen:

Berechnung: $\text{Abzugsrelevantes Einkommen} = \text{Zeile RN1 Sp. 1} - \text{RN2} + \text{Zeile RS37 Sp. 14} - \text{Zeile RS37 Sp. 22}$ (bei Verlust Null annehmen)

A) Abzugsrelevantes Einkommen von nicht mehr als 15.000 Euro

Berechnung: $\text{Quotient} = \frac{\text{Abzugsrelevantes Einkommen}}{15.000}$

Es wird darauf hingewiesen, dass für den Quotienten die ersten vier Dezimalzahlen zu verwenden sind.

Ist der Quotient gleich Null, steht keine Absetzung zu. Ist der Quotient verschieden von Null, ist folgende Berechnung vorzunehmen:

Zustehender Absetzbetrag = $[800 - (110 \times \text{Quotient})] \times \frac{\text{Monate zu Lasten}}{12}$

In Zeile RN6, Spalte 1, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

B) Abzugsrelevantes Einkommen von mehr als 15.000 Euro und niedriger als oder gleich 40.000 Euro

Die Absetzung steht im **festgesetzten Ausmaß von 690 Euro** zu, die der Anzahl der Monate zu Lasten anzugleichen und um die eventuellen Steigerungen zu erhöhen ist, die für einige Einkommensstufen, wie in untenstehender Tabelle angeführt, vorgesehen sind. Es wird darauf hingewiesen, dass der Betrag der Erhöhung zur Gänze zusteht, da er nicht der Anzahl der Monate zu Lasten angepasst werden muss. Ermitteln Sie die eventuelle Erhöhung in Bezug auf die verschiedenen Einkommensklassen des "Abzugsrelevanten Einkommens":

EINKOMMEN FÜR ABTEILUNG ÜBER EURO	EINKOMMEN FÜR ABZÜGE BIS ZU EURO	DUE ERHÖHUNG
15.000	29.000	zero
29.000	29.200	10
29.200	34.700	20
34.700	35.000	30
35.000	35.100	20
35.100	35.200	10
35.200	40.000	zero

Der zustehende Absetzbetrag beträgt:

Zustehender Absetzbetrag = $690 \times \frac{\text{Monate zu Lasten}}{12} + \text{Erhöhung (wie oben ermittelt)}$

Sie müssen den wie oben angeführt ermittelten Betrag in dieser Zeile RN6 eintragen.

C) Abzugsrelevantes Einkommen von mehr als 40.000 Euro und niedriger als oder gleich 80.000 Euro

Berechnung: $\text{Quotient} = \frac{80.000 - \text{Abzugsrelevantes Einkommen}}{40.000}$

Es wird darauf hingewiesen, dass für den Quotienten die ersten vier Dezimalzahlen zu verwenden sind.

Zustehender Absetzbetrag = $690 \times \text{Quotient} \times \frac{\text{Monate zu Lasten}}{12}$

In Zeile RN6, Spalte 1, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

D) Abzugsrelevantes Einkommen von über 80.000 Euro

Der Abzug für den unterhaltsberechtigten Ehegatten ist gleich Null.

Spalte 2 - (Absetzung für Kinder zu Lasten) - Für jedes unterhaltsberechtigten Kind ist eine theoretische Absetzung vorgesehen (für Januar und Februar 2022), und zwar in Höhe von:

- 950 Euro für jedes Kind von über drei oder gleich drei Jahren;
 - 1.220 Euro für jedes Kind unter drei Jahren (Spalte 6 "unter drei Jahren" in der abgefassten Aufstellung der Familienangehörigen zu Lasten).
- Die theoretische Absetzung wird um folgenden Betrag erhöht:
- 400 Euro für jedes behinderte Kind (wenn Kästchen D der Aufstellung der Familienangehörigen zu Lasten angekreuzt ist);
 - 200 Euro für jedes weitere Kind nach dem Ersten, für Steuerzahler mit mehr als drei Kindern zu Lasten.

Bitte beachten Sie, dass die Altersvoraussetzung für die Erhöhungen am 31. Dezember 2022 erfüllt sein muss. Ab März ist ein theoretischer Abzug von 950 € für jedes Kind über 21 Jahren vorgesehen. Der Abzug gilt ab dem Monat, in dem das Kind 21 Jahre alt wird.

Die theoretische Absetzung muss der Anzahl der Monate zu Lasten (Kästchen 9 „Januar-Februar“ bzw. Kästchen 10 nur für Kinder über 21 Jahre in der Aufstellung der Familienangehörigen zu Lasten) und dem **zustehenden Prozentanteil** (Kästchen „Prozentanteil“ in der Aufstellung der Familienangehörigen zu Lasten) angepasst werden und kann ausschließlich 100, 50 oder gleich Null betragen. Es wird auch daran erinnert, dass die Absetzung ab diesem Jahr unter den Ehepartnern zu 50% aufgeteilt werden muss. Die Ehepartner können sich jedoch einigen und den vollen Absetzbetrag dem Ehepartner mit dem höheren Gesamteinkommen zuschreiben.

Je nach den Fällen, die sich ergeben könnten, wird anschließend ein Beispiel für die möglichen Situationen wiedergegeben:

Diese Abzüge sind rein theoretisch, da der tatsächlich zustehende Absetzbetrag vom abzugsrelevanten Einkommen des Steuerzahlers und von der Anzahl der unterhaltsberechtigten Kinder abhängig ist.

Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

STEUERZÄHLER	BIS ZUM 28. FEBRUAR 2022	AB DEM 01. MÄRZ 2022
MIT 3 ODER WENIGER KINDERN	THEORETISCHER ABZUGSBETRAG (DER MIT DER ZAHL DER TATSÄCHLICH UNTERHALTSBERECHTIGTEN MONATE - HOCHSTENS ZWEI - UND DEM PROZENTSATZ IN BEZIEHUNG ZU SETZEN IST)	THEORETISCHER ABZUGSBETRAG (DER MIT DER ZAHL DER TATSÄCHLICH UNTERHALTSBERECHTIGTEN MONATE - HOCHSTENS ZEHN - UND DEM PROZENTSATZ IN BEZIEHUNG ZU SETZEN IST)
Kind im Alter von 3 Jahren oder mehr	158	–
Kind im Alter von unter 3 Jahren	203	–
Kind im Alter von 3 Jahren oder mehr mit Behinderung	225	–
Kind im Alter von unter 3 Jahren mit Behinderung	270	–
Kind im Alter von über 21 Jahren	158	792
MIT MEHR ALS 3 KINDERN	THEORETISCHER ABZUGSBETRAG (DER MIT DER ZAHL DER MONATE UND DEM PROZENTSATZ IN BEZIEHUNG ZU SETZEN IST)	THEORETISCHER ABZUGSBETRAG (DER MIT DER ZAHL DER MONATE UND DEM PROZENTSATZ IN BEZIEHUNG ZU SETZEN IST)
Kind im Alter von 3 Jahren oder mehr	192	–
Kind im Alter von unter 3 Jahren	237	–
Kind im Alter von 3 Jahren oder mehr mit Behinderung	258	–
Kind im Alter von unter 3 Jahren mit Behinderung	303	–

1) Abzugsrelevantes Einkommen = Zeile RN1 Sp. 1 – Zeile RN2 + Zeile RS37 Sp. 14 – Zeile RS37 Sp. 22 (bei Verlust Null annehmen)

2) Erhöhung = (Anzahl der Kinder zu Lasten – 1) x 15.000

3) Quotient = $\frac{(95.000 + \text{Erhöhung}) - \text{Abzugsrelevantes Einkommen}}{(95.000 + \text{Erhöhung})}$

A) Wenn der Quotient kleiner als Null oder gleich eins ist, steht die Absetzung für unterhaltsberechtigte Kinder nicht zu.

B) Wenn der Quotient größer als Null aber kleiner als eins ist, folgende Berechnung durchführen:

Zustehender Absetzbetrag = Gesamtbetrag der theoretischen Absetzung x Quotient

Der Gesamtbetrag der theoretischen Absetzung entspricht der Summe der theoretischen mit Bezug auf jedes Kind berechneten Absetzungen.

Für den Quotienten müssen die ersten vier Dezimalstellen berücksichtigt werden.

In Zeile RN6, Spalte 2, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

In Bezug auf das vorherige Beispiel und in der Annahme, dass der Steuerpflichtige ein Gesamteinkommen von 25.000 Euro und Grundeinkommen in Höhe von 4.000 Euro besitzt, die der definitiven Ertragsteuer unterliegen, wird der zustehende Abzug wie folgt bestimmt:

Abzugsrelevantes Einkommen = 25.000 + 4.000 = 29.000
 Erhöhung = (1 – 1) x 15.000 = 0
 Quotient = $\frac{(95.000 - 29.000)}{95.000} = 66.000/95.000 = 0,6947$
 Zustehender Absetzbetrag = 565 x 0,6947 = 392,5

Zustehende Absetzung bei Fehlen des Ehepartners

Haben Sie in der Aufstellung der Familienangehörigen zu Lasten für das erste Kind im Feld des Prozentsatzes ein „C“ angeführt, da der Ehepartner fehlt oder weil er die natürlichen Kinder nicht anerkennt bzw. der Steuerzahler nicht verheiratet oder falls verheiratet, getrennt ist, kann für das erste Kind die Absetzung, die für den zu Lasten lebenden Ehepartner vorgesehen ist und falls vorteilhafter, in Anspruch genommen werden.

Spalte 3 - (Zusätzliche Absetzung für Kinder zu Lasten) - Für die Steuerpflichtigen mit mehr als drei Kindern (Bedingung, die bis zum 31. Dezember 2022 zu erfüllen ist), für welche die Abzüge für unterhaltsberechtigten Kinder angewendet werden, steht ein zusätzlicher Abzug von 1.200 Euro zu. Dieser Abzug gilt nur für die Monate Januar und Februar.

Wenn daher in der Aufstellung der unterhaltsberechtigten Familienangehörigen mehr als drei Kinder angegeben wurden und wenn die Absetzung für unterhaltsberechtigten Kinder laut Zeile RN6, Spalte 2, in Anspruch genommen werden konnte, ist in dieser Zeile der Betrag der weiteren Absetzung von Euro 1.200,00 im Verhältnis zum Prozentsatz laut Zeile 7 der genannten Aufstellung einzutragen. Es wird daran erinnert, dass sich die Absetzung für Kinder zu Lasten mit zunehmendem Einkommen solange verringert, bis sie aufgehoben ist. Haben Sie vier unterhaltsberechtigten Kinder und beträgt Ihr abzugsrelevantes Einkommen 140.000,00 Euro oder mehr, ist der zustehende Abzug für unterhaltsberechtigten Kinder gleich Null und der zusätzliche Abzug kann nicht in Anspruch genommen werden.

Wenn der zusätzliche Abzug höher als die Bruttosteuer ist, wird nach Minderung von allen Abzügen ein Guthaben in Höhe des Abzugsanteils

anerkannt, der nicht in die zuvor genannte Steuer eingegangen ist. Dieses Guthaben muss in der Sp. 1 der Zeile RN31 angegeben werden, auf deren Anleitung für die entsprechende Festsetzung verwiesen wird.

Spalte 4 - (Absetzung für andere Familienangehörige zu Lasten)- Für jeden weiteren unterhaltsberechtigten Familienangehörigen (angekreuztes Kästchen "A" in der Aufstellung der unterhaltsberechtigten Familienangehörigen) ist ein theoretischer Abzug in Höhe von 750 Euro vorgesehen, der mit den **Anzahl der Monate zu Lasten** (ausgefülltes Kästchen "Monate zu Lasten" in der Aufstellung der unterhaltsberechtigten Familienangehörigen) und dem **zustehenden Prozentsatz** (ausgefülltes Kästchen "Prozentsatz" in der Aufstellung der unterhaltsberechtigten Familienangehörigen) in Beziehung gesetzt wird; diese Abzüge sind rein theoretisch, da der tatsächlich zustehende Absetzbetrag vom abzugsrelevanten Einkommen des Steuerzahlers abhängig ist. Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

1) Abzugsrelevantes Einkommen = Zeile RN1 Sp. 1 – Zeile RN2 + Zeile RS37 Sp. 14 – Zeile RS37 Sp. 22 (bei Verlust Null annehmen)

2) Quotient = $\frac{80.000 - \text{Abzugsrelevantes Einkommen}}{80.000}$

A) Wenn der Quotient kleiner als Null oder gleich eins ist, steht der Abzug für andere Familienangehörige nicht zu.

B) Wenn der Quotient größer als Null aber kleiner als eins ist, folgende Berechnung durchführen:

Zustehende Absetzung = Gesamtbetrag der theoretischen Absetzung x Quotient

Der Gesamtbetrag der theoretischen Absetzung entspricht der Summe der theoretischen, mit Bezug auf jeden anderen Familienangehörigen berechneten Absetzungen.

Für den Quotienten müssen die ersten vier Dezimalstellen berücksichtigt werden

In Zeile RN6, Spalte 4, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

Zeile RN7 Absetzung für Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit, für Einkünfte aus Rente und aus sonstigen Einkünften

In diesen Zeilen die für die Einkommen aus unselbständiger Arbeit, Rente, selbständiger Arbeit, Unternehmen in vereinfachter Buchführung und für einige andere Einkommen vorgesehenen Abzüge angeben. Zur Festlegung der zustehenden Absetzung werden die Art des Einkommens, der Betrag des Gesamteinkommens ohne den Abzug für die Hauptwohnung und ihr Zubehör und bei einigen Einkommen die Arbeits- und Rententage berücksichtigt. Zum Gesamteinkommen sind auch der Ertrag der vermieteten Gebäude und die sonstigen Einkünfte aus Kurzzeitmieten von Immobilien, die der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen unterzogen sind und Einkommen aus Gewerbe oder selbständiger Tätigkeit, die einer Ersatzsteuer unter Anwendung des Pauschalbesteuerungssystems für die Ausübung von Gewerbe, Kunst oder Berufe unterliegen, hinzuzufügen. Das Bezugseinkommen für die Berechnung der Abzüge ist in der Spalte 1 der Zeile RN1 angegeben. Wenn die Zeile RS37 bezüglich der Ermäßigung ACE abgefasst wurde, ist der in der Spalte 14 der Zeile RS37 angegebene Betrag abzüglich des in Spalte 22 derselben Zeile RS37 angegebenen Betrags dem Bezugseinkommen hinzuzufügen. Der effektiv zustehende Abzug verringert sich mit zunehmenden Einkommen bis er gänzlich entfällt, wenn das Gesamteinkommen die 50.000 Euro überschreitet.

Wenn im gleichen Jahr verschiedene Einkommensarten bezogen wurden, sind die entsprechenden Abzüge nicht untereinander kumulierbar. Die Nichtkumulierbarkeit des Abzugs für unselbständige Arbeit und die für Rente wird auf die Steuerperiode bezogen, in der der Steuerpflichtige sowohl Einkommen aus unselbständiger Arbeit als auch aus Rente bezogen hat. Wenn sich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und aus Rente hingegen auf verschiedene Zeiträume des Jahres beziehen, stehen die beiden entsprechenden Abzüge zu, jeder von ihnen wird mit dem berücksichtigten Arbeits- oder Rentenzeitraum in Beziehung gesetzt. Ab dem Steuerjahr 2014 wurde mit dem Gesetz Nr. 147 vom 27.

Spalte 1 - Absetzung für Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit - Diese Spalte ausfüllen, wenn Einkommen aus unselbständiger Arbeit oder Einkommen, die diesen gleichgestellt wurden, bezogen und in den Zeilen RC1 bis RC3 angegeben wurden, für die in der Spalte 1 der Code 2 (unselbständige Arbeit) oder der Code 3 (gemeinnützige Arbeit) oder der Code 4 (Grenzarbeitnehmer) angegeben wurden und die Spalte 1 der Zeile RC6 (Tage der unselbständigen Arbeit) ausgefüllt wurde. Es wird auf Folgendes hingewiesen:

- wenn in Spalte 1 der Zeilen von RC1 bis RC3 nur der Code 3 angegeben wurde, steht die Absetzung nur dann zu, wenn die Einkommen aus gemeinnütziger Arbeit zur Bildung des Gesamteinkommens beitragen. Vgl. im Anhang „Vergünstigte gemeinnützige Arbeiten“;
- wenn in Spalte 1 der Zeilen von RC1 bis RC3 nur der Code 4 angegeben wurde, steht die Absetzung nur dann zu, wenn der Gesamtbetrag der in Grenzgebieten bezogenen Einkommen über dem befreiten Anteil von Euro 7.500 liegt;
- Wenn in Spalte 1 der Zeilen RC1 bis RC3 nur der Code 2 angegeben wurde und das Entsprechende Feld in der Spalte 4 den Wert 5 annimmt, steht die Steuerabsetzung nur dann zu, wenn das von in Campione d'Italia ansässigen Steuerpflichtigen in Euro bezogenen Einkommen der bezogenen Einkommen höher ist RC5 Spalte 2.

Der Betrag des zustehenden Abzugs ist den folgenden Anweisungen gemäß zu bestimmen.

Berechnung: Abzugsrelevantes Einkommen = Zeile RN1 Sp. 1 – Zeile RN2 + Zeile RS37 Sp. 14 – Zeile RS37 Sp. 22 (bei Verlust Null annehmen)

Der Abzug wird anhand unterschiedlicher Berechnungsmodalitäten festgelegt, die unterschiedlichen Einkommensklassen entsprechen. Der fällige Abzug wird dann um einen Betrag von 65 € erhöht, wenn das Gesamteinkommen über 25.000 €, aber nicht 35.000 € liegt.

A) Abzugsrelevantes Einkommen von bis zu 15.000 Euro

Wenn das abzugsrelevante Einkommen nicht mehr als 15.000 Euro beträgt, steht der Abzug in Höhe von 1.880 Euro zu, die mit der Anzahl der nichtselbständigen Arbeitstage ins Verhältnis zu setzen sind. Der Betrag der tatsächlich zustehenden Absetzung darf für die Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit mit Arbeitsvertrag auf unbestimmte Zeit nicht unter 690 Euro bzw. für Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit mit Arbeitsvertrag auf bestimmte Zeit nicht unter 1.380 liegen. Die Absetzung ist wie folgt zu berechnen:

$$\text{Absetzung} = 1.840 \times \frac{\text{Nr. Tage nicht selbständiger Arbeit (Zeile RC6 Sp. 1)}}{365}$$

Liegt die auf diese Art ermittelte Absetzung unter 690 Euro und stammt das Einkommen aus nicht selbständiger Arbeit mit Arbeitsvertrag auf bestimmte Zeit (Code 1 in Sp. 2 der Zeilen von RC1 bis RC3), beträgt die zustehende Absetzung **690 Euro**.

Liegt die auf diese Art ermittelte Absetzung unter 1.380 Euro und stammt das Einkommen aus nicht selbständiger Arbeit mit Arbeitsvertrag auf unbestimmte Zeit (Code 2 in Sp. 2 der Zeilen von RC1 bis RC3), beträgt die zustehende Absetzung **1.380 Euro**.

Haben Sie Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit mit einem Arbeitsvertrag auf unbestimmte Zeit wie auch Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit mit einem Arbeitsvertrag auf bestimmte Zeit bezogen, können Sie den günstigeren Abzug von 1.380 Euro in Anspruch nehmen. In Zeile RN7, Spalte 1, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

B) Abzugsrelevantes Einkommen von 15.000 bis 28.000 Euro

Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

$$1) \text{ Quotient} = \frac{28.000 - \text{Abzugsrelevantes Einkommen}}{13.000}$$

Ist der Quotient höher als Null und niedriger als eins, müssen die ersten vier Dezimalzahlen verwendet werden.

$$2) \text{ Zustehender Absetzbetrag} = [1910 + (1190 \times \text{Quotient})] \times \frac{\text{Nr. Tage nicht selbständiger Arbeit (Zeile RC6 Sp. 1)}}{365}$$

In Zeile RN7, Spalte 1, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

C) Abzugsrelevantes Einkommen von über 28.000 Euro bis 50.000 Euro

Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

$$1) \text{ Quotient} = \frac{50.000 - \text{Abzugsrelevantes Einkommen}}{22.000}$$

Ist der Quotient höher als Null und niedriger als eins, müssen die ersten vier Dezimalzahlen verwendet werden.

$$2) \text{ Zustehender Absetzbetrag} = [1910 \times \text{Quotient} \times \frac{\text{Nr. Tage nicht selbständiger Arbeit (Zeile RC6 Sp. 1)}}{365}]$$

In Zeile RN7, Spalte 1, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

D) Abzugsrelevantes Einkommen von über 50.000 Euro

Der Abzug für unselbstständige Arbeit und gleichgestellte ist gleich Null.

Spalte 2 - (Absetzung für Einkünfte aus Rente) - Diese Spalte ausfüllen, wenn Renteneinkommen bezogen wurden, die in den Zeilen von RC1 bis RC3 eingetragen sind, und für die in der Spalte 1 der Code 1 angegeben ist, und wenn Spalte 2 der Zeile RC6 (Rententage) ausgefüllt ist. Im Allgemeinen zur Überprüfung, ob eine Absetzung für die Einkünfte aus Renten zusteht, bitte berechnen:

Gesamtbetrag Einkünfte aus Renten = Summe der Beträge, die in der Spalte 3 der Zeile von RC1 bis RC3 aller ausgefüllten Vordrucke angegeben wurden, für welche im Kästchen der Sp. 1 (Typ der Einkünfte) ein Wert gleich „1“, „6“, „7“ und „8“ angegeben wird;

Berechnen:

$$\text{Einkünfte Absetzung Renten} = \text{Gesamtbetrag Einkünfte Renten} - \text{RC005003}$$

Die Absetzung für Einkünfte aus Renten steht zu, wenn Einkünfte Absetzung Renten höher als 0 ist.

Der zustehende Abzug erhöht sich um 50 €, wenn das Gesamteinkommen über 25.000 EUR, aber nicht 29.000 EUR beträgt.

Unabhängig von dem Alter des Steuerzahlers sind dieselbe Absetzungen für die Einkünfte aus Rente vorgesehen (Artikel 1, Absatz 210 des Gesetzes 232/2016).

Zur Festsetzung des zustehenden Abzugs die eigene Einkommensklasse ausfindig machen und dazu wie folgt vorgehen:

$$\text{Abzugsrelevantes Einkommen} = \text{Zeile RN1 Sp. 1} - \text{Zeile RN2} + \text{Zeile RS37 Sp. 14} - \text{Zeile RS37 Sp. 22 (bei Verlust Null annehmen)}$$

A) Abzugsrelevantes Einkommen bis 8.000 Euro

Wenn das Abzugsrelevante Einkommen nicht über Euro 8.500 liegt, steht der Abzug im Umfang von Euro 1.955 zu und ist mit der Anzahl der Rententage in Beziehung zu setzen. Der Betrag der tatsächlich zustehenden Absetzung darf in keinem Fall unter 713 Euro liegen.

Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

$$\text{Absetzung} = 1.955 \times \frac{\text{Anzahl der Rententage (RC6 Sp. 2)}}{365}$$

In Zeile RN7, Spalte 2, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen. Wenn der Betrag unter 713 liegt, **Euro 713** angeben.

B) Abzugsrelevantes Einkommen von über 8.500 bis 28.000 Euro

Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

$$1) \text{ Quotient} = \frac{29.000 - \text{Abzugsrelevantes Einkommen}}{19.500}$$

Ist der Quotient höher als Null und niedriger als eins, müssen die ersten vier Dezimalzahlen verwendet werden.

$$2) \text{ Zustehender Absetzbetrag} = [700 + (1255 \times \text{Quotient})] \times \frac{\text{Anzahl der Rententage (RC6 Sp. 2)}}{365}$$

In Zeile RN7, Spalte 2, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

C) Abzugsrelevantes Einkommen von über 28.000 Euro bis 50.000 Euro

Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

$$1) \text{ Quotient} = \frac{50.000 - \text{Abzugsrelevantes Einkommen}}{22.000}$$

Ist der Quotient höher als Null und niedriger als eins, müssen die ersten vier Dezimalzahlen verwendet werden.

2) Zustehender Absetzbetrag = $1.297 \times \text{Quotient} \times \frac{\text{Anzahl der Rententage (RC6 Sp. 2)}}{365}$

In Zeile RN7, Spalte 2, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

D) Abzugsrelevantes Einkommen über Euro 55.000:

Der Abzug für Renteneinkommen ist gleich Null.

Zeile RN7 Spalten 3 und 4 - Absetzung für Einkünfte, die denen aus nicht selbständiger Arbeit gleichgestellt sind und sonstige Einkünfte

Diese Zeile ist abzufassen, wenn Sie ein oder mehrere der folgenden Einkünfte bezogen haben:

- Den Einkünften aus nicht selbständiger Arbeit gleichgestellte Einkünfte, die im Abschnitt II der Übersicht RC angeführt sind;
- Einkünfte aus nicht gewohnheitsmäßig ausgeübten Handelstätigkeiten, aus nicht gewohnheitsmäßig ausgeübten Tätigkeiten selbständiger Arbeit und aus der Übernahme von Verpflichtungen des Handelns, Unterlassens und Duldens (Zeilen RL14, RL15 und RL16);
- Einkünfte aus selbständiger Arbeit gemäß Übersicht RE, mit Ausnahme jener, welche der Ersatzsteuer unterworfen wurden und Einkünfte aus der Beteiligung an Personengesellschaften, für welche in Übersicht RH das Kästchen in Spalte 7 in den Zeilen von RH1 bis RH4 angekreuzt wurde;
- sonstige Einkünfte aus selbständiger Arbeit, die im Abschnitt III der Übersicht RL angeführt sind;
- Einkünfte aus Unternehmen mit vereinfachter Buchhaltung gemäß Übersicht RG, mit Ausnahme jener, die der Ersatzsteuer unterworfen wurden und Einkünfte aus Unternehmen mit vereinfachter Buchhaltung die aus der Beteiligung an Personengesellschaften stammen und für welche in Übersicht RH, das Kästchen in Spalte 7, in den Zeilen von RH1 bis RH4 angekreuzt wurde;
- Einkünfte aus Unternehmen, die gemäß Übersicht RD pauschal ermittelt wurden.

Wenn Sie Summen für regelmäßige Zuweisungen des Ehegatten bezogen haben, siehe die im nachfolgenden Paragraph gegebene Anleitung für die Festsetzung des Abzugs.

Zur Festsetzung des zustehenden Abzugs die eigene Einkommensklasse ausfindig machen und dazu wie folgt vorgehen:

Wenn eine oder mehrere der folgenden Bedingungen erfüllt sind:

Vorhandensein eines Betrags in Spalte 2 der Zeilen RC7 und RC8, bei dem das entsprechende Kästchen in Spalte 1 NICHT angekreuzt ist und das Kästchen "Weitere Daten" den Wert "5" annimmt.

Vorhandensein eines Betrags in einer der Zeilen RL15 bis RL17 oder in einer der Zeilen RL25 bis RL27 und dem mit dem Code 5 ausgefüllten Kästchen „Weitere Daten“.

Der Abzug wird nur dann gewährt, wenn das von in Campione d'Italia ansässigen Personen in Euro bezogene Einkommen höher als der Betrag der Steuerbefreiung ist.

Abzugsrelevantes Einkommen = Zeile RN1 Sp. 1 – Zeile RN2 + Zeile RS37 Sp. 14 – Zeile RS37 Sp. 22 (bei Verlust Null annehmen).

Der fällige Abzug erhöht sich um einen Betrag von 50 €, wenn das Gesamteinkommen 11.000 €, aber nicht 17.000 € übersteigt, und zwar nur für die in Artikel 50 Absatz 1 Buchstaben e), f), g), h) und i) genannten Einkünfte, mit Ausnahme der Einkünfte, die sich aus den in Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe c) des Tuir genannten regelmäßigen Vergütungen ergeben.

A) Abzugsrelevantes Einkommen bis 5.500 Euro

Die Absetzung steht im festen Ausmaß von 1.265 Euro zu. Daher ist dieser Betrag in Zeile RN7, Spalte 4 einzutragen.

B) Abzugsrelevantes Einkommen von über 5.500 Euro bis 28.000 Euro

Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

1) $\text{Quotient} = \frac{28.000 - \text{Abzugsrelevantes Einkommen}}{22.500}$

Ist der Quotient höher als Null und niedriger als eins, müssen die ersten vier Dezimalzahlen verwendet werden.

2) $\text{Zustehender Absetzbetrag} = 500 + 765 \times \text{Quotient}$

In Zeile RN7, Spalte 4, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

C) Abzugsrelevantes Einkommen von über 28.000 bis 50.000

Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

1) $\text{Quotient} = \frac{50.000 - \text{Abzugsrelevantes Einkommen}}{22.000}$

Ist der Quotient höher als Null und niedriger als eins, müssen die ersten vier Dezimalzahlen verwendet werden

2) $\text{Zustehender Absetzbetrag} = 500 \times \text{Quotient}$

In Zeile RN7, Spalte 4, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

C) Abzugsrelevantes Einkommen über Euro 50.000: Der Abzug für Renteneinkommen ist gleich Null.

■ Absetzung der vom Ehepartner periodisch bezahlten Abfindung

Ist in den Zeilen von RC7 bis RC8 ein Betrag angeführt, für den in Spalte 1 das entsprechende Kästchen angekreuzt ist (periodische vom Ehepartner entrichtete Abfindung), steht gemäß den unten angeführten Bedingungen ein Steuerabsetzbetrag zu. Die Absetzung muss mit keinem Zeitraum des Jahres ins Verhältnis gesetzt werden.

Zur Festsetzung des zustehenden Abzugs die eigene Einkommensklasse ausfindig machen und dazu wie folgt vorgehen:

Wenn in den Zeilen RC7 und RC8, für die das entsprechende Kästchen in Spalte 1 angekreuzt ist, auch das entsprechende Kästchen in Spalte 4 mit dem Wert 5 ausgefüllt wurde, steht der Abzug nur dann zu, wenn das von in Campione d'Italia ansässigen Personen in Euro bezogene Einkommen höher ist als der Betrag der Steuerbefreiung, der dem **Betrag Ermäßigung Unterhaltszahlung Ehepartner** entspricht.

Abzugsrelevantes Einkommen = Zeile RN1 Sp. 1 – Zeile RN2 + Zeile RS37 Sp. 14 – Zeile RS37 Sp. 22 (bei Verlust Null annehmen)

A) Abzugsrelevantes Einkommen bis 8.500 Euro

Der zustehende Abzug beträgt 1955 €.

B) Abzugsrelevantes Einkommen von über 8.500 bis 28.000 Euro

Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

$$\text{Quotient} = 28.000 - \text{Abzugsrelevantes Einkommen} 19.500$$

Ist der Quotient höher als Null und niedriger als eins, müssen die ersten vier Dezimalzahlen verwendet werden.

$$2) \text{ Zustehender Absetzbetrag} = [700 + (1255 \times \text{Quotient})]$$

In Spalte 2 der Zeile RN7 den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen

C) Abzugsrelevantes Einkommen von über 28.000 Euro bis 50.000 Euro

Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

$$\text{Quotient} = 50.000 - \text{Abzugsrelevantes Einkommen} 22.000$$

Ist der Quotient höher als Null und niedriger als eins, müssen die ersten vier Dezimalzahlen verwendet werden.

$$2) \text{ Zustehender Absetzbetrag} = 700 \times \text{Quotient} \times$$

In Spalte 2 der Zeile RN7 den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

D) Abzugsrelevantes Einkommen über Euro 50.000 Der Abzug für Renteneinkommen ist gleich Null.

Zeile RN8 Gesamtabzüge für familiäre Belastungen und Arbeit

In dieser Zeile die Summe der Beträge eintragen, die in den Spalten von 1 bis 4 der Zeile RN6 und in den Spalten 1, 2 und 4 der Zeile RN7 angegeben sind.

Zeile RN12 - Abzug für Mietzins und die Pacht von Grundstücken - Abschnitt V der Übersicht RP

Spalte 1 (Gesamtabzug) Sie müssen die Spalte 1 dieser Zeile nur ausfüllen, wenn Sie den Absch. V der Übersicht RP ausgefüllt haben.

Es sind vier verschiedene Absetzungen für die Miete vorgesehen, die nicht zusammengezählt werden dürfen, wenn sie sich auf ein und denselben Zeitraum des Jahres beziehen. Besagte Anzüge werden innerhalb bestimmter Gesamteinkommensgrenzen anerkannt. Zum Gesamteinkommen ist auch der Ertrag der vermieteten Gebäude und die sonstigen Einkünfte aus der Kurzzeitmieten von Immobilien, die der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen unterzogen sind und Einkommen aus Gewerbe oder selbständiger Tätigkeit, die einer Ersatzsteuer unter Anwendung des Pauschalbesteuerungssystems für die Ausübung von Gewerbe, Kunst oder Berufe unterliegen, hinzuzufügen. Das Bezugseinkommen für die Berechnung der Abzüge ist in der Spalte 1 der Zeile RN1 angegeben. Wenn die Zeile RS37 bezüglich der Ermäßigung ACE abgefasst wurde, ist der in der Spalte 14 der Zeile RS37 angegebene Betrag abzüglich des in Spalte 22 derselben Zeile RS37 angegebenen Betrags dem Bezugseinkommen hinzuzufügen. Zudem ist ein Steuerabzug für die Verpachtung von landwirtschaftlichen Grundstücken an junge Menschen unter 35 Jahren vorgesehen (Zeile RP73); wenn die Gesamtsumme der zustehenden Abzüge die Bruttosteuer übersteigt (gekürzt um die Abzüge für zu Lasten lebende Familienangehörige und der Abzüge für Einkünfte aus nicht selbständiger und dieser gleichgestellten Einkünfte, aus Rente und/oder sonstigen Einkommen), wird eine Summe in Höhe des Steuerabzugs gewährt, der betraglich nicht von der Steuer abgezogen werden konnte. Für die Festsetzung des restlichen Abzugs wird auf die Anleitung bezüglich der Spalte 2 dieser Zeile verwiesen.



Wenn im Abschnitt V der Übersicht RP mehrere Zeilen RP71 und/oder RP72 ausgefüllt wurden (zum Beispiel wurden verschiedene Typologien von Abzügen angegeben oder es hat sich mit Bezug auf ein und denselben Abzug im Laufe des Jahres der entsprechende zustehende Prozentsatz geändert), entspricht der zustehende Abzug der Summe der für jede einzelne Zeile berechneten Abzugsanteile.

Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

$$\text{Abzugsrelevantes Einkommen} = \text{Zeile RN1 Sp. 1} + \text{Zeile RS37 Sp. 14} - \text{Zeile RS37 Sp. 22 (bei Verlust Null annehmen)}$$

Absetzbetrag für Mieter von Wohnungen, die im Sinne des Gesetzes Nr. 431/1998 als Hauptwohnung verwendet werden (Zeile RP71 Code 1)

Wenn in Spalte 1 der Zeile **RP71** der Code „1“ angegeben wurde, ist der entsprechende Abzug anhand der Tage, in denen die Immobilie im Laufe des Jahres als Hauptwohnung diente, sowie anhand des zustehenden Prozentsatzes und des abzugsrelevanten Einkommens zu berechnen.

Der Abzug beträgt:

- **Euro 300** wenn das abzugsrelevante Einkommen nicht über 15.493,71 Euro liegt;
- **Euro 150** wenn das abzugsrelevante Einkommen über 15.493,71 Euro, jedoch nicht über 30.987,41 Euro liegt.

Liegt das abzugsrelevante Einkommen über 30.987,41 Euro, steht kein Abzug zu.

Die so festgelegte Absetzung muss in die **Zeile RN12, Spalte 1**, übertragen werden.

Absetzung der Miete für Wohnungen mit konventionellem Mietvertrag, die als Hauptwohnung verwendet werden (Zeile RP71 Code 2)

Wenn in Spalte 1 der Zeile **RP71** der Code „2“ angegeben wurde, ist der entsprechende Abzug anhand der Tage, in denen die Immobilie im Laufe des Jahres als Hauptwohnung diente, sowie anhand des zustehenden Prozentsatzes und des abzugsrelevanten Einkommens zu berechnen.

Der Abzug beträgt:

- Euro 495,80 wenn das abzugsrelevante Einkommen nicht über 15.493,71 Euro liegt;
- Euro 247,90 wenn das abzugsrelevante Einkommen über 15.493,71 Euro, jedoch nicht über 30.987,41 Euro liegt.

Liegt das abzugsrelevante Einkommen über 30.987,41 Euro, steht kein Abzug zu.

Zum Beispiel, wenn Ihr abzugsrelevantes Einkommen des Jahres 2013 20.000,00 Euro betragen hat, der Mietvertrag auch auf den Namen des Ehepartners abgeschlossen wurde und die Immobilie für 180 Tage des Jahres als Hauptwohnung verwendet wurde, wird der Abzug wie folgt berechnet:

$$\frac{247,90 \times 50}{100} \times \frac{180}{365} = \text{Euro } 61,13 \text{ abgerundet auf } 61,00 \text{ Euro}$$

Die so festgelegte Absetzung muss in die Zeile RN12, Spalte 1, übertragen werden.

Absetzung der Miete für junge Leute im Alter zwischen 20 und 31 Jahren (noch nicht vollendet), die einen Mietvertrag für die Hauptwohnung abgeschlossen haben, mit Gesamteinkommen bis zu 15.493,71 Euro (Zeile RP71 Code 3)

Wenn in der Zeile RP71 der Code "4" angegeben wurde, wurde der entsprechende Absetzbetrag zwischen dem Mindestbetrag von 991,60 Euro und 20% der Jahresmiete bis zu einem Höchstbetrag von 2.000 €, aufgrund der Tage des Jahres, an denen die Immobilieneinheit als Hauptwohnung beansprucht wurde und im Verhältnis zum Besitzanteil des Absetzbetrages, berechnet werden. Die so festgelegte Absetzung muss in die Zeile RN12, Spalte 1, übertragen werden.

Absetzung der Miete für Wohnungen von Arbeitnehmern, die ihren Wohnsitz aus Arbeitsgründen wechseln (Zeile RP72)

Wenn in der Zeile RP72 angegeben wurde, den entsprechenden Abzug auf der Grundlage der Tage des Jahres, an denen die Immobilie als Hauptwohnung verwendet wurde, sowie anhand des zustehenden Prozentsatzes und des abzugsrelevanten Einkommens zu berechnen.

Der Abzug beträgt:

- Euro 991,60 wenn das abzugsrelevante Einkommen nicht über 15.493,71 Euro liegt;
- Euro 495,80 wenn das abzugsrelevante Einkommen über 15.493,71 Euro, jedoch nicht über 30.987,41 Euro liegt.

Liegt das abzugsrelevante Einkommen über 30.987,41 Euro, steht kein Abzug zu.

Die so festgelegte Absetzung muss in die Zeile RN12, Spalte 1, übertragen werden.

Abzüge für die Verpachtung von landwirtschaftlichen Grundstücken an junge Menschen (Zeile RP73)

Wenn die Zeile RP73 abgefasst wurde, ist der entsprechende Abzug zu berechnen, der 19% des angegebenen Betrags in Zeile RP73 entspricht. Der abgesetzte Betrag darf 1.200,00 Euro nicht übersteigen.

Der so ermittelte Abzug muss in die Zeile RN12, Spalte 1 übertragen werden.

Spalte 2 (Restguthaben) und Spalte 3 (Genossener Abzug)

Wenn der in der Spalte 1 angegebene zustehende Abzug höher als die Bruttosteuer nach Abzug der Abzüge für familiäre Belastungen und der Abzüge für Einkommen aus unselbstständiger Arbeit und gleichgestellte, aus Renten und/oder sonstigen Einkommen ist, wird ein Betrag in Höhe des Abzugsanteils, der nicht in der vorgenannten Steuer aufgenommen worden ist, zuerkannt. Für die Bestimmung des Abzugsbetrags, der nicht in die (in der Spalte 2 anzugebende) Bruttosteuer aufgenommen wird, und des Teils, der hingegen aufgenommen wird (in der Spalte 3 anzugeben), wie nachstehend beschrieben vorgehen.

Berechnen:

$$\text{Verrechnungsfähigkeit} = \text{RN5} - \text{RN8} - \text{RN18 st. 1} - \text{RN20 st. 1} - \text{RN21 st. 1}$$

Wenn die Zeile RP80 ausgefüllt wurde, muss zur Überprüfung, ob nach der vorstehenden Formel die Absetzung in der Steuer Aufnahme findet, zuvor die Spalte 1 der Zeilen RN19, RN20 und RN21 ausgefüllt werden, auf deren Anleitung verwiesen wird.

Wenn "Verrechnungsfähigkeit" kleiner oder gleich Null ist, wird der Abzug für Mieten nicht in die Bruttosteuer aufgenommen, und es muss somit in der Spalte 2 der Beitrag der Spalte 1 angegeben werden, und die Spalte 3 muss nicht ausgefüllt werden.

Wenn "Verrechnungsfähigkeit" größer als Null ist, muss der Betrag der Spalte 1 mit dem zuvor bestimmten Wert der "Verrechnungsfähigkeit" verglichen werden:

- wenn "Verrechnungsfähigkeit" größer oder gleich RN12 Sp. 1 ist, wird der Wert der Verrechnungsfähigkeit vollständig in die Bruttosteuer aufgenommen, und somit muss die Spalte 2 nicht ausgefüllt werden, und in die Spalte 3 muss der Betrag der Spalte 1 übertragen werden;
- wenn hingegen "Verrechnungsfähigkeit" kleiner als RN12 Sp. 1:
 - muss in die Spalte 2 der Betrag des Abzugs, der nicht in die Verrechnungsfähigkeit aufgenommen wird, übertragen werden entsprechend: RN12 Sp. 1 – Verrechnungsfähigkeit
 - in der Spalte 3 der Betrag des Abzugs, der entsprechend RN12 Sp. 1 – RN12 Sp. 2 aufgenommen wird

Zeile RN13 Absetzung für Ausgaben, die in Abschnitt I der Übersicht RP angegeben wurden (absetzbare Aufwendungen)

Ab 2020 muss bei der Berechnung der Absetzungen unterschieden werden zwischen Aufwendungen, deren Absetzung gemäß den neuen Absätzen 3-bis, 3-ter und ter-quater des Artikels 15 des TUIR mit dem Einkommen zu verrechnen ist, und solchen, deren Abzug nicht zu verrechnen ist.

Berechnen Sie daher:

$$\text{GesamtbetragZuVerrechnendeAbsetzung} = \text{RP15 Spalte 3} \times 0,19 + \text{RP15 Spalte 5} \times 0,26 + \text{RP15 Spalte 8} \times 0,90$$

$$\text{Bezugseinkommen} = \text{RN1 Spalte 1} - \text{RN2} + \text{RS37 Spalte 14} - \text{Zeile RS37 Sp. 22}$$

Wenn das Bezugseinkommen kleiner oder gleich 120.000 € ist:

$$\text{ZustehendeZuVerrechnendeAbsetzung} = \text{GesamtbetragZuVerrechnendeAbsetzung}$$

Wenn das Bezugseinkommen größer als 120.000 Euro und kleiner als 240.000 Euro ist:

$$\text{ZustehendeZuVerrechnendeAbsetzung} = 240.000 - \text{Bezugseinkommen} \times \text{GesamtbetragZuVerrechnendeAbsetzung}$$

120.000

Wenn das **Bezugseinkommen** größer als 240.000 Euro ist: **ZustehendeZuVerrechnendeAbsetzung** =0

Der Betrag der Zeile RN13 muss **ZustehendeZuVerrechnendeAbsetzung** +

RP15 Spalte 2 x 0,19 + RP15 Spalte 4 x 0,26 + RP15 Spalte 6 x 0,30 + RP15 Spalte 7 x 0,35 entsprechen

Zeile RN14 Absetzung für Ausgaben, die in Abschnitt III A der Übersicht RP angegeben wurden (Ausgaben für Maßnahmen zur Wiedergewinnung von der Bausubstanz, Erdbebensicheren Maßnahmen, Grün-Bonus, Fassadenbonus und SuperBonus)

In **Spalte 1** die Summe der Beträge der Abzüge der Zeile RP49 eintragen.

Zeile RN15 Absetzung für Ausgaben, die in Abschnitt III C der Übersicht RP angegeben wurden

50 Prozent des Betrags laut Zeile RP60, Spalte 1 und 110 Prozent der Zeile RP60 Spalte 2 angeben.

Zeile RN16 Absetzung für Ausgaben, die in Abschnitt IV der Übersicht RP angegeben wurden (Energieeinsparung)

In **Spalte 1** Summe der Beträge der Absetzungen der Zeile RP66 eintragen

Zeile RN17 Absetzung Abschnitt VI (Übersicht RP und Übersicht RC)

Die **Zeile RN17 Spalte 1** ist dem Abzug vorbehalten, der sich aus Abschnitt VI der Übersicht RC ergibt.

Für die Anerkennung des zustehenden Abzugs, gehen Sie wie folgt vor.

Zur Bestimmung des **Maximalbetrag des Abzugs** = 491

Der Umfang der Begünstigung wird mit dem für das Steuerjahr 2020 vorgesehenen Erlass des Ministerpräsidenten festgelegt.

Für jede Zeile RC15 der ausgefüllten Übersicht RC darf die Summe der Spalte 1 + Spalte 2 + Spalte 3 den **Maximalbetrag des Abzugs** nicht übersteigen. Wenn die Summe höher ist, hat dies die Ablehnung der Erklärung ohne Möglichkeit der Bestätigung derselben zur Folge.

Berechnen Sie **Gesamtwert Spalte 1** = Spalte 1 der Zeile RC15

Berechnen Sie **Gesamtwert Spalte 2** = Spalte 2 der Zeile RC15

Berechnen Sie **Gesamtwert Spalte 3** = Spalte 3 der Zeile RC15

Berechnen Sie A = Gesamtwert Spalte 1 + Gesamtwert Spalte 2 + Gesamtwert Spalte 3; wenn die Summe größer als der **Maximalbetrag des Abzugs** ist, reduzieren Sie den Wert von "A" auf den **Maximalbetrag des Abzugs**.

Die Zeile RN17, Spalte 1 muss gleich A - Gesamtwert Spalte 3 sein; bei negativen Wert Null eintragen

Der Betrag in Zeile RN17, Spalte 2 muss der Summe der **ZustehendeZuVerrechnendeAbsetzung** + RP83, Spalte 2 (mit Code der Spalte 1 = 1) + RP83, Spalte 2 (mit Code der Spalte 1 = 2) innerhalb der Grenze von 30% der Bruttosteuer + RP83, Spalte 2 (mit Code der Spalte 1 = 3) entsprechen. Bitte beachten Sie, dass bei Spenden an "Ospedali Galliera di Genova" (Code 2, Spalte 1) der in diesem Feld anzugebende Betrag nicht höher sein kann als 30% der zu zahlenden Bruttosteuer.

Zeile RN18 - Restbetrag der Steuerabzüge für Start-up-Unternehmen Steuerzeitraum 2018

In **Spalte 1** ist der Abzug für Investitionen in Start-up-Unternehmen anzugeben, der betraglich nicht von der Bruttosteuer in Bezug auf das Jahr 2019 abgezogen werden konnte. Der anzugebende Betrag entspricht jenem, der in Zeile RN47, Spalte 1 des Vordrucks REDDITI 2022 ausgewiesen ist, und zwar abzüglich des Betrags in Zeile RP80, Spalte 9 dieses Vordrucks. Wenn der in Spalte 1 angegebene zustehende Abzug höher ist als die Bruttosteuer, nachdem er innerhalb der Höchstgrenzen um die verwen-dbaren Abzüge (z. B. Arztkosten, Abzüge für familiäre Aufwendungen, Abzüge für Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit und diesen gleichgestellte Einkommen, für Renten und/oder sonstige Einkommen) gekürzt wurde, kann der überschüssige Betrag nicht übertragen werden. Für die Bestimmung der Höhe des Betrags, der nicht von der Bruttosteuer abgezogen werden konnte und des Teils, der hingegen abgezogen werden kann (der in Spalte 2 dieser Zeile anzugeben ist) ist folgendermaßen vorzugehen. Es ist zu berechnen:

$$\text{Fassungsvermögen} = \text{RN5} - (\text{RN8} - \text{RN6 Spalte 3}) - \text{RN12 Spalte 3} - \text{RN13} - \text{RN14} - \text{RN15} - \text{RN16} - \text{RN17 Spalte 1} - \text{RN17 Spalte 2}$$

Wenn das „Fassungsvermögen“ geringer oder gleich null ist, kann der Steuerabzug für Start-up-Unternehmen nicht von der Bruttosteuer abgezogen werden. Deshalb Spalte 2 darf nicht ausgefüllt werden. Wenn das „Fassungsvermögen“ über null liegt, muss der Betrag aus Spalte 1 mit dem Wert des zuvor berechneten „Fassungsvermögens“ verglichen werden:

■ Wenn das „Fassungsvermögen“ größer als oder gleich hoch ist wie RN18, Spalte 1 ist, steht der Abzug vollständig der Bruttosteuer gegenüber, und somit in **Spalte 2** ist der Betrag der Spalte 1 zu übertragen.

■ Wenn hingegen das „Fassungsvermögen“ hingegen kleiner als RN19 RN18 Spalte 1 ist, kann die Absetzung für Startups, die in die Steuer nicht aufgenommen wird, nicht mehr benutzt werden und in der Zeile RN18 Zeile 2 ist der Betrag der Absetzung einzutragen, der gleich dem kleinsten Betrag zwischen RN18 Spalte 1 und „Fassungsvermögen“ aufgenommen wird.

Zeile RN19 - Restbetrag der Steuerabzüge für Start-up-Unternehmen REDDITI 2020

In Spalte 1 die Höhe der Absetzung für Investitionen in Startup-Unternehmen, die nicht in die Bruttosteuer für das Steuerjahr 2020 aufgenommen wurden, angeben.

Der anzugebende Betrag entspricht jenem, der in Zeile RN47, Spalte 2 des Vordrucks REDDITI 2022 ausgewiesen ist, und zwar abzüglich des Betrags in Zeile RN80, Spalte 9 dieses Vordrucks.

Wenn die in Spalte 1 angegebene zustehende Absetzung höher ist als die Bruttosteuer, nachdem diese innerhalb der Höchstgrenzen um die verwendbaren Abzüge (z. B. Arztkosten, Abzüge für familiäre Aufwendungen, Abzüge für Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit und diesen gleichgestellte Einkommen, für Renten und/oder sonstige Einkommen) gekürzt wurde, kann der überschüssige Betrag als Absetzung von der geschuldeten Steuer auf die darauffolgenden Steuerzeiträume, bis zu dessen Gesamtbetrag übertragen werden.

Für die Bestimmung der Höhe der Absetzung, die nicht in die Bruttosteuer aufgenommen wurde (in Zeile RN47, Sp.1 anzugeben), und des Teils, der hingegen aufgenommen wurde (in Zeile RN19, Sp.2 anzugeben), ist wie folgt vorzugehen. Berechnen:

$$\text{Fassungsvermögen} = \text{RN5} - (\text{RN8} - \text{RN6 Sp. 3}) - \text{RN12 Sp. 3} - \text{RN13} - \text{RN14} - \text{RN15} - \text{RN16} - \text{RN17 Spalte 1} - \text{RN17 Spalte 2} - \text{RN18 Sp. 2}$$

Wenn das „Fassungsvermögen“ kleiner oder gleich Null ist, wird die Absetzung für Startup-Unternehmen nicht in die Bruttosteuer aufgenommen, und daher muss in **Zeile RN 47, Sp. 1** der Betrag von Spalte 1 übertragen und Spalte 2 darf nicht ausgefüllt werden.

Wenn das „Fassungsvermögen“ größer als Null ist, muss der Betrag von Spalte 1 mit dem vorher festgesetzten Wert des „Fassungsvermögens“ verglichen werden:

- wenn das „Fassungsvermögen“ größer oder gleich RN19 Sp.1 ist, wird die Absetzung zur Gänze in der Bruttosteuer aufgenommen und daher muss in Spalte 2 der Betrag von Spalte 1 übertragen werden;
- wenn hingegen das „Fassungsvermögen“ kleiner als RN19 Sp.1 ist:
 - muss in **Zeile RN19, Spalte 2** der Betrag des Abzugs eingetragen werden, der aufgenommen wird, gleich dem kleinsten Betrag zwischen RN19 Sp. 1 und „Fassungsvermögen“;
 - muss in **Zeile RN47, Spalte 1** der Betrag des Abzugs eingetragen werden, der nicht aufgenommen wird, gleich RN19 Sp. 1 – RN19 Sp. 2.

Zeile RN20 - Restbetrag Abzüge für Startups Einkommen Steuerzeitraum 2021

In **Spalte 1** ist der Abzug für Investitionen in Start-up-Unternehmen anzugeben, der betraglich nicht von der Bruttosteuer in Bezug auf das Jahr 2021 abgezogen werden konnte. Der anzugebende Betrag entspricht jenem, der in Zeile RN47, Spalte 3 des Vordrucks REDDITI 2022 ausgewiesen ist, und zwar abzüglich des Betrags in Zeile RP80, Spalte 9 des vorliegenden Vordrucks.

Wenn der in Spalte 1 angegebene Abzug höher ist als die Bruttosteuer, nachdem diese innerhalb der Höchstgrenzen um die verwendbaren Abzüge (z. B. Arztkosten, Abzüge für familiäre Aufwendungen, Abzüge für Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit und diesen gleichgestellte Einkommen, für Renten und/oder sonstige Einkommen) gekürzt wurde, kann der überschüssige Betrag als Abzug von der geschuldeten Steuer auf die darauffolgenden Steuerzeiträume, bis zu dessen Gesamtbetrag übertragen werden.

Zur Ermittlung der Höhe der Absetzungen, die nicht in die Bruttosteuer aufgenommen wurde (anzugeben in der Zeile RN47, Spalte 2) und des Teils, der im Gegensatz dazu aufgenommen wurde (anzugeben in der Zeile RN20 Spalte) ist wie folgt vorzugehen.

Es ist zu berechnen:

$$\text{Fassungsvermögen} = \text{RN5} - (\text{RN8} - \text{RN6 Spalte 3}) - \text{RN12 Spalte 3} - \text{RN13} - \text{RN14} - \text{RN15} - \text{RN16} - \text{RN17 Spalte 1} - \text{RN17 Spalte 2} - \text{RN18 Spalte 2} - \text{RN19 Spalte 2}$$

Wenn das „Fassungsvermögen“ kleiner oder gleich Null ist, wird die Absetzung für Startups nicht in der Bruttosteuer aufgenommen und daher muss in der **Zeile RN47, Spalte 3** der Betrag der Spalte 1 angegeben werden, wobei die Spalte 2 nicht auszufüllen ist. Wenn das „Fassungsvermögen“ über Null liegt, muss der Betrag aus Spalte 1 mit dem Wert des zuvor berechneten „Fassungsvermögens“ verglichen werden:

- Wenn das „Fassungsvermögen“ größer oder gleich RN20, Spalte 1 ist, steht der Abzug vollständig in der Bruttosteuer aufgenommen und in **Spalte 2** ist der Betrag der Spalte 1 zu übertragen;
- Wenn das „Fassungsvermögen“ hingegen kleiner als RN20, Spalte 1 ist:
 - muss in der **Zeile RN20, Spalte 2** der Betrag der Absetzung übertragen werden, der aufgenommen wird, gleich dem kleinsten Betrag zwischen RN20 Spalte 1 und „Fassungsvermögen“;
 - muss in der **Zeile RN47, Spalte 3** der Betrag der Absetzung übertragen werden, der nicht im aufgenommen wird, gleich: RN20 Spalte 1 – RN20 Spalte 2.

Zeile RN21 Absetzung für Investitionen in Startup-Unternehmen, die in Abschnitt VI der Übersicht RP angegeben sind

In **Spalte 1** ist der Betrag anzugeben, der aus Spalte 6 der Zeile RP80 hervorgeht;

Wenn der in Spalte 1 angegebene Abzug höher ist als die Bruttosteuer, nachdem diese innerhalb der Höchstgrenzen um die verwendbaren Abzüge (z. B. Arztkosten, Abzüge für familiäre Aufwendungen, Abzüge für Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit und diesen gleichgestellte Einkommen, für Renten und/oder sonstige Einkommen) gekürzt wurde, kann der überschüssige Betrag als Abzug von der geschuldeten Steuer auf die darauffolgenden Steuerzeiträume, aber nicht über den dritten Steuerzeitraum hinaus, bis zu dessen Gesamtbetrag übertragen werden.

Zur Festlegung des Betrags der Absetzung, der höher ist als der Betrag der Bruttosteuer (anzugeben in Zeile RN47, Spalte 4), und des Betrags, der darunter liegt (anzugeben in Spalte 2), ist wie folgt vorzugehen:

Folgendes berechnen:

$$\text{Verrechnungsfähigkeit} = \text{RN5} - (\text{RN8} - \text{RN6 Sp. 3}) - \text{RN12 Sp. 3} - \text{RN13} - \text{RN14} - \text{RN15} - \text{RN16} - \text{RN17 Spalte 1} - \text{RN17 Spalte 2} - \text{RN18 Sp. 2} - \text{RN19 Sp. 2} - \text{RN20 Sp. 2}$$

Wenn „Aufnahme“ kleiner oder gleich Null ist, findet die Absetzung für Startup-Unternehmen keine Aufnahme in der Bruttosteuer, weshalb in **Zeile RN47, Spalte 3** der Betrag laut Spalte 1 einzutragen und die Spalte 2 nicht auszufüllen ist.

Wenn „Aufnahme“ größer als Null ist, muss der Betrag laut Spalte 1 mit dem zuvor festgelegten „Aufnahme“-Wert verglichen werden.

- wenn „Aufnahme“ größer oder gleich ist in Bezug auf RN21 Spalte 1, findet die Absetzung vollständige Aufnahme in der Bruttosteuer und daher in der Spalte 2 der Betrag der Spalte 1 einzutragen ist;
- wenn dagegen „Aufnahme“ kleiner ist in Bezug auf RN21 Spalte 1:
 - ist in **Zeile RN21, Spalte 2** der Betrag der Absetzung einzutragen, die Aufnahme findet in Höhe des kleinsten Betrags zwischen RN21 Sp. 1 und „Fassungsvermögen“.
 - ist in **Zeile RN47, Spalte 3** der Betrag der Absetzung zu übertragen, der nicht im aufgenommen wird, gleich zu: RN21 Sp.1 – RN21 Sp.2.

Zeile RN22 Gesamtbetrag der Steuerabsetzungen

Das Ergebnis der folgenden Rechnung angeben:

$$\text{RN8} + \text{RN12 Sp. 3} + \text{RN13} + \text{RN14} + \text{RN15} + \text{RN16} + \text{RN17 Spalte 1} - \text{RN17 Spalte 2} + \text{RN18 Sp. 2} + \text{RN19 Sp. 2} + \text{RN20 Sp. 2} + \text{RN21 Sp. 2}$$

Zeile RN23 Absetzung der Ausgaben für bestimmte Krankheiten

Diese Zeile ist nicht auszufüllen, wenn die Rateneinteilung der Gesundheitsausgaben der Zeilen RP1, RP2 und RP3 (Kästchen 1 der Zeile RP 15 angekreuzt) gewählt wurde. Wenn die Spalte 2 der Zeile RP1 und der Zeile RP2 nicht ausgefüllt wurde, 19 Prozent des Betrags laut Spalte 1 der Zeile RP1 nach Abzug des Freibetrags von Euro 129,11 angeben.

Wenn hingegen die Spalte 2 der Zeile RP1 und/oder die Zeile RP2 ausgefüllt wurde, ist folgende Rechnung aufzustellen:

$$\text{AusgabenRP1 und RP2} = \text{Zeile RP 1 Sp. 2} + \text{RP2};$$

- Wenn AusgabenRP1 und RP2 größer oder gleich Euro 129 ist, sind in der Zeile RN23 19 Prozent des Betrags laut Spalte 1 der Zeile RP1 anzugeben;

- Wenn hingegen AusgabenRP1 und RP2 unter Euro 129 liegt, ist Restfreibetrag = 129 - AusgabenRP1 und RP2 zu berechnen;

- in Zeile RN23 19 Prozent des Betrags laut Spalte 1 der Zeile RP1 nach Abzug des wie oben festgelegten restlichen Freibetrags angeben.

Zur Festlegung des Anteils dieser Absetzung, der keine Aufnahme in der Bruttosteuer gefunden hat und auf den Familienangehörigen übertragen werden kann, der die Ausgaben getragen hat, wird auf die Anleitungen in Bezug auf Zeile RN47 verwiesen. Wenn auch die Zeile RN6, Spalte 3, ausgefüllt wurde, müssen die Anleitungen zu Zeile RN31 befolgt werden.

Zeile RN24 Steuerguthaben, die Restbeträge schaffen

Die Spalten der Zeile RN24 sind für die Angabe der Steuerguthaben vorbehalten, für die der Teil des Steuerguthabens, der nicht in die Bruttosteuer aufgenommen wurde, in die folgende Einkommenssteuererklärung übertragen oder durch den Vordruck F24 als Ausgleich verwendet werden kann.

Wenn die Zeile CR16 ausgefüllt wurde (Steuerguthaben Verhandlung und Schiedsverfahren), muss zuerst der in Spalte 5 der Zeile RN24 einzutragende Betrag unter Beachtung der entsprechenden Anweisungen errechnet werden.

Spalte 1 (Steuerguthaben für den Wiederkauf der Erstwohnung). Diese Spalte ist abzufassen, falls man beabsichtigt, das Steuerguthaben für den Wiedererwerb der Erstwohnung, von der IRPEF abzusetzen oder später als Ausgleich zu verwenden (in Spalte 2, Zeile CR7 angeführt). Zudem ist das Steuerguthaben für den Wiedererwerb der Erstwohnung, das in der Steuer der vorhergehenden Erklärung kein Fassungsvermögen gefunden hat (angeführt in Spalte 1 der Zeile CR7) anzugeben.

In diesem Fall, ist in dieser Spalte auch der Gesamtbetrag der Steuerguthaben aus den Spalten 1 und 2 der Zeile CR7 nach Abzug des eventuell als Ausgleich im Vordruck F24 verwendeten und in der Spalte 3 dargelegten Betrags. Wenn die Übersicht LM ausgefüllt wurde, muss der in dieser Spalte anzugebende Betrag um den in der Spalte 1 der Zeile LM40 anzugebenden Betrag gemindert werden. Zur Bestimmung des eventuellen Guthabenanteils, der nicht in der Bruttosteuer Aufnahme findet, wird auf die zur Zeile RN47 erteilten Anweisungen verwiesen.

Spalte 2 (Steuerguthaben für Beschäftigungssteigerung). Diese Spalte abfassen, wenn Sie das Steuerguthaben für Beschäftigungssteigerung, das keine Aufnahme in die aus der vorherigen Erklärung resultierende Steuer gefunden hat, zur Minderung der Einkommensteuer (IRPEF) verwenden möchten (in der Spalte 1 der Zeile CR9 angegeben).

In diesem Fall den in der Spalte 1 der Zeile CR9 angegebenen Betrag nach Abzug der eventuell im Ausgleich im Vordr. F24 verwendeten und in der Spalte 2 dargelegten Steuer in diese Spalte übertragen. Zur Bestimmung des eventuellen Guthabenanteils, der nicht in der Bruttosteuer Aufnahme findet, wird auf die zur Zeile RN47 erteilten Anweisungen verwiesen.

Spalte 3 (Steuerguthaben für Wiederherstellung der Vorauszahlungen des Rentenfonds). Diese Spalte abfassen, wenn Sie das in der Spalte 5 der Zeile CR12 angegebene Steuerguthaben zur Wiederherstellung der Vorauszahlungen auf die Rentenfonds sowie das Steuerguthaben, das keine Aufnahme in die aus der vorherigen Erklärung resultierende Steuer gefunden hat (in der Spalte 4 der Zeile CR12 angegeben) nach Abzug des eventuell im Ausgleich im Vordr. F24 und in der Spalte 6 dargelegten Betrags in Minderung der Einkommensteuer verwenden möchten. Sollten mehrere Zeilen CR12 abgefasst worden sein, in diese Spalte die Summe der in der Spalte 5 aller abgefassten Vordrucke angegebenen Beträge plus dem in Spalte 4 des ersten Vordrucks angegebenen Betrag und nach Abzug des in der Spalte 6 des ersten Vordrucks angegebenen Betrags übertragen. Wenn die Übersicht LM abgefasst wurde, ist der in dieser Spalte anzugebende Betrag um den in der Spalte 6 der Zeile LM40 angegebenen Betrag zu mindern. Zur Festsetzung des eventuellen Guthabenanteils, der keine Aufnahme in der Bruttosteuer findet, wird auf die Anleitung für die Zeile RN47 verwiesen.

Spalte 4 (Steuerguthaben aus Vermittlungen für die Begleichung von Zivil- und Handelsstreitsachen). Diese Spalte abfassen, wenn Sie das in der Sp. 2 der Zeile CR13 mit Code "1" in Spalte 1 angegebene Steuerguthaben bezüglich der Vermittlung für die Begleichung von Zivil- und Handelsstreitsachen nach Abzug der eventuell im Ausgleich im Vordr. F24 und in der Spalte 2 dargelegten Steuer in Minderung der Einkommensteuer verwenden möchten. Wenn die Übersicht LM ausgefüllt wurde, muss von dem in dieser Spalte anzugebenden Betrag der in der Spalte 7 der Zeile LM40 anzugebende Betrag abgezogen werden. Zur Festsetzung des eventuellen Guthabenanteils, der keine Aufnahme in der Bruttosteuer findet, wird auf die zur Zeile RN47 erteilte Anleitung verwiesen.

Spalte 5 (Steuerguthaben Verhandlung und Schiedsverfahren). Diese Spalte ist auszufüllen, wenn zur Verringerung der Irpef das Steuerguthaben für an zum Beistand im unterstützten Verhandlungsverlauf zugelassenen Anwälten für im Jahr 2022 ausgezahlte Vergütungen für erfolgreich abgeschlossene Verhandlungen verwendet werden soll, sowie den Schiedsrichtern im Fall eines Abschluss eines Schiedsverfahren mit Auszeichnung, angegeben in Spalte 1 der Zeile CR16, und das in Spalte 2 angegebene verbleibende Steuerguthaben, das nicht in der Steuer aufgenommen wurde, die aus der vorhergehenden Erklärung hervorgeht, verringert um den eventuellen Betrag, der als Ausgleich im Vordr.F24 verwendet und in Spalte 3 übertragen wurde. Wenn die Übersicht LM ausgefüllt wurde, muss von dem in dieser Spalte anzugebenden Betrag der in der Spalte 8 der Zeile LM40 anzugebende Betrag abgezogen werden. Für die Festsetzung des eventuellen Anteils des Guthabens, das nicht in die Bruttosteuer aufgenommen wurde, wird auf die in Zeile RN47 angegebenen Anweisungen verwiesen.

Spalte 6 (Steuergutschrift für den Ersterwerb einer Wohnung unter 36 Jahren). Füllen Sie diese Spalte aus, wenn Sie beabsichtigen, die Steuergutschrift für den Erwerb Ihrer ersten Wohnung (angegeben in Spalte 2 von Feld CR13) und die Steuergutschrift für den Erwerb Ihrer ersten Wohnung, die nicht zum Ausgleich der Steuer aus der vorherigen Erklärung verwendet wurde (angegeben in Spalte 1 von Feld CR13), zu verwenden.

In diesem Fall ist in dieser Spalte die Summe der in den Spalten 1 und 2 der Zeile CR13 angegebenen Gutschriften einzutragen, abzüglich des in Spalte 3 des Vordrucks F24 zur Verrechnung verwendeten Betrags und des in Spalte 4 der Zeile CR13 angegebenen Betrags der in der Urkunde verwendeten Gutschrift. Wird das Formblatt LM ausgefüllt, so ist der in dieser Spalte anzugebende Betrag um den in Spalte 15 des Formblatts LM40 angegebenen Betrag zu kürzen. Um den Teil der Gutschrift zu bestimmen, der nicht in der Bruttosteuer enthalten ist und in Spalte 44 der Zeile RN47 anzugeben ist, lesen Sie bitte die Anweisungen zu Zeile RN47.

Zeile RN25 Gesamtbetrag der sonstigen Absetzungen und Steuerguthaben

Die Summe der Beträge der Zeilen RN23 und RN24 (Sp. 1, 2, 3, 4, 5) angeben.

Zeile RN26 Nettosteuer

Zum Ausfüllen dieser Spalte ist folgende Berechnung vorzunehmen:

- (wenn die Zeile RP91 nicht ausgefüllt ist):
RN5 - RN22 - RN25;

- (wenn die Zeile RP91 ausgefüllt ist):

Ermitteln Sie das Gesamteinkommen für Campione d'Italia (im Folgenden RCI) und zwar wie folgt: die Summe der in Spalte 2 der Zeile RP90 angegebenen Einkommen in Euro, die mit den Codes von 1 bis 8 gekennzeichnet sind, zuzüglich der in Spalte 3 der Zeilen RC1, RC2, RC3 angegebenen Beträge, die in Spalte 4 den Code 5 haben, zuzüglich der in Spalte 2 der Zeilen RC7 und RC8 angegebenen Beträge, die in Spalte 3 den Code 5 haben, zuzüglich der in den Spalten 1 bis 4 der Zeile RP91 angegebenen Beträge, abzüglich der Begünstigung, die der Erklärende gemäß Absatz 5 des Art. 188-bis des TUIR auf die vorgenannten Einkommen in Anspruch genommen hat.

Sobald das RCI bestimmt wurde, berechnen Sie die Inzidenz des RCI auf das Gesamteinkommen und wenden Sie den Prozentsatz von 50 % (dieses Verhältnis sollte auf 1 reduziert werden, wenn es größer als 1 ist) auf die Nettosteuer an, wie im Folgenden beschrieben:

$$(RN5 - RN22 - RN25) \times [1 - RCI \cdot 0,5]$$

(RN1, Sp. 5+ RS37, Sp.16)

Wenn der Abschnitt "Zone economiche speciali" (Sonderwirtschaftszonen) in der Übersicht RS ausgefüllt ist, wird dieser Betrag um den Wert der ZES-Ermäßigung, wie in Zeile RS493 festgelegt, verringert.

Wenn das Ergebnis größer als Null ist, geben Sie den so erhaltenen Betrag an. Wenn das Ergebnis negativ ist, schreiben Sie Null.

RN27 Steuerguthaben für sonstige Immobilien – Erdbeben Abruzzan

Den in der Spalte 6 der Zeile CR11 angegebenen Betrag übertragen bzw. wenn mehrere Zeilen CR11 wegen des Vorhandenseins mehrerer Immobilien abgefasst wurden, in dieser Zeile die Summe der in der Spalte 6 aller abgefassten Vordrucke übertragen. Sollte die Übersicht LM abgefasst worden sein, ist der in dieser Zeile anzugebende Betrag um den in der Spalte 4 der Zeile LM40 angegebenen Betrag zu mindern. Der in die Zeile RN27 anzugebende Betrag muss in den Rahmen der Nettosteuer gemäß Zeile RN26 zurückgebracht werden.

Zeile RN28 Steuerguthaben für die Hauptwohnung – Erdbeben Abruzzan

Die Höhe des "zustehenden Guthabens" in Höhe des in der Spalte 4 der Zeile CR10 angegebenen Betrags zuzüglich des Steuerguthabens, das keine Aufnahme in der aus der vorherigen Erklärung resultierenden Steuer gefunden hat, festsetzen (in der Spalte 5 der Zeile CR10 angegeben). Wenn mehr als eine Zeile CR10 abgefasst wurde, setzt sich das "zustehende Steuerguthaben" aus der Summe der in der Spalte 4 angegebenen Beträge aller abgefassten Vordrucke zuzüglich der Angabe in Spalte 5 zusammen. Diese Situation tritt zum Beispiel bei anerkanntem Guthaben für den Wiederaufbau sowohl der Hauptwohnung als aus der Gemeinschaftsteile der Immobilie ein.

Wenn die Übersicht LM abgefasst wurde, ist das "zustehende Guthaben" um den in der Spalte 5 der Zeile LM40 angegebenen Betrag zu mindern.

- Wenn die Zeile RN27 nicht abgefasst ist, in die Zeile RN28 den Betrag des "zustehenden Guthabens", wie oben im Rahmen der Nettosteuer gemäß Zeile RN26, festgesetzt, übertragen.
- Wenn hingegen die Zeile RN27 abgefasst ist, wie folgt festsetzen: Verrechnungsfähigkeit = (RN26 – RN27)

In der Zeile RN28 den Betrag des "zustehenden Guthabens", wie oben im Rahmen des Betrags "Aufnahme" festgesetzt, angeben.

Zur Bestimmung des Restbetrags des Guthabens, der in der nächsten Erklärung verwendet werden kann, die Anweisungen zur Zeile RN47 einsehen.

Zeile RN29 Steuerguthaben für im Ausland erzielte Einkünfte

Diese Zeile ist den Steuerzahlern vorbehalten, die im Ausland Steuern für die dort erzielten Einkünfte gezahlt haben und nun die zustehenden Steuerguthaben in Anspruch nehmen möchten. Insbesondere muss Abschnitt I-A und den Abschnitt I-B der Übersicht CE. In **Spalte 1** ist das zustehende Steuerguthaben für im Ausland erzielte Einkünfte anzugeben, die im Ausland ganz oder teilweise von der Steuer befreit sind und für die das Recht auf das Guthaben (figurative Steuern) zuerkannt wird.

in **Spalte 2** ist das insgesamt zustehende Steuerguthaben anzugeben, indem er der in Zeile CE26 angeführte Betrag angibt.

Zudem ist in dieser Spalte der in Zeile **RF102, Spalte 3** und/oder der in Zeile **RG37, Spalte 3** und/oder der in Zeile **RH21** und/oder in der Zeile **RL4, Spalte 4** angeführte Betrag anzugeben.

Wenn die Übersicht LM ausgefüllt wurde, muss von dem in dieser Zeile anzugebenden Betrag der in der Spalte 2 der Zeile LM40 anzugebende Betrag abgezogen werden.

Zeile RN30 Steuerguthaben für Kulturspenden

Für die freiwilligen Zuwendungen zur Unterstützung der Kultur wird ein Steuerguthaben von 65% zuerkannt.

Das Steuerguthaben wird bis zu einer Höchstgrenze von 15% des steuerpflichtigen Einkommens zuerkannt und wird in drei jährliche, gleich hohe Raten aufgeteilt.

Der Teil der nicht verwendeten Jahresrate kann in den Folgejahren genutzt und in die Steuererklärungen übertragen werden.

Zur Bestimmung des genannten Guthabens ist wie folgt vorzugehen:

Guthaben berechnen = Zeile CR14, Sp.1 x 0,65

Höchstgrenze berechnen = Zeile RN4 x 0,15

Zustehendes Guthaben 2022 berechnen = geringerer Wert zwischen Guthaben und Höchstgrenze, wie oben berechnet;

Rate des zustehenden Guthabens 2022 = Zustehendes Guthaben geteilt durch 3. Dieser Betrag ist in **Spalte 1** der Zeile RN30 zu übertragen, Zustehendes

Gesamtguthaben berechnen = Rate des zustehenden Gesamtguthabens 2022 + CR14 Sp. 2 + CR14, Sp. 3 + CR14, Sp. 4 + (1/3 von CR14 Sp. 5)

Berechnen Zustehendes Gesamtguthaben = Gesamtsumme Guthaben – LM40 Spalte 9

Der Betrag des oben bestimmten zustehenden Gesamtguthabens wird in **Spalte 2** der Zeile RN 30 übertragen.

$$\text{Fassungsvermögen berechnen} = \text{RN26} - \text{RN27} - \text{RN28} - \text{RN29, Spalte 2}$$

a) Wenn der Betrag des Fassungsvermögens höher als das wie oben berechnete "Zustehendes Gesamtguthaben" oder gleich hoch ist, ist in Sp. 3 der Zeile RN30 der Betrag des „Zustehendes Gesamtguthabens“ zu übertragen.

b) Wenn der Betrag des Fassungsvermögens hingegen geringer ist als das wie oben berechnete „Zustehendes Gesamtguthaben“, ist in Sp. 3 der Zeile RN30 der Betrag des Fassungsvermögens und in Spalte 26 der Zeile RN47 das Ergebnis der folgenden Berechnungen einzutragen:

Zustehendes Gesamtguthaben – Fassungsvermögen

Zeile RN30 Steuerguthaben Schule

Für die 2018 getätigte freiwilligen Zuwendungen zur Unterstützung der Kultur wird ein Steuerguthaben von 50% zuerkannt, das in dreijährliche Anteile aufzuteilen ist. Der Teil der nicht verwendeten Jahresrate kann in den Folgejahren genutzt und in die Steuererklärungen übertragen wer-

den. Zur Bestimmung des genannten Guthabens ist wie folgt vorzugehen:

Berechnen Zustehendes Gesamtguthaben = CR15 - LM40 Spalte 10

Der Betrag Zustehendes Gesamtguthaben muss in die Spalte 5 der Zeile RN30 übertragen werden.

Ermitteln Fassungsvermögen = RN26 – RN27 – RN28 – RN29 Spalte 2 – RN30 Spalte 3

a) Wenn der Betrag des Fassungsvermögens höher als das wie oben berechnete „Zustehende Gesamtguthaben“ oder gleich hoch ist, ist in Spalte 6 der Zeile RN30 der Betrag „Zustehendes Gesamtguthaben“ einzutragen b) Wenn der Betrag des Fassungsvermögens hingegen geringer ist als das wie oben berechnete „Zustehende Gesamtguthaben“, ist in Sp. 6 der Zeile RN30 der Betrag des Fassungsvermögens und in Spalte 27 der Zeile RN47 das Ergebnis der folgenden Berechnungen einzutragen:

Zustehendes Gesamtguthaben – Fassungsvermögen

Zeile RN30 Spalte 7 (Steuer Guthaben Videoüberwachung)

Zur Bestimmung des genannten Guthabens ist wie folgt vorzugehen:

Berechnen **Gesamtguthaben** = CR017001 - CR017002 - LM040011

Der Betrag Gesamtguthaben ist in der **Spalte 7** der Zeile RN30 zu übertragen.

Ermitteln **Fassungsvermögen** = RN26 - RN27 - RN28 - RN29, Spalte 2 - RN30 Spalte 3 - RN30 Spalte 6

a) Wenn der Betrag des **Fassungsvermögens** höher als das wie oben berechnete **Gesamtguthaben** oder gleich hoch ist, muss die Spalte 8 der Zeile gleich dem Gesamtguthaben sein.

Die Spalte 28 der Zeile RN47 = 0

b) Wenn der Betrag des **Fassungsvermögens** hingegen geringer ist als das wie oben berechnete **Gesamtguthaben**, muss die Spalte 8 der Zeile gleich dem **Fassungsvermögen** sein.

Die Spalte 28 der Zeile muss gleich dem **Gesamtguthaben – Fassungsvermögen** sein.

Zeile RN31 Restguthaben für nicht aufgenommene Abzüge

Die **Spalte 1** darf nur in den folgenden Fällen ausgefüllt werden:

a) **wenn die Zeile RN6 Sp. 3 ausgefüllt wurde**, muss in dieser Spalte die Höhe des weiteren Abzugs für unterhaltsberechtigte Kinder angegeben werden, der nicht in die Bruttosteuer aufgenommen wurde und der ein in dieser Erklärung zu verwendendes Guthaben darstellt;

b) **wenn sowohl die Zeile RN6 Sp. 3 als auch die Zeile RN23 ausgefüllt wurden**, muss in dieser Spalte der Betrag gemäß Buchstabe a) und in der Spalte 6 der Zeile RN47 der Betrag des zusätzlichen Abzugs für die Gesundheitsausgaben hinsichtlich bestimmter Pathologien, die nicht in die Bruttosteuer aufgenommen wurden, angegeben werden.

Zur Bestimmung der in dieser Spalte und eventuell in der Spalte 6 der Zeile RN47 anzugebenden Beträge die nachstehend angegebene Anleitung befolgen:

Verrechnungsfähigkeit = (RN22 + RN23) – RN5

Wenn "Verrechnungsfähigkeit" kleiner oder gleich Null ist, wird der zusätzliche Abzug für unterhaltsberechtigte Kinder in die Bruttosteuer aufgenommen und somit muss die Spalte 6 nicht ausgefüllt werden.

Wenn "Verrechnungsfähigkeit" größer als Null ist, muss der Betrag der **Zeile RN6 Sp. 3** mit dem zuvor bestimmten Wert der "Verrechnungsfähigkeit" verglichen werden:

- wenn "Verrechnungsfähigkeit" größer als **Zeile RN6 Sp. 3** ist, wird der gesamte Betrag des zusätzlichen Abzugs für unterhaltsberechtigte Kinder nicht in die Bruttosteuer aufgenommen, somit den Betrag der **Zeile RN6 Sp. 3** in Spalte 1 angeben.

Wenn auch die Zeile RN23 ausgefüllt wurde, muss die Differenz zwischen dem Betrag der "Verrechnungsfähigkeit" und dem Betrag der **Zeile RN6 Sp. 3** im Rahmen des Betrags der Zeile RN23 in der Spalte 1 der Zeile RN47 angegeben werden;

- wenn "Verrechnungsfähigkeit" gleich **Zeile RN6 Sp. 3** ist, wird der gesamte Betrag des zusätzlichen Abzugs für unterhaltsberechtigte Kinder nicht in die Bruttosteuer aufgenommen, somit den Betrag der **Zeile RN6 Sp. 3** in Spalte 1 angeben.

Wenn auch die Zeile RN23 ausgefüllt wurde, wird der entsprechende Abzug ganz in die Bruttosteuer aufgenommen und somit braucht die Spalte 6 der Zeile RN47 nicht ausgefüllt werden;

- wenn "Verrechnungsfähigkeit" kleiner als **Zeile RN6 Sp. 3** ist, wird der zusätzliche Abzug für unterhaltsberechtigte Kinder nur teilweise in die Bruttosteuer aufgenommen, somit in Spalte 1 den Betrag der "Verrechnungsfähigkeit" wie oben festgesetzt angeben;

Wenn auch die Zeile RN23 ausgefüllt wurde, wird der entsprechende Abzug ganz in die Bruttosteuer aufgenommen und somit muss die Spalte 6 der Zeile RN47 nicht ausgefüllt werden.

Wenn nur die Zeile RN23 ausgefüllt wurde, für die Festsetzung des Restbetrags des Abzugs die in der Zeile RN 47 gegebene Anleitung befolgen.

In der **Spalte 2** muss der aus dem Ergebnis der folgenden Rechnung resultierende Betrag angegeben werden: RN12 Sp. 2 + RN31 Sp. 1

Zeile RN32 Steuer Guthaben

In **Spalte 1**, den Gesamtbetrag der Steuer Guthaben aus Investitionen in Gemeinschaftsfonds übertragen, die in folgenden Zeilen angeführt sind: **RH20, Spalte 1; RG37, Spalte 2; RF102, Spalte 2; RL4, Spalte 3**. Wenn die Übersicht LM ausgefüllt wurde, muss der in dieser Zeile anzugebende Betrag um den in der Spalte 3 der Zeile LM40 anzugebenden Betrag gemindert werden.

In **Spalte 2** folgende sonstige Steuer Guthaben anführen:

- das Guthaben, welches für die entrichteten Steuern auf nicht bezogene Mietzinsen von Wohnungen zusteht und in Zeile CR8 angeführt ist;
- das Guthaben aus Spalte 2 der Zeile RH20;
- das Guthaben aus Spalte 7 der Zeile RL4;
- das Guthaben aus Spalte 4 der Zeile RF102;
- das Guthaben aus Spalte 4 der Zeile RG37;
- den Gesamtbetrag der Guthaben aus den Spalten 8 und 9 aller abgefassten Zeilen RS21 und RS22 (Artikel 167 und 168 des TUIR).
- Das in Spalte 2 der Zeile CR31 angegebene Guthaben mit dem Code "2" (APE-Steuer Guthaben) in Spalte 1.

In Spalte 4 und 5 ist das Steuerhuthaben für sportgebundene Geldzuweisungen anzugeben

Berechnen Sie den Gesamtguthaben = CR31 Spalte 3 (mit dem Code in Spalte 1 = 3) + CR31 Spalte 4 (mit Code in Spalte 1 = 3)

Bestimmen Sie RN32, Spalte 4 = **Gesamtguthaben** - LM040012

Bestimmen der **Kapazität** = RN26 - RN27 - RN28 - RN29 Spalte 2 - RN30, Spalte 3 - RN30, Spalte 6 – RN30, Spalte 8 RN32, Spalte 5 = kleiner als RN32, Spalte 4 und **Kapazität**
 Wenn die Übersicht LM ausgefüllt ist, wird der in dieser Spalte einzutragende Betrag um den in Spalte 12 der Zeile LM40 angegebenen Betrag reduziert.

In **Spalte 6** ist das **Steuerguthaben für die Umweltsanierung** einzugeben

Für die Bestimmung des Guthabens in Bezug auf Geldzuweisungen im Jahr 2022 gehen Sie wie unten beschrieben vor. Berechnen Sie **A** = Zeile CR31 Spalte 2 (mit Code in Spalte 1 = 4) x 0,65 Berechnen Sie **B** = Zeile RN4 x 0,20

Berechnen Sie **C** = Geringerer Betrag zwischen A und B wie oben bestimmt RN32, Spalte 6 = C /3

Berechnen Sie das **Gesamtguthaben** = RN32, Spalte 6 + CR31 Spalte 4 / 3 (mit dem Code in Spalte 1 = 4)

RN32, Spalte 7 = **Gesamtguthaben** - LM040013

Bestimmen der **Kapazität** = RN26 - RN27 - RN28 - RN29 Spalte 2 - RN30, Spalte 3 - RN30, Spalte 6 - RN30, Spalte 8 - RN32, Spalte 5 RN32, Spalte 8 = geringerer Beitrag zwischen RN32, Spalte 7 und **Kapazität**

Wenn die Übersicht LM ausgefüllt ist, wird der in dieser Spalte einzutragende Betrag um den in Spalte 13 der Zeile LM40 angegebenen Betrag reduziert.

In **Spalte 9** das in Spalte 2 der Zeile CR31 mit dem Code "5" in Spalte 1 derselben Zeile angegebene Guthaben für **Elektroroller und Elektromobilitätsdienste**, bis zur Höhe der Nettosteuer. Das nicht genutzte Restguthaben wird in RN47 Spalte 41, abzüglich des in Zeile LM40, Spalte 14 verwendeten Betrags, angegeben.

In **Spalte 10** das in Spalte 6 der Zeile CR31 mit dem Code "6" in Spalte 1 derselben Zeile angegeben Guthaben, das für den **Rückkauf von Sozialwohnungen** verwendet wurde und zwar bis zur Höhe der Nettosteuer. Das verbleibende nicht genutzte Guthaben wird in RN47 Spalte 42 angegeben.

In **Spalte 11** wird die Gutschrift, die für den Kauf von Sanitär- und Schutzvorrichtungen verwendet wurde, durch die folgende Operation (Spalte 2 + Spalte 7 - Spalte 6) der Zeile CR31 mit dem Code "9" in Spalte 1 derselben Zeile angegeben, bis zum Betrag der Nettosteuer. Das nicht genutzte Restguthaben ist in RN47, Spalte 45, abzüglich des in LM40, Spalte 16, verwendeten Betrags anzugeben.

In **Spalte 12** die Gutschrift, die für Wasseraufbereiter und die Reduzierung des Kunststoffverbrauchs verwendet wurde, angegeben durch die folgende Operation (Spalte 2 + Spalte 3 + Spalte 7 - Spalte 6) der Zeile CR31 mit dem Code "10" in Spalte 1 derselben Zeile, bis zum Betrag der Nettosteuer. Die nicht genutzte Restgutschrift ist in Spalte 46 der RN47 anzugeben, abzüglich des in Spalte 17 der Zeile LM40 verwendeten Betrags.

In **Spalte 13** geben Sie die Rate der Steuergutschrift des **Sozialbonus** an.

Für die Bestimmung des Guthabens in Bezug auf Geldzuweisungen im Jahr 2022 gehen Sie wie unten beschrieben vor:

Berechnen Sie **A**= Zeile CR31 Sp. 2 (mit dem Code in Sp. 1 = 11) x 0,65

Berechnen Sie **B**= Zeile RN4 x 0,15

Berechnen Sie **C**= Geringerer Betrag zwischen A und B wie oben bestimmt

RN32, Sp. 13 = C /3

Berechnen Sie das **Gesamtguthaben** = RN32, Sp. 13 + CR31 Sp. 7 / 3 (mit dem Code in Sp. 1 = 11)

RN32, Sp. 14 = **Gesamtguthaben** - LM040020

Bestimmen der **Kapazität** = RN26 - RN27 - RN28 - RN29 Sp. 2 – RN30, Sp. 3 - RN30, Sp. 6 - RN30, Sp. 8 - RN32, Sp. 5 - RN32, Sp. 8 - RN32, Sp. 9 - RN32, Sp. 10 – RN32, Sp.11 - RN32, Sp. 12

RN32, Sp. 15 = geringerer Beitrag zwischen RN32, Sp. 7 und **Kapazität**

Der verbleibende ungenutzte Kredit muss in RN47 Spalte 48 abzüglich des in Zeile LM40 Spalte 20 verwendeten Betrags angegeben werden.

In **Spalte 16** die für die **angepasste körperliche Betätigung** in Anspruch genommene Gutschrift, angegeben durch den Betrag in Zeile CR31 mit Code "12" in Spalte 1 derselben Zeile, bis zur Kapazität der Nettosteuer. Der verbleibende, nicht in Anspruch genommene Betrag ist in Spalte 51 der Zeile RN47 abzüglich des in Zeile LM40, Spalte 24 verwendeten Betrags anzugeben.

In **Spalte 17** die für **integrierte Speichersysteme** in Anspruch genommene Gutschrift, angegeben durch den Betrag in Zeile CR31 mit Code "13" in Spalte 1 derselben Zeile, bis zur Kapazität der Nettosteuer. Die verbleibende nicht genutzte Gutschrift ist in RN47 Spalte 52 abzüglich des in Zeile LM40 Spalte 21 verwendeten Betrags anzugeben.

In **Spalte 18** die für die **ITS-Academy** verwendete Gutschrift in **Höhe von 30 %** anzugeben, die durch den Betrag in Zeile CR31 mit dem Code "14" in Spalte 1 derselben Zeile angegeben ist, und zwar bis zur Kapazität der Nettosteuer. Die verbleibende nicht genutzte Gutschrift muss in RN47 Spalte 53 abzüglich des in Zeile LM40 Spalte 22 verwendeten Betrags angegeben werden.

In **Spalte 19** die für die **ITS-Academy** verwendete Gutschrift in **Höhe von 60 %** anzugeben, die durch den Betrag in Zeile CR31 mit dem Code "15" in Spalte 1 derselben Zeile angegeben ist, und zwar bis zur Kapazität der Nettosteuer. Die verbleibende nicht genutzte Gutschrift muss in RN47 Spalte 54 abzüglich des in Zeile LM40 Spalte 23 verwendeten Betrags angegeben werden.

Zeile RN33 Gesamtbetrag der Einbehalte

In der **Spalte 4** den Gesamtbetrag der erlittenen und schon in den verschiedenen Übersichten angeführten Einbehalte angeben.

Wenn nur Lohn Einkommen oder diesen assimilierte Einkommen (mit Ausnahme jener aus gemeinnützlicher Arbeit, auf die das begünstigte System angewandt wird) vorhanden sind, in dieser Spalte den Betrag der Zeile RC10, Spalte 1 angeben.

Bei anderen Einkommensstypologien ist die Summe der Einbehalte bezüglich der erklärten Einkommen anzugeben, die der in der Eingangsanleitung dieser Übersicht vorhandenen "Zusammenfassung der Einkommen und der Einbehalte" entnommen werden kann.

Wenn Sie Vergütungen für gemeinnützige Arbeiten bezogen haben und das von den geltenden Gesetzesbestimmungen für die Altersrente vor-

gesehene Alter erreicht haben (ausgefüllte Spalte 3 der Zeile RC5), sehen Sie im Anhang das Stichwort "Gemeinnützige Arbeiten" ein. Im Anwesenheit von der Übersicht LC (Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen), wenn die Differenz zwischen LC1 Spalte 3 – LC1 Spalte 4 negativ ist, ist das Ergebnis in absoluten Zahlen in der Zeile RN33 Spalte 4 zu übertragen.

In dieser Spalte müssen auch die schon in den Spalten 1, 2 und 3 enthaltenen Einbehalte enthalten sein.

In **Spalte 1** ist der Betrag der Einbehalte anzuführen, die infolge von außerordentlichen Ereignissen und auf Grund von spezifischen Maßnahmen ausgesetzt wurden, und bereits im Betrag in Spalte 4 eingeschlossen sind, sowie der Betrag der ausgesetzten Ersatzsteuer für R.I.T.A., die in den Bemerkungen zu der Einheitlichen Bescheinigung 2022 unter dem Code AX angegeben wurde.



Siehe im Anhang unter "Außerordentliche Ereignisse".

In der **Spalte 2** die von den Viehzüchtern auf die von dem Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten (das in diesem Bereich die Zuständigkeiten des ehemaligen ASSI und nachfolgend diejenige des ehemaligen UNIRE angenommen hat) als Viehzuchtprämie gezahlten erlittenen Einbehalte als Anzahlung (Zuschüsse, die aus der Zertifizierung dieser Körperschaft resultieren) und jene von den Inhabern von Agrareinkommen für die vom Nationalen Unfallversicherungsinstitut (INAIL) gezahlten Fürsorgegelder angeben.

Diese Zuschüsse und Fürsorgegelder müssen jedoch nicht erklärt werden, wenn sie von Viehzüchtern bezogen werden, deren Einkommen über Katastertarife festgesetzt werden oder von Agrarern, die das Agrareinkommen erklären müssen.

Die **Spalte 3** muss abgefasst werden, wenn die Verwendung des Betrags der von Gesellschaften und Vereinigungen gemäß Art. 5 des TUIR zugewiesenen Einbehalte, welche die IRPEF-Schuld überschreiten, beabsichtigt wird. In diesem Fall in dieser Spalte den Betrag der nicht verwendeten Einbehalte angeben. Das sich auf sie beziehende Guthaben kann von der Gesellschaft oder Vereinigung gemäß Art. 5 des TUIR zum Ausgleich der eigenen Steuer- und Vorsorgeschulden gemäß den Erläuterungen des Rundschreibens der Agentur der Einnahmen Nr. 56/E vom 23. Dezember 2009 verwendet werden. Es wird präzisiert, dass diese Spalte nicht abgefasst werden kann, wenn sich aus dieser Übersicht eine Debetsteuer ergibt (abgefasste Zeile RN41). Der in dieser Spalte angeführte Betrag darf nicht den Betrag der von den Gesellschaften und Vereinigungen gemäß Art. 5 des TUIR zugewiesenen Einbehalte übersteigen, der aus der Summe der im Abschnitt I der Übersicht RH (Spalte 9 der Zeilen RH1 bis RH4), in der Spalte 5 der Zeile RF102 und in der Spalte 5 der Zeile RG37 angeführten Einbehalte resultiert.

Zeile RN34 Differenzbetrag

Den Betrag angeben, der aus der folgenden Berechnung resultiert:

$$\text{RN26} - \text{RN27} - \text{RN28} - \text{RN29 Sp. 2} - \text{RN30 Sp. 3} - \text{RN30 Sp. 6} - \text{RN30 Sp. 7} - \text{RN31 Sp. 2} - \text{RN32 Sp. 1} - \text{RN32 Sp. 2} - \text{RN32 Sp. 5} - \text{RN32 Sp. 8} + \text{RN32 Sp. 9} + \text{RN32 Sp. 10} + \text{RN32 Sp. 11} + \text{RN32 Sp. 12} - \text{RN32 Sp. 15} - \text{RN32 Sp. 16} - \text{RN32 Sp. 17} - \text{RN32 Sp. 18} - \text{RN32 Sp. 19} - \text{RN32 Sp. 1} + \text{RN33 Sp. 3} - \text{RN33 Sp. 4}$$

Wenn das Ergebnis negativ ist, den Betrag mit vorangestelltem Minuszeichen angeben.

Wenn in der Übersicht RS die Aufstellung in Bezug auf die Städtische Freizone (ZFU - Zona franca urbana) ausgefüllt wurde, ist in diese Zeile der Betrag laut Zeile RS334 der Übersicht RS einzutragen.

Zeile RN35 Steuerguthaben für Unternehmen und selbständige Arbeiter

Diese Zeile für einen Betrag bis zum Höchstbetrag des in der Zeile RN34 angeführten Betrags nur abfassen, wenn die in der Übersicht RU des HEFTS 3 angegebenen Steuerguthaben für die Unternehmen und für die selbstständigen Arbeitnehmer genutzt werden.

Es wird daran erinnert, dass die in der Übersicht RU anzuführenden Steuerguthaben im gewissen Rahmen, auf den in den in der Anleitung zur Übersicht RU des Hefts 3 enthaltenen Angaben verwiesen wird, verwendet werden können.

Wenn in der Übersicht RS die Aufstellung in Bezug auf die Städtische Freizone (ZFU - Zona franca urbana) ausgefüllt wurde, ist in diese Zeile der Betrag laut Zeile RS335 der Übersicht RS einzutragen.

Zeile RN36 Steuerüberschuss aus der Erklärung des Vorjahres

In die **Spalte 2** den Betrag laut Spalte 5 der Zeile RX1 des Vordrucks EINKOMMEN 2022 bezüglich des Steuerüberschusses übertragen, für den in der vorangegangenen Erklärung die Rückzahlung nicht beantragt wurde. Wenn Sie im Jahr 2022 Steuerbeistand in Anspruch genommen haben und der Steuersubstitut das aus dem Vordruck 730-3 resultierende Guthaben gar nicht oder nur teilweise rückerstattet hat, muss in dieser Zeile das nicht erstattete Guthaben angegeben werden, das aus Punkt 61 (65 für den Ehepartner) der Einheitlichen Bescheinigung 2023 hervorgeht. In dieser Spalte muss auch der eventuell in der Spalte 1 angegebene Betrag enthalten sein.



Siehe im Anhang unter "Steuerguthaben aus dem Vordr. 730, die vom Steuersubstitut nicht rückerstattet wurden".

Darüber hinaus in dieser Spalte den aus den Erklärungen der vorangegangenen Jahre resultierenden und nicht als Rückzahlung beantragten Überschuss der Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen (IRPEF) angeben, wenn im darauf folgenden Jahr keine Erklärung vorgelegt wurde, da die Bedingungen für eine Befreiung zutrafen.

Haben Sie von der Agentur der Einnahmen aufgrund einer Überprüfung Ihrer Erklärung REDDITI 2022 eine Mitteilung erhalten, aus welcher hervorgeht, dass das Guthaben nicht jenem entspricht, das sie erklärt haben (Zeile RX1, Spalte 5):

- Wenn das mitgeteilte Guthaben den erklärten Betrag übersteigt, ist in dieser Spalte der mitgeteilte Betrag einzutragen, nach Bestätigung durch die Agentur der Einnahmen, zum Zweck einer Verwendung als Ausgleich/Absetzung. Bei einem Nichtvorliegen diese Bestätigung wird das größere mitgeteilte Guthaben nicht als zustehend anerkannt;
- Wenn das mitgeteilte Guthaben (zum Beispiel: 800) geringer als der erklärte Betrag ist (zum Beispiel: 1000) ist das gesamte erklärte Guthaben anzugeben (zum Beispiel: 1000) wenn Sie aufgrund der Mitteilung unter Benutzung des Vordrucks F24 die Differenz zwischen dem erklärten Guthaben und dem anerkannten Guthaben (200, im angegebenen Beispiel) überwiesen haben. Falls das nichts zustehende mitgeteilte Guthaben (200, im angegebenen Beispiel) nicht verwendet wurde, kann in dieser Zeile der geringere zustehende Betrag eingetragen werden (800, im angegebenen Beispiel).

Die Steuerpflichtigen, die aus der Beteiligung an Gesellschaften, die im Transparenzsystem arbeiten, Unternehmenseinkommen bezogen haben, müssen in diese Spalte auch den eventuell in der Zeile RH23 angegebenen Betrag übertragen (Steuerüberschuss, der dem Teilhaber der Gesellschaft zugewiesen wurde).

Ferner müssen in diese Spalte auch die aus den transparenten Gesellschaften bzw. aus transparenten oder gemischten Trusts hervorgehenden Steuerüberschüsse übertragen werden, die in der Spalte 7 der Zeile RF102 bzw. in Spalte 7 der Zeile RG37 bzw. in Spalte 6 der Zeile RL4 angeführt sind.

Tragen Sie in Spalte 2 der Zeile RN36 die Höhe des in Zeile 5 der Zeilen RX5 angegebenen Überschusses ein (Ersatzsteuer auf Prämien des Ergebnisses und Unternehmenswohlstand) des vordruck REDDITI 2021.

In dieser Spalte ist auch der Betrag laut Spalte 1 der Zeile RN36 anzugeben.

Wenn im vergangenen Jahr der Vordruck 730/2020 eingereicht und beantragt wurde, das aus der Erklärung hervorgehende Guthaben für die Za-

hlung der Steuern mit dem Vordruck F24 (ausgefüllte Übersicht I des Vordrucks 730-3/2021), aber dieses Guthaben gar nicht oder nur teilweise verwendet wurde, ist in **Spalte 1** der eventuelle Betrag des angegebenen IRPEF-Guthabens in Spalte 4 der Zeile 191 der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2021 (Spalte 4 der Zeile 211 für den Ehepartner) und in Zeile RN37 der eventuelle Betrag des IRPEF-Guthabens zu übertragen, das mit dem Vordruck F24 verrechnet wurde. Wenn im Vorjahr der Vordruck 730/2021 für Arbeitnehmer ohne Steuersubstitut eingereicht wurde, ist in die **Spalte 1** dieser **Zeile RN36** auch der angegebene Betrag in Spalte 5 der Zeile 191 der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2021 (Spalte 5 der Zeile 211 für den Ehepartner) zu übertragen, wenn das Guthaben nicht vollständig oder nur teilweise mit dem Vordruck F24 verrechnet wurde. Der in Spalte 1 angegebene Betrag muss mit den anderen Beträgen addiert werden, die in Spalte 2 dieser Zeile anzugeben sind.

Zeile RN37 Mit Vodr. F24 verrechneter Steuerüberschuss aus der Erklärung des Vorjahres

Hier ist der Überschussbetrag der Steuern gemäß der Zeile RN36 Spalte 2 anzugeben, die Sie mit dem Vordruck F24 verrechnet haben. In dieser Zeile muss auch das eventuelle höhere, durch die Mitteilung der Agentur der Einnahmen anerkannte und gleichfalls im Ausgleich verwendete Guthaben enthalten sein.

Zeile RN38 Akontozahlungen

In der **Spalte 6** die **Summe der gezahlten Anzahlungen** (unter Berücksichtigung eventueller Ergänzungszahlungen) angeben, die der Spalte "Gezahlte Debetbeträge" des Abschnitts "Staatskasse" des Vordrucks F24 (Steuercodes "4033" und "4034", Bezugsjahr "2021") zu entnehmen sind.

Auch die schon in den Spalten 1, 2, 3, 4 und 5 dieser Zeile angegebenen Beträge müssen enthalten sein.

Die Steuerpflichtigen, die aus der Beteiligung an Gesellschaften, die im Transparenzsystem arbeiten, hervorgehende Unternehmenseinkommen bezogen haben, müssen in diese Spalte auch den eventuell in der Zeile RH24 angegebenen Betrag (von den Kapitalgesellschaften gezahlt und dem Gesellschafter zugewiesene Anzahlungen) übertragen.

Darüber hinaus müssen in diese Spalte auch die in der Spalte 8 der Zeile RF102 angegebenen sowie die in der Spalte 8 der Zeile RG37 und in der Spalte 8 der Zeile RL4 angegebenen Steueranzahlungen von transparenten Gesellschaften bzw. von transparenten oder gemischten Trusts übertragen werden.

Falls Sie die Akontozahlungen mit Inanspruchnahme einer Fristenaufschubung bzw. einer Ratenzahlung vorgenommen haben, sind weder die Erhöhungen des Betrages noch die nicht eingezahlten Zinsen zu berücksichtigen.

Wenn Sie im Vorjahr einen Steuerbeistand in Anspruch genommen haben und die Vorauszahlungen über den Arbeitgeber gezahlt haben, müssen Sie in dieser Spalte die vom Arbeitgeber einbehaltenen Beträge angeben, die der Summe der Punkte 121 und 122 (321 und 322 für den Ehepartner) der einheitlichen Bescheinigung 2023 entsprechen. Auch in diesem Fall dürfen bei der Angabe des Betrags die geschuldeten Zinsen für die Ratenaufteilung der ersten Rate der Vorauszahlung nicht berücksichtigt werden.

Sonderfälle:

- Wenn im Jahr 2022 ein Vordruck 730/2022 ohne Substitut eingereicht wurde den in Zeile 141 angegebenen Betrag des Vordrucks 730-3/2022, erhöht um den eventuell durch den Vordruck F24 unter dem Abgabencode 4033 und der Angabe des Jahres 2022 eingezahlten Betrag eintragen; wenn die Zeile 114 der Abrechnungsübersicht Vodr. 730-3/2022 ausgefüllt wurde, ist die durch den Vodr. F24 durchgeführte Einzahlung zwischen den zwei Ehepartnern im Verhältnis zu den in den Zeilen 94 und 114 der Abrechnungsübersicht Vodr. 730-3/2022 angegebenen Beträgen anzulasten;
- Wenn die sich aus dem Vordruck 730/2022 mit dem Substitut ergebende Rückerstattung von der Agentur der Einnahmen bezahlt wurde, ist der in der Zeile 94 (114 für den/die Ehepartner/-in) der Abrechnungsübersicht Vodr. 730-3/2022 angegebenen Betrag einzutragen.

Falls aufgrund des Rentenregisters keine Quellsteuereinbehalte auf die entrichteten Summen in Berücksichtigung der Zusammenlegung der Renten durchgeführt wurde, wird darauf hingewiesen, dass keine Geldstrafen für die Inhaber mehrerer Pensionen auferlegt werden, die für das Jahr 2022 keine bzw. eine unzureichende IRPEF-Akontozahlung durchgeführt haben.

Wenn in der Übersicht RS die Aufstellung in Bezug auf die Städtische Freizone (ZFU) ausgefüllt wurde, wird auf die Angaben in Bezug auf Spalte 9 der Zeilen von RS280 bis RS283 verwiesen.

In der **Spalte 1** ist der Betrag der geschuldeten Vorauszahlungen anzugeben, die aber zum Datum der Vorlage der Erklärung noch nicht entrichtet wurden, weil eine Aussetzung der Fristen aufgrund von erlassenen Sondermaßnahmen infolge außergewöhnlicher Ereignisse in Anspruch genommen wurde.

In der **Spalte 2** muss der Betrag bezüglich der Zahlung eventueller Ersatzsteuern angegeben werden, der von der im Sinne des Artikels 22 des TUIR fälligen Steuer abgezogen werden kann.

Die **Spalte 3**, die den Personen vorbehalten ist, die an gemäß Art. 116 des Einheitstextes der Einkommensteuer (TUIR) aus dem System ausgetretenen Gesellschaften beteiligt sind, die an die bereits transparente Gesellschaft Anzahlungsanteile abgetreten haben, die Summe der in der Spalte 4 der Zeilen RS23 und RS24 der verschiedenen ausgefüllten Vordrucke angeben, wenn in der Spalte 2 der besagten Zeilen der Code 1 angegeben wurde.

In der **Spalte 4** (für jene, die aus dem vorteilhaften oder pauschalen Steuersystem ausgeschieden sind) die Anzahlungen zur Ersatzsteuer übertragen, die von den Steuerpflichtigen gezahlt worden, die aus dem vorteilhaften oder pauschalen Steuersystem ausgeschieden sind, in Bezug auf das Steuerjahr 2021, und die nicht die Übersicht LM ausgefüllt haben (jeweils Abgabencode „1793“ und „1794“, oder Abgabencode „1790“ und „1791“ Referenzjahr „2022“).

In **Spalte 5** den Betrag angeben, der dem weitergeleiteten Guthaben nach Abzug der gezahlten Strafgebühren und Zinsen entspricht, falls im Verlauf des Steuerzeitraums, auf den sich die Erklärung bezieht, Beträge gezahlt wurden, die durch entsprechende Beitreibungsurkunden aufgrund der unrechtmäßigen Verrechnung bestehender, aber nicht verfügbarer IRPEF-Guthaben eingefordert wurden (z.B. Verwindung von Guthaben, die über der Jahreshöchstgrenze liegen, so wie vorgesehen von Art. 34 des Gesetzes Nr. 388 von 2000). Durch diese Ausweisung wird die Gültigkeit des weitergeleiteten Guthabens erneuert und den Guthaben gleichgestellt, das im Steuerzeitraum angelaufen ist, auf den sich diese Erklärung bezieht.

Zeile RN39 Rückzahlung Bonus

Spalte 1 (Bonus Bedürftige): Die Steuerpflichtigen, die den vom Artikel 44 des Gesetzesdekrets Nr. 159 vom 1. Oktober 2007, so wie mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 222 vom 29. November 2007 umgesetzt, und in einer Pauschalrückzahlung für Personen mit niedrigem Einkommen, vorgesehenen Steuerbonus bezogen haben, müssen den nicht zustehenden Betrag in dieser Zeile angeben.

Die Rückzahlung der nicht zustehenden Summen muss von denjenigen geleistet werden, die aus Versehen den nicht oder in geringerem Umfang zustehenden Bonus beantragt haben sowie denjenigen, die den Bonus vom Steuersubstitut (das ihn automatisch oder auf Antrag gezahlt hat) erhalten haben und die dem Steuersubstitut aus irgendeinem Grund nicht mitgeteilt haben, dass sie darauf keinen oder zum Teil keinen Anspruch haben (zum Beispiel weil der Steuersubstitut Konkurs gemacht oder aufgrund der Beendigung des Arbeitsverhältnisses).

Spalte 2 (Außergewöhnlicher Bonus für Familien): Die Steuerpflichtigen, die den außergewöhnlichen, vom Art. 1 des Gesetzesdekrets Nr. 185 vom 29. November 2008 vorgesehenen Bonus für Familien, Rentner und Pflegebedürftige bezogen haben, müssen in dieser Zeile den nicht zustehenden Betrag angeben.

Die Personen, die den ganz oder teilweise nicht zustehenden Vorteil bezogen haben, sind nämlich gehalten, die Rückzahlung binnen der Vorlagefrist der ersten auf die Auszahlung folgenden Steuererklärung vorzunehmen.

Die von der Vorlage der Steuererklärung befreiten Steuerpflichtigen (siehe Abschnitt I, Kapitel 3) leisten die Rückzahlung des bezogenen Steuervorteils durch Zahlung mit dem Vordruck F24 binnen der für die Zahlung des Saldos der Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen (IRPEF) (Bonus Bedürftige) oder für die Vorlage der auf die Auszahlung folgende Erklärung (Bonus Familien) vorgesehenen Frist.

Zeile RN41 Vom Steuersubstitut aufgrund von Abzügen für Bedürftige zurückgezahlte Beträge

In dieser Zeile die eventuell vom Steuersubstitut im Zuge des Ausgleichs bezüglich des weiteren Abzugsanteils für unterhaltsberechtignte Kinder und der Abzüge für die Mietpreise, die keine Aufnahme in die Bruttosteuer gefunden haben, erstatteten Beträge angeben.

In **Spalte 1** wird der unter Punkt 364 der einheitlichen Bescheinigung 2023 angegebene Betrag in Bezug auf das vom Steuersubstitut zuerkannte Guthaben übertragen, das dem Teil des zusätzlichen Abzugs für unterhaltsberechtignte Kinder entspricht, der nicht in die Bruttosteuer aufgenommen werden konnte.

In **Spalte 2** wird der unter Punkt 370 der einheitlichen Bescheinigung 2023 angegebene Betrag für die Absetzung von Mieteinnahmen übertragen, die vom Steuersubstitut zuerkannt wurde, aber nicht in die Bruttosteuer aufgenommen werden konnte.

In **Spalte 3** ist der Betrag des zu erstattenden Urlaubsbonus anzugeben, d.h. der in RP83, Spalte 2 angegebene Betrag, wenn in Spalte 1 der Zeile RP83 der Code 4 eingetragen wurde.

Zeile RN42 einzubehaltende oder rückzuerstattende IRPEF-Steuer gemäß Vordruck 730/2023

Diese Zeile ist abzufassen, falls Sie mit der vorliegenden Erklärung einen vorher eingereichten Vordruck 730/2023 oder Vordruck REDDITI 2022 berichtigen oder ergänzen möchten.

In **Spalte 1** ist der Betrag aus Spalte 7 der Zeile 91 des Vordruckes 730-3/2023 (Abrechnungsübersicht) zu übertragen. Wird der Vordruck 730/2023 in gemeinsamer Form und die Zusatzerklärung vom erklärenden Ehegatten eingereicht, muss in dieser Spalte der Betrag aus Spalte 7 der Zeile 111 des Vordruckes 730-3/2023 eingetragen werden.

In **Spalte 2** ist der Betrag aus Spalte 5 der Zeile 91 des Vordruckes 730-3/2023 (Abrechnungsaufstellung) einzutragen. Falls der Vordruck 730/2023 in gemeinsamer Form und die Zusatzerklärung vom erklärenden Ehegatten eingereicht wurde, muss in dieser Spalte der Betrag aus Spalte 5 der Zeile 111 des Vordruckes 730-3/2023 angeführt werden.

Für die Überprüfung der Voraussetzungen für die Anerkennung der Zusatzbehandlung) und für deren Bestimmung wird auf die Angaben in den technischen Spezifikationen für das REDDITI-Vordruck 2023/2022 verwiesen, die auf der Website verfügbar sind.

ERMITTLUNG DER STEUER

Zeile RN45 und RN46 Geschuldete Steuer bzw. Steuerguthaben

Zur Bestimmung der Steuer auf der Soll- oder Habenseite die folgende Rechnung durchführen:

$$\text{RN34 Sp. 1} - \text{RN35 Sp. 1} - \text{RN36 Sp. 2} + \text{RN37 Sp. 1} + \text{RN38 Sp. 3} - \text{RN38 Sp.6} + \text{RN39 Sp. 1} + \text{RN39 Sp. 2} + \text{RN41 Sp. 1} + \text{RN41 Sp. 2} + \text{RN 41 Sp. 3} - \text{RN42 Sp. 1} + \text{RN42 Sp. 2} - \text{RN43 Sp. 2} + \text{RN43 Sp. 3} + \text{RL 32 Sp. 2}$$

Geschuldete Steuer

Falls das Ergebnis dieser Berechnung positiv ist (Schulden), ist der auf diese Weise berechnete Betrag in die **Spalte 2** der Zeile RN45 zu übertragen. Dieser Betrag wird in Spalte 1 der Zeile RX1 übertragen

Spalte 1 wenn die Übersicht TR ausgefüllt wurde, in diese Spalte den Betrag der in Raten aufgeteilten Steuer laut Spalte 3 der Zeile TR4 innerhalb der Grenze des geschuldeten Steuerbetrags laut Spalte 2 der Zeile RN45 eintragen.

Steuerguthaben

Wenn das Ergebnis dieser Berechnung negativ ist (Guthaben), den erhaltenen Betrag ohne Minuszeichen in der Zeile RN46 angeben. Dieser Betrag wird in Spalte 1 der Zeile RX2 übertragen.

Die Steuer ist nicht fällig bzw. wird weder zurückgezahlt noch kann sie im Ausgleich verwendet werden, wenn sie unter 12,00 Euro liegt.

Zeile RN47 Restbetrag der Abzüge, Absetzungen und Steuerguthaben aus den Zeilen RP33, RP34, RN19, RN20, RN21, RN23, RN24, RN28 und RN30. Restbetrag Abzüge Start-up Spalten 30, 31, 32 und 33, Restbetrag Abzug freiwillige Zuwendung (RP36), Steuerguthaben aus den Zeilen RN32 und in Raten aufgeteilte Gesundheitskosten.

1. Restbetrag des Absetzbetrags gemäß Zeile RN23 und der Guthaben gemäß der Zeilen RN24

Zur Bestimmung der Restbeträge und der Steuerguthaben gemäß der Zeilen RN23 und RN24 (Sp. 1, 2, 3, 4, 5 und 6) die Differenz zwischen dem in der Zeile RN5 angegebenen Betrag der Bruttosteuer und der Summe der in der Zeile RN22 angegebenen Abzüge berechnen.

Wenn diese Differenz größer oder gleich dem Betrag der in der Zeile RN25 angegebenen Abzüge ist, sind die entsprechenden Spalten der Zeile RN47 nicht auszufüllen. Ist dieser Differenzbetrag hingegen niedriger als der Betrag in Zeile RN25, ist für jede Absetzung oder für jedes Guthaben aus den Zeilen RN23 und RN24 in der entsprechenden Spalte der Zeile RN47 der Gesamtbetrag anzuführen, welcher in der Bruttosteuer kein Fassungsvermögen gefunden hat. Wenn sowohl die Zeile RN6 Spalte 3 (zusätzlicher Abzug für unterhaltsberechtignte Kinder) als auch die Zeile RN23 (Abzug der Gesundheitsausgaben für bestimmte Pathologien) ausgefüllt sein sollten, wird für die Bestimmung des in der Spalte 1 der Zeile RN47 anzugebenden Betrags auf die in Bezug auf die Zeile RN31 gegebene Anleitung verwiesen. Sollten die Ausgaben für die Gesundheit nicht in vier Raten aufgeteilt worden sein, entspricht der in Spalte 1 der Zeile RN47 angeführte Restbetrag dem Teil der Absetzung, die auf das Familienmitglied für die Ausgaben im Gesundheitsbereich für besondere Krankheiten, für welche eine Befreiung der Beteiligung an den öffentlichen Sanitätsausgabe vorgesehen ist, übertragen werden kann, da dieser Betrag in der Bruttosteuer kein Fassungsvermögen gefunden hat. In diesem Fall, kann das Familienmitglied, das die Ausgaben getragen hat, in der eigenen Einkommenserklärung in Zeile RP2 den von ihnen in Spalte 6 der Zeile RN47 angeführten Betrag, geteilt durch 0,19, angeben. Der in den anderen Spalten dieser Zeile angeführte Restbetrag kann in der nächsten Erklärung bzw. mittels Einzahlungsvordruck F24 als Ausgleich der geschuldeten Beträge verwendet werden.

Beispiel

Bruttosteuer	=	4.000
Gesamtbetrag der Absetzungen (RN22)	=	1.000
Differenzbetrag zwischen Bruttosteuer und Zeile RN22 (4.000 – 1.000)	=	3.000
Steuerguthaben für den Wiedererwerb der Erstwohnung (Zeile RN24 Sp. 1)	=	3.100
für die Förderung der Arbeitsstellen (Zeile RN24 Sp. 2)	=	500
Gesamtbetrag sonstiger Absetzungen (Zeile RN25)	=	3.600

Da der Differenzbetrag zwischen der Bruttosteuer und der Zeile RN22 (Euro 3.000) niedriger als der Betrag aus Zeile RN25 (Euro 3.600) ist, kann der Steuerzahler den Betrag von Euro 600 angeben, der dem Restbetrag entspricht, der in der Bruttosteuer bzw. in Spalte 11 der Zeile RN47 kein Fassungsvermögen im gesamten Ausmaß gefunden hat oder kann er den Betrag zwischen den Spalten 11 und 12 der Zeile RN47 in dem Ausmaß, das er als günstiger erachtet, aufteilen. Zwecks Vereinfachung werden einige Möglichkeiten für die Abfassung der Spalten 11 und 12 der Zeile RN47 angegeben:

Fall 1: Zeile 47 Sp. 11 = 600	Zeile 47 Sp. 12 = 0
Fall 2: Zeile 47 Sp. 11 = 100	Zeile 47 Sp. 12 = 500
Fall 3: Zeile 47 Sp. 11 = 300	Zeile 47 Sp. 12 = 300

Es wird darauf hingewiesen, dass das Restguthaben von 600 Euro im oben angeführten Beispiel nicht zur Gänze in Spalte 12 der Zeile RN47 angeführt werden kann, da die Steuer höher als das Steuerguthaben für die Förderung der Arbeitsplätze gemäß Zeile RN24, Sp. 2 ist.

Für die genaue Überprüfung der Voraussetzungen für die Anerkennung von Restbeträgen und deren Ermittlung verweisen wir auf die Angaben in den technischen Spezifikationen des Einkommensteuerformulars 2022/2021, die auf der Website verfügbar sind.

2. Restbetrag des Guthabens gemäß Zeile RN28

Berechnung des *Restbetrags*: Zeile CR10 Sp. 4 + CR10 Sp. 5 – RN26 – RN27

Wenn das Ergebnis dieser Berechnung positiv ist, diesen Betrag in die Spalte 21 der Zeile RN47 übertragen. Wenn das Ergebnis hingegen negativ oder gleich null ist, braucht die Spalte 6 nicht ausgefüllt werden.

Wenn mehr als eine Zeile CR10 abgefasst wurde, muss für die Festsetzung des *Restbetrags* die Summe der in der Spalte 4 aller abgefassten Vordrucke angegebenen Beträge zuzüglich des Betrags in Spalte 5 berücksichtigt werden.

Der Restbetrag des Guthabens kann in der nächsten Steuererklärung verwendet werden.

Wenn das Ergebnis dieser Rechnung positiv ist, diesen Betrag in die Spalte 21 der Zeile RN47 übertragen.

Wenn das Ergebnis hingegen negativ oder gleich Null ist, muss die Spalte 21 nicht abgefasst werden.

3. Restbetrag der Steuerabzüge für Start-up-Unternehmen gemäß REDDITI 2020

In Spalte 1 der Zeile RN47 die Höhe der nicht in die Bruttosteuer aufgenommenen Absetzungen angeben, die nach den in Zeile RN19 angegebenen Anweisungen festgesetzt wurde.

4. Restbetrag der Steuerabzüge für Start-up-Unternehmen gemäß REDDITI 2021

In Spalte 2 der Zeile RN47 die Höhe der nicht in die Bruttosteuer aufgenommenen Absetzungen angeben, die nach den in Zeile RN20 angegebenen Anweisungen festgesetzt wurde.

5. Restbetrag der Steuerabzüge für Start-up-Unternehmen gemäß REDDITI 2022

In Spalte 3 der Zeile RN47 die Höhe der nicht in die Bruttosteuer aufgenommenen Absetzungen angeben, die nach den in Zeile RN21 angegebenen Anweisungen festgesetzt wurde.

6. Restsumme des Abzugs gemäß Zeile RP33

Wenn die Zeile RN4 größer als Null ist, kann der Abzug vollständig vorgenommen werden, weshalb die Spalte 9 der Zeile RN47 nicht auszufüllen ist. Weist die Zeile RN4 eine Null auf, ist Folgendes zu berechnen:

Steuerpflichtiges Einkommen = RN1, Sp. 5 + RN1, Sp. 2 – RN2 – RN3 + RP33 Sp. 3; bei negativem Ergebnis auf Null zurückführen.

In Spalte 36 der Zeile RN47 ist das Ergebnis der folgenden Berechnung anzugeben: RP33 Sp. 3 – Steuerpflichtiges Einkommen

7. Restguthaben gemäß Zeile RN30 und RN32

In Spalte 26 der Zeile RN47 die Höhe des nicht in die Nettosteuer aufgenommenen Guthabens angeben, das nach den in Zeile RN30 angegebenen Anweisungen festgesetzt wurde (Steuerguthaben Kultur).

In Spalte 27 der Zeile RN47 die Höhe des nicht in die Nettosteuer aufgenommenen Guthabens angeben, das nach den in Zeile RN30 angegebenen Anweisungen festgesetzt wurde (Steuerguthaben Schule).

In Spalte 28 der Zeile RN47 die Höhe des nicht in die Nettosteuer aufgenommenen Guthabens angeben, das nach den in Zeile RN30 angegebenen Anweisungen festgesetzt wurde (Steuerguthaben Videoüberwachung).

Geben Sie in Spalte 39 der Zeile RN47 den Betrag des Guthabens an, das keine Aufnahme in der Nettosteuer gefunden hat, das gemäß den Anweisungen in Zeile RN32 (Steuerguthaben für sportgebundene Geldzuweisungen) ermittelt wurde.

Geben Sie in Spalte 40 der Zeile RN47 den Betrag des Guthabens an, das keine Aufnahme in der Nettosteuer gefunden hat, das gemäß den Anweisungen in Zeile RN32 (Steuergutschrift für die Umweltsanierung) ermittelt wurde.

Geben Sie in Spalte 42 der Zeile RN47 den Betrag des Guthabens an, der keine Aufnahme in der Nettosteuer gefunden hat, die gemäß den Anweisungen in Zeile RN32 (Steuerguthaben Rückkauf Sozialwohnungen) ermittelt wurde.

Geben Sie in Spalte 45 der Zeile RN47 den Betrag des Guthabens an, das keine Aufnahme in der Nettosteuer gefunden hat, das gemäß den Anweisungen in Zeile RN32 (Steuergutschrift für die Hygiene und Kauf von Schutzausrüstungen) ermittelt wurde.

Geben Sie in Spalte 46 der Zeile RN47 den Betrag des Guthabens an, das keine Aufnahme in der Nettosteuer gefunden hat, das gemäß den Anweisungen in Zeile RN32 (Steuergutschrift für Wasseraufbereiter und Reduzierung des Plastikverbrauchs) ermittelt wurde.

Geben Sie in Spalte 48 der Zeile RN47 den Betrag des Guthabens an, das keine Aufnahme in der Nettosteuer gefunden hat, das gemäß den Anweisungen in Zeile RN32 (Steuergutschrift für Sozialbonus) ermittelt wurde.

Geben Sie in Spalte 51 der Zeile RN47 den Betrag des Guthabens an, das keine Aufnahme in der Nettosteuer gefunden hat, das gemäß den Anweisungen in Zeile RN32 (Steuergutschrift für angepasste körperliche Betätigung) ermittelt wurde.

Geben Sie in Spalte 52 der Zeile RN47 den Betrag des Guthabens an, das keine Aufnahme in der Nettosteuer gefunden hat, das gemäß den Anweisungen in Zeile RN32 (Steuergutschrift für integrierte Speichersysteme) ermittelt wurde

Geben Sie in Spalte 53 der Zeile RN47 den Betrag des Guthabens an, das keine Aufnahme in der Nettosteuer gefunden hat, das gemäß den Anweisungen in Zeile RN32 (Steuergutschrift IST-Academy 30%) ermittelt wurde

Geben Sie in Spalte 54 der Zeile RN47 den Betrag des Guthabens an, das keine Aufnahme in der Nettosteuer gefunden hat, das gemäß den Anweisungen in Zeile RN32 (Steuergutschrift IST-Academy 60%) ermittelt wurde.

9. Zeile RN47. Ermittlung des Restbetrags des Abzugs für Startups, des Abzugs für an dem zahlenden Subjekt rückerstattete Summe, des Abzugs für freizügigen Zuwendungen (Zeile RN47 Spalte 31, 32, 33, 36, 37, 38, 43 und 47)

Um den möglichen Restbetrag der in den Zeilen RP33, RP34 und RP36 genannten Gebühren zu überprüfen, der in den folgenden Aufstellungen anzugeben ist, ist der Gesamtbetrag dieser Gebühren mit dem Gesamteinkommen abzüglich nur der anderen Gebühren, die nicht in den Zeilen RP3, RP34 und RP36 genannt werden, zu vergleichen (im Folgenden als **"Nettogesamtbetrag"** bezeichnet). Jeglicher Überschuss dieser Gebühren im Vergleich zu dem Gesamtbetrag des **Nettogesamtbetrag** stellt daher den Gesamtrestbetrags in Bezug auf die oben genannten Gebühren dar (Zeilen RP33, RP34 und RP36). Dieser Restbetrag wird, unter Berücksichtigung der festgelegten Fristen für den Vortrag und unter vorrangiger Verwendung der Restbeträge mit längerer Laufzeit, mit den einzelnen Gebühren belastet. Detaillierte Angaben zu den Berechnungsmodalitäten, die für die Verwaltung von Rückständen zu verwenden sind, sind in den technischen Spezifikationen zum Vordruck REDDITI NP 2023/2022 enthalten, die auf der Website verfügbar sind.

10. Zeile RN47 Sp.55 In Raten aufgeteilte Gesundheitskosten in Bezug auf das Jahr 2022

Geben Sie in dieser Spalte den Gesamtbetrag der im Jahr 2022 angefallenen Gesundheitskosten an, die in den Zeilen RP1 Spalte 1 + RP1 Spalte 2 + RP2 Spalte 1 angegeben sind, abzüglich des Selbstbehalts von 129,11 € + RP3 Spalte 1, wenn dieser Betrag höher ist als 15.493,71 € und das Kästchen 1 der Zeile RP15 "Aufteilung in Raten der Gesundheitskosten" RP1-RP2-RP3" angekreuzt wurde.

Zeile RN50 Sonstige Angaben

In dieser Zeile sind die Erträge der IMU-pflichtigen Hauptwohnung, die Erträge aus unvermieteten Gebäuden sowie die Grundeinkünfte der unverpachteten Grundstücke und Einkünfte in Bezug auf die im Ausland gelegenen Gebäude anzugeben. Diese Einkünfte sind nicht steuerpflichtig, das die IMU die IRPEF und die entsprechenden regionalen und kommunalen Zusatzsteuern ersetzt. Für die Jahre 2018, 2019, 2020 und 2021 beitragen die Einkünfte aus Grundbesitz und aus Landwirtschaft zur Bildung der Steuerbemessungsgrundlage bezüglich der Einkommenssteuer der natürlichen Personen der in dem agrarsozialen Sicherungssystem eingeschriebenen Kleinbauern und der hauptberuflichen Landwirte laut dem Art. 1 des gesetzvertretenden Dekrets Nr. 99 vom 29. März 2004 nicht.

Die in dieser Zeile angegebenen Beträge können im Rahmen der Vor- und Fürsorgeleistungen von Belang sein.

Spalte 1: die Einkünfte der Hauptwohnung laut Spalte 16 der Zeile RB10 eintragen;

Spalte 2: die Summe der folgenden Beträge angeben: RA23, Sp. 13 + RB10, Sp. 17 + RH18, Sp. 2 + RL12 Sp. 1

Spalte 3: den Betrag laut Spalte 1 der Zeile RL12 übertragen.

IRPEF-Vorauszahlung für das Jahr 2023

In den Vordruck Einkommen wird der Betrag der IRPEF-Vorauszahlung für das Jahr 2023 übertragen, insofern geschuldet. Es muss vor allem überprüft werden, ob einer der Sonderfälle zutrifft, die in den Anweisungen für Zeile RN61 angegeben sind, wobei gegebenenfalls die entsprechenden Anweisungen zu befolgen sind.

Zeile RN61 Sonderfälle

- Bei Einkünften aus Tätigkeiten der **gelegentlichen Vermietung von Wasserfahrzeugen** und Sportbooten, die der Ersatzsteuer in Höhe von 20% unterliegen (Übersicht RM). Die IRPEF-Vorauszahlung für das Jahr 2023 muss unter Berücksichtigung der anderen Einkünfte berechnet werden (Art. 59-ter, Absatz 5, G.D. Nr. 1/2012).
- Bei Einkünften aus Unternehmen muss die Vorauszahlung unter Berücksichtigung von Art. 34, Absatz 2 des Gesetzes Nr. 183 vom 12. November 2011 (**Pauschalabzug zugunsten von Tankstellenbetreibern**) berechnet werden.
- Im Vorhandensein einer Bestimmung gemäß dem **Art. 14, Abs. 3 des Gesetzesdekrets Nr. 18 vom 14. Februar 2016** wird zur Bestimmung der für die Steuerzeiträume, für die der Abzug laut dem Abs. 2 operiert wird, geschuldeten Anzahlung die Steuer, die in Abwesenheit der Bestimmungen des gegenständlichen Artikels entstehen würde, als Steuer des vorigen Zeitraums berücksichtigt.

Für eine korrekte Berechnung der Vorauszahlung, die in Zeile RN62 zu übertragen ist, sind in den beschriebenen Fällen zunächst das Gesamteinkommen und der entsprechende Betrag in Zeile RN34 (Zeile Differenz) neu zu berechnen. Hierzu sind für jeden Fall die in den geltenden Bestimmungen vorgesehenen Berichtigungen nach den o. g. Anweisungen vorzunehmen.

Spalte 1 (Sonderfälle): Dieses Kästchen ankreuzen, wenn einer der o. g. Sonderfälle zutrifft;

Spalte 2 (Neu berechnetes Gesamteinkommen): Den Betrag des Gesamteinkommens angeben, das nach den oben beschriebenen Modalitäten neu berechnet wurde;

Spalte 3 (Neu berechnete Nettosteuer): Den Betrag der Nettosteuer angeben, die nach den oben beschriebenen Modalitäten neu berechnet wurde;

Spalte 4 (Neu berechneter Differenzbetrag): Den neuen Differenzbetrag angeben, der nach den oben beschriebenen Modalitäten neu berechnet wurde.

Zeile RN62

Wenn in Zeile RN61 das Kästchen in Spalte 1 „Sonderfälle“ angekreuzt wurde, entspricht die „Differenz“ dem angegebenen Betrag in Spalte 4, Zeile RN61.

Wenn in Zeile RN61 das Kästchen in Spalte 1 „Sonderfälle“ hingegen nicht angekreuzt wurde, entspricht die „Differenz“ dem angegebenen Betrag in Zeile RN34.

Um festzulegen, ob die IRPEF-Vorauszahlung für das Jahr 2023 geschuldet wird oder nicht, muss Bezug auf den oben ermittelten Betrag der „Differenz“ genommen werden.

Wenn die „Differenz“

- 51,65 Euro nicht übersteigt, ist keine Vorauszahlung zu leisten.
- wenn Sie hingegen 51,65 Euro übersteigen sollte, wird eine Vorauszahlung in Höhe von 100% der „Differenz“ geschuldet.

In der Annahme, dass alle angegebenen Beträge in der Erklärung in Euro-Einheiten angegeben werden, wird die Vorauszahlung geschuldet, wenn der „Differenzbetrag“ 52 Euro beträgt oder darüber liegt.

Der so ermittelte Vorschuss ist in zwei Raten zu zahlen, es sei denn, die nach Ablauf der ersten Rate zu leistende Zahlung übersteigt nicht den Betrag von 103,00 Euro.

Die so berechnete Vorauszahlung ist wie folgt einzuzahlen:

- In einer **einzigsten Zahlung** bis spätestens **30. November 2023**, falls der geschuldete Betrag geringer als 257,52 Euro ist;

- in **zwei Raten**, wenn der geschuldete Betrag gleich bzw. höher als 257,52 Euro ist, wobei die Raten wie folgt zu zahlen sind:
 - Die erste Rate in Höhe von **40 Prozent** bis spätestens **30. Juni 2023 bzw. 30. Juli 2023** mit einem Aufschlag von 0,40% für Verzugszinsen;
 - die zweite Rate für die restlichen **60 Prozent** bis spätestens **30. November 2023**.

Sieht der Steuerzahler für die folgende Steuererklärung eine niedrigere Steuer vor (zum Beispiel infolge der während 2023 getragenen Aufwendungen oder infolge geringerer Einkünfte in diesem Jahr), kann er die Vorauszahlungen basierend auf dieser geringeren Steuer festlegen. In diesem Fall müssen die in Zeile RN62 anzugebenden Beträge auf jeden Fall jene sein, die mithilfe der o. g. Anweisungen ermittelt wurden, und nicht die geringeren Beträge, die eingezahlt wurden oder die man einzahlen will.

Die erste Rate der IRPEF-Vorauszahlung kann zu den im nachfolgenden Abschnitt „Ratenaufteilung“ angegebenen Bedingungen als Ratenzahlung geleistet werden.

In **Spalte 1** (Erste Rate) ist der Betrag der ersten Rate der geschuldeten Vorauszahlung anzugeben, die nach den o. g. Modalitäten berechnet wurde.

In **Spalte 2** (Zweite oder einzige Rate) ist der Betrag der zweiten oder einzigen Rate der geschuldeten Vorauszahlung anzugeben, die nach den o. g. Modalitäten berechnet wurde.

Für Subjekte, die eine Gewerbe haben, für das die in Artikel 9-bis des Gesetzesdekrets Nr. 50 vom 24. April 2017 genannten synthetischen Indikatoren der steuerlichen Zuverlässigkeit genehmigt wurden, und die Einnahmen oder Vergütungen angeben, die die für jeden Index durch das entsprechende Genehmigungsdekret des Wirtschafts- und Finanzministers festgelegte Grenze nicht überschreiten (siehe Artikel 12-quinquies, Absätze 3 und 4 des Gesetzesdekrets Nr. 34 vom 30. April 2019, umgewandelt mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 58 vom 28. Juni 2019) werden die Steuervorauszahlungen in zwei Raten zu je 50 Prozent geleistet (Artikel 58, Absatz 1 des Gesetzesdekrets Nr. 124 vom 26. Oktober 2019, umgewandelt mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 157 vom 19. Dezember 2019).

Daher zahlen diese Steuerpflichtigen den Vorschuss in einer einzigen Rate, wenn der geschuldete Gesamtbetrag 206 € nicht übersteigt, während sie in anderen Fällen den Vorschuss in zwei gleichen Raten zahlen.

12. ÜBERSICHT RV – Regionaler und kommunaler IRPEF-Zuschlag

Wer zur Zahlung verpflichtet ist

Die kommunalen und regionalen IRPEF-Zuschläge sind von ansässigen und gebietsfremden Steuerpflichtigen zu zahlen, für die mit Bezug auf das Jahr 2022 die Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen fällig ist, nachdem die zustehenden Steuerabzüge und im Ausland erzielten Steuerguthaben abgezogen wurden, vorausgesetzt, dass für die Letztgenannten im Ausland definitiv die Steuern gezahlt wurden.

Wer nicht zur Zahlung verpflichtet ist

Sie sind hingegen nicht zur Zahlung der regionalen und kommunalen Zusatzsteuer zur IRPEF verpflichtet, wenn:

- nur Einkünfte besitzen, die von der IRPEF befreit sind;
- nur Einkünfte besitzen, die dem Zuschlag der IRPEF unterliegen;
- sie nur Einkommen besitzen, die der getrennten Besteuerung unterliegen, es sei denn, Sie haben bei Vorliegen der Voraussetzungen die ordentliche Besteuerung gewählt, so dass diese Einkommen zur Bildung des Gesamteinkommens beitragen;
- sie haben eine Bruttosteuer (Zeile RN5), die nach Abzug der in den Zeilen RN22 und RN23 angegebenen Absetzbeträge, der Steuerguthaben für im Ausland erzielte Einkommen laut Zeile RN29 Sp. 2 sowie der Steuerguthaben für Gemeinschaftsfonds laut Zeile RN32 Sp. 1 nicht mehr als 10,33 Euro beträgt.

Steuerwohnsitz

Mit Ausnahme der Fälle in denen die Agentur der Einnahmen den Steuerwohnsitz festlegt, haben die im Staatsgebiet ansässigen natürlichen Personen den Steuersitz in der Gemeinde wo sie eingetragen sind. Nicht ansässige Personen, haben das Steuerdomizil in jener Gemeinde, in welcher sie das Einkommen erzielt haben. Falls das Einkommen in mehreren Gemeinden erzielt wurde, wird der Steuerwohnsitz in jener Gemeinde festgelegt, in welcher sie das höchste Einkommen erzielt haben. Für italienische Staatsbürger, welche infolge ihres Dienstverhältnisses in der öffentlichen Verwaltung im Ausland ansässig sind, wird die Gemeinde des letzten Wohnsitzes in Italien, als Steuerdomizil betrachtet. Mit Hinsicht auf verstorbene Steuerzahler, muss auf den letzten Steuerwohnsitz Bezug genommen werden.

Die regionale Zusatzabgabe wird auf die Steuerpflichtigen in Bezug auf den Steuerwohnsitz zum **1. Januar 2022** angewendet. Darüber hinaus wird die kommunale Zusatzabgabe zur Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen des Saldos für 2022 mit Bezug auf den Steuerwohnsitz zum **1. Januar 2022** und in Anzahlung für 2023 mit Bezug auf den Steuerwohnsitz zum **1. Januar 2023** fällig, vorausgesetzt, dass die Gemeinde die Quote der kommunalen Zusatzabgabe beschlossen hat. Für weitere Erläuterungen sehen Sie TEIL II, Kapitel 3, unter dem Stichwort "Steuerwohnsitz" ein.

Ermittlung und Steuersätze

Der regionale und kommunale Zuschlag wird durch die Anwendung eines Steuersatzes auf das für IRPEF-Zwecke ermittelte Gesamteinkommen nach Abzug der absetzbaren Aufwendungen ermittelt. In Abweichung zu den allgemeinen Bestimmungen, in denen auf dem gesamten Staatsgebiet ein Prozentsatz von 1,23 festgesetzt ist, haben einige Regionen mit eigener Maßnahme eine Erhöhung des Prozentsatzes des geltenden regionalen IRPEF-Zuschlags vorgesehen. Zudem wurden andere subjektive Bedingungen für die Anwendung der verschiedenen festgesetzten Prozentsätze und der begünstigenden Prozentsätze für einige Subjekte vorgesehen.

Der kommunale IRPEF- Zuschlag ist nur von jenen Steuerzahlern geschuldet, die den Steuerwohnsitz in einer Gemeinde haben, wo diese beschlossen wurde. Auf der Internetseite www.agenziaentrata.gov.it gibt es einen entsprechenden Link zur von der Hauptabteilung für Finanzen vorbereiteten Tabelle der Gemeinden, die eine kommunale Zusatzsteuer beschlossen haben. Die regionalen und kommunalen Zuschläge können weder von einer Steuer, einer Abgabe noch von einem Beitrag abgezogen werden.

Zahlungen

Die regionalen und kommunalen Zusatzabgaben müssen mit den Modalitäten und in den für die Zahlung des Saldos der IRPEF vorgesehenen Fristen gezahlt werden.

Es wird daran erinnert, dass die Akontozahlung der kommunalen IRPEF-Zusatzsteuer für das Steuerjahr 2023 in Höhe von 30% vorzunehmen ist, wobei auf das steuerpflichtige Einkommen des Steuerjahres 2022 der Steuersatz anzuwenden ist, der von der Gemeinde beschlossen wurde, in welcher der Steuerzahler am 1. Januar 2022 seinen Wohnsitz hat.

ABSCHNITT I - Regionaler IRPEF-Zuschlag**Zeile RV1 Steuerpflichtiges Einkommen**

Das Ergebnis der folgenden Berechnung angeben: RN1 Sp. 5 – RN3

Zeile RV2 Geschuldeter, regionaler IRPEF Zuschlag

Das Kästchen **„Regionale Zusatzsteuer - Sonderfälle“** der **Spalte 1** ist mit dem Code 1 nur von denen auszufüllen, die ihren Steuerwohnsitz in den Regionen Latium, in den Marken oder in Venetien haben und bestimmte Voraussetzungen erfüllen, wie in den folgenden Anleitungen näher erläutert. Diejenigen, die ihren Steuerwohnsitz in der Region Venetien und Latium und die für sich selbst die Begünstigung beantragen, geben den Code „2“ an.

Die **Region Latium** hat für Steuerzahler mit einem steuerpflichtigen Einkommen zwecks regionaler IRPEF-Zusatzsteuer nicht über 50.000 Euro mit 3 unterhaltspflichtigen Kindern einen vergünstigten Steuersatz von 1,73% vorgesehen.

Wenn die Kinder zu Lasten mehrerer Subjekte leben, wird dieser vergünstigte Steuersatz nur angewandt, wenn die Summe ihres steuerpflichtigen Einkommens unterhalb der o. g. Einkommensklasse liegt. Nur in diesem letzteren Fall muss das im Feld des Steuerwohnsitzes liegende Kästchen „Sonderfälle regionale Zusatzsteuer“ durch Angabe des Codes „1“ ausgefüllt werden.

Die genannte Einkommensgrenze wird um 5.000 Euro für jedes unterhaltspflichtige Kind nach dem dritten Kind erhöht. Die Anwendung des erleichterten Steuersatzes von 1,73% ist auch für Steuerpflichtige mit einem zu versteuernden Einkommen von unter 50.000 € mit einem oder mehreren mitversicherten behinderten Kindern vorgesehen. Wenn das behinderte Kind bei mehreren Subjekten mitversichert ist wird der erleichterte Steuersatz von 1,73% nur im Fall angewandt, dass die Summe der zu versteuernden Einkommen zum Zweck der regionalen Zusatzsteuer nicht höher als 50.000 € ist. Nur in diesem letzteren Fall muss das im Feld des Steuerwohnsitzes liegende Kästchen „besondere Fälle regionale Zusatzsteuer“ durch Angabe des Codes „1“ ausgefüllt werden.

Die Anwendung des begünstigten Steuersatzes von 1,73% ist auch für behinderte über-70-jährige Leute im Sinne des Art. 3 des Gesetzes Nr. 104 vom 5. Februar 1992 vorgesehen, die einer Familie gehören, deren besteuertes Einkommen 50.000 Euro nicht überschreitet. In diesem Fall ist zur Nutzung des begünstigten Anteils der Code „2“ in dem im Feld des Steuerwohnsitzes liegenden Kästchen „Sonderfälle regionale Zusatzsteuer“ anzugeben.

Die **Region Marken** hat einen vergünstigten Steuersatz von 1,23% vorgesehen für Steuerpflichtige mit einem steuerpflichtigen Einkommen zwecks regionaler IRPEF-Zusatzsteuer von bis zu 50.000,00 und mit einem oder mehreren behinderten Kindern gemäß Artikel 3 des Gesetzes Nr. 104 vom 5. Februar 1992, einschließlich anerkannter leiblicher Kinder, Adoptiv- oder Pflegekinder, die jedoch gemäß Artikel 12 Absatz 2 des Präsidialdekrets Nr. 917 vom 22. Dezember 1986 unterhaltsberechtig sind. Sind die Kinder mehreren Personen gegenüber unterhaltspflichtig, gilt der Satz von 1,23 % nur, wenn die Summe der steuerpflichtigen Einkünfte dieser Personen für die Zwecke der regionalen IRPEF-Zusatzsteuer 50.000,00 € nicht übersteigt. Der begünstigte Satz von 1,23 % gilt unter den vorgesehenen Bedingungen und unabhängig vom Alter der behinderten Kinder. Nur im letztgenannten Fall muss das in dem im Feld des Steuerwohnsitzes liegenden Kästchen "Sonderfälle regionale Zusatzsteuer" ausgefüllt werden, wobei der Code "1" anzugeben ist.

Die **Region Venetien** hat einen vergünstigten Steuersatz von 0,9% zugunsten folgender Personen vorgesehen:

- behinderte Personen im Sinne von Art. 3, Gesetz Nr. 104 v. 5.2.92, mit einem steuerpflichtigen Einkommen von nicht mehr als Euro 45.000 im Jahr 2021; in diesem Fall ist zur Nutzung der Begünstigung der Code „2“ in dem im Feld des Steuerwohnsitzes liegenden Kästchen „Sonderfälle regionale Zusatzsteuer“ anzugeben;
- Steuerpflichtige mit einem Familienangehörigen, der eine Behinderung im Sinne des genannten Gesetzes 104/92 aufweist und unterhaltsberechtig ist, deren steuerpflichtiges Einkommen 2021 nicht mehr als Euro 45.000 beträgt. Falls die behinderte Person mehreren Personen gegenüber unterhaltsberechtig ist, wird der Steuersatz von 0,9% unter der Bedingung angewandt, dass die Summe der Einkommen der unterhaltspflichtigen Personen nicht mehr als Euro 45.000,00 beträgt. Beim Vorliegen dieser Bedingungen ist zur Nutzung des begünstigten Steuersatzes von 0,9% der Code „1“ im in dem Feld des Steuerwohnsitzes liegenden Kästchen „Sonderfälle regionale Zusatzsteuer“ anzugeben. Falls einer der oben angegebenen Situationen zutrifft, muss das Kästchen „Sonderfälle regionale Zusatzsteuer“ angekreuzt werden, um den vergünstigten Steuersatz von 0,9 %, der von der Region Venetien beschlossen wurde, in Anspruch nehmen zu können.

In **Spalte 2** ist der Betrag des regionalen IRPEF-Zuschlags anzuführen, der mit Bezug auf den Steuerwohnsitz zum 1. Januar 2022 geschuldet ist. Der IRPEF-Zuschlag ist auf den Betrag aus **Zeile RV1** (steuerpflichtiges Einkommen) mit den Modalitäten und mit dem Steuersatz zu berechnen, die von den einzelnen Regionen beschlossen wurden und in der **Tabelle**, die Sie am Ende dieses Hefts im Anschluss an den Anhang finden, angeführt sind.

Die nachstehend angegebenen Regionen/Provinzen haben Sonderregeln für die Festsetzung der regionalen Zusatzsteuer vorgesehen. Es wird festgehalten, dass in diesen Fällen niemals das Kästchen „besondere Fälle“ angekreuzt werden darf, da die Vorbedingungen für die Steuererleichterung in jedem Fall aus den in der Erklärung enthaltenen Daten entnommen werden können.

Die **Autonome Provinz Bozen** hat festgelegt, dass allen Steuerzahlern ein Abzug in Höhe von von 35.000 Euro zusteht. Daher wird der Steuersatz von 1,23% auf das Ergebnis der nachfolgenden Berechnung angewandt: Zeile RV1 - 35.000 (auf Null aufrunden, wenn das Ergebnis negativ ist, während für Steuerzahler mit einem zu versteuernden Einkommen von mehr als 75.000 €, der Satz von 1,73 Prozent gilt). Steuerzahlern mit einem steuerpflichtigen Einkommen zur Berechnung der regionalen Zusatzsteuer (Zeile RV1), erhöht um das Einkommen, das der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen unterliegt (Zeile RB10, Spalte 14 + RB10, Spalte 15 + RL10 Sp. 6), und Einkommen, die dem Pauschalbesteuerungssystem gemäß Gesetz 190/2014 unterliegen das nicht über 70.000,00 Euro liegt, steht zudem ein Absetzbetrag in Höhe von 252 Euro für jedes zu Lasten lebende Kind zu, und zwar im Verhältnis zum Prozentsatz und zu den Monaten, in denen das Kind unterhaltspflichtig war. Wenn die geschuldete Steuer geringer als der Absetzbetrag ist, entsteht dadurch kein Steuerguthaben. Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Ermittlung der Einkommensgrenze der Abzug von 35.000 Euro nicht berücksichtigt wird.

Steuerzahlern, die ihren Wohnsitz in der **Region Piemont** haben, **steht ein Absetzbetrag in Höhe von 250,00 Euro für jedes zu Lasten lebende Kind mit einer Behinderung zu**, einschließlich anerkannter leiblicher Kinder, Adoptiv- oder Pflegekinder, und zwar im Verhältnis zum Prozentsatz und zu den Monaten, in denen das Kind unterhaltspflichtig war.

Der tatsächlich zustehende Absetzbetrag ist jener, der aus der Multiplikation der von der Region Piemont beschlossenen Erhöhung der Abzüge zugunsten von Familien mit dem Quotienten hervorgeht, der aus dem erhaltenen Verhältnis im Sinne von Art. 12, Absatz 1 des Steuergesetzes TUIR resultiert, unter Berücksichtigung der ersten vier Dezimalstellen. Daher ist wie folgt vorzugehen:

Den **theoretischen Absetzbetrag** berechnen, der 250,00 Euro beträgt, und diesen mit den Tagen, in denen das Kind zu Lasten lebte (Kästchen „*Monate zu Lasten*“ in der Übersicht der zu Lasten lebenden Familienangehörigen), und dem zustehenden Prozentsatz (Kästchen „*Prozentsatz*“ in der Übersicht der zu Lasten lebenden Familienangehörigen) für jedes Kind ins Verhältnis setzen, für das in der Übersicht der zu Lasten lebenden Familienangehörigen das Kästchen „D“ angekreuzt ist. Wenn in Spalte 7 „Prozentsatz der Wert C zugrunde gelegt wurde, wird von einem Prozentsatz des zustehenden Absetzbetrags von 100 ausgegangen.

Der Betrag des **„theoretischen Absetzbetrags“** wird mit dem Quotienten multipliziert, der für die Berechnung (zwecks IRPEF) des zustehenden Abzugs für zu Lasten lebende Kinder verwendet wurde (siehe Anweisungen für Zeile RN6, Spalte 2).

Wenn der Quotient kleiner als null ist oder eins beträgt, wird dieser auf null gerundet.

Wenn der Quotient höher als null, aber kleiner als eins ist, müssen die ersten vier Dezimalstellen verwendet werden.

Der so berechnete zustehende Absetzbetrag ist von der regionalen Zusatzsteuer abzuziehen, die unter Anwendung der von der Region vorgesehenen Steuersätze auf das in Zeile RV1 angegebene steuerpflichtige Einkommen für die regionaler Zusatzsteuer ermittelt wurde, wie in der Tabelle "Regionale Zusatzsteuer" beschrieben. **Wenn die geschuldete Steuer geringer als der Absetzbetrag ist, entsteht dadurch kein Steuerguthaben.**

Steuererleichterungen für Steuerpflichtige mit mehr als drei mitversicherten Kindern Steuerpflichtigen mit mehr als drei mitversicherten Kindern steht eine Steuerabsetzung von 100 € für jedes Kind zu, im Verhältnis zum Prozentsatz der Monate der Mitversicherung, beginnend mit dem ersten, und einschließlich der anerkannten, adoptierten oder anvertrauten Kinder.

Der tatsächlich zustehende Absetzbetrag ist jener, der aus der Multiplikation der von der Region Piemont beschlossenen Erhöhung der Abzüge zugunsten von Familien mit dem Quotienten hervorgeht, der aus dem erhaltenen Verhältnis im Sinne von Art. 12, Absatz 1 des italienischen Steuergesetzes TUIR resultiert, unter Berücksichtigung der ersten vier Dezimalstellen.

Steuerzahlern mit mehr als 3 zu Lasten lebenden Kindern, die ihren Wohnsitz in der **Region Apulien** haben, steht ein Absetzbetrag in Höhe von 20,00 Euro für jedes zu Lasten lebende Kind zu, und zwar im Verhältnis zum Prozentsatz und zu den Monaten, in denen das Kind unterhaltspflichtig war. Der Absetzbetrag wird um 395,00 Euro für jedes Kind mit Behinderung erhöht.

Der tatsächlich zustehende Absetzbetrag für das ganze Jahr 2022 ist jener, der aus der Multiplikation der von der Region Apulien beschlossenen Erhöhung der Abzüge zugunsten von Familien mit dem Quotienten hervorgeht, der aus dem erhaltenen Verhältnis im Sinne von Art. 12, Absatz 1 des Steuergesetzes TUIR unter Berücksichtigung der ersten vier Dezimalstellen resultiert. Daher ist wie nachfolgend beschrieben vorzugehen.

Den **theoretischen Absetzbetrag** berechnen, der sich beläuft auf:

- 20,00 Euro für jedes Kind, für das in der Übersicht für die zu Lasten lebenden Familienangehörigen Kästchen F1 oder F angekreuzt wurde, und diesen mit den Tagen, in denen das Kind zu Lasten lebte (Kästchen "Monate zu Lasten" in der Übersicht der zu Lasten lebenden Familienangehörigen), und dem zustehenden Prozentsatz (Kästchen "Prozentsatz" in der Übersicht der zu Lasten lebenden Familienangehörigen) ins Verhältnis setzen.
- 375,00 Euro für jedes Kind, für das in der Übersicht für die zu Lasten lebenden Familienangehörigen Kästchen D angekreuzt wurde, und diesen mit den Tagen, in denen das Kind zu Lasten lebte (Kästchen "Monate zu Lasten" in der Übersicht der zu Lasten lebenden Familienangehörigen), und dem zustehenden Prozentsatz (Kästchen "Prozentsatz" in der Übersicht der zu Lasten lebenden Familienangehörigen) ins Verhältnis setzen.

Wenn in Spalte 7 "Prozentsatz" der Wert C zugrunde gelegt wurde, wird in beiden Fällen von einem Prozentsatz des zustehenden Absetzbetrags von 100 ausgegangen.

Der Betrag des **"theoretischen Absetzbetrags"** wird mit dem Quotienten multipliziert, der für die Berechnung (zwecks IRPEF) des zustehenden Abzugs für zu Lasten lebende Kinder verwendet wurde (siehe Anweisungen für Zeile RN6, Spalte 2).

Wenn der Quotient kleiner als null ist oder eins beträgt, wird dieser auf null gerundet.

Wenn der Quotient höher als null, aber kleiner als eins ist, müssen die ersten vier Dezimalstellen verwendet werden.

Der so berechnete zustehende Absetzbetrag ist von der regionalen Zusatzsteuer abzuziehen, die unter Anwendung der von der Region vorgesehenen Steuersätze auf den angegebenen Betrag in Zeile RV1 ermittelt wurde, wie in der Tabelle "Regionale Zusatzsteuer" beschrieben.

Wenn die geschuldete Steuer geringer als der Absetzbetrag ist, entsteht dadurch kein Steuerguthaben.

Die **Autonome Provinz Trient** festgelegt, dass den Steuerpflichtigen mit einem zu versteuernden Einkommen von nicht über 25.000 Euro eine Absetzung vom zu versteuernden Einkommen von 25.000 Euro zusteht. Bei Steuerzahlern mit einem zu versteuernden Einkommen von über 25.000 Euro kommt der Steuersatz von 1,23 % bis 50.000 Euro und von 1,73 % auf den überschüssigen Betrag.

Für das Steuerjahr 2022 hat die **Region Ligurien** vorgesehen, dass Personen mit einem steuerpflichtigen Einkommen von höchstens 28.000,00 € und mit mindestens zwei steuerlich abhängigen Kindern Anspruch auf einen Abzug von 40,00 € für jedes Kind haben. Der Abzug wird für jedes behinderte Kind auf 45,00 € auch bei nur einem unterhaltsberechtigten Kind, erhöht. Wenn die geschuldete Steuer niedriger ist als der Abzug, entsteht keine Steuergutschrift. Für den Anspruch und die Aufteilung der Abzüge gelten die Bestimmungen von Artikel 12 des Präsidialdekrets Nr. 917/1986.

Bei den Gesamteinkünften werden die Einkünfte, die der Pauschalsteuer auf Mieten unterliegen, und die Einkünfte, die der Pauschalsteuerregelung unterliegen, berücksichtigt;

Für die Berechnung des Vorsteuerabzugs ist der Verweis auf Artikel 12 des Präsidialdekrets Nr. 917 vom 22. Dezember 1986 (konsolidiertes Einkommensteuergesetz), der in Artikel 2 Absatz 5 des Regionalgesetzes Nr. 33/2020, ist nur für die Zwecke der Anspruchsberechtigung (Identifizierung der Person(en), der/denen die Befreiung zusteht) und der Verteilung (prozentualer Anteil der Belastung jedes Begünstigten) relevant, da das auf der Anzahl der Belastungsmonate basierende Verhältnis nicht anwendbar ist (der regionale Abzug ist für das gesamte Jahr fällig, auch wenn die Belastung ein Bruchteil davon ist), ebenso wenig wie die Anwendung des Quotienten, wie in Artikel 12 Absatz 1 des Präsidialerlasses Nr. 917/1986 vorgesehen.

Zeile RV3 Einbehaltener bzw. entrichteter regionaler IRPEF-Zuschlag

In **Spalte 1** den Gesamtbetrag des regionalen, einbehaltenen Zuschlags angeben, der verschieden von dem, der in den Übersichten RC und RL angeführt ist (zum Beispiel der Zuschlag auf die Vor- und Fürsorgebeiträge, die von der INAIL an Inhaber von landwirtschaftlichen Einkünften entrichtet wurden).

In **Spalte 2** ist die Höhe der ausgesetzten regionalen Zusatzsteuer anzugeben, die aufgrund der erlassenen Bestimmungen infolge außergewöhnlicher Ereignisse nicht entrichtet wurde, die bereits im Betrag in Spalte 3 enthalten ist.

Der Betrag entspricht jenem, der unter Punkt 31 der einheitlichen Bescheinigung 2023 angegeben ist (siehe Anhang „Außergewöhnliche Ereignisse“).

In der **Spalte 3** den Betrag der Zeile RC10, Spalte 2, bezüglich des Betrags der vom Steuersubstitut einbehaltenen oder einzubehaltenden regionalen Zusatzsteuer angeben, wenn Sie 2022 ein Einkommen aus unselbstständiger Arbeit oder aus dieser gleichgestellten Arbeit bezogen haben.

Dieser Betrag muss zu dem in der Zeile RC12 angegebenen Betrag addiert werden, wenn Sie Vergütungen für gemeinnützige Arbeiten bezogen haben (Code „3“ in Spalte 1 der Zeilen von RC1 bis RC3) und Ihr Gesamteinkommen 9.296,22 Euro ohne den Abzug für die Hauptwohnung und deren Zubehör überschreitet. Falls Sie auch Vergütungen für eine sportliche Amateurtätigkeit bezogen haben, ist dieser Betrag mit dem Betrag, der in Zeile RL24, Spalte 2 angeführt ist, zusammenzuzählen.

Der Betrag dieser Spalte enthält auch die schon in Spalte 1 angegebenen Einbehalte.

Zeile RV4 Überschuss des regionalen IRPEF- Zuschlags aus der Erklärung des Vorjahres

In der **Spalte 1** den Code der Region bezüglich des Steuerwohnsitzes zum 31. Januar 2021 angeben, den Sie in der "Tabelle für die regionalen Zusatzsteuern zur IRPEF für das Steuerjahr 2022" am Ende dieses Heftes nach dem Anhang finden.

Wenn im vergangenen Jahr der Vordruck 730/2022 eingereicht und beantragt wurde, das aus der Erklärung hervorgehende Guthaben für die Zahlung der IMU und/oder anderer Steuern mit dem Vordruck F24 zu verwenden, aber dieses Guthaben gar nicht oder nur teilweise verwendet

wurde, ist in **Spalte 2** der eventuelle Betrag des angegebenen Guthabens für die regionale Zusatzsteuer in Zeile 192, Spalte 4 der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2022 für den Erklärer (Zeile 212, Spalte 4 für den Ehepartner) und in **Zeile RV5** das eventuelle Guthaben für die regionale Zusatzsteuer zu übertragen, das mit dem Vordruck F24 verrechnet wurde.

Wenn im Vorjahr der Vordruck 730/2022 für Arbeitnehmer ohne Steuersubstitut eingereicht wurde, ist in die **Spalte 2** dieser **Zeile RV4** auch der angegebene Betrag in Spalte 5 der Zeile 192 der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2022 (Spalte 5 der Zeile 212 für den Ehepartner) zu übertragen, wenn das Guthaben nicht vollständig oder nur teilweise mit dem Vordruck F24 verrechnet wurde.

Der in Spalte 2 angeführte Betrag muss mit den anderen Beträgen zusammengezählt und in Spalte 3 dieser Zeile eingetragen werden.

In die **Spalte 3** den Betrag der Spalte 4 der Zeile RX2 des Vordrucks REDDITI 2022 bezüglich des Steuerüberschusses übertragen, für den in der vorherigen Erklärung nicht die Rückerstattung beantragt wurde. Wenn Sie einen Steuerbeistand in Anspruch genommen haben und der Steuersubstitut das aus dem Vordruck 730-3 resultierende Guthaben gar nicht oder nur teilweise rückerstattet hat, muss in dieser Spalte das nicht erstattete Guthaben angegeben werden, das aus Punkt 74 der einheitlichen Bescheinigung 2022 des Erklärers (Punkt 66 für den Ehepartner) hervorgeht. In dieser Spalte muss auch der eventuell in der Spalte 2 angegebene Betrag enthalten sein des Erklärers (Punkt 66 für den Ehepartner) hervorgeht. In dieser Spalte muss auch der eventuell in der Spalte 2 angegebene Betrag enthalten sein.

Zeile RV5 Mit Vodr. F24 verrechneter Überschuss des regionalen IRPEF-Zuschlags aus der Erklärung des Vorjahres

Den aus der vorherigen Erklärung resultierenden und schon in der Zeile RV4 angegebenen Teil angeben, der zum Ausgleich im Vordruck F24 verwendet wurde.

Zeile RV6 einzubehaltende oder rückzuerstattende Regionale Zusatzsteuer auf die IRPEF gemäß Vordrucke 730/2023

Diese Zeile ist abzufassen, falls Sie mit dieser Erklärung die Angaben des bereits eingereichten Vordruckes 730/2023 oder Einkommen 2021 berichtigen oder ergänzen möchten.

In **Spalte 1** ist der Betrag aus Spalte 7 der Zeile 92 des Vordruckes 730-3/2023 zu übertragen. Ist der Vordruck 730/2023 in gemeinsamer Form eingereicht und die Ersatzerklärung vom Ehegatten eingereicht worden, muss in dieser Spalte der Betrag aus Spalte 7 der Zeile 112 des Vordruckes 730-3/2023 eingetragen werden.

In **Spalte 2** ist der Betrag aus Spalte 5 der Zeile 92 des Vordruckes 730-3/2023 einzutragen. Ist der Vordruck 730/2023 in gemeinsamer Form eingereicht und die Ersatzerklärung vom Ehegatten eingereicht worden, muss in dieser Spalte der Betrag aus Spalte 5 der Zeile 112 des Vordruckes 730-3/2023 eingetragen werden.

Zeilen RV7 und RV8 Regionale Zusatzabgabe zur Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen auf der Soll- oder Habenseite

Zur Bestimmung der Debet- oder Guthabensteuer die folgende Rechnung durchführen:

$$RV2 \text{ Sp. 2} - RV3 \text{ Sp. 3} - RV4 \text{ Sp. 3} + RV5 - RV6 \text{ Sp. 1} + RV6 \text{ Sp. 2}$$

■ falls das Ergebnis aus dieser Berechnung positiv ist, ist der entsprechende Betrag in Zeile RV7 zu übertragen;

Dieser Betrag wird in Spalte 1 der Zeile RX2 übertragen.

■ falls das Ergebnis aus dieser Berechnung negativ ist, ist der entsprechende Betrag ohne Vorzeichen (-) in Zeile RV8 zu übertragen.

Dieser Betrag wird in Spalte 2 der Zeile RX2 übertragen.

ABSCHNITT II-A - Kommunalen IRPEF-Zuschlag

Zeile RV9 Satz des von der Gemeinde beschlossenen kommunalen Zuschlags

Das Kästchen von **Spalte 1** (Steuersätze nach Einkommensklassen) ist anzukreuzen, wenn die Gemeinde die Anwendung verschiedener Steuersätze je nach Einkommensklasse beschlossen hat, die den für die IRPEF vorgesehenen Kriterien entsprechen. In diesem Fall ist Spalte 2 in Bezug auf den Steuersatz nicht abzufassen.

In **Spalte 2** ist der Steuersatz anzugeben, der für das Jahr 2022 von der Gemeinde beschlossen wurde, in der Sie Ihren Steuerwohnsitz am 1. Januar 2021 haben. Auf der Internetseite www.agenziaentrate.gov.it gibt es einen entsprechenden Link zur von der Hauptabteilung für Finanzen vorbereiteten Tabelle der Gemeinden, die eine kommunale Zusatzsteuer beschlossen haben.

Zeile RV10 Fälliger kommunaler IRPEF- Zuschlag

In der **Spalte 2** den Betrag der fälligen kommunalen IRPEF-Zusatzsteuer angeben, der unter Anwendung des in Spalte 2 der Zeile RV9 angegebenen Steuersatzes für den Betrag in Zeile RV1 ermittelt wird, bzw. unter Anwendung der Steuersätze nach Einkommensklassen (Spalte 1 der angekreuzten Zeile RV9). Wenn der Betrag der Zeile RV1 kleiner als oder gleich dem als Befreiungsschwelle in der auf der Internetseite www.agenziaentrate.gov.it vorhandenen Tabelle angegebenen Betrag ist, ist die kommunale Zusatzsteuer für 2022 (Saldo) nicht fällig und die Spalte 2 dieser Zeile ist nicht abzufassen; wenn hingegen der Betrag der Zeile RV1 über dem als Befreiungsschwelle angegebenen Betrag liegt, ist die kommunale Zusatzsteuer fällig und der in der Zeile RV9 (bzw. die nach Einkommensklassen vorgesehenen Steuersätze) angegebene Steuersatz ist auf den Gesamtbetrag der Zeile RV1 anzuwenden. Wenn die Gemeinde bestimmte Vergünstigungen mit Bezug auf besondere Einkommenssituationen beschlossen hat, muss geprüft werden, ob Sie im Besitz der Anforderungen zur Nutzung der Vergünstigungen sind.

Wenn sich hingegen die Ermäßigungen auf subjektive Bedingungen beziehen, die sich nicht aus den Daten der Erklärung ableiten lassen (zum Beispiel der ISEE-Betrag bzw. eine besondere Zusammensetzung des Haushalts), müssen Sie zur Bescheinigung dieser Voraussetzungen das Kästchen von **Spalte 1** abfassen und Folgendes angeben:

- Code "1", wenn die kommunale Zusatzsteuer nicht fällig ist, weil das Einkommen unter der Befreiungsgrenze liegt oder diese erreicht, die für die besondere subjektiven Bedingung des Steuerpflichtigen vorgesehen ist
- Code "2" bei totaler Befreiung bei der nicht mit dem Einkommen verbundenen, besonderen subjektiven Bedingung des Steuerpflichtigen;
- Code "3" bei Vorliegen anderer Vergünstigungen.

Wenn diese Spalte abgefasst wurde, ist Spalte 2 dieser Zeile nicht abzufassen.

Zeile RV11 Einbehaltener bzw. entrichteter kommunaler IRPEF-Zuschlag

In **Spalte 1** ist der Gesamtbetrag des kommunalen Zuschlags anzuführen, der vom Steuersubstitut einbehalten wurde bzw. einzubehalten ist. Zur Bestimmung des Betrags die folgende Rechnung durchführen: $RC10 \text{ Sp. 3} + RC10 \text{ Sp. 4} + RL24 \text{ Sp. 4}$

In **Spalte 2** ist der Betrag der kommunalen Zusatzsteuer anzugeben, der im Wege des Steuerbeistand als Vorauszahlung für das Steuerjahr 2021 einbehalten wurde, wenn Sie im Vorjahr den Vordruck 730/2022 eingereicht haben. Dieser Betrag ist jener, der in Punkt 124 der einheitlichen Bescheinigung 2023 übertragen wurde. Geben Sie in dieser Zeile auch den Betrag der Gemeindezusatzsteuer an, der mit dem Vordruck F24 als Akontozahlung für das Steuerjahr 2022 gezahlt wurde, sofern im vergangenen Jahr der Vordruck REDDITI 2022 eingereicht wurde.

Sonderfälle:

- Wenn im Jahr 2022 ein Vordruck 730/2022 ohne Substitut eingereicht wurde:
- den in Zeile 142 des Vordrucks 730-3/2022 angegebenen Betrag angeben, erhöht um den eventuell durch den Vordruck F24 unter dem Agabencode 3843 und dem Jahr 2021 eingezahlten Betrag;
- wenn die Zeile 117 der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2022 ausgefüllt wurde, ist die eventuell durch den Vordruck F24 durchgeführte Einzahlung zwischen den beiden Ehepartnern im Verhältnis zu den in den Zeilen 97 und 117 der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2022 angegebenen Beträgen anzulasten;
- wenn auch die Zeile 243 (Ehegatte mit anderem Wohnsitz als der Erklärende) Betrag der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2022 ausgefüllt wurde, muss jeder Ehegatte den durch den Vordruck F24 für die eigene Wohnsitzgemeinde wirklich eingezahlten Betrag angeben.
- Wenn die aus dem Vordruck 730/2022 hervorgehende Rückerstattung mit Substitut von der Agentur der Einnahmen ausgezahlt wird, ist der in der Zeile 97 (117 für den Ehegatten) der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2022 angegebene Betrag einzutragen.

In **Spalte 4** ist der einbehaltene Betrag des kommunalen Zuschlags einzutragen, der verschieden von dem ist, der in der vorhergehenden Spalte dieser Zeile angeführt ist (zum Beispiel der Zuschlag auf Fürsorgeleistungen, die vom Nationalen Arbeiterunfall-Versicherungsinstitut (INAIL) den Inhabern von Einkünften aus der Landwirtschaft bezahlt wurde.

In **Spalte 5** ist die Höhe der ausgesetzten kommunalen Zusatzsteuer anzugeben, die aufgrund der erlassenen Bestimmungen infolge außergewöhnlicher Ereignisse zum Datum der Einreichung der Erklärung noch nicht entrichtet wurde, die bereits in den Beträgen in Spalte 1 bis Spalte 4 dieser Zeile enthalten ist. Mit Bezug auf die kommunale Zusatzsteuer, die vom Steuersubstitut einzubehalten ist und in Spalte 1 dieser Zeile angegeben wurde, ist der ausgesetzte Betrag jener, der unter den Punkten 33 und 34 der einheitlichen Bescheinigung 2023 angegeben ist (siehe Anhang „Außergewöhnliche Ereignisse“).

In **Spalte 6** ist die Summe der Beträge aus den Spalten 1, 2, 3, und 4 dieser Zeile einzutragen.

Zeile RV12 Überschuss des kommunalen IRPEF-Zuschlags aus der Erklärung des Vorjahres

In der **Spalte 1** den Katastercode der Gemeinde in Bezug auf den Steuerwohnsitz am 1. Januar 2020 angeben, der der Tabelle der Hauptabteilung für Finanzen entnehmbar ist, auf die auf der Website www.agenziaentrate.gov.it verwiesen wird.

Ist im Vorjahr der Vordruck 730/2022 eingereicht und die Verwendung des Guthabens aus der Erklärung für die Zahlung der Steuervordruck F24 ersucht worden, wobei dieses Guthaben jedoch nicht zur Gänze bzw. zum Teil nicht beansprucht wurde, ist in **Spalte 2** dieser Zeile auch der eventuelle Betrag des Guthabens aus dem kommunalen Zuschlag anzuführen, der in Zeile 193 Sp. 4 der Abrechnungsaufstellung Vordr. 730-3/2022 (für den Erklärenden, Zeile 213 Spalte 4 für den Ehepartner) angeführt ist. In **Zeile RV13** ist das eventuelle Guthaben der Gemeindegutsatzsteuer einzutragen, das für die Abrechnung im Vordr. F24 verwendet wurde. Steuersubstitut eingereicht wurde, ist in die **Spalte 2** dieser **Zeile RV12** auch der angegebene Betrag in Spalte Der Betrag aus Spalte 2 ist mit den anderen Beträgen zusammenzuzählen und in Spalte 3 dieser Zeile einzutragen.

In die **Spalte 3** den Betrag der Spalte 5 der Zeile RX3 des Vordrucks REDDITI 2022 bezüglich des Steuerüberschusses übertragen, für den in der vorherigen Erklärung nicht die Rückerstattung beantragt wurde. Wenn Sie einen Steuerbeistand in Anspruch genommen haben und der Steuersubstitut das aus dem Vordruck 730-3 resultierende Guthaben gar nicht oder nur teilweise rückerstattet hat, muss in dieser Zeile das nicht erstattete Guthaben angegeben werden, das aus Punkt 84 der einheitlichen Bescheinigung 2023 für den Erklärenden (Punkt 284 für den Ehepartner) hervorgeht. In dieser Spalte muss auch der eventuell in Spalte 2 angegebene Betrag enthalten sein.

Zeile RV13 Mit Vordr. F24 verrechneter Überschuss des kommunalen IRPEF-Zuschlags aus der Erklärung des Vorjahres

Den aus der vorherigen Erklärung resultierenden und schon in der Zeile RV12 angegebenen Teil eintragen, der zum Ausgleich im Vordruck F24 verwendet wurde.

Zeile RV14 Geschuldeter bzw. zu erstattender kommunaler IRPEF- Zuschlag aus den Vordr. 730/2023

Diese Zeile ist abzufassen, falls Sie mit der vorliegenden Erklärung die Angaben des bereits eingereichten Vordruckes 730/2023 oder Einkommen 2022 berichtigen oder ergänzen möchten.

In **Spalte 1** ist der Betrag aus Spalte 7 der Zeile 93 des Vordruckes 730-3/2023 (Abrechnungsaufstellung) zu übertragen. Ist der Vordruck 730/2023 in gemeinsamer Form eingereicht und die Ersatzerklärung vom Ehegatten eingereicht worden, muss in dieser Spalte der Betrag aus Spalte 7 der Zeile 113 des Vordruckes 730-3/2023 eingetragen werden. In **Spalte 2** ist der Betrag aus Spalte 5 der Zeile 93 des Vordruckes 730-3/2023 einzutragen. Ist der Vordruck 730/2023 in gemeinsamer Form eingereicht und die Ersatzerklärung vom Ehegatten eingereicht worden, muss in dieser Spalte der Betrag aus Spalte 5 der Zeile 113 des Vordruckes 730-3/2023 eingetragen werden.

Zeilen RV15 und RV16 Regionaler IRPEF- Zuschlag auf der Soll- oder Habenseite

Zur Bestimmung der Debet- oder Guthabensteuer die folgende Rechnung durchführen:

$$RV10 \text{ Sp. 2} - RV11 \text{ Sp. 6} - RV12 \text{ Sp. 3} + RV13 - RV14 \text{ Sp. 1} + RV14 \text{ Sp. 2}$$

■ falls das Ergebnis aus dieser Berechnung positiv ist, ist der entsprechende Betrag in Zeile RV15 zu übertragen; Dieser Betrag wird in Spalte 1 der Zeile RX3 übertragen

■ falls das Ergebnis aus dieser Berechnung negativ ist, ist der entsprechende Betrag ohne Vorzeichen (-) in Zeile RV16 zu übertragen. Dieser Betrag wird in Spalte 2 der Zeile RX3 übertragen

ABSCHNITT II-B - Akontozahlung des kommunalen Irpef-Zuschlags für das Jahr 2023

Zeile RV17: Zur Bestimmung der Anzahlung für die kommunale IRPEF-Zuschlag für 2023 die folgenden Rechnungen durchführen:

- auf das steuerpflichtige Einkommen bezüglich der Steuerperiode 2022 (Zeile RV17 Sp. 2) den von der Gemeinde, in der der Steuerpflichtige ab dem 1. Januar 2023 seinen Wohnsitz hat, beschlossenen Satz anwenden;
- 30% des so bestimmten Betrags errechnen (Anzahlung für 2023);
- vom erhaltenen Ergebnis die vom Arbeitgeber einbehaltene Anzahlung der kommunalen Zusatzabgabe 2023 abziehen (Zeile RC10 Sp. 5).

Ist der anzuwendende Steuersatz für die Vorauszahlung weiterhin jener, der für das vorangegangene Steuerjahr beschlossen wurde (G.v.D. Nr. 175 vom 21. November 2014, Art. 8, Absatz 2).

Daher ist zwecks Vorauszahlung der kommunalen Zusatzsteuer für 2023 der Steuersatz zu verwenden, der von der Gemeinde für das Jahr 2021 beschlossen wurde.

Gläubt der Steuerzahler, dass in der nächsten Erklärung eine niedrigere Steuer zu erklären sein wird (zum Beispiel infolge von abzugsfähigen Aufwendungen, die er im Steuerjahr 2022 getragen hat, bzw. durch niedrigere im selben Jahr bezogene Einkünfte), kann er für das Jahr 2023 eine Akontozahlung minderen Betrages leisten als jener, der mit Bezug auf das steuerpflichtige Einkommen aus dieser Erklärung ermittelt wurde. In diesem Fall

muss der Betrag, der sich infolge der unten angeführten Anleitungen ergibt, in Spalte 7 dieser Zeile eingetragen werden und nicht der niedrigere eingezahlte bzw. zu zahlende Betrag.

Die Anzahlung der kommunalen Zusatzabgabe kann zu den im Teil I, Kapitel 6 unter dem Stichwort "Rateneinteilung" angegebenen Bedingungen in Raten gezahlt werden.

Vor der Festsetzung der für die kommunale Zusatzsteuer 2023 fälligen Anzahlung müssen Sie die eventuelle von der Gemeinde beschlossene und der Tabelle der Hauptabteilung für Finanzen, auf die auf der Internetseite www.agenziaentrate.gov.it verwiesen wird, entnehmbare Befreiungsschwelle berücksichtigen. Wenn der Betrag von Spalte 2 dieser Zeile kleiner als oder gleich dem in der genannten Tabelle als Befreiungsschwelle angegebenen Betrag ist, ist keine Anzahlung für die kommunale Zusatzsteuer 2023 fällig und die Spalte 2 dieser Zeile ist nicht abzufassen; wenn hingegen der Betrag von Spalte 2 über der Befreiungsschwelle liegt, ist die Anzahlung für die kommunale Zusatzsteuer 2023 fällig und der in der Spalte 3 dieser Zeile angegebene Steuersatz ist auf den gesamten Betrag in Spalte 2 anzuwenden.

Wenn die Gemeinde bestimmte Vergünstigungen mit Bezug auf besondere Einkommenssituationen beschlossen hat, muss geprüft werden, ob Wenn sich hingegen die Ermäßigungen auf subjektive, nicht aus den in der Erklärung vorhandenen Daten ableitbaren Bedingungen (zum Beispiel der Betrag ISEE bzw. eine besondere Zusammensetzung des Haushalts) beziehen, müssen Sie zur Bescheinigung des Besitzes dieser Anforderungen das Kästchen von **Spalte 1 (Ermäßigungen)** abfassen und Folgendes angeben:

- Code "1", wenn die kommunale Zusatzsteuer nicht fällig ist, weil das Einkommen unter der Befreiungsgrenze liegt oder diese erreicht, die für die besondere subjektiven Bedingung des Steuerpflichtigen vorgesehen ist
- Code "2" bei totaler Befreiung bei der nicht mit dem Einkommen verbundenen, besonderen subjektiven Bedingung des Steuerpflichtigen;
- Code "3" bei Vorliegen anderer Vergünstigungen.

Wenn diese Spalte abgefasst wurde, ist Spalte 4 dieser Zeile nicht abzufassen.

Spalte 2 (Bemessungsgrundlage): es ist die Bemessungsgrundlage des Steuerjahres 2022 anzuführen, die derjenigen in Zeile RV1 entspricht. Wenn Sie Einkommen aus selbstständiger Arbeit und/oder Unternehmenstätigkeit bezogen haben, für die die Steuerbestimmungen Anwendung finden, die auch für die Bestimmung der für 2023 fälligen Anzahlung Bedeutung annehmen, in dieser Zeile den steuerpflichtigen, bezüglich der Steuerperiode 2022 neu bestimmten Betrag unter Berücksichtigung dieser Bestimmungen angeben ;

Das Kästchen von **Spalte 3 (Steuersätze nach Einkommensklassen)** ist anzukreuzen, wenn die Gemeinde die Anwendung verschiedener Steuersätze je nach Einkommensklasse beschlossen hat, die den für die IRPEF vorgesehenen Kriterien entsprechen. In diesem Fall ist Spalte 4 in Bezug auf den Steuersatz nicht abzufassen

Spalte 4 (Steuersatz): es ist der Steuersatz anzuführen, der für die Berechnung der Akontozahlung anzuwenden ist. Es wird daran erinnert, dass der Steuersatz anzuführen ist, der für das Jahr 2022 beschlossen wurde. Der Steuersatz ist derjenige in Bezug auf die Gemeinde, in der der Steuerpflichtige am 1. Januar 2023 den Steuerwohnsitz hat; dieser Steuersatz ist in der Tabelle der Hauptabteilung für Finanzen angegeben, auf die auf der Website www.agenziaentrate.gov.it verwiesen wird.

Spalte 5 (Geschuldete Akontozahlung): ist das Ergebnis der folgenden Berechnung einzutragen:

$$\frac{RV17 \text{ Sp. } 2 \times RV17 \text{ Sp. } 4 \times 0,3}{100}$$

Wenn die Gemeinde Steuersätze nach Einkommensklassen (Spalte 3 angekreuzt) nach der vorhergehenden Formel vorgesehen hat, sind anstelle des Einzelsteuersatzes die beschlossenen unterschiedlichen Steuersätze anzuwenden. Wenn die Gemeinde eine Befreiungsschwelle beschlossen hat und Sie die vorgesehene Bedingung für ihre Inanspruchnahme erfüllen, müssen Sie diese Spalte nicht ausfüllen. Es wird hierzu auf die zuvor wiedergegebenen Anleitungen verwiesen.

Spalte 6 (Vom Arbeitgeber einbehaltener kommunaler Zuschlag 2023) es ist der Betrag aus Zeile RC10 Sp. 5 zu übertragen;

Spalte 7 (Einbehaltener bzw. bezahlter Betrag) ist nur im Falle einer Ersatz- bzw. Berichtigungserklärung abzufassen, dabei ist anzugeben:

- der mit dem Vordruck F24 als Anzahlung auf die kommunale Zusatzabgabe entrichtete Betrag, bei Ergänzung eines vorherigen Vordrucks REDDITI NP 2023;
- der in der Sp. 7 Zeile 97 angegebene Betrag (bzw. Sp.7 der Zeile 117 für den erklärenden Ehegatten) des Vordrucks 730-3/2023 (Liquidationaufstellung), der von demjenigen ausgestellt wurde, der den Steuerbeistand geleistet hat, bei Ergänzung eines vorherigen Vordrucks 730/2023;

Spalte 8 (Geschuldete Akontozahlung) ist das Ergebnis folgender Berechnung anzuführen: $RV17 \text{ Sp. } 5 - RV17 \text{ Sp. } 6 - RV17 \text{ Sp. } 7$.

Ist das Ergebnis negativ, ist Spalte 8 nicht abzufassen.

13. ÜBERSICHT DI - Ergänzende Erklärung

Die Übersicht wird von Subjekten verwendet, die im Lauf des Jahres 2022 eine oder mehrere ergänzende Erklärungen im Sinne des Artikels 2, Abs. 8-bis des Dekrets des Präsidenten der Republik vom zweiten 20. Juli 1998 Nr. 322, geändert durch den Art. 5 des Gesetzesdekrets vom zweiten 20. Oktober 2016, Nr. 193, mit Änderungen in den Gesetzesstand erhoben durch das Gesetz vom 1. Dezember 2016 Nr. Zweite 25 eingereicht haben, nach der vorgesehenen Frist für die Einreichung der Erklärung zum Steuerjahr, das auf das Referenzjahr der ergänzende Klärung folgt (zum Beispiel ergänzende Erklärung REDDITI 2019 für 2018, eingereicht im Jahr 2022).

In der Erklärung zum Steuerzeitraum, in dem die ergänzende Erklärung eingereicht wurde, wird auch das Steuerguthaben angegeben, das sich aus der geringeren Steuerschuld oder dem höheren Guthaben ergibt, das aus der ergänzenden Erklärung hervorgeht.

Zu diesem Zweck ist anzugeben:

- In **Spalte 1** der Abgabencode zum Guthaben entsprechend der ergänzenden Erklärung;
- In **Spalte 2** das Jahr in Bezug auf den für die ergänzende Erklärung verwendeten Vordruck (zum Beispiel für die ergänzende Erklärung REDDITI 2019 ist 2018 anzugeben);
- In **Spalte 3** das Guthaben, das aus der geringeren Schuld oder dem höheren Guthaben entsprechend der ergänzenden Erklärung hervorgeht, für die Fälle einer Korrektur von Kompetenz-Buchhaltungsfehlern, bezüglich des Steuersatzes, wofür keine Rückerstattung in derselben ergänzenden Erklärung beantragt wurde. Dieser Betrag muss im in Spalte 4 anzugebenden Guthaben nicht enthalten sein und er ist dem Betrag des sich aus der vorigen Erklärung ergebenden in der/dem dazu geeigneten Zeile/Feld der Übersicht/ des Abschnitts, wobei die entsprechende Steuer abgerechnet wird (z. B. im Fall von Überschuss IRPEF, in der Zeile RN36 der Übersicht RN), anzugebenden Steuerüberschusses hinzuzufügen. Das in der gegenständlichen Spalte angegebene Guthaben kann ab dem auf den Tag der Einreichung der ergänzenden Erklärung folgenden Tag bzw. ab dem zehnten auf den Tag der Einreichung der ergänzenden Erklärung folgenden Tag bei Beträgen, die 5.000 Euro übersteigen, und innerhalb des Endes des Steuerjahrs der gegenständlichen Erklärung, zum Ausgleich genutzt werden (gemäß Artikel 17 des Gesetzesdekrets Nr. 241 vom 9. Juli 1997).
- In **Spalte 4** das Guthaben, das aus der geringeren Schuld oder dem höheren Guthaben entsprechend der ergänzenden Erklärung hervorgeht,

für die verschiedenen Fälle als die Korrektur von Kompetenz-Buchhaltungsfehlern, für den Anteil, für den in der ergänzenden Erklärung selbst keine Rückerstattung beantragt wurde. Dieser Betrag trägt zur Abrechnung der entsprechenden Steuerschuld oder des Steuerguthabens bei, das aus der vorliegenden Erklärung hervorgeht. Das Ergebnis dieser Abrechnung ist in die Spalte 1 (im Fall einer Schuld) oder 2 (im Fall eines Guthabens) der entsprechenden Zeile des Abschnitts I der Übersicht Herr X übertragen. Wenn das in der vorliegenden Spalte angegebene Guthaben eine Abgabe betrifft, für die keine entsprechende Zeile im Abschnitt I der Übersicht RX vorhanden ist, oder für den in der entsprechenden Zeile keine Spalte 2 existiert, ist das genannte Guthaben in den Abschnitt II der Übersicht RX zu übertragen.

Wenn im Lauf des Jahres 2022 mehrere ergänzende Erklärungen zu verschiedenen Steuerzeiträumen eingereicht wurden, muss für jeden Abgabencode und den entsprechenden Steuerzeitraum eine eigene Zeile der vorliegenden Übersicht ausgefüllt werden.

Wenn ein einziger Vordruck zur Angabe der erforderlichen Daten nicht ausreicht, müssen weitere Vordrucke verwendet werden, wobei jeder von Ihnen getrennt zu nummerieren und die fortlaufende Nummerierung im Kästchen rechts oben einzutragen ist.

14. ÜBERSICHT RX - ERGEBNIS DER ERKLÄRUNG

Die Übersicht RX muss ausgefüllt werden, um die Steuerschulden oder Steuerguthaben anzugeben, sowie zur Angabe der Verwendungsmodalitäten der Guthaben und/oder der eventuellen Überschüsse der Saldozahlung.

Diese Übersicht besteht auf folgenden Teilen:

- Guthaben/Einzahlungsüberschüsse aus der vorliegenden Erklärung;
- Überschüsse aus der vorhergehenden Erklärung, die in den Übersichten dieses Erklärungsvordrucks keine Berücksichtigung finden;

Für Steuerguthaben und/oder für überschüssige Saldozahlungen kann die Rückerstattung beantragt werden, oder diese Beträge können im Sinne des Art. 17 des GvD Nr. 241/1997 für den Ausgleich oder als Verminderung der geschuldeten Steuer der Steuerzeiträume nach jenem, auf dem sich diese Erklärung bezieht, in Anspruch genommen werden. Es ist erlaubt, den Gesamtbetrag des Guthabens aufzuteilen, indem man für einen Teil eine Rückerstattung verlangt und einen anderen Teil als Ausgleich der Steuer verwendet.



Die Guthaben bezüglich der IRPEF, der regionalen und kommunalen Zusatzsteuer in Höhe von 12 Euro oder darunter sind weder zurückzahlbar noch im Ausgleich verwendbar. Die Guthaben zu den Ersatzsteuern und den anderen in der Übersicht RX angegebene Steuern in der Höhe von gleich oder weniger als 12 Euro sind nicht rückerstattbar.

Falls die Rückerstattung des Guthabens aus dieser Erklärung (Spalte 3 von Teil I) oder des Guthabens aus der vorhergehenden Erklärung (Spalte 4 von Teil II) beantragt werden soll, hat der Steuerzahler zur Verkürzung der Wartezeit auf die Rückerstattung die Möglichkeit, der Agentur der Einnahmen seine Bankkoordinaten direkt zu übermitteln. Der Antrag auf Rückerstattung kann online über die spezielle Anwendung auf der Website www.agenzia-entrate.gov.it gestellt werden (wer bereits für Telematikdienste registriert ist, kann dies über den Kanal Fisconline tun) oder unter Verwendung des entsprechenden Vordrucks (auf derselben Website verfügbar), das digital unterschrieben über PEC an jede Provinzdirektion der Agentur der Einnahmen gesendet oder in Papierform mit handschriftlicher Unterschrift abgegeben werden kann in einer beliebigen Geschäftsstelle der Agentur der Einnahmen unter Beifügung einer Kopie eines Ausweises (im letzteren Fall kann die Abgabe auch durch eine andere Person erfolgen, indem sie den für den Bevollmächtigten vorgesehenen Abschnitt des Formulars ausfüllt und eine Kopie eines Ausweises sowohl des Delegierenden als auch des Delegierten beifügt). Wenn keine Angaben zum Girokonto gemacht wurden, erfolgt die Rückzahlung mittels gesicherter Schuldverschreibungen die von Poste Italiane S.p.A. ausgegeben werden.



Die Höchstgrenze der Steuerguthaben beträgt, die die auf dem Steuerkonto erstattet und/oder verrechnet werden können Euro 700.000 für jedes Kalenderjahr im Sinne von Art. 17 des G.v.D. Nr. 241 von 1997.

ABSCHNITT I - Aus der vorliegenden Erklärung hervorgehende Schulden und/oder Guthaben und Überschüsse

Im vorliegenden Abschnitt müssen die Schulden und Guthaben in Bezug auf die Steuern angegeben werden, die aus der vorliegenden Erklärung hervorgehen, sowie die Überschüsse der Saldozahlung. Im Fall von Steuerguthaben und/oder Zahlungsüberschüssen müssen im selben Abschnitt außerdem die entsprechenden Verwendungsmodalitäten angegeben werden.

Mit Bezug auf die Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen, auf die regionale und kommunale Zusatzabgabe (Zeilen RX1 bis RX3) wird daran erinnert, dass der Betrag, für den die Rückzahlung und/oder der Ausgleich beantragt wird, nicht unter 12,00 Euro liegen darf (Art. 1 Absatz 137 Gesetz Nr. 266 vom 23.12.2005 und nachfolgende Änderungen). Somit dürfen, wenn die Summe der in den Spalten 1 und 2 einer jeden Zeile von RX1 bis RX3 angegebenen Beträge unter 12,00 Euro liegt, die Spalten 3 und 4 derselben Zeilen nicht ausgefüllt werden. Gleichfalls wird daran erinnert, dass der in jeder der Spalten 3 und 4 anzugebende Betrag nicht unter 12 Euro liegen darf.

In Bezug auf sonstige Steuern, darf der Betrag, dessen Erstattung (Spalte 3) beantragt wird, nicht unter 12,00 Euro liegen.

In der **Spalte 1** ist der Betrag der Steuerschuld als Ergebnis der jeweiligen Übersichten der vorliegenden Erklärung anzugeben.

Hinweis: Falls die Übersicht DI ausgefüllt ist, muss der Betrag, der in der vorliegenden Spalte der Zeilen, in denen die Spalte 2 vorhanden ist, einzutragen ist, um das Guthaben vermindert werden, das in Spalte 4 der Übersicht DI für jede entsprechende Steuer angegeben ist.

Wenn das Ergebnis dieser Berechnung negativ ist, ist die Spalte nicht auszufüllen; die Differenz muss jedoch ohne negatives Vorzeichen in die Spalte 2 eingetragen werden.

In der vorliegenden Spalte ist die Gesamtsumme der aus der Erklärung hervorgehenden Steuerschuld anzugeben und nicht der Betrag der ersten Rate.

In der **Spalte 1**, "Betrag der Steuerschuld entsprechend der vorliegenden Erklärung", sind die folgenden Beträge anzugeben:

- **Zeile RX1 (IRPEF):** Betrag der Zeile RN45;
- **Zeile RX2 (Regionale Zusatzsteuer IRPEF):** Betrag der Zeile RV7;
- **Zeile RX3 (Kommunale Zusatzsteuer IRPEF):** Betrag der Zeile RV15;
- **Zeile RX4 (Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen):** Betrag der Zeile RB11, Spalte 12;
- **Zeile RX7 (Ersatzsteuer auf ausländisches Kapital):** Betrag der Zeile RM12, Spalte 5;
- **Zeile RX8 (Ersatzsteuer auf Einkommen aus Kapital):** Betrag der Zeile RM13, Spalte 2;
- **Zeile RX9 (Ersatzsteuer Erträge aus Garantieeinlagen):** Betrag der Zeile RM16, Spalte 2;
- **Zeile RX10 (Ersatzsteuer Neubewertung der Abfindung):** Betrag der Zeile RM25, Spalte 40

- Zeile RX12 (Anzahlung auf Einkommen getrennter Besteuerung): Betrag RM14, Spalte 4, RM25, Spalte 21, RM25, Spalte 38, RM26, Spalte 4, RM27, Spalte 4;
- Zeile RX13 (Ersatzsteuer Neuanpassung Steuerbeträge): Betrag der Zeile RM28, Spalte 6;
- Zeile RX14 (Zusatzsteuer Bonus und Aktienoptionen): Betrag der Zeile RM29, Spalte 5;
- Zeile RX15 (Ersatzsteuer Einkommen aus Teilhaberschaft an ausländischen Unternehmen): Betrag der Zeile RM18, Spalte 5
- Zeile RX16 (Steuer Pfändung bei Dritten und beschlagnahmten Güter): Betrag RM24, Spalte 7 und RM31, Spalte 2;
- Zeile RX17 (Steuer gelegentlicher Bootsverleih): Betrag der Zeile RM30, Spalte 2;
- Zeile RX18 (Ersatzsteuern auf Privatunterricht RM- Abschnitt VII): der Betrag der Zeile RM32 Spalte 7;
- Zeile RX19 (Option für die Ersatzsteuer gemäß Art. 24-ter des TUIR - RM Abschnitt XVIII): der Betrag der Zeile RM37 Spalte 2;
- Zeile RX20 (Ersatzsteuer für finanzielle Wertzuwächse, Abschn. I, II, VI): Betrag der Zeile RT10 und Betrag der Zeile RT29;
- Zeile RX21 (Ersatzsteuern auf die Rücknahme von OICR-Anteilen gemäß Übersicht RM Abschnitt XIX): Betrag der Zeile RM38 ;
- Zeile RX25 (Steuer auf den Wert von im Ausland gelegenen Immobilien): Betrag der Zeile RW7, Spalte 5;
- Zeile RX26 (Steuer auf im Ausland getätigte Finanzaktivitäten): Betrag der Zeile RW6, Spalte 5;
- Zeile X31 (Ersatzsteuer von Subjekten, die am begünstigten Steuersystem für junge Unternehmer und Arbeiter im Stellenabbau teilnehmen und Steuerpflichtige die das pauschale Steuersystem in Anspruch nehmen): Betrag der Zeile LM46;
- Zeile RX33 (Ersatzsteuer Abzüge ohne Buchführung): Betrag der Zeile RQ18, Spalte 3;
- Zeile RX34 (Ersatzsteuer Wertzuwächse Güter/Unternehmen): Betrag der Zeile RQ5;
- Zeile RX35 (Ersatzsteuer Übertragungen SIQ/SIINQ): Betrag der Zeile RQ13, Spalte 2;
- Zeile RX36 (Ethiksteuer): Betrag der Zeile RQ49, Spalte 7;
- Zeile RX38 (Ersatzsteuer RQ Abt. XXIII-A und B): Betrag der Zeile RQ92 Spalte 1;
- Zeile RX39 (Ersatzsteuer Befreiung RQ Abt. XXIII C): Betrag der Zeile RQ93 Spalte 2;
- Zeile RX40 (Ersatzsteuer RQ Abt. XXV – ordinär): Betrag der Zeile RQ101 Spalte 1;
- Zeile RX41 (Ersatzsteuer RQ Abt. XXV – ermäßigt): Betrag der Zeile RQ101 Spalte 2.

In der Spalte 2 ist der Betrag des Guthabens als Ergebnis der jeweiligen Übersichten der vorliegenden Erklärung anzugehen. Falls die Übersicht DI ausgefüllt ist, muss der Betrag, der in der vorliegenden Spalte einzutragen ist, um das Guthaben erhöht werden, das in Spalte 4 der Übersicht DI für jede entsprechende Steuer angegeben ist.

In Spalte 2, „Guthabenbetrag aus dieser Erklärung“, sind folgende Beträge anzugeben:

- Zeile RX1 (IRPEF): der Betrag laut Zeile RN46 nach Abzug dessen, was für die Zahlung der Ersatzsteuer auf die höheren Werte verwendet wurde, die sich aus Einlagen beim CAF ergeben (Zeile RQ4);
- Zeile RX2 (Regionale IRPEF-Zusatzsteuer): der Betrag der Zeile RV8;
- Zeile RX3 (Kommunale IRPEF-Zusatzsteuer) der Betrag der Zeile RV16;
- Zeile RX4 (Definitive Ertragsteuer): der Betrag der Zeile RB11, Spalte 13;
- Zeile RX5 (Ersatzsteuer auf Produktivitätsprämien): Betrag der Zeile RC4, Spalte 10;
- Zeile RX15 (Ersatzsteuer auf Einkommen aus Beteiligungen an Auslandsunternehmen): Betrag der Zeile RM18, Spalte 6;
- Zeile RX16 (Steuer für Pfändung bei Dritten): Betrag der Zeile RM24, Spalte 8;
- Zeile RX18 (Ersatzsteuern auf Privatunterricht RM- Abschnitt VII): der Betrag der Zeile RM32 Spalte 8;
- Zeile RX20 (Ersatzsteuern für finanzielle Wertzuwächse): Betrag der Zeile RT103, Spalte 3;
- Zeile RX25 (Vermögenssteuer auf ausländische Immobilien): Betrag der Zeile RW7, Spalte 6;
- Zeile RX26 (Steuer auf die im Ausland gehaltenen finanziellen Vermögenswerte): Betrag der Zeile RW6, Spalte 6;
- Zeile X31 (Ersatzsteuer von Subjekten, die am begünstigten Steuersystem für junge Unternehmer und Arbeiter im Stellenabbau teilnehmen und Steuerpflichtige die das pauschale Steuersystem in Anspruch nehmen): Betrag der Zeile LM47;
- Zeile RX36 (Ethikabgabe): Betrag der Zeile RQ49, Spalte 8.

In Spalte 3, „Überschuss der Saldozahlung“, ist der Teil des eingezahlten Betrags anzugeben, der ggf. über den Betrag hinausgeht, der als Saldozahlung aufgrund der vorliegenden Erklärung zu entrichten war. Außerdem ist in dieser Spalte der eventuelle Guthabenbetrag in Bezug auf den Steuerzeitraum anzugeben, auf den sich diese Erklärung bezieht, das in einem höheren Umfang verrechnet wurde, als sich aus den entsprechenden Übersichten dieser Erklärung ergibt, oder in einem Umfang, der über dem Jahreshöchstbetrag von 700.000 Euro liegt, so wie vorgesehen von Art. 9, Absatz 2, des Gesetzesdekrets Nr. 35 von 2013, und das spontan weitergeleitet wurde entsprechend dem Verfahren laut Rundschreiben Nr. 48/E vom 7. Juni 2002 (Antwort zu Frage 6.1) und Beschluss 452/E vom 27. November 2008. Es wird darauf hingewiesen, dass der Betrag des weitergeleiteten Guthabens nach Abzug des Strafgeldes und der Zinsen angegeben werden muss, die ggf. als Rücktritt vom Versuch gezahlt wurden. Für jede Zeile muss die Summe der Beträge der Spalte 1 und der Spalte 2 unter den Spalten 3 und/oder 4 aufgeteilt werden, vorbehaltlich der Hervorhebungen mit der auf die Zeilen RX1 bis RX3 bezogenen Anleitung.

In Spalte 4 „Guthaben, dessen Rückerstattung beantragt wird“ ist das Guthaben, dessen Rückerstattung beantragt wird, anzugeben. Es wird darauf hingewiesen, dass jener Teil des Guthabens, der bis zum Einreichungsdatum dieser Erklärung bereits für den Ausgleich verwendet wurde, klarerweise nicht rückerstattet werden kann.

In Spalte 5 „Guthaben, das für den Ausgleich und/oder die Absetzung zu verwenden ist“ ist das Guthaben anzugeben, das im Sinne des GvD Nr. 241 vom 9. Juli 1997 im Vordr. F24 für den Ausgleich in Verminderung der für den Zeitraum nach jenem, der sich auf diese Erklärung bezieht, beansprucht wurde. Zum Beispiel ist beim IRPEF-Guthaben sowohl der Teil des Guthabens, das der Steuerzahler im Sinne des GvD Nr. 241/1997 mit Vordruck F24 ausgleichen möchte, als auch jener Teil des Guthabens anzugeben, den er als Verminderung der für das Jahr 2023 geschuldeten IRPEF-Akon-tozahlungen ausgleichen möchte. Im Vordr. F24 ist der Ausgleich nicht anzugeben. In dieser Spalte müssen die Beträge des Guthabens einschließlich der bereits beanspruchten Beträge angeführt werden.

Das in der vorliegenden Spalte angegebene Guthaben kann in Bezug auf den Teil, der eventuell aus der Spalte 4 der Übersicht DI hervorgeht, als Ausgleich verwendet werden, um die gereiften Steuerschulden zu bezahlen, ab dem Steuerjahr nach jenem, in dem die ergänzende Erklärung eingereicht wurde (Art. 2, Abs. 8-bis D.P.R. Nr. 322 von 1998, geändert durch den Art. 5 des Gesetzesdekrets Nr. 193 von 2016).



Wenn der Steuerpflichtige das Guthaben nicht im Ausgleich im F24 verwendet hat und das Guthaben nicht in der nachfolgenden Erklärung geltend macht oder wenn diese nicht vorgelegt wird, weil die Bedingungen für die Befreiung zutreffen, kann er die Rückzahlung beantragen, indem er einen entsprechenden Antrag bei den Behörden der Agentur der Einnahmen einreicht, die auf der Grundlage des Steuerwohnsitzes zuständig sind. Wenn der Steuerpflichtige im darauf folgenden Jahr keine Erklärung vorlegt, da die Bedingungen für die Befreiung zutreffen, kann er auf jeden Fall das betreffende Guthaben in der ersten, auf die vorgelegte folgende Erklärung angeben. Wenn sich bei einer automatisierten Kontrolle der Erklärung ein Zustehen eines höheren Überschusses als dem erklärten ergibt, nimmt die Agentur der Einnahmen nach einer Mitteilung an den Steuerpflichtigen die Rückerstattung dieser höheren Summen vor, es sei denn, dieser macht andere Angaben. In den Fällen, in denen ist es nicht möglich ist, mit Sicherheit das Zustehen des Guthabens festzulegen, übersendet die Agentur dem Steuerpflichtigen die übliche Mitteilung eines höheren Guthabens für seine Bestätigung bei den Ämtern.

ABSCHNITT II - Guthaben und Überschüsse aus den vorhergehenden Erklärungen

Dieser Abschnitt ist ausschließlich der Anwendung der Überschüsse und der Guthaben aus den vorhergehenden Besteuerungszeiträumen, die nicht in der ursprünglichen Übersicht erfasst werden können, vorbehalten, damit sie in der vorliegenden Erklärung Verwendung finden.

Die Abfassung dieses Teiles kann in den folgenden Fällen vorgenommen werden:

1. der Steuerzahler ist nicht mehr verpflichtet, eine oder mehrere Erklärungen bzw. einzelne Übersichten des Vordruckes REDDITI einzureichen, weshalb der Übertrag des Überschusses und dessen Anwendung nicht eingetragen werden kann. Dies trifft zum Beispiel für Steuerzahler zu, die ihre unternehmerische oder freiberufliche Tätigkeit innerhalb 31. Dezember 2021 beendet haben, eine MwSt.-Erklärung mit einem Saldoguthaben aufweisen und sich dafür entschieden haben, den Überschuss aus dem Vordruck REDDITI 2022 als Ausgleich für andere geschuldete Abgaben zu verwenden.
Es wird präzisiert, dass die aus der vorherigen Erklärung hervorgehende Überschüsse bezüglich der Einkommensteuer und der regionalen und kommunalen Zusatzsteuer nicht in diesem Abschnitt anzugeben sind, sondern in die Übersichten RN und RV zu übertragen sind, auch wenn der Steuerpflichtige kein der ordentlichen Besteuerung unterziehbares Einkommen besitzt (z.B. der Steuerpflichtige, der keine anderen Einkommen bezieht als die in der Übersicht LM angegebenen).
2. die vorhergehende Erklärung unterliegt aufgrund der überschüssigen Einzahlungen einer Richtigstellung zu Gunsten des Steuerzahlers, aber in dieser Übersicht ist der Übertrag des Guthabens nicht vorgesehen, was hauptsächlich in Bezug auf die Ersatzsteuer zutreffen kann. Dabei handelt es sich vor allem um Ersatzsteuern aus der Übersicht RQ, in der die Überschüsse in der Regel nicht vorgesehen sind;
3. bei Vorliegen von Einzahlungsüberschüssen, die der Steuerzahler nach Einreichung des Vordruckes REDDITI 2022 feststellt und/oder dem Steuerzahler von der Agentur der Einnahmen infolge der Verrechnung der Erklärung mitgeteilt worden sind, unter der Voraussetzung, dass diese Beträge nicht in die eigens vorgesehene Übersicht, auf welche sich die Steuerüberschüsse beziehen, oder im Abschnitt I der Übersicht RX angegeben werden können.

Dieser Abschnitt ist auch zu verwenden, wenn in der Übersicht DI die entsprechenden Guthaben zu Steuern angegeben werden, für die keine Darlegung im Abschnitt I vorgesehen ist.

In **Spalte 1**, „**Steuercode**“, ist beschränkt auf die Zeilen von **RX54 bis RX57** der Steuercode des Betrags oder des Guthabenüberschusses anzugeben, der aus dem vorhergehenden Jahr für die Steuern übertragen werden soll, die sich von denen unterscheiden, die ausdrücklich in den Zeilen von RX51 bis RX53 vorgesehen sind.

In **Spalte 2** „**Vorhergehender Überschuss bzw. Guthaben**“ ist der Gesamtbetrag des Steuerguthabens gemäß Spalte 4 der entsprechenden Zeile der Übersicht RX – Abschnitt 1 des Vordruckes REDDITI 2022 anzugeben. Weiters können in dieser Spalte die nach Einreichung der Erklärung REDDITI 2022 erhobenen Einzahlungsüberschüsse bzw. jene, die von der Agentur der Einnahmen infolge der Verrechnungserklärung anerkannt wurden, angegeben werden, unter der Voraussetzung, dass diese Beträge nicht in der eigens vorgesehenen Übersicht, auf welche sich die Steuerüberschüsse beziehen, oder im Abschnitt I der Übersicht RX angegeben werden können. Falls die Übersicht DI ausgefüllt ist, muss der Betrag, der in der vorliegenden Spalte einzutragen ist, um das Guthaben erhöht werden, das in Spalte 4 der Übersicht DI für jede entsprechende Steuer angegeben ist.

In **Spalte 3** „**Im Vordruck F24 verrechneter Betrag**“ ist der Gesamtbetrag des Guthabens oder des Überschusses aus der vorherigen Spalte 2 anzugeben, der im Sinne des Art. 17 des GvD Nr. 241/1997 innerhalb der Einreichungsfrist der vorliegenden Erklärung mit dem Vordr. F24 gänzlich als Ausgleich verwendet wurde. Die Differenz, welche zwischen dem in Spalte 2 angeführten Betrag und dem in Spalte 3 angeführten Betrag hervorgeht, muss in Spalte 4 und/oder Spalte 5 übertragen werden.

In **Spalte 4** „**Betrag, dessen Rückerstattung beantragt wird**“ ist der Gesamtbetrag des Guthabens anzugeben, für welchen man beabsichtigt, eine Rückerstattung zu beantragen. Was die Rückerstattung des Mehrwertsteuerguthabens betrifft, muss auch ein eigener Antrag an das zuständige Büro der Agentur Einnahmen gestellt werden. Was die Rückerstattungen der Guthaben der Vor- und Fürsorgebeiträge betrifft, muss ein eigenes Ansuchen beim Nationalinstitut für soziale Fürsorge (NISF / INPS) eingereicht werden. Es wird daran erinnert, dass der Betrag, für den die Rückzahlung beantragt wird, nicht unter 12,00 Euro liegen darf.

In **Spalte 5** „**Restbetrag, der zu verrechnen ist**“ ist der Gesamtbetrag des Guthabens anzuführen, das im Sinne des Art. 17 des GvD Nr. 241/1997 innerhalb der Einreichungsfrist der folgenden Erklärung mit Vordr. F24 für den Ausgleich zu verwenden ist. Zu diesem Zweck muss im Vordruck F24, auch wenn es sich um ein Guthaben vorhergehender Zeiträume handelt, der entsprechende Abgabencode und das Bezugsjahr 2021 angegeben werden. Durch die Angabe dieser Daten in dieser Übersicht wird die Gültigkeit des Guthabens wieder hergestellt und jenen Guthaben gleichgestellt, die im selben Zeitraum entstanden sind.

Es wird festgehalten, dass das in der vorliegenden Spalte angegebene Guthaben in Bezug auf den Teil, der eventuell aus der Spalte 4 der hervorgeht, als Ausgleich verwendet werden kann, um die gereiften Steuerschulden zu bezahlen, ab dem Steuerjahr nach jenem, in dem die ergänzende Erklärung eingereicht wurde (Art. 2, Abs. 8-bis D.P.R. Nr. 322 von 1998, geändert durch den Art. 5 des Gesetzesdekrets Nr. 193 von 2016).

ABSCHNITT III - Rückgewinn wiederzugewiesener Einbehalte

in Zeile RX58 ist folgendes anzugeben:

- in **Spalte 1** die überschüssigen Einbehalte, die aus der vorangegangenen Erklärung hervorgehen;
- in **Spalte 2** der in Spalte 1 angegebene Betrag, der innerhalb des Datums für die Einreichung der Erklärung zum Ausgleich von Steuern und Beiträgen mittels des Zahlungsvordruckes F24 gemäß Art. 17 des Gesetzesdekrets Nummer 2 141 von 1997 verwendet wurde;
- in **Spalte 3** den Gesamtbetrag der vom Familienbetrieb erfahrenen Einbehalte, welche die Mitarbeiter der Firma derselben wieder zugewiesen haben. Insbesondere, ist in der vorliegenden Spalte die Summe der Beträge aus den Zeilen RS6 Spalte 6 und RS 7 Spalte 6 aller ausgefüllten Vordrucke des 3. Hefts anzugeben;
- in **Spalte 4** das Guthaben, für das die Rückerstattung beantragt wurde. Es wird darauf verwiesen, dass natürlich die Rückerstattung bezüglich des bis zum Datum der Einreichung der vorliegenden Erklärung bereits verwendeten Ausgleichs nicht erfolgen kann;
- in **Spalte 5** das gemäß Gesetzesdekret Nr. 241 vom 9. Juli 1997 für den Ausgleich zu verwendende Guthaben (unter Verwendung des Vor-

drucks F24). In der vorliegenden Spalte müssen die Guthabenbeträge angegeben werden, wohl gemerkt abzüglich der bereits verwendeten Beträge. Wenn der Erklärende besagtes Guthaben in einem höheren Maße als 5.000 € in Anspruch nimmt (Art. 3, Absatz 1, Buchstabe a), des Gesetzesdekrets vom 24. April 2017, Nr. 50, umgewandelt, mit Änderungen, durch das Gesetz Nr. 96 vom 21. Juni 2017), dann ist auf der vorliegenden Erklärung ein Konformitätsstempel anzubringen (Rundschreiben Nr. 28/E vom 25. September 2014).

Es wird darauf hingewiesen, dass die Summe der in den Spalten 4 und 5 angegebenen Beträge nicht den Wert übersteigen darf, der sich aus folgender Rechnung ergibt: Spalte 1 - Spalte 2+ Spalte 3.

ABSCHNITT IV - Zeile RX 59

Dieser Abschnitt ist den Subjekten vorbehalten, die nicht zu Einreichung einer Mehrwertsteuer Erklärung verpflichtet sind und aufgrund von versäumten periodischen Mehrwertsteuerzahlungen für vorausgehende Jahre im laufenden Steuerjahr diese Zahlungen nachgeholt haben (beispielsweise im Anschluss auf Benachrichtigungen bezüglich Unregelmäßigkeiten), was zur Wiederherstellung des Mehrwertsteuerguthabens berechtigt, welches nicht aus der Erklärung der Jahre, auf die sich die Zahlungen beziehen, ergibt.

ANHANG (Die Posten werden in alphabetischer Reihenfolge genannt)

■ Kauf oder Bau neuer oder umgebaute Wohnungen zu Mietzwecken

Für den Kauf neu erbauter Immobilieneinheiten zu Wohnzwecken zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 31. Dezember 2017, die ab dem Datum des Inkrafttretens des Gesetzes Nr. 164 vom 11. November 2014 unverkauft sind und Maßnahmen zum Umbau, zur Restaurierung oder Sanierung zwecks Erhalt im Sinne von Art. 3, Absatz 1, Buchstaben d) und c) des Einheitstextes gemäß dem Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 380 vom 6. Juni 2001 unterzogen wurden, wird dem Käufer, der eine natürliche Person ist und keine kommerzielle Tätigkeit ausübt, ein Abzug vom Gesamteinkommen in Höhe von 20% des aus der Kaufurkunde resultierenden Kaufpreises der Immobilie bis zu einem Höchstbetrag von insgesamt 300.000 Euro sowie der Passivzinsen im Zusammenhang mit Darlehensverträgen für den Kauf dieser Immobilieneinheiten zuerkannt.

Als unverkauft gelten Immobilieneinheiten, die zum 12. November 2014 schon zur Gänze oder zum Teil gebaut waren, oder für die zum genannten Datum die Wohnbarkeitsbescheinigung unter jeglicher Bezeichnung ausgestellt war, sowie diejenigen, für die die vorbereitenden Maßnahmen zur Bebauung konkret begonnen wurden, wie die Übereinkunft zwischen Gemeinde und ausführendem Subjekt, oder ähnliche Abkommen unter jeglicher Bezeichnung gemäß der regionalen Gesetzgebung.

Der Absetzbetrag wird auch gewährt für die vom Steuerzahler getragenen Kosten für erbrachte Dienstleistungen im Zusammenhang mit Unternehmensverträgen für den Bau einer oder mehrerer Immobilieneinheiten zu Wohnzwecken auf bebaubaren Flächen, die der Steuerzahler vor Beginn der Bauarbeiten bereits besaß oder für die bereits Baurechte zuerkannt wurden. Für die Absetzung müssen die zuvor genannten Baukosten vom Unternehmen durch Rechnung bescheinigt werden, das die Arbeiten durchführt. Dieser Abzug wird für den Bau von Immobilieneinheiten, die bis zum 31. Dezember 2017 zu vollenden sind, zugestanden, für die die Wohnbarkeitsbescheinigung unter jeglicher Bezeichnung vor dem 12. November 2014 ausgestellt wurde. Der Abzug wird für belegte Ausgaben für den Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2014 und 31. Dezember 2017 zugestanden und wird in acht Jahresraten von gleicher Höhe ab dem Steuerzeitraum, in dem der Mietvertrag abgeschlossen wurde, aufgeteilt.

Der Abzug steht unter folgenden Voraussetzungen zu:

- die Immobilieneinheit innerhalb von sechs Monaten nach dem Kauf oder dem Datum der Ausstellung der Wohnbarkeitsbescheinigung, bzw. dem Datum der stillschweigenden Zustimmung gemäß Art. 25 des D. P. R. Nr. 380/2001 für mindestens acht Jahre zur ununterbrochenen Vermietung bestimmt wird; das Anrecht auf Abzug verfällt jedoch nicht, wenn aus Gründen, die nicht dem Vermieter zuzuschreiben sind, der Mietvertrag vor dem Ablauf des genannten Zeitraums aufgelöst wird und ein neuer Vertrag innerhalb von einem Jahr nach der genannten Auflösung des vorhergehenden Vertrags abgeschlossen wird; für Immobilien, die vor der Veröffentlichung des Dekrets des Ministeriums für Infrastruktur und Transport und des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen vom 8. September 2015 gekauft wurden, beginnt die Frist für den Abschluss des Mietvertrags am 3. Dezember 2015;
- dieselbe Immobilieneinheit muss Wohnzwecken dienen und darf nicht unter den Katasternkategorien A/1, A/8 und A/9 klassifiziert oder als solche klassifizierbar sein;
- die Immobilieneinheit darf nicht in einer homogenen E-Zone liegen, wie im Dekret des Ministeriums für öffentliche Aufträge Nr. 1444 vom 2. April 1968 definiert;
- die Immobilieneinheit muss der Energieklasse A oder B gemäß Anlage 4 der nationalen Bestimmungen bezüglich der energetischen Einstufung von Gebäuden angehören, gemäß dem Dekret des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung vom 26. Juni 2009, das im Amtsblatt Nr. 158 vom 10. Juli 2009 veröffentlicht wurde, bzw. gemäß den diesbezüglich geltenden regionalen Bestimmungen;
- der Mietzins darf nicht höher sein als jener, der in Art. 18 des Einheitstextes des Dekrets des Präsidenten der Republik Nr. 380 vom 6. Juni 2001 angegeben ist, bzw. nicht höher als der geringste Mietzins, der in Art. 2, Absatz 3 des Gesetzes Nr. 431 vom 9. Dezember 1998 definiert wurde, und nicht höher als jener, der im Sinne von Art. 3, Absatz 114 des Gesetzes Nr. 350 vom 24. Dezember 2003 festgelegt wurde;
- es dürfen keine verwandtschaftlichen Beziehungen ersten Grades zwischen dem Vermieter und dem Mieter bestehen;
- die Ausführung der Bauarbeiten in Übereinstimmung mit den genehmigten oder mitgeteilten Arbeiten überprüft wurde.

Natürliche Personen, die keine kommerzielle Tätigkeit ausüben, können die erworbenen Immobilieneinheiten mit den steuerlichen Vergünstigungen laut diesem Artikel auch unmittelbar beim Kauf oder auch vor Ablauf des Mindestzeitraums der Vermietung von acht Jahren öffentlichen oder privaten Rechtspersonen zur Nutzung überlassen, die seit mindestens zehn Jahren im Bereich der Sozialwohnungen tätig sind, wie im Dekret des Ministeriums für Infrastrukturen vom 22. April 2008 definiert, das im Amtsblatt Nr. 146 vom 24. Juni 2008 veröffentlicht wurde. Voraussetzung dafür ist, dass die Mietbindung zu denselben Bedingungen aufrechterhalten wird, wie in Absatz 4, Buchstabe e) des Gesetzesdekrets Nr. 133 vom 12. September 2014 definiert, und dass die auf jährlicher Basis berechnete Nutzungsgebühr den Betrag der Mietzinsen nicht übersteigt, die mit den vorgesehenen Modalitäten im genannten Absatz 4, Buchstabe e) berechnet werden.

Der absetzbare Betrag wird in acht jährliche, gleich hohe Raten aufgeteilt, und zwar ab dem Jahr, in dem der Mietvertrag abgeschlossen wurde. Der absetzbare

Betrag kann nicht gemeinsam mit anderen Steuervergünstigungen, die für dieselben Ausgaben in anderen gesetzlichen Bestimmungen vorgesehen sind, in Anspruch genommen werden.

Für weitere Informationen wird auf das Dekret des Ministeriums für Infrastruktur und Transport und des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen vom 8. September 2015, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 282 vom 3. Dezember 2015, verwiesen und auf das Rundschreiben der Agentur der Einnahmen Nr. 3 vom 2. März 2016.

■ Adoption von ausländischen Minderjährigen

Es können 50 Prozent der von Adoptiveltern für die Erfüllung der Adoptionsverfahren von ausländischen Minderjährigen getragenen Ausgaben, die im Gesamtbetrag von der ermächtigten Körperschaft, welche den Auftrag erhalten hat, das von den im Art. 3 des Gesetzes 476 von 1998 enthaltenen Bestimmungen geregelte Adoptionsverfahren vorzunehmen, bescheinigt werden, abgesetzt werden. Das Verzeichnis der ermächtigten Körperschaften wurde vom Ausschuss für internationale Adoptionen der Präsidentschaft des Ministerrats mit Beschluss vom 18. Oktober 2000, in der Sonderbeilage Nr. 179 zum Amtsblatt Nr. 255 vom 31. Oktober 2000 und nachfolgenden Änderungen veröffentlicht, verabschiedet. Das Verzeichnis der ermächtigten Körperschaften kann auf jeden Fall auf der Internetseite www.commissioneadozioni.it eingesehen werden. Es wird präzisiert, dass unter die absetzbaren Ausgaben auch jene Ausgaben bezüglich der Unterstützung, welche die Annehmenden erhalten haben, der Legalisierung oder Übersetzung der Unterlagen, des Visumsantrags, der Reisen, des Auslandsaufenthalts, des eventuellen Vereinigungsbeitrags im Falle des von Körperschaften vorgenommenen Verfahrens und der belegten Ausgaben für die Adoption des Minderjährigen fallen. Die in Auslandswährung getragenen Ausgaben müssen nach den Anweisungen in Kapitel „Vorinformationen“ umgerechnet werden.

■ Begünstigungen für Jungunternehmer im Bereich der Landwirtschaft

Art. 14, Absatz 3, des Gesetzes Nr. 441 vom 15. Dezember 1998, geändert durch Art. 66 des GD Nr. 1 vom 24. Januar 2012, sieht vor, dass die Aufwertung der Einkünfte aus Grundbesitz und Landwirtschaft (welche im Umfang vom 80 und 70 Prozent vorgesehen sind) hinsichtlich der Einkommenssteuern nicht auf die Steuerzeiträume angewendet wird, in denen die Grundstücke für die landwirtschaftliche Nutzung mit Verträgen von mindestens fünf Jahren Dauer an Personen verpachtet wurden, die:

- noch nicht das vierzigste Lebensjahr vollendet haben;
- selbstbewirtschaftende Landwirte oder berufliche landwirtschaftliche Unternehmer sind, auch in Form einer Gesellschaft. Im letzteren Fall muss die Mehrheit der Anteile oder des Gesellschaftskapitals von jüngeren Personen gehalten werden, die im Besitz der Qualifikation als selbstbewirtschaftender Landwirt oder beruflicher landwirtschaftlicher Unternehmer sind. Die Qualifikationen als selbstbewirtschaftender Landwirt oder beruflicher landwirtschaftlicher Unternehmer können innerhalb von zwei Jahren ab dem Abschluss des Pachtvertrags erworben werden.

Um den Anspruch auf die Nichtaufwertung des Einkommens aus Grundbesitz zwecks Einkommensteuern in Anspruch nehmen zu können, muss der Besitzer des verpachteten Grundstückes die erworbene Eigenschaft des Kleinbauern bzw. des landwirtschaftlichen Unternehmens des Pächters, bei sonstiger Fälligkeit der Begünstigung selbst, bescheinigen.

■ Landwirtschaftliche Tätigkeiten

Zwecks Festlegung des landwirtschaftlichen Ertrags werden als landwirtschaftliche Tätigkeiten betrachtet:

- die Tätigkeiten bezüglich des landwirtschaftlichen Anbaus und der Forstwirtschaft;
- die Tierzucht mit dem Futter, das mindestens für ein Viertel vom Grundstück stammt und die Tätigkeit aus dem Anbau von Pflanzen mittels unbeweglicher oder beweglicher bzw. provisorischer Strukturen besteht, falls die Fläche, die für diese Produktion vorgesehen ist, nicht das Doppelte des für den Anbau vorgesehenen Grundstück ausmacht;
- die Tätigkeiten laut drittem Absatz des Art. 2135 des Bürgergesetzbuches, die obwohl sie nicht auf dem Grundstück durchgeführt werden die Bearbeitung, Aufbewahrung, Umgestaltung, Vermarktung und Aufwertung von Produkten zum Gegenstand haben, die vorwiegend aus der Bebauung des Grundstückes bzw. dem Wald bzw. der Viehzucht stammen. Es handelt sich dabei um Güter die alle zwei Jahre mit Dekret des Ministers für Wirtschaft und Finanzen nach Vorschlag des Ministers für Landwirtschaft, Ernährungssoveränität und Forstwirtschaft ermittelt werden. Außerdem wird der Verkauf von Elektro- und Wärmeenergie aus erneuerbaren Landwirtschafts-, Forstwirtschafts- und fotoelektrischen Quellen, wie auch die Herstellung von Treibstoff aus Pflanzen und von chemischen Produkten, die aus landwirtschaftlichen Produkten stammen, welche vorwiegend auf dem Grund und Boden gewachsen sind, auch als Einkommen aus der Landwirtschaft betrachtet.

Falls die unter Buchstaben b) und c) erwähnten Tätigkeiten die festgelegten Grenzen überschreiten, wird der Einkommensanteil bezüglich dieser überschüssigen Tätigkeit, als Unternehmens Einkommen betrachtet, das aufgrund der im Teil I, Absatz II des Abschnittes II des TUIR angeführten Bestimmungen zu ermitteln ist.

Kann das in Artikel 2135 des Zivilgesetzbuches festgelegte Prävalenzkriterium aufgrund von Naturkatastrophen, epidemiologischen Ereignissen oder Tier- oder Pflanzenkrankheiten, die im Sinne von Artikel 6 des Gesetzesdekrets Nr. 102

vom 29. März 2004 für außergewöhnlich erklärt wurden, nicht eingehalten werden, behält der Landwirt bis zur Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Tätigkeit und in jedem Fall für einen Zeitraum von höchstens drei Jahren den Status eines "Landwirts", sofern er landwirtschaftliche Erzeugnisse aus dem Agrarsektor bezieht, in dem er tätig ist, und diese Erzeugnisse überwiegend von anderen Landwirten erworben werden.

Mit Bezug auf die Tätigkeiten, welche die Produktion von Pflanzen und Gewächsen (wie zum Beispiel Pflanzen, Blumen, Gemüse, Pilze usw.) zum Gegenstand haben, wird darauf aufmerksam gemacht, dass bei der Überprüfung der Voraussetzung, die unter Buchst. b) angeführt ist, zwecks Berechnung der Produktionsfläche, auf jene Bezug genommen werden muss, auf welcher die Produktion selbst stattfindet (Stellagen bzw. Paletten) und nicht auf jene, welche sich innerhalb der Struktur befinden. Wird der Grund nicht zum Anbau in Anspruch genommen, fallen nur jene Tätigkeiten unter die landwirtschaftlichen Produktion, die nicht auf mehr als zwei Stellagen bzw. Paletten stattfinden.

■ **Gemeinden mit einer hohen Wohndichte**

Im Rahmen des Durchführungsbereiches der Begünstigungen, welche von Artikel 8 des Gesetzes Nr. 431 von 1998 vorgesehen sind, werden ausschließlich jene Immobilien in Betracht gezogen, die aufgrund eines eigenen Abkommens mit einem konventionierten Mietzins vermietet worden sind und von jenen Einrichtungen der Besitzer und der Mieter abgeschlossen worden sind, welche auf Nationaler Ebene am meisten vertreten sind; die Immobilien müssen sich weiters in den, in Art. 1 des GD Nr. 551 vom 30. Dezember 1988, umgewandelt mit Änderungen in Gesetz Nr. 61 vom 21. Februar 1989 und weitere Änderungen, angeführten Gemeinden befinden. Es handelt um Immobilien, welche sich in den folgenden Ortschaften befinden:

- in den Gemeinden Bari, Bologna, Catania, Florenz, Genua, Mailand, Neapel, Palermo, Rom, Turin und Venedig, oder in den angrenzenden Gemeinden;
- in anderen Provinzhauptstädten;
- in den Gemeinden, die als dicht besiedelt gelten, die im Beschluss CIPE vom 30. März 1985, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 143 vom 19. Juni 1985, aufgezählt werden und die nicht in den vorherigen Punkten enthalten sind;
- in den Gemeinden gemäß dem Beschluss CIPE vom 8. April 1987, Nr. 152, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 93 vom 22. April 1987, die nicht in den vorherigen Punkten enthalten sind;
- in Gemeinden, wie im Beschluss der CIPE vom 13. November 2003, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 40 vom 18. Februar 2004, welche in den vorhergehenden Punkten nicht einbezogen sind;
- in den Gemeinden der Region Kampanien und Basilikata, welche in den ersten achtziger Jahren von Erdbeben betroffen wurden.

Der oben genannte Art. 8 des G. Nr. 431/98, Absatz 4 sieht vor, dass die CIPE jedes zweite Jahr die Liste der Gemeinden mit hoher Wohndichte auf den neuesten Stand bringt. In dieser Hinsicht ist darauf hinzuweisen, dass in Folge der periodischen Richtigstellungen der CIPE, die Gemeinde in welcher die Immobilie liegt, nicht mehr unter die Gemeinden mit hoher Wohndichte eingestuft werden kann und der Vermieter nicht mehr die Steuerbegünstigungen in Anspruch nehmen kann, die bereits ab Beginn des Steuerzeitraumes, im Laufe dessen der Beschluss der CIPE in Kraft tritt, vorgesehen sind.

■ **Steuerguthaben für nicht bezogene Mietzinsen**

Art. 26 des TUIR sieht dass für Steuern auf den Mietzins, die bezahlt, aber nicht bezogen wurden und sich durch die Ermittlung im Streitverfahren über die Mietkündigung wegen Zahlungsverzug des Mieters ergeben, ein Steuerguthaben in gleicher Höhe zuerkannt wird. Für die Ermittlung des zustehenden Steuerguthabens müssen die zuviel bezahlten Steuern der nicht bezogenen Mieten berechnet werden, indem die Steuererklärung für jedes einzelne Jahr, das bei der Ermittlung des Streitverfahrens über die Mietkündigung wegen Zahlungsverzug des Mieters festgestellt wird und für welches die Mehrsteuern auf nicht kassierte Mietzinsen gezahlt wurden, neu verrechnet wird.

Bei der Neuverrechnung ist folgendes zu beachten:

- der Katasterertrag der Immobilien;
- etwaige von den Ämtern durchgeführte Richtigstellungen und Feststellungen. Zwecks Berechnung des zustehenden Steuerguthabens, ist die Höhe des entrichteten Beitrages an den Nationalen Gesundheitsdienst nicht von Bedeutung.

Wird der ganze Betrag bzw. ein Teil der Miete bezogen, für den das Steuerguthaben, wie oben festgesetzt, in Anspruch genommen wurde, entsteht die Verpflichtung, mit den Einkünften die der gesonderten Besteuerung unterliegen (falls nicht ausdrücklich die ordentliche Besteuerung gewählt wurde) das neu ermittelte steuerpflichtige Mehreinkommen zu erklären, *auch bei einem Mietvertrag, für den der Steuerzahler die Wahl der definitiven Ersatzsteuer gewählt hat.*

Dieses Steuerguthaben kann in der ersten Einkommenserklärung nach Abschluss des Rechtsprechungsverfahrens über die Mietkündigung wegen Zahlungsverzug des Mieters aber in keinem Fall nach dem ordentlichen Termin der zehnjährigen Verjährung, eingetragen werden.

Möchte der Steuerzahler das Steuerguthaben nicht im Rahmen der Steuererklärung in Anspruch nehmen, hat er die Möglichkeit bei den zuständigen Finanzämtern innerhalb den oben angeführten Verjährungsterminen, einen entsprechenden Rückerstattungsantrag zu stellen.

Mit Hinsicht auf die Steuerzeiträume, auf welche bei der Wiederermittlung der Steuer und dem daraus folgenden Steuerguthaben Bezug genommen werden kann, ist der ordentliche Verjährungstermin von zehn Jahren gültig. In der Zwischenzeit kann die genannte Berechnung mit Bezug auf die Erklärungen der Vorjahre, aber nicht nach jenen für das Jahr 2012, durchgeführt werden, unter der Voraussetzung, dass für jedes dieser Jahre der Zahlungsverzug des Mieters im Zusammenhang mit dem Rechtsprechungsver-

fahren über die Kündigung, das innerhalb 2022 abgeschlossen wurde, festgestellt worden ist.

■ **Steuerguthaben aus dem Vordr. 730, die vom Steuersubstitut nicht rückerstattet wurden**

Falls der Steuerzahler im Jahr 2022 den Steuerbeistand beansprucht hat und die zustehenden IRPEF - Guthaben weder gänzlich noch teilweise rückerstattet wurden (da das Arbeitsverhältnis aufgelöst oder unzureichende Einbehalte getätigt wurden oder aus sonstigen Gründen), können diese Guthaben von der geschuldeten IRPEF - Steuer, die aus der vorliegenden Erklärung hervorgeht abgezogen werden.

Gleichfalls kann, im Falle einer nicht durchgeführten Rückerstattung von Seiten des Steuersubstituten aufgrund des Ablebens des Steuerzahlers, das IRPEF-Guthaben in der Erklärung, die von den Erben für den Verstorbenen eingereicht wird, in Abzug gebracht werden.

Der in Zeile **RN36, Spalte 2** anzugebende Betrag, der für das IRPEF-Guthaben steht, ist unter Punkt 64 der einheitlichen Bescheinigung (für den Erklärer) und unter Punkt 264 der einheitlichen Bescheinigung (für den Ehepartner) ausgewiesen.

■ **Außerordentliche Ereignisse**

Für Subjekte, deren Fristen für die steuerlichen Verpflichtungen ausgesetzt wurden, werden mit folgenden Codes gekennzeichnet:

1 - **Opfer von Erpressungen und Wucherern**

Subjekte, welche eine Unternehmer- oder Handelstätigkeit, eine handwerkliche Tätigkeit oder eine wirtschaftliche Tätigkeit bzw. einen Kunst- oder Freiberuf ausüben und auf eine Erpressung nicht eingegangen sind oder überhaupt nicht reagiert haben und demzufolge einen Schaden an beweglichen oder unbeweglichen Gütern im Staatsgebiet erlitten haben. Für die Opfer dieser Erpressungen sieht Artikel 20, Absatz 2, des Gesetzes Nr. 44 vom 23. Februar 1999 einen Fristaufschub der Fälligkeiten der Steuerpflichtigkeiten, die innerhalb eines Jahres ab dem Datum des schädigenden Ereignisses einzuhalten wären, von drei Jahren vor, was sich auch auf das Einreichungsdatum der Jahreserklärung auswirkt.

2 - **Personen, die von den außergewöhnlichen Ereignissen vom 26. November 2022 betroffen sind, die sich im Gebiet der Gemeinden Casamicciola Terme und Lacco Ameno auf der Insel Ischia ereignet haben**

Für Personen, die am 26. November 2022 ihren Wohnsitz, ihren Sitz oder ihre Niederlassung im Gebiet der Gemeinden Casamicciola Terme und Lacco Ameno auf der Insel Ischia hatten, die von den außergewöhnlichen Ereignissen im Gebiet der genannten Gemeinden betroffen waren, wurden durch Artikel 1 des Gesetzesdekrets Nr. 186 vom 3. Dezember 2022 die Fristen für die Erfüllung der Steuerpflicht und die fälligen Zahlungen vom 26. November 2022 bis zum 30. Juni 2023 ausgesetzt.

99 - **Von anderen außergewöhnlichen Ereignissen betroffene Subjekte**

Für den Fall, dass das Subjekt nicht unter den aufgeführten Codes vorgesehene Erleichterungen genutzt hat, muss Code 99 in dem entsprechenden Kästchen angeben.

■ **"Zu Lasten lebende Familienangehörige" – Sonderfälle bei der Abfassung des Kästchens F1**

Die folgenden Beispiele zeigen einige Sonderfälle:

1. **Bei zwei zu Lasten lebenden Kindern, wovon das erste Kind mit 21 oder mehr Jahren am 31. Juli 2022 geheiratet hat und ab diesem Datum zu Lasten des Ehepartners lebt.**

Im betreffenden Fall ist das zweite, jüngere Kind steuerlich gesehen für die ersten sieben Monate des Jahres als „zweites Kind“ anzusehen, während es für die nächsten fünf Monate des Jahres als „erstes Kind“ ausgewiesen wird, wenn es 21 Jahre alt oder älter ist. Deshalb sind bei der Abfassung der Übersicht „Familienangehörige zu Lasten“ zwei Kästchen F1 zu verwenden und demzufolge zwei getrennte Übersichten des genannten Vordruckes abzufassen. Eine Übersicht dient der Angabe der ersten Zeitspanne, wobei die Steuernummer des verheirateten Kindes und die Anzahl der Monate (7) bis zu diesem Datum anzugeben sind. Die zweite Übersicht dient der Angabe der zweiten Zeitspanne, wobei die Steuernummer des anderen Kindes, das weiterhin steuerlich zu Lasten lebt und die Anzahl der Monate (5), in welchen dieses Kind als „erstes Kind“ angesehen wird, anzugeben sind. Wenn das zweite Kind unter 21 Jahren ist, werden ab dem 1. März 2022 für diese Kinder keine Unterhaltsabzüge mehr gewährt, und es muss nur noch ein Feld F1 und somit auch nur noch eine Tabelle des Vordruckes ausgefüllt werden. Insbesondere muss in Zeile 2 der Übersicht der unterhaltsberechtigten Familienangehörigen zusätzlich zum Ankreuzen des Feldes F1 in Spalte 4 die Steuernummer des verheirateten Kindes angegeben werden. In Spalte 5 ist die Anzahl der Monate anzugeben, in denen das Kind unterhaltsberechtig ist (7), in Spalte 9 die Zahl 2 und in Spalte 10 die Zahl 5. In Spalte 3 ist das Feld F zu kreuzen und in Spalte 7 ist der Prozentsatz des zustehenden Abzugs anzugeben. In Spalte 4 ist die Steuernummer des zweiten Kindes einzutragen, in Spalte 5 die Anzahl der Monate, in denen es unterhaltsberechtig war (12), und in Spalte 9 die Zahl 2, weil es in den Monaten Januar und Februar unterhaltsberechtig war. Spalte 10 ist nicht auszufüllen, da ab März für das Kind keine Abzüge mehr zustehen. Wenn das zweite Kind das ganze Jahr über weniger als drei Jahre alt war oder im Laufe des Jahres 2022 drei Jahre alt geworden ist, muss auch Spalte 6 der Zeile 3 der Übersicht der unterhaltsberechtigten Familienangehörigen ausgefüllt werden, und zwar mit der Angabe 2, wenn es das ganze Jahr über weniger als drei Jahre alt war oder ab Februar drei Jahre alt wurde; geben Sie 1 an, wenn das Kind im Januar drei Jahre alt wurde. Wenn das zweite Kind im Jahr 2022 geboren wurde, muss Spalte 6 der Zeile 3 nur ausgefüllt werden, wenn es im Januar (Angabe 2) oder Februar (Angabe 1) geboren wurde.

2. Steuerzahler mit nur einem Kind, das steuerlich in den ersten 4 Monaten des Jahres zu 50% und in den folgenden 8 Monaten des Jahres 100% zu Lasten lebt.

Falls es während 2022 zu einer Änderung des zustehenden absetzbaren Prozentsatzes kam, sind bei der Abfassung der Übersicht „Familienangehörige zu Lasten“ die im vorhergehenden Fall beschriebenen Modalitäten zu befolgen, das heißt, es sind zwei getrennte Übersichten für die verschiedenen Zeiträume abzufassen.

In diesen Übersichten sind jeweils die Steuernummer des zu Lasten lebenden Kindes und in Kästchen F1 der ersten Übersicht die Anzahl der Monate (4) und der entsprechende zustehende Prozentsatz (50%) und in Kästchen F1 der zweiten Übersicht die Anzahl der Monate (8) sowie der entsprechende zustehende Prozentsatz (100%) anzugeben.

Ist das Kind während des gesamten Jahres 2022 unter 21 Jahre alt, ist Spalte 9 nur in der ersten Übersicht auszufüllen, wobei die Nummer 2 anzugeben ist. Ist das Kind während des gesamten Jahres 2022 21 Jahre oder älter, ist Spalte 10 ebenfalls in beiden Übersichten auszufüllen.

3. Steuerzahler mit zwei Kindern, dessen zu Lasten lebender Ehepartner im Juli des Jahres 2022 verstorben ist.

Im betreffenden Fall können für das erste zu Lasten lebende Kind im Lauf des Jahres zwei Absetzungen zustehen, und zwar jene in Bezug auf das erste Kind für den Zeitraum, währenddessen der Ehepartner noch gelebt hat, und jener für den Zeitraum nach dem Ableben des Ehepartners.

Da der Ehepartner nur in den ersten Monaten des Jahres gelebt hat, ist bei der Abfassung der Übersicht „Familienangehörige zu Lasten“ zu beachten, dass in der für den Ehepartner vorgesehenen Zeile der genannten Übersichten die Steuernummer des zu Lasten lebenden Ehepartners und die Anzahl der Monate, in denen dieser gelebt hat (in diesem Fall 7), in der Spalte „Monate zu Lasten“ anzugeben sind.

Für das erste Kind sind zwei Zeilen auszufüllen: In der ersten Zeile ist das erste Kind zu berücksichtigen, indem das Kästchen F1 angekreuzt und die Ziffer „7“ in der Spalte für die Angabe der Monate der zu Lasten lebenden Familienmitglieder eingetragen wird. In der zweiten Zeile ist im Kästchen „Prozentsatz“ der Buchstabe „C“ und in der Spalte für die Angabe des Zeitraums, in dem die Absetzung zu steht, die Anzahl der Monate, die dem zweiten Zeitraum des Jahres entsprechen (in diesem Fall 5) anzugeben.

Für das zweite Kind ist hingegen nur eine Zeile abzufassen, in der die Ziffer „12“ anzugeben ist, die den Monaten entspricht, in denen dieses Kind zu Lasten gelebt hat, da bei diesem Kind im Lauf des Jahres 2022 keine steuerlichen Veränderungen eingetreten sind.

■ Nicht benutzbare Immobilien

Bei Immobilieneinheiten, die wegen festgestellter physischer Degradierung (eingestürzte, einsturzgefährdete oder baufällige Immobilien) und wegen funktioneller, struktureller und technologischer Veralterung (die durch Instandhaltungsarbeiten nicht behoben werden kann) unzugänglich sind, kann eine neue Katastererfassung durchgeführt werden, die das Fehlen der Bedingungen bestätigt, welche die ordentliche Zweckbestimmung der Immobilieneinheit begründen. Demzufolge ergibt sich auch eine Änderung der Katastereintragung dieser Immobilieneinheit.

Dieses Verfahren besteht darin, bis zum 31. Januar bei den zuständigen Dienststellen der Agentur der Einnahmen eine Änderungsmeldung zusammen mit einer Bescheinigung der Gemeindeämter bzw. einer anderen zuständigen Behörde einzureichen, die sowohl für das Jahr, in dem die Meldung vorgelegt wird, als für darauffolgenden Jahre gültig ist; dies natürlich immer unter der Voraussetzung, dass die Immobilieneinheit tatsächlich nicht benutzt wird. Diejenigen, die ein solches Verfahren eingeleitet haben, müssen in der Spalte 7 der Übersicht RB den Code 3 in Bezug auf die Sonderfälle angeben und außerdem in Spalte 1 den neuen Katasterertrag angeben, der von den zuständigen Dienststellen der Agentur der Einnahmen zugewiesen wurde, andernfalls ist der vermutete Katasterertrag anzugeben.

Falls der Steuerzahler das Änderungsverfahren nicht in die Wege geleitet hat, so ist der Ertrag dieser Immobilieneinheiten gemäß den ordentlichen Kriterien zu besteuern.

Die Einreichungspflicht dieser Meldung ist nicht gegeben, wenn die Immobilie durch unheilvolle Ereignisse zerstört oder nicht mehr benutzt werden kann und die ganze bzw. teilweise Unbenutzbarkeit in einer Bescheinigung der Gemeinde bestätigt wird. Hat sich das Erdbeben im Laufe des Jahres 2022 ereignet, müssen zwei Zeilen für dieselbe Immobilie abgefasst werden: eine für den Zeitraum vor dem Datum des Ereignisses und eine andere für die Periode nach dem Ereignis (bis zur endgültigen Wiederherstellung und Benutzbarkeit der Immobilie), wobei in Spalte 7 der Code 1 angeführt und das Kästchen der Spalte 8 angekreuzt werden muss, damit bestätigt wird, dass es sich um dasselbe Gebäude handelt.

■ Landwirtschaftliches Einzelunternehmen, Familienunternehmen bzw. von Ehepartnern in Gemeinschaftsform geführtes Unternehmen

Der Inhaber des landwirtschaftlichen Einzelunternehmens, welcher landwirtschaftliche Tätigkeiten ausübt, die im Artikel 2135 des ZGB angeführt sind, auch infolge der Umänderung der stillen Familiengemeinschaften gemäß Art. 230-bis, letzter Absatz des ZGB und der faktischen Gesellschaften, muss den Vordruck REDDITI einreichen, indem er in der Übersicht RA den gesamten landwirtschaftlichen Ertrag des Grundstücks, in dem die landwirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt wird und den eventuell zustehenden Anteil am Grundstücksertrag anführen muss. Die anderen Miteigentümer geben in ihrer Erklärung den alleinigen Anteil der Grundeinkünfte an.

Bei Gründung eines Familienunternehmens gemäß den Modalitäten, die von Art. 5, Absatz 4 des TUIR vorgesehen sind, muss der Inhaber dieses Unternehmens den zustehenden Anteil des Einkommens aus der Landwirtschaft, aufgrund der Angaben aus dem Gründungsakt des Familienunternehmens und den eventuellen zustehenden Anteil am Grundstücksertrag anmelden.

Im Falle von Umwandlungen hat die Erklärung für den gesamten Steuerzeitraum Wirkung und demzufolge muss in der Übersicht RA eine einzige Zeile ausgefüllt werden. Der Inhaber des Unternehmens muss weiters, unter Verwendung der Übersicht RS des Heftes 3, in derselben Erklärung den beteiligten Familienangehörigen den Anteil an der Gewinnbeteiligung, aufgrund der Angaben aus dem Gründungsakt des Familienunternehmens, zuschreiben. Er muss zudem am Ende der Übersicht bescheinigen, dass die Anteile dem Verhältnis zur Qualität und Quantität der tatsächlich im Unternehmen und im Steuerzeitraum auf dauerhafter und vorwiegender Art geleisteten Arbeit, entsprechen.

Die anderen Mitglieder des Familienunternehmens, die den Vordruck REDDITI einreichen, müssen in Übersicht RH den zustehenden Anteil am landwirtschaftlichen Ertrag, der die 49 Prozent nicht überschreiten darf und den eventuellen zustehenden Anteil am Grundstücksertrag, in Übersicht RA angeben.

Der Inhaber des landwirtschaftlichen Unternehmens, das nicht in Gesellschaftsform geführt wird, muss in Übersicht RA, 50 Prozent des landwirtschaftlichen Ertrages sowie den eventuellen zustehenden Anteil am Grundstücksertrag angeben. Der Ehepartner muss 50 Prozent des landwirtschaftlichen Ertrags in Übersicht RH und den eventuellen zustehenden Anteil am Grundstücksertrag, in Übersicht RA anführen.

■ Zweckdienliche Arbeiten im sozialen Bereich, die begünstigt sind

Artikel 52, Buchst. d-bis) des TUIR, sieht für Entgelte von natürlichen Sozialarbeitern, besondere Regelungen vor und zwar für jene Personen, welche das Alter für die Altersrente gemäß den geltenden Rechtsvorschriften erreicht haben und nach Abzug des Absetzbetrages für die Hauptwohnung und der entsprechenden Zubehöre, ein Gesamteinkommen von nicht mehr als 9.296,22 Euro beziehen.

Diese Einkünfte unterliegen im Sinne des Art. 24, Absatz 1-bis des DPR Nr. 600/73 dem Steuerreinbehalt und zwar für den Steuersatz, der für die erste Einkommensstaffel vorgesehen ist und den Betrag von 3.098,74 Euro übersteigt. Für die korrekte Ermittlung des Betrages des Gesamteinkommens, der in Spalte 4 der Zeile RN1 zu übertragen ist, muss die Übersicht wie folgt abgefasst werden:

1 Gesamteinkommen, das in der zusammenfassenden Übersicht der Einkünfte und der Einbehalte berechnet wurde	,00
2 Betrag aus Spalte 4 der Zeile RC5	,00
3 Differenzbetrag Zeile 1 – Zeile 2	,00
4 Absetzung für die Hauptwohnung samt Zubehör	,00
5 Differenzbetrag Zeile 3 – Zeile 4	,00

In der Zeile 1 das Gesamteinkommen eintragen, dass in der „Zusammenfassenden Übersicht der Einkommen und Einbehalte“ angegeben wurde; den Betrag der Spalte 4 der Zeile RC5 in die Zeile 2 übertragen. Diesen Betrag vom Betrag laut Zeile 1 abziehen und die Differenz in Zeile 3 angeben. In Zeile 4 den Betrag des Abzugs für die Hauptwohnung und ihr Zubehör eintragen; diesen Betrag vom Betrag laut Zeile 3 abziehen. Das Ergebnis der Differenz in Zeile 5 eintragen.

A) Ist das Ergebnis (Zeile 5) höher als 9.296,22 Euro und kann daher das vergünstigte Steuersystem nicht in Anspruch genommen werden, entspricht das in Spalte 5 der Zeile RN1 zu übertragende Gesamteinkommen demjenigen, das in der „Zusammenfassenden Übersicht der Einkommen und Einbehalte“ berechnet (und in Zeile 1 übertragen) wurde.

Der Betrag der in Zeile RN33 Spalte 4 anzugebenden Einbehalte entspricht dem Gesamtbetrag der Einbehalte, der unter Verwendung der zusammenfassenden Übersicht der Einkommen und Einbehalte berechnet wurde.

Der Betrag der von den Vergütungen einbehaltenen und in Zeile RC12 angegebenen regionalen Zusatzsteuer muss zu den Zusatzsteuern addiert werden, die ggf. von anderen Einkünften einbehalten wurden, und in Zeile RV3 Spalte 3 eingetragen werden.

B) Ist das Ergebnis (Zeile 5) gleich bzw. niedriger als 9.296,22 Euro und wird das begünstigte Steuersystem in Anspruch genommen, entspricht das in Spalte 5 der Zeile RN1 anzugebende Gesamteinkommen demjenigen, das in Zeile 3 angegeben ist.

Der Betrag der in Zeile RN33 Spalte 4 einzutragenden Einbehalte entspricht der Differenz zwischen den Gesamteinbehalten, die in der „Zusammenfassenden Übersicht der Einkommen und Einbehalte“ berechnet wurden, und dem in Zeile RC11 angegebenen Einbehalt.

Der in Zeile RC12 angegebene Betrag der regionalen Zusatzsteuer ist nicht in der Zeile RV3 Spalte 3 einzutragen.

▣ **Vordruck 730 und Ausfüllung einiger Übersichten des Vordrucks REDDITI natürliche Personen**

Steuerzahler, die den Vordruck 730/2023 eingereicht haben, müssen mit dem Titelblatt des Vordr. REDDITI/2023 auch folgendes einreichen:

- ▣ die **Übersicht RM des Vordr. REDDITI/2023 Natürliche Personen:**
- ▣ wenn Sie im Jahr 2022 Einkünfte aus Kapitalvermögen im Ausland bezogen haben, für welche im Sinne der italienischen Gesetzgebung kein Steuereinkommen vorzunehmen wurde bzw. Zinsen und sonstige Einnahmen aus Schuldscheinen und ähnlichen, öffentlichen und privaten Wertpapieren, für welche keine Ersatzsteuer, vorgesehen vom GvD Nr. 239 vom 1. April 1996 und folgende Abänderungen, auferlegt wurde;
- ▣ wenn sie im Jahr 2022 von Subjekten, die keine Steuersubstituten sind, Abfertigungen für die Auflösung von Dienstverhältnissen bezogen haben;
- ▣ wenn sie im Jahr 2022 Einnahmen aus Garantiedepots, für welche im Sinne des Art. 7, Absätze von 1 bis 4 der GV Nr.323/1996, umgewandelt von Gesetz Nr.425/1996, eine Ersatzsteuer von 20% geschuldet ist;
- ▣ wenn sie im Jahr 2022 Einkünfte aus dem nicht gewohnheitsmäßigen Verleih von Freizeitbooten und -schiffen bezogen haben, die der Ersatzsteuer von 20% unterzogen wurden.
Die Übersicht RM muss außerdem zur Angabe der Daten bezüglich der 2022 vorgenommenen Neubewertung des Werts der Grundstücke vorgelegt werden (Art. 5 des Gesetzes Nr. 448 von 2001 und Art. 2 des GD Nr. 282 von 2002 und nachfolgenden Änderungen).
- ▣ die **Übersicht RT des Vordr. REDDITI/2023 Natürliche Personen:** wenn sie im Jahr 2022 Mehrwerte aus qualifizierten und nicht qualifizierten Beteiligungen haben, mit Ausnahme derjenigen aus dem Verkauf von Beteiligungen an Gesellschaften, die in Ländern oder Gebieten mit privilegiertem Steuerstatus ansässig sind, deren Wertpapiere nicht auf geregelten Märkten gehandelt werden, und anderer Einkünfte anderer finanzieller Art, falls sie sich nicht für das System mit Steuersubstitut oder das System mit Finanzdienstleister entschieden haben.
Zusätzlich zum Vordruck 730 kann die Übersicht RT von Steuerzahlern eingereicht werden, die im Jahr 2022 nur Minderwerte aus qualifizierten und/oder nicht qualifizierten Beteiligungen und Verluste aus Verbindungen erzielt haben, aus denen sonstige Einkünfte nicht finanzieller Natur erzielt werden können und vorhaben, diese auf die folgenden Jahre zu übertragen. Die Übersicht RT muss außerdem zur Angabe der 2022 vorgenommenen Neubewertung des Werts der Beteiligungen vorgelegt werden (Art. 7 des Gesetzes Nr. 448 von 2001 und Art. 2 des GD Nr. 282 von 2002 und nachfolgenden Änderungen);
- ▣ die **Übersicht RW**, falls sie im Jahr 2022 Investitionen im Ausland gemacht bzw. Tätigkeiten finanzieller Natur im Ausland ausgeübt haben. Schließlich muss zur Berechnung der Steuer auf den Wert der im Ausland gelegenen Immobilien und der Steuer auf die im Ausland gehaltenen Tätigkeiten und in den Fällen, in denen die Steuer nicht geschuldet ist, aber die Übersicht jedenfalls zum Zweck der Steuerüberwachung auszufüllen ist (Art. 1 Abs. 16 Gesetz Nr. 208 von 2015), die Übersicht RW von den Steuerpflichtigen vorgelegt werden, die Eigentümer oder Inhaber eines anderen dinglichen Rechts an im Ausland gelegenen Immobilien sind oder die Finanzaktivitäten im Ausland innehaben (Art. 19, Absätze 13-22 des Art. 19 des Gesetzesdekrets Nr. 201 vom 6. Dezember 2011, umgewandelt mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 214 vom 22. Dezember 2011).

Es wird darauf hingewiesen, dass für die genannten Fälle das Kästchen "Ergänzungserklärung" auf dem Titelblatt des Vordr. REDDITI 2023, nicht anzukreuzen ist.

▣ **Hypothekendarlehen für den Bau und für Instandhaltungsarbeiten der Hauptwohnung**

Art.15 des Einheitstextes der Einkommensteuern, genehmigt mit DPR Nr. 917 vom 22. Dezember 1986 sieht vor, dass von der Bruttosteuer, 19 Prozent des Gesamtbetrages, bis zum Höchstbetrag von 2.582,28 Euro abgesetzt werden können. Dabei muss es sich um Ausgaben für Passivzinsen und entsprechende Nebenabgaben, sowie um Aufwertungsquoten handeln, die von Indexklauseln abhängig sind, die den im Inland ansässigen Subjekten bzw. an Subjekte eines europäischen Mitgliedstaates oder an Geschäftsniederlassungen im Staatsgebiet, von nicht ansässigen Subjekten, im Zusammenhang mit Darlehensverträgen, die durch eine Hypothek abgesichert sind, ab 1. Januar 1998, für den Bau einer Immobilieneinheit die als Hauptwohnung verwendet wird, bezahlt wurden. Als Hauptwohnung versteht man jene Wohnung, in welcher der Steuerzahler gewohnheitsmäßig wohnt. Für diesen Zweck sind die meldeamtlichen Daten bzw. die Selbstbestätigung von Bedeutung, die aufgrund des DPR Nr. 445 vom 28. Dezember 2000 durchgeführt wurde, mit welcher der Steuerzahler auch bestätigen kann, dass er gewohnheitsmäßig an einem anderen Ort wohnt als an jenem, der in den Registern des Meldeamtes aufscheint.

Als Bauten von Immobilieneinheiten versteht man alle Arbeiten, die in Übereinstimmung mit der Genehmigungsmaßnahme der Gemeinde, mit welcher ein Neubau, einschließlich die Umstrukturierungsarbeiten von Gebäuden, gemäß Art. 31, Absatz 1, Buchst. d) des Gesetzes Nr. 457 vom 5. August 1978, genehmigt werden.

Damit dieser Absetzbetrag in Anspruch genommen werden kann, sind folgende Bedingungen zu beachten:

- ▣ die neu gebaute Immobilieneinheit muss vom Steuerzahler oder von seinen Familienangehörigen gewohnheitsmäßig bewohnt werden;
- ▣ das Darlehen muss innerhalb von sechs Monaten vor bzw. nach dem Beginn der Bauarbeiten abgeschlossen werden.
Mit Bezug auf diese Voraussetzung muss ab 1. Dezember 2007, für die Inanspruchnahme der Absetzung, der Darlehensvertrag in den sechs Mo-

naten vor bzw. in den achtzehn Monate nach Beginn der Bauarbeiten abgeschlossen werden;

- ▣ die Immobilieneinheit muss innerhalb von sechs Monaten ab Abschluss der Bauarbeiten als Hauptwohnung benützt werden;
- ▣ der Darlehensvertrag muss vom Besitzer der Immobilieneinheit bzw. vom Besitzer eines sonstigen dinglichen Rechtes, abgeschlossen werden.

Zur Beachtung: die Bedingung zur Verlegung des gewöhnlichen Wohnsitzes in die Immobilieneinheit, die als Hauptwohnung verwendet wird, wird für das Personal der Streitmacht und der Polizeieinheiten mit militärischer Regelung sowie für die Polizeieinheiten mit ziviler Regelung im bleibenden Dienst, nicht verlangt.

Der Absetzbetrag ist nur in Bezug auf die Zinsen und die entsprechenden Nebenabgaben wie auch an den Aufwertungsquoten aus Darlehensverträgen anzuwenden, die im Sinne des Art.1813 des Bürgerlichen Gesetzbuches, ab 1. Januar 1998 abgeschlossen wurden, begrenzt auf den Betrag der Darlehen, die effektiv in jedem Jahr für den Bau der Immobilieneinheit benützt werden. Im Falle eines Mitbesitzers mit Darlehensvertrag bzw. bei mehreren Darlehensverträgen, bezieht sich die Grenze von 4.000 Euro auf den getragenen Gesamtbetrag der Zinsen, auf die Nebenabgaben und auf die Aufwertungsquoten.

Die Absetzung kann mit jener zusammengelegt werden, die für die Passivzinsen von Hypothekendarlehen vorgesehen ist, welche für den Kauf der Hauptwohnung gemäß Art.15, Absatz 1, Buchst. b) des Tur abgeschlossen wurde aber nur für die Dauer der Bauarbeiten der Immobilieneinheit und für die sechs Monate nach dem Abschluss der Bauarbeiten selbst.

Der Anspruch auf den Absetzbetrag verfällt ab dem Besteuerungszeitraum, der jenem folgt, in welchem die Immobilieneinheit nicht mehr als Hauptwohnung verwendet wird. Die Abänderungen aus Arbeitsgründen werden nicht berücksichtigt Sollte die Immobilieneinheit nicht innerhalb von sechs Monaten ab Beendigung der Arbeiten als Hauptwohnung verwendet werden, verfällt das Anrecht auf den Absetzbetrag des Darlehens. In diesem Fall ist das Datum der Beendigung der Bauarbeiten zur Berichtigung der Einkommenserklärung für die Agentur der Einnahmen, ausschlaggebend.

Der Absetzbetrag steht nicht zu, falls die Bauarbeiten der Immobilieneinheit, die als Hauptwohnung bestimmt ist, nicht innerhalb der in der Verwaltungsmaßnahme, aufgrund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen im Bauwesen mit welcher der Bau des Gebäudes (vorbehaltlich eines Aufschubes) genehmigt wird vorgesehenen Frist, abgeschlossen werden; in einem solchen Fall läuft ab diesem Datum die Frist für die Berichtigung der Einkommenserklärung seitens der Agentur der Einnahmen. Falls sich Verspätungen ergeben, die ausschließlich der Gemeindeverwaltung bei der Ausstellung der von den Bestimmungen für das Bauwesen vorgesehenen Befähigungen zuzuschreiben sind oder sollten die Bauarbeiten in den sechs Monaten vor oder nach dem Abschlussdatum des Darlehensvertrages nicht begonnen haben bzw. falls die im vorhergehenden Steuerzeitraum vorgesehenen Fristen nicht eingehalten werden, verfällt das Anrecht auf Absetzung nicht. Damit der Absetzbetrag in Anspruch genommen werden kann, sind die Zahlungsbestätigungen der Passivzinsen des Darlehens, die Kopie des Vertrages des Hypothekendarlehens (aus dem hervorgehen muss, dass dieses durch eine Hypothek belegt ist und für den Bau einer Immobilieneinheit, die als Hauptwohnung verwendet werden soll, abgeschlossen worden ist) und die Kopie der Unterlagen, welche die Ausgaben für den Bau der Immobilieneinheit aufzubewahren, die auf Verlangen der Finanzämter vorzulegen oder zu übermitteln sind.

Die Bedingungen und die Anwendungsmodalitäten des gegenständlichen Absetzbetrages sind in der Regelung Nr. 311 vom 30. Juli 1999 (Amtsblatt Nr. 211 vom 8. September 1999) enthalten.

Zur Beachtung: die Absetzung steht nur in Bezug auf die Zinsen zu, welche auf den Betrag des effektiv für die Ausgaben des Baus der Immobilieneinheit verwendeten Darlehens berechnet wurden. Falls das Darlehen höher ist als die besagten Ausgaben, steht die Absetzung auf Zinsen bezüglich des überschüssigen Darlehens nicht zu. Falls die Absetzung in den Vorjahren beansprucht wurde, ist es notwendig, dass letztere in Übersicht RM bezüglich der Einkünfte mit gesonderter Besteuerung erklärt werden.

▣ **Von einfachen Gesellschaften getragene Aufwendungen**

Die folgenden Aufwendungen, die von einfachen Gesellschaften getragen wurden, sind vom Gesamteinkommen der einzelnen Gesellschafter im Verhältnis zum Gewinnanteil abziehbar:

- ▣ Beträge, die den Bediensteten für ihre Tätigkeit in Wahlämtern entrichtet wurden;
- ▣ Beiträge, Schenkungen und Spenden, die zugunsten von Entwicklungsländern für einen Betrag von nicht höher als 2 Prozent des erklärten Gesamteinkommens entrichtet wurden;
- ▣ Entschädigungen wegen Verlust des Betriebswertes, welche dem Mieter von Gesetzeswegen infolge der Auflassung der Miete städtischer Gebäudeeinheiten entrichtet wurden, die zu anderen Zwecken als für Wohnzwecke verwendet werden;
- ▣ Beträge im Sinne des Art. 83, Abs. 2 des Gv.D. Nr. 117 vom 2017, für freiwillige Spenden als Geld- oder Sachleistung zugunsten von Vereinigungen mit sozialen Zielsetzungen, sowie der Anteil der von einfachen und gleichgestellten Gesellschaften getragenen Aufwendungen, woran die erklärende Gesellschaft teilnimmt.

Den einzelnen Gesellschaftern steht auch im Verhältnis zu ihrer Gewinnbeteiligungsquote eine Steuerabsetzung zu:

- ▣ Im Ausmaß von 19 Prozent für folgende Aufwendungen:

- Passivzinsen auf landwirtschaftliche Darlehen und Kreditaufnahmen;
- Passivzinsen bis insgesamt Euro 2.065,83 für Hypothekendarlehen, welche vor dem 1. Januar 1993 für den Kauf sonstiger Immobilien aufgenommen wurden;
- Passivzinsen, zusätzliche Aufwendungen und Aufwertungsquoten bis Euro 2.582,28 bezüglich Darlehen, welche im Jahre 1997 für die Instandhaltung, Sanierung und Umstrukturierung von Gebäuden aufgenommen wurden;
- Ausgaben, welche für die Instandhaltung, Bewahrung und Sanierung des Vermögens und der Dokumentensammlung von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung bestritten wurden;
- freiwillige Geldzuweisungen zugunsten des Staates und öffentlicher Körperschaften oder Stiftungen, die keine Gewinnabsicht haben und das Studium, die Forschung und die Dokumentensammlung von bedeutendem kulturellem oder künstlerischem Wert zum Ziele haben;
- freiwillige Geldzuweisungen zugunsten von öffentlichen Körperschaften oder Anstalten, Stiftungen, gesetzlich anerkannten Vereinigungen, die ohne Gewinnabsicht eine Tätigkeit von nicht mehr als 2 Prozent des erklärten Einkommens innerhalb des Show- und Theaterbereiches ausüben;
- freiwillige Geldzuweisungen zugunsten der Körperschaften mit vorrangig nationalem Interesse, die im Musikbereich tätig sind und für welche die Umwandlung in eine Privatstiftung im Sinne des Art.1 des GvD Nr.367 vom 29. Juni 1996 vorgesehen ist;
- freiwillige Zuwendungen in Höhe von bis zu 2.065 Euro zugunsten der Bevölkerungen, die von Naturkatastrophen oder sonstigen außerordentlichen Ereignissen betroffen wurden, auch wenn sich diese in anderen Staaten ereignet haben;
- freiwillige Zuwendungen an wechselseitige Krankenversicherungen bis zu einem Höchstbetrag von Euro 1.300,00;
- spezifische Kosten oder den Nominalwert der unentgeltlich aufgrund eines entsprechenden Abkommens an den Staat, an die Region, an örtliche und territoriale Körperschaften, an öffentliche Einrichtungen, die ohne Gewinnzwecke Studien- bzw. Forschungstätigkeiten und Dokumentationen von erheblichem kulturellem und künstlerischem Wert durchführen, abgetretene Güter;
- freiwillige Zuwendungen in Geld für einen Betrag, der nicht höher als 30 Prozent des erklärten Einkommens ist, zugunsten der Kulturgesellschaft "la Biennale di Venezia";
- in Höhe von 26 Prozent für die freiwilligen Zuwendungen bis zu 30.000 Euro zugunsten von nicht erwerbsmäßigen Organisationen mit gemeinnütziger Zweckbestimmung (ONLUS); humanitären, religiösen oder laizistischen Maßnahmen, die von mit Dekret des Präsidenten des Ministerrates identifizierten Stiftungen, Vereinigungen, Ausschüssen und Einrichtungen verwaltet werden;
- in Höhe von 30% für die freiwilligen Zuwendungen bis zu 30.000 Euro zugunsten von nicht gewinnorientierten, gemeinnützigen Organisationen (ONLUS) und von Verbänden mit sozialen Zielsetzung;
- in Höhe von 35% für die freiwilligen Zuwendungen bis zu 30.000 Euro zugunsten von Freiwilligenorganisationen;
- in Höhe von 50 Prozent für die Ausgaben in Bezug auf Eingriffe zur Wiedergewinnung der Bausubstanz;
- in Höhe von 36% für die Ausgaben bezüglich der Maßnahmen zur Ordnung des Grünen (s.g. Grün-Bonus);
- in Höhe von 50 Prozent der Ausgaben für die Anschaffung von Möbeln und Haushaltsgroßgeräten zur Ausstattung der zu renovierenden Immobilie mindestens der Klasse A für Backöfen, der Klasse E für Waschmaschinen, Wäschetrockner und Geschirrspüler, der Klasse F für Kühl- und Gefriergeräte, für Geräte, für die das Energielabel vorgesehen ist;
- in Höhe von 50, 65, 70, 75, 80, 85 und 110 Prozent für Ausgaben, die für Eingriffe zur Erdbebensicherung getragen wurden;
- in Höhe von 50, 55, 65, 70 oder 75 Prozent für die Ausgaben in Bezug auf Eingriffe zur Energieeinsparung;
- der Gesamtbetrag der Absetzung für die geförderten Investitionen in innovative Start-ups im Sinne der Zeile RS124;
- in Höhe von 80 und 85% für die Ausgaben, die für die Maßnahmen gleichzeitig zur Energieeinsparung und zur Erhöhung der Erdbebensicherheit getragen wurden;
- in Höhe von 90 und 60 Prozent für Ausgaben im Zusammenhang mit Eingriffen zur Wiederherstellung oder Restaurierung der Außenfassade bestehender Gebäude, die sich in der Zone A oder B befinden, gemäß dem Erlass des Ministers für öffentliche Arbeiten Nr. 1444 vom 2. April 1968;
- in Höhe von 50 % und 110 % der Ausgaben für den Erwerb und die Einrichtung von Ladeinfrastruktur für elektrisch betriebene Fahrzeuge;
- in Höhe von 75 Prozent der Kosten für Arbeiten zur Überwindung und Beseitigung architektonischer Hindernisse;
- sowie der Anteil der von einfachen und gleichgestellten Gesellschaften getragenen Aufwendungen, woran die erklärende Gesellschaft teilnimmt.

□ Arbeitsperiode - Sonderfälle

Bei befristeten Verträgen von nicht selbständiger Tätigkeit, welche von der Ausübung von "Tagesleistungen" gekennzeichnet sind (z.B.: für Bauarbeiter und für landwirtschaftliche Arbeiter), steht die Absetzung für Feiertage, für wöchentliche Ruhetage und für arbeitsfreie Werktage zu, die innerhalb des Datums des Dienstantrittes und der Auflösung des Arbeitsverhältnisses liegen, und zwar im Verhältnis zu den tatsächlich gearbeiteten Tagen und den von den nationalen Kollektivverträgen und den gebietsmäßigen Zusatzverträgen vorgesehenen Arbeitstagen, die auf unbefristete Arbeitsverträge derselben Kategorie angewandt werden können. Die berechnete Summe ist,

falls es sich um eine Dezimalzahl handelt, auf die nächste Einheit aufzurunden. Im Falle von Entschädigungen und Beträgen, die von der NISF (INPS) bzw. von anderen Körperschaften ausgezahlt wurden, stehen die Absetzungen für nicht selbständige Arbeit in jenem Jahr zu, in dem die betreffenden Einkünfte erklärt werden. In diesen Fällen sind in der **Zeile RC6, Spalte 1** jene Tage anzugeben, die das Anrecht auf diese Entschädigungen begründet haben, auch wenn sie sich auf vorhergehende Jahre beziehen. In diesem Fall kann die Anzahl der Tage 365 nicht überschreiten.

Für Studienstipendien ist in **Zeile RC6, Spalte 1** jene Anzahl der Tage anzugeben, die dem Zeitraum, der dem Studium gewidmet wurde, tatsächlich entspricht und (auch wenn bezüglich vorhergehender Jahre) für welchen das Studienstipendium gewährt wurde. Falls das Studienstipendium für schulische bzw. akademische Leistungen zugewiesen wurde, steht die Absetzung für das volle Jahr zu; wurde es hingegen für den Besuch eines besonderen Kurses ausbezahlt, steht die Absetzung für die Dauer des Pflichtbesuches zu. Für die Sonderzulagen in der Landwirtschaft ergibt sich die Angabe, die in **Zeile RC6, Spalte 1** einzutragen ist, aus der Anzahl der Tage, an denen der Steuerzahler arbeitslos war und welche in den entsprechenden Unterlagen aufscheinen. Es wird daran erinnert, dass für die Tage der Jahre, für welche der Anspruch auf den Abzug besteht, jene nicht zu zählen sind, für welche die Abzüge bzw. die Absetzungen bereits in Anspruch genommen wurden.

□ Gleichzeitiges Bestehen von mehreren Ermäßigungen: ACE und Amateursport

Derjenige, der die Ermäßigung ACE und gleichzeitig die Ermäßigung für Amateursport (Abschnitt II-B des Übersicht RL) nutzt, muss die Bruttosteuer wie folgt bestimmen:

- zum Betrag der Zeile RN4 den in der Zeile RL22 Spalte 1 und den in der Zeile RS37, Sp. 14 angegebenen Betrag hinzu addieren;
- gemäß Tabelle "Berechnung der IRPEF" die Steuer für diese Summe berechnen;
- gemäß Tabelle "Berechnung der IRPEF" die Steuer für die Summe des Betrags der Zeile RL22, Sp. 1 und des in der Zeile RS37, Sp. 14 angegebenen Betrags berechnen und sie von der oben festgesetzten Steuer abziehen;
- den so berechneten Betrag in der Zeile RN5 angeben.

□ Einkünfte der Ehepartner

In der Erklärung sind Einkünfte einzuschließen, die den Ehepartnern durch die Gütergemeinschaft (Artikel 177 und folgende des BGB.) oder durch sonstige Vermögenssysteme (Art. 167 des BGB.) für die Quote, welche jedem von ihnen zusteht, zufließen.

Die Einkünfte durch die Gütergemeinschaft stehen jedem von ihnen im Ausmaß von 50 Prozent zu, falls nicht eine andere Aufteilung im Sinne des Art. 210 des Bürgerlichen Gesetzbuches vorgesehen wurde.

Bei gemeinsamen Betrieben, die in Gesellschaftsform geführt werden ist das Einkommen im Vordruck REDDITI Personengesellschaften 2022 (zum Beispiel: falls beide Mitinhaber der Lizenz bzw. beide Unternehmer sind) und zwar von jedem Ehepartner für den eigenen Anteil in Übersicht RH, zu erklären. In den anderen Fällen muss der Ehepartner als Unternehmer, die Übersichten RA, RD, RF oder RG je nach der ausgeübten Tätigkeit abfassen, während der andere Ehepartner den ihm zustehenden Anteil in Übersicht RH erklären muss.

□ Steuerfreie Einkünfte und Erträge, die kein Einkommen bilden

Zwecks Steuerbefreiung werden den ordentlichen Vorzugsrenten, die an das Wehrdienstpersonal entrichtet werden (Urteil Nr. 387 vom 4.-11. Juli 1989 des Verfassungsgerichtshofes) folgende Renten gleichgestellt:

- die tarifmäßigen Renten an Personen, die den Dienst in der Eigenschaft als Offizierskadett und/oder als Reserveoffizier bzw. als Unteroffizier (nur jene die in der letzten Phase des Dienstes zum Sergeanten befördert wurden) geleistet haben und während dieses Militärdienstes einen körperlichen Schaden erlitten haben, der eine Behinderung zur Folge hat;
- Tarifrrenten, die den Hilfskräften der Karabinieri (Wehrpflichtige bei der Einheit der Karabinieri) und jenen, die den Wehrdienst bei der Staatspolizei, im Korps der Finanz- und Zollpolizei, im Korps der Feuerwehr ableisten und anderen freiwilligen Soldaten bezahlt werden, unter der Voraussetzung, dass sich diese die Beeinträchtigung, die zur Anlass der Rente war, während und in Zusammenhang mit dem Wehrdienst oder im Zeitraum, der dem Pflichtwehrdienst entspricht, zugezogen haben.

Steuerbefreit sind auch:

- die Sozialerhöhung der Renten, welche vom Art.1 des Gesetzes Nr. 544 vom 29. Dezember 1988 vorgesehen ist;
- die Mobilitätszulagen laut Art. 7, Absatz 5 des Gesetzes Nr. 223 vom 23. Juli 1991, für den reinvestierten Teil der Genossenschaften;
- die vom Gesetz Nr. 448/1998 vorgesehene Mutterschaftszulage für die Frau, die nicht arbeitet;
- die Renten, welche an italienische Bürger und an ihre Familienangehörigen entrichtet wurden, die infolge der Explosion von Waffen und Sprengkörpern, welche von den Streitkräften nach militärischen Übungen unbeaufsichtigt hinterlassen worden sind, Invaliden wurden oder verstorben sind;
- die Renten, welche an italienische Bürger, an Ausländer und an Staatslose entrichtet wurden, welche bei der Erfüllung ihrer Pflicht bzw. infolge von terroristischen Gewaltakten oder von Akten der organisierten Kriminalität arbeitsunfähig wurden sowie übertragbare Sonderrente, die an Hinterbliebene

ne der Pflicht-, des Terrorismus- oder der organisierten Kriminalitätsoffer entrichtet wurden;

- die Zulagen für die Mitarbeit an Forschungstätigkeiten, welche von den Universitäten, von den astronomischen, astrophysikalischen Beobachtungsstationen, von den öffentlichen Körperschaften und den Forschungseinrichtungen laut Art.8 des DPMR Nr. 593 vom 30. Dezember 1993 und darauffolgende Abänderungen und Ergänzungen, sowie von der Enea und ASL, entrichtet wurden;
- die Zulagen für die Operatoren des universellen Freiwilligendienstes im Sinne des gesetzvertretenden Dekrets Nr. 40 vom 6. März 2017;
- Familienzulagen für Vertragsbedienstete der diplomatischen Missionen, der konsularischen Vertretungen und der italienischen Kulturinstitute im Ausland (Art. 38-bis, Gesetzesdekret Nr. 73 vom 21. Juni 2022, mit Änderungen umgewandelt vom Gesetz Nr. 122 vom 4. August 2022);
- Kulturbonus für 18-Jährige (Artikel 1 Absatz 357 des Gesetzes Nr. 234 vom 30. Dezember 2021);
- Beträge, die in Ausführung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gezahlt werden (Artikel 1, Absatz 431 des Gesetzes Nr. 160 vom 27. Dezember 2019);
- Beträge zur Unterstützung von Haushalten von Alleinerziehenden mit unterhaltsberechtigten Kindern mit Behinderungen (Artikel 1, Paragraphen 365 und 366 des Gesetzes Nr. 178 vom 30. Dezember 2020);
- Beträge zur Unterstützung von Haushalten von Alleinerziehenden mit unterhaltsberechtigten Kindern mit Behinderungen (Artikel 1, Paragraphen 1016 des Gesetzes Nr. 178 vom 30. Dezember 2020);
- Gutscheine für den Erwerb von Zeitkarten für öffentliche Verkehrsmittel (Artikel 35, Gesetzesdekret Nr. 50 vom 17. Mai 2022, umgewandelt mit Änderungen durch Gesetz Nr. 91 vom 15. Juli 2022);
- der sogenannte Sehbonus - bonus vista (Artikel 1, Absätze 437 bis 439, Gesetz Nr. 178 vom 30. Dezember 2020).

Folgende **Studienstipendien** sind befreit:

- die Studienstipendien, die von den Regionen mit ordentlichem Statut aufgrund des Gesetzes Nr. 68 vom 29. März 2012 an Universitätsstudenten entrichtet wurden, sowie die von den Regionen mit Sonderstatut und den autonomen Provinzen Trient und Bozen ausbezahlten Studienstipendien;
- die von den Universitäten und von den Instituten für die Hochschulausbildung und den autonomen Provinzen Bozen im Sinne des Gesetzes Nr.398 vom 30. November 1989 ausbezahlte Studienstipendien für die Teilnahme an Fortbildungskursen und für den Besuch von Fachschulen für die Spezialisierung, für den Besuch von Forschungstätigkeiten nach abgeschlossenem Studium und für Spezialisierungskurse im Ausland;
- die ab dem 1. Januar 2000 im Rahmen des „Socrates“ Programmes gestifteten Studienstipendien, welcher mit Entscheidung Nr. 819/95/CE des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 1995, abgeändert durch Entscheidung Nr. 576/98/CE des Europäischen Parlaments und des Rates eingeführt wurde, sowie die zusätzlichen Beträge, welche von der Universität entrichtet wurden, vorausgesetzt, dass der jährliche Gesamtbetrag nicht höher als Euro 7.746,85 ist;
- die Studienstipendien an Opfer von Terrorismus und der organisierten Kriminalität, sowie an Waisen und an die Kinder dieser Opfer (Gesetz Nr. 407 vom 23. November 1998);
- die an Studenten gemäß GvD Nr. 257 vom 8. August 1991 für den Besuch von Fachkursen in Bereich der Medizin und Chirurgie ausbezahlten Studienstipendien;
- Für die gesamte Dauer des Programms «Erasmus +» die Stipendien für internationale Mobilität für Studenten der Universitäten und der Institutionen der höheren Bildung in Kunst, Musik und Tanz (AFAM), im Sinne des Art. 6, Abs. 1 und des Art. 7, Absatz 1, Buchstabe a) der Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013;
- Nationalen, für Verdienst und für Mobilität von der „Fondazione Articolo 34“ [Stiftung Artikel 34] bezahlten Studienstipendien (Art. 1, Abs. 285, Gesetz Nr. 232 vom 11. Dezember 2016).

Erträge, die das INAIL zuweist, mit Ausnahme der Tagesvergütung für Dauerinvalidität, gelten nicht als Einkünfte und sind in steuerlicher Hinsicht nicht von Bedeutung. Gleichfalls bilden Einkünfte derselben Natur, die nicht anässige Körperschaften zuweisen, kein Einkommen.

Falls Steuerzahler einen Ertrag von einer ausländischen Vor- und Fürsorgekörperschaft als Schadenersatz infolge eines Arbeitsunfalls oder aufgrund einer Berufskrankheit, die er/sie sich im Laufe des Berufslebens zugezogen hat, bezieht, ist er/sie verpflichtet der Agentur der Einnahmen – Generaldirektion für die Ermittlung – Abteilung Steuerzahler – Zentralkommission für große Steuerzahler und internationale Angelegenheiten – Internationaler Bereich – Amt Internationale Zusammenarbeit eine Selbstbescheinigung zuzuschicken, aus welcher die als Schadenersatz bezogene Summehervorgeht. Diese Selbstbescheinigung ist nur ein einziges Mal einzureichen und muss deshalb, falls in Vorjahren bereits eingereicht, nicht mehr nachgereicht werden.

Einmalige Abfindungen, die im Jahr 2022 an Arbeitnehmer, Rentner und andere Personengruppen gezahlt werden, gelten steuerlich nicht als Einkommen (Art. 31, Gesetzesdekret Nr. 50 vom 17. Mai 2022).

□ **Wiederaufnahme eines Darlehens**

Bei Wiederaufnahme von Darlehensverträgen für den Kauf der eigenen Wohnung, ändern sich in gegenseitigem Einvernehmen einige Bedingungen des bestehenden Darlehensvertrages wie zum Beispiel der Zinssatz. In die-

sem Fall bleiben die ursprünglichen Parteien (Kreditgeber und Kreditnehmer) und der als Sicherheit gewährte Immobilienwert, unverändert. Der Anspruch auf die Absetzung der Zinsen besteht begrenzt auf den restlichen Kapitalanteil zu (einschließlich der eventuell ausstehenden und nicht bezahlten Raten, der Semesterzinsen, die auf den Tageskurs an dem die Umschreibung erfolgt aufgewertet werden müssen, sowie die Aufwendungen bezüglich der vorzeitigen Aufhebung des Darlehens in Fremdwährung). Die Vertragspartner gelten als unverändert, auch wenn die Wiederverhandlung nicht mit dem ursprünglichen Vertragspartner, sondern durch die Bank und jener Person, die in der Zwischenzeit anstelle des ursprünglichen Vertragspartners in den Darlehensvertrag eingetreten ist, abgewickelt wird.

□ **Wahl für den Ausgleich**

Der Steuerzahler kann die Beträge der Guthaben, deren Rückerstattung nicht beantragt wurde, sei es für die Minderung derselben geschuldeten Steuer als auch für den Ausgleich, im Sinne des GvD Nr. 241/1997 verwenden, indem er den Vordruck F24 benützt.

Zum Beispiel hat der Steuerzahler, wenn er ein Irpef-Guthaben und eine Irpef-Schuld für Akontozahlungen des folgenden Steuerzeitraumes aufweist, folgende Möglichkeiten:

- er kann das Irpef-Guthaben als Verminderung der geschuldeten Akontozahlung des folgenden Steuerzeitraumes verwenden ohne dabei den Vordruck F24 einzureichen. Ist das Irpef-Guthaben höher als die geschuldete Irpef-Akontozahlung, kann der Überschussbetrag zum Teil oder auch zur Gänze für den Ausgleich mit anderen geschuldeten Beträgen (MWST., NISF / INPS) verwendet werden. In diesem Fall muss der Überschussbetrag in der Spalte „Verrechnete Guthaben“ angeführt werden. Ist hingegen der Betrag des Irpef Guthabens niedriger als die geschuldete Irpef Akontozahlung, muss der Differenzbetrag zwischen dem geschuldeten Betrag und jenem des Guthabens eingezahlt werden, wobei im Vordruck F24 dieser Betrag in der Spalte „Entrichtete geschuldete Beträge“ einzutragen ist;
- er kann das Irpef-Guthaben als Verminderung der Akontozahlung für den darauf folgenden Steuerzeitraum verwenden, indem er den Vordruck F24 verwendet. In diesem Fall ist in der Spalte „eingezahlte geschuldete Beträge“ die Irpef-Schuld und in der Spalte „ausgeglichene Guthaben“ das Irpef-Guthaben anzugeben, wie aus der Erklärung, die als Ausgleich verwendet wird, hervorgeht.

□ **Beistandsdienste für den Steuerzahler**

Während des Zeitraumes, in dem die Steuererklärungen eingereicht werden müssen, stellt die Agentur der Einnahmen den Steuerzahlern über verschiedene Kontakte einen Sonderdienst für Informationen und Steuerbeistand zur Verfügung.

Dieser Dienst wird von folgenden Einrichtungen bereitgestellt:

- **Von Ämtern**, die allgemeine Informationen in Bezug auf die Abfassung des Vordrucks REDDITI für natürliche Personen erteilen. Für diese Dienstleistungen können Sie auch einen Termin vereinbaren, und zwar telefonisch unter der Nummer 800.909.696 oder über die Website der Agentur (www.agenziaentrate.gov.it). Der Termin kann rund um die Uhr vereinbart werden. Zudem kann der Steuerzahler den Tag und die Uhrzeit, das Amt, in das er sich begeben möchte, und die gewünschte Serviceleistung auswählen. Der Dienst ermöglicht es den Steuerzahlern, die sich ins Amt begeben müssen, unnötige Wartezeiten an den Schaltern zu vermeiden;
- von **regionalen Direktionen**, die einen besonderen Beistand für die Berufskammern, die Berufsverbände und das Steuerbeistandszentrum (CAF) für die Fragen im Zusammenhang mit der Abfassung der Vordrucke der Erklärung leisten;
- von **Mehrkanal-Beistandszentren**, die unter der Nummer 800.909.696 antworten. Für Anrufe aus dem Mobilnetz ist die Nummer 06-96668907. Für Anrufe aus dem Ausland ist die Nummer 0039.06.96668933 (die Kosten des Telefongesprächs trägt der Anrufer). Durch die Zusendung einer SMS an die Nummer 339.99.42.645 ist es ferner möglich, einfache Steuerinformationen zu erhalten.
- **Call Center mit Mitarbeiter**

Das Call Center ist von montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr und samstags von 9 bis 13 Uhr besetzt.

Die Mitarbeiter stellen Informationen bereit und leisten Assistenz für die Abfassung der Erklärungen und Rückerstattungen, geben Erläuterung über Steuerbestimmungen und unterstützen die Steuerzahler, die für die Übermittlung der eigenen Steuererklärung den telematischen Dienst über das Internet nutzen. Zudem leistet das Call Center Unterstützung in Bezug auf Mitteilungen oder Zahlungsbescheide, die nach automatisierten Kontrollen ausgestellt wurden, oder nimmt in einfacheren Fällen direkt die Annullierung der falschen Mitteilungen vor.

■ **Automatischer Service (rund um die Uhr aktiv)**

Der Dienst ermöglicht Folgendes:

- Sie können einen Termin vereinbaren;
- Sie können die Ust-IdNr. der Wirtschaftsbeteiligten in der Gemeinschaft prüfen. Die Prüfung wird vorgenommen, wenn Sie die internationale Vorwahl des Wohnsitzstaates und die Ust-IdNr. des Wirtschaftsteilnehmers eingeben oder aussprechen;
- mithilfe des Suchdienstes „Trova l'Ufficio“ finden Sie das nächstgelegene zuständige Amt.

■ **Internetseite der Agentur der Einnahmen**

Die Internetseite www.agenziaentrate.gov.it stellt dem Steuerzahler Unterlagen, Formblätter, Software, Informationen zu den Abgaben- und Tätigkeitscodes, Fälligkeiten usw. zur Verfügung. Über die Internetseite ist es möglich Zugang zu den telematischen Diensten zu nehmen, um:

- die Steuererklärungen online einzureichen (siehe auch Abschnitt „Direkte

telematische Übermittlung und Zugangsgenehmigung für den telematischen Dienst“);
 - den Vordruck F24 online auszufüllen;
 - auf das „Steuerpostfach“ (Steuerdaten des Steuerzahlers) Zugriff zu nehmen.

Des Weiteren ist es über die Internetseite möglich, Zugang zu folgenden Diensten zu nehmen:

- Suchdienst „Trova l'Ufficio“, um das nächstgelegene zuständige Amt zu finden;
- Webmail (Anfrage nach steuerlichen Informationen über E-Mail);
- „Automatische und formelle Kontrolle - Berechnung der Raten“ für die Ratenaufteilung der geschuldeten Summen infolge einer automatisierten Kontrolle oder der formellen Kontrolle der Erklärungen;
- Kontrolle der Ust-IdNr. der Wirtschaftsbeteiligten in der Gemeinschaft;
- Berechnung der KFZ-Steuer und Kontrolle der vorgenommenen Zahlungen.

□ Einfache Gesellschaften und Familienbetriebe in der Landwirtschaft

Einfache Personengesellschaften, die in der Landwirtschaft tätig sind, füllen für ihre Einkommensteuererklärung den Vordruck REDDITI Personengesellschaften und Gleichgestellte aus, in dem sie die landwirtschaftlichen Einkünfte der bewirtschafteten Flächen und die herrschaftlichen Einkünfte angeben, wenn sie auch Eigentümer dieser Flächen sind. Der Partner, der beabsichtigt, die steuerliche Unterstützung in Anspruch zu nehmen, füllt das Formular 730 aus und gibt in Feld A den Anteil an, der sich aus der Mod. REDDITI-Personengesellschaften und Gleichgestellte ergibt, und zwar für das landwirtschaftliche Einkommen und, wenn er Eigentümer von Grundstücken ist, seinen Anteil für das herrschaftliche Einkommen. Bei der Gründung eines Familienunternehmens gemäß Artikel 5 Absatz 4 des Präsidialerlasses Nr. 917 vom 22. Dezember 1986 kann der Inhaber dieses Unternehmens keine steuerliche Unterstützung in Anspruch nehmen, sondern muss er den Vordruck REDDITI natürliche Personen einreichen, in dem er seinen Anteil am landwirtschaftlichen Einkommen auf der Grundlage der Angaben in der Gründungsurkunde des Familienunternehmens und seinen Anteil am herrschaftlichen Einkommen angibt. In derselben Erklärung weist er den beteiligten Familienmitgliedern ihren Anteil am Gewinn auf der Grundlage der oben genannten Gründungsurkunde des Familienunternehmens zu und bescheinigt, dass die Anteile im Verhältnis zu Qualität und Quantität der während des Besteuerungszeitraums tatsächlich geleisteten Arbeit in dem Unternehmen stehen, und zwar kontinuierlich und überwiegend. Die anderen Mitglieder des Familienunternehmens können, anders als der Inhaber, den Vordruck 730 einreichen und in Feld A ihren Anteil des landwirtschaftlichen Einkommens bis zu einer Höchstgrenze von 49 % zusätzlich zu ihrem eigenen Anteil am herrschenden Einkommen angeben.

□ Ausgaben für Renovierungsarbeiten

Die für Maßnahmen zur Wiedergewinnung der Bausubstanz zuerkannte Steuerabsetzung steht für die Ausgaben zur Durchführung von Eingriffen an den gemeinschaftlichen Teilen von Wohnhäusern und an den einzelnen Immobilieneinheiten für Wohnzwecke aller Kategorien und auch für landwirtschaftliche Gebäude zu, die getragen wurden und tatsächlich zu Lasten des Steuerzahlers gingen. Der Abzug steht allen im Staatsgebiet ansässigen und nicht ansässigen Subjekten zu, die auf der Grundlage eines geeigneten Titels (zum Beispiel Eigentum, anderes dingliches Recht, Konzession, Mietung oder Leihgabe) die Immobilie besitzen oder halten, an der die Bausanierungsarbeiten durchgeführt wurden.

Die Absetzung steht auch dem Familienmitglied zu, das mit dem Besitzer oder dem Eigentümer der Immobilie in welcher Wiedergewinnungsarbeiten vorgenommen werden, zusammenlebt, Voraussetzung ist, dass dieses Familienmitglied die Ausgaben trägt und die Rechnungen, sowie die Gutschriften auf seinen Namen lauten. In dem Fall, dass die Wiedergewinnungsarbeiten an Gebäuden durchgeführt wurden, die aufgrund des GvD Nr. 42 vom 22. Januar 2004, welches ab 1. Mai 2004 das GvD Nr. 490 vom 29. Oktober 1999 (ex G. Nr. 1089 vom 1. Juni 1939 und folgende Abänderungen und Ergänzungen) aufgehoben hat, von historischer und künstlerischer Bedeutung sind, kann man für die getragenen Ausgaben auch die Steuerabsetzung von 19 Prozent, auf 50 Prozent herabgesetzt, in Anspruch nehmen.

Für die folgenden Kategorien von Bausanierungsarbeiten kann die genannte Absetzung angewandt werden:

- für die ordentliche Instandhaltung (nur auf gemeinsamen Teilen der Wohnanlagen);
- für die außerordentliche Instandhaltung;
- für die Sanierungsarbeiten zur Erhaltung des Gebäudes;
- für Umbauarbeiten;
- für die Beseitigung von architektonischen Barrieren (für diese Auslagen kann man nicht gleichzeitig die Absetzung für Auslagen im Sanitätsbereich beanspruchen, die für einige Fälle vorgesehen ist - siehe unter "Auslagen im Sanitätsbereich");
- für die Verkabelung an Gebäuden;
- für die Einschränkung der Lärmbelastung;
- für das Einsparen von Energie;
- für die statische Sicherheit und Erdbebensicherung der Gebäude;
- für die Ausführung von Arbeiten in den Gebäuden, welche aufgrund der geltenden Vorschriften ausgeführt werden müssen;
- für Arbeiten innerhalb der Gebäude;
- für die Sicherung der Gebäude vor illegalen Handlungen Dritter;
- für vorbeugende Maßnahmen gegen Haushaltsunfälle;
- für den Bau von angrenzenden Parkplätzen;

- für die Bonifizierungsarbeiten von Asbest.
- ordnung des Grünens;
- Wiederherstellung oder Restaurierung der Außenfassade bestehender Gebäude;
- Ersatz des bestehenden Notstromaggregats durch ein modernes gasbetriebenes Notstromaggregat.

Unter die Ausgaben, welche Anrecht auf Absetzung geben, fallen jene welche für folgendes getragen worden sind:

- für die Projekte zur Arbeitsdurchführung;
- für die Anschaffung von Material;
- für die Durchführung der Arbeiten;
- für die Ausführung sonstiger fachlicher Arbeiten, welche für diesen Eingriff notwendig sind;
- für den Bericht über die Übereinstimmung der durchzuführenden Arbeiten mit den geltenden Vorschriften;
- für Schätzungen und Lokalausweise;
- für die Mehrwertsteuer, die Stempelsteuer und die für die Konzessionen, Ermächtigungen und Meldungen über den Beginn der Arbeiten;
- für die Aufwendungen hinsichtlich der städtischen Raumgestaltung;
- für die obligatorische Dokumentation als Beweis der statischen Sicherheit des Bauvermögens;
- für sonstige Kosten, die direkt mit der Durchführung der Wiedergewinnungsarbeiten in Zusammenhang stehen und für Verpflichtungen, welche vom Reglement Nr. 41 vom 18. Februar 1998 vorgesehen sind.

Der Absetzbetrag kann ab Einreichung der Einkommenserklärung in Bezug auf das Jahr der getragenen Spesen unter der Bedingung in Anspruch genommen werden, dass:

- der Steuerpflichtige für die Eingriffe, die ab dem 14. Mai 2011 begonnen wurden, in der Einkommensteuererklärung Folgendes angibt: die Katasterdaten der Immobilie, die Registrierdaten der Urkunde, die den Rechtstitel darstellt (z.B. Mietvertrag), ob die Arbeiten vom Inhaber durchgeführt werden, sowie die anderen Angaben zur Kontrolle des Abzugs;
- der Steuerpflichtige, der für die Eingriffe, die vor dem 14. Mai 2011 begonnen wurden, an das Betriebszentrum Pescara die Mitteilung über den Beginn der Arbeiten übermittelt hat, und zwar in Bezug auf jede einzelne Immobilieneinheit, die im Kataster eingetragen ist oder deren Katastereintragung beantragt wurde, für die der Abzug in Anspruch genommen werden soll. Für die Eingriffe, die zwischen dem 1. Januar und dem 13. Mai 2011 begonnen wurden, ist diese Mitteilung nicht notwendig, wenn die Katasterdaten der Immobilie in der Einkommensteuererklärung für 2011 angegeben wurden;
- die Ausgaben mittels Banküberweisung gezahlt werden, aus welcher der Zahlungsgrund, die Steuernummer des Begünstigten der Absetzung und die Mehrwertsteuernummer bzw. Steuernummer des Subjektes, zu Gunsten dessen die Banküberweisung, im Sinne der Regelung Nr. 41 vom 18. Februar 1998, welche die Bestimmungen des Art. 1 des G. 449/97 in Kraft setzt, gemacht wurde, hervorgehen.

Es muss nicht durch Banküberweisung bescheinigt werden:

- die Ausgaben der Aufwendungen für die Urbanisierung;
- die Steuereinbehalte auf die Vergütungen;
- die Stempelsteuer;
- die Gebühren, welche für die Konzessionen, die Genehmigungen und die Meldungen über den Arbeitsbeginn getragen wurden.

Wenn für die an die Gemeinden gezahlten Belastungen die Zahlung jedenfalls mit Überweisung erfolgt, ist es empfehlenswert, im Grund der Überweisung die Gemeinde als empfangendes Subjekt und den Zahlungsgrund (zum Beispiel: Urbanisationsabgaben, Tosap usw.) anzugeben; außerdem empfiehlt es sich, nicht den eigens dafür von der Bank oder dem Postamt vorbereiteten Vordruck für die Überweisung bezüglich der Baueingriffe zu verwenden.

Der Steuerpflichtige muss auf Verlangen der Dienststelle die von der Verfügung des Leiters der Agentur der Einnahmen vom 02. November 2011 ermittelten Unterlagen vorweisen: in Bezug auf die durchzuführenden Arbeiten erforderliche verwaltungsrechtliche Zulassungen (Konzession, Genehmigung oder Mitteilung des Beginns der Arbeiten); ist keine Zulassung vorgesehen, die Ersatzerklärung der Offenkundigkeitserklärung, in der das Datum des Beginns der Arbeiten angegeben ist und der Umstand bescheinigt wird, dass die Eingriffe die Vergünstigung in Anspruch nehmen können; für die noch nicht erfassten Immobilien der Antrag auf Katastereintragung; ICI-Zahlungsbelege; Versammlungsbeschluss zur Genehmigung der Durchführung der Arbeiten, die sich auf Eingriffe an den Gemeinschaftsteilen von Wohngebäuden beziehen, und die Tausendsteltabelle zur Kostenaufteilung je nach den Eigentumsanteilen; führt der nicht zum Familienhaushalt gehörende Inhaber der Immobilie die Arbeiten durch, die Zustimmung des Besitzers zur Durchführung der Arbeiten; falls vorgesehen, Vorabmitteilung an die ASL mit dem Datum des Beginns der Arbeiten; Rechnungen und Steuerquittungen zum Nachweis der getragenen Ausgaben; Belege der Zahlungsüberweisungen. Was die Eingriffe betrifft, die vor dem 14. Mai 2011 begonnen wurden und für die an das Betriebszentrum Pescara die Mitteilung über den Beginn der Arbeiten zu übermitteln war, wird darauf hingewiesen, dass die Übermittlung des Mitteilungensformulars vor dem Beginn der Arbeiten erfolgen muss, aber nicht notwendigerweise, bevor alle Zahlungen für die entsprechenden Renovierungsarbeiten vorgenommen wurden. Einige Zahlungen können nämlich noch vor der Übermittlung der Meldung gemacht worden sein, wie zum Beispiel bei Ausgaben, die zur Genehmigung der durchzuführenden Arbeiten getragen wurden.

Bei Restaurierungsarbeiten und/oder Einzahlungen, die auf zwei Jahren übergehen, ist es nicht notwendig, eine neue Mitteilung einzureichen, auch wenn die Ausgaben zwecks Absetzung für das Jahr, in welchem diese getragen wurden, anzurechnen sind (Kassenkriterium). Falls mehrere Subjekte zur Absetzung berechtigt sind und bei Angabe auf der Banküberweisung der einzigen Steuernummer des Subjektes, welches die Mitteilung an das Dienstzentrum oder an das „Centro Operativo di Pescara“ gemacht hat, steht die Absetzung auch dann zu, wenn die Rechnung nicht auf dasselbe Subjekt lautet, das dann die tatsächliche Überweisung vorgenommen hat, vorausgesetzt, dass im entsprechenden Feld der Einkommenserklärung dieselbe Steuernummer wie auf der Banküberweisung angeführt wird und unter Berücksichtigung der sonstigen Bedingungen.

Der Steuerzahler hat die Pflicht, die Rechnungen bzw. die Steuerbelege, welche die Ausgaben in Bezug auf die durchgeführten Arbeiten beweisen, die Bestätigung der Banküberweisung, durch welche die Zahlung vorgenommen wurde, sowie alle sonstigen vorgesehenen Unterlagen aufzubewahren und diese auf Verlangen der Agentur der Einnahmen vorzulegen.

Im Falle von Arbeiten an den Gemeinschaftsteilen ist für die Inanspruchnahme der Absetzung, anstelle dieser Unterlagen auch eine Bescheinigung des Verwalters des Mitbesitzgebäudes zugelassen, in welcher dieser erklärt, alle vorgesehenen Verpflichtungen erfüllt zu haben und aus welcher der Betrag hervorgeht, den der Steuerzahler absetzen kann.

In allen oben angeführten Fällen ist die Steuernummer des Subjektes, welches eventuell auch für den erklärenden Steuerzahler, die Mitteilung für die Inanspruchnahme der Absetzung eingereicht hat (wie zum Beispiel der Miteigentümer bzw. der Mitinhaber des dinglichen Rechts der Liegenschaft), anzugeben. Bei Restaurierungsarbeiten an Gemeinschaftsteilen von Wohnhäusern ist die Steuernummer der Eigentumsgemeinschaft bzw. der Genossenschaft anzugeben, falls die Erklärung von einem Mitglied eingereicht wird.

■ Spesen zugunsten von Minderjährigen oder Volljährigen mit spezifischen Lernschwierigkeiten (DSA)

Eine Absetzung von 19% kann für Gesundheitskosten bis zum Abschluss der Sekundarstufe II zu Gunsten von Minderjährigen oder Volljährigen mit spezifischen Lernschwierigkeiten (DSA) für den Erwerb von Ausgleichsmitteln und von technischen und informatischen Beihilfen im Sinne des Gesetzes Nr. 170 vom 8. Oktober 2010, welche zum Lernen benötigt werden, sowie für die Benutzung von Ausgleichsmitteln, welche die verbale Kommunikation fördern und Abstufung im Lernen der Fremdsprachen gewährleisten. Die Absetzung steht für die Ausgaben zu, die sowohl für die unterhaltsberechtigten Familienangehörigen wie auch für denselben Steuerzahler ertragen werden.

Um die Begünstigung in Anspruch zu nehmen, muss der Begünstigte über eine von dem nationalen Gesundheitsdienst, von Spezialisten oder von berechtigten Strukturen erteilte Bescheinigung im Sinne des Art. 3, Abs. 1, des Gesetzes Nr. 170 vom 8. Oktober 2010 verfügen, die für sich oder für den eigenen Familienangehörigen – falls die Ausgabe zum Wohle eines unterhaltsberechtigten Familienangehörigen – die Diagnose des DSA bestätigt.

Die Absetzung steht unter der Bedingung zu, dass sich die funktionelle Verbindung zwischen den Beihilfen und den Ausgleichsmitteln und der diagnostizierten Typologie des DSA aus der im vorigen Absatz erwähnten Bestätigung bzw. aus der von einem Arzt erteilte Zulassungsverschreibung erweist, und dass die ertragbaren Ausgaben durch Rechnung oder Beleg nachgewiesen werden, in den die Steuernummer des Subjektes, welches unter DAS leidet, und die Natur des gekauften oder benutzten Produkte anzugeben ist. Als Ausgleichsmittel zählen die didaktischen und technologischen Mittel, die bei einer mangelnden Fähigkeit die beantragte Leistung ersetzen oder erleichtern. Im Sinne der Leitlinien für das Recht auf Bildung der Minderjährigen und der Volljährigen mit DSA im Anhang des Dekrets des Ministeriums für Bildung, Hochschule und Forschung Nr. 5669, vom 12. Juli 2011 fallen unter den wesentlichen Ausgleichsmitteln zum Beispiel:

- Die synthetische Stimme, welche eine Lesenaufgabe in eine Höreinaufgabeverwandelt;
- Der Rekorder, der dem Schuler vermeidet, die Notizen der Lesung zu machen;
- Programmen zur Textverarbeitung mit der Rechtschreibkontrolle, die die Verarbeitung von ausreichend korrekten Texten ohne die Möglichkeit des Korrekturlesens und der gleichzeitigen Korrektur der Fehler erlauben;
- Der Taschenrechner, der die Operationen der Berechnung erleichtert;
- Andere technologisch weniger entwickelte Mittel wie Tabellen, Formulare, begriffliche Mappen, usw.

Als technische und informatische Beihilfe zählen die auf mechanische, elektronische oder informatische Technologien basierten Geräte und Einrichtungen, wie zum Beispiel die besonders hergestellten oder gewöhnlicher Verfügbarkeit Computer für die Programme der Textverarbeitung, welche darauf gerichtet sind, die zwischenmenschliche Kommunikation, die schriftliche oder graphische Verfassung, der Zugang zum Informationen und Kultur zu erleichtern.

■ Ausgaben für die Gesundheit

Der Abzug von 19 Prozent kann für die folgenden getragenen Kosten genossen werden:

- für chirurgische Eingriffe;
- für Analysen, Röntgenuntersuchungen, Kontrollen und Applikationen;
- für fachärztliche Behandlungen;
- für den Kauf oder die Miete von Prothesen;
- für Leistungen eines praktischen Arztes (die Leistungen für homöopathische Untersuchungen und Kuren eingeschlossen);

- für die Einlieferung ins Krankenhaus im Zusammenhang mit einem chirurgischen Eingriff bzw. einem Krankenhausaufenthalt. Bei Einlieferung eines älteren Menschen in ein Pflege- oder Seniorenheim können der Tagessatz und die Pflegekosten nicht abgesetzt werden, sondern nur die Arztespesen, welche in den Unterlagen, die vom Heim ausgestellt werden, getrennt anzuführen sind (bei Einlieferung eines älteren behinderten Menschen, siehe die Anleitungen für Zeile RP25);
- für den Kauf von verkäuflichen Medikamenten und/oder Medikamenten mit Rezept (auch homöopathisch);
- für Kosten bezüglich des Erwerbs oder der Mietung von medizinischen Geräten (zum Beispiel Gerät für Aerosol oder für die Blutdruckmessung), vorausgesetzt, dass aus dem Kassenzettel oder aus der Rechnung das Subjekt, das die Kosten trägt, und die Beschreibung des medizinischen Geräts, das mit der CE-Markierung gekennzeichnet sein muss, hervorgeht (Rundschreiben der Agentur der Einnahmen Nr. 20/E vom 13.05.2011);
- für die Ausgaben für eine Organverpflanzung;
- für die bezahlten Tickets, falls die oben erwähnten Spesen im Bereich des nationalen Gesundheitsdienstes getragen wurden.

Die Steuerabsetzung von 19 Prozent kann auch für folgende Betreuungsspesen von Seiten des Fachpersonals, in Anspruch genommen werden:

- für den Krankenpflegedienst und Rehabilitationsdienst (zum Beispiel Physiotherapie, Kinesiotherapie, Lasertherapie usw.);
- für die Dienstleistungen von Seiten des Personals, das für die Grundfürsorgeleistungen oder für den technischen Beistand ausgebildet wurde und deren Einsatz ausschließlich in der Betreuung der Person besteht;
- für Leistungen des Personals, das die Grundvor- und Fürsorgetätigkeit koordiniert;
- für Leistungen des Personals, das die Ausbildung eines Erziehers aufweist;
- für Leistungen von Seiten des für die Freizeitgestaltung und/oder die Beschäftigungstherapie qualifizierten Personals;
- bezahlte Ticket-Beträge, wenn die obengenannten Spesen im Rahmen des nationalen Gesundheitsdienstes.

Die von den oben aufgeführten Fachberufen erbrachten Gesundheitsleistungen an der Person sind auch ohne spezifische ärztliche Verschreibung absetzbar, sofern aus dem Ausgabenbeleg der Fachberuf und die von der gesundheitlichen Fachkraft erbrachte Leistung hervorgeht (Rundschreiben der Agentur der Einnahmen Nr. 19/E vom 1. Juni 2012).

Unterlagen, die aufbewahrt werden müssen

Für die in den Zeilen RP1, RP2, RP3 und RP25 angegebenen Ausgaben sind die folgenden Steuerunterlagen aufzubewahren, die von den Empfängern der Beträge ausgestellt wurden, zum Beispiel:

- für allgemeine Gesundheitskosten und Kauf von auch homöopathischen Medikamenten;
- bezüglich des Erwerbs von Medikamenten, die detaillierten Rechnungen, wobei die Natur und die Menge der erworbenen Medikamente, der auf der Packung jeder Medikamente liegende alphanumerische Code, die Steuernummer des Empfängers der Medikamente hingewiesen werden;
- bezüglich Tauglichkeitszeugnisse für Sportzwecke, für den Führerschein, für die Öffnung und die Schließung von Krankheiten oder Unfällen, für Versicherungs- und Rechtspraktiken, ist die steuerliche Quittung oder die Rechnung, die vom Arzt erteilt wurde;
- für technische und computergesteuerte Behelfsmittel ist zusätzlich zu den entsprechenden Rechnungen und Zahlungsbelegen, auf Name der behinderten Person oder des Familienangehörigen, zu Lasten dessen die behinderte Person steuerlich ist, der die Belastung ertragen hat, eine Bescheinigung des behandelnden Arztes einzuholen, aus welcher hervorgeht, dass die erworbenen technischen und computergesteuerten Behelfsmittel die Selbstständigkeit und die gesellschaftliche Integration der Personen ermöglichen, die im Sinne des Art. 3 des G. Nr.104 von 1992 als behinderte Person anerkannt wurde, oder eine spezifische, vom dem Facharzt der lokalen Gesundheitseinheit erteilte Genehmigung einzuholen, aus welcher die funktionale Verbindung zwischen der technischen und informatischen Beihilfe und der Verstümmelung hervorgeht, an welcher das Subjekt leidet. Sie wurden vom MD 14. März 1996 für den begünstigten Mehrwertsteuersatz beantragt. Sowie eine Bescheinigung, die die stabilisierte oder progressive körperliche, psychischen oder geistige Behinderung bestätigt, die von der Kommission im Sinne des Art. 4 des Gesetzes Nr. 104 vom Jahr 1992 oder von öffentlichen medizinischen Kommissionen erteilt wurde, die im Sinne des Art. 14 des T. U. Nr. 915 vom Jahr 1978 zur Zuerkennung der Kriegsrente beauftragt sind, und für dieser gleichgestellte Subjekte ist es ausreichend, die endgültige Maßnahme (das Dekret) zur Gewährung der Rente einzureichen. Es ist möglich, den Besitz der Unterlage selbst zu bescheinigen, in der die Zuerkennung der Voraussetzungen der persönlichen Behinderungszustände bestätigt wird;
- für Gesundheitsausgaben für nicht unterhaltsberechtigten Familienangehörigen, die unter Krankheiten leiden, welche von der Bescheinigung ausgeschlossen sind, die von der Gesundheitsbehörde zur Bestätigung der Krankheiten durch Angabe des eventuellen numerischen Identifizierungscodes erteilt wird, das Tauglichkeitszeugnis, das die Verbindung zwischen den Ausgaben und die ausgeschlossene Krankheit bestätigt, oder eine Selbstbescheinigung, die den Besitz der obengenannten Unterlagen bestätigt, der Vordruck 730-3 oder EINKOMMEN, aus dem sich der Teil der Ausgabe erweist, welcher in der Irpef des unter der Krankheit leidenden Subjekts nicht eingeschlossen wurde, die Quittungen, die steuerlichen Rechnungen und eventuelle Belege, aus denen sich erweist, dass die Ausgaben von dem Familienangehörigen ertragen wurde, der den Ab-

zug in Anspruch nehmen will, auch mit dazu geeigneter Anmerkung seitens des unter der Krankheit leidenden Subjekts für die Unterlagen auf seinem Namen, die Anmerkung muss auch die Größe der Ausgaben angeben, die dem Familienangehörigen zuzuschreiben sind. Falls das Subjekt keine Erklärung eingereicht hat, weil es dazu nicht verpflichtet ist, bewahrt es die Selbstbescheinigung des unter der Krankheit leidenden Subjekts auf, die bestätigt, dass es zur Einreichung der Steuererklärung nicht verpflichtet ist.

Für weitere Erläuterung und Vertiefungen über die zu übermittelnden Unterlagen wird es auf das Rundschreiben Nr. 24/E vom 7. Juli 2022 hingewiesen.

Arztausgaben im Ausland

Für im Ausland getragene Arztausgaben gelten dieselben Vorschriften wie für Ausgaben, die in Italien bestritten wurden; auch diese müssen vom Steuerzahler genauestens belegt und aufbewahrt werden. Es wird darauf hingewiesen, dass die Transport- und Aufenthaltskosten im Ausland, auch wenn diese aus Gesundheitsgründen getragen wurden, nicht unter jene fallen, welche die Absetzung berechtigen, weil diese keine Sanitätsausgaben sind.

Falls die ärztlichen Unterlagen in einer Fremdsprache abgefasst sind, müssen sie ins Italienische werden. Insbesondere wenn die Unterlagen auf Englisch, Französisch, Deutsch oder Spanisch abgefasst sind, kann die Übersetzung vom Steuerzahler selbst gemacht und unterzeichnet werden. Sollten sie hingegen in einer anderen Sprache als die oben erwähnten abgefasst sein, muss eine beeidigte Übersetzung beigelegt werden.

Steuerzahler mit Steuersitz im Aostatal und in der Provinz Bozen brauchen keine Übersetzung beizulegen, wenn die Unterlagen in Französisch oder Deutsch abgefasst sind.

Die ausländische, eventuell in Slowenisch verfasste Sanitätsdokumentation muss nicht mit einer italienischen Übersetzung vervollständigt werden, wenn der Steuerpflichtige in der Region Friaul Venetien Julia wohnt und der slowenischen Minderheit angehört.

□ Gesundheitsausgaben für behinderte Personen

Unter die Ausgaben für die Gesundheit fallen:

- Ausgaben für die Begleitung, das Gehen, die Bewegung und das Anheben von Behinderten erforderliche Mittel, die im Sinne des Art. 3 des G. Nr. 104 von 1992 als solche anerkannt werden, für die der Abzug auf den gesamten Betrag (**Zeile RP3**) zusteht. Es handelt sich dabei um die getragenen Kosten für:
 - die Ausgaben für den Ankauf von Sesseln für Behinderte, die gehunfähig sind, sowie von Stützvorrichtungen bei Knochenbrüchen, Brüchen und Stützen zur Verbesserung von Schäden der Wirbelsäule;
 - den Transport der Behinderten mit dem Krankenwagen (Kosten für die Begleitung). Es wird in diesem Fall darauf hingewiesen, dass fachärztliche bzw. allgemeine Leistungen, die anlässlich der Beförderung mit dem Krankenwagen durchgeführt wurden, Ausgaben im Gesundheitsbereich darstellen, für welche die Absetzung nur für den Teil zusteht, der den Betrag von 129,11 Euro überschreitet;
 - den Ankauf von künstlichen Gliedern für die Fortbewegung;
 - die Kosten für den Aufzug, der für die Rollstuhlfahrer umgebaut oder angepasst werden musste;
 - den Bau von Rampen zur Beseitigung von architektonischen Barrieren innerhalb und außerhalb der Wohnungen;
 - die Installation und/oder Wartung der Hebebühnen für Behinderte.

Zur Beachtung: der Absetzbetrag für diese Ausgaben kann nur für jenen Teil in Anspruch genommen werden, der die Ausgaben überschreitet, für die eventuell auch die Absetzung von 50 bzw. 75 Prozent in Anspruch genommen wird und die die Beseitigung von architektonischen Barrieren betreffen (**Zeile von RP41 bis RP53**);

- Ausgaben für technische informatische Hilfsmittel für die Erleichterung der Unabhängigkeit von fremder Hilfe und die Integrationsmöglichkeiten der Behinderten, die im Sinne des Art. 3 des G. Nr. 104 von 1992 als solche anerkannt werden. Unter diese Ausgaben fallen z.B. die Ausgaben für den Kauf eines Faxgerätes, eines Modems, eines Computers oder eines tele-matischen Mittels (**Zeile RP3**);
- Ausgaben für Mittel, die für die Bewegung von Behinderten mit reduzierten oder verhinderten Bewegungsfähigkeiten erforderlich sind, für die der Abzug des gesamten Betrags (**Zeile RP4**) zusteht. Es handelt sich dabei um die Kosten für den Ankauf von Motorrädern und Kraftfahrzeugen gemäß Art. 53, Abs.1, Buchst. b), c), f) und gemäß Art. 54, Absatz 1, Buchst. a), c), f) und m) des GvD Nr.285 vom 30. April 1992, auch wenn es sich um Serienproduktionen handelt, die den bleibenden motorischen Einschränkungen der Behinderten angepasst wurden.

Die bleibenden motorischen Einschränkungen, außer wenn die Krankheit die Verwendung der Fußfesseln ausschließt oder begrenzt, müssen aus einem ärztlichen Attest hervorgehen, das von der Ärztekommision im Sinne des Art. 4 des G. Nr. 104/1992, oder von son-stigen öffentlichen Ärztekommis-sionen, die damit beauftragt sind, eine Zivilinvalidität, Arbeitsinvalidität bzw. eine Invalidität als Kriegsversehrte usw. zu bescheinigen, ausgestellt werden. Die im Sinne des Art. 4 des Gesetzes-Dekrets Nr. 5 vom 9. Februar 2012 von integrierten medizinischen Kommissionen erteilten Zeugnisse, nach der Bestätigung des Zivilinvaliditätszustands, der Gehörlosigkeit, der Blindheit, der Behinderung des Subjekts, müssen auch festlegen, ob die Voraussetzungen zum Antrag des Parkausweises für Behinderte erfüllt sind, und ob diejenigen erfüllt sind, die von den steuerlichen Normen zur Inanspruchnahme der Be-

günstigung für den Kauf von Fahrzeugen sowie ab dem 17. Juli 2020 die für technische und IT-Beihilfen im Zuge der Förderung der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit von Menschen mit Behinderungen beantragt werden. Sie werden in zwei verschiedene Formen erteilt. Die erste Kopie bringt die oben genannten Hinweise in Langform mit sich, die zweite wird hingegen in einer „Omissis“ Fassung erteilt und sie gibt im Teil bezüglich der steuerlichen Begünstigungen nur die Rechtsgrundlagen an (Art. 8 des Gesetzes Nr. 449/1997, Art. 30 Abs. 7 des Gesetzes 388/2000, Art. 6 des Gesetzes Nr. 488/99 und Art. 50 des Gesetzes 342/2000).

Für die Berichte, in denen diese Rechtsgrundlagen fehlen, muss der Steuerzahler zur Inanspruchnahme der steuerlichen Begünstigungen die Ergänzung/die Berichtigung des von der integrierten medizinischen Kommission im Sinne des Art. 20 des Gesetzesdekrets Nr. 78 vom 1. Juli 2009, mit Änderungen in das Gesetz Nr. 102 vom 3. August 2009 umgewandelt, erteilten Zeugnisses beantragen, außer wenn aus demselben Zeugnis das Zustehen der Begünstigungen eindeutig hervorgehoben kann.

Die Absetzung auf Kraftfahrzeugen, steht unabhängig von deren Anpassung auch folgenden Personen zu:

- 1) den Subjekten mit einem psychischen oder geistigen Handicap, welchen die Begleitzulage anerkannt wurde;
- 2) den Invaliden mit großen Bewegungseinschränkungen;
- 3) den Subjekten mit mehreren Amputationen.

Um die Absetzung beanspruchen zu können, muss eine schwerwiegende Behinderung bestehen, wie vom Art. 3, Abs. 3 des G. Nr. 104 von 1992 vorgesehen, das aus Krankheitsbildern entstanden ist, welche eine permanente Bewegungseinschränkung herbeigeführt haben.

Der Grad der Behinderung muss aus einer Bescheinigung mit dazugehörigem Protokoll der Kommission für die Feststellung der Behinderung gemäß Art. 4 des G. Nr. 104 von 1992, hervorgehen. Bei den unter Punkt 1) angeführten Subjekten muss ausserdem die Bescheinigung über die Gewährung der Begleitzulage vorhanden sein, die von der Kommission über die Feststellung der Zivilinvalidität ausgestellt wurde.

Für behinderte Personen, die nicht gleichzeitig unter „schweren Einschränkungen der Gehfähigkeit“ leiden, liegen die „dauernd eingeschränkten bzw. fehlenden Bewegungsfähigkeiten“ immer vor, wenn die Invalidität die Unmöglichkeit oder die Schwierigkeiten des Gehens aufgrund von Erkrankungen mit sich, die die Benutzung der unteren Gliedmaßen ausschließen oder einschränken; in diesem Fall ist also die ausdrückliche Angabe der eingeschränkten oder verhinderten Beweglichkeit auf der Invaliditätsbescheinigung nicht unbedingt erforderlich.

Es können auch andere Krankheitsbilder vorliegen, welche eine „permanent eingeschränkte bzw. verhinderte Beweglichkeit“ herbeiführen. Die Einschätzung dieser „permanent eingeschränkten bzw. verhinderten Beweglichkeit“ kann jedoch nicht von den Ämtern der Agentur der Einnahmen vorgenommen werden. In diesen Fällen ist also eine zusätzliche Bescheinigung notwendig, aus welcher die permanente eingeschränkte oder verhinderte Beweglichkeit hervorgeht, die von der Kommission gemäß Art. 4 des G. Nr. 104/1992 ausgestellt wurde, bzw. kann auch nur eine Kopie des Antrages an die ASL beigelegt werden, aus der hervorgeht, dass man um die zusätzliche Bescheinigung der genannten Kommission beantragt hat, welche dann die permanente eingeschränkte oder verhinderte Beweglichkeit im Sinne des Art. 8 des G. 449/1997 bescheinigen wird.

Unter die Kraftfahrzeuge, bei welchen die Lenkungs Vorrichtung angepasst wurde, fallen auch jene, die mit automatischem Seriengetriebe versehen sind, wenn dies aus der Bescheinigung der Ärztekommision gemäß Art. 119 des GvD Nr. 285 vom 30. April 1992 hervorgeht.

Unter die wichtigsten Anpassungsarbeiten an Fahrzeugen, die unten angeführt sind, zählen sowohl die Einrichtungen an der Fahr Vorrichtung als auch an der Struktur der Karosserie. Diese Einrichtungen müssen im Kraftfahrzeugschein nach der Fahrzeugüberprüfung von Seiten der von den örtlichen Ämtern des Ministeriums für Infrastrukturen und Transportwesen vermerkt werden:

- das Hebebett mit mechanischem/elektrischem/hydraulischem Antrieb;
- die Rutschbahn mit mechanischem/elektrischem/hydraulischem Antrieb;
- der Auslegearm mit mechanischem/elektrischem/hydraulischem Antrieb;
- der Flaschenzug mit mechanischem/elektrischem/hydraulischem Antrieb;
- Schiebe- Drehsitzplatz, welcher zum Sitzen von behinderten Personen im Innenraum des Autos dient;
- die Verankerung des Rollstuhls und Stützgürtel;
- die Schiebetür.

Falls die Fahrzeuge aufgrund der Natur der Behinderung Anpassungen benötigen, die verschieden sind als die oben genannten, kann die Absetzung trotzdem anerkannt werden, wenn ein funktioneller Zusammenhang zwischen der Behinderung und der Art der Anpassung vorhanden ist.

Die Schwerebeschädigten gemäß Art. 14 des Einheitstextes Nr. 915 von 1978 und die ihnen gleichgestellten Personen werden als Behinderte angesehen und unterliegen nicht den Gesundheitsfeststellungen des Ärzteschusses, der im Sinne des Art.4, des Gesetzes Nr. 104 von 1992 eingesetzt wurde. In diesem Fall genügen die Unterlagen, welche von den zuständigen Ministerien anlässlich der Genehmigung der Rentenbegünstigungen ausgestellt wurden.

Bei Verlangen der Ämter können die Informationen zum persönlichen Zustand, auch durch eine Eigenerklärung abgegeben werden, die in der vom Gesetz vorgesehenen Art und Weise vorzunehmen ist (Ersatzklärung der Notariatskunde, gemäß DPR Nr.445 vom 28. Dezember 2000, die keiner beglaubigten Unterschrift bedarf, wenn eine Fotokopie des Personalausweises des Unterzeichners beigelegt ist), aus welcher hervorgeht, dass die Invalidität permanent eine eingeschränkte oder verminderte Motorik herbeigeführt hat. Außerdem ist auf

die vorher durchgeführten ärztlichen Untersuchungen und Feststellungen Bezug zu nehmen, die von Organen durchgeführt wurden, die befähigt sind, den Grad der Invalidität zu bescheinigen, da der einzelne nicht in der Lage ist, den Grad und die Art derselben Invalidität genau zu definieren.

Es wird darauf hingewiesen, dass für Subjekte mit bleibenden beschränkten oder verhinderten Bewegungsfähigkeiten, Inhaber eines besonderen Führerscheins, steht die Absetzung für die Kosten des Kaufs von anpassungspflichtigen Fahrzeugen zu, nur wenn des Fahrzeugs dem Führungssystem oder der Karosserie und der Innenausstattung des Fahrzeugs angepasst wurde, dem Behinderten das Führen zu erlauben. Für Subjekte mit bleibenden beschränkten oder verhinderten Bewegungsfähigkeiten, die nicht Inhaber eines besonderen Führerscheins steht hingegen die Absetzung zu, unter der Bedingung, dass die Anpassungen die Struktur der Karosserie oder die Innenausstattung des Fahrzeugs betreffen, um die Begleitung des Behinderten zu gewährleisten.

Die Absetzung steht für folgende Motorräder zu:

- Motorwagen: das sind Fahrzeuge mit drei Rädern, die für die Beförderung von Personen bestimmt sind und welche eine Tragfähigkeit von höchstens vier Sitzplätzen, einschließlich des Fahrers haben; sie müssen mit einer angemessenen Karosserie (Buchst. b) des Art.53) ausgestattet sein;
- Motorfahrzeuge für die gemischte Beförderung: Fahrzeuge mit drei Rädern, die für den Transport von Personen und Waren bestimmt sind, und eine Tragfähigkeit von höchstens vier Sitzplätzen, einschließlich des Fahrers (Buchst. c) Art.53) haben;
- Motorfahrzeuge für spezifische Transporte: Motorräder mit drei Rädern, die für den Transport von bestimmten Personen und Waren unter besonderen Umständen bestimmt sind, und welche mit besonderen Vorrichtungen für diese Zweckbestimmung ausgestattet sind (Buchst. f), Art.53).

Die Blinde und die Taube können nicht die Absetzung für den Kauf von Motorfahrzeugen in Anspruch nehmen.

Die Absetzung steht für folgende Kraftfahrzeuge zu:

- Personenkraftwagen: Fahrzeuge, die für die Beförderung von Personen bestimmt sind und höchstens neun Sitzplätze, einschließlich des Fahrers haben (Buchst. a) Art. 54);
- Fahrzeuge für den gemischten Transport: Fahrzeuge mit einer Vollbelastung unter 3,5 bzw. 4,5 Tonnen (falls diese elektrisch bzw. durch Batterie betrieben werden), die für den Transport von Personen bzw. Waren bestimmt sind und mit neun Sitzplätzen, einschließlich des Fahrers ausgestattet sind (Buchst. c) Art. 54);
- Kraftfahrzeuge für spezifische Transporte: Fahrzeuge, die für den Transport von bestimmten Personen und Waren unter besonderen Umständen bestimmt sind, und welche mit besonderen Vorrichtungen für diese Zweckbestimmung ausgestattet sind (Buchst. f) Art.54);
- Wohnmobile: Fahrzeuge mit einer besonderen Karosserie, die für den permanenten Transport und der Unterkunft von höchstens sieben Personen einschließlich des Fahrers (Buchst. m) Art. 54) bestimmt sind.

□ Im Ausland erzielte Gehälter, Einkünfte und Renten

Es müssen folgende Gehälter, Renten und gleichgestellte Einkünfte, die von in Italien ansässigen Steuerzahlern bezogen worden sind, angegeben werden:

- a) jene, die in einem ausländischen Staat erzielt worden sind, mit dem kein Abkommen gegen die Doppelbesteuerung besteht;
- b) jene, die in einem ausländischen Staat erzielt worden sind, mit dem ein Abkommen gegen die Doppelbesteuerung besteht, aufgrund von dem diese Einkünfte sowohl in Italien als auch im ausländischen Staat besteuert werden müssen;
- c) jene, die in einem ausländischen Staat erzielt worden sind, mit dem ein Abkommen gegen die Doppelbesteuerung besteht, aufgrund von dem jene Einkommen ausschließlich in Italien besteuert werden müssen.

In den unter Buchstaben (a) und (b) aufgelisteten Fällen hat der Steuerzahler gemäß Art. 165 des Tuir, Anrecht auf ein Steuerguthaben für die im Ausland als Saldo bezahlten Steuern. In den vom Buchstaben (c) vorgesehenen Fall, und zwar, wenn die Einkünfte auch im ausländischen Staat einen Steuereinzug erfahren haben, hat der in unserem Staat ansässige Steuerzahler kein Anrecht auf das Steuerguthaben, sondern kann die Rückvergütung der im ausländischen Staat bezahlten Steuern beantragen. Die Rückerstattung wird bei der zuständigen ausländischen Behörde beantragt und zwar in der Art und Weise, wie diese das Verfahren festsetzt. Nachstehend wird für einige Länder die Art und Weise der Besteuerung der Gehälter und Renten angegeben, welche von den in Italien ansässigen Steuerzahlern bezogen wurden. Bezüglich der Handhabung der Gehälter und Renten, die nicht in der erwähnten Liste aufscheinen, bzw. von anderen Staaten bezogen werden, ist es notwendig, sich über die einzelnen Abkommen dieser Länder zu informieren.

1. Gehälter

Was die von einem privaten Arbeitgeber ausgezahlten Gehälter betrifft, ist in fast allen Abkommen (z.B. jene mit Argentinien, Australien, Belgien, Kanada, Deutschland, Großbritannien, Spanien, der Schweiz und den Vereinigten Staaten) die ausschließliche Besteuerung in Italien vorgesehen, falls gleichzeitig die folgenden Bedingungen gegeben sind:

- der in Italien ansässige Arbeiter übt seine Tätigkeit im ausländischen Staat für weniger als 183 Tage aus;
- die Entlohnungen werden von einem in Italien ansässigen Arbeitgeber entrichtet;
- die Aufwendung wird nicht von bleibenden Unternehmen bzw. von Unternehmen mit festem Sitz, die der Arbeitgeber im anderen Staat führt, bestritten.

2. Im Ausland in einem Dauerarbeitsverhältnis aufgrund eines Exklusivabkommens erzielte Einkünfte

Die im Ausland in einem Dauerverhältnis und aufgrund eines Exklusivabkommens erzielten Einkünfte sind aufgrund der Abschaffung des Art. 3, Abs. 3, Buchst. c) des Tuir, nicht mehr vom steuerpflichtigen Betrag ausgeschlossen. Im Sinne des Absatzes 8-bis, Art. 51 des Tuir, werden die Einkünfte der Angestellten, die sich im Laufe von zwölf Monaten im ausländischen Staat für mehr als 183 Tage aufhalten, aufgrund der jährlich vereinbarten Entlohnungen berechnet, welche mit Dekret des Ministers für Arbeit und Sozialpolitik bestimmt werden.

Für das Jahr 2022 wird auf das interministerielle Dekret vom 23. Dezember 2021 verwiesen, das im Amtsblatt Nr. 13 vom 18. Januar 2022 veröffentlicht wurde.

Es handelt sich um jene Subjekte, die obwohl sie sich für mehr als 183 Tage im Ausland aufgehalten haben als in Italien ansässige Personen betrachtet werden, da sie ihre familiären Beziehungen, ihr Vermögen und ihre sozialen Kontakte vorwiegend in Italien haben. Die Einkommen der im Staatsgebiet wohnhaften Personen, die aus nichtselbständiger Arbeit bezogen werden, die dauerhaft und als ausschließlicher Gegenstand des Arbeitsverhältnisses im Ausland in Grenzgebieten und anderen angrenzenden Ländern geleistet wird, unterliegen für das Jahr 2022 der IRPEF für den Teil, der 7.500 Euro übersteigt.

Werden bei öffentlichen Verwaltungen begünstigte Sozialdienste beantragt, muss der gesamte im Ausland erzielte Betrag des Einkommens, die befreite Quote eingeschlossen beim Amt, das diesen Dienst anbietet mitgeteilt werden, damit die eigene finanzielle Lage überprüft werden kann.

3. Renten aus dem Ausland, die von in Italien ansässigen Personen bezogen werden

Als ausländische Renten werden jene betrachtet, die von einer öffentlichen bzw. privaten Körperschaft eines ausländischen Staates infolge von ausgeübter Arbeit ausgezahlt und von einer in Italien ansässigen Person bezogen werden. Mit einigen Staaten wurden Abkommen gegen die Doppelbesteuerung der Einkünfte abgeschlossen, aufgrund welcher die Renten ausländischer Herkunft anders besteuert werden, und zwar je nachdem, ob es sich um öffentliche oder private Renten handelt.

Zu den öffentlichen Renten zählen jene, die vom Staat selbst, bzw. von einer politischen oder verwaltungsbehördlichen Abteilung oder von einer lokalen Körperschaft ausgezahlt werden. Im allgemeinen sind diese Renten nur in ihrem Herkunftsstaat steuerpflichtig.

Zu den privaten Renten zählen jene, die von Körperschaften, Anstalten bzw. Vorsorgeinstituten der ausländischen Staaten entrichtet wurden, die mit der Auszahlung der Rente beauftragt sind. Im allgemeinen sind diese Renten nur im Staat, in dem der Begünstigte ansässig ist, steuerpflichtig.

Insbesondere werden aufgrund der geltenden Abkommen gegen die Doppelbesteuerung die Renten, welche einem in Italien ansässigen Steuerzahler von öffentlichen und privaten Körperschaften nachstehender Staaten ausbezahlt werden, folgendermaßen besteuert.

Argentinien - Vereintes Königreich - Spanien - Vereinigte Staaten - Venezuela Falls der Steuerzahler italienischer Staatsbürger ist, werden die öffentlichen Renten ausschließlich in Italien besteuert. Die privaten Renten unterliegen ausschließlich in Italien der Besteuerung.

Belgien - Deutschland Die öffentlichen Renten werden ausschließlich in Italien besteuert, falls der Steuerzahler nur die italienische Staatsbürgerschaft besitzt und nicht auch die ausländische. Falls der Steuerzahler auch ausländischer Staatsbürger ist, werden seine Einkünfte ausschließlich in jenem Land besteuert. Die privaten Renten unterliegen ausschließlich in Italien der Besteuerung.

Frankreich Öffentliche französische Renten werden normalerweise ausschließlich in Frankreich besteuert. Dennoch werden diese im Fall, dass der Steuerzahler nur die italienische und nicht auch die französische Staatsbürgerschaft besitzt, ausschließlich in Italien besteuert. Private französische Renten werden aufgrund einer allgemeinen Regelung nur in Italien besteuert, obwohl jene Renten, welche aufgrund des geltenden italienisch-französischen Abkommens aufgrund der Bestimmungen über die "Soziale Sicherheit" ausbezahlt werden, in beiden Staaten besteuert werden können.

Australien Sowohl die öffentlichen als auch die privaten Renten unterliegen nur in Italien der Besteuerung.

Kanada Sowohl die öffentlichen als auch die privaten Renten sind unterliegen in Italien der Besteuerung, falls der Gesamtbetrag nicht den höchsten der folgenden Beträge überschreitet: 12.000 Kanada Dollars bzw. das Gleiche Euro. Falls diese Grenze überschritten wird, sind die Renten sowohl in Italien als auch in Kanada besteuert und in Italien steht das Guthaben für die in Kanada endgültig bezahlte Steuer zu. Falls kanadische „Sozialversicherungsrenten“ wie z.B. die OAS-Rente (Old Age Security) bezogen werden, sind diese ausschließlich in Kanada zu versteuern.

Schweiz Die öffentlichen Renten sind nur in der Schweiz besteuert, falls der Steuerzahler die schweizerische Staatsbürgerschaft hat. Falls der Steuerzahler keine schweizerische Staatsbürgerschaft hat werden die öffentlichen Renten ausschließlich in Italien besteuert. Die privaten Renten werden ausschließlich in Italien besteuert. Die Beträge, die von der Schweizer Versicherungsanstalt als Alters- bzw. Hinterbliebenenrente (AVS-Erträge) ausgezahlt werden, müssen in Italien nicht als Einkünfte erklärt werden, da sie der Quellsteuer unterliegen.

4. Studienstipendien

Stipendien, die von in Italien ansässigen Steuerpflichtigen bezogen werden, müssen angegeben werden, es sei denn, es ist keine besondere Steuerbefreiung vor-

gesehen, wie zum Beispiel die Steuerbefreiung, die für von Universitäten und Universitätsinstituten und der autonomen Provinz Bozen ausbezahlte Stipendien beschlossen wurde (Gesetz Nr. 398 vom 30. November 1989). Die Bestimmungen der Besteuerung in Italien werden im allgemeinen auch aufgrund der Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung, angewandt. Für den Fall, das ein Steuerpflichtiger mit Wohnsitz in Italien sich aus Studiengründen beispielsweise in Frankreich, Deutschland, Großbritannien oder den Vereinigten Staaten aufhält und das Stipendium von einem Subjekt mit Wohnsitz in unserem Land bezahlt wird, ist mit den genannten Ländern vorgesehen, dass es nur in Italien zu versteuern ist; wird hingegen das Stipendium von einem Subjekt mit Wohnsitz im ausländischen Staat des Aufenthalts gezahlt, kann dieser Staat das Einkommen versteuern, muss es aber auch in Italien erklären und das Guthaben für die im Ausland gezahlte Steuer beantragen.

□ Superbonus

Art. 119 des Gesetzesdekrets Nr. 34 vom 19. Mai 2020 (im Folgenden das "Decreto Rilancio", also „Dekret für Aufschwung“), das mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 77 vom 17. Juli 2020 umgewandelt wurde, führte neue Bestimmungen für Absetzungen von Aufwendungen ein, die zwischen dem 1. Juli 2020 und dem 31. Dezember 2022 (anschließend verlängert durch das Haushaltsgesetz 203- Gesetz Nr. 197 vom 29. Dezember 2022) entstanden sind, und zwar in Höhe von 110 Prozent dieser Aufwendungen für bestimmte Eingriffe, die an Immobilienwohneinheiten und an gemeinschaftlichen Gebäudeteilen oder Eigentumswohnungsgebäuden vorgenommen wurden. Die neuen Bestimmungen kommen zu den bereits geltenden hinzu, die Absetzungen für die energetische Sanierung von Gebäuden ("Okobonus") sowie für die Renovierung von Gebäuden, einschließlich Maßnahmen im Zuge des Erdbebenschutzes ("Erdbebenbonus"), regeln, welche derzeit in den Artikeln 14 und 16 der Gesetzesverordnung 63 vom 4. Juni 2013, umgewandelt durch das Gesetz 90 vom 3. August 2013, geregelt sind.

Der Superbonus steht für bei Ausgaben zur Verfügung, die im Zusammenhang mit bestimmten spezifischen Maßnahmen zur energetischen Sanierung und im Zuge des Erdbebenschutzes an Gebäuden (sogenannte "Primäreingriffe") anfallen sowie für weitere Maßnahmen, die in Verbindung mit den ersten durchgeführt werden (sogenannte "Sekundäreingriffe"). In beiden Fällen müssen die Eingriffe wie folgt durchgeführt werden:

- an gemeinsamen Teilen von Wohnungseigentumsanlagen (dies gilt sowohl für Primär- als auch Sekundäreingriffe);
- an Einfamilienwohnhäusern und dazugehörigen Anbauten (dies gilt sowohl für Primär- als auch Sekundäreingriffe)
- an funktional unabhängigen Wohngebäudeeinheiten mit einem oder mehreren unabhängigen Zugängen von außen, die sich innerhalb von Mehrfamilienhäusern befinden und zugehörigen Anbauten (dies gilt sowohl für Primär- als auch Sekundäreingriffe); an einzelnen Wohngebäudeeinheiten und deren Anbauten innerhalb von Wohnungseigentumsanlagen (dies gilt sowohl für Primär- als auch Sekundäreingriffe).

Laut Artikel 121 des Dekrets für Aufschwung können diejenigen, die in den Jahren 2020, 2021 und 2022 Ausgaben für die energetische Sanierung von Gebäuden, für bestimmte Maßnahmen zur Wiedergewinnung der Bausubstanz (einschließlich Maßnahmen im Zuge des Erdbebenschutzes) durchführen (gemäß der o.g. Artikel 14 und 16 des Gesetzesdekrets Nr. 63 von 2013), anstelle der direkten Inanspruchnahme der Steuerabsetzung einen Beitrag in Form eines Rabatts auf die zu begleichende Summe, die vom Dienstleister oder Anbieter vorgestreckt wurde und diesem in Form eines Steuerguthabens erstattet wird, in Anspruch nehmen. Dies schließt auch diejenigen ein, die den Superbonus gemäß des o.g. Artikel 119 des Dekret für Aufschwung oder den Fassadenbonus in Anspruch nehmen. Die vom Dienstleister oder Anbieter vorgestreckte Summe dient auch als Höchstbetrag für den als Rabatt gewährten Betrag. Der Dienstleister oder Anbieter darf das Steuerguthaben zudem anschließend auf andere Parteien, einschließlich Banken und andere Finanzvermittler, übertragen (sog. Rabatt auf Rechnung).

Alternativ kann sich der Steuerzahler auch für die Abtretung eines Steuerguthabens in Höhe der Absetzung an andere Parteien, einschließlich Banken und andere Finanzvermittler, mit der Möglichkeit einer späteren Abtretung entscheiden. Die zuletzt genannten Umsetzungsmodalitäten der Bestimmungen, einschließlich derjenigen, die sich auf die Anwendung der Optionen beziehen, die auch über die in Artikel 3 Absatz 3 des Präsidialdekrets Nr. 322 vom 22. Juli 1998 genannten Stellen elektronisch zu erfolgen haben, wurden mit den Beschlüssen des Direktors der Agentur der Einnahmen Nr. 283847 vom 8. August 2020 und Nr. 326047 vom 12. Oktober 2020, 22. Februar 2021, Ref. Nr. 51374, 30. März 2021, Ref. Nr. 83933, 20. Juli 2021, Ref. Nr. 196548, 12. November 2021, Ref. Nr. 312528 und 1. Dezember 2021, Ref. Nr. 340450, 3. Februar 2022 Ref.Nr.35873 und 10. Juni 2022 Ref.Nr. 202205. Wir verweisen darauf, dass das o.g Rundschreiben Nr. 24/E aus dem Jahr 2020 in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Absätze 1 und 4 des oben o.g. Artikels 119 folgende Eingriffe als "Primär- oder Haupteingriffe" definiert:

- Wärmedämmung der vertikalen, horizontalen und geneigten lichtundurchlässigen Flächen der Gebäudehülle, einschließlich derer von Einfamilienhäusern, mit einem Anteil von mehr als 25 Prozent der gesamten Dispersionsfläche des Gebäudes selbst bzw. der funktional unabhängigen Immobilieneinheit innerhalb von Mehrfamilienhäusern, die einen oder mehrere unabhängige Zugänge von außen hat;
- Das Austauschen bestehender Winterklimatisierungssysteme durch zentrale Heizungs-, Kühlungs- oder für Brauchwarmwassererzeugungssysteme in den gemeinschaftlich genutzten Gebäudeteilen bzw. für Heizungs-, Kühlungs- oder für Brauchwarmwassererzeugungssysteme in Einfamilien-

häusern oder Gebäudeeinheiten in Mehrfamilienhäusern, die funktional unabhängig sind und einen oder mehrere unabhängige Zugänge von außen haben

- Eingriffe im Zuge einer Reduzierung des Erdbebenrisikos gemäß den Absätzen 1-bis bis 1-septies des Artikels 16 des Gesetzesdekrets Nr. 63 von 2013 (sog. Erdbebenbonus).

Die "Sekundäreingriffe" umfassen hingegen:

- die Ausgaben für alle in Artikel 14 des Gesetzesdekrets Nr. 63 von 2013 genannten Energieeffizienzmaßnahmen (sog. "Okobonus") im Rahmen der in diesem Artikel für die jeweiligen Maßnahme vorgesehenen Abzugs- bzw. Ausgabengrenzen;
 - die Installation von Ladestationen für Elektrofahrzeuge in Gebäuden gemäß Artikel 16-ter des o.g. Gesetzesdekrets Nr. 63 von 2013.
- Zu den "sekundären" Eingriffen (Art. 1, Absatz 66, Buchstabe d), Gesetz Nr. 178 vom 30. Dezember 2020) gehören auch die Kosten für die Beseitigung von baulichen Hindernissen, wenn sie zusammen mit
- den Kosten für die Wärmedämmung der senkrechten, waagerechten und innenliegenden opaken Flächen, die die Gebäudehülle betreffen, einschließlich Einfamilienhäuser, mit einem Anteil von mehr als 25 Prozent der Bruttoverteilungsfläche des Gebäudes selbst oder der funktional unabhängigen Gebäudeeinheit mit einem oder mehreren unabhängigen Zugängen von außen, die sich in Mehrfamilienhäusern befindet;
 - die Ersetzung bestehender Winterklimatisierungssysteme durch zentrale Systeme für Heizung, Kühlung oder Warmwasserversorgung in den gemeinschaftlich genutzten Gebäudeteilen oder durch Systeme für Heizung, Kühlung oder Warmwasserversorgung in Einfamilienhäusern oder funktional unabhängigen Gebäudeeinheiten mit einem oder mehreren unabhängigen Zugängen von außen in Mehrfamilienhäusern.

Die Ausgaben für die Beseitigung von architektonischen Barrieren gelten als "sekundäre" Eingriffe, auch wenn sie zusammen mit den Ausgaben für anti-seismische Interventionen und die Verringerung des seismischen Risikos gemäß den Absätzen 1-bis bis 1-septies des Artikels 16 des Gesetzesdekrets Nr. 63 von 2013 (sog. Sismabonus) getätigt werden (Artikel 33, Absatz 1, Buchstabe a) des Gesetzesdekrets Nr. 77 vom 31. Mai 2021, umgewandelt mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 108 vom 29. Juli 2021).

Wie im Beschluss Nr. 60/E vom 28. September 2020 festgelegt, ist, wenn mehr als ein förderfähiger Eingriff an demselben Gebäude durchgeführt wird, die Höchstgrenze der absetzbaren Ausgaben die Summe der für jeden Eingriff vorgesehenen Beträge.

Die entsprechende Absetzung kann in Anspruch genommen werden, sofern die Ausgaben für die verschiedenen Eingriffe getrennt verbucht werden - da pro Aufwendung nicht mehr als eine Absetzung in Anspruch genommen werden darf - und die spezifischen Anforderungen für die jeweiligen Absetzungen erfüllt werden. Innerhalb der o.g. Grenzen steht der Superbonus auch für ausschließlich im Rahmen der Umsetzung und dem Abschluss der o.g. Eingriffe getragener Kosten zur Verfügung.

Für weitere Einzelheiten verweisen wir auf das o.g. Rundschreiben Nr. 24/E aus dem Jahr 2020, das Rundschreiben Nr. 30/E vom 22. Dezember 2020, den Beschluss Nr. 60/E aus dem Jahr 2020 das Rundschreiben Nr. 16/E 2021, den Beschluss Nr.8/E vom 15. Februar 2022, das Rundschreiben Nr. 19/E vom 27. Mai 2022, Nr. 23/E vom 23. Juni 2022 und Nr. 28/E vom 25. Juli 2022 und die im entsprechenden Bereich der Website der Agentur der Einnahmen (www.agenziaentrate.gov.it) zur Verfügung gestellten Informationen.

□ Verpachtete Grundstücke – Sonderfälle

Falls das Grundstück in mehreren Zeilen eingetragen und in wenigstens einer Zeile der Code 2 oder der Code 3 in Spalte 2 angegeben wurde, sind für die Berechnung des Grundeinkommens folgende Modalitäten anzuwenden. Es sind nur die Zeilen zu berücksichtigen, in denen einer der Titel 2 und 3 angegeben wurde und das Kästchen der Spalte 10 nicht angekreuzt ist.

- 1) Für jede Zeile des Grundstücks den entsprechenden Anteil an den Grundeinkünften berechnen:
 - Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) kein Code vorhanden ist, ist das Einkommen aus Grundbesitz gleich dem im Spalte 1 angegebenen Betrag, Neuberechnet auf 80% und erhöht um 30 %, in Beziehung gesetzt zu den Tagen (Spalte 4) und zum Besitzanteil (Spalte 5);
 - Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 4 vorhanden ist, ist das Einkommen aus Grundbesitz gleich dem im Spalte 1 angegebenen Betrag, erhöht um 30 %, in Beziehung gesetzt zu den Tagen (Spalte 4) und zum Besitzanteil (Spalte 5);
 - wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 2 oder 6 vorhanden ist, ist das Grundeinkommen gleich Null;

Die Beträge der Einkommensanteile aus Grundbesitz, die wir nachfolgend mit "Gesamtbetrag der Anteile aus Grundbesitz" bezeichnen, müssen zusammengezählt werden.
- 2) Für jede Zeile des Grundstücks, für das in Spalte 2 der Code 2 oder 3 angegeben wurde, den Anteil des Pachtpreises berechnen:
 - a) falls in Spalte 2 der Code 2 angeführt wurde, ist der Mietzins (Sp. 6) im Verhältnis zum Besitzanteil (Sp. 5) zu berechnen;
 - b) wenn in Spalte 2 der Code 3 angegeben wurde, werden als Pachtpreis die Grundeinkünfte angenommen, die nach den Modalitäten laut vorstehendem Absatz berechnet wurden.

Anschließend sind die Beträge der Anteile des Mietzinses zusammenzuzählen.
- 3) Wenn in keiner der Zeilen, die sich auf das Grundstück beziehen, in Spalte 7 „Sonderfälle“ Code 2 oder 6 angegeben wurde, ist wie folgt vorzugehen:
 - a) falls der Gesamtbetrag der Anteile bezüglich Mietzins weniger als 80% des "Gesamtbetrages aus Grundbesitz" beträgt, ist der Ge-

- betrag der Anteile der Mietzinsen in Spalte 11 der ersten Zeile der Übersicht RA, in welcher das Grundstück angeführt ist, zu übertragen;
- b) falls der Gesamtbetrag der Anteile bezüglich Mietzinsen hingegen höher oder gleich 80% des "Gesamtbetrages aus Grundbesitz" ist, ist der "Gesamtbetrag der Anteile aus Grundbesitz" in Spalte 11 der ersten Zeile der Übersicht RA, in welcher das Grundstück angeführt ist, zu übertragen.
- 4) Wenn in wenigstens einer der Zeilen, die sich auf das Grundstück beziehen, in Spalte 7 „Sonderfälle“ Code 2 oder 6 angegeben wurde, ist wie folgt vorzugehen:
- 1) falls der Gesamtbetrag der oben ermittelten Anteile bezüglich Mietzinsen höher als der Gesamtbetrag der oben berechneten Anteile aus Grundbesitz ist, ist in Spalte 11 der ersten Zeile der Übersicht RA, in welcher das Grundstück angeführt ist, der Gesamtbetrag der Anteile aus Grundbesitz anzugeben;
 - 2) falls der Gesamtbetrag der oben ermittelten Anteile bezüglich Mietzinsen niedriger des Gesamtbetrages der oben berechneten Anteile aus Grundbesitz ist, ist folgendes vorzunehmen:
 - a) für jede einzelne Zeile den entsprechenden Anteil des Einkommen aus Grundbesitzes ermitteln, ohne die Steuererleichterung zu berücksichtigen, die für den Nichtanbau oder den Verlust von mindestens 30 % der Produkte aufgrund von Naturereignissen vorgesehen ist, und danach das angegebene Einkommen aus Grundbesitz mit Spalte 1 in Beziehung setzen, Neuberechnet auf 80 % (Oder nicht Neuberechnet in den Sonderfällen 5 oder 6) und erhöht um 30 %, in Beziehung gesetzt zu den Tagen (Spalte 4) und zum Besitzanteil (Spalte 5);
 - b) die auf diese Art und Weise berechneten Anteile, die nachfolgend "Gesamtbetrag der nicht begünstigten Anteile aus Grundbesitz" genannt werden sind zusammenzuzählen;
 - c) der Betrag des unter Punkt b) berechneten "Gesamtbetrages der nicht begünstigten Anteile aus Grundbesitz" ist mit dem Gesamtbetrag der Anteile bezüglich Mietzins zu vergleichen:
 - falls der "Gesamtbetrag der Anteile bezüglich Mietzinsen", wie in Punkt b) berechnet, weniger als 80% des "Gesamtertrages der nicht begünstigten Anteile aus Grundbesitz" ist, ist in Spalte 11, erste Zeile der Übersicht RA, in welcher das Grundstück angeführt ist, der "Gesamtbetrag der Anteile bezüglich Mietzinsen" zu übertragen;
 - falls der "Gesamtbetrag der Anteile bezüglich Mietzinsen" höher oder gleich 80% des "Gesamtertrages der nicht begünstigten Anteile aus Grundbesitz", wie in Punkt b) berechnet ist, ist in Spalte 11 der ersten Zeile der Übersicht RA, in welcher das Grundstück angeführt ist, der "Gesamtbetrag der Anteile aus Grundbesitz" zu übertragen; in Beziehung gesetzt zu den Tagen (Spalte 4) und zum Besitzanteil (Spalte 5);
- Es sind nur die Zeilen zu berücksichtigen, in denen einer der Titel 2 und 3 angegeben wurde und das Kästchen der Spalte 10 angekreuzt ist:
- 1) Für jede Zeile des Grundstücks den entsprechenden Anteil an den Grundeinkünften berechnen:
 - Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) kein Code vorhanden ist, ist das Einkommen aus Grundbesitz gleich dem im Spalte 1 angegebenen Betrag, Neuberechnet auf 80%, in Beziehung gesetzt zu den Tagen (Spalte 4) und zum Besitzanteil (Spalte 5);
 - wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 4 vorhanden ist, ist das Einkommen aus Grundbesitz gleich dem im Spalte 1 angegebenen Betrag, erhöht um um 30 %, in Beziehung gesetzt zu den Tagen (Spalte 4) und zum Besitzanteil (Spalte 5);
 - wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 2 oder 6 vorhanden ist, ist das Grundeinkommen gleich Null;
- Die Beträge der Einkommensanteile aus Grundbesitz, die wir nachfolgend mit "Gesamtbetrag der Anteile aus Grundbesitz" bezeichnen, müssen zusammengezählt werden.
- 2) Für jede Zeile des Grundstücks, für das in Spalte 2 der Code 2 oder 3 angegeben wurde, den Anteil des Pachtpreises berechnen:
 - a) falls in Spalte 2 der Code 2 angeführt wurde, ist der Mietzins (Sp. 6) im Verhältnis zum Besitzanteil (Sp. 5) zu berechnen;
 - b) wenn in Spalte 2 der Code 3 angegeben wurde, werden als Pachtpreis die Grundeinkünfte angenommen, die nach den Modalitäten laut vorstehendem Absatz berechnet wurden. Anschließend sind die Beträge der Anteile des Mietzinses zusammenzuzählen.
 - 3) Wenn in keiner der Zeilen, die sich auf das Grundstück beziehen, in Spalte 7 „Sonderfälle“ Code 2 oder 6 angegeben wurde, ist wie folgt vorzugehen:
 - a) falls der Gesamtbetrag der Anteile bezüglich Mietzinsen weniger als 80% des "Gesamtbetrages aus Grundbesitz" beträgt, ist der Gesamtbetrag der Anteile der Mietzinsen in Spalte 11 der ersten Zeile der Übersicht RA, in welcher das Grundstück angeführt ist, zu übertragen;
 - b) falls der Gesamtbetrag der Anteile bezüglich Mietzinsen hingegen höher oder gleich 80% des "Gesamtbetrages aus Grundbesitz" ist, ist der "Gesamtbetrag der Anteile aus Grundbesitz" in Spalte 13 der ersten Zeile der Übersicht RA, in welcher das Grundstück angeführt ist, zu übertragen.
 - 4) Wenn in wenigstens einer der Zeilen, die sich auf das Grundstück beziehen, in Spalte 7 „Sonderfälle“ Code 2 oder 6 angegeben wurde, ist wie

folgt vorzugehen:

- 1) falls der Gesamtbetrag der oben ermittelten Anteile bezüglich Mietzinsen höher als der Gesamtbetrag der oben berechneten Anteile aus Grundbesitz ist, ist in Spalte 13 der ersten Zeile der Übersicht RA, in welcher das Grundstück angeführt ist, der Gesamtbetrag der Anteile aus Grundbesitz anzugeben;
- 2) falls der Gesamtbetrag der oben ermittelten Anteile bezüglich Mietzinsen niedriger des Gesamtbetrages der oben berechneten Anteile aus Grundbesitz ist, ist folgendes vorzunehmen:
 - a) für jede einzelne Zeile den entsprechenden Anteil des Einkommen aus Grundbesitzes ermitteln, ohne die Steuererleichterung zu berücksichtigen, die für den Nichtanbau oder den Verlust von mindestens 30 % der Produkte aufgrund von Naturereignissen vorgesehen ist, und danach das angegebene Einkommen aus Grundbesitz mit Spalte 1 in Beziehung setzen, Neuberechnet auf 80 % (Oder nicht Neuberechnet in den Sonderfällen 5 oder 6), in Beziehung gesetzt zu den Tagen (Spalte 4) und zum Besitzanteil (Spalte 5);
 - b) die auf diese Art und Weise berechneten Anteile, die nachfolgend "Gesamtbetrag der nicht begünstigten Anteile aus Grundbesitz" genannt werden sind zusammenzuzählen;
 - c) der Betrag des unter Punkt b) berechneten "Gesamtbetrages der nicht begünstigten Anteile aus Grundbesitz" ist mit dem Gesamtbetrag der Anteile bezüglich Mietzins zu vergleichen:
 - falls der "Gesamtbetrag der Anteile bezüglich Mietzinsen", wie in Punkt b) berechnet, weniger als 80% des "Gesamtertrages der nicht begünstigten Anteile aus Grundbesitz" ist, ist in Spalte 13 der ersten Zeile der Übersicht RA, in welcher das Grundstück angeführt ist, der "Gesamtbetrag der Anteile bezüglich Mietzinsen" zu übertragen;
 - falls der "Gesamtbetrag der Anteile bezüglich Mietzinsen" höher oder gleich 80% des "Gesamtertrages der nicht begünstigten Anteile aus Grundbesitz", wie in Punkt b) berechnet ist, ist in Spalte 13 der ersten Zeile der Übersicht RA, in welcher das Grundstück angeführt ist, der "Gesamtbetrag der Anteile aus Grundbesitz" zu übertragen.

■ Änderung der Bodenkulturen

Zwecks Bestimmung der Einkünfte aus aus Grundbesitz müssen die Steuerzahler, falls die wirklich angebaute Kultur nicht jener entspricht, die aus der Katastereintragung hervorgeht, das Einkommen aus Grundbesitz berechnen, indem sie den durchschnittlichen Schätzungstarif und die Abzüge außerhalb des Tarifs anwenden, welche der angebauten Kultur tatsächlich entsprechen.

Dieser Durchschnittstarif, welcher auf die Art der angebauten Kultur anzuwenden ist, entspricht der Summe der Tarife, welche den verschiedenen Kategorien der Qualitätsklasse der Kultur zugerechnet wurden und der Anzahl der Kategorien.

Für Kulturen, die in derselben Gemeinde oder demselben Bezirk nicht erfasst worden sind, werden die Durchschnittstarife und die außertariflichen Abzüge angewandt, die für Grundstücke mit denselben Kulturen in anderen Gemeinden oder Steuerbezirken, die sich in der Nähe oder in derselben Provinz befinden, angewandt werden.

Falls der angebauten Kultur innerhalb der jeweiligen Provinz keine entsprechende Qualifizierung der Qualitätsklasse zugewiesen wurde, wird der Durchschnittstarif der Gemeinde bzw. des Steuerbezirks angewandt, welcher vergleichbare Erträge aufweist.

Die Ermittlung der landwirtschaftlichen Erträge und der Einkünfte aus Grundbesitz, gemäß den oben genannten Modalitäten muss wie folgt durchgeführt werden:

- ab dem Steuerzeitraum nach jenem, an dem die Änderung der Kultur eine Ertragserhöhung bewirkt hat;
- ab dem Steuerzeitraum, in dem Änderungen im Anbau durchgeführt wurden, die eine Ertragsminderung bewirkt haben, falls die entsprechende Änderungsmeldung bei den zuständigen Stellen der Agentur der Einnahmen innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist eingereicht wurde, bzw. bei Einreichung nach Ablauf dieser Frist ab dem Steuerzeitraum, in dem diese eingereicht wurde.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Steuerpflichtigen die Änderungen der Erträge aus Landwirtschaft und Grundbesitz den zuständige Dienststellen der Agentur der Einnahmen bis zum 31. Januar des Jahres melden müssen, das auf das Jahr der eingetretenen Änderung folgt, wobei die Parzellen anzugeben sind, auf die sich die Änderungen beziehen, und es ist eine grafische Darstellung beizulegen, wenn die Änderungen Teile von Parzellen betreffen.

Wurde das Grundstück für landwirtschaftliche Zwecke verpachtet, kann die Meldung direkt vom Pächter eingereicht werden.

Diese Änderungsmeldung des Anbaues wird – für manche Steuerzahler – von der Erklärung über die Verwendung des Grundes an die AGEA (Agentur für die Versorgung in der Landwirtschaft) ersetzt, mit welcher die landwirtschaftlichen EU-Beiträge ersucht werden. Diese Vorgangsweise können nur Steuerzahler in Anspruch nehmen, die diese Beiträge beziehen.

TABELLE 10 - LISTE DER FREMDEN LÄNDER UND GEBIETE

ABU DHABI	238	COOKINSELN	237	KAMBOTSCHA	135	NAURU	109	SLOWENIEN	260
AEGYPTEN	023	CURAAÇO	296	KAMERUN	119	NEPAL	115	SOMALIEN	066
AETHIOPIEN	026	DÄNEMARK	021	KANADA	013	NEU KALEDONIEN	253	SPANIEN	067
AFGHANISTAN	002	DEUTSCHLAND	094	KANARISCHE INSELN	100	NEUSEELAND	049	SRI LANKA	085
AJMAN	239	DOMINICA	192	KAPVERDISCHE INSELN	188	NICARAGUA	047	ST. HELENA	254
ALAND INSELN	292	DOMINIKANISCHE REPUBLIK	063	KAROLINENINSELN	256	NIEDERLANDE	050	ST. VINCENT UND DIE GRENADINIEN	196
ALBANIEN	087	DUBAI	240	KAZAKISTAN	269	NIGER	150	SÜDAFRIKANISCHE REPUBLIK	078
ALGERIA	003	ECUADOR	024	KENYA	116	NIGERIEN	117	SUDAN	070
AMERIKANISCHE INSELN IMPAZIFIK	252	ELFENBEINKÜSTE	146	KIRGHIZISTAN	270	NIUE	205	SÜDGEORGIEN UND DIE SÜDLICHE	
AMERIKANISCHE JUNGFERNINSELN	221	EL SALVADOR	064	KIRIBATI	194	NORDKOREA	074	SANDWICHINSELN	283
AMERIKANISCHE SAMOA INSELN	148	ERITREA	277	KOLUMBIEN	017	NÖRDLICHE MARIANEN (INSELN)	219	SÜDKOREA	084
ANDORRA	004	ESTLAND	257	KOMOREN INSELN	176	NORFOLK INSELN	285	SÜDSUDAN	297
ANGOLA	133	FALKLANDINSELN	190	KONGO	145	NORWEGEN	048	SURINAM	124
ANGUILLA	209	FÄROER INSELN	204	KONGO (DEMOKRATISCHE REPUBLIK)	018	OMAN	163	SVALBARD UND JAN MAYEN INSELN	286
ANTIGUA UND BARBUDA	197	FIJI INSELN	161	KOSOVO	291	ÖSTERREICH	008	SYRIEN	065
ÄQUATORIALGUINEA	167	FINNLAND	028	KOSTARIKA	019	PAKISTAN	036	SWAZILAND	138
ARGENTINIEN	006	FRANKREICH	029	KROATIEN	061	PALÄSTINENSISCHE AUTONOME GEBIETE	279	TAGIKISTAN	272
ARMENIEN	266	FRANZÖSISCH POLINESIEN	225	KUBA	020	PALAU	216	TAIWAN	022
ARUBA	212	FRANZÖSISCH SÜDLICHE TERRITORIEN	183	KUWAIT	126	PANAMA	051	TANZANIEN	057
ASCENSION	227	FÜRSTENTUM MONACO	091	LAOS	136	PAPUA NEU GUINEA	186	THAILAND	072
AUSTRALIEN	007	FUJUYRAH	241	LESOTHO	089	PARAGUAY	052	OSTTIMOR	287
AZERBAIGIAN	268	GABON	157	LETTLAND	258	PENON DE ALHUCEMAS	232	TOGO	155
AZOREN INSELN	234	GAMBIA	164	LIBANON	095	PENON DE VELEZ DE LA GOMERA	233	TOKELAU	236
BAHAMAS	160	GEORGIEN	267	LIBERIEN	044	PERU	053	TONGA	162
BAHRAIN	169	GHANA	112	LIECHTENSTEIN	090	PHILIPPINEN	027	TRINIDAD UND TOBAGO	120
BANGLADESH	130	GIBRALTAR	102	LITAUEN	259	PITCAIRN	175	TRISTAN DA CUNHA	229
BARBADOS	118	GIBUTI	113	LUXEMBURG	092	POLEN	054	TSCHECHISCHE REPUBLIK	275
BELGIEN	009	GOUGH	228	LYBIEN	045	PORTORICO	220	TUNESIEN	075
BELIZE	198	GRIECHENLAND	032	MACAO	059	PORTUGAL	055	TÜRKEI	076
BENIN	158	GRENADA	156	MADAGASKAR	104	QATAR	168	TURKMENISTAN	273
BERMUDA	207	GRÖNLAND	200	MADEIRA	235	RAS EL KAIMAH	242	TURKS E CAICOS (INSELN)	210
BHUTAN	097	GUADALUPA	214	MALAWI	056	REUNION	247	TUVALU	193
BIELORUSSIA	264	GUAM INSEL	154	MALAYSIEN	106	ROMANIA	061	UKRAINIEN	263
BOLIVIEN	010	GUATEMALA	033	MALDIVEN	127	RUANDA	151	UGANDA	132
BONAIRE S.EUSTATIUS UND SABA	295	GUAYANA FRANCESE	123	MALI	149	RUSSLAND (FÖDERATION)	262	UMM AL QAIWAIN	244
BOSNIEN HERZEGOVINA	274	GUERNSEY	201	MALTA	105	SAINT BARTHELEMY	293	UNGARN	077
BOTSWANA	098	GUINEA	137	MAN INSEL	203	SAINT KITTS UND NEVIS	195	URUGUAY	080
BOUVET INSEL	280	GUINEA BISSAU	185	MAROKKO	107	SAINT LUCIA	199	UZBEKISTAN	271
BRASILIEN	011	GUYANA	159	MARSHALL (INSELN)	217	SAINT MARTIN (NÖRDLICH)	222	VANUATU	121
BRITISCHANTARKTISCHES TERRITORIUM	180	HAITI	034	MARTINIQUE	213	SAINT-PIERRE UND MIQUELON	248	VATIKAN STAAT – HEILIGE STADT	093
BRITISCHE JUNGFERNINSELN	249	HEARD UND DEMCDONALDINSELN	284	MAURITANIEN	141	SALOMON INSELN	191	VENEZUELA	081
BRITISCHES TERRITORIUM IN INDISCHEN OZEAN	245	HONDURAS	035	MAURITIUS	128	SAMOA	131	VEREINGTETE STAATEN VON AMERIKA	069
BRUNEI DARUSSALAM	125	HONG KONG	103	MAYOTTE	226	SAN MARINO	037	VEREINTES KÖNIGREICH GROSSBRITANIEN	031
BULGARIEN	012	INDIEN	114	MAZEDONIEN	278	SAO TOME UND PRINCIPE	187	VIETNAM	062
BURKINA FASO	142	INDONESIEN	129	MELILLA	231	SAUDI ARABIEN	005	WAKE INSELN	178
BURUNDI	025	IRAN	039	MEXIKO	046	SCHWEDEN	068	WALLIS UND FUTUNA	218
CAMPIONE D'ITALIA	139	IRAQ	038	MICRONESIA (KONFEDERIERTE STAATEN)	215	SCHWEIZ	071	WEIHNACHTINSEL	282
CEUTA	246	IRLAND	040	MIDWAYINSELN	177	SENEGAL	152	WESTSAHARA	166
CHAFARINAS	230	ISLAND	041	MOLDAU	265	SERBIEN	289	YEMEN	042
CHAGOS INSELN	255	ISRAEL	182	MONGOLEI	110	SEYCHELLES	189	ZAMBIA	058
CIAD	144	JAMAICA	082	MONTENEGRO	290	SHARJAH	243	ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK	143
CHILE	015	JAPAN	088	MONTSERRAT	208	SIERRA LEONE	153	ZIMBABWE	073
CHINA	016	JERSEY C.I.	202	MONZAMBIQUE	134	SINGAPORE	147	ZYPERN	101
CLIPPERTON	223	JORDANIEN	122	MYANMAR	083	SINT MAARTEN (HOLLÄND. TEIL)	294		
COCOS (KEELING) INSELN	281	KAIMANINSELN	211	NAMIBIA	206	SLOWAKISCHE REPUBLIK	276		

**TABELLE 11 - LISTE DER IDENTIFIKATIONSCODES
IN DER ZEILE "STEUERDOMIZIL FÜR DEN 1. JANUAR 2022" IM FELD "GEMEINSAMER ZUSAMMENSCHLUSS" ANZUGEBEN**

DATUM DER FUSION	NEUE GEMEINDE, AB 2018 BIS 1. JANUAR 2022 AUS EINER GEMEINDEFUSION ENTSTANDEN	KENNNUMMER DER GEMEINDE	PROVINZ	URSPRÜNGLICHE GEMEINDE	KENNNUMMER DER EHEMAHLIGEN GEMEINDE
01/01/2019	TORRE DE' PICENARDI	L258	CR	Ehemalige Gemeinde von CA' D'ANDREA	B320
				Ehemalige Gemeinde von TORRE DE' PICENARDI	L258
01/01/2019	SALUZZO	H727	CN	Ehemalige Gemeinde von SALUZZO	H727
				Ehemalige Gemeinde von CASTELLAR	C140
20/02/2019	LUSIANA CONCO	M427	VI	Ehemalige Gemeinde von CONCO	C949
				Ehemalige Gemeinde von LUSIANA	E762

**TABELLE 12 - LISTE DER IDENTIFIKATIONSCODES
IN DER ZEILE "STEUERDOMIZIL FÜR DEN 1. JANUAR 2023" IM FELD "GEMEINSAMER ZUSAMMENSCHLUSS" ANZUGEBEN**

DATUM DER FUSION	NEUE GEMEINDE, AB 2018 BIS 2022 AUS EINER GEMEINDEFUSION ENTSTANDEN	KENNNUMMER DER GEMEINDE	PROVINZ	URSPRÜNGLICHE GEMEINDE	KENNNUMMER DER EHEMAHLIGEN GEMEINDE
01/01/2019	TORRE DE'PICENARDI	L258	CR	Ehemalige Gemeinde von CA' D'ANDREA	B320
				Ehemalige Gemeinde von TORRE DE' PICENARDI	L258
01/01/2019	SALUZZO	H727	CN	Ehemalige Gemeinde von SALUZZO	H727
				Ehemalige Gemeinde von CASTELLAR	C140
20/02/2019	LUSIANA CONCO	M427	VI	Ehemalige Gemeinde von CONCO	C949
				Ehemalige Gemeinde von LUSIANA	E762

TABELLE DER STEUERSÄTZE DER REGIONALEN IRPEF-ZUSATZSTEUER FÜR DAS STEUERJAHR 2021

REGION ODER AUTONOME PROVINZ	COD. REG.	EINHEITLICHER STEUERSATZ	EINKOMMENSSTAFFELN	STEUERSATZ	GESCHULDETE STEUER AUF MITTLERE EINKOMMEN INNERHALB DER EINKOMMENSSTUFEN	SONDERFÄLLE
ABRUZZEN	01	1,73%	Für jedes Einkommen			
BASILIKATA	02		unter 55.000 euro	1,23%	1,23% auf den gesamten Betrag	Für Steuerzahler mit einem steuerpflichtigen Einkommen zwischen 55.000 und 75.000 Euro mit zwei oder mehreren unterhaltspflichtigen Kindern ist ein vergünstigter Steuersatz von 1,23% vorgesehen. Wenn die Kinder zu Lasten mehrerer Subjekte leben, wird dieser vergünstigte Steuersatz nur angewandt, wenn die Summe ihres steuerpflichtigen Einkommens innerhalb der o. g. Einkommensklasse liegt.
			von 55.000 bis 75.000 euro	1,73%	676,50 + 1,73% auf dem Betrag über 54.999	
			über 75.000 euro	2,33%	1022,50 + 2,33% auf dem Betrag über 75.000	
BOLZANO	03		bis 35.000 euro	0% auf den gesamten Betrag (aufgrund des Abzugs von 35.000 €)	Null	Allen Steuerzahlern steht ein Absetzbetrag von 35.000 Euro zu. Steuerzahlern mit unterhaltspflichtigen Kindern und einem steuerpflichtigen Einkommen zwecks regionaler IRPEF-Zusatzsteuer bis 70.000 Euro steht ein Absetzbetrag in Höhe von 252 Euro für jedes zu Lasten lebende Kind zu, und zwar im Verhältnis zum Prozentsatz und zu den Monaten, in denen das Kind unterhaltspflichtig war. Um den Abzug für Kinder zu erhalten, müssen bei der Ermittlung der Einkommensgrenze (70.000 Euro) auch die Einkünfte berücksichtigt werden, die der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen unterliegen und der Einkommen, die dem Pauschalbesteuerungssystem unterliegen (Gesetz 190/2014). Der genannte Absetzbetrag von 35.000 Euro ist hingegen nicht zu berücksichtigen. Wenn die geschuldete Steuer geringer als der Absetzbetrag ist, entsteht dadurch kein Steuerguthaben.
			von 35.000 bis 75.000 euro	1,23%	1,23% auf dem Betrag über 35.000	
			über 75.000 euro	1,73%	492 + 1,73% auf dem Betrag über 75.000	
KALABRIEN	04	2,03%	Für jedes Einkommen			
KAMPANIEN	05	2,03%	Für jedes Einkommen			
EMILIA ROMAGNA	06		bis 15.000 euro	1,33%	1,33% auf den gesamten Betrag	
			von 15.001 bis 28.000 euro	1,93%	199,50 + 1,93% auf dem Betrag über 15.000	
			von 28.001 bis 55.000 euro	2,03%	450,40 + 2,03% auf dem Betrag über 28.000	
			von 55.001 bis 75.000 euro	2,23%	998,50 + 2,23% auf dem Betrag über 55.000	
			über 75.000 euro	2,33%	1.444,50 + 2,33 auf dem Betrag über 75.000	
FRIAUL-JULISCH VENETIEN	07		bis 15.000 euro	0,70%	0,70% auf den gesamten Betrag	
			über 15.000 euro	1,23%	1,23% auf den gesamten Betrag	
LATIUM	08		Für Personen mit steuerpflichtigem Einkommen im Sinne der zusätzlichen Einkommensteuer von bis als 35.000 €			Für Steuerzahler mit einem steuerpflichtigen Einkommen zwecks regionaler IRPEF-Zusatzsteuer bis 35.000 Euro ist ein vergünstigter Steuersatz von 1,73% vorgesehen. Derselbe Steuersatz von 1,73% ist für Steuerzahler mit 3 zu Lasten lebenden Kindern und einem steuerpflichtigen Einkommen zwecks regionaler IRPEF-Zusatzsteuer bis 50.000 Euro vorgesehen. Wenn die Kinder zu Lasten mehrerer Subjekte leben, wird dieser vergünstigte Steuersatz nur angewandt, wenn die Summe ihres steuerpflichtigen Einkommens 50.000 Euro nicht übersteigt. Die genannte Einkommensgrenze wird um 5.000 Euro für jedes unterhaltspflichtige Kind nach dem dritten Kind erhöht. Derselbe Steuersatz von 1,73% ist zugunsten von Steuerpflichtigen mit einem zum Zweck der regionalen Irpef-Zusatzsteuer zu versteuernden Einkommen von bis zu 50.000 € mit einem oder mehreren steuerlich zu Lasten lebendem behinderten Kind vorgesehen. Sollten die Kinder zu Lasten von mehreren Subjekten leben, wird dieser erleichterte Steuersatz nur angewandt, wenn die Summe ihrer zu versteuernden Einkommen weniger als 50.000 € beträgt. Si applica solo se la somma dei loro redditi imponibili sia inferiore a 50.000 euro.
			bis 35.000 euro	1,73%	1,73% auf den gesamten Betrag	
			Für Personen mit steuerpflichtigem Einkommen im Sinne der zusätzlichen Einkommensteuer von mehr als 35.000 €			
			bis 15.000 euro	1,73%	1,73% auf den gesamten Betrag	
			von 15.001 bis 28.000 euro	2,73%	259,5 + 2,73% auf dem Betrag über 15.000	
			von 28.001 bis 55.000 euro	2,93%	614,4 + 2,93% auf dem Betrag über 28.000	
			von 55.001 bis 75.000 euro	3,23%	1405,5 + 3,23% auf dem Betrag über 55.000	
			über 75.000 euro	3,33%	2051,5 + 3,33% auf dem Betrag über 75.000	
LIGURIEN	09		bis 15.000 euro	1,23%	1,23% auf den gesamten Betrag	Für das Steuerjahr 2021 haben Personen, deren steuerpflichtiges Einkommen 28.000,00 € nicht übersteigt und die mindestens zwei steuerlich abhängige Kinder haben, Anspruch auf einen Abzug von 35,00 € für jedes Kind. Der Freibetrag wird für jedes behinderte Kind auf 45,00 € erhöht. Wenn die geschuldete Steuer niedriger ist als der Abzug, entsteht keine Steuergutschrift. Für den Anspruch und die Aufteilung der Abzüge gelten die Bestimmungen von Artikel 12 des Präsidialdekrets Nr. 917/1986.
			von 15.001 bis 28.000 euro	1,81%	184,50 + 1,81% auf dem Betrag über 15.000	
			von 28.001 bis 55.000 euro	2,31%	419,80 + 2,31% auf dem Betrag über 28.000	
			von 55.001 bis 75.000 euro	2,32%	1.043,5 + 2,32% auf dem Betrag über 55.000	
			über 75.000 euro	2,33%	1.507,5 + 2,33% auf dem Betrag über 75.000	
LOMBARDEI	10		bis 15.000 euro	1,23%	1,23% auf den gesamten Betrag	
			von 15.001 bis 28.000 euro	1,58%	184,5+1,58% auf dem Betrag über 15.000	
			von 28.001 bis 55.000 euro	1,72%	389,9+1,72% auf dem Betrag über 28.000	
			von 55.001 bis 75.000 euro	1,73%	854,30 + 1,73% auf dem Betrag über 55.000	
			über 75.000 euro	1,74%	1.200,30 + 1,74% auf dem Betrag über 75.000	

REGION ODER AUTONOME PROVINZ	COD. REG.	EINHEITLICHER STEUERSATZ	EINKOMMENSSTAFFELN	STEUERSATZ	GESCHULDETE STEUER AUF MITTLERE EINKOMMEN INNERHALB DER EINKOMMENSSTUFEN	SONDERFÄLLE
MARKEN	11		bis 15.000 euro	1,23%	1,23% auf den gesamten Betrag	
			von 15.001 bis 28.000 euro	1,53%	184,5+1,53% auf dem Betrag über 15.000	
			von 28.001 bis 55.000 euro	1,70%	383,4+1,70% auf dem Betrag über 28.000	
			von 55.001 bis 75.000 euro	1,72%	842,4+1,72% auf dem Betrag über 55.000	
			über 75.000 euro	1,73%	1.186,4+1,73% auf dem Betrag über 75.000	
MOLISE	12		bis 15.000 euro	2,03%	2,03 % auf den gesamten Betrag	
			von 15.001 bis 28.000 euro	2,23%	304,5+2,23% auf dem Betrag über 15.000	
			von 28.001 bis 55.000 euro	2,43%	594,4+2,43% auf dem Betrag über 28.000	
			von 55.001 bis 75.000 euro	2,53%	1.250,5+2,53% auf dem Betrag über 55.000	
			über 75.000 euro	2,63%	1.756,5+2,63% auf dem Betrag über 75.000	
PIEMONTE	13		bis 15.000 euro	1,62%	1,62% auf den gesamten Betrag	Den Steuerzahler steht ein Absetzbetrag in Höhe von 250 Euro für jedes zu Lasten lebende Kind mit einer Behinderung zu, und zwar im Verhältnis zum Prozentsatz und zu den Monaten, in denen das Kind unterhaltspflichtig war. Steuerzahler mit mehr als 3 zu Lasten lebenden Kindern steht ein Absetzbetrag in Höhe von 100 Euro für jedes Kind zu, und zwar im Verhältnis zum Prozentsatz und zu den Monaten, in denen das Kind unterhaltspflichtig war, und ab dem ersten Kind der anerkannten leiblichen, adoptierten oder Pflegekindern.
			von 15.001 bis 28.000 euro	2,13%	243+2,13% auf dem Betrag über 15.000	
			von 28.001 bis 55.000 euro	2,75%	519,9+2,75% auf dem Betrag über 28.000	
			von 55.001 bis 75.000 euro	3,32%	1.262,40 + 3,32% auf dem Betrag über 55.000	
			über 75.000 euro	3,33%	1.926,40 + 3,33 auf dem Betrag über 75.000	
APULIEN	14		bis 15.000 euro	1,33%	1,33% auf den gesamten Betrag	Steuerzahlern mit mehr als 3 zu Lasten lebenden Kindern steht ein Absetzbetrag in Höhe von 20 Euro für jedes Kind zu, und zwar im Verhältnis zum Prozentsatz und zu den Monaten, in denen das Kind unterhaltspflichtig war, und ab dem ersten Kind der anerkannten leiblichen, adoptierten oder Pflegekindern. Der o. g. Absetzbetrag wird um 375 Euro für jedes Kind mit Behinderung erhöht.
			von 15.001 bis 28.000 euro	1,43%	199,5+1,43 auf dem Betrag über 15.000	
			von 28.001 bis 55.000 euro	1,71%	385,4+1,71% auf dem Betrag über 28.000	
			von 55.001 bis 75.000 euro	1,72%	847,1+1,72% auf dem Betrag über 55.000	
			über 75.000 euro	1,73%	1.191,1+1,73% auf dem Betrag über 75.000	
SARDINIEN	15	1,23%	Für jedes Einkommen		Subjekten mit einem steuerpflichtigen Einkommen von bis zu 55.000 Euro und minderjährigen, steuerlich unterhaltsberechtigten Kindern steht eine Steuerabzug von 200 Euro pro Kind zu, im Verhältnis zu Prozentsatz und Dauer in Monaten der Unterhaltsberechtigung. Der oben beschriebene Abzug wird für jedes Kind mit Behinderungen zusätzlich um 100 Euro erhöht. Im Zuge der Überprüfung der Grenze für den Bezug der für Kinder zustehenden Absetzung (55.000) ist auch das Einkommen zu berücksichtigen, das dem Pauschalbesteuerungssystem unterliegt (Gesetz 190/2014).	
SIZILIEN	16	1,23%	Für jedes Einkommen			
TOSKANA	17		bis 15.000 euro	1,42%	1,42% auf den gesamten Betrag	
			von 15.001 bis 28.000 euro	1,43%	213+1,43% auf dem Betrag über 15.000	
			von 28.001 bis 55.000 euro	1,68%	398,9+1,68% auf dem Betrag über 28.000	
			von 55.001 bis 75.000 euro	1,72%	852,5+1,72% auf dem Betrag über 55.000	
			über 75.000 euro	1,73%	1.196,5+1,73% auf dem Betrag über 75.000	
TRIENT	18		bis 15.000 euro	1,23%	1,23% auf den gesamten Betrag	Steuerpflichtige mit einem zu versteuernden Einkommen von höchstens 15.000 € haben Anspruch auf einen Abzug von 15.000 €. Dieser Abzug steht Personen mit einem zu versteuernden Einkommen von mehr als 15.000 € nicht zu.
			von 15.001 bis 28.000 euro	1,23%		
			von 28.001 bis 55.000 euro	1,23%		
			von 55.001 bis 75.000 euro	1,73%	676,50 + 1,73% auf dem Betrag über 55.000	
			über 75.000 euro	1,73%		
UMBRIEN	19		bis 15.000 euro	1,23%	1,23% auf den gesamten Betrag	
			von 15.001 bis 28.000 euro	1,63%	184,5+1,63% auf dem Betrag über 15.000	
			von 28.001 bis 55.000 euro	1,68%	396,4+1,68% auf dem Betrag über 28.000	
			von 55.001 bis 75.000 euro	1,73%	850+1,73% auf dem Betrag über 55.000	
			über 75.000 euro	1,83%	1.196+1,83% auf dem Betrag über 75.000	
AOSTA	20	1,23%	Für jedes Einkommen, mit Ausnahme der in der Spalte „Sonderfälle“ beschriebenen Fälle		Für den Steuerzeitraum 2021 haben Personen mit einem für die Einkommensteuer ermittelten Gesamteinkommen von bis zu 15.000 Euro Anspruch auf einen Abzug vom regionalen IRPEF-Zuschlag. Dieser Abzug steht Personen mit einem Gesamteinkommen von mehr als 15.000 € nicht zu.	
VENETIEN	21	1,23%	Für jede Art von Einkünften, unbeschadet dessen, was in der Spalte "Sonderfälle" beschrieben ist		Es ist ein vergünstigter Steuersatz von 0,9% für behinderte Personen mit einem steuerpflichtigen Einkommen bis 45.000 Euro und für Steuerzahler mit einem zu Lasten lebenden behinderten Familienangehörigen und einem steuerpflichtigen Einkommen bis 45.000 Euro vorgesehen. Wenn die behinderte Person zu Lasten mehrerer Subjekte lebt, wird der vergünstigte Steuersatz von 0,9% nur angewandt, wenn die Summe des Einkommens der unterhaltspflichtigen Personen 45.000 Euro nicht übersteigt.	

POLITISCHE PARTEIEN, DIE ALS EMPFÄNGER DER ZWEI PROMILLE DER IRPEF
(FREIWILLIGE ZWECKBESTIMMUNG) IN FRAGE KOMMEN

POLITISCHE PARTEI	CODE
Articolo 1 - Movimento Democratico e Progressista	Z40
Azione	S48
Centro Democratico	A10
Coraggio Italia	A52
Democrazia Solidale – Demo. S	A41
Europa Verde - Verdi	B30
Fratelli d'Italia – Alleanza Nazionale	C12
Italia al Centro	C53
Italia dei Valori	C31
Italia Viva	C46
Lega Nord per l'Indipendenza della Padania	D13
Lega per Salvini Premier	D43
Movimento Associativo Italiani all'Estero – MAIE	E14
Movimento 5 Stelle	E54
Movimento politico Forza Italia	F15
Noi con l'Italia	E50
Partito Autonomista Trentino Tirolese	K18
Partito Democratico	M20
Partito Socialista Italiano	R22
+ Europa	R45
Possibile	S36
Radicali italiani	S47
Sinistra Italiana	T44
Stella Alpina	U37
Sud chiama Nord	U55
Südtiroler Volkspartei	W26
UDC – Unione di centro	Y29
Unione Sudamericana Emigrati Italiani	Z38
Union Valdôtaine	Y27